universität wien

MAGISTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Magisterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die "Neue Freie Presse" und ihre politische Einstellung in der Zwischenkriegszeit im Vergleich mit illegalen NS-Parteizeitschriften“

verfasst von / submitted by

Andrea Wagner, Bakk. Phil.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, 2018 / Vienna 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree programme code as it appears on the student record sheet:	A 066 841
Studienrichtung lt. Studienblatt / degree programme as it appears on the student record sheet:	Magisterstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
Betreut von / Supervisor:	tit. Univ. Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken wurden als solche kenntlich gemacht.

Diese Arbeit wurde bisher nicht in gleicher oder ähnlicher Form zur Erlangung eines Leistungsnachweises vorgelegt.

Wien, März 2018

Andrea Wagner, Bakk.

Danksagung

Ein großes Dankeschön an alle, die mich während meines Studiums begleitet haben.
Mein besonderer Dank gilt meiner Familie. Meinem Vater, der mir nicht nur als Lektor, sondern auch als intellektuelle Stütze zur Seite stand und meiner Mutter für die seelische Unterstützung.
Vielen Dank auch meinem Betreuer für die konstruktiven und motivierenden Hilfestellungen.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 14
2. Zwischenkriegszeit (1918 - 1938) Geschichtlicher Hintergrund 16
2.1 Der Anschlussgedanke nach dem Zerfall der Monarchie 16
2.2 Der Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye 20
2.2.1 Das Fortbestehen des Anschlusswunsches nach Unterzeichnung 22
des Friedensvertrages 22
2.3 Genfer Protokolle 25
2.4 Schattendorf und seine Folgen 29
2.4.1 Linzer Programm und Korneuburger Eid 35
2.4.2 Wirtschaftskrise, Zollunion und Anschlussgedanke 36
2.5 Ausschaltung des Parlaments 38
2.6 Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland - 1. April 1933 43
2.6.1 Vorgeschichte 43
2.6.2 Der Boykotttag am 1. April 1933 46
2.7 Bücherverbrennungen 1933 im Deutschen Reich 49
2.7.1 Exkurs: Entlassung und Vertreibung von Gelehrten 50
2.7.2 Die Schwarzen Listen 51
2.7.3 Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 52
2.8 Verbot der Nationalsozialisten 55
2.8.1 Folgen des Verbots für die Nationalsozialisten 58
2.9 Bürgerkrieg und Verbot der Sozialdemokratie 59
2.9.1 Vorgeschichte 59
2.9.2 Bürgerkrieg 62
2.10 Putschversuch der Nationalsozialisten 1934 65
2.10.1 Vorgeschichte 65
2.10.2 Der Putschversuch am 25. Juli 1934 69
2.10.3 Die Reaktionen nach dem Putschversuch 71
2.11 Wiedereinführung der Wehrpflicht 73

2.12 Nürnberger Gesetze 75
2.12.1 Vorgeschichte 75
2.12.2 Nürnberger Gesetze 76
2.13 Das "Juliabkommen" mit dem Deutschen Reich 79
2.13.1 Vorgeschichte 79
2.13.2 Das Juliabkommen vom 11.7.1936 81
2.13.3 Veröffentlichung und Reaktionen auf das Juliabkommen 83
2.13.4 Reaktion der österreichischen Nationalsozialisten 87
3. Situation der Presse in der Zwischenkriegszeit 89
3.1 Charakteristika der Presse in der Ersten Republik 92
3.2 Einflüsse von außen auf die österreichische Pressepolitik 95
3.2.1 Erstes Presseabkommen 1935 101
3.3 "Presse nach Ausschaltung des Parlaments 1933" 103
3.4 Die Presse und Zensur unter der "ständisch-autoritären Verfassung" 108
3.4.1 Das Ende der Vielfalt 109
3.4.2 Propagandadienst 110
3.4.3 Pressekammer 111
3.5 Gentleman-Agreement 115
3.6 "Neue Freie Presse" - Geschichte 118
3.6.1 Die politische Einstellung der "Neuen Freien Presse" 120
3.6.2 Die wirtschaftlichen Probleme der "Neuen Freien Presse" in der Zwischenkriegszeit 123
3.6.3 Einflüsse der Politik auf die "Neue Freie Presse" 123
4. Der österreichische Nationalsozialismus 136
4.1 Die Anfänge 136
4.2 Die Deutsche Arbeiterpartei 139
4.2.1 Dr. Walter Riehl und die Deutsche Arbeiterpartei 140
4.2.2 Riehl und die NSDAP Deutschlands 142
4.2.3 Walter Riehls Austritt aus der Partei 144
4.2.4 Unterschiede zwischen Riehl und Hitler 146
4.2.5 Die Partei ohne Riehl 148

4.3 Trennung der Schulz-Gruppe und der NSDAP (Hitlerbewegung) 152
4.4 Erstarken der Hitlerbewegung in Österreich 154
4.5 Die illegale Partei 156
4.6 Die Nationalsozialistische Presse in der Ersten Republik 161
4.6.1 Phase 1: 1918 - 1926/27 - Die Presse als Waffe 161
4.6.2 Phase 2: 1926/27 - 1930/31 - Richtungskampf der NS-Presse 165
4.6.3 Phase 3: 1930/31 - 1933 - Ausdifferenzierung und Offensive - Gauzeitungen und Gauverlage 167
4.7 Die illegale Presse: Entstehung und Funktionen 170
4.7.1 Die illegale Presse der Nationalsozialisten 171
4.8 "Die Neue Zeitung" 175
4.9 Österreichischer Beobachter 178
4.9.1 Ö.B. 1934 178
4.9.2 Ö.B. 1936 179
4.10 Deutsche Arbeiter-Presse 182
5. Agenda-Setting 186
6. Untersuchungsdesign 190
6.1 Forschungsstand 192
6.2 Methode: Qualitative Inhaltsanalyse 193
7 Untersuchung 194
7.1 Analyse Ausschaltung des Parlaments 194
7.1.1 Überblick 194
7.1.2 Analyse "Neue Freie Presse" 194
7.1.3 FAZIT "Neue Freie Presse" über Ausschaltung des Parlaments 201
7.1.4 Überblick "Deutsche Arbeiter-Presse" und die Ausschaltung des Parlaments 202
7.1.4.1 Vergleich "Neue Freie Presse" und "Deutsche Arbeiter-Presse" 202
7.1.5 Überblick "Die Neue Zeitung" und die Ausschaltung des Parlaments 204
7.1.5.1 Vergleich "Die Neue Zeitung" und "Neue Freie Presse" 204
7.1.6 FAZIT Vergleich "Neue Freie Presse" mit "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Die Neue Zeitung" 206

7.2 Analyse Boykott jüdischer Geschäfte 207
7.2.1 Überblick 207
7.2.2 Analyse "Neue Freie Presse" 208
7.2.3 Fazit Analyse "Neue Freie Presse" 228
7.2.4 Überblick "Deutsche Arbeiter-Presse" und der antijüdische Boykotttag 230
7.2.4.1 Vergleich "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Neue Freie Presse" 230
7.2.4.2 FAZIT Vergleich "Neue Freie Presse" mit "Deutscher Arbeiter-Presse" 231
7.2.5 Überblick "Die Neue Zeitung" und der antijüdische Boykotttag 232
7.2.5.1 Vergleich "Die Neue Zeitung" - "Neue Freie Presse" 233
7.2.6 FAZIT Vergleich zwischen "Neuer Freier Presse" und "Die Neue Zeitung" 251
7.3 Analyse Bücherverbrennungen 253
7.3.1 Überblick 253
7.3.2 Analyse "Neue Freie Presse" 254
7.3.3 FAZIT Analyse "Neue Freie Presse" 272
7.3.4 Überblick "Die Neue Zeitung" und die Bücherverbrennungen 273
7.3.4.1 Vergleich "Die Neue Zeitung" - "Neue Freie Presse" 273
7.3.5 FAZIT Vergleich "Neue Freie Presse" und "Die Neue Zeitung" 279
7.4 Analyse Verbot der Nationalsozialisten 280
7.4.1 Überblick 280
7.4.2 Analyse "Neue Freie Presse" 281
7.4.3 FAZIT Analyse "Neue Freie Presse" 289
7.4.4 Überblick "Deutsche Arbeiter-Presse" und das Verbot der Nationalsozialisten 290
7.4.4.1 Vergleich "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Neue Freie Presse" 290
7.4.5 Überblick "Die Neue Zeitung" und das Verbot der Nationalsozialisten 293
7.4.5.1 Vergleich "Die Neue Zeitung" und "Neue Freie Presse" 294
7.4.6 FAZIT Vergleich "Neue Freie Presse" mit "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Die Neue Zeitung" 295

7.5 Analyse Februarkämpfe 1934 und Verbot der Sozialdemokraten 296
7.5.1 Überblick 296
7.5.2 Analyse "Neue Freie Presse" 297
7.5.3 FAZIT Analyse "Neue Freie Presse" 304
7.5.4 Überblick "Österreichischer Beobachter" und die Februarkämpfe 1934 305
7.5.4.1 Vergleich "Österreichischer Beobachter" 305
7.5.5 Überblick "Deutsche Arbeiter-Presse" und die Februarkämpfe 1934 309
7.5.5.1 Vergleich "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Neue Freie Presse" 310
7.5.6 FAZIT Vergleich "Neue Freie Presse" mit "Österreichischem Beobachter" und "Deutscher Arbeiter-Presse". 314
7.6 Analyse Putschversuch der Nationalsozialisten 315
7.6.1 Überblick 315
7.6.2 Analyse Putschversuch "Neue Freie Presse" 316
7.6.3 FAZIT Analyse "Neue Freie Presse" 333
7.6.4 Überblick "Deutsche Arbeiter-Presse" und der nationalsozialistische Putschversuch 334
7.6.4.1 Vergleich "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Neue Freie Presse" 334
7.6.5 FAZIT Vergleich "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Neue Freie Presse" 338
7.7 Analyse Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland 339
7.7.1 Überblick 339
7.7.2 Analyse "Neue Freie Presse" 340
7.7.3 FAZIT Analyse "Neue Freie Presse" 358
7.7.4 Überblick "Deutsche Arbeiter-Presse" und die Wiedereinführung der Wehrpflicht 360
7.7.4.1 Vergleich "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Neue Freie Presse" 360
7.7.5 FAZIT Vergleich "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Neue Freie Presse" 363
7.8 Analyse Nürnberger Gesetze 364
7.8.1 Überblick 364
7.8.2 Analyse "Neue Freie Presse" 365
7.8.3 FAZIT Analyse "Neue Freie Presse" 374

7.9 Analyse Juliabkommen 376
7.9.1 Überblick 376
7.9.2 Analyse Juliabkommen 376
7.9.3 FAZIT Analyse "Neue Freie Presse" 395
7.9.4 Überblick "Österreichischer Beobachter" und das Juliabkommen 396
7.9.4.1 Vergleich "Österreichischer Beobachter" und "Neue Freie Presse" 396
7.9.5 FAZIT Vergleich "Österreichischer Beobachter" und "Neue Freie Presse" 401
8. CONCLUSIO 402
9. Literaturverzeichnis 410
9.1 Gedruckte Quellen 421
9.2 Internetquellen 422
9.3 Gesetzesblätter 423
9.4 Zeitungen und Periodika 424
10. Anhang 425
10.1 Abstract 425
10.2 Zitiertes Untersuchungsmaterial 426

Abkürzungsverzeichnis

AdAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
AdR	Archiv der Republik
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BGBl.	Bundesgesetzblatt
Bpd	Bundespressedienst
DAP	Deutsche Arbeiter-Presse
Dipl. Arb.	Diplomarbeit
DNZ	Die Neue Zeitung
DÖW	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
Hrsg.	Herausgeber
IMT	Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof
MRP	Ministerratsprotokoll
NFP	Neue Freie Presse
ONB	Österreichische Nationalbibliothek
ÖB	Österreichischer Beobachter
RGBl.	Deutsches Reichsgesetzblatt

1. Einleitung

Die "Neue Freie Presse" wurde bereits neun Jahre nach ihrem ersten Erscheinen im September 1864 als Weltblatt anerkannt und galt im Ausland als Repräsentant der österreichischen Presse schlechthin (vgl. Paupié, 1960: 144f). „*Die NEUE FREIE PRESSE zu abonnieren, gehörte zum „guten Ton", selbst dann, wenn man ihre Ansichten nicht immer teilte*." (Paupié, 1960: 145). Doch der Zerfall der Donaumonarchie brachte den Verlust zahlreicher Abonnenten[1], die zu den neuen Nachfolgestaaten gehörten. Auch zahlreiche Inserenten gingen aus diesem Grund verloren, sie platzierten ihre Inserate nun in der Presse des eigenen Landes. Dies führte gemeinsam mit der Wirtschaftskrise zu schwerwiegenden finanziellen Problemen des Blattes. Nur durch einen Verkauf ihrer Aktien konnte das Blatt weiter überleben - dies machte sie jedoch anfällig für Einflüsse von außen und beeinträchtigte womöglich ihre Berichterstattung. Zum Beispiel zeigen Forschungen, dass der seit 1934 eingesetzte Chefredakteur Stefan von Müller Kontakte zum Deutschen Reich pflegte. So stellt sich die Frage: Steht die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" in der Zwischenkriegszeit im Zusammenhang mit möglichen Einflüssen aus der österreichischen Regierung oder gar aus Deutschland? Welche Informationen innerhalb eines Themas waren für den Leser vorherrschend, welcher Eindruck vom Deutschen Reich wurde dem Leser vermittelt?

Um dies herauszufinden wurde eine leitende Fragestellung für diese Arbeit formuliert: Schrieb die auch als "Judenzeitung" bezeichnete Tageszeitung "Neue Freie Presse" in dieser Zeit tatsächlich neutral oder beeinflusste die finanzielle Abhängigkeit (oder Anderes) die Blattlinie in Richtung Deutschlandfreundlichkeit oder unkritische Berichterstattung über den Nationalsozialismus?

Nach Gerda Steinberger (vgl. 1990: 106f) war die "Neue Freie Presse" die einzige österreichische Zeitung, die während der Zwischenkriegszeit durchgehend im Deutschen Reich erscheinen durfte. Die vorliegende Arbeit macht sich auf die Suche nach möglichen Gründen für dieses Entgegenkommen. Gründe, die in der wissenschaftlichen Literatur recherchiert werden können sowie Gründe, die sich aus der Beantwortung der

[1] Wegen der leichteren Lesbarkeit werden personenbezogene Bezeichnungen in dieser Arbeit jeweils stellvertretend für beide Geschlechter verwendet.

Frage nach einer möglichen, deutschlandfreundlichen Berichterstattung des Blattes feststellen lassen.

Im Zuge dieser Arbeit soll nun untersucht werden, wie die "Neue Freie Presse" in der Zwischenkriegszeit bzw. im Austrofaschismus tatsächlich mit Deutschland sowie dem österreichischen und deutschen Nationalsozialismus umgegangen ist. Um die politische Einstellung des Blattes nachvollziehen zu können, wurden neun markante geschichtliche Ereignisse ausgewählt, die von der Ausschaltung des Parlaments 1933 bis zum Juliabkommen 1936 reichen und in den Kapiteln 2.5 bis 2.13 historisch aufbereitet werden. Danach wird die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" über die gewählten Ereignisse mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse untersucht und mit den - je nach Ereignis unterschiedlich verfügbaren - nationalsozialistischen Blättern "Österreichischer Beobachter" (Hitlerbewegung), "Deutsche Arbeiter-Presse" (Schulz-Gruppe) und "Die Neue Zeitung" (verdecktes NS-Blatt zur Zeit der Illegalität) verglichen. Die Ergebnisse werden erst einzeln für jedes Ereignis aufgelistet, um Besonderheiten herausgreifen zu können und danach zusammengefasst.

Hat also die "Neue Freie Presse" tatsächlich die Nürnberger Gesetzte befürwortet? Verhielt sie sich zur Zeit der Februarkämpfe/ des Bürgerkriegs neutral? Wie war ihre Meinung zum auch "Vorzensur" genannten Pressegesetz im Dollfußregime? Wie war die allgemeine Situation der Presse in Österreich zu dieser Zeit? Und wie stark unterscheidet sich das Blatt von ausgewiesen nationalsozialistischen Blättern?

Diese Fragen und noch viele mehr, die sich aus den Untersuchungen der vorliegenden Magisterarbeit aktuell ergaben, werden in den folgenden Kapiteln eine Antwort finden.

2. Zwischenkriegszeit (1918 - 1938)

Geschichtlicher Hintergrund

In den folgenden Kapiteln erfolgt ein geschichtlicher Abriss der Zwischenkriegszeit mit besonderem Augenmerk auf die untersuchten Ereignisse (Kapitel 2.5 bis 2.13) sowie auf den Anschlussgedanken, der die Zwischenkriegszeit prägte und als ein Grund für eine mögliche deutschlandfreundliche Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" gewertet werden kann.

2.1 Der Anschlussgedanke nach dem Zerfall der Monarchie

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zerfall der Habsburgermonarchie stand die junge Republik (Deutsch-)Österreich vor politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Der Historiker Bruce F. Pauley beschrieb diese Situation sehr treffend: "*Die Aufteilung der österreichisch-ungarischen Monarchie in ein Flickwerk von Nachfolgestaaten erschütterte die österreichische Wirtschaft derart, daß sie sich bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nicht erholen konnte*." (Pauley, 1988: 18). Seiner Meinung nach war es nicht überraschend, dass sich in "*Österreich Parteien erhoben, die die Abschaffung der Demokratie und der Unabhängigkeit des Staates forderten*" (Pauley, 1988: 18), denn die Mehrheit der Bevölkerung konnte weder Freude noch Optimismus für den neuen Staat und die neue Verfassung aufbringen. Sie waren davon überzeugt, "*ihr Land könne ökonomisch und politisch nur dann überleben, wenn es sich dem großen deutschen Nachbarn im sogenannten Anschluß verbinde*." (Pauley, 1988: 18). So sah es auch Otto Bauer (linker Flügel der Sozialdemokraten), der nach dem Zerfall der Monarchie ein starker Vertreter des Anschlussgedankens war. Er stand in der "*Tradition des bis in den Zweiten Weltkrieg fortlebenden sozialdemokratischen Deutschnationalismus*" (Goldinger/Binder, 1992: 73). Durch einen Zusammenschluss erhoffte er sich auch eine Stärkung der sozialdemokratischen Partei. (Vgl. Vocelka, 2002: 275f.) Bereits im Oktober 1918, noch vor dem Zusammentritt der Provisorischen Nationalversammlung, versuchte Bauer mit Zeitungsartikeln die Entwicklung zu beeinflussen, während Victor Adler und Karl Renner vorerst noch an einen demokratischen Bundesstaat glaubten (vgl.

Goldinger/Binder, 1992: 73). Am 21. Oktober 1918 sprach aber auch Viktor Adler bei der konstituierenden Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs von zwei Möglichkeiten, unter denen die Sozialdemokraten wählen möchten: dem Zusammenschluss eines freien Völkerbundes mit den Nachbarvölkern - oder, sollten die Völker diesem Vorschlag "*nur unter Bedingungen zustimmen, die dem deutschen Volke nicht entsprechen*" (Neck, 1968: 79.), eine Angliederung an das Deutsche Reich als ein Sonderbundesstaat. Denn auch Adler glaubte nicht daran, dass Österreich alleine überleben könne. (Vgl. Neck, 1968: 79.)

Auch bei den Deutschnationalen waren laut Goldinger/Binder (1992: 73f) zu Beginn "*zahlenmäßig nur schmale Schichten*" für den Anschluss. In der Provisorischen Nationalversammlung sprachen sie sich für die konstitutionellmonarchistische Staatsform aus (vgl. Neck, 1968: 86). "*Von dem Gedanken des engen Zusammenschlusses aller Deutschen getragen, wird der Staat Deutschösterreich sein Verhältnis zum Deutschen Reich und zu den anderen Nationen in freier Selbstbestimmung ordnen.*" (Neck, 1968: 86). Vocelka jedoch schreibt: "*für die Deutschnationalen (Großdeutschen) war dieser Anschlussgedanke aus ideologischen Gründen ein zentrales Anliegen*" (Vocelka, 2002: 275f) und Weissensteiner bezieht sich auf den anerkannten Verfassungsjuristen und Politiker Joseph Redlich, der treffend in seinem Tagebuch notierte: "*Adler verlangt die Republik, die Christlichsozialen die Monarchie, die Deutschnationalen den Anschluß an das Deutsche Reich*." (Weissensteiner, 1989: 8). Die Christlichsozialen vertraten den Anschlussgedanken zwar politisch, jedoch nur mit sehr geringer Vehemenz (vgl. Vocelka, 2002: 275f). Die Schönerianer (Siehe Kapitel 4.1) andererseits waren von der Idee begeistert (vgl. Goldinger/Binder, 1992: 73f). Und die nationalsozialistische Arbeiterpartei forderte bereits bei der konstitutionellen Nationalversammlung den "*staatsrechtlichen Anschluß Deutschösterreichs als Bundesstaat an das Deutsche Reich*." (Neck, 1968: 86) und lehnte die Vereinigung zu einem Staatenbund mit den slawischen Staaten von vornherein ab. (Vgl. Neck, 1968: 86.)

Der Wunsch eines Anschlusses an das Deutsche Reich war einseitig, denn sogar Deutschland warnte vor diesem Gedanken - man befürchtete dadurch Schwierigkeiten bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen. Als aber die neuen Nationen, die durch die Auflösung der Monarchie entstanden sind, den Ruf Österreichs nach

Zusammenarbeit ignorierten und die Entwicklung zur Republik drängte, wurde auch Otto Bauers Ansicht, Deutschösterreich an die sozialistische Deutsche Republik anzuschließen, immer mehr in Betracht gezogen. (Vgl. Goldinger/Binder, 1992: 73f.) Außerdem fühlten sich die Österreicher sprachlich, kulturell und historisch mehr dem deutschen Volk zugehörig, als den nicht deutschsprachigen Bewohnern der aufgelösten Doppelmonarchie (vgl. Pauley, 1988: 22). Und auch der Ärger über die willkürliche Politik der Siegermächte, die Deutschland und Österreich gleich hart behandelten, könnte das Gefühl der Solidarität mit dem Nachbarn, mit dem man den Krieg durchkämpft hatte noch verstärkt haben (vgl. Zöllner, 1990: 499).

Historisch gesehen war der Wunsch nach einem Zusammenschluss mit dem deutschen Reich nicht erst nach dem Zerfall der Monarchie entstanden. Bereits weit vor dem ersten Weltkrieg war laut Pauley der Anschluss ein Thema in den Köpfen der Menschen: "*Vom Beginn des Heiligen Römischen Reiches an bis zur Vertreibung Österreichs aus dem Deutschen Bund im Jahr 1866 sind die Länder, die später zur Republik Österreich zusammengeschlossen wurden, immer ein Teil Deutschlands gewesen*." (Pauley, 1988: 21). So gesehen war es nicht verwunderlich, dass gleichzeitig mit der Erklärung der Republik am 12. November 1918 von der Deutschösterreichischen Nationalversammlung der Anschluss an Deutschland verkündet wurde. (Vgl. Zöllner, 1990: 498.) Dies geschah laut Zöllner einstimmig, Goldinger (vgl. 1977: 43) jedoch berichtet von einer Gegenstimme und Weinzierl (vgl. 1995: 202) sowie Goldinger/Binder (vgl. 1992: 74) nennen den christlichsozialen Abgeordneten und späteren Bundespräsidenten Wilhelm Miklas als diese einzige Gegenstimme. Goldinger und Binder meinen auch, dass die Abgeordneten, die für den Anschluss gestimmt hatten nur mit halbem Herzen oder gar nicht bei der Sache gewesen wären und glaubten, in der Situation keinen anderen Ausweg zu haben (vgl. Goldinger/Binder, 1992: 74).

Der Anschluss wurde jedoch nicht gleich vollzogen, was die Befürworter dem Sozialdemokraten Bauer später vorwarfen. Sie meinten, es hätte nur damals die Möglichkeit gegeben, dieses Wollen auch in die Tat umzusetzen, denn Frankreich hätte Österreich nicht, wie beabsichtigt, mit zwei Divisionen besetzen können und die anderen Alliierten, besonders die USA und Italien hätten sich vielleicht mit einer vollzogenen Tatsache abgefunden. Trotz des lebhaften Einsatzes des Historikers Ludo Moritz Hartmann, der ganz in der 1848-er-Tradition seines Vaters stand und in Berlin als

österreichischer Gesandter für einen Anschluss eintrat, zeigte Deutschland keine besondere Eile, dies zu beschleunigen. (Vgl. Goldinger/Binder, 1992: 74.) Etz beschreibt die Reaktion Deutschlands sogar als eher frostig und enttäuschend für die Wiener Anschlussfreunde, denn die Deutsche Regierung war von Beginn an realistisch, was die Haltung der Entente betraf. Inoffiziell hätten sie österreichische Schritte zwar unterstützt, wollten aber lieber Österreich aktiv sehen, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass es Österreich gegen seinen Willen annektieren wollte. Außerdem waren sich das Berliner Außenamt und die Weimarer Nationalversammlung in dieser Frage nicht immer einig. (Vgl. Etz, 1987: 65ff.)

Im Frühjahr 1919 hatte Bauer trotzdem ein Geheimabkommen mit dem deutschen Außenminister geschlossen, das die wirtschaftlichen, finanziellen und rechtlichen Belange des Anschlusses betraf (vgl. Weinzierl, 1995: 207 sowie vgl. Goldinger/Binder, 1992: 75).

Im April 1919 war es schließlich zu spät und es setzten sich die Standpunkte der Franzosen, Tschechen und Italiener durch, die sich entschieden gegen eine Vergrößerung des Deutschen Reiches aussprachen (vgl. Weinzierl, 1995: 207). Pauley schreibt, dass Präsident Woodrow Wilson gemeinsam mit dem französischen Premier entschieden hatte, Deutschland dürfe für die Niederlage im Krieg nicht mit mehr Gebieten belohnt werden, als es verlor (vgl. Pauley, 1988: 23). Obwohl laut Zöllner die Ententemächte zu dieser Frage anfangs keine gemeinsame Stellung bezogen. Frankreich sei entschieden dagegen gewesen, die USA, England und Italien hätten geschwankt. Schließlich setzte sich der französische Standpunkt durch. (Vgl. Zöllner, 1990: 498f.) So einigten sich die Ententemächte am 22. April 1919 darauf, Deutschland im Friedensvertrag dazu zu verpflichten, die Unabhängigkeit Österreichs anzuerkennen. Diese für Österreich wichtigste Frage der Friedenskonferenz, der Anschluss Deutschösterreichs an Deutschland, wurde also bereits vor dem Eintreffen der österreichischen Delegation in St. Germain entschieden und im deutschen Friedensvertrag von Versailles (Artikel 80) festgelegt. (Vgl. Goldinger/Binder, 1992: 73 sowie vgl. Weinzierl, 1995: 207.)

2.2 Der Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye

Karl Renner reiste im Mai 1919 als neuer Staatskanzler mit der deutschösterreichischen Friedensdelegation nach St. Germain-en-Laye, um die neuen Staatsgrenzen zu verhandeln und sich von der Entente "*den Frieden diktieren*" (Fellner, 1977: 40) zu lassen. (Vgl. Zöllner, 1990: 493 sowie vgl. Goldinger/Binder, 1992: 73.)

Nach den ersten Gesprächen beschrieb Otto Bauer im Juni 1919 in der Konstituierenden Nationalversammlung die Situation folgendermaßen:

> "*Der Friedensentwurf der assoziierten Mächte reißt im Norden und Süden die wertvollsten Gebiete von uns los, so daß uns fast nichts bleibt als das felsige, unfruchtbare Gebirgsmassiv der Alpen und die Hauptstadt Wien (...).Darum streben wir den Zusammenschluß mit dem großen deutschen Mutterland an. Stärker denn je ist heute in unserem Volke die Überzeugung, daß es nur im Rahmen der großen Deutschen Republik eine erträgliche Zukunft finden kann*" (Weissensteiner, 1989: 12).

Bei den Verhandlungen um die von Österreich gewünschten Gebiete der alten Monarchie wurden, wie im Friedensentwurf festgelegt, keine Zugeständnisse gemacht. Einige Grenzgebiete waren bereits militärisch von Österreichs Nachbarn besetzt und diese Ansprüche hatten die "Großen Vier" - also USA, Großbritannien, Frankreich und Italien - zum größten Teil anerkannt. Da die militärische Macht nicht ausgereicht hätte und Österreich durch die besetzten Gebiete auch von lebenswichtiger Nahrungszufuhr abgeschnitten war, bat Karl Renner nur um die deutschsprachigen Gebiete der Monarchie. (Vgl. Pauley, 1988: 19.) Um eventuell Zugeständnisse zu erlangen, wurde dabei auch der Wunsch nach einem Zusammenschluss nicht mehr besonders hervorgehoben (vgl. Zöllner, 1990: 498f). Trotzdem wurde Österreich auch dieses Ansinnen verwehrt (vgl. Pauley, 1988: 19).

Die Anschlussfrage wurde also während der Friedenskonferenz mit der österreichischen Delegation nicht mehr diskutiert, man hatte Renner vor vollendete Tatsachen gestellt. In Artikel 88 hielt der Vertrag von St. Germain dazu Folgendes fest: "*Die Unabhängigkeit Österreichs ist unabänderlich, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes (für dessen*

Beschlüsse Einstimmigkeit erforderlich war; Anm. Zöllner) einer Abänderung zustimmt" (Zöllner, 1990: 499). Man versuchte, diese Entscheidung zu umschreiben, um auch auf das Selbstbestimmungsrecht, das die Alliierten ausgerufen hatten, Rücksicht zu nehmen. Das klare "Nein" zum Anschluss blieb somit aus und ließ Raum für die Hoffnung der Befürworter. (Vgl. Zöllner, 1990: 498f.) Einer davon war Karl Renner, der sich noch vor seiner Ankunft in Wien um Optimismus bemühte:

> "*Wir werden den redlichen Versuch unternehmen, allein auf uns gestellt fortzukommen. Die Welt behauptet, daß wir es können; so müssen wir selbst daran glauben. Sollte es sich indessen erweisen, daß wir doch nicht allein bestehen können, weil wir wirtschaftlich zu schwach sind oder weil unser Land, das heute nach allen Seiten feindlichen Angriffen bloßliegt, durch den Völkerbund nicht genügend geschützt wird, so werden wir an die Welt, das ist an den Völkerbund, appellieren. Und ihm steht es dann frei, uns einen Weg des Anschlusses zu eröffnen*." (Mikoletzky, 1962: 75).

Monate nach dem Beginn der Verhandlungen, Anfang September 1919, konnte Karl Renner dem Hauptausschuss und dem Plenum der Nationalversammlung die endgültigen Friedensbedingungen vorlegen. Nach scharfen und emotionellen Reden der Vertreter aller Parteien beschloss man mit 97 zu 23 Stimmen, den Kanzler, "*unter feierlichem Protest vor der Welt*" (Weinzierl, 1995: 208), mit der Unterzeichnung zu beauftragen. Die Stimmen, die gegen die Unterzeichnung waren, stammten von den Abgeordneten der Großdeutschen Partei - dies hatte Renner überdies aus optischen Gründen gewünscht (vgl.Goldinger/Binder, 1992: 76). Ab sofort wurde der Vertrag von der Provisorischen Nationalversammlung, den österreichischen Diplomaten und den Rechtsgelehrten als "Staats"- und nicht als Friedensvertrag bezeichnet. Oft wurde auch vom "*Unrecht des Diktats von St. Germain*" gesprochen. (Vgl. Weinzierl, 1995: 208.)

Auch die Namensänderung der Republik Deutschösterreich wurde von den Entente-Mächten bei den Friedensverhandlungen beschlossen. Um der Republik und ihren Bewohnern die Verantwortlichkeit für den Weltkrieg anzulasten und dadurch auch im Friedensvertrag entsprechend die Konsequenzen ziehen zu können, beschloss man eine Änderung des Staatsnamens auf "Republik Österreich". Dadurch konnten die Alliierten im Namen auch jede Verwandtschaft mit Deutschland vermeiden. (Vgl. Zöllner, 1990: 500.)

2.2.1 Das Fortbestehen des Anschlusswunsches nach Unterzeichnung des Friedensvertrages

Der Friedensvertrag konnte also zwar die Realisation des Anschlusses verhindern, der Wunsch danach blieb aber bestehen und wurde dadurch sogar noch angefacht. Denn laut Charles Seymour (einem der amerikanischen Experten, die damals in Paris waren) und dem Autor Bruce F. Pauley hätten die Geschehnisse bei der Friedenskonferenz und die Formulierung des Artikels 88, Österreich in die Arme Deutschlands getrieben: "*Ein weniger zweifelhafter Standpunkt hätte, zusammen mit Gebietszugeständnissen an Österreich in Südtirol und vielleicht entlang der tschechischen Grenze, die Anschlußbewegung möglicherweise von Beginn an durchkreuzt*" (Pauley, 1988: 23). Dies zeigte sich auch bei der Plenarsitzung des Nationalrates zur Unterzeichnung des fertigen Vertrags von St. Germain, in der Hauser (Christlichsoziale Partei) die Einstellung der Abgeordneten zum Friedensabkommen wie folgt formulierte: Es ist ein Friedensabkommen, das

> "*unter dem Vorwande, die Unabhängigkeit Deutschösterreichs zu schützen, dem deutschösterreichischen Volke sein Selbstbestimmungsrecht nimmt, ihm die Erfüllung seines Herzenswunsches, seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensnotwendigkeit, die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem deutschen Mutterlande verweigert*" (Mikoletzky, 1962: 73f).

Die Monarchie war zerfallen, die Bildung einer Republik in vollem Gange. Das große Problem der Bevölkerung war nicht die Politik sondern der Hunger: Durch die starke Flächenreduzierung Österreichs kam es zu einer ernsthaften Nahrungsmittelknappheit, noch verstärkt durch die weitgehend gebirgige Landschaft (vgl. Pauley, 1988: 20). Denn ohne die böhmischen Industriegebiete und die ungarischen Agrargebiete war Österreich nicht mehr in der Lage, dem Nahrungsmittel - und Energiebedarf nachzukommen. Daraus resultierten die Hungerwinter von 1918/19 und 1919/20 (vgl. Vocelka, 2002: 276). Die österreichische Industrie geriet in Schwierigkeiten, da sie inzwischen wenige Exportmöglichkeiten hatte und ihr nur noch ein heimischer Markt von einem Achtel der früheren Monarchie zur Verfügung stand. Besonders der Mittelstand der

deutschsprachigen Österreicher hatte in der neuen Republik zu kämpfen. Zu ihm zählte der Großteil der Verwaltungsbeamten im Kaiserreich, die nun alle arbeitslos waren. (Vgl. Kerekes, 1976: 89[2], zit. nach Pauley, 1988: 20.) Es fehlte dadurch einer der Hauptbestandteile für eine erfolgreiche Demokratie in der Zwischenkriegszeit, nämlich ein selbstbewusster Mittelstand, der erfolgreich und stark den Geschehnissen der Zeit gegenübergestanden wäre (vgl. Pauley, 1988: 20f). *"Die Proletarisierung des Mittelstandes, oder aber die Angst vor dem Abfall ins Proletariat machten das österreichische Bürgertum anfällig für politischen Extremismus, einschließlich Faschismus*." (Pauley, 1988: 20).

1921 fanden zwei lokale Volksabstimmungen statt, die den immer noch vorhandenen Anschlussgedanken zum Ausdruck brachten: Fast 90 Prozent der Wahlberechtigten in Tirol und auch eine überwältigende Mehrheit in Salzburg stimmten für einen Anschluss an Deutschland (vgl. Schausberger, 1979: 102f). Nur der Druck der Entente verhinderte eine weitere Abstimmung in der Steiermark. Die Siegermächte drohten Österreich mit der Einstellung der Hilfsaktionen, der Kreditverhandlungen und mit der Wiederaufweckung der gestrichenen Reparationen, sollte die Regierung diese Anschlussbewegungen nicht unterbinden. (Vgl. Mikoletzky, 1962: 82[3]). Außerdem hätten sie dann laut Pauley den Streit um das Burgenland zugunsten Ungarns entschieden (vgl. Deutsche Grenzwacht, 6.5.1921, zit. nach Pauley, 1988: 23).

Schlimmer als die wirtschaftlichen Probleme war für die junge Republik, dass die Mehrheit der österreichischen Bürger ihre Existenz nicht anerkannte. Dies förderte das Vorhaben der Nazis, deren wichtigstes Anliegen der Anschluss oder die Vereinigung mit Deutschland war. Obwohl sie nicht die ersten waren, die diese Idee hatten und sie auch kein Monopol darauf besaßen, waren die Nazis erfolgreicher als jede andere österreichische Partei darin, diesen Wunsch der Bevölkerung auszunützen. (Vgl. Pauley, 1988: 21.)

Das heißt, es darf zwar die "*ehrliche und demokratische Anschlußbewegung nach dem Zusammenbruch der Monarchie nicht mit der späteren Anschlußpropaganda und*

[2] Kerekes, Lajos (1976): Wirtschaftliche und soziale Lage Österreichs nach dem Zerfall der Doppelmonarchie. In: Neck, Rudolf/ Wandruszka, Adam (Hrsg.): Beiträge zur Zeitgeschichte: Festschrift Ludwig Jedlicka zum 60. Geburtstag. St. Pölten: Verlag Niederösterreichisches Pressehaus. S. 81-94.

[3] Siehe auch: Zöllner, 1990: 499 und Goldinger/Binder, 1992: 80f.

Expansionspolitik des Nationalsozialismus auf eine Stufe" (Zöllner, 1990: 500) gestellt werden, betrachtet man jedoch den Zusammenhang und den Verlauf der Geschichte, ist erkennbar, dass die Bürger der österreichischen Republik für die spätere Anschlusspropaganda der Nationalsozialisten offen waren. Gründe lagen in den erhofften Vorteilen und der im Friedensvertrag 1919 offen gelassenen Möglichkeit zur Hoffnung auf einen Anschluss - wenngleich sie nicht wissen konnten, was auf sie zukommt.

2.3 Genfer Protokolle

Auch die später unterzeichneten Genfer Protokolle werden im Zusammenhang mit der "Anschlussfrage“ gesehen, denn in beiden Vereinbarungen verpflichtete sich Österreich gegenüber der Entente und dem Völkerbund zur Unabhängigkeit. Im Falle der Genfer Protokolle bekam Österreich dafür die dringend benötigte Staatsanleihe (vgl. Pauley, 1988: 21).

Die USA und Großbritannien hatten Österreich zwar zwischen 1919 und 1921 mit Lebensmittel- und Medikamentenlieferungen geholfen und damit wirtschaftliche Fortschritte fördern können, diese erholte sich aber nur langsam vom Krieg. Es musste etwas getan werden. (Vgl. Hoover, 1951: 395[4], und vgl. Carsten, 1986: 14,19,28[5], zit. nach Pauley, 1988: 20f.) Nachdem Bundeskanzler Johann Schober die Deutschnationalen enttäuschte, obwohl er ihnen nahestand, indem er 1921 mit der Tschechoslowakei den Vertrag von Lana/Laný abschloss, der ihm einen hohen Kredit gegen das erneute Versprechen, sich nicht an Deutschland anzuschließen, gewährte, musste dieser zurücktreten und dem christlichsozialen Prälaten und Universitätsprofessor Ignaz Seipel die Regierung überlassen (vgl. Vocelka, 2002: 278). Davor erreichte Schober noch die Rückstellung der meisten Pfandrechte, die den Alliierten im Vertrag von St. Germain als Sicherstellung für die österreichischen Reparationen zugestanden wurden. Dies war die Voraussetzung für die Bewilligung einer Völkerbundanleihe - doch der Weg war noch ein weiter (vgl. Weinzierl, 1995: 210). Auch Seipel, der nun an der Macht war, hatte vor, die wirtschaftlichen Probleme des Landes mithilfe von Krediten aus dem Ausland zu lösen. Die Sozialdemokraten aber waren da anderer Meinung: Sie konnten für die Arbeiter bereits einige wichtige Punkte, wie den Achtstundentag, Urlaub, Arbeitslosenversicherung, Betriebsräte und die Verankerung der Gewerkschaften durchsetzen, und sie wollten die finanziellen Probleme des Staates durch eine Reichensteuer lösen. Am Ende setzte sich zwar Seipels Standpunkt durch, doch

[4] Hoover, Herbert (1951): The Memoirs of Herbert Hoover. Band 1. Years of Adventure, 1874-1920. New York: Macmillan Co.

[5] Carsten, F.L. (1986): The First Austrian Republic. 1918 - 1921. A Study based on Britisch and Austrian Documents. Hants, Engl.: Gower/Maurice Temple Smith.

Österreich galt leider nicht als kreditwürdig. (Vgl. Vocelka, 2002: 276ff.) So unternahm Seipel drei Besuche in Nachbarstaaten, um die Alliierten auf ihre Verpflichtungen Österreich gegenüber hinzuweisen. Es war ihm bewusst, dass nur ein selbstständiges Österreich die neue Friedensordnung in Europa aufrecht erhalten könne - so reiste er nach Prag, Berlin und Verona, wo er den Staaten erklärte, dass Österreich gezwungen sei, die Nähe zu einem größeren Wirtschaftsgebiet zu suchen, um Unterstützung zu erhalten. In Italien verhandelte Seipel um eine Währungs- und Zollunion und in der Tschechoslowakei wies er auf die Möglichkeit des Beitritts Österreichs zur kleinen Entente hin, woraufhin Beneš selbst die Kontaktierung des Völkerbundes vorschlug. Seipel wurde darin bestätigt, dass es für Deutschland nicht möglich war, Österreich finanziell zu unterstützen und ein Anschluss in dieser Zeit nicht durchgeführt werden könne. Deutschland befand sich selbst in Bedrängnis, da die Inflation immer weiter stieg und die Reparationsleistungen viele Ressourcen in Anspruch nahmen. Dieser Aufruf wirkte schnell, denn der Völkerbundrat behandelte das Thema eines Kredites für Österreich bereits Ende August 1922 und Anfang September durfte Seipel sein Anliegen vortragen. (Vgl. Verosta, 1983: 124.) Er erreichte in den vom Völkerbund im Oktober 1922 beschlossenen Genfer Protokollen die Bewilligung eines hohen Kredites, der Österreich unter gewissen Auflagen unterstützen sollte:

> "*So mußte Österreich einem Programm finanzieller Einschränkungen zustimmen, das die Entlassung Tausender Beamter einschloß. Weiters mußte es sein Budget ausgleichen, eine Völkerbundkommission akzeptieren und - als wichtigstes von allem - versprechen, seine Unabhängigkeit für die Dauer der Anleihe nicht aufzugeben.*" (The World Almanac and Book of Facts, 1929: 588; und Macartney/Palmer, 1966: 201[6], beide zit. nach Pauley, 1988: 21).

Obwohl sie die erforderliche Zustimmung zum Durchführungsgesetz der Genfer Protokolle gegeben hatten, lehnten die Sozialdemokraten dieses Sanierungswerk ab. Sie hielten gemeinsam mit den Großdeutschen an der Theorie fest, dass Österreich ohne den Anschluss an Deutschland lebensunfähig sei. (Vgl. Verosta, 1983: 125.) Dass die Sozialdemokraten mit ihrer Gegenwehr gegen die Genfer Protokolle den Staat

[6] Macartney, C.A./ Palmer, A.W. (1966): Independent Eastern Europe: A History. London: St. Martin´s Press.

nicht von vornherein negieren wollten, übersah Seipel. Denn, wie Goldinger und Binder schreiben: "*dass die Opposition den einzigen in seinen Augen noch gangbaren Weg zu verrammeln suchte, brachte sie in den Verdacht prinzipieller Staatsfeindschaft*". (Vgl. Goldinger/Binder, 1992: 116) Doch bis die Lage eskalierte, sollte es noch ein paar Jahre dauern. Laut Pauley betrachteten sich die drei politischen Lager in Österreich als Todfeinde. Es gelang zwar den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten während der Krisenzeiten in der Pariser Friedenskonferenz und beim Wiederaufbau gleich nach dem Krieg zusammenzuarbeiten und zwei Jahre lang eine Koalitionsregierung zu bilden, doch es gab innerhalb oder außerhalb Österreichs keinen gemeinsamen Feind, der es notwendig gemacht hätte, dass die Koalition nach dem Oktober 1920 zusammen gehalten hätte. (Vgl. Pauley, 1988: 26.)

Die "religiöse Glut" durchsetzte die Politik der neuen Republik. Die Christlichsozialen verteidigten die Rechte der katholischen Kirche, während die Sozialdemokraten entschlossen waren, den Antiklerikalismus zu fördern - sie gaben dem Klerikalismus (und dem Kapitalismus) die Schuld an allem. (Vgl. Klemperer, 1972: 227[7], zit. nach Pauley, 1988: 26 sowie vgl. Diamant, 1960: 78ff, 120.) Nicht einmal bei Grundfragen, wie soziale Wohlfahrt, die Beziehungen zur Kirche oder dem Anschluss, konnten sich die konkurrierenden politischen Parteien einigen. 1920 weigerten sich die Sozialdemokraten dann, eine gemeinsame Regierung zu führen - sie hatten jedoch auch nicht die absolute Mehrheit der Stimmen, um alleine zu regieren. So stellten die Christlichsozialen für die meiste Zeit der ersten Republik die Regierungspartei, jedoch auch immer in schwierigen Bündnissen, da es auch ihnen nicht möglich war, die absolute Mehrheit zu erlangen. So waren sie gezwungen, unbeständige Koalitionen mit kleineren bürgerlichen Parteien, wie der Großdeutschen Volkspartei oder dem Landbund einzugehen. Diese Kompromisse machten laut Pauley eine tatkräftige Politik fast unmöglich. Die Erfolgsaussichten für diese Demokratie waren dürftig und die Mehrheit der Bürger zweifelte weiterhin an der Beständigkeit und Lebensfähigkeit des Staates. (Vgl. Pauley, 1988: 28.)

[7] Klemperer, Klemens von (1972): Ignaz Seipel: Christian Statesman in a Time of Crisis. Princeton, N.J.: Princeton University Press; dt. Klemperer, Klemens von (1976): Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit. Graz: Styria.

Durch die Genfer Protokolle besserten sich aber allmählich die österreichischen Finanzen und die wirtschaftliche Lage. Der Schilling wurde gegen Ende 1924 eingeführt und in den Jahren 1928 und 1929 war das Staatsbudget fast ausgeglichen. (Vgl. Pauley, 1988: 21.) So hatte es die Sanierung Seipels zwar geschafft, durch die Stabilisierung der Währung die Voraussetzungen für den Wiederaufbau zu gewährleisten, die Volkswirtschaft jedoch konnte im Grunde nur kurzfristig wieder in Stand gesetzt werden (vgl. Goldinger, 1957: 130[8], zit. nach Mikoletzky, 1962: 103f). Auch die sozialen und politischen Spannungen konnten durch den wirtschaftlichen Aufschwung nur für kurze Zeit gelindert werden (vgl. Weinzierl, 1995: 212). Es herrschte große Arbeitslosigkeit - man hatte über hunderttausend pragmatisierte Beamte entlassen, um die aufgeblähte Staatsverwaltung zu verkleinern. Das stieß nicht nur auf positive Reaktionen - so war es den Parteien wichtig festzuhalten, dass diese Maßnahmen auf Empfehlung des Völkerbundes durchgeführt wurden. (Vgl. Vocelka, 2002: 278 sowie vgl. Verosta, 1983: 125.) Als 1930 die Republik zusätzlich von der Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen wurde, waren viele Österreicher der Meinung, die "*Demokratie sei korrupt, leistungsunfähig und zum Scheitern verurteilt*" und "*ihre Heimat könnte nur durch ein faschistisches oder halbfaschistisches System, durch einen Anschluß an Deutschland oder durch beides gerettet werden*" (Pauley, 1988: 28). Gerne bot sich da die österreichische nationalsozialistische Partei an, das Land zu retten... (Vgl. Pauley, 1988: 28.)

[8] Goldinger, Walter (1957): Von der Ersten zur Zweiten Republik. In: Schulmeister, Otto (Hrsg.): Spectrum Austriae. Wien: Herder.

2.4 Schattendorf und seine Folgen

Bis zum Ende der Völkerbundkontrolle über den Staatshaushalt 1926 war es in Österreich trotz aller politischen Spannungen relativ friedlich. Doch laut Vocelka bereitete sich ein Zusammenstoß bereits vor, denn es bauten sich Parteiarmeen auf und die Positionen der beiden Großparteien wurden immer radikaler - die Debatten im Parlament waren das Vorspiel für die Konflikte auf den Straßen. (Vgl. Vocelka 2002: 278.) "*Als am 30. Jänner 1927 in Schattendorf im südlichen Burgenland tödliche Schüsse fielen, war der Weg der Demokratie in den Untergang vorprogrammiert.*" (Vocelka, 2002: 278).

Die Parteiarmeen waren halbmilitärische Organisationen. Als erste dieser Zeit bildeten sich das Volkswehrbataillon 41 und die Rote Garde der Kommunisten.(Vgl. Mikoletzky, 1962: 106.) Auch die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten gründeten Wehrverbände. Bei den Sozialdemokraten war es der "Republikanische Schutzbund", der seit April 1923 bestand und anfangs nur zum Schutz der Parteiveranstaltungen gedacht war, aber bald ein Eigenleben entwickelte. Die "Schutzbündler" stellten den radikaleren Teil der Sozialdemokratie dar. (Vgl. Mikoletzky, 1962: 106 sowie vgl. Vocelka, 2002: 284f.) Seipel und den Christlichsozialen gelang es, das Berufsheer zu instrumentalisieren und auch die Frontkämpfervereinigungen und Heimatwehren zu verbinden (vgl. Vocelka, 2002: 284).

Exkurs: Verbindung Frontkämpfer und Heimatwehren

Dass sich Frontkämpfervereinigung und Heimatwehren tatsächlich verbunden hatten, kann in dieser Arbeit leider nicht belegt werden. Zwar war der spätere Führer der Wiener Heimwehr Emil Fey bei der Gründung der Frontkämpfervereinigung 1920 dabei und übernahm auch die Leitung der politischen Aktionen (vgl. Strigl, 2000: 31), aber die Frontkämpfer hatten trotz der ideologischen Parallelen ein gespaltenes Verhältnis zur Heimwehr. Einerseits wurden zahllose Veranstaltungen gemeinsam organisiert und Schulter an Schulter gegen die "Roten" marschiert und agiert, andererseits war der Konkurrenzkampf zwischen ihnen stark. Die Heimwehren hatten nach dem 15.Juli 1927

im Zuge ihres plötzlichen Wachstums auch einige enttäuschte Frontkämpfer aufgenommen, was der Organisationsleiter Hiltl schlecht aufnahm. (Vgl. Hammer, 1931: 164[9], zit. nach Strigl, 2000: 78.) Umgekehrt hielt auch die Heimwehr nicht viel von den Frontkämpfern. Der Tiroler Heimwehrführer Steidle nannte die Leistungen der Frontkämpfer "Bockmist". Er fand, sie sollten "ihre Mätzchen" sein lassen und gemeinsam mit den Heimwehren "vernünftige Arbeit" leisten (Steidle, 1925[10], zit. nach Carsten, 1977: 91). Im Jahr 1924 und davor hatte die Frontkämpfervereinigung unterschiedlichste Versammlungen geschützt: großdeutsche, christlichsoziale und auch nationalsozialistische - sogar zweimal bei Kundgebungen Hitlers in Wien (vgl. Deutschösterreichische Tages-Zeitung, 20.11.1924, zit. nach Strigl, 2000: 55). (Vgl. Strigl, 2000: 55.)

Direkt nach dem Krieg hatte sich die Bevölkerung zu Heimatwehren/ Heimatschutzverbänden zusammengeschlossen, um ihr Hab und Gut vor durchziehenden heimkehrenden Truppen zu schützen. Ihre antimarxistische Haltung einte diese so unterschiedliche Bewegung, die aus "*Gruppen aller bürgerlichen Parteien, Anhänger[n] der schärfsten völkisch-nationalen Richtung, Männer christlich-deutscher Gesinnung, Klerikale[n], Monarchisten, ja selbst Liberale[n]*" (Wache, 1933: 242[11], zit. nach Hofmann, 1965: 7) bestand. Auch die Heimwehr entstand also als Abwehrbewegung (vgl. Wandruszka, 1977: 360). Laut den Autoren Pauley (vgl. 1972: 48), Hofmann (vgl. 1965: 9), Tálos/Manoschek (vgl. 2005: 8) gaben erst die sozialdemokratischen Demonstrationen in Wien am 15.Juli 1927 nach der Verkündung des Urteils im Fall Schattendorf den Anstoß, sich endgültig zusammen zu schließen. Davor waren die verschiedenen Heimatschutzbewegungen eigentlich nur in Tirol, Kärnten und der Steiermark von Bedeutung. (Vgl. Hofmann, 1965: 9.)

Zur Zeit der Entwicklung von Heimwehr und Republikanischem Schutzbund entstand übrigens auch der "Vaterländische Schutzbund", der sich als Wehrorganisation der damals noch "unbedeutenden" österreichischen NSDAP auswies (Vgl. Mikoletzky, 1962: 107). Gleichzeitig gründete sich 1920 die Frontkämpfervereinigung aus ehemaligen

[9] Hammer, Eugen v. (Hrsg.) (1931): Oberst Hiltl: Ein Gedenkbuch. Wien: Bernhardt.
[10] Polizeiarchiv Wien: Nachlass Schober. Box 27/4. Steidle an Schober. Innsbruck 27.6.1925.
[11] 'Wache, Karl (1933): Deutscher Geist in Österreich. Ein Handbuch des völkischen Lebens der Ostmark. Wien: Buchdruckerei Paul Kaltschmid.

Frontsoldaten der k.u.k.-Armee. Sie war eine "*antisemitische, antimarxistische und antidemokratische Schutztruppe bei christlichsozialen, großdeutschen und nationalsozialistischen Versammlungen*" (Austria-Forum, 2016).

Es gab immer wieder Spannungen zwischen dem Republikanischen Schutzbund und antimarxistischen Vereinigungen, die sich laut Vocelka (vgl. 2002: 287) meist in Form von Raufereien entluden[12]. Dies war jedoch am 30. Jänner im burgenländischen Schattendorf nicht der Fall, hier fielen Schüsse. Dieser Vorfall markiert den Beginn einer Reihe von Ereignissen, die zum Ende der Demokratie Österreichs führten. (Vgl. Vocelka, 2002: 287.) Mitglieder der Frontkämpfervereinigung hatten auf aufmarschierende Schutzbündler geschossen und dabei einen Invaliden und ein Kind getötet sowie weitere Menschen verwundet. Bis zu diesem Zeitpunkt war es die Regel, dass der Schutzbund und die Frontkämpfer ihre Versammlungen abwechselnd abhielten. An diesem Sonntag hatten nicht nur die Frontkämpfer eine größeres Treffen mit Teilnehmern aus den umliegenden Dörfern und aus Wien vereinbart, sondern auch die Sozialdemokraten beriefen eine (in ihrem Fall nicht behördlich angemeldete) Versammlung ein, die durch Schutzbündler aus den Nachbarorten verstärkt wurde. Als bekannt wurde, dass der österreichische Führer der "Frontkämpfer", Oberst Hiltl, bei der Veranstaltung sprechen sollte, versuchte der Schutzbund, das Ankommen auswärtiger Gegner zu verhindern. Bereits als die etwa 200 Schutzbündler am Weg zum Bahnhof das erste Mal am Gasthof Tscharmann vorbeikamen, kam es zu Handgreiflichkeiten. Am Bahnhof bewirkten sie nach einer weiteren Rauferei und Unterhandlungen die Rückfahrt der 10 angereisten Frontkämpfer. Am Rückweg kam es zu dem verheerenden Vorfall beim Gasthof Tscharmann. Mitglieder des Schutzbundes riefen: "*Nieder mit den Frontkämpfern, nieder mit den christlichen Hunden, nieder mit den monarchistischen Mordbuben!*" (Botz, 1976: 109) und einige drangen in den Hof und die Küche des Gasthofes ein, wo die Frontkämpferversammlung stattfinden sollte. Die Söhne des Wirtes hatten sich gemeinsam mit 16 anderen Frontkämpfern in die Privaträume des Hauses zurückgezogen, von wo aus sie auf die im Hof befindlichen etwa 30 Schutzbündler schossen, ohne jemanden zu treffen. Daraufhin begannen sie aus einem anderen

[12] Für eine genaue Darstellung siehe: Botz, Gerhard (1976): Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstösse, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934. München: Wilhelm Fink Verlag.

Zimmer mit Schrotkugeln auch auf die Mitglieder des Schutzbundes zu schießen, die sich auf der Straße befanden - dabei verletzten sie mehrere Menschen und töteten einen Kriegsinvaliden, der Mitglied des Schutzbundes war und einen Jungen, der am Straßenrand zugesehen hatte. Von Seiten der Schutzbündler wurde nur ein Schuss auf die fliehenden Täter abgefeuert. (Vgl. Botz, 1976: 108ff.) Die Nachricht über diese Tat verbreitete sich schnell. In den Fabriken Wiens und Wr. Neustadts gab es Protestkundgebungen und -Streiks, jedoch konnte ein Protestzug zur Ringstraße verhindert werden. (Vgl. Gulick, 1948[2]: 482.)

Am 5. Juli begann der Prozess gegen die drei Schattendorfer, einer der Verteidiger war Dr. Walter Riehl (vgl. Mikoletzky, 1962: 114f). In der Zeit der Verhandlung verhielten sich die Sozialdemokraten friedlich. Als jedoch am 14. Juli 1927 das (folgewidrige) Urteil über die drei Schützen verhängt wurde, gab es bei den Sozialdemokraten kein Halten mehr. Die wiener Geschworenen hatten sie sogar von der Anklage der Notwehrüberschreitung freigesprochen. Die Empörung war groß und so zogen die Arbeiter am nächsten Tag - bestärkt durch einen Artikel des Chefredakteurs der "Arbeiter-Zeitung", Friedrich Austerlitz, - Richtung Parlament: (Vgl. Weinzierl, 1995: 214 sowie Pauley, 1972: 48.)

> "*Die bürgerliche Welt warnt immerzu vor dem Bürgerkrieg; aber ist diese glatte, diese aufreizende Freisprechung von Menschen, die Arbeiter getötet haben, weil sie Arbeiter getötet haben, nicht schon selbst der Bürgerkrieg? Wir warnen sie alle, denn aus einer Aussaat von Unrecht, wie es gestern geschehen ist, kann nur schweres Unheil entstehen!*" (Arbeiter-Zeitung, 15. 7. 1927: 2).

Und dieses Unheil kam - die wütende Masse an Arbeitern wurde nach ersten Zusammenstößen mit der berittenen Polizei vom Parlament abgedrängt, woraufhin sie sich auf den Justizpalast konzentrierte. Die Arbeiter verschafften sich Zutritt und zündeten ihn an. Weder Polizei noch Feuerwehr wurde durchgelassen und selbst der populäre sozialdemokratische Bürgermeister und Landeshauptmann Karl Seitz, der Schobers Wunsch, das Bundesheer einzusetzen, verweigert hatte, konnte nichts ausrichten. Als eine Polizeiwache und die Redaktionen der "Reichspost" und der deutschnationalen (laut Mikoletzky, 1962: 116, "nationalsozialistischen") "Wiener Neuesten Nachrichten" gestürmt wurden, entschloss sich Polizeipräsident Schober, mit Gewalt die Normalität wieder herzustellen. (Vgl. Botz, 1976: 149f sowie vgl. Weinzierl, 1995: 215.) Mit Genehmigung von Seipel und der Regierung (aber ohne die Zustimmung

von Seitz) wurde ein Teil der Wiener Polizei - Wachleute und Polizeischüler - mit Gewehren ausgerüstet und zum Justizpalast geschickt, um die Umgebung zu räumen (vgl. Botz, 1976: 150). Weinzierl beschreibt die weiteren Vorgänge wie folgt:

> "*Es gehört zur besonderen Tragik jenes Tages, daß zum Zeitpunkt des Einsatzes von Feuerwaffen der Zorn des Volkes bereits im Abflauen war. Er hatte sein Opfer gefunden: Der Justizpalast brannte. Hunderte von neugierigen Wienern waren mittlerweile herbeigeströmt, um bei diesem Schauspiel mit dabeigewesen zu sein. Schon gab es Limonadenverkäufer, deren Ware in der Hitze des schwülen Hochsommertages reißenden Absatz fand. Langsam begann das Ganze den Charakter einer ´großen Hetz´ anzunehmen - da fielen die ersten Schüsse der Polizei.*" (Weinzierl, 1995: 215).

Es regte sich daraufhin zwar wieder Widerstand in der Masse, doch dieser wurde rasch gebrochen: 1057 Verletzte und 89 Tote, davon vier Polizisten waren es am Ende des Tages. (Vgl. Weinzierl, 1995: 215f.)

Nach den Schüssen der Polizei verlangten die aufgebrachten Arbeiter, nicht nur die linken Sozialdemokraten, Schutzbündler und Kommunisten, sondern auch breite Bevölkerungsschichten von den sozialdemokratischen Führern die Herausgabe von Waffen - sie wollten den Kampf in einen bewaffneten Aufstand überleiten (vgl. Botz, 1976: 152[13]). So lag es an der sozialdemokratischen Partei, die Waffen herauszugeben, um einen Bürgerkrieg zu verhindern. Nach schnell einberufenen Konferenzen überstimmten die demokratischen Sozialisten die Befürworter einer Gewaltlösung. (Vgl. Deutsch, 1960: 169[14]; Braunthal, 1927: 42[15]; Gulick, 1948[2]: 505[16]; Leser, 1968: 406[17]; zit. nach Botz 1976: 152). Die Demonstranten waren nicht bewaffnet und hatten keinen Putsch geplant, trotzdem hatte man damals den Eindruck, es wäre eine bedeutsame Schlacht gewesen, die Bundeskanzler Seipel, Schober und die Heimwehren gewonnen hatten. (Vgl. Weinzierl, 1995: 215f sowie vgl. Vocelka, 2002: 287.)

---

[13] Botz bezieht sich auf: Kommunistische Partei Österreichs: Die Wiener Julikämpfe 1927. Wien. o.J., S. III; Sammlung von Flugschriften und Zeitungen zum 15. Juli 1927, angelegt vom Bundesministerium für Justiz, Archiv des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaft in Linz; u.a.

[14] Deutsch, Julius (1960): Ein weiter Weg. Lebenserinnerungen. Zürich.

[15] Braunthal, Julius (1927): Die Wiener Julitage. Ein Gedenkbuch. Wien.

[16] Gulick, Charles A (1948): Österreich von Habsburg zu Hitler. Band 2. Wien: Danubia Verlag.

[17] Leser, Norbert (1968): Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis. Wien.

Anstatt Gewalt anzuwenden, versuchten die Sozialdemokraten, Seipel zum Rücktritt zu bewegen und die Regierung durch eine neutrale Beamtenregierung zu ersetzen. Nach Bauers Vorstellungen sollte diese einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung den Weg ebnen und die Massen beruhigen. Seipel jedoch stellte sich entschlossen dagegen, auch ein eintägiger Generalstreik und ein unbegrenzter Verkehrsstreik konnten nichts an dessen Standpunkt ändern. (Vgl. Schärf, 1927: 2[18], zit. nach Botz, 1976: 152.) So war auch dieser Streik nur von kurzer Dauer und am 26. Juli 1927 standen sich Seipel und Bauer als Sieger und Besiegter gegenüber. Bauer bat darum, die am 15. Juli und in den darauffolgenden Tagen Verhafteten zu begnadigen. Die Antwort des "Prälaten ohne Milde" brachte der Opposition das Schlagwort für ihren Propagandafeldzug, der dazu führte, dass in diesem Jahr 28.000 Menschen aus der katholischen Kirche austraten: "*Verlangen Sie nichts vom Parlament und von der Regierung, was gegenüber den Opfern und Schuldigen dieses Unglückstages milde erscheint, aber grausam wäre gegenüber der verwundeten Republik.*" (Weinzierl, 1995: 216 sowie Botz, 1976 : 159). Äußerungen nach seinem Rücktritt 1929 lassen vermuten, dass ihn diese Folgen seiner Politik sehr getroffen hatten. Dies hielt ihn jedoch nicht davon ab, die defensive Stellung der Sozialdemokraten für eine Stärkung der Staats- und Regierungsautorität zu nutzen - dabei nahm er sich bewusst die Heimwehr zu Hilfe. (Vgl. Weinzierl, 1995: 216.) "*Das bürgerliche Lager hatte einen Sieg errungen, und dieser verstärkte die antidemokratischen Tendenzen und den Willen, die politischen Gegner mit Gewalt auszuschalten*.", so Vocelka über die politischen Vorgänge (Vocelka, 2002: 287). Seipels langfristiger Plan war es, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung sozial und politisch niederzuwerfen, "*auch, und gerade um den Preis der Beseitigung der Demokratie*" (Klemperer, 1972: 263[19], zit. nach Botz, 1976: 159).

Ein großer Teil des bürgerlichen Lagers feierte also nach dem 15. Juli 1927 die "*Brechung der sozialdemokratischen ´Herrschaft der Straße´*" (Weinzierl, 1995: 216), doch

[18] "Notizen [Adolf Schärfs] über den 15. Juli 1927", Protokolle über die Sitzungen des Parteivorstandes u.a. 16.-19. Juli 1927. Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien.

[19] Klemperer, Klemens von (1972): Ignaz Seipel: Christian Statesman in a Time of Crisis. Princeton, N.J.: Princeton University Press; dt. Klemperer, Klemens von (1976): Ignaz Seipel. Staatsmann einer Krisenzeit. Graz: Styria.

übersahen die Vertreter dabei, dass von da an fast die ganze Arbeiterschaft dem Staat misstraute (vgl. Weinzierl, 1995: 216).

2.4.1 Linzer Programm und Korneuburger Eid

Nach dem Brand des Justizpalastes wurden die österreichischen Antimarxisten auf die "*vermeintliche Bedrohung des Bürgertums durch die Diktatur des Proletariats*" aufmerksam (Hofmann, 1965: 9). Dazu hatte auch die Auslegung einer Stelle des Linzer Parteiprogrammes der österreichischen Sozialdemokratie durch die antimarxistische Presse beigetragen (vgl. Hofmann, 1965: 9f). Vermutlich spielt Hofmann dabei auf folgende Passage des Parteiprogramms an:

> "*Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.*" (Wandruszka, 1977: 448).

Angesichts dieser Gefahr des "Austrobolschewismus" suchten sich die Christlichsozialen und Antimarxisten nun Schutz durch eine militante Bewegung - die Heimwehren schienen sich da anzubieten. Mitglieder der österreichischen Aristokratie sowie Exoffiziere der monarchistischen Armee schlossen sich nun den Heimwehren an. Die Wehrverbände der einzelnen Bundesländer traten unter der Führung von Dr. Richard Steidle in engere Fühlung und der Heimatschutzgedanke erlebte einen Aufschwung - denn alle Kreise, die die Machtergreifung des Marxismus verhindern wollten, konnten sich damit identifizieren. (Vgl. Hofmann, 1965: 9f.)

Von diesem Zeitpunkt an geriet die Heimwehr immer stärker in den Einflussbereich des italienischen Faschisten Mussolini, der ihre antimarxistische Haltung förderte und sie mit Geld und Waffen versorgte (vgl. Vocelka, 2002: 287).

Während im Schutzbund also marxistische Tendenzen vorherrschend waren, wurde die Heimwehr immer radikaler und baute ab 1930 auf der Christlichen Soziallehre auf und strebte nach einem "Stände-Staat", der in Berufsständen, statt in Geburtsständen wurzelte. Man wollte den Klassenkampf hinter sich lassen und ein "christliches Regime"

aufbauen. (Vgl. Vocelka, 2002: 286f sowie vgl. Wandruszka, 1977: 364) Im "Korneuburger Eid" 1930 sprach man von der "*Erringung der Macht im Staate*": "*Wir greifen nach der Macht im Staate. Demokratie und Parlamentarismus lehnen wir ab. Wir bekennen uns zu den Grundsätzen des Faschismus*" (Vocelka, 2002: 288). Diese Entwicklung wurde jedoch nicht von allen Heimwehrgruppen akzeptiert und führte zu Abspaltungen und inneren Auseinandersetzungen (vgl. Wandruszka, 1977: 365).

Die Heimwehren kandidierten bei den Nationalratswahlen im November 1930 als "Heimatblock" und gewannen neun Mandate. Gemeinsam mit den Christlichsozialen (66 Mandate) und dem Schoberblock (19 Sitze) hatte das bürgerliche Lager damit zwar eine Mehrheit, die Sozialdemokraten waren aber mit 72 Sitzen im Parlament die stärkste Partei. Dies war eine Erschütterung, die durch die Nationalsozialisten noch verstärkt wurde. Sie hatten zwar kein Grundmandat gewonnen, aber mit etwa 100.000 Stimmen ihre ersten Erfolge erzielt. (Vgl. Vocelka, 2002: 288f.)

Zwischen Heimwehr und Schutzbund gab es ständig Spannungen, die sich ab 1927 immer mehr hochschaukelten und 1934 ihren Höhepunkt fanden. Zu Beginn des Bürgerkrieges folgte der Schutzbund der "*hinhaltenden Politik der Parteiführung*" nicht mehr und nahm die Sache selbst in die Hand. (Vgl. Vocelka, 2002: 284f.)

2.4.2 Wirtschaftskrise, Zollunion und Anschlussgedanke

Österreich war auch in den 1930er Jahren noch stark abhängig von ausländischen Handelsbeziehungen, deshalb war es durch die Wirtschaftskrise stärker betroffen als manch andere Industrieländer der Welt. Allerdings war es ein Wunschdenken, dass Österreichs wirtschaftliche Probleme durch eine Verschmelzung mit Deutschland zu lösen seien - denn außer zwischen 1925 und 1929 war Deutschland genauso arm wie Österreich. Der psychologische und politische Gewinn durch einen Anschluss wäre also höchstens vorübergehend gewesen. (Vgl. Pauley, 1988: 24.)

Zwischen 1925 und 1929 kam es des Öfteren zu Demonstrationen, die den Anschluss verlangten. Eine Kundgebung in Wien 1928 umfasste sogar etwa 200.000 Teilnehmer und ein Fragebogen im Nationalrat 1929 ergab eine Unterstützung von zwei Dritteln der Mandatare für einen Zusammenschluss mit dem Deutschen Reich (vgl. Bullock, 1939

:175[20], zit. nach Pauley, 1988:24 sowie vgl. Mikoletzky, 1962: 114). Kolnai vertritt die Auffassung, dass u.a. deshalb der Anschluss bis 1933 das fast einzige Ziel der auswärtigen Politik Österreichs blieb (vgl. Kolnai, 1942: 303[21], zit. nach Pauley, 1988: 24). Johann Schober, der 1930 von seinem Vizekanzler Vaugoin und der Heimwehr als Kanzler gestürzt worden war, konnte mit seinem großdeutsch - liberalen Schoberblock bei den Nationalratswahlen Gewinne erzielen und so als Vizekanzler und Außenminister in das Kabinett Otto Ender zurückkehren. Als Außenminister unterzeichneten Schober und Curtius den Vertrag über die Zollunion. (Vgl. Weinzierl, 1995: 218.) Bereits als Kanzler hatte er laut Pauley mit Deutschland geheim über eine Zollunion verhandelt. Als sie dieses Projekt im März 1931 jedoch vorstellten, stießen sie auf erheblichen Widerstand Frankreichs, der Kleinen Entente (Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien) und Italiens - sie sahen darin einen "*kaum verhüllten Anschluss*". (Vgl. Pauley, 1988: 24.) Besonders die Großdeutschen und Sozialdemokraten sahen die Zollunion als Vorstufe für den gewünschten Anschluss - aber auch die Christlichsozialen, die im Vergleich den Anschlussgedanken am wenigsten verfolgten, waren Befürworter. (Vgl. Weinzierl, 1995: 218.) Großbritannien und die Vereinigten Staaten beurteilten das Projekt bei den Verhandlungen positiv, letztlich setzte sich aber Frankreich durch, das die Mittel hatte, Österreich erneut ein dringend benötigtes Darlehen zu gewähren - der Preis war die Aufgabe des Zollunion-Vorhabens (vgl. Pauley, 1988: 24). Der Internationale Gerichtshof in Den Haag entschied schließlich, dass die Zollunion nicht im Einklang mit den Bestimmungen der Genfer Protokolle und dem Vertrag von St. Germain stehe (vgl. Weinzierl, 1995: 218). Ein politischer Sieg für Frankreich und eine weitere Niederlage für die Regierungen Deutschlands und Österreichs, der den Nationalsozialisten in die Hände spielte (vgl. Pauley, 1988: 24).

> "Erst mit dem Aufstieg der Nazis zur Macht in Deutschland sollten viele Österreicher ihre Anschlußbestrebungen nochmals überdenken." (Pauley, 1988: 24).

[20] Bullock, Malcolm (1939): Austria 1918 - 1938: A Story of Failure. London: Macmillan & Co.
[21] Kolnai, Aurel (1942): The Problem of Austrian Nationhood. Journal of Central European Affairs 2. Oktober 1942. S. 290 - 309.

2.5 Ausschaltung des Parlaments

Die wirtschaftliche Krise in Österreich hatte sich durch den Zusammenbruch der Creditanstalt 1931 verschärft und nach der gescheiterten Zollunion zwischen Österreich und Deutschland wählten die Christlichsozialen den "französischen Kurs" und planten neuerlich, eine Völkerbundanleihe zu beantragen. Dieses Vorhaben und die Konsequenzen der Banken- und Budgetsanierung trugen dazu bei, dass die Großdeutschen, nach zehn Jahren Koalition, den Christlichsozialen im Jänner 1932 den Rücken kehrten. Sie standen inzwischen in starkem Konkurrenzkampf mit den Nationalsozialisten und waren schwer getroffen von der geplatzten Zollunion. (Vgl. Tálos/Manoschek, 2005: 11f sowie vgl. Weinzierl, 1995: 219.) Auch bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen 1932 zeigte sich die Folge der Spar- und Steuermaßnahmen: Die Nationalsozialisten konnten erstmalig große Stimmengewinne verzeichnen. (Vgl. Botz, 1982: 24f[22] zit. nach Talos/Manoschek, 2005: 11f). Vergleicht man die Zahlen mit der Nationalratswahl 1930, stieg der Anteil der Nationalsozialisten von 2,1% auf 15,5% - die Christlichsozialen schrumpften von 22,1% auf 17,9% (vgl. Tálos/Manoschek, 2005: 11f) und auch die Deutschnationalen verloren Stimmen an die Nationalsozialisten (vgl. Vocelka, 2002: 289). Dieser große Erfolg der Nationalsozialisten und das Schrumpfen der parlamentarischen Regierungsmehrheit auf nur eine Stimme Mehrheit zeigte den regierenden Politikern, dass Neuwahlen möglichst aufgeschoben, wenn nicht sogar verhindert werden müssten (vgl. Tálos/Manoschek, 2005: 13 sowie vgl. Vocelka, 2002: 289). Engelbert Dollfuß, ehemals christlichsozialer Landwirtschaftsminister, bildete daraufhin 1932 die neue Regierung mit den Christlichsozialen, dem Heimatblock und dem Landbund. Er führte den Plan der Regierung Buresch aus, neuerlich eine Völkerbundanleihe in der Höhe von 300 Millionen Schilling, das Protokoll wurde bereits am 15. Juli in Lausanne unterzeichnet, zu beantragen. Damit unterstellte das Land seinen Staatshaushalt jedoch wieder den Kontrollen des Völkerbundes und musste für weitere 20 Jahre das in den Genfer Protokollen vereinbarte Anschlussverbot anerkennen. Als das Protokoll im Parlament verhandelt wurde, lehnten sich die

[22] Botz, Gerhard (1982): Soziale "Basis" und Typologie des österreichischen Faschismus im innerösterreichischen und internationalen Vergleich. In: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1980/1981. Wien. S. 15-56.

Großdeutschen und die Sozialdemokraten heftig dagegen auf und verweigerten ihre Zustimmung. (Vgl. Weinzierl, 1995: 219.)

Diese parlamentarischen Schwierigkeiten hatten Dollfuß´ Abneigung gegen das Parlament von Beginn an entfacht. Mit nur einer Stimme Mehrheit war es schwer einen Kampf für die neuerlich in Lausanne eingegangenen Verpflichtungen zu führen, während oppositionelle Angriffe und Misstrauensanträge die Debatte beherrschten. (Vgl. Jagschitz, 1976: 17.)

In der Regierung war man nun immer mehr der Meinung, dass die "*notwendigen Maßnahmen einer Krisenlösungspolitik*" (Tálos/Manoschek, 2005: 13) nur schlecht mithilfe von Parlament und den Parteien durchzuführen sind, diese empfand man sogar eher als Blockade (vgl. Tálos/Manoschek, 2005: 13). So probierte man aus, ob das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz aus 1917[23] noch zulassen würde eine autoritäre Politik zu realisieren und erließ eine Verordnung, die die verantwortlichen Funktionäre für den Zusammenbruch der Creditanstalt haftbar machte (vgl. Huemer, 1975: 146f). Dollfuß selbst kommentierte dies wie folgt:

> "*(...). Die Tatsache, daß es der Regierung möglich ist, selbst ohne vorherige endlose parlamentarische Kämpfe sofort gewisse dringliche Maßnahmen in die Tat umzusetzen, wird zur Gesundung unserer Demokratie wesentlich beitragen*." (Reichspost, 4.10.1932, zit. nach Tálos/Manoschek, 2005: 14).

Als es am 4. März 1933 wegen des Streits um die Gültigkeit einer Stimme und um die Wiederholung der Abstimmung im Parlament zur Amtsniederlegung des Nationalratspräsidenten Karl Renner kam, nahm alles seinen Lauf und die Regierung bekam die Gelegenheit, ihre Vorhaben umzusetzen. Von dieser einzigen Stimme, die Renner als gültig erachtete, hing die Entscheidung der Debatte ab. Aufgrund des heftigen Widerstandes sah er sich nicht in der Lage, das Haus weiter zu führen und legte seine Stelle als Präsident nieder. Der Christlichsoziale Ramek übernahm den Vorsitz und wollte die Abstimmung wiederholen, doch auch dies stieß auf heftige Diskussionen.

[23] Das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz ermöglichte der Regierung "*während der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung und zur Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens (...) zu treffen*." (Gesetz vom 24.7.1917, zit. nach Tálos/Manoschek, 2005: 14)

Daraufhin legte auch Ramek sein Amt nieder. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 5.3.1933: 7.) Als der dritte Präsident, Dr. Straffner, den Vorsitz übernahm, sagte er:

> "*Da sich das Haus über die Streitfälle, die das Haus auf Grund der Abstimmung eben beschäftigen, nicht einigen kann, bin ich nicht in der Lage, die Sitzung des Hauses weiterzuführen und l e g e e b e n f a l l s m e i n e S t e l l e a l s P r ä s i d e n t n i e d e r*." (NFP, Morgenblatt, 5.3.1933: 7).

Ohne Vorsitzenden, um die Sitzung fortzuführen oder zu schließen, verließen die Abgeordneten das Parlament. Durch diesen Fehler konnte nun die Regierung das Parlament ausschalten und so Neuwahlen verhindern. (Vgl. Vocelka, 2002: 290.) Bereits am 7. März erklärte die Regierung, dass sie "*von der ´Selbstausschaltung´ des Parlaments nicht betroffen sei: die Parlamentskrise sei keine Staatskrise*" (Weinzierl, 1995: 222).

Ab dem 12. März wurde das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz dazu verwendet, eine Reihe von Verordnungen zu erlassen - eine davon diente dazu, die Presse- und Versammlungsfreiheit einzuschränken[24] (vgl. Weinzierl, 1995: 222). Der Großdeutsche Straffner versuchte das Parlament wieder zusammenzurufen, doch die Abgeordneten wurden vor dem Sitzungssaal von der Kriminalpolizei abgefangen und nach Hause geschickt - die Opposition, also Sozialdemokraten, Großdeutsche und Nationalsozialisten, protestierten gegen diese Vorgänge zwar stark, aber erfolglos. Auch in den eigenen Reihen gab es Bedenken, unter anderem vom Bundespräsidenten Miklas. Dollfuß argumentierte mit einem "Zweifrontenkrieg", den er nun gegen den Marxismus und den Nationalsozialismus führen müsse. Inzwischen hatten nämlich die Wahlen in Deutschland am 5. März 1933 Hitlers Herrschaft besiegelt. Auch die Sozialdemokraten sahen darin eine Gefahr, weshalb sie auch im Mai 1933 die bisher stark vertretene Anschlussforderung aus ihrem Parteiprogramm strichen. Sie hatten vor allem das Schicksal ihrer deutschen Bruderpartei vor Augen und scheuten aufgrund dessen den offenen Widerstand gegen die Regierung - auch nach der Auflösung des Republikanischen Schutzbundes am 31. März 1933[25]. (Vgl. Weinzierl, 1995: 222ff.) Obwohl Versammlungslokale der Schutzbündler durchsucht und Mitgliederverzeichnisse, Schriften und Waffen beschlagnahmt wurden, blieb ein

[24] Siehe dazu auch Kapitel 3.4.

[25] Die zitierten Quellen gehen vom 31.März 1933 als Datum der Auflösung des Republikanischen Schutzbundes aus, während Tálos/Manoschek (2005: 18) das Verbot im Zeitraum Ende Mai 1933 sehen.

entschlossener Widerstand aus - auch wenn die Arbeiterschaft noch so verärgert war. Schließlich konnte sich der Kern der Organisation in der Illegalität wieder aufbauen und unter der Bezeichnung "Ordnerschaften" einigermaßen unversehrt weiterarbeiten. (Vgl. Botz, 1976: 213f.) Außerdem hatten die Sozialdemokraten immer noch einige Machtpositionen im Lande inne. Man war der Überzeugung, sollte die Partei aufgelöst, eine faschistische Verfassung verkündet, die Gewerkschaften verboten oder das Rote Wien attackiert werden, dann würde man mit bewaffnetem Widerstand kontern. (Vgl. Vocelka, 2002: 290.)

Wie der Schutzbund wurde auch die Kommunistische Partei verboten und die Heimwehren fungierten als eine Art Hilfspolizei (vgl. Vocelka, 2002: 290). Obwohl es keinen Widerstand gab, bemühte sich Dollfuß um Unterstützung und Schutz aus dem Ausland und wurde in Ungarn und Italien fündig (vgl. Weinzierl, 1995: 222). Mussolini hatte vor, einen faschistischen Staatenbund zwischen Italien, Ungarn und Österreich gegen den expansiven Nationalsozialismus zu schaffen (vgl. Tálos/Manoschek, 2005: 15). Der Führer der italienischen Faschisten forderte ein konsequentes Vorgehen gegen die österreichischen Sozialdemokraten. Dollfuß ließ Mussolini wissen, dass er vorhabe, so bald wie möglich ein autoritäres Regime in Österreich aufzubauen. Es würde bereits eine berufsständische Verfassung ausgearbeitet. (Vgl. Weinzierl, 1995: 223.) Schließlich verkündete er auf dem Wiener Trabrennbahnplatz bei einer Kundgebung der "Vaterländischen Front": *"(...). Wir wollen einen sozialen, christlichdeutschen Staat auf ständischer Grundlage mit einer starken autoritären Führung*." (Weinzierl, 1995: 224). Natürlich war unter dieser Perspektive kein Platz mehr für herkömmliche Parteien und noch im September 1933 wurde die Regierung, wie von Mussolini gewünscht, umgebildet. Man bestellte Heimwehrführer Emil Fey zum neuen Vizekanzler und schaltete den Landbund aus. Auch der Heimatblock wurde von Ernst Rüdiger Starhemberg aufgelöst, er trat jedoch geschlossen mit der Heimwehr in die "Vaterländische Front" ein, wo er zum stellvertretenden Führer ernannt wurde. Durch eine erneute Notverordnung wurde Ende Dezember zwar das Budget für 1934 mit erhöhten Ausgabensätzen für Heer und Polizei genehmigt, doch Dollfuß schob eine gewaltsame Auseinandersetzung mit der Österreichischen

Sozialdemokratie länger auf, als es Mussolini oder der Heimwehr recht gewesen wäre. (Vgl. Weinzierl, 1995: 224.)

Obwohl der Kampf gegen die Sozialdemokratie als oberste Priorität galt, stand die Regierung den Nationalsozialisten in einer zweiten Front gegenüber. Und der Kampf gegen diese Ideologie verlangte immer mehr Aufmerksamkeit. (Vgl. Jagschitz, 1976: 18.)

2.6 Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland - 1. April 1933

2.6.1 Vorgeschichte

Bereits kurz nach der Machtübernahme Hitlers kam es Ende Februar 1933 zu ersten antisemitischen Gewaltausbrüchen und Maßnahmen der Einschüchterung durch die SA und andere Stoßtrupps der Partei, die sich danach immer mehr steigerten. Sie plünderten jüdische Geschäfte, quälten und verschleppten ihre Inhaber oder prügelten sie zu Tode. Es folgten Zwangsbeurlaubungen von jüdischen Mitbürgern, Verunstaltungen und Entweihungen von Synagogen und bereits zu diesem Zeitpunkt Verschleppungen von Juden in sogenannte "wilde" Konzentrationslager. Diese Gräueltaten wurden natürlich von der Führung gedeckt und propagandistisch ausgeschlachtet als "*´spontane´ Äußerungen des ´Volkszorns´*" (Wendt, 1995: 167). (Vgl. Thamer, 1994: 291 sowie vgl. Wendt, 1995: 167.) Bereits Anfang März hatten die Nationalsozialisten jüdische Geschäftsleute dazu gebracht, ihre Geschäfte tageweise zu schließen, da deren Kundschaft am Betreten der Räumlichkeiten gehindert wurde. Im Laufe dieser Woche weitete sich dieses Treiben auf viele große Städte des ganzen Reiches aus. Die Gauleiter der NSDAP erklärten jedoch, dass sie diese Aktionen nicht veranlasst hätten. (Vgl. Israelitisches Familienblatt, 16.3.1933, zit. nach Benz/Dahm, 1993: 274.) Hitler erließ am 10. und am 12. März einen Aufruf zu Disziplin, jedoch wohl eher, um die Kritiker zu beschwichtigen, als den Terror zu beenden. Kurz wurde es etwas ruhiger, doch um den 23. März folgten weitere Aktionen - die wirkten aber nicht mehr, als wären sie ferngesteuert. (Vgl. Benz/Dahm, 1993: 274.)

Wenig später folgte die erste geplante und gegen deutsche Juden gerichtete Maßnahme im ganzen Reich. Für den 1. April ordnete die Parteileitung der NSDAP den Boykott gegen die jüdische Gemeinschaft (besonders Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte) offiziell an und begründete ihn als "*reine Abwehrmaßnahme*" gegen die behauptete "*Greuelpropaganda*" der Juden, die im Ausland stattfand. (Vgl. Königseder, 2011: 61.) Nach einem zitierten Aufruf in der "Neuen Freien Presse" begründet die nationalsozialistische Parteileitung das Vorgehen wie folgt: "*Von den Juden in*

Deutschland gehe diese Kampagne des Hasses und der Judenhetze gegen Deutschland aus", diese würden ihr "*Gastrecht mißbrauchen*" und stellten die "*Lügen*" in der Welt nicht richtig. (NFP, Morgenblatt, 29.3.1933: 3.) Gleichzeitig sah die Partei die "*kommunistischen und marxistischen Verbrecher und ihre jüdisch-intellektuellen Anstifter, die mit ihren Kapitalien rechtzeitig ins Ausland ausrückten*" (NFP, Morgenblatt, 29.3.1933: 3) als die Schuldigen für die Propaganda gegen Deutschland an.

Die Nachricht des Terrors der Nationalsozialisten gegen die jüdische Gemeinschaft in Deutschland verbreitete sich über die Landesgrenzen hinweg. Inzwischen betraf er auch Anwälte oder Ärzte. (Vgl. Thamer, 1994: 292.) Zum Beispiel erhielt der amerikanische Generalkonsul in Berlin Nachrichten über misshandelte Ärzte, die er weitergab (vgl. Thamer, 1994: 292). Er berichtete von einem jüdischen Arzt, der nicht freiwillig kündigen wollte und deshalb gezwungen wurde, "*in einem Becken mit kaltem Wasser zu sitzen und eine große Dosis Rizinusöl einzunehmen.*" (Becker, 1992: 193). Der Konsul ergänzte: "*Nachrichten über Zwischenfälle, bei denen Ärzte geschlagen und mißhandelt wurden, erreichten mich so zahlreich und aus so guten Quellen, daß kein Zweifel an der Korrektheit wenigstens einiger von ihnen möglich ist.*" (Becker, 1992: 193). Diese und andere Nachrichten führten zu kritischen Reaktionen in europäischen Nachbarländern und in den USA, die sich in ihrer Presse und der Öffentlichkeit widerspiegelten. Sogar einige Geschäftsleute, die Beziehungen zu deutschen Partnern pflegten, hatten diese beendet. (Vgl. Piper, 2012: 111.) Es waren die Anzeichen eines Handelsboykotts gegen das Deutsche Reich bzw. gegen Produkte aus Deutschland, die die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich zogen. Benz meint, ansonsten hätte die schlechte Presse die Verantwortlichen möglicherweise nicht einmal großartig berührt. Die "Abwehrmaßnahme" der Nazis war eine Medienkampagne. (Vgl. Benz/Dahm, 1993: 274.) Die NSDAP sah den sich ankündigenden Handelsboykott gegen deutsche Waren als "*Beweis für den Einfluss der Juden in der Welt*" (Piper, 2012: 111), denn er sei das Ergebnis der jüdischen "*Greuelpropaganda und Boykotthetze*" (Piper, 2012: 111). Piper beschreibt diese Entwicklung sehr treffend: "*Ergebnis dieser perversen Logik war es, dass die sehr berechtigte und eher zurückhaltende Kritik an antisemitischen Übergriffen als Vorwand für noch schlimmere Attacken diente*." (Piper, 2012: 111). Goebbels hatte die Verfolgungswut gepackt:

"*Wir werden gegen die Auslandslüge nur ankommen, wenn wir ihre Urheber oder doch wenigstens Nutznießer, nämlich die in Deutschland lebenden Juden, die bisher unbehelligt blieben, zu packen bekommen. Wir müssen also zu einem großangelegten Boykott aller jüdischen Geschäfte in Deutschland schreiten. Vielleicht werden sich dann die ausländischen Juden eines Besseren besinnen, wenn es ihren Rassegenossen in Deutschland an den Kragen geht*." (Goebbels, 1934: 288[26], zit. nach Thamer, 1994: 292).

Die deutschen Juden wurden demnach zu Geiseln, durch die das Wohlverhalten der ausländischen Presse erpresst werden sollte. Man beschloss, dass der Boykott ab dem 1. April bis auf Widerruf, also bis die ausländische Presse "kapitulierte", stattfinden sollte. Während sich die Reichsregierung bedeckt hielt, stellte man diese Aktion in der Presse als Maßnahme der Partei dar. (Vgl. Benz/Dahm, 1993: 274f.) Es wurden ein "*Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze*" und regionale "Aktionskomitees" einberufen. Der Plan war, am 30. März die in "Judenhänden" befindlichen Unternehmen festzustellen, um dort Wachen zu postieren. "*Bis in das kleinste Bauerndorf hinein*" (Königseder, 2011: 61) sollte die Aktion stattfinden und jüdische Warenhäuser, Geschäfte, Arztpraxen und Rechtsanwaltskanzleien betreffen. So führte man auch am Folgetag, einen Tag vor dem eigentlichen Boykott, die Bosheiten der letzten Wochen gegen jüdische Gewerbetreibende fort. (Vgl. Königseder, 2011: 61.) "Wilde" Aktionen fanden in vielen Orten des Reichs statt, man übte sozusagen den Boykott (vgl. Benz/Dahm, 1993: 275). Die Nationalsozialisten dürften sich jedoch der Reaktionen des Auslands nicht ganz sicher gewesen sein und eventuell einen schärferen Angriff befürchtet haben, denn Goebbels erklärte noch am 31. März, dass die "Greuelhetze" am Abflauen sei. Er definierte es als Erfolg der Boykottandrohung und verfügte, dass man den Boykott zwar am 1. April "*mit voller Wucht und Disziplin*" durchführen werde, ihn aber vom Abend des 1. zum 5. April aussetze, um eine Einstellung der "Greuelhetze" abzuwarten. Sollte dies eintreten, würde man zum Normalzustand zurückkehren. (Vgl. Benz/Dahm, 1993: 277.)

[26] Goebbels, J. (1934): Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern, vom 1. Januar 1932 bis Mai 1933. München.

2.6.2 Der Boykotttag am 1. April 1933

Der Boykott-Tag war "*ein Signal für die ökonomische Diskriminierung, Ausplünderung und schließlich Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben*" (Königseder, 2011: 61).

Am 1. April, einem Samstag, wurde schließlich der Boykott durchgeführt. Interessant ist, dass für diesen Tag der Sabbat ausgewählt wurde, an dem orthodoxe und manche konservative Juden ohnehin keine Arbeit verrichteten. So kam es, dass viele jüdische Geschäfte geschlossen hatten oder früher schlossen (vgl. Friedländer, 1998: 34) - teilweise wegen des Sabbats und teilweise wegen des Boykotts.

Mitglieder der nationalsozialistischen Sturm-Abteilung (SA) wurden vor den jüdischen Geschäften postiert. Sie sollten Kunden vom Betreten der Geschäftsräume abhalten - was sie auch taten, mit drohenden Aufforderungen. Außerdem beklebten sie die Schaufenster mit Plakaten, die zum Boykott aufriefen. (Vgl. Thamer, 1994: 293.) "*Deutsche! Wehrt euch! Kauft nicht bei Juden*." (Königseder, 2011: 61). Die Schriftzüge waren auch auf Transparente geschmiert worden, mit denen SA und Hitlerjugend vor jüdischen Arztpraxen, Anwaltskanzleien und Geschäften aufmarschierten, um Patienten, Mandanten oder Kunden am Eintreten zu hindern; vor dem Gerichtsgebäude hielt man jüdische Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte auf und verwehrte ihnen den Eintritt. (Vgl. Königseder, 2011: 61.)

Geschäfte von ausländischen Juden waren vom Boykott ausgenommen - woran man sich allerdings nicht konsequent hielt. In einer Rundfunkrede hatte Propagandaminister Goebbels "das deutsche Volk" dazu aufgerufen, "*sich an den Juden ´schadlos´ zu halten*" (Königseder, 2011: 61). Die NSDAP-Gauleitung Baden verkündete: "*Jegliche Ausschreitung ist mit allen Mitteln zu verhindern. Lassen sich Parteigenossen zu irgendwelcher Gewalt hinreißen, so ist ihnen auf der Stelle das Braunhemd herunterzureißen. Keinem Juden wird auch nur ein Haar gekrümmt. (...)*" (Pätzold, 1984: 50). Man versuchte, gewalttätige Ausschreitungen in den Hauptstraßen der größeren Städte zu verhindern. Plünderungen fanden aber trotzdem in den Nebenstraßen und in kleineren Ortschaften statt. (Vgl. Königseder, 2011: 61.)

Um den Aufruf zum Boykott der Juden zu rechtfertigen, verwendete Hitler abermals das Argument des "Volkszorns". Er nannte den Boykott eine "*Abwehrmaßnahme*", sie habe

"organisiert werden müssen, weil sie sonst aus dem Volke selbst hervorgegangen wären und unerwünschte Formen angenommen hätten." (NFP, Morgenblatt, 30.3.1933: 2). Diese Begründung ist jedoch stark anzuzweifeln, da als "Volkszorn" eher die SA-Trupps anzusehen waren, die bereits seit Februar jüdische Geschäftsleute terrorisierten - und keineswegs die breite Masse, das "Volk". Sogar nationalsozialistische Zeitungen hatten über den Boykotttag berichtet, dass die Bevölkerung oft nur neugierig oder reserviert reagiert hatte, weite Kreise wären sogar vielfach dazu geneigt gewesen, "*die Juden zu bemitleiden*" (Heyen, 1967: 134). Manche Kunden, Klienten oder Patienten zeigten sich auch solidarisch mit den Boykott-Opfern. So berichtete die Besitzerin eines kleinen Eiergeschäfts, sie hätte an keinem Tag zuvor so viele einzelne Eier verkauft, wie am Boykotttag - die Kunden wollten damit ihren Widerspruch gegen die Aktion ausdrücken (vgl. Königseder, 2011: 61).

Mit diesem Tag hatte Hitler sowohl der Aktionswut seiner Partei- und SA-Mitglieder ein Ventil gegeben als auch der Regierung eine Möglichkeit verschafft, "*durch Aufhebung des Boykotts scheinbare Mäßigung und Disziplin zu demonstrieren*" (vgl. Wendt, 1995: 167). Der Boykott wurde wie angekündigt am Abend des 1. Aprils ausgesetzt, jedoch nicht wieder aufgenommen - aber auch nie offiziell beendet, obwohl sich die internationale Presse kaum in ihrer Berichterstattung zurückhielt (Vgl. Benz/Dahm, 1993: 280). Zu diesem Punkt ist natürlich interessant, im weiteren Verlauf der Arbeit zu klären, ob die hier beschriebene "*schärfe*" der Presse auch auf die "Neue Freie Presse" zutraf oder ob sie eines der Blätter war, die ihre Berichterstattung mäßigten bzw. gar nicht mehr mäßigen mussten, da es ohnehin sehr vorsichtig mit dem Thema des Terrors gegen Juden im Deutschen Reich umging. Offiziell fanden keine weiteren Boykottaktionen statt. Obwohl man amtlich verlautbaren ließ, dass keine Störungen der Wirtschaft erlaubt seien, gab es immer wieder Angriffe (vgl. Benz/Dahm, 1993: 280). Inzwischen waren unauffälligere Methoden gefunden worden, um weitere Schritte gegen jüdische Ärzte, Beamte, Rechtsanwälte oder Wissenschaftler einzuleiten. Mithilfe des "*Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums*", das am 7. April erlassen wurde, legalisierte die Regierung "*antisemitische Säuberungen in staatlicher und kommunaler Verwaltung*" (Thamer, 1994: 293) - Frontkämpfer waren noch ausgenommen. Es war das erste Mal, dass der durch den Staat diktierte Antisemitismus

in ein Gesetz aufgenommen wurde. (Vgl. Thamer, 1994: 293.) Dies und die folgenden Aktionen, um die jüdische Bevölkerung aus dem Berufsleben auszuschließen und deren Emanzipation aufzuheben, wurden von den Nationalsozialisten als die "*Vollstreckung des Volkswillens*" in rechtlichen und geordneten Bahnen interpretiert (vgl. Wendt, 1995: 167).

2.7 Bücherverbrennungen 1933 im Deutschen Reich

Zwischen März und Oktober 1933 fanden drei verschiedene Phasen von Bücherverbrennungen statt:

Phase 1: März und April 1933: SA und SS stürmten hauptsächlich sozialdemokratische Partei- und Verlagshäuser und verbrannten Bücher, Zeitungen und Fahnen. Die Durchsuchungen wurden eher spontan durchgeführt und waren Nebeneffekte des verstärkten politischen Terrors nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933.

Phase 2: Mai 1933: Im Rahmen der "*Aktion wider den undeutschen Geist*" verbrannte man unzählige Bücher. Filmaufnahmen von den Ereignissen am Berliner Opernplatz verankerten diese Aktion im kollektiven Gedächtnis.

Phase 3: Mai bis Oktober 1933: Hauptsächlich vom "Kampfbund für deutsche Kultur" und der "Hitlerjugend" organisierte ortsübergreifende Bücherverbrennungen. (Vgl. Treß, 2011: 70.)

Die Phasen zwei und drei wurden ritualisiert und folgten einem ähnlichen Muster. Oft begann es mit einem Fackelzug durch die Straßen zum Verbrennungsplatz, wo man "Feuerreden" hielt. Das übernahmen bei studentischen Bücherverbrennungen zum Beispiel Professoren oder Funktionäre des NS-Studentenbundes. Danach vernichteten sie die Bestände. Entweder indem sie die Bücher zu einem Scheiterhaufen auftürmten und in Brand setzten oder durch das Werfen der Bücher in das Feuer eines Holzstoßes, während sie "Feuersprüche" riefen. Die beteiligten Organisationen hielten dann noch weitere Reden und sangen Lieder am Feuer. In den Tagen nach den Verbrennungen wurde darüber im Allgemeinen in der regionalen und überregionalen Presse sehr detailliert berichtet. (Vgl. Treß, 2011: 70f.)

Für die weitere Untersuchung wird es besonders interessant sein, zu überprüfen, wie die "Neue Freie Presse" darüber berichtet hat und ob es möglich ist, danach ihre politische Einstellung zu beurteilen. Untersuchungsgegenstand sind die Verbrennungen vom Abend des 10. Mai 1933 im Zuge der "*Aktion wider den undeutschen Geist*", weshalb hier das Hauptaugenmerk darauf gelegt wird.

Die "*Aktion wider den undeutschen Geist*" startete am 13. April 1933. Auf der Grundlage von 12 Thesen zielte die mit militärischer Präzision geplante Kampagne darauf ab, die kritische und deutsch-jüdische Intelligenz hauptsächlich aus den Universitäten des Reichs zu vertreiben. Ein Plakat in den Hochschulstädten verkündete die Ziele der Kampagne: "*Sprache und Schrifttum wurzeln im Volke*" (These 1) und "*Unser gefährlichster Widersacher ist der Jude, und der, der ihm hörig ist*" (These 4). Damit war das antisemitische Leitmotiv offensichtlich. (Vgl. Treß, 2011: 67.) Die Deutsche Studentenschaft schreibt weiter:

> "*5. Der Jude kann nur jüdisch denken. Schreibt er deutsch, dann lügt er. (...) 6. Wir wollen die Lüge ausmerzen, wir wollen den Verrat brandmarken, (...) 7. Wir wollen den Juden als Fremdling achten und wir wollen das Volkstum ernst nehmen. Wir fordern deshalb von der Zensur: Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in Deutsch, sind sie als Übersetzung zu kennzeichnen. Schärfstes Einschreiten gegen den Mißbrauch der deutschen Schrift. Deutsche Schrift steht nur Deutschen zur Verfügung. Der undeutsche Geist wird aus öffentlichen Büchereien ausgemerzt. (...) 11. Wir fordern die Auslese von Studenten und Professoren nach der Sicherheit des Denkens, im deutschen Geiste*." (Opitz/Sohns, 2. 2008[a][27] sowie NFP, Abendblatt, 13.4.1933: 3)

2.7.1 Exkurs: Entlassung und Vertreibung von Gelehrten

Mit diesem letzten Punkt 11. stellte man auch klar, was ein weiteres wichtiges Ziel dieser "Säuberung" war: die Vertreibung von kritischer und deutsch-jüdischer Intelligenz (vgl. Treß, 2011: 67). Seit Jahren rief der "Kampfbund für deutsche Kultur" zum Kampf gegen den "Kulturverfall" und "Kulturbolschewismus" auf. Während der herrschenden Aufbruchsbewegung wollte er nun Akademien, Museen, Bibliotheken, Universitäten und kulturelle Vereinigungen "säubern". Mithilfe des neuen Beamtengesetzes[28] zum Beispiel konnten die nationalsozialistischen Kultusminister die Universitäten angreifen. Es wurden immer wieder neue Listen erstellt, aufgrund deren man prominente Soziologen,

[27] Website auf Basis der Ausstellung an der Humboldt-Universität in Berlin 2001. Erstellt von Studentinnen, die an der Konzeption und Ausführung der Ausstellung beteiligt waren.
[28] Das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April (vgl. Wendt, 1995: 303).

Nationalökonomen, Staatsrechtler und Historiker beurlaubte, entließ oder erreichte, dass diese aus Protest selbst kündigten. (Vgl. Thamer, 1994: 303.) Innerhalb weniger Wochen sollten alle Aktionen abgeschlossen sein, um den kommenden Semesterbeginn nicht zu stören. Die Universitäten wurden dem Führerprinzip unterstellt, die akademische Selbstverwaltung aufgehoben und man veranlasste, dass alle Rektoren und Dekane von nun an vom Ministerium ernannt werden mussten. (Vgl. Wendt, 1995: 303.) Gleichzeitig ergriff auch die organisierte Studentenschaft Maßnahmen, um gegen jüdische und anders denkende Hochschullehrer vorzugehen. Sie rief zum Boykott auf und errichtete in Rostock, Königsberg, Dresden und Münster zwei Meter hohe "Schandpfähle", auf denen die Namen der Professoren und geächtete Bücher angeschlagen wurden. (Vgl. Treß, 2011: 67.) Der Historiker Hans-Ulrich Thamer bringt das Ergebnis dieses Szenarios auf den Punkt:

> *"Namhafte Gelehrte gingen ins Ausland, ganze Wissenschaftsrichtungen (...) verödeten in einem Land, das sich eine »arische« Wissenschaft schaffen wollte. Vor 1933 hatten auf einem Quadratkilometer in Berlin-Dahlem um die Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft herum rund ein Dutzend Nobelpreisträger gelebt und gearbeitet; die deutschen Nobelpreisträger stellten den weitaus höchsten Anteil unter allen Nationen der Erde. Der Aderlaß an produktivem Genie ließ die Hochburg der Wissenschaften zu einem Land im unteren Durchschnitt der Industriestaaten absinken."* (Thamer, 1994: 303).

2.7.2 Die Schwarzen Listen

Anfang April 1933 entstand aus den Mitgliedern des "Verbandes deutscher Volksbibliothekare" ein "Ausschuss zur Neuordnung der Berliner Stadt- und Volksbüchereien" mit Dr. Wolfgang Herrmann in leitender Funktion. Er erstellte gemeinsam mit zwei Berliner Stadtbibliothekaren das Neun-Punkte-Papier: "*Grundsätzliches zur Anfertigung von Schwarzen Listen*". Die Kriterien der Listen sollten "*literaturpolitischer Natur*" sein und man müsse sich eine "*fundamentale, für jede politische Entscheidung notwendige Vorfrage*" stellen: "*Wer ist der eigentliche Feind? Gegen wen richtet sich der Kampf?*" (Treß, 2011: 68). Treß führt die Richtungen an, in die Herrmann bei der Erstellung der Schwarzen Listen gehen wollte. Aufscheinen sollten

Bücher von jüdischen, sozialistischen oder marxistischen Autoren, sowie von pazifistischen Schreibern, die, wie z.B. Bertha von Suttner, die nationalsozialistische Heroisierung des Ersten Weltkrieges anzweifelten oder sich gegen den Krieg engagierten. Von den Nationalsozialisten als "Asphaltliteraten" verunglimpfte, sogenannte Autoren der Großstadt, wurden ebenso erwähnt wie moderne amerikanische und französische Schriftsteller wie z.B. Ernest Hemingway. Auch das traditionelle Rollenverständnis der Frau wollte Herrmann gewahrt sehen und richtete sich gegen Frauen, die dieses in Frage stellten. Kritische Journalisten und Publizisten waren genauso Ziel, wie Wissenschaftler (z.B. Siegmund Freud oder Max Horkheimer). (Vgl. Treß, 2011: 68.) Dieses Schriftstück Herrmanns war jedoch lediglich als Richtungsweisung anzusehen, denn die Studenten nahmen sich beim Durchsuchen von Buchhandlungen und Leihbüchereien auch Werke von Schriftstellern und Gelehrten vor, die nicht auf den Schwarzen Listen vorkamen. So verbrannte die Hitlerjugend den Gedichtband "Romanzero" von Heine. Ganze Schulbibliotheken wurden geleert und unter anderem Boccaccios Decameron vernichtet, und der "Kampfbund für deutsche Kultur" äscherte im Juni 1933 Albert Einsteins Relativitätstheorie ein. Nur öffentliche Stadt- und Volksbüchereien wurden veranlasst, selbst ihre Bestände zu durchsuchen und die aussortierten Bücher zur Verbrennung zur Verfügung zu stellen. (Vgl. Treß, 2011: 69.)

2.7.3 Die Bücherverbrennung am 10. Mai 193329

Bei mindestens 95 Bücherverbrennungen zwischen März und Oktober 1933 fielen Werke von über 400 Autoren - Schriftstellern, Wissenschaftlern und Publizisten - den Flammen der Nationalsozialisten zum Opfer. Ein Drittel der Vernichtungen fanden im Rahmen der "*Aktion wider den undeutschen Geist*" statt, so auch das wohl bekannteste Ereignis am Abend des 10. Mai 1933. Die Nationalsozialisten verbrannten in 22 Hochschulstädten des Deutschen Reiches unzählige Bücher auf den Scheiterhaufen. (Vgl. Treß, 2011: 67ff.) Thamer (1994: 304) beschreibt das Autodafé als "*altertümliches Feuerritual*", umrahmt von "*studentischen Fackelzügen, karnevalesken Zugaben zur Verspottung der gebrandmarkten Literatur und von Feuersprüchen der Professoren*"-

[29] Am 30.4.1938 wurden auch in Salzburg Bücher verbrannt (vgl. Saremba, 2009: 46f)

"*ein erschreckendes und zugleich absurdes Zeremoniell*". Die Rufer wurden von "*Marschliedern und vaterländischen Weisen*" der SA- und SS-Kapellen begleitet und nannten zwölf Autoren beim Namen - sie alle standen für ein Jahrhundert von Humanismus und Aufklärung. (Vgl. Thamer, 1994: 304.)

Zu den insgesamt neun festgelegten Feuersprüchen zählten unter anderem:

> "1. *Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebenshaltung! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Marx und Kautsky*.
> *2.Gegen Dekadenz und moralischen Verfall! Für Zucht und Sitte in Familie und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Glaeser und Erich Kästner. (...)*
> *4.Gegen seelenzerfasernde Überschätzung des Trieblebens, Für den Adel der menschlichen Seele! Ich übergebe der Flamme die Schriften des Sigmund Freud."* (Opitz/Sohns, 2. 2008[b30])

Außerdem riefen sie:

> "*gegen Gesinnungslumperei und politischen Verrat (...)*", "*gegen volksfremden Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung (...)*", "*gegen literarischen Verrat am Soldaten des Weltkrieges (...)*", "*gegen dünkelhafte Verhunzung der deutschen Sprache (...)*" und "*gegen Frechheit und Anmaßung (...)*" (Opitz/Sohns, 2. 2008[b]).

Auf dem Berliner Opernplatz wurde an diesem Tag auch die gesamte einzigartige Bibliothek des "Instituts für Sexualwissenschaft" des deutsch-jüdischen Arztes und Sexualforschers Magnus Hirschfeld mit über zehntausend Exemplaren vernichtet. Besonders in diesem Fall zeigte sich der Grad der Brutalität, mit der die Studenten vorgingen. (Vgl. Treß, 2011: 69.)

Während nach den Feuersprüchen eine gebildete Menschenkette alle restlichen Bücher in die Flammen warf, sprach Goebbels:

> "*Und deshalb tut ihr gut daran, um diese mitternächtliche Stunde den Ungeist der Vergangenheit den Flammen anzuvertrauen. Es ist eine starke, große und symbolische Handlung, die vor aller Welt dokumentieren soll: Hier sinkt die geistige Grundlage der Novemberrepublik zu Boden. Aber aus diesen Trümmern wird sich*

[30] Website auf Basis der Ausstellung an der Humboldt-Universität in Berlin 2001. Erstellt von Studentinnen, die an der Konzeption und Ausführung der Ausstellung beteiligt waren.

siegreich erheben, der Phönix eines neuen Geistes (...)." (Thomas, 1983: 33[31], zit. nach Saremba, 2009: 44f)

Und es wurden nicht nur Bücher verbrannt. Treß stellt nach Begutachtung von Fotografien der Scheiterhaufen fest, dass diese oft aufwändig ausstaffiert waren: "*Neben Wahlplakaten, Schildern, Bildern, Schallplatten und Büsten sind Fahnen und Wimpel auf den Scheiterhaufen zu sehen*." (Treß, 2011: 70). Daraus folgert er, dass die Autodafés nicht nur kulturpolitische Säuberungsmaßnahmen waren - sie "*waren vielmehr das Ergebnis der Zerschlagung des gesamten Spektrums der Opposition gegen den sich stabilisierenden NS-Staat in Kultur, Wissenschaft und Politik*." (Treß, 2011: 70). "*Tatsächlich eröffnete er [Joseph Goebbels; Anm. d. Verf.] damit eine Epoche, von der eines der Opfer dieser Aktion, Heinrich Heine, geschrieben hatte*: *´Wo man Bücher verbrennt, dort verbrennt man am Ende auch Menschen.´*" (Thamer, 1994: 304f sowie Heine, 1994: 16[32], zit. nach Thamer, 1994: 304f).

Zu den Bücherverbrennungen wurde bereits eine inhaltsanalytische Untersuchung der österreichischen Presseberichterstattung durchgeführt. Dabei stellt Saremba (vgl. 2009: 152) fest, dass viele Zeitungen objektiv über die Aktionen der Studenten berichteten, die meisten Zeitungen aber keine eigene kritische Meinung hatten. "*Aus den Artikeln in der "Deutschösterreichischen Tageszeitung", der "Neuen Zeitung", (...) ist keine Position gegenüber der studentischen Aktion und den Bücherverbrennungen zu lesen*." (Saremba, 2009: 152). Die "Neue Freie Presse" und andere Zeitungen sprachen sich jedoch gegen die Bücherverbrennungen und die Aktion "*Wider den undeutschen Geist*" aus. (Vgl. Saremba, 2009: 152.) Unter Berücksichtigung dieser Erkenntnis soll in der vorliegenden Arbeit ein Vergleich mithilfe eines anderen Untersuchungsinstruments zeigen, ob ein anderes Ergebnis interpretierbar wäre.

[31] Thomas, Friedrich (Hrsg.) (1983): Das Vorspiel: die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933: Verlauf, Folgen, Nachwirkungen. Eine Dokumentation. Berlin: LitPol Verlagsges.

[32] Heine, Heinrich (1994): Almansor. In: Windfuhr Manfred (Hrsg.): Historisch-kritische Gesamtausgabe der Werke. Hamburg: Hoffman u. Campe.

2.8 Verbot der Nationalsozialisten

Bis zum Frühjahr 1932 war der Nationalsozialismus in Österreich so stark angewachsen, dass er die Parteienlandschaft der Ersten Republik neu ordnete. Bei den Landtagswahlen am 24. April 1932 in Wien erreichten die Nationalsozialisten über 200.000 Stimmen und auch bei den gleichzeitigen Wahlen in Niederösterreich und Salzburg konnten sie erste politische Erfolge verzeichnen. Zählte man die Gemeinderatswahlen in der Steiermark und Kärnten dazu, erreichte die NSDAP etwa 17% der Wähler und gehörte somit zu den mittelgroßen Parteien. (Vgl. Beutl, 2001[a]: 43.) Im Gegensatz dazu konnten die anderen Parteien keine Gewinne verbuchen. Wählerverluste in Wien schwächten die Christlichsoziale Partei und auch die Sozialdemokraten erzielten teilweise unerwartet schlechte Resultate. Am schlimmsten jedoch hatte es die Großdeutsche Volkspartei und den Landbund getroffen. Durch das Überlaufen vieler Wähler zum Nationalsozialismus wurden sie praktisch weggefegt. Es hatte sich gezeigt, "*daß es der österreichischen NSDAP vielerorts gelungen war, die Krise und die zunehmende Radikalität des enttäuschten und desillusionierten bürgerlichen Mittelstandes auszunützen und zu kanalisieren*" (Beutl, 2001[a]: 44). Diese Erfolge der NSDAP führten zu einem Wechsel vom Vielparteiensystem der Ersten Republik zu einem System mit nur noch drei Parteien, die hartnäckige politische Gegner waren: Christlichsoziale, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. (Vgl. Beutl, 2001[a]: 43f)

> "*Perioden des Vorgehens der Regierung gegen die Sozialdemokraten wechselten ab mit solchen der Offensive der Nationalsozialisten im In- und Ausland gegen das katholisch-konservativ-heimwehrfaschistische Lager und gegen den österreichischen Staat überhaupt.*" (Botz, 1976: 211).

Die parlamentarische Regierungsmehrheit war inzwischen auf nur eine Stimme geschrumpft - das schürte die Angst der regierenden Politiker vor Neuwahlen. Man wollte sie auf jeden Fall aufschieben oder verhindern. Dies war einer der Anstöße für die spätere Ausschaltung des Parlaments. (Vgl. Tálos/Manoschek, 2005: 13.) Noch dazu war nach der Wahl die Propaganda der NSDAP stark angestiegen - die Nationalsozialisten wollten nach dieser ersten Errungenschaft ihre Ideologie so weit wie möglich unter der Bevölkerung verbreiten. Sie setzten sich für einen "Anschluss" an das Deutsche Reich ein und riefen zum Kampf auf: gegen das "Weltjudentum", den Marxismus und die

Sozialdemokratie, gegen die Regierung und das demokratische System. Dazu nutzten sie nicht nur die Parteipresse sondern auch Flugschriften, Vorträge, Reden und Streitschriften. (Vgl. Beutl, 2001 [a]: 45.)

Als die Nationalsozialisten Österreichs begannen, ihre Organisation auszubauen, bekamen sie reichsdeutsche Unterstützung in Form von Geldmitteln und prominenten Rednern, die auf Versammlungen sprachen (vgl. Jagschitz, 1990: 241). Auch die schwer angeschlagene Großdeutsche Volkspartei ging, um sich vor dem Zusammenbruch zu retten, am 15. Mai ein Kampfbündnis mit der NSDAP ein (vgl. Ackerl, 1975: 21ff). Hitlers Plan war es, "*über die österreichische NSDAP die innere Aushöhlung des Landes zu betreiben*" (Schausberger, 1979: 246). Als er im Jänner 1933 in Deutschland an die Macht kam, vergrößerte sich seine Unterstützung. Nun übte er offenen politischen Druck aus (vgl. Jagschitz, 1990: 241). Dazu erklärte er Ende Mai 1933 im Ministerrat in Berlin, *"[i]m Inneren seien sie [Österreich; Anm.d.Verf.] reichsfeindlich eingestellt (...)*" (Ministerbesprechung, 1933: 292ff[33], zit. nach Schausberger, 1979: 247), denn die österreichischen Regierungen würden immer nur dann über den Anschlusswunsch sprechen, wenn sie wieder Geld von Frankreich bräuchten. (Vgl. Schausberger, 1979: 247.) Der Kampf, den die österreichische Regierung gegen die inländische NSDAP ausfocht, wurde von Hitler als feindselige Haltung gegenüber dem Deutschen Reich ausgelegt (vgl. Jagschitz, 1990: 241). Denn Dollfuß setzte zum Beispiel durch das Versammlungs- und Aufmarschverbot und die Pressezensur harte Schritte, um die Nationalsozialisten an ihrer Propaganda und einem weiteren Wachstum zu hindern (vgl. Beutl, 2001 [a]: 46). Das animierte den Reichskanzler zu einer groß ausgelegten Presse-, Rundfunk- und Flugblattpropaganda gegen Österreich[34] und die Einführung der "Tausendmarksperre"[35] an den Grenzen zu Österreich: (Vgl. Jagschitz, 1990: 241)

> "*Diese Maßnahme wird voraussichtlich zum Zusammenbruch der Regierung Dollfuß und zu Neuwahlen führen. Diese Neuwahlen werden die innere Gleichschaltung Österreichs ergeben, auch ohne daß ein äußerer Anschluß nötig ist ... Der Kampf*

[33] Niederschrift über die Ministerbesprechung am 26. Mai 1933. Bundesarchiv Koblenz: R 43 II/1475. Reichskanzlei. Rk 6889.
[34] Siehe Kapitel 3. Situation der Presse in der Zwischenkriegszeit.
[35] Reichsgesetzblatt Teil 1: 30. Mai 1933. Nr. 57. S. 311

wird noch in diesem Sommer entschieden werden." (Ministerbesprechung, 1933: 292ff[36], zit. nach Schausberger, 1979: 247).

Hitler ging also - wie zuvor die österreichische Regierung - bei Neuwahlen von einer Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten aus. Wenn auch mit anderen Wünschen.

Doch Dollfuß hatte bereits die Gelegenheit ergriffen seit sich am 4. März 1933 das österreichische Parlament ausgeschaltet hatte. Der Kanzler regierte nun mithilfe des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes. Nachdem er 1.200 nationalsozialistische Amtswalter am 12. Juni aus Österreich ausgewiesen hatte (vgl. Beutl, 2001 [a]: 47), veranlasste er schließlich am 19. Juni 1933 ein Betätigungsverbot gegen die NSDAP (Hitlerbewegung) und den mit ihr verbündeten Steirischen Heimatschutz (Führung Kammerhofer) (vgl. BGBl. 240, 20.6.1933). Es war der schwere Schlag für den Fremdenverkehr durch die Tausendmark-Sperre und andere wirtschaftliche Sanktionen, die Dollfuß zu diesem Verbot veranlassten. Hitler hatte zuvor unter anderem den deutschen Holzimport vermindert und zum ganzheitlichen Wirtschaftsboykott Österreichs aufgerufen. (Vgl. Schausberger, 1979: 247.) Sicher spielte auch die vermehrte Radikalisierung der österreichischen Nationalsozialisten eine Rolle. Inzwischen setzten sie zusätzlich zu den Demonstrationen, Versammlungen und gewalttätigen Ausschreitungen auch Terror und Sprengstoffanschläge ein, um ihre politischen Ziele zu erreichen. (Vgl. Jagschitz, 1990: 241.)

Allein im Juni 1933 gab es an 18 Tagen des Monats nationalsozialistische Übergriffe verschiedenster Art, zum Beispiel Bomben- und Böllerexplosionen oder Brandstiftungen. (Vgl. DÖW, o.J.) Eine dieser Attacken war ein Terroranschlag zweier Nationalsozialisten auf christlichdeutsche Turner in Krems. Dabei wurden ein Hilfspolizist getötet und 30 Menschen verletzt. Laut Beutl war das der Stein des Anstoßes für Dollfuß, das Verbot gegen die NSDAP (Hitlerbewegung) zu erlassen. Von da an war die Partei illegal und versuchte, die Regierung und den Staat aus dem Untergrund zu schwächen. (Vgl. Beutl, 2001 [a]: 47.)

[36] Niederschrift über die Ministerbesprechung am 26. Mai 1933. a.a.O.

2.8.1 Folgen des Verbots für die Nationalsozialisten

Nachdem wegen des Verbots einige Parteifunktionäre in das Deutsche Reich geflüchtet waren, kam es zu einer Aufspaltung der österreichischen NSDAP, die zu zahlreichen Parteiaustritten führte. (Vgl. Botz, 1981: 179.) Einerseits gab es die Organisationsbereiche, die von den geflüchteten Funktionären von Deutschland aus kontrolliert wurden und nun Einfluss gewinnen wollten, andererseits teilte sich die illegale Partei im Land, die sich selbst rekrutierte, zusätzlich noch in Fürsprecher bzw. Gegner von terroristischen Mitteln. Zahlreiche Führungskämpfe schwächten die Kampfkraft der Gesamtpartei und es bildeten sich regional unterschiedlich energische Gruppen. (Vgl. Jagschitz, 1990: 241.) Jagschitz formuliert prägnant:

> "*In der Illegalität bestand niemals eine einheitliche Führung, und es hing von vielschichtigen Faktoren und Zufälligkeiten ab, welche Gruppe zu bestimmten Zeiten - etwa in Zusammenhang mit dem Juliabkommen 1936 oder dem "Anschluß" 1938 - politischen Einfluß erlangen konnte*." (Jagschitz 1990: 242).

2.9 Bürgerkrieg und Verbot der Sozialdemokratie

2.9.1 Vorgeschichte

Bereits vor der Ausschaltung des Parlaments versuchte die Regierung, den Spielraum der sozialdemokratischen Partei so weit wie möglich einzuschränken und den Schutzbund zu schwächen. Nach Zusammenstößen von Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten im Oktober 1932 in Wien Simmering (Neck, 1975: 94ff[37], zit. nach Tálos/Manoschek, 2005: 16), verbot der Heimwehrführer und neue Staatssekretär Fey mit Zustimmung von Dollfuß die Aufmärsche der beteiligten Parteien. Auch überlegte man die Entwaffnung des Schutzbundes und die Bedingungen für den traditionellen Aufmarsch der Sozialdemokraten am 12. November 1932 (vgl. MRP, Nr. 830: 639f[38], zit. nach Tálos/Manoschek, 2005: 16). Der Festzug wurde allerdings nicht verboten und Dollfuß versuchte dies bei der Exekutive wieder gut zu machen, indem er weitere Waffenbeschlagnahmungen bei den Sozialdemokraten vorschlug. Dollfuß wollte es dabei offenbar nicht belassen, was die Aussage andeutet, "*für Entscheidungsschlachten müsse man den Zeitpunkt selber bestimmen und dürfe ihn sich nicht von der Gegenseite aufzwingen lassen*" (MRP, Nr. 832: 29[39], zit. nach Tálos/Manoschek, 2005: 16). (Vgl. Tálos/Manoschek, 2005: 16.) Die Gegenseite hatte allerdings kein Interesse an einer "Entscheidungsschlacht" - sie verfolgte eine Defensivstrategie, während die Regierung versuchte, die Sozialdemokratie "*Glied für Glied zum Krüppel*" (Vaugoin, o.J.: 490[40], zit. nach Tálos/Manoschek, 2005: 18) zu schlagen. So verboten sie erst die Maifeier der Sozialdemokraten und politische Demonstrationen generell und schwächten den Einfluss der Partei in verschiedenen Einrichtungen (z.B. bei den Arbeiterkammern) (Vgl. Tálos/Manoschek, 2005: 18.) Auf diese Provokationen reagierte die sozialdemokratische Partei ebenfalls zurückhaltend. Sie kam zum Schluss, dass bei der Maifeier, die seit 42 Jahren abgehalten wurde, das Spazieren gehen erlaubt sein müsste, wenn schon die

[37] Neck, Rudolf (1975): Simmering, 16. Oktober 1932 - Vorspiel zum Bürgerkrieg. In: Jedlicka, Ludwig/ Neck, Rudolf (Hrsg.) (1975): Vom Justizpalast zum Heldenplatz: Studien und Dokumentationen 1927 - 1938. Wien: Österreichische Staatsdruckerei. S. 94-102.
[38] Ministerratsprotokoll Nr. 830, 18.10.1932
[39] Ministerratsprotokoll Nr. 832, 3.11.1932
[40] Vaugoin in: Ministerratsprotokoll Nr. 880

traditionellen Aufmärsche verboten waren. So bummelten hunderttausende Menschen mit angestecktem Parteisymbol durch Wiens Innenstadt. (Vgl. Botz, 1976: 214.)

Die Führer der Partei versuchten sogar, Dollfuß weitgehende Zugeständnisse zu machen und Otto Bauer war bereit, berufsständische Elemente in der neuen Verfassung anzuerkennen. (Vgl. Weinzierl, 1995: 224f sowie vgl. Gulick, 1976: 466.) Als der christlichsoziale Unterhändler Czermak Bundeskanzler Dollfuß im Dezember 1933 berichtete, wie sehr ihm die Sozialdemokraten bei den Gesprächen entgegen gekommen waren, meinte Dollfuß: "*Das wäre sehr schön, aber wenn ich das tue, wirft mich Mussolini Hitler in den Rachen*." (Weinzierl, 1995: 225.) Dollfuß stand also unter starkem Druck zwischen Mussolini und den Heimwehren, die beide auf mehr Konsequenz gegen die Sozialdemokraten drängten, während er immernoch zögerte. Mitte Jänner 1934 entsandte Mussolini seinen Unterstaatssekretär des Außenamtes, um von Dollfuß die Einlösung der Versprechen zu fordern. Er aber hielt sich immer noch zurück - im Gegensatz zur Heimwehr, die danach mit Billigung des Kanzlers die Suche nach Waffen in ehemaligen Schutzbund-Lokalen und in Parteiheimen der Sozialdemokraten forcierte. (Vgl. Weinzierl, 1995: 225.) Diese, wie Botz (vgl. 1976: 226) sie nennt, schikanösen Waffensuchen, waren nur eine der "legalen" Terrormaßnahmen, die der Staat gegen die Sozialdemokratie vornahm. Dazu kamen neben vielem Anderen: Verhaftungen, Verbote und Konfiskationen von Druckerzeugnissen[41], die Versammlungs- und Aufmarschverbote, die Einschränkung des Streikrechts, die "Gleichschaltung" der Arbeiterkammern, der Einsatz von "Sicherheitskommissären". Ende 1933 hatten die "Notverordnungen" bereits die Zahl 300 überschritten. Die sozialdemokratische Partei hatte Schwierigkeiten, selbst vor ihren eigenen Anhängern, ungebrochen und gefestigt zu wirken. So verringerten sich die, vom militärischen Kräfteverhältnis, ohnehin geringen Chancen für eine bewaffnete Gegenwehr noch weiter - die Massen waren durch Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrise entmutigt und durch die Regierung eingeschüchtert, sodass die Sozialdemokraten im Ernstfall nicht mit ihnen rechnen konnten. Als im Jänner 1934 die Heimwehr in den Landeshauptstädten aufmarschierte und die "*Beseitigung der Parteien, den Kampf gegen den Marxismus und eine Verfassungsreform in antiparlamentarischem und korporativem Sinne*" (Sailer, 1949:

[41] Zu den Bücherverbrennungen siehe Kapitel 2.7.

45[42] zit. nach Botz, 1976: 226) forderte, weil es sonst zu einer "*Rebellion zugunsten der Regierung*" komme (Leichter, 1964: 234ff[43];, zit. nach Botz, 1976: 226), war der offene Bürgerkrieg nicht mehr weit. (Vgl. Botz, 1976: 226.) Fey hatte inzwischen das Sicherheitsressort übernommen, wodurch das Kommando über Polizei und Exekutive auf die Heimwehren überging, was Fey natürlich ausnutzte, um die Sozialdemokratie durch weitere Provokationen zu schwächen (vgl. Tálos/Manoschek, 2005: 19). Die weniger radikalen Politiker beider Seiten versuchten noch im letzten Moment, die Katastrophe zu verhindern. So sprach der Christlichsoziale Leopold Kunschak am 9. Februar 1934 vor dem Wiener Gemeinderat und appellierte an Christlichsoziale sowie Sozialdemokraten, man müsse die Gegensätze nun beiseite stellen und vereint gegen den Nationalsozialismus kämpfen. Er schloss mit den Worten: "*Gebe Gott, daß die Wunden, die Geist und Seele unseres Volkes und seiner Führer zerreißen, bald geheilt sein werden, ehe Volk und Land an Gräbern steht und weint*." (Weinzierl, 1995: 225f sowie Gulick, 1976: 485f). (Vgl. Weinzierl, 1995: 225f.) Diesen Appell richtete der Redner direkt an Dollfuß, der als Antwort in einem Interview der "Reichspost" seine Ablehnung solcher Ideen Kunschaks erklärte und sein Vertrauen zur Heimwehr bekundete (vgl. Gulick, 1976: 486). Zwei Tage danach betonte Vizekanzler Emil Fey bei einer Kundgebung der Heimwehr, dass Bundeskanzler Dollfuß ganz auf deren Seite sei. Er verkündete:

> "*Ich kann Euch beruhigen, die Aussprachen von gestern und vorgestern haben uns die Gewißheit gebracht, daß Kanzler Dollfuß der Unsrige ist. Ich kann euch noch mehr, wenn auch nur in kurzen Worten sagen: Wir werden morgen an die Arbeit gehen und wir werden ganze Arbeit leisten für unser Vaterland, das nur uns Österreichern allein gehört, das wir uns von niemandem nehmen lassen und für das wir kämpfen wie jene Helden, die wir grüßen mit dem Gruße: Heil Österreich!*" (Revertera, 1961[44] zit. nach Botz, 1976: 226f)

---

[42] Brief Suvichs vom 26. Jänner 1934 an Dollfuß. In: Sailer, Karl Hans (Hrsg.) (1949): Geheimer Briefwechsel Mussolini - Dollfuß. Mit einem Vorwort von Vizekanzler Dr. Adolf Schärf. Erläuternder Text von Karl Hans Sailer. Wien: Verlag. Wiener Volksbuchh.

[43] Leichter, Otto (1964): Glanz und Ende der Ersten Republik. Wie es zum österreichischen Bürgerkrieg kam. Wien: Europa-Verlag.

[44] Revertera, Peter (1961): Heimwehr. Maschinenschriftl. Manuskript eines Vortrages am 9. März 1961 vor dem Arbeitskreis für österr. Geschichte. Herrschaftsarchiv Helfenberg, Oberösterreich. Beilage III.

Forschungen ergaben, dass es Fey mit seinen willkürlichen Aktionen gegen die sozialdemokratischen Arbeiter darauf angelegt hatte, "*den Ausbruch eines Bürgerkriegs zu erzwingen, um so Arbeiterbewegung und Demokratie vollkommen zu vernichten*" (Botz, 1976: 227). Noch am Tag von Feys Rede, am 11.Februar 1934, nahm die Polizei bereits österreichweit planmäßige Waffensuchen vor und verhaftete Schutzbundführer. Als Reaktion erklärte Richard Bernaschek, Kommandant des oberösterreichischen Schutzbunds, den Sozialdemokraten Otto Bauer und Julius Deutsch, dass er entschlossen sei, gewaltsam Widerstand zu leisten. Am nächsten Tag war es dann auch so weit: in Linz wurde das Hotel Schiff - ein sozialdemokratisches Parteiheim - nach Waffen durchsucht und Bernaschek wehrte sich mit Schüssen. Botz schreibt, dass das Umstellen des Hotels als erster Akt des Bürgerkrieges gewertet werden müsse, da Bernascheks Botschaften den Sicherheitsbehörden bekannt waren. (Vgl. Weinzierl, 1995: 226 sowie vgl. Botz, 1976: 227.)

2.9.2 Bürgerkrieg

Auf die ersten Schüsse im Linzer Hotel Schiff folgten vier Tage lang schwere Kämpfe zwischen den Mitgliedern des ehemaligen Republikanischen Schutzbundes und der Polizei, dem Bundesheer und dem "Freiwilligen Schutzkorps". Auf Seiten der Exekutive verzeichnete man am Ende der Kämpfe 118 Tote und 486 Verwundete, die Anzahl der sozialdemokratischen und unbeteiligten Opfer kann nicht verlässlich belegt werden - offiziell waren es 196 Tote und 319 verwundete. (Vgl. Stadler, 1974: 44[45], zit. nach Botz, 1976: 227 sowie vgl. Gulick, 1948[2]: 319, 327ff)

Während die Sozialdemokraten im Hotel Schiff entmutigt kapitulierten, weil kein Generalstreik ausgebrochen war und ihnen niemand zur Hilfe kam, waren inzwischen Kämpfe in anderen Teilen der Stadt ausgebrochen. Die Bezirksführer des Schutzbundes in Wien waren unter Arrest gestellt worden und Teile der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter in den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken hatten ihre Arbeit eingestellt. Auch die Straßenbahn stellte den Verkehr gegen Mittag ein - dies galt als verabredetes Signal für einen Generalstreik, den die wenigen Mitglieder des

[45] Stadler, Karl R. (1974): Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbund Emigration 1934. Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung. Wien.

Parteivorstands angeordnet hatten, die sich noch versammeln konnten. Bauer und Deutsch wiesen danach den Schutzbund an, sich bereit zu halten und alles Nötige zu veranlassen, um die Waffen parat zu haben. Benutzen dürfe der Schutzbund die Waffen aber nur zur Verteidigung. Während Arbeiter in einigen größeren Fabriken Wiens ihre Arbeit niederlegten, riegelte die Regierung die innere Stadt ab und postierte Soldaten und Mitglieder des "Schutzkorps". Am Nachmittag wurde in mehreren Wiener Bezirken gekämpft - die schwersten Kämpfe gab es im 21. Bezirk. Im Tanzsaal des Reumann-Hofes in Margareten wurden Waffen ausgegeben, wogegen die Polizei einzugreifen versuchte. In Ottakring kämpfte man um den Gebäudekomplex Sandleiten, besonders heftig beim Ottakringer Arbeiterheim, wo die Polizei einen Panzerwagen nutzte, um die Barrikaden zu durchbrechen. Sie wurde sowohl von Artillerie als auch von Minenwerfern unterstützt. Auch "Die Schlacht vom Karl-Marx-Hof" blieb noch lange in den Köpfen der Beteiligten. Neben Oberösterreich und Wien fanden die schwersten Kämpfe in der Steiermark statt, besonders in Vororten von Graz und in Bruck an der Mur. (Vgl. Gulick, 1976: 492f.)

Am ersten Tag der Kämpfe erklärte die Regierung, die Sozialdemokratische Partei und der Schutzbund hätten eine "gewaltsame Aktion" vorbereitet und die Polizei sei beim Versuch, das Parteihaus in Linz zu durchsuchen auf bewaffneten Widerstand gestoßen. Außerdem hätten Arbeiter in Wien gestreikt und es sei zu zahlreichen Zusammenstößen an verschiedenen Orten gekommen. Dieser "*verbrecherische Angriff auf die Organe der Staatsgewalt*" liege ausschließlich in der Verantwortung der "*sozialistisch-kommunistischen Verbrecher*". (Gulick, 1976: 489.) Gulick stellt jedoch fest, dass es keine "*sozialistische Revolution im Februar 1934*" gab, sondern dass es sich um eine "*faschistische Konterrevolution*" handelte, deren kritische Phase am 30. Jänner 1934 mit der Mobilisierung der Heimwehr begann und nicht erst am 12. Februar. (Vgl. Gulick, 1976: 483.)

Bereits während der Kämpfe waren die sozialdemokratische Partei aufgelöst und die einflussreichen Führer verhaftet worden, sofern sie nicht wie Bauer und Deutsch in die Tschechoslowakei geflohen waren. Seitz, den sozialdemokratischen Bürgermeister Wiens, ersetzte man durch einen Regierungskommissar. Nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes am 21. Februar 1934 wurden alle sozialdemokratischen Mandate annulliert, Parteimitglieder von ihren leitenden Positionen im Bund, den Ländern und

Gemeinden enthoben und die parteipolitisch gebundenen Gewerkschaften aufgelöst und durch eine Einheitsgewerkschaft ersetzt. (Vgl. Weinzierl, 1995: 227.)
Zu Beginn des "christlichen Ständestaates" folgten Gerichtsprozesse, wo in den folgenden Monaten Hunderte von Arbeitern auf der Anklagebank saßen. Am Ende der Verfahren gab es rund 1200 eingekerkerte Schutzbündler. 21 Männer waren zum Tode verurteilt worden, davon hatte man neun tatsächlich hingerichtet. (Vgl. Gulick, 1976: 500f sowie vgl. Botz, 1976: 227.) Doch die Sozialdemokraten ließen sich dadurch nicht unterkriegen. Im Geheimen sammelten sich neue Organisationen, man verteilte illegale Flugzettel und bereits am 25. Februar 1934 erschien die erste Ausgabe der neuen "Arbeiter-Zeitung". Bauer und Deutsch hatten in Brünn ein Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokraten eingerichtet und vertrieben von dort aus die Zeitung. Wöchentlich wurden mehrere tausend Exemplare nach Österreich geschmuggelt. (Vgl. Gulick, 1976: 563.)
Mussolinis Forderungen hatte Dollfuß mit der Zerschlagung der sozialdemokratischen Partei erfüllt und bereits am 17. März 1934 kam es zur Unterzeichnung der "Römischen Protokolle", die die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit Österreichs mit Italien und Ungarn sowie die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Österreichs fixierten. Doch alle Sorgen konnte der Regierung Dollfuß auch dieses Protokoll nicht nehmen. (Vgl. Weinzierl, 1995: 227.)
Nach der Ausschaltung von KPÖ und NSDAP wurde also Anfang 1934 auch die Sozialdemokratie verboten. Danach dauerte es nicht mehr lange, bis im Mai 1934 die "ständisch-autoritäre Verfassung" errichtet wurde, mit deren Hilfe alle Parteien in Österreich und die parlamentarische Demokratie abgeschafft wurden. (Vgl. Staudinger, 1983: 273.)

2.10 Putschversuch der Nationalsozialisten 1934

2.10.1 Vorgeschichte

Die Idee eines politischen Umsturzes bestand in mehreren nationalsozialistischen Organisationen in Österreich bereits kurz nach Hitlers Machtübernahme in Deutschland (vgl. Schausberger, 1979: 285). Schon im Juni 1933 gelangten Informationen aus den Bundesländern über den Plan einer Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten an Dollfuß (vgl. MRP, 1933: 482[46], zit. nach Pauley, 1988: 126). Und dem deutschen Gesandten in Wien wurden die ersten Gerüchte darüber bereits fünf Wochen nach dem Parteiverbot zugetragen. Dieser erste Plan wurde jedoch nie verwirklicht und die Gerüchte flauten wieder ab, als sich Ende 1933 die Verhandlungen zwischen Theodor Habicht und Dollfuß anbahnten. (Vgl. Pauley, 1988: 126.) Der Reichsdeutsche Theo Habicht sollte auch beim tatsächlichen Putschversuch eine besondere Rolle spielen. Er war im Juli 1931 zum De-facto-Führer der österreichischen Nationalsozialisten ernannt worden, um die ständigen Führungsprobleme der österreichischen Partei zu lösen. Hitler hatte zu dessen Gunsten den Wiener Alfred Eduard Frauenfeld übergangen. Im selben Jahr wurde Habicht auch Mitglied des deutschen Reichstages. (Vgl. Pauley, 1988: 74.)
Obwohl die Partei bereits verboten war, hatte die Regierung auf vielen verschiedenen Ebenen Gespräche mit Vertretern der Nationalsozialisten gesucht, um eine gemäßigte Strömung zu fördern und deren Abhängigkeit vom Deutschen Reich zu reduzieren. (Vgl. Jagschitz, 1990: 242.) Sie führte sogar nach dem Parteiverbot Überlegungen zu einer nationalsozialistischen Regierungsbeteiligung fort, obwohl diese bereits im Frühjahr 1933 gescheitert waren. Damals hatte Habicht die Verhandlungen mit der Absicht aufgenommen, die Regierung zu stürzen. Doch der Kanzler wollte weder Heimwehr noch Landbund aus der Regierung ausschließen und durch die Nationalsozialisten ersetzen und Habicht war nicht an den zwei Ministerposten interessiert gewesen, die Dollfuß ihm angeboten hatte. (Vgl. Pauley, 1988: 123 sowie vgl. Jagschitz, 1976: 56.) Der größte und schließlich unüberbrückbare Streitpunkt bei diesen Verhandlungen war Habichts Forderung nach Neuwahlen. Dollfuß musste schließlich dem Druck des Heimwehrführers

[46] Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß. 3. Äußerung von Emil Fey, 9. Juni 1933.

Starhemberg nachgeben und die Verhandlungen fallen lassen. Danach verstärkte sich der Terror der Nationalsozialisten in ganz Österreich. Einzig Riehl, Frauenfeld und ein paar andere gemäßigtere Nationalsozialisten versuchten immer noch, in die Regierung zu kommen. Sie distanzierten sich von den Attentaten (vgl. MRP, 1933[47], zit. nach Jagschitz, 1976: 57) und wollten die Spannungen durch Aufnahme von zwei bis drei Vertrauensmännern der NSDAP in die Regierung beilegen - Neuwahlen könnten ihrer Ansicht nach auch später noch stattfinden. Damit hatten sie Habicht hintergangen. Als unter dem Druck Habichts schließlich nur noch Walter Riehl gegen ihn arbeitete, schloss ihn Habicht erneut aus der Partei aus. (Vgl. Jagschitz, 1976: 56f.)

Ende September 1933 veranlasste Dollfuß erneut Verhandlungen mit der NSDAP. Er hoffte, eine Einigung würde die österreichisch - deutsche Beziehung beruhigen, seine Abhängigkeit von Italien verringern und seine Position gegenüber der rastlosen Heimwehr festigen. (Vgl. Pauley, 1988: 123.) Habicht trat diesmal bei den Gesprächen von den Forderungen nach Neuwahlen zurück, verlangte aber von Dollfuß, die Heimwehr auszuschalten, eine Amnestie, Wiedergutmachung und alle Maßnahmen gegen die Nationalsozialisten aufzuheben sowie die Regierungsbeteiligung mit ihm als Vizekanzler. (Vgl. Aufzeichnung Hüffer, 1933[48], zit. nach Jagschitz, 1976: 60.) Um der Forderung nach einer Beschränkung auf eine "österreichische Partei" mit ausschließlich österreichischen Mitgliedern nachzukommen, sollte Habicht eingebürgert werden. Er stellte jedoch ganz klar, dass er den Kampf in verschärftem Ausmaß wieder aufnehmen werde, falls Dollfuß die Vorschläge ablehnen sollte. (Vgl. Jagschitz, 1976: 60.) Doch beide Parteien fanden einen Kompromiss nicht unbedingt notwendig und so geschah erstmal nichts. Erst als Mussolini den Druck auf Dollfuß verstärkte, gegen die Sozialdemokratische Partei vorzugehen, versuchte der Kanzler seine Position durch weitere Verhandlungen mit den Nationalsozialisten zu stärken. Er vereinbarte ein von Hitler abgesegnetes Treffen mit Habicht im Jänner 1934 und ließ sich vom deutschen Auswärtigen Amt die Verschiebung der Neuwahlen, das Beenden der Feindseligkeiten und die erneute Anerkennung der Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs

[47] Ministerrat 882, 14.6.1933. Punkt 2. Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien. Ministerrats-Protokolle, K 162.

[48] Aufzeichnung Hüffer, 30.10.1933. Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn, Büro Reichsminister Österreich 16, Bd. 13, II Oe 1757 (D 617.000-04).

versichern. (Vgl. DGFP, 1949-1959: 190f[49], zit. nach Pauley, 1988: 124.) Erst einen Tag vor dem Zusammentreffen informierte Dollfuß die Heimwehr über seine Pläne. Ein Fehler, denn wieder war es Starhemberg, der eine Übereinkunft störte. Er fürchtete das Ende seiner Heimwehr und drohte, sich vom Kanzler abzuwenden, sollte er diese Pläne fortführen. (Vgl. Starhemberg, 1971: 155f.) Starhemberg, Fey und einzelne Heimwehrgruppen pflegten selbst ständige Kontakte zur NSDAP - es ist jedoch kaum mehr herauszufinden, inwiefern Dollfuß darüber Kenntnis hatte oder wie genau er Bescheid wusste (vgl. Jagschitz, 1976: 62). Dollfuß sah, aus Sorge, die Heimwehr als Partner zu verlieren, keine andere Möglichkeit, als in letzter Minute einen Rückzieher zu machen und das Treffen mit den Nationalsozialisten abzusagen. Als Rechtfertigung nutzte er nationalsozialistische Terroraktionen, die kurz davor stattgefunden hatten (vgl. Reuthe-Fink, 1934[50], zit. nach Pauley, 1988: 124). (Vgl. Pauley, 1988: 124.) Denn gleichzeitig verfolgte die NSDAP neben ihrer aktiven Propaganda eine Politik des Terrors, die durch das Deutsche Reich ermöglicht wurde. Aus Deutschland wurden ihr Munition, Waffen und Sprengstoff zur Verfügung gestellt. (Vgl. BKA, 1933[51], zit. nach Jagschitz, 1990: 242 sowie vgl. Jagschitz, 1976: 34ff.) Die illegalen Nationalsozialisten begingen politische Morde, versuchten mit ihren Sprengstoff- und Böllerattentaten politische Funktionäre des Ständestaates und Exekutivangehörige einzuschüchtern und nahmen Stromleitungen, Eisenbahnlinien, Brücken und öffentliche Gebäude ins Visier. (Vgl. Jagschitz, 1990: 242.) Das Scheitern der Verhandlungen mit der Regierung verstärkte den Terror. Die Enttäuschung der Nationalsozialisten war groß. Dazu kam noch die neue Politik Hitlers, der verordnete, alle "*direkten Angriffe*" gegen die Regierung Österreichs in der Presse oder im Radio zu unterlassen. (Vgl. DGFP, 1949-1959: 615[52], zit. nach Pauley, 1988: 125.) Das Deutsche Reich wollte versuchen, den

[49] Aufzeichnung eines Beamten der Abteilung II, 30. Dezember 1933. In: United States Department of State (1949-1959): Documents on German Foreign Policy (DGFP), 1918 - 1945. Serie C, Band 2. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office.

[50] Aufzeichnung von Reuthe-Fink: 2. Jänner 1934. National Archives, Washington, D.C., World War II Collection of Seized Enemy Records. Berichte, gefilmt in Whaddon Hall Bucks., England. Microcopy T-120. 1920-36, Rolle 2889/E454159.

[51] Bundeskanzleramt Österreich (BKA) (Hrsg.) (1933): Das BRAUNBUCH. Hakenkreuz gegen Österreich. Büro des Bundesministers für Sicherheitswesen (BMS). Wien: Österr. Staatsdruckerei.

[52] Der Leiter der Abteilung II an den Gesandten in Österreich, 15. März 1934. In: United States Department of State (1949-1959): Documents on German Foreign Policy (DGFP), 1918 - 1945. Serie C, Band 2. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office.

österreichischen Nationalsozialisten wieder zu einer legalen Betätigung zu verhelfen, sobald sich die Lage in Österreich wieder beruhigt hatte. Dann würden sie keinen weiteren Einfluss auf die österreichische NSDAP nehmen. (Vgl. DGFP, 1949-1959: 730[53], zit. nach Pauley, 1988: 125.) Habicht war nicht erfreut über diese Politik. Er befürchtete die Auflösung der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich, wenn sie jegliche Propaganda gegen die Regierung unterlassen musste und er auch keine Reden halten durfte, die in irgendeiner Weise gegen Österreich gerichtet wären. (Vgl. DGFP, 1949-1959: 616[54], zit. nach Pauley, 1988: 125.) Doch als Anfang April der "neue Kurs" der Deutschen wieder abflaute und sich eine neue Propagandaoffensive gegen Österreich bemerkbar machte, schlossen sich den Putschisten auch prominente Nationalsozialisten an, die die Vorkehrungen in größerem Ausmaß vorantreiben konnten. Der ursprüngliche Plan, nach dem der Juliputsch tatsächlich durchgeführt wurde, kam von einer Gruppe österreichischer Polizeibeamter, die ihn unter der Führung des nationalsozialistischen wiener Kriminalinspektors und Landtagsabgeordneten Rotter bereits im Frühling 1933 ausgearbeitet hatten. Damals legten sie ihren Plan der Landesleitung in München und auch Hitler persönlich vor - dieser gab ihn allerdings nicht frei, da die internationale Lage seiner Ansicht nach nicht günstig dafür war. (Vgl. Schausberger, 1979: 285.) Jagschitz hat die Situation vor dem Putsch treffend analysiert:

> "*Da Terror und politischer Druck der Nationalsozialisten den Zusammenbruch der österreichischen Regierung nicht bewirken konnten, entstand im Kreis um Habicht der Plan, die Regierung durch ein Putschunternehmen zu stürzen. Der Juliputsch 1934 war einerseits ein Kommandounternehmen - mit der Besetzung des Bundeskanzleramtes und der RAVAG und der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß durch Angehörige der SS-Standarte 89 - , andererseits eine von der SA getragene bewaffnete Aufstandsbewegung in den Bundesländern.*" (Jagschitz, 1990: 242).

Er erkennt bei den Putschisten das Fehlen einer politischen Führung, die strukturellen Rivalitäten der Führungsschicht und Mängel in der Organisation, denn in manchen

---

[53] Aufzeichnung des Staatssekretärs, 9. April 1934. In: United States Department of State (1949-1959): Documents on German Foreign Policy (DGFP), 1918 - 1945. Serie C, Band 2. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office.

[54] Aufzeichnung des Leiters der Abteilung II, 16. März 1934. In: United States Department of State (1949-1959): Documents on German Foreign Policy (DGFP), 1918 - 1945. Serie C, Band 2. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office.

Bundesländern gab es gar keine Aktionen. Hitler kann höchstens die passive Duldung der Putschvorkehrungen nachgesagt werden. (Vgl. Jagschitz, 1990: 242f.)

2.10.2 Der Putschversuch am 25. Juli 1934

> *"Trotz der gelegentlichen operettenhaften Züge darf nicht übersehen werden, daß die Juliereignisse auch ein Bürgerkrieg waren, der zweite im Jahr 1934*." (Jagschitz, 1990: 243).

Ursprünglich war der Umsturz schon für den 24. Juli geplant, doch konnte die Aktion gerade noch aufgehalten werden, da die für den Putsch vorgesehene Ministerratssitzung auf den nächsten Tag verschoben wurde. Der Plan wäre fast von der Polizei aufgedeckt worden, da der eingeweihte Nationalsozialist Paul Hudl das Vorhaben an die Polizei verraten hatte. Diese nahm die Information wegen vieler solcher Informationen, die es in letzter Zeit gab, nicht ernst genug und traf keine besonderen Vorkehrungen. Als die Meldung über einen bevorstehenden Putsch am 25. Juli vormittags Emil Fey und dessen Adjutanten erreichte, war es schließlich zu spät für Gegenmaßnahmen. Botz wirft die Frage einer möglicherweise ambivalenten Rolle Feys in dieser Situation auf - schließlich hatte er gewisse Sympathien für die Nationalsozialisten. (Vgl. Botz, 1983: 269f.)

Etwa 150 Mitglieder der SS-Standarte 89 sammelten sich bei der Turnhalle des Deutschen Turnerbundes und fuhren auf privaten Lastwägen kurz vor 13.00 Uhr durch das geöffnete Tor des Bundeskanzleramtes am Ballhausplatz, wo die Wachen auf ihre Ablöse warteten. Da die Putschisten in Militäruniformen gekleidet waren, gelang es ihnen leicht, die Wachen zu überwältigen. Botz hält fest, dass auch die Sorglosigkeit und Schlamperei der Polizei sowie ein komischer Zufall oder ein geplantes Ablenkungsmanöver mitverantwortlich waren. Denn die Polizei war auf den Michaelerplatz konzentriert, wo man angeblich einen Anschlag auf Dollfuß vorbereitete. Gleichzeitig stürmten SS-Mitglieder das Sendehaus der "Österreichischen Radio-Verkehrs-AG."(RAVAG) und nötigten den Sprecher zu der Durchsage, dass Bundeskanzler Dollfuß zurückgetreten sei und Dr. Rintelen an seiner Stelle die Regierungsgeschäfte übernommen hätte. Kurz darauf stürmte die Polizei das Gebäude, beim Schusswechsel starben ein Angestellter der RAVAG, ein Schauspieler, ein Polizist und ein Putschist. (Vgl. Botz, 1983: 270.)

Im Bundeskanzleramt war Dollfuß von Fey erst kurz davor über den bevorstehenden Überfall informiert worden. Die Ministerratssitzung wurde abermals vertagt und die meisten Minister hatten bereits das Gebäude verlassen. Nur Dollfuß und ein paar andere waren noch geblieben, als Putschisten so schnell in das Zimmer des Kanzlers gestürmt kamen, dass keine Zeit mehr für eine Flucht war. Als Dollfuß versuchte, über einen geheimen Ausgang ins Staatsarchiv zu gelangen, traf ihn ein Schuss im Genick. Der SS-Mann Otto Planetta und ein zweiter Schütze, ein am Putsch beteiligter Polizist, hatten ihn schwer verwundet und der Bundeskanzler verstarb um 15.45 Uhr - der Wunsch nach geistlichem Beistand wurde ihm verwehrt. Gleichzeitig umstellten Bundesheer und Polizei das Kanzleramt und begannen Verhandlungen mit den Aufständischen. Im Glauben Dollfuß würde noch leben, sagte man ihnen freies Geleit nach Deutschland zu. Doch als sein Tod bekannt wurde, nahmen Polizei und Bundesheer diese Zusage zurück und verhafteten die beteiligten SS-Männer. (Vgl. Botz, 1983: 270f.) Auch Anton Rintelen, der frühere steirische Landeshauptmann der Christlichsozialen, wurde verhaftet. Er war aus Italien angereist und hatte sich im Hotel Imperial bereitgehalten, um die Agenden von Dollfuß zu übernehmen. (Vgl. Jagschitz, 1976: 97, sowie vgl. Rintelen, 1941, 309ff.) Die Pläne, die man für die Bundesländer vorbereitet hatte, erhielten mit der Radiodurchsage, dass Rintelen den Posten von Dollfuß übernommen habe, ihren Startschuss. Doch bereits am Abend des 25. Juli trug die Radioansprache Feys dazu bei, dass auch der Aufstand im restlichen Österreich scheiterte. Als sich dann auch noch Hitler von den Putschisten distanzierte, nachdem er von dem Misserfolg erfuhr, waren die aufständischen Nationalsozialisten in den Bundesländern nicht nur stark verunsichert, weil der Plan in Wien gescheitert war, sondern auch demoralisiert. Schon am Nachmittag des 25. wurden alle bekannten Nationalsozialisten von der Exekutive in Gewahrsam genommen. Das Bundesheer und die anderen Sicherheitsorgane waren wider Erwarten nicht zu ihnen übergelaufen. Schlussendlich kam es nur in Kärnten und der Steiermark zu breiteren Auseinandersetzungen, denn dort war die Dichte an Nationalsozialisten am Größten. In Oberösterreich und Salzburg fanden noch lokal begrenzte Kämpfe statt, die anderen Bundesländer blieben bis auf einen Mord in Innsbruck unversehrt. Am 30. Juli 1934 war der Aufstand schließlich beendet und an allen Orten niedergeschlagen. (Vgl. Botz, 1983: 271ff.)

Der Putsch hatte insgesamt 260 Menschen das Leben gekostet, davon 133 Nationalsozialisten. Gerichtlich belangt wurden 5300 Putschisten und Mitte September befanden sich mehr als 13.300 Nationalsozialisten in Gerichts- und Polizeihaft. Die Regierung hatte eigens eingerichtete Militärgerichtshöfe zur judikativen Bereinigung des Juliputsches, wo sie 13 Anführer und Beteiligte der Aufstände in Wien und den Bundesländern zum Tode verurteilte und hinrichtete. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich wurden sie als "Blutzeugen" verehrt. (Vgl. Botz, 1983: 274.)

2.10.3 Die Reaktionen nach dem Putschversuch

Nach dem Scheitern des Putsches gab es für die NSDAP Österreichs, organisatorische und ideologische Probleme zu lösen. Die höheren österreichischen Parteifunktionäre waren nach Deutschland geflüchtet, ihre Verwicklung in die Putschpläne war offensichtlich und auch der deutsche Gesandte in Wien hatte eine Vermittlungsposition innegehabt. Daraus musste Hitler die Konsequenzen ziehen und er opferte die Parteiorganisationen. Er zerschlug die gesamte Exilorganisation der im Deutschen Reich schutzsuchenden NSDAP Österreich. Theo Habicht, den bisherigen Landesleiter entließ Hitler persönlich, die österreichische Landesleitung wurde am 3. August 1934 aufgelöst und die Parteifunktionäre mussten ihre politischen Kontakte nach Österreich aufkündigen. Das ehemalige politische Drohmittel, die "Österreichische Legion", teilte Hitler auf verschiedene Lager im ganzen Reich auf und er übertrug dem SS-Brigadeführer und Führer des SS-Oberabschnitts Donau Alfred Rodenbücher die Auflösung aller österreichischen Parteiangelegenheiten im Deutschen Reich (vgl. Jagschitz, 1976: 179ff). In Österreich wurden die illegale nationalsozialistische Partei und ihre Gliederungen (vor allem HJ, SS und SA) zwischen August 1934 und Mitte 1935 komplett umgebaut. (Vgl. Jagschitz, 1990: 243f.)

> "*Stand bis zum Juliputsch hinter der illegalen Arbeit immer noch die ehemalige Legalität mit einem großen Teil von bekannten Funktionären, Anhängern und einem bekannten Apparat, etwas vom selbstbewußten Rückhalt der deutschen Mutterpartei, etwas vom trotzigen Bekennen und der offenen Herausforderung des Ständestaates, so wandelte sich die Partei nun zu einer konspirativen Organisation*

mit einem beträchtlichen Anteil von neuen, den Polizeibehörden nicht bekannten Funktionären und einer wesentlich rationelleren und geschickteren Handhabung der Illegalität." (Jagschitz, 1990: 244).

Die Demonstrationen und Kundgebungen verschwanden nahezu ganz und wurden durch eine Parteiarbeit ersetzt, die eine innere Erneuerung und eine straffe Organisationsstruktur verlangte. Daraus entwickelten sich ein weitverzweigter Nachrichtendienst, neue Tarnorganisationen und eine aus Österreich selbst kommende Propaganda. Außerdem gelang es den Nationalsozialisten, staatliche, kirchliche und private Institutionen und Vereinigungen zu unterwandern. (Vgl. Jagschitz, 1990: 243f.)

2.11 Wiedereinführung der Wehrpflicht

Schon lange hatte Hitler das Ziel, eine Wehrhoheit und die absolute Rüstungsfreiheit zu erreichen. Für ihn war dies eine absolut notwendige Voraussetzung, um nach außen hin handlungsfrei zu sein. Deshalb war im Frühling des Jahres 1935 die Aufrüstung des 3. Reichs ein wichtiges Thema für die deutsche Regierung. Nach dem Erfolg im Saarland probierte Hitler aus, wie weit er gehen konnte. Er ließ Anfang März von seinen Luftattachés erklären, dass das Deutsche Reich dabei sei, eine Luftwaffe aufzubauen. Am nächsten Tag wurde dies auch von Göring offiziell verkündet, doch die Westmächte reagierten nicht auf diesen offenen Vertragsbruch der Versailler Vereinbarung. Das veranlasste Hitler zum nächsten folgenschweren Schritt: Am 16. März 1935 führte er die allgemeine Wehrpflicht wieder ein und verkündete die uneingeschränkte Rüstungsfreiheit. (Vgl. Schausberger, 1979: 328.) Der Historiker Bernd-Jürgen Wendt stellt dazu klar:

> "*Die spektakuläre Wiedereinführung (...) war von der Sache her spätestens seit 1932 vorprogrammiert und längst überfällig. Auch die westlichen Geheimdienste waren nicht überrascht. Der Schritt lag konsequent auf der Linie der 1932/33 eingeleiteten Aufrüstungsmaßnahmen und wurde auch von der Reichswehrführung ab Ende 1933 mit Nachdruck an sich schon für 1934 gefordert*." (Wendt, 1995: 395f).

Schon Ende des Jahres 1933 hatte die Regierung entschieden, ein 300.000 Mann starkes Friedensheer aufzubauen. Zu dieser Zeit war man auch dabei, Strategien für einen Mehr-Fronten-Verteidigungskrieg zu entwickeln. Davor sah man nur in Frankreich und Polen eine Bedrohung und kalkulierte sie als Gegner für den Ernstfall ein. Um eine Rundumverteidigung und die möglichst schnelle Aufrüstung bewerkstelligen zu können, war es für Hitler notwendig, die benötigten Mannschaftsreserven und Rekrutenjahrgänge offiziell im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht einberufen und ausbilden zu können. (Vgl. Wendt, 1995: 396.) Er stellte sich 36 Divisionen mit 550.000 Mann vor, die in Friedenszeiten als Wehrmacht zur Verfügung stehen sollten. Die Wiedereinführung besiegelte Hitler am 17. März 1935 mit einer militärischen Zeremonie, dem "Heldengedenktag". Nach dem Festakt in der Berliner Staatsoper

marschierte er zusammen mit dem letzten noch lebenden Marschall der kaiserlichen Armee, gefolgt von der Generalität, zum Schloss und ehrte die Fahnen der Armee. Nach der Parade der Wehrmacht war die nationale Würde - und die Wehrhoheit - wiederhergestellt. Doch es war auch ein erneuter, offensichtlicher Bruch des Vertrages von Versailles, der die Westmächte zum Handeln zwang. (Vgl. Thamer, 1994: 526.) Vorerst geschah allerdings nichts. Frankreich, England und Italien legten zwar Protest ein und verurteilten diesen Vertragsbruch, die Handlungen, die zu diesem Zeitpunkt noch Erfolg gehabt hätten, blieben aber aus (vgl. Schausberger, 1979: 328f). "*Kein Wunder, daß Hitler in der Meinung bestärkt wurde, ´sich alles erlauben zu können´*" (Schausberger, 1979: 328f).

Im April schließlich gab Mussolini den Anstoß für eine internationale Konferenz in Stresa - jedoch nicht ohne Hintergedanken. Er wollte erneut für die Teilnahme Italiens an einer Front gegen Deutschland freie Hand in Abessinien erwirken. (Vgl. Schausberger, 1979: 330.) So bildete sich die Stresa-Front, zu der sich die besorgten Regierungschefs von Großbritannien, Frankreich und Italien zusammenschlossen, um die ständigen Herausforderungen Deutschlands einzudämmen (vgl. Thamer, 1994: 526f). Die am 14. April 1935 verfasste Erklärung hielt ihr Vorhaben fest, "*sich mit allen geeigneten Mitteln jeder einseitigen Aufkündigung von Verträgen zu widersetzen, durch die der Friede in Europa gefährdet werden könnte*" (Wendt, 1995: 397). Sie sprachen sich erneut für die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Österreichs aus (vgl. Wendt, 1995: 397) "*und drohte[n] auch mit den völkerrechtlichen und praktischen Interventionsmöglichkeiten, die der Vertrag von Locarno bot*" (Thamer, 1994: 527). Aber der Pakt zwischen den drei westeuropäischen Mächten bröckelte bereits bevor man irgendetwas erreicht hatte (vgl. Thamer, 1994: 527). Denn Großbritannien schloss schon im Juni ein Flottenabkommen mit Deutschland und Italien überfiel im Oktober Abessinien. Dies verschaffte Hitler einen wieder größer werdenden Handlungsspielraum in der deutschen Außenpolitik. Hitler konnte ungestraft weitere Schritte gehen, da das Augenmerk des Völkerbundes und der europäischen Staaten auf anderen Konflikten lag, auf Italiens Krieg in Abessinien 1935/36 und dem Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939. (Vgl. Wendt, 1995: 397.)

2.12 Nürnberger Gesetze

2.12.1 Vorgeschichte

Wie vor dem Boykott der jüdischen Geschäfte 1933 häuften sich vor dem Beschluss der "Nürnberger Gesetze" die "spontanen" und "wilden" Aktionen gegen jüdische Mitbürger, die die allgemeine Stimmung anheizen und die notwendige Akzeptanz der Bevölkerung sichern sollten. Außerdem war es Teil des perfiden Plans der Nationalsozialisten, dem kritischen Ausland und den betroffenen Juden die Entschlossenheit des Staates zu demonstrieren, dass den deutschen Juden ein gesetzlicher Freiraum zum Leben garantiert wäre - dem "*ungestüme[n] Drängen des ´gesunden Volksempfindens´*" (Wendt, 1995: 171) zum Trotze. Doch weiterhin wurden nicht nur Synagogen, Wohnungen und Geschäfte deutscher Juden angegriffen sondern auch die Menschen selbst. (Vgl. Wendt, 1995: 171.) Wendt fasst die damaligen Vorgänge treffend zusammen:

> "*Standesbeamte verweigerten die Trauung zwischen ´Deutschblütigen´ und Juden; Rufe nach gesetzlicher Bestrafung von ´Rassenverrat´ und ´Rassenschande´ sowie nach der Verhängung von Strafen für ´Rassenmischehen´ wurden lauter; in Parks, Theatern und Schwimmbädern wurde Juden der Zugang durch Schilder wie ´Juden unerwünscht´ (...) oder ´Hunden und Juden ist das Baden verboten´ untersagt.*" (Wendt, 1995: 171).

Parallel waren Vorbereitungen für eine "*Blutschutzgesetzgebung*" im Gange. Reichsinnenminister Frick hatte bereits im Reichstag vor dem Jahr 1933 im Reichstag Anträge zu diesem Thema eingebracht und sich auf den "Volkswillen" berufen. Nun musste nur noch geklärt werden, ob das Gesetz zum Beispiel nur für Juden oder auch für "Mischlinge" gelten sollte. Später kümmerte sich Hitler persönlich darum und gab für den letzten Tag des "Nürnberger Parteitages" sehr kurzfristig die Vorlage eines "*Gesetz[es] zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre*" und eines "*Reichsbürgergesetz[es]*" zur Verabschiedung durch den Reichstag in Auftrag. (Vgl. Wendt, 1995: 171.)

2.12.2 Nürnberger Gesetze

"*Mit den ´Nürnberger Gesetzen´ war die Emanzipation der Juden in Deutschland rückgängig gemacht und der Weg zur physischen Vernichtung der Minderheit trassiert*." (Benz, 2011: 257).

Die deutsche Regierung glaubte im September 1935 ihre außen- und innenpolitische Lage so weit stabilisiert zu haben, dass sie einen weiteren Schritt in die Richtung der gesellschaftlichen Isolierung jüdischer Menschen ging (vgl. Wendt, 1995: 171). Am 15. September beschloss das Regime auf dem "*Reichsparteitag der Freiheit*" die zwei "*Nürnberger Gesetze*", die die deutschen Juden zu "*Einwohnern minderen Rechts*" (Benz, 2011: 257) degradierten. Durch das "*Reichsbürgergesetz*" wurden jetzt "arische" Reichsbürger, die auch politische Rechte hatten und ihren Status durch "*Verleihung des Reichsbürgerbriefes*" erworben hatten, von den "Nichtariern" unterschieden - diese hatten von da an als "Staatsangehörige" keine politischen Rechte. Eheschließungen zwischen Juden und "*Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes*" waren jetzt durch das "*Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre*" (RGBl. 15.9.1935: 1146, Teil1, §1, Abs. 1) verboten. Sexuelle Beziehungen zwischen Juden und "Deutschblütigen" wurden als "*Rassenschande*" mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft. (Vgl. Benz, 2011: 257 sowie vgl. RGBl. 15.9.1935: 1146) Außerdem war es Juden untersagt, "*weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren*" (RGBl. 15.9.1935: 1146) im Haushalt zu beschäftigen, eine "*Reichs- und Nationalflagge*" zu hissen oder die "*Reichsfarben*" zu zeigen. (Vgl. RGBl. 15.9.1935: 1146 sowie vgl. Wendt, 1995: 171f.)

Die Definition des Begriffes "Jude" wurde erst zwei Monate später festgelegt. Es waren wochenlange Diskussionen zwischen der Ministerialbürokratie, den Parteidienststellen, dem Reichsärzteführer und dem Reichspropagandaministerium, die der "*Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz*" (RGBl. 14.11.1935: 1333ff) vom 14. November 1935 vorausgingen. Wendt sieht darin eine beispielhafte Vorgehensweise der Nationalsozialisten: Überall wo etwas gesetzlich noch nicht genau fixiert war und es Interpretationen bedurfte, zeigten sich besonders die radikalen Tendenzen. Politiker, die

übermotiviert an die Sache herangingen, um ihrer Ideologie gerecht zu werden. Sie gaben dem Regime die zusätzliche Eigendynamik zur Radikalisierung. Allerdings wurden die geforderte Zwangsauflösung von "*Mischehen*" und die Zwangssterilisierung in Zweifelsfällen abgelehnt und tausende "*Halbjuden*" konnten der damit begründeten Vernichtung entgehen. In diesem Fall hatten sich die gemäßigteren Meinungen durchgesetzt, die sich gegen eine umfassende Lösung ausgesprochen hatten. (Vgl. Wendt, 1995: 172.)

Die nichtjüdische Mehrheit der Deutschen konnte durch "*Abstammungsnachweise*" der Diskriminierung und Verfolgung entgehen, während von da an für die jüdischen Menschen im Deutschen Reich das Leben durch die Frage bestimmt war, ob man Jude oder "*Jüdischer Mischling*" ersten oder zweiten Grades war, ob man in einer "*privilegierten Mischehe*" lebte (und so vor Verfolgung, aber nicht vor Diskriminierung geschützt war), ob man ein "*Geltungsjude*" war, oder "*jüdisch versippt*"[55]. (Vgl. Benz, 2011: 257.) So waren die Menschen mit zwei jüdischen Großelternteilen "*Mischlinge ersten Grades*", ein Mittelding zwischen Juden und "Deutschblütigen". Diese hatten zwar nicht das Schicksal der Juden, wurden aber in vieler Hinsicht diskriminiert und verloren schließlich Schritt für Schritt im Krieg ihre "Privilegien", bis sie 1944 zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden. (Vgl. Wendt, 1995: 172.)

Nach der Definition der "*Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz*" war Jude, "*wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt"* (RGBl. 14.11.1935: 1334, §5, Abs. 1), "*als volljüdisch gilt ein Großelternteil ohne weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat*" (RGBl. 14.11.1935: 1333, §2, Abs. 2). Außerdem war ein "*von zwei volljüdischen Großeltern abstammende[r] staatsangehörige[r] jüdische[r] Mischling*" (RGBl. 14.11.1935: 1334, §5, Abs. 2) als "Jude" definiert, wenn er während oder nach dem Erlass des Gesetzes entweder "*der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat"*, *"mit einem Juden verheiratet war*" bzw. sich verheiratet hat oder wenn er aus einer Ehe mit einem Juden mit mindestens drei volljüdischen Großelternteilen stammt, die nach dem Inkrafttreten des "Blutschutzgesetzes" geschlossen wurde, bzw. aus "*außerehelichem Verkehr mit einem*

[55] Zu einer genaueren Darstellung siehe auch: Meyer, Beate: Perfide Regeln. In: https://www.swr.de/swr2/stolpersteine/themen/mischehe/-/id=12117604/did=12316822/nid=12117604/j78nuk/index.html. 13.9.2013, 19.11 Uhr. (05.03.2018).

Juden (...) stammt und nach dem 31. Juli 1936 außerehelich geboren wird" (RGBl. 14.11.1935: 1334, §5, Abs. 2).

Die Vorgehensweise Hitlers war dabei besonders niederträchtig. Er vermittelte den jüdischen Menschen im Deutschen Reich den Eindruck, dass er die "Judenfrage", die sein Regime selbst erst aufgeworfen hatte, nun durch ein Gesetz abschließend geregelt hatte und sie das Schlimmste überstanden hätten. Er präsentierte sich als Garant für den "*Weg des Kompromisses (...) zwischen den widerstreitenden Kräften in der Führung*" (Wendt, 1995: 173) und ließ die Juden neue Hoffnung schöpfen, dass sie sich im Rahmen der Vorschriften doch ihren Lebensraum sichern könnten. Emigrierte Juden kehrten aus diesem Grund sogar nach Deutschland zurück. (Vgl. Wendt, 1995: 173.) Intern sah es natürlich ganz anders aus: Da stellte Hitler vertraulich schon kurz nach dem Parteitag 1935 klar, was er vor hatte: "*Heraus aus allen Berufen, Ghetto, eingesperrt in ein Territorium, wo sie sich ergehen können, wie es ihrer Art entspricht, während das deutsche Volk zusieht, wie man wilde Tiere sich ansieht."* (Graml, 1988: 162[56], zit. nach Wendt, 1995: 173). Die Isolierung der deutschen Juden war aber nur der erste Schritt hin zu seinem Ziel ihrer Vertreibung oder Vernichtung. Auf die "Nürnberger Gesetze" folgten zahlreiche Durchführungsverordnungen, Berufsverbote und weitere politische Entrechtungen der jüdischen Menschen in Deutschland. Durch das "Blutschutzgesetz" wurden sie aus der Gesellschaft ausgeschlossen, zu "*Unberührbaren*" (Wendt, 1995: 173) gemacht und gemeinsam in ein kollektives Ghetto gesperrt. Ganz nach dem Sprichwort "aus den Augen, aus dem Sinn", geriet das hoffnungslose Schicksal der deutschen Juden aus dem Sichtfeld ihrer Mitbürger, Bekannten und Freunde. "*Das schützende Netz ihrer sozialen Bindungen und Kontakte wurde auf ein Minimum reduziert, das menschliche Antlitz ihnen genommen*" (Wendt, 1995: 173). Es machte sie noch angreifbarer, weil von der Bevölkerung kein ernsthafter Widerstand gegen die Drangsalierungen zu erwarten war. (Vgl. Wendt, 1995: 173.)

> "*Rückblickend wird man sagen können, daß in diesen Jahren eine wichtige Zwischenstufe auf dem Wege nach Auschwitz erreicht wurde.*" (Wendt, 1995: 173).

[56] Graml, Hermann (1988): Reichskristallnacht: Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich. München: Dt. Taschenbuch Verlag.

2.13 Das "Juliabkommen" mit dem Deutschen Reich

2.13.1 Vorgeschichte

Kurz nach dem Tod Dollfuß´, traf der neue Bundeskanzler Kurt Schuschnigg am 21. August 1934 auf Mussolini, um die Lage zu besprechen. Dort hielt man fest, dass Österreich und Italien "*hinsichtlich der Richtlinien und Wege zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Österreichs*" absolut übereinstimmten (Weinzierl, 1995: 231). Im September desselben Jahres bestätigten auch England, Frankreich und Italien in einer gemeinsamen Erklärung die Wichtigkeit dieser Feststellung - dies und besonders auch die Annäherung zwischen Italien und Frankreich bestärkten die Position Österreichs. Dieser Zustand sollte nicht lange währen, denn auch Hitler konnte nach dem positiven Ausgang der Saarabstimmung und der wiedereingeführten Wehrpflicht - die als Vorstoß gegen den Versailler Vertag ohne Wiederspruch geblieben war - seine außenpolitische Position verbessern. Ein geplanter mitteleuropäischer Nichteinmischungspakt kam wegen der Bedenken der Länder der kleinen Entente und aufgrund der passiven Opposition des Deutschen Reiches nicht zustande. Als Hitler im Mai 1935 vor dem Reichstag verkündete, dass er nicht vorhabe, "*sich in die i n n e r e n ö s t e r r e i c h i s c h e n V e r h ä l t n i s s e e i n z u m e n g e n, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen*" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5), konnte er hoffen, dass ihm wenigstens ein paar Länder Europas glaubten. In dieser Weise plante auch der deutsche Gesandte von Papen seine gesamte Österreichpolitik. (Vgl. Weinzierl, 1995: 231f.) Seit seiner Ankunft in Wien arbeitete er akribisch daran, "*die Lösung der österreichischen Frage dem Eingriff auswärtiger Mächte durch eine betont friedliebende Haltung Deutschlands zu entziehen und das Zusammenwachsen der beiden Länder auf evolutionärem Weg unter Ausschaltung der Gewalt zu fördern*" (Weinzierl, 1995: 232). Die Doppelzüngigkeit, die hinter diesem Vorhaben versteckt war, wurde jedoch - zumindest vorerst - nicht erkannt. Die Österreichische Regierung deutete die Aussagen als Zeichen für ein Deutsches Reich, das tatsächlich nach Verständigung zwischen ihm und dem kleinen Nachbarn Österreich suchte (vgl. Weinzierl, 1995: 232).

Bereits im Jahr zuvor hatte Sonderbotschafter Franz von Papen sein Konzept für ein zwischenstaatliches Abkommen - ganz im Sinne seines Evolutionskonzepts - vorgelegt, allerdings war es vom österreichischen Außenminister Berger-Waldenegg zurückgeschickt worden. Jetzt konnte man sich aber auf die Erklärung Hitlers stützen und präsentierte im Juli 1935 einen modifizierten Vorschlag, woraufhin sich Österreich doch auf Verhandlungen einließ. Schuschnigg war zu diesem Zeitpunkt noch gegen jede Bilateralität der beiden Staaten und auch die Unterstützung und der Schutz Italiens waren noch sicher - trotzdem wurde Ende August bereits ein erstes Abkommen über die Presse zwischen von Papen und Berger-Waldenegg geschlossen (Siehe Kapitel 3.2.1 Erstes Presseabkommen 1935) und am 1. Oktober 1935 legte die österreichische Regierung den Gegenentwurf zum bilateralen Abkommen vor. Währenddessen hatte sich die außenpolitische Situation durch den Abessinienkonflikt vollkommen geändert. (Vgl. Schausberger, 1979: 349.)

Die Westmächte waren sich in dieser Frage nicht ganz einig und Italien wandte sich von ihnen ab und dem Deutschen Reich zu (vgl. Weinzierl, 1995: 232). Aus diesem Grund drängte Mussolini um die Jahreswende 1935/36 Österreich dazu, sich auch mit dem deutschen Nachbarn zu versöhnen. Österreich war das letzte Hindernis, das zwischen der Annäherung Italiens mit dem Deutschen Reich stand. (Vgl. Schausberger, 1979: 349f.) Laut Schausberger war es der sich immer weiter verstärkende Druck von Italien und teilweise auch Ungarn, der Schuschnigg dazu brachte,

> "*angesichts der isolierten außenpolitischen Lage der Alpenrepublik einem bilateralen Abkommen mit dem Hauptgegner der österreichischen Unabhängigkeit ernsthaft näherzutreten, nachdem sich auch die Westmächte nicht sonderlich engagiert in dieser Frage gezeigt hatten*" (Schausberger, 1979: 349).

Als dann Hitler im März 1936 ins Rheinland einmarschierte und wieder auf keine Konsequenzen der Westmächte wegen des Vertragsbruchs stieß, löste dies in der Regierung die Befürchtung aus, dass das oder etwas Ähnliches auch in Österreich passieren könnte. Darum bot man dem deutschen Reich Gespräche an und übergab von Papen im Juni einen Modus vivendi, durch den man sich unter anderem wirtschaftliche Erleichterungen erwartete. (Vgl. Schausberger, 1979: 349f.) Offenbar war es Schuschnigg klar, dass Hitler die Vereinbarung bei passender Gelegenheit wieder brechen würde. Man betrachtete das Abkommen aufgrund der gegebenen Umstände

als ein notwendiges Übel. (Vgl. Schuschnigg, 1969: 187.) Doch "*während Schuschnigg das Abkommen als Schlußpunkt einer Evolution auffaßte, war es im Reich genau umgekehrt: dort wurde es als eine Etappe in der Entwicklung zum Anschluß gesehen*" (Schausberger, 1979: 353).

2.13.2 Das Juliabkommen vom 11.7.1936

> "*Eine zentrale Funktion bei der außenpolitischen Wende Österreichs, die schließlich zu seinem Untergang führen sollte, kam dem deutsch-österreichischen Abkommen vom Juli 1936 zu, dessen erklärte Absicht vor allem darin bestand, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten nach dem Wirtschafts- und Propagandakrieg, den NS-Deutschland seit 1933 in unterschiedlicher Intensität mit dem Höhepunkt im Juli 1934 führte, wieder zu - wie gesagt wurde - normalisieren*." (Stuhlpfarrer, 2005: 332).

Am 11. Juli 1936 wurde in Wien das Juli-Abkommen unterzeichnet, das aus zwei Teilen bestand: dem offiziellen deutsch-österreichischen Kommuniqué und dem nicht veröffentlichten "Gentlemen-Agreement"[57]. Schon der offizielle Teil zeigte, in welcher Lage sich Österreich befand: Einerseits wurde die Souveränität anerkannt, andererseits auf Hitlers Rede am 21. Mai 1935 verwiesen und so deren Vergänglichkeit dargelegt (vgl. AdAP, 1950: 234). In der Rede verkündet Hitler zwar, Österreich nicht anschließen zu wollen, aber er wünschte sich, dass dem deutschen Volk überall sein Selbstbestimmungsrecht ermöglicht würde - kein Regime könne bestehen, wenn es nicht vom Volk getragen werde. (Papen, 1935[58], zit. nach Schausberger, 1979: 354). Dazu kam, dass sich Österreich als deutscher Staat bekannte und auch in seiner Politik so agieren sollte (vgl. ADAP, 1950: 234). Was dies bedeutete, war allerdings nicht festgehalten. Schausberger bemerkt dazu: es "*lässt sich aber leicht erraten, wenn man bedenkt, daß Hitler stets deutsch mit nationalsozialistisch gleichsetzte*" (Schausberger,

[57] Siehe Kapitel 3.5 Gentleman-Agreement.

[58] Brief Papens vom 17. Mai 1935. Adjutantur des Führers. Bundesarchiv Koblenz: NS 10/50. Parteiarchiv der NSDAP. Siehe auch: IMT, 1949[30]. XXX. Dok. 2247-PS: 48ff, zit. nach Schausberger, 1979: 354

1979: 354). Oberflächlich betrachtet hatte der deutsche Staat immerhin die Souveränität Österreichs bestätigt und die Nichteinmischung in innenpolitische Angelegenheiten versichert - was einen Erfolg für die Regierung Schuschnigg darstellen sollte (vgl. Volsansky, 2001: 30).

Mit dem unveröffentlichten Zusatzabkommen[59] wurde aber nicht nur eine Vereinbarung über die Presse[60] getroffen, sondern es enthielt auch weitere äußerst bedenkliche Passagen:

Verbotene deutsche Zeitungen wurden wieder in Österreich zugelassen; die Tausend-Mark-Sperre hob man zwar wieder auf, jedoch würden wegen fehlender Devisen trotzdem die deutschen Touristenströme ausbleiben - lediglich für deutsche Propagandisten war der Weg geebnet; es wurde ein Meinungsaustausch über Fragen der Außenpolitik vereinbart, die beide Regierungen gemeinsam betrafen - womit Österreich seine unabhängige Außenpolitik aufgab; Schuschnigg erklärte sich außerdem zu einer weitreichenden politischen Amnestie bereit und stimmte zu, "*Vertreter der bisherigen sogenannten ´nationalen Opposition in Österreich´ zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung heranzuziehen*" (AdAP, 1950: 233). So holte man sich für den Preis einer fragwürdigen Garantie der Unabhängigkeit ein "trojanisches Pferd" in die österreichische Regierung. (Vgl. AdAP, 1950: 231ff.; sowie vgl. Schausberger, 1979: 354f.)

Unmittelbar am 11. Juli wurde die österreichische Regierung umgebildet und Glaise-Horstenau - von Hitler und von Papen als Vertrauensmann bezeichnet (vgl. IMT, 1949[26]: 352) - wurde als Vertreter der "nationalen Opposition" zum Minister ernannt. Guido Schmidt wurde Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten.

> "*Der ´deutsche Weg´, den die Alpenrepublik von nun an einzuschlagen gezwungen war, führte direkt zum Anschluß*." (Schausberger, 1979: 355).

[59] Laut Schuschnigg hatte er mit von Papen vereinbart, das Gentlemen-Agreement publizistisch nie gleichzeitig mit dem Haupttext zu behandeln. Veröffentlicht wurde es erstmals in einer Rede vor dem Bundestag, über die auch in der Presse berichtet wurde sowie im Herbst 1937 im Buch "Dreimal Österreich" von Kurt Schuschnigg. (Vgl. Hochverratsprozeß, 1947: 539.)

[60] Siehe Kapitel 3.5 Gentlemen-Agreement.

2.13.3 Veröffentlichung und Reaktionen auf das Juliabkommen

Um sicherzustellen, dass die Unterzeichnung des Abkommens als positives Ereignis an die Bevölkerung kommuniziert wurde und um den Kräften entgegenzutreten, "*die vom Inlande wie vom Auslande gegen diese Entwicklung mobilisiert werden können*", (AdR/Bpd, 1936[61], zit. nach Spielhofer, 1992: 107), berief die Regierung zwei Tage vor dem 11. Juli eine Besprechung ein, bei der man Richtlinien für einen "Propagandafeldzug" festlegte. (Vgl. Ebenda.) Diese betrafen alle Zeitungen und man teilte ihnen je nach politischer Tendenz bestimmte Themen zu, die sie in ihren Kommentaren besonders hervorheben sollten (vgl. Spielhofer, 1992: 107). Das Protokoll der Besprechung listete zum Beispiel alle möglichen Argumente auf, die die österreichische Presse verwenden sollte. Zu betonen war, "*die Normalisierung der Beziehungen zweier Nachbarstaaten, die noch dazu die gleiche Sprache sprechen*" sei eine "*natürliche Angelegenheit*". Außerdem sollte verkündet werden, dass man nicht vorhabe, etwas an der Mai-Verfassung zu ändern und es nicht in Frage komme, dass die nationalsozialistische Partei wiederauflebe. Politischen Gefangenen würde Amnestie gewährt, dies sollte die Presse als Zeichen der Stabilisierung und Kraft des österreichischen Staates auslegen - und nicht als Schwäche. "*In einzelnen Blättern*" sollten außerdem "*besondere Momente mit besonderer Dosierung*" behandelt werden. Und "*alle Spitzen und Rekriminationen*" waren freilich in jeglicher Ausführung unerwünscht. (AdR/Bpd, 1936[62], zit. nach Spielhofer, 1992: 107f).

Spielhofer (vgl. 1992: 107) sieht in diesen Vorgaben eine einzigartige Vorgangsweise im Ständestaat, die an die Methoden des reichsdeutschen Propagandaministeriums erinnerte. Fritz Sänger (vgl. 1975: 180f) hat die Presseanweisungen des deutschen Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Joseph Goebbels, zum Juliabkommen festgehalten. Goebbels erschien persönlich in der Pressekonferenz am 11. Juli 1936 - was selten war - und ordnete eine "*wohlwollende Darstellung*" in der Presse an,

[61] Archiv der Republik: Bundespressedienst. Karton 4. Mappe Juli 1936 (o.Z.): Niederschirft einer Besprechung vom 9.7.1936.

[62] Archiv der Republik: Bundespressedienst. Karton 4. Mappe Juli 1936 (o.Z.): Niederschirft einer Besprechung vom 9.7.1936.

"*...ohne jede persönliche oder politische Spitze. Die deutsche Presse soll diese Vereinbarung als ein Mittel der Entspannung und Entwirrung der europäischen Lage begrüßen und nicht versäumen, ihre tiefe Befriedigung über die jetzt aus dem Wege geräumten Mißverständnisse auszudrücken ... Das Ganze ist ein positiver Beitrag zur europäischen Befriedung*." (Sänger, 1975 : 180f).

Einen Tag vor dem Abkommen hatten die österreichischen Auslandsmissionen Weisungen vom Bundeskanzleramt erhalten, den jeweiligen Regierungen und Pressevertretern "*genau und zeitgerecht*" die "*Gedankengänge und Absichten*" des Bundeskanzlers darzulegen (AdR/NPA, 1936[63], zit. nach Volsansky, 2001: 27). Dabei sollten sie besonders betonen, dass die Regierung bei "*der repressiven Behandlung des österreichischen Nationalsozialismus keinerlei Änderung*" vornehmen werde und man gegen "*ein Übergreifen nationalsozialistischer Ideologien auf die innere Gestaltung Österreichs*""*nach wie vor*" Widerstand leiste (Ebenda.). (Vgl. Volsansky, 2001: 27.)

In der Sitzung des Ministerrates, die am Tag der Unterzeichnung stattfand, malte Schuschnigg ein wesentlich realistischeres Bild als in den öffentlichen Verlautbarungen. Er stellte klar, dass der Vertrag beiderseits nicht "*aus innerem Drang*" geschlossen wurde, sondern "*unter dem Zwang der Stunde*" (AdR/BKA-Inneres, 1936[64], zit. nach Volsansky, 2001: 28) aus realpolitischen Gründen. Jetzt hänge es von der Durchführung des Abkommens ab, denn die Vereinbarung allein würde keine Normalisierung der Beziehungen garantieren. Er stellte fest, dass er nicht "*zu weit gegangen*" war und nur das akzeptiert habe, wozu Österreich "*seit dem Jahr 1933 immer (...) bereit gewesen sei*" (AdR/BKA-Inneres, 1936[65], zit. nach Volsansky, 2001: 28). (Vgl. Volsansky, 2001: 28.)

Deutschnationale und regierungsnahe Zeitungen feierten den "*Friedensschluß*" (Reichspost, 16.7.1936: 1) - wenn auch aus unterschiedlichen Motiven. Die "Wiener Zeitung" spricht von einem "*neuen Kapitel österreichischer Geschichte* "(Wiener Zeitung, 13.7.1936: 1) und einem "*bedeutungsvollen Tag*" (Wiener Zeitung, 12.7.1936: 1). Für die "Reichspost" war es ein "*geschichtlicher Tag*" (Reichspost, 12.7.1936: 1)[66] .

---

[63] Archiv der Republik: Neues Politisches Archiv. Deutschland I/12 Geheim, 40.118-13/36 sowie 40.182-13/36: Aviso an österreichische Auslandsvertretungen.

[64] Archiv der Republik: Bundeskanzleramt-Inneres, Ministerratsprotokoll Nr. 1035/1 vom 11.7.1936.

[65] Archiv der Republik: Bundeskanzleramt-Inneres. Ministerratsprotokoll Nr. 1035/1 vom 11.7.1936.

[66] Zu den Reaktionen siehe auch: Malina Peter (1986): Das Juliabkommen 1936. Eine Pressedokumentation. In: Medien und Zeit. Forum für historische Kommunikationsforschung

Was die gesamte Presse nach Schuschniggs Weisungen tatsächlich schrieb, hat Spielhofer kursorisch durchsucht und kam zu dem Schluss,

> "*daß fast alle Zeitungen den offiziellen Text des Abkommens, den Inhalt einer Rundfunkrede Adams zu den einzelnen Bestimmungen und einen amtlichen Kommentar abdruckten. Zusätzlich dazu brachten sie eigene Kommentare, die durchgehend positiv sind und die sich mit den oben genannten Richtlinien decken*" (Spielhofer, 1992: 108f).

Vereinzelte skeptische Kommentare waren aber doch zu finden - die "Rieder Volkszeitung" zum Beispiel zweifelte an der Kooperationsbereitschaft der österreichischen Illegalen (Rieder Volkszeitung, 16.7.1936: 2[67], zit. nach Spielhofer, 1992: 109) und der "Sturm über Österreich" deutete an, dass dieses Übereinkommen auch von Österreich Opfer verlange (Sturm über Österreich, 19.7.1936[68]: 1, zit. nach Spielhofer, 1992: 109). Spielhofer wählt die "Neue Freie Presse" als Beispiel dafür, wie sehr sich die Zeitungen an die vorgegebenen Richtlinien hielten (vgl. Spielhofer, 1992: 109). Am 12. Juli 1936 druckte das Blatt eine "Amtliche Verlautbarung" mit dem Wortlaut des veröffentlichten Kommuniqués, die Rundfunkrede des Bundeskanzlers und die Telegramme zwischen Schuschnigg und Mussolini (vgl. NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 1f, 5). Außerdem wurde ein Kommentar verfasst, der sich ziemlich mit den vorgegebenen Richtlinien (siehe oben) deckte. Die Amnestie der politischen Häftlinge im Zusammenhang mit den Februar-Unruhen wird im Kommentar als

> "*Ausdruck des wiedererwachten Kraftgefühls, des Selbstvertrauen, der gefestigten Rechtsordnung*" beschrieben -"*Der Gnadenakt soll ein Zeichen der neuen politischen Lebensformen sein, (...), und niemand kann in ihm ein Moment der Schwäche erblicken*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 6).

Außerdem hob die "Neue Freie Presse" Österreichs Liebe zu Frieden und Freundschaft hervor und versicherte, dass sich an der österreichischen Außenpolitik nichts änderte

---

(Vierteljahresschrift des Arbeitskreises für historische Kommunikationsforschung), 1. Jg. /Nr. 3. Wien: Verein "Arbeitskreis für Historische Kommunikationsforschung (AKH). S. 18-30.
Sowie Schirra Rainer (1962): Die öffentliche Meinung und das Juliabkommen 1936. Seine publizistischen und politischen Folgen unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Dr. Guido Schmidts. Diss.phil. Wien. S. 50

[67] Allgemeines Verwaltungsarchiv: Amtliche Nachrichtenstelle. Karton 225. Mappe Deutsch-Österreichisches Abkommen 11.7.1936: "Rieder Volkszeitung" vom 16.7. 1936. Nr. 28, Jg. 56. S. 2.

[68] Allgemeines Verwaltungsarchiv: Amtliche Nachrichtenstelle. Karton 225. Mappe Deutsch-Österreichisches Abkommen 11.7.1936: "Sturm über Österreich" vom 19.7.1936. Nr. 29, Jg. 4. S. 1.

und das Abkommen lediglich die Beziehungen Österreichs zu Deutschland wieder normalisierte (vgl. NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5f). Man würde an den Dollfuß´schen Reformideen festhalten und die Bildung des politischen Willens sei auch weiterhin nur der Vaterländischen Front vorbehalten,

> "*in der alle Bürger und Bürgerinnen, die den österreichischen Staatsgedanken bejahen, die gleichen Rechte genießen. Aus diesen Tatsachen ergibt sich schon, daß ein Wiederaufleben des Parteiismus und damit der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich nicht in Frage kommt. (...), denn die Strenge der Gesetze*", besonders auch das zu erwartende neue Staatsschutzgesetz, trete jeglicher illegalen Propaganda oder *´Störenfrieden der Normalisierung´* entgegen. (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5f).

Für eine genaue Untersuchung Blattes und einen Vergleich mit der Berichterstattung nationalsozialistischer Blätter siehe Kapitel 7.

Sehr interessant ist dabei auch die Behandlung des neuen Außenministers Schmidt, auf dessen Berufung die "Neue Freie Presse" besonders eingeht. Laut Abdruck eines kurzen Lebenslaufs verkörpere er "*trotz seiner Jugend (...) die beste Überlieferung altösterreichischen Beamtentums, die sich bei ihm mit einem gesunden Verständnis für die Erfordernisse der neuen Zeit verbindet*."(NFP, Morgenblatt, 12.7.1936 : 2). Schirra (vgl. 1961: 50) hebt hervor, dass die "Neue Freie Presse" wärmstens begrüßte,

> *"daß gerade in der gegenwärtigen politischen Situation ein gewiegter Fachmann an die Spitze des Außenamtes in Wien tritt, dessen profundes Wissen ebenso eine erfolgreiche Amtsführung verbürg*t, wie dessen konziliantes *Wesen nicht nur im Kreise des in Wien akkreditierten diplomatischen Korps, sondern auch bei seinen Amtskollegen allgemein anerkannt wird*." (NFP, Morgenblatt, 12. 7.1936: 2).

Die Berufung werde in der Öffentlichkeit "*gewiß mit berechtigter Sympathie aufgenommen werden*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 2).

Eduard Ludwig war anderer Meinung. Er war einer der schärfsten Gegner des Abkommens. Als Leiter des Bundespressedienstes erkannte er die ganze Bedrohung der deutschen Propaganda und es wurden ihm mit dem Gentlemen-Agreement die Hände für wirksame Gegenpropaganda gebunden. (Vgl. Schirra, 1961: 42f.) Auch mit dem neuen Außenminister Schmidt war er nicht einverstanden:

"*Ludwig sah in dem Abkommen die Realisierung des ´deutschen Weges´, den Dr. Schmidt seiner Ansicht nach ging. Ihm erschien der Einfluß Schmidts auf den Bundeskanzler als äußerst schädlich, denn er vermutete in Schmidt einen mit Deutschland verbündeten Verräter*." (Schirra, 1961: 43).

So sträubte er sich dagegen, dass er weiterhin dem Außenamt unterstellt war. Zwar schaffte er es dann, sich ab 11. Juli 1936 direkt dem Bundeskanzler unterstellen zu lassen, jedoch wurde er inoffiziell von Oberst Adam abgelöst, der auch bereits eine Rundfunkrede mit einem Kommentar zum Abkommen hielt. Auf eigenen Wunsch wurde Ludwig dann am 2. Dezember seines Amtes enthoben, er war aufgrund seiner antideutschen Haltung nicht mehr tragbar. Nachfolger war nun offiziell Oberst Adam, auch antideutsch eingestellt aber zumindest ein "*unbeschriebenes Blatt*" für die Deutschen. (Vgl. Schirra, 1961: 42f.)

2.13.4 Reaktion der österreichischen Nationalsozialisten

Die österreichischen Nationalsozialisten waren durch das Abkommen verunsichert und reagierten sehr unterschiedlich. Es fiel dem Großteil der Parteimitglieder schwer, dieses als notwendig für Hitlers Anschlusskonzept anzusehen, und die radikalen Nationalsozialisten zeigten offen ihre Enttäuschung über den "*faulen Frieden*" (Carsten, 1977: 275). (Vgl. Volsansky, 2001: 39f.) Obwohl Schuschnigg rund 17.000 Nationalsozialisten begnadigte, war Orientierungslosigkeit in der österreichischen NSDAP vorherrschend. Doch als sie Nachrichten aus Deutschland erreichten, die ganz andere Interpretationen des Vertrages zuließen, fuhren sie mit ihren Propaganda- und Störaktionen fort (vgl. Hochverratsprozeß, 1947: 192). Um die österreichischen Nationalsozialisten zu beruhigen, ließ sich Hitler am 16. Juli 1936 vor ein paar österreichischen Parteigenossen zu einer Aussage hinreißen, die deutlich zeigt, wie er zum Abkommen stand (vgl. Schausberger, 1979: 356):

"*Meine außenpolitischen Aktionen vertragen die Belastung mit Österreich nicht (...). Die deutsche Wehrmacht muss die stärkste Wehrmacht der Welt werden. (...). Ich brauche noch 2 Jahre, um Politik machen zu können. Solange hat die Partei in Österreich Disziplin zu bewahren. Sie hat sich zu fügen, sie hat mit allen Mitteln Politik zu machen und auf dem Boden der Tatsachen zu stehen. (...). Ich bin ja der*

treue Eckard Österreichs (...) hier stehe ich, und werde Euch nicht verlassen".(IMT, 1949[34]: 16f).

Nach der Begegnung mit Hitler war den beiden österreichischen Nationalsozialisten klar, sie mussten "*mit äußerster Disziplin*" (IMT, 1949[34]: 17) die außenpolitischen Ziele des Reiches stützen, und zwar durch ihre Aktion im Inneren. Denn *"[s]tören wir die Politik des Reiches*, *dann stören wir die Aufrüstung des Reiches (...)*" (IMT, 1949[34]: 17). (Vgl. IMT, 1949[34]: 17.)

Was man in Deutschland wirklich vom Abkommen hielt, zeigt auch der Bericht des österreichischen Gesandten Stefan Tauschitz in Berlin, der mitteilte, dass Goebbels bei der Pressekonferenz am 11. Juli um 20.30 Uhr erklärt hatte, dass das Übereinkommen zwischen Österreich und Deutschland nichts ändere: "*Der Kampf der Partei gegen Österreich gehe weiter*" (Hochverratsprozeß, 1947: 128). Ein paar Tage danach hatte Goebbels das Gentlemen-Agreement als "*Voraussetzung für einen 30. Januar 1933 in Österreich*" bezeichnet (Hochverratsprozeß, 1947: 487). (Vgl. Schausberger, 1979: 356.)

3. Situation der Presse in der Zwischenkriegszeit

Als im Herbst 1918 die Monarchie der Habsburger zerfiel, mehrten sich auch die Probleme, die die Existenz der österreichischen Presse bedrohten. Zunächst blieben aber fast alle Zeitungen und ihre herkömmlichen Titel erhalten - es kam zu keiner Zerstörung der traditionellen österreichischen Pressestruktur, erst in den darauffolgenden Jahren zeigte sich ein deutlicher Strukturwechsel. Bereits im ersten Weltkrieg hatte die Presse mit großen Problemen zu kämpfen. Als 1914 die Männer für den Krieg mobilisiert wurden, gab es folglich immer weniger Druckereiarbeiter und Redakteure. Zum Kampf um das Personal kam für die Redaktionen der Kampf gegen die Zensur - manche Blätter wurden mit dem Einstellen bedroht und immer wieder erschienen Zeitungen mit weißen Flecken oder gar ganz leeren Seiten. Der erste Weltkrieg war andererseits die Zeit, in der die meisten Zeitungen einen starken Anstieg ihrer Auflage verbuchen konnten - schließlich waren sie die einzigen Informationsmedien, die aktuell über den Kriegsverlauf berichteten. Trotz dieser - für die Zeitungen - positiven Aspekte brachte es Probleme mit sich. Sie hatten bei der Herstellung mit Engpässen in der Papierversorgung und dem Mangel an Kohle, Gas und Strom zu kämpfen und mussten immer wieder die Preise erhöhen und den Umfang einschränken. (Vgl. Csoklich, 1983: 715f.)

Am 30.10.1918 wurde von der Provisorischen Nationalversammlung Deutsch-Österreichs der Beschluss gefasst, dass jede Zensur dem Grundrecht des Staatsbürgers widerspreche und daher aufgehoben werde. Somit war die volle "Freiheit der Presse" wieder hergestellt. (Vgl. StGBl. 30.10.1918[69], zit. nach Jagschitz, 1983: 43.)

Der Zusammenbruch der Monarchie verstärkte allerdings die wirtschaftlichen Probleme der Zeitungen. Dazu kam, dass die Redaktionen in die oft gewaltsamen Auseinandersetzungen der Innenpolitik hineingerieten. (Vgl. Csoklich, 1983: 716f.) Bereits am Gründungstag der Republik, dem 12.11.1918, besetzten Männer der Roten Garde das Gebäude der "Neuen Freien Presse". Dies geschah zeitgleich mit dem Tumult vor dem Parlament. Die Kommunisten hatten dort währenddessen das weiße Mittelstück der neuen Fahnen herausgerissen und versucht, eine Räterepublik zu erzwingen. Aus der Redaktion der "Neuen Freien Presse" sollten nach dem Gelingen der

[69] Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich Nr. 3 vom 30. 10. 1918.

Revolution die Siegesmeldungen gedruckt werden. Doch obwohl der Putschversuch scheiterte, konnten die Besetzer erst nach längeren Verhandlungen zum Abzug gebracht werden. (Vgl. Goldinger, 1977: 44 sowie vgl. Weissensteiner, 1989: 10.) In ganz Österreich gab es nach dem Krieg Drohungen und vorübergehende tatsächliche Besetzungen von Redaktionen, manche bekamen zum Schutz sogar eine eigene Polizeiwache. (Vgl. Funder, 1953: 631 sowie vgl. Csoklich, 1983:716.) Durch den Friedensvertrag von St Germain und der daraus resultierenden neuen Grenzziehung verloren die österreichischen Zeitungen die deutschsprachigen Absatzgebiete im nunmehrigen Ausland - ein weiteres Erschwernis neben den wirtschaftlichen und innenpolitischen Problemen. So hatte die Wiener Presse mit den neuen Grenzen zu Böhmen, Mähren und Ungarn zu kämpfen, die steirischen Zeitungen hatten ihre Ausgaben bisher bis nach Triest geschickt und waren nun auf ein viel geringeres Gebiet beschränkt und auch die Tiroler Presse musste um ihre Leser in Südtirol bangen. Nur die renommierten, international bekannten Wiener Blätter, u.a. die "Neue Freie Presse", die "Reichspost" oder das "Neue Wiener Tagblatt" fand man weiterhin in Kaffeehäusern in Prag, Agram oder Budapest. Der Journalist und Autor Kurt Skalnik nennt eine gewisse Blatttreue als charakteristisch für Österreich. So blieben auch nach der neuen Grenzziehung einige der ehemaligen Offiziere und Beamten der Monarchie "ihrem" Blatt treu, obwohl sie nun in einem anderen Land lebten[70]. (Vgl. Skalnik, 1964: 13 sowie vgl. Csoklich, 1983: 716.)

Jagschitz berichtet sogar von einer auffallenden Vielfalt der Presse zu dieser Zeit - allerdings auch von einem deutlichen Übergewicht der Wiener Presse im Vergleich zu den Bundesländern (siehe unten). (Vgl. Jagschitz, 1983: 46.) Besonders die liberale Presse in Wien konnte den radikalen politischen Veränderungen zu Beginn trotzen. Sie behielt ihre prägende Position und die inhaltliche Bedeutung auch noch als die liberale politische Bewegung bedeutungslos wurde. (Vgl. Skalnik, 1964: 13 sowie vgl. Csoklich, 1983: 717.) Die "Neue Freie Presse" hatte den Ruf, eine führende, international beachtete Zeitung zu sein - diesen konnte sie erfolgreich verteidigen. Auch das "Neue Wiener Tagblatt" blieb weiterhin das Blatt mit dem reichhaltigsten Anzeigenteil. Immer

[70] Trotzdem hatte auch die "Neue Freie Presse" mit dem Wegfallen einiger deutschsprachiger Gebiete zu kämpfen. Siehe Kapitel 3.6.

mehr an Bedeutung gewannen die beiden Zeitungen der größten politischen Parteien in Österreich, die "Arbeiter-Zeitung" (Sozialdemokratische Partei) und die "Reichspost" (Christlichsoziale Partei). Die scharfen Auseinandersetzungen dieser beiden Zeitungen zeigten, wie groß auch die Differenzen der beiden Parteien nach dem Bruch der Koalition 1920 waren. (Vgl. Csoklich, 1983: 717.)

3.1 Charakteristika der Presse in der Ersten Republik

Die gespannten Verhältnisse in der Politik führten zu einer Änderung der inhaltlichen Gestaltung der österreichischen Presse. Das Feuilleton musste von der ersten Seite weichen; Leitartikel, Glosse und Kommentar wurden in jeder Form aufgewertet und der Umfang des Nachrichtenteils im Verhältnis zur gesamten Zeitung erheblich ausgedehnt. Jedoch zog man immer mehr Agenturberichte heran, wodurch der Anteil der eigenen Berichte zurückging und die individuelle Note der einzelnen Blätter in Gefahr war. (Vgl. Csoklich, 1983: 717.) Teile der Leser wanderten zu den Wochenzeitungen ab. Als Grund nennt Paupié neben wirtschaftlichen Ursachen auch eine zu starke "*Verpolitisierung der Tageszeitungen*" (Paupié, 1962: 167).

Mit der Aufhebung des Kolportageverbots zeigten sich 1922 weitere Veränderungen in der Presselandschaft. Die Zeitungen durften zwar "*auf der Straße*" und "*an anderen öffentlichen Orten vertrieben*", jedoch "*nur mit ihrem Namen ausgerufen werden*" (BGBl. 218, 7.4. 1922: §9). Daher versuchte man, die Schlagzeilen möglichst auffällig und reißerisch zu gestalten. In Wien entstand so eine eigene Art der sensationell aufgemachten Boulevardpresse, die ihre Themen nicht immer geschmackvoll wählte und um den Absatz zu steigern sogar Schlagzeilen bot, die mit dem Folgetext nichts zu tun hatten. Doch sie trugen auch zur Auflockerung des zeitungstypologischen Bildes bei: Zwischentitel wurden eingeführt, wesentliche Stellen durch kursiv- oder Fettdruck hervorgehoben, Bildberichte wurden in Textzeitungen aufgenommen, usw. Einigen dieser Boulevardblätter wurde nachgesagt, sie seien vom tschechoslowakischen Außenministerium finanziert worden. Der Prager Orbis-Verlag, den die tschechische Regierung in der Hand hatte, war zu einem Drittel am Wiener Verlag Vernay beteiligt. Zusätzlich versuchten sich Deutschland und Italien in die Pressepolitik des eigentlich unabhängigen Staates einzumischen[71]. (Vgl. Paupié, 1962: 170 sowie vgl. Csoklich, 1983: 718.)

Während Kurt Paupié (vgl. 1962: 168) die politische Presse dieser Zeit in Regierungspresse, Großpresse, Parteipresse, Lokalpresse, Boulevardpresse und

[71] Zu Einmischungen aus dem Ausland in die österreichische Pressepolitik siehe auch Kapitel 3.2.

Montagspresse teilt, unterscheidet Gerhard Jagschitz (1983: 43f) zwei Typen - nämlich alt und neu:

- Alt: Die niveauvollen, seriösen Zeitungen, die sich nicht am allgemeinen Geschmack orientierten. Sie reichten oft noch weit in die Monarchie zurück und waren dadurch immer noch an einen geistigen Imperialismus gebunden, der die neue "*Kleinheit des Staates*" nicht zur Kenntnis nahm. Aus diesem Grund waren sie laut Jagschitz entscheidend an der "*österreichischen Selbstüberschätzung*" beteiligt. Zu diesen Blättern zählten die "*alten liberalen Flaggschiffe*": die "Neue Freie Presse", das "Neue Wiener Tagblatt", die "Grazer Tagespost" und die Parteipresse, die aufgrund der starken Politisierung dieser Zeit in ihrer Bedeutung stieg. (Vgl. Jagschitz, 1983: 43f.)
- Neu: Die meist erst nach 1918 gegründeten "republikanischen" Blätter, die ständig Sensation anboten und im Eigentlichen unpolitisch waren. Sie vermittelten eine Aufbruchsstimmung und widerspiegelten die "*Lebensgier der Zwanzigerjahre*".

  Jagschitz zählt dazu sowohl die oben bereits genannte Boulevardpresse, als auch die größtenteils politische "*kämpferische Presse*" - wie zum Beispiel die kommunistische "Rote Fahne" und die nationalsozialistische "Deutschösterreichische Tageszeitung". (Vgl. Jagschitz, 1983: 44.)

Eine weitere Trennung ergibt sich aus den latenten Gegensätzen zwischen dem "roten Wien" und den "schwarzen Ländern". Die Tageszeitungen vom "Wasserkopf Wien" waren den übrigen Bundesländern weit überlegen - was die Antipathie gegen die Stadt verstärkte. Alle Zeitungen der Bundesländer zusammen erreichten nicht einmal ein Drittel der Auflage der Wiener Presse, obwohl es teilweise einen Anstieg an Neugründungen von bis zu 133% in den Bundesländern gab. Csoklich (1983: 720) schreibt, der Ausgangspunkt der Bundesländerpresse im Vergleich zur Wiener Presse blieb "*von vornherein abgeschlagen - in qualitativer und quantitativer Hinsicht*". So schaffte es kein einziges Blatt aus einem der Bundesländer, während der Ersten Republik, über "*die Landesgrenzen hinweg auch nur annäherungsweise gesamtösterreichische Beachtung zu gewinnen*" (Csoklich, 1983: 720). (Vgl. Csoklich, 1983: 720.)

Die Wiener Blätter ließen sich auch aufgrund ihres Formates unterscheiden. Das Kleinformat war populär geworden und dominierte die Auflagenzahlen in Wien. Die "Kronenzeitung" (190.000 Exemplare an Wochentagen im Jahr 1925) und die "Kleine Volkszeitung" (160.000 Exemplare) führten die Liste an, die Zahlen der großformatigen Boulevardblätter fielen dagegen relativ bescheiden aus (Der "Abend" sowie der "Morgen" 100.000, die "Stunde" 50.000 Exemplare). Und die seriöse liberale Presse kam nicht an die 100.000 heran ("Neue Freie Presse" 75.000, "Neues Wiener Tagblatt" 55.000) - wogegen allerdings die "Arbeiter-Zeitung" der Sozialdemokraten 112.000 Exemplare erreichte. (ALA-Zeitungskatalog, 1925/30[72], zit. nach Csoklich, 1983: 719f.)

Eine weitere Charakteristik der Presse in der Ersten Republik ist die Schärfe und Härte des publizistischen Tonfalls. Zurückzuführen auf die starken innenpolitischen Auseinandersetzungen waren die Polemiken der Presse national bedeutend. Die Leitartikel dieser Zeit hatten politische Sprengkraft, wie zum Beispiel der Umgang des Chefredakteurs Friedrich Austerlitz mit dem Urteil im Schattendorfer Prozess in der "Arbeiter-Zeitung" beweist[73]. Immer noch hatte die Presse das Informationsmonopol und war - abgesehen von der Boulevardpresse - eine "*bedeutende ethische und moralische Komponente*" (Jagschitz, 1983: 45). Die Sozialdemokraten hatten die Gefahr der konservativ-bürgerlichen Blätter schon früh erkannt und erwirkten über die (sozialdemokratisch dominierte) Wiener Gemeindeverwaltung Ende 1923 eine Inseratensteuer. Diese forderte 5% aller Kleinanzeigen, wobei sich der Steuersatz auf bis zu 35% je nach Anzeigeneinkünften erhöhen konnte. Damit traf sie vorrangig die finanzstarken liberalen Blätter. (Vgl. Csoklich, 1983: 723 sowie vgl. Jagschitz, 1983: 45.)

Als die Christlichsozialen ab 1927 intensiv begannen, sich mit der Idee eines Ständestaates zu befassen, zogen auch die katholischen Zeitungen mit. Zu der Zeit waren nicht nur deutschnationale Kreise der Meinung, "*Pressefreiheit führe allzu leicht zur Pressefrechheit*", sondern auch die katholischen Blätter - einschließlich der christlichsozialen "Reichspost". Damit verbanden sie die Tatsache, dass vor allem viele Mitarbeiter der liberalen Großpresse und der Boulevardblätter in Wien jüdisch waren.

[72] Alle Auflagenziffern aus dem ALA-Zeitungskatalog (1925)/(1930). Berlin: Haasenstein & Vogler.
[73] Siehe Kapitel 2.4.

Dies gab den neuen Anstoß für den "*stark emotionell gefärbten*" Antisemitismus, der in diesen Zeitungen gepflegt wurde. (Vgl. Csoklich, 1983: 724.)

3.2 Einflüsse von außen auf die österreichische Pressepolitik

Man darf die Situation der Presse in Österreich nicht nur mit der Innenpolitik in Verbindung bringen - auch andere Länder, wie Frankreich, die Tschechoslowakei, Italien und das Deutsche Reich, hatten Interesse daran, ihre politischen Vorhaben in Österreich mit Hilfe der Presse abzusichern. Diese Zusammenhänge sind jedoch noch nicht ausreichend erforscht, sodass diese politischen Abhängigkeiten in der österreichischen Presse nur gestreift werden können. Gerhard Jagschitz (vgl. 1983: 46ff) konnte zu diesem Thema einige Informationen zusammentragen:

- **Frankreich** stellte bereits kurz nach dem Krieg einen Nachrichtendienst für Österreich her, der von der Schweiz aus vor allem liberale und christlichsoziale Zeitungen anwarb (vgl. Röglsperger, 1973: 60[74], zit. nach Jagschitz, 1983: 47). Ziel war es, die Propaganda für einen Anschluss an Deutschland abzuwehren, einen möglichen Einfluss von Italien zurückzudrängen und eine allgemein positive Stimmung für die Friedensverträge herzustellen. (Vgl. Jagschitz, 1983: 47.)
- Der **Tschechoslowakei** war daran gelegen, durch die Beeinflussung der österreichischen Presse, Österreich vom Deutschen Reich zu isolieren, eine Wiederherstellung des Hauses Habsburg zu verhindern und eine mitteleuropäische Wirtschaftseinheit zu begünstigen. Der Einfluss auf Wiener Zeitungen gelang ihr mit Hilfe des Prager Orbis-Verlags, der im Besitz der tschechoslowakischen Regierung war und sich an Druckerei- und Verlagsunternehmen in Wien beteiligte[75] (vgl. Paupié, 1960: 44, 180f) sowie durch den Elbemühl-Konzern, von dem ein Teil nach dem Weltkrieg auf tschechoslowakischem Territorium verblieb. Ab 1927 wurden die tschechoslowakischen Verlagsinteressen in Österreich teilweise von der österreichischen Regierung übernommen. (Vgl. Jagschitz, 1983: 47f.)

[74] Rögelsperger, Helga (1973): Die Politik Frankreichs gegenüber Österreich von 1918 - 1922. Wien: Phil. Diss.
[75] U.a. die Boulevardblätter "Der Tag" und "Der Morgen" standen dadurch zeitweise unter tschechoslowakischer Kontrolle.

- Nachdem sich Frankreich zurückgezogen hatte, wirkte **Italien** mit der Unterstützung der Heimwehr verstärkt in Österreich. Die Heimwehr gründete 1933 mit italienischem Kapital den "*Vaterländischen Pressverein*", der das Gegengewicht zu den Zeitungen darstellen sollte, die nationalsozialistisch beeinflusst waren. (Vgl. Rosar, 1971: 55f[76], zit. nach Jagschitz, 1983: 48.)

Der für die österreichische Presse bedeutsamste ausländische Einfluss kam jedoch aus dem **Deutschen Reich**. Lange vor Hitler war es schon ein geheimes, aber definiertes Ziel der Weimarer Republik, die Verbindung Österreichs mit dem Reich zu stärken und eine Revision der Friedensverträge von Versailles und St. Germain zu erreichen. Außerdem war es Ziel der Weimarer Republik, durch eine Annexion Österreichs ihren Einflussbereich auf Südosteuropa zu stärken. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 54 sowie vgl. Jagschitz, 1983: 48.)

Aus diesem Grund versuchte man, die österreichische Wirtschaft mit deutschem Kapital zu durchdringen, die österreichische Politik permanent zu beeinflussen und einzelne österreichische Politiker zu korrumpieren. Natürlich war es dabei auch hilfreich, die öffentliche Meinung auf der Seite dieser Anschluss-Politik zu haben. Es wirkten "*private Anschlussinteressen mit gezielten politischen Maßnahmen der deutschen Regierung*" (Jagschitz, 1983: 48) zusammen, um sich des gemeinsamen Vorhabens in Österreich abzusichern. (Vgl. Jagschitz, 1983: 48 sowie vgl. Beutl, 2001 [b]: 54.)

So wurde noch vor Kriegsende, im März 1918 die "Österreichische Anzeigen GmbH" in Wien mit einem Kapital von 200.000 Kronen ins Leben gerufen (vgl. Herrmann, 1938: 28 sowie Jagschitz, 1983: 48) Gründer war der mächtige deutsche Großindustrielle und Steigbügelhalter Hitlers: Alfred Hugenberg. Er kaufte fast alle wichtigen Annoncenbüros in Wien, um eine Monopolstellung zu erreichen und so das Wiener Anzeigengeschäft zu kontrollieren. (Vgl. Guratzsch, 1974: 219 sowie vgl. Jagschitz, 1983: 48.)

Während der starken österreichischen Anschlussbewegung zwischen 1919 und 1921 und den Abstimmungen dazu in Tirol, ist auch von publizistischer Seite eine starke Tendenz zu bemerken. Man wollte das Anschlussverbot des Vertrages von St. Germain umgehen und nahm sich dabei auch die Presse zu Hilfe. Jagschitz (vgl. 1983: 48) spricht von

[76] Rosar, Wolfgang (1971): Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluß. Wien.

erheblichen Geldmitteln, die zu diesem Zweck geheim nach Österreich überwiesen wurden. Begünstigt wurde dabei besonders das großdeutsche Wochenblatt "Alpenland", das eine führende Rolle bei der Werbung für einen Anschluss an das Deutsche Reich übernahm (vgl. Kerekes, 1979: 289). (Vgl. Jagschitz, 1983: 48f sowie vgl. Beutl, 2001[b]: 54.)

Deutsche Banken gründeten Geldinstitute in Österreich oder beteiligten sich an Kapitalinvestitionen, sodass sich die Kapitalmärkte stark verflechten konnten und die Möglichkeiten für deutsche Infiltrationsversuche offen waren (vgl. Schausberger, 1979: 104f): "*Die deutsche Strategie war unverkennbar: Unter Ausnützung der wirtschaftlichen Lage die gesinnungsmäßige Unterhöhlung der Alpenrepublik so voranzutreiben, daß bei günstigen politischen Verhältnissen die Anschlußpläne offen realisiert werden konnten*." (Schausberger, 1979: 105).

Dieses Vorhaben unterstützte auch der Schwerindustrielle Hugo Stinnes, der große Summen aufwandte, um vor allem Zeitungen in Österreich zu kaufen oder sie dazu zu bringen, deutschfreundlich zu schreiben (vgl. Kerekes, 1979: 248). Jagschitz (vgl. 1983: 49) sieht dies als wichtigen Grund für die überragenden Abstimmungserfolge 1921 in Tirol (etwa 90%) und Salzburg für einen Anschluss an das Deutsche Reich. Nur durch den Druck der Entente wurden Abstimmungen in anderen Bundesländern verhindert. Dieser Misserfolg führte dazu, dass die deutsche Regierung in den nächsten Jahren ihren Einfluss auf die österreichische Presse weiter verstärkte, um die Presselandschaft manipulieren zu können. Zur Erreichung des Zieles einer "*ausgesprochen deutschfreundlichen Presse*" in Österreich, die als "*Mittel zur Stärkung dieses äußersten Vorpostens des Reiches*" (Jedlicka, 1969: 100f[77], zit. nach Jagschitz, 1983: 49) funktionieren sollte, setzte man zwei Maßnahmen: Zum einen finanzierte die deutsche Regierung Zeitungen zum Teil oder kaufte sie direkt auf. Zum anderen wurden von deutschen Anschlussvereinigungen österreichische Presseorgane gegründet oder beeinflusst. Ein weiterer bekannter Name in diesem Zusammenhang ist der Reichsdeutsche Heinrich Claß, Präsident des Alldeutschen Verbandes. (Vgl. . Jagschitz, 1983: 49 sowie vgl. Beutl, 2001[b]: 54.) Er nannte die "Deutschösterreichische Tages-Zeitung" sein Eigen und konnte sie so in die Richtung der deutschen Interessen leiten. Da

[77] Jedlicka, Ludwig (1969): Ende und Anfang. Österreich 1918/1919. Wien und die Bundesländer. Salzburg.

die "Dötz" bis 1926 die offizielle Zeitung der österreichischen Großdeutschen Volkspartei war, hatte er damit auch Einfluss auf die deutschnationale Politik in Österreich. (Vgl. Ackerl, 1967: 109.)

Auch die großdeutschen "*Wiener Neuesten Nachrichten"*, die bereits kurz nach ihrer Gründung 1925 in finanzielle Schwierigkeiten gerieten, wurden vom Deutschen Reich unterstützt und somit auch kontrolliert (vgl. Beutl, 2001[b]: 55): Die Zeitung wurde eigentlich von der Großdeutschen Partei mit dem Vorhaben gekauft, sich von der "*völkischen Linie der ´Deutschösterreichischen Tageszeitung´ lösen zu können*" (Jagschitz, 1983: 50). Dies unterstützte der christlichsoziale Bundeskanzler Ramek mit einem Zentralbank-Darlehen, das die Zeitung jedoch nicht zurückzahlen konnte. Sie beanspruchte zusätzlich den Dispositionsfonds des deutschen Außenministeriums. Als die Zentralbank 1926 einer Untersuchung unterzogen wurde, sorgte sich Ramek, dass diese fragwürdige Transaktion ans Tageslicht kommen könnte und bat den deutschen Außenminister, das Geld zu ersetzen - was dieser allerdings aufgrund der Ausreizung seines Dispositionsfonds auch nicht konnte. (Vgl. AdAP, 1968: 333ff.) Die "Anlage -und Verwaltungsunion Zürich", die auch vom deutschen Auswärtigen Amt kontrolliert wurde, sprang ein und übernahm die Mehrheitsanteile (vgl. Stuhlpfarrer/Steurer, 1975: 49[78], zit. nach Jagschitz, 1983: 50). So konnte der deutsche Einfluss auf das Blatt bis 1930 gewahrt bzw. noch vergrößert werden, wo ein Vertrauter des ehemaligen Bundeskanzlers Schober die Hälfte des Aktienkapitals erwarb. Die deutsche Kontrolle blieb trotzdem aufrecht. Zu diesem Zeitpunkt waren die "Wiener Neuesten Nachrichten" allerdings nicht mehr das offizielle Blatt der Großdeutschen Volkspartei. Dollfuß ließ sie "*im Zuge der politischen Kampfmaßnahmen gegen den reichsdeutschen Einfluß*" (Jagschitz, 1983: 50) beschlagnahmen - ein Verbot konnte jedoch verhindert werden. Noch vor dem "Anschluss" Österreichs wurde sie an das Auslandspressebüro des Reichspropagandaministeriums veräußert (vgl. Stuhlpfarrer/Steurer, 1975[79]: 50, zit. nach Jagschitz, 1983: 50) und im März 1938 gleichgeschaltet. (Vgl. Jagschitz, 1983: 50.)

[78] Stuhlpfarrer, Karl/ Steurer, Leopold: Die Ossa in Österreich. In: Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938. Wien.
[79] Ebenda.

Zwei weitere Beispiele für den Einfluss des Deutschen Reiches auf die österreichische Presse sind die beiden Blätter "Der Anschluß "und "Deutsche Einheit". Der "Anschluß" wurde 1927 als Organ des Österreichisch-Deutschen Volksbundes mit deutschem Geld gegründet, um den Anschlussgedanken zu fördern. In diesem Blatt publizierten auch deutschnational eingestellte Vertreter der beiden großen Parteien Österreichs. Der Österreichisch-Deutsche Volksbund konnte bis Ende 1932 eine beträchtliche Anzahl an Mitgliedern anwerben. Während man sich dabei auf die Politik konzentrierte, unterstützte und forcierte die Österreichisch-Deutsche Arbeitsgemeinschaft mit ihrem Organ "Deutsche Einheit" wirtschaftliche und juristische Aspekte der Angleichungspolitik. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 54f.) Nicht einmal die christlichsoziale "Reichspost" war vor den Versuchen der deutschen Infiltrierungspolitik sicher. Die Zeitung war Organ der Regierungspartei und Sammelpunkt der Anschlussgegner, trotzdem bot ihr das Deutsche Auswärtige Amt 1926 100.000 Reichsmark für eine anschlussfreundlichere Schreibweise. (Vgl. AdAP, 1968: 73f[80] sowie vgl. Jagschitz, 1983: 51)

> "*Wenn durch eine verschleierte Kapitalbeteiligung ein Einfluß auf die Reichspost gesichert werden könnte, so könnte dieser vor allem auch in der Richtung ausgenutzt werden, daß die Reichspost ihre Anschlußgegnerschaft und ihre oft unsympathische Haltung Deutschland gegenüber allmählich aufgibt.*" (AdAP, 1968: 74).

Die "Reichspost" nahm das Geld, behielt jedoch ihre bisherige Linie bei - das Geld war für den Auftraggeber verloren (vgl. Jagschitz, 1983: 51).

Auch eine Erwähnung wert ist die Zeitung "Freiheit". Sie war gegen Ende der 1920er-Jahre wegen Unterstützungszahlungen aus Italien italo-faschistisch. Als die italienische Unterstützung nachließ, wurde aus der "Freiheit" ein "*Heimwehrblatt mit monarchistischer Färbung und starker antideutscher Tendenz*". Trotzdem druckte man sie in der "Österreichischen Druck- und Verlagsgesellschaft", die durch reichsdeutsches Geld gegründet und immer noch kontrolliert wurde (Vgl. Rosar, 1971: 55[81], zit. nach Jagschitz, 1983: 51). So finanzierten die Gelder des Deutschen Reiches bis 1932 kurioser

[80] Aufzeichnung des Legationsrats Wolf, 23. Januar 1926.
[81] Rosar, Wolfgang (1971): Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluß. Wien.

Weise ein antideutsches Blatt - 1932 wurde es abgestoßen und von einer legitimistischen Heimwehrgruppe übernommen. (Vgl. Jagschitz, 1983: 51)

Es gab zwei Formen, wie die deutsche Regierung auf die österreichische Presse einzuwirken versuchte: Entweder sie bediente sich der Handelsgesellschaften, die vom Deutschen Auswärtigen Amt kontrolliert wurden und versuchten, so indirekt Österreich wirtschaftlich zu durchdringen[82] (vgl. Stuhlpfarrer/Steurer 1975: 36[83], zit. nach Jagschitz, 1983: 49) oder sie verwendete den "Dispositionsfonds" des deutschen Außenministers. In den Monaten vor Juli 1926 wurden von diesem zum Beispiel etwa eine 3/4 Million Mark für Zeitungszuschüsse und Zeitungskäufe in Österreich ausgegeben und der deutsche Reichsaußenminister Stresemann schlug vor, den Fonds noch zu erhöhen, mit der Begründung, deutsche Zeitungen in Österreich zu unterstützen (Vgl. AdAP, 1968: 335). (Vgl. Jagschitz, 1983: 49.) Anfang der 1930er-Jahre wurden die finanziellen Zuwendungen des Deutschen Reiches wegen fehlender Erfolge geringer und man gab das Konzept eines vom Deutschen Reich kontrollierten Pressekonzerns auf - die selbstständige Führung von Zeitungen war ihm laut Jagschitz (vgl. 1983: 51) zu teuer und die gescheiterte Zollunion von 1931 hatte Eindruck hinterlassen. Man konzentrierte sich lieber auf die Bereitstellung von Pressekorrespondenzen, direkte Zahlungen an Zeitungen für das Abdrucken bestimmter Meldungen und Artikel oder Zuwendungen an Journalisten, um den Anschlussgedanken weiter zu propagieren. (Vgl. Jagschitz, 1983: 51f sowie vgl. Beutl, 2001[b]: 55.)

Nach der Ermordung Dollfuß´ 1934 setzte der nach Österreich gesandte, doppelzüngige deutsche Sonderbotschafter Franz von Papen beträchtliche Geldmittel ein, um die Disziplin der direkten Geldzuwendungen zu perfektionieren und so "*den publizistischen Zusammenbruch einer österreichischen Abwehr gegen Deutschland* " (Jagschitz, 1983: 52) zu erreichen. (Vgl. Jagschitz, 1983: 52.)

Als im Jänner 1935 Italien und Frankreich einen Konsultativpakt abschlossen, "*der beide Staaten verpflichtete, einander im Falle einer Bedrohung der österreichischen*

[82] z.B. mit der Ossa-Vermittlungs- und Handelsgesellschaft
[83] Stuhlpfarrer, Karl/ Steurer, Leopold: Die Ossa in Österreich. In: Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938. Wien.

Unabhängigkeit über zu ergreifende Maßnahmen zu konsultieren" (Schausberger, 1979: 326), legte Deutschland Richtlinien für die Österreich-Politik der nächsten Zeit fest. Es musste "*alles vermieden werden, was den Anschein erwecken könnte, Deutschland wolle sich in die innenpolitischen Angelegenheiten Österreichs einmischen*." (IMT, 1949[28]: 270f sowie Schausberger, 1979: 327.) Daher ordnete Goebbels - nach einem Vorschlag von Papens - an, das Österreich-Thema in der deutschen Presse vollkommen totzuschweigen. So wollte man vermeiden, dass es weitere Anlässe für Garantie-Erklärungen für die österreichische Unabhängigkeit gab: (Vgl. Schausberger, 1979: 327.) "*Diese Anweisung ergeht von höchster Reichsstelle. Österreich existiert für die deutsche Presse in nächster Zeit nicht!*" (BAK, 1935[84], zit. nach Schausberger, 1979: 327.) Bereits im April 1935 war von dieser Weisung jedoch keine Rede mehr und die Propaganda der deutschen Blätter gegen Österreich führte sich allmählich fort. Man bezeichnete Österreich als Völkerbundkolonie, Provinz Italiens oder als französisches Protektorat - vermutlich nicht ohne Effekt auf die Leser: "*Der unter dem Eindruck dieses Propagandabildes stehende Leser mußte zweifellos zu der Erkenntnis gelangen, daß Österreich allein durch einen Anschluß an Deutschland vor einer weiteren ´Versklavung durch das Ausland´ bewahrt werden könne*." (Koerner, 1956: 147[85], zit. nach Schausberger, 1979: 332) (Vgl. Schausberger, 1979: 332)

3.2.1 Erstes Presseabkommen 1935

Das Vorhaben, die österreichische Presse mithilfe von Geldzuwendungen zu beeinflussen, wurde von Franz von Papen durchgehend fortgeführt. Immernoch wollte das Deutsche Reich aber den Eindruck erwecken, sich in der Österreichfrage zurückzuhalten (vgl. Koerner, 1958: 54ff, 96f[86], zit nach Spielhofer, 1992: 104). Zu dieser Strategie zählte auch das Ende August 1935 gemeinsam mit dem österreichischen Außenminister Baron Berger-Waldenegg geschlossene Abkommen über die Presse: Man wollte die Angriffe der Presse gegen das jeweils andere Land ausschalten und kam

[84] Bundesarchiv Koblenz, Sammlung Brammer: ZSg 101/5, Brammer fol. 1-210, Anweisung Nr. 1051, Vertrauliche Information vom 22.1.1935.
[85] Koerner, R. (1956): Die publizistische Behandlung der Österreichfrage und die Anschlußvorbereitungen in der Tagespresse des 3. Reiches. Münster: Diss.phil.
[86] Koerner, R. (1958): So haben sie es damals gemacht. Wien.

überein, dass "*dahin zu wirken sei, die Presse beider Länder zur Herstellung normaler Beziehungen mehr als bisher nutzbar zu machen*" (Hartlieb, 1939: 355 sowie Reichspost, 28.8.1935: 1). (Vgl. Wisshaupt, 1950: 53.)

Einerseits waren diese und die folgenden Vereinbarungen immer für das Deutsche Reich und Österreich gleich verpflichtend und erschienen dadurch vertretbar und gerecht, andererseits saßen die Deutschen immer am längeren Hebel: *"Dieses Presseabkommen war der erste politische Vertrag zwischen dem Dritten Reich und Österreich, wie alle seine Nachfolger, so hat auch er sich einseitig zum Schaden Österreichs ausgewirkt*."[87] (Huebmer, 1949: 90). So gab es freilich kein österreichfreundliches Blatt im 3. Reich, während in Österreich die NS-Anschlusspropaganda weiterhin finanziell unterstützt wurde. Gegenargumente, die über negative Seiten des Dritten Reichs aufklärten, waren von dem Zeitpunkt an in der österreichischen Presse verboten und so wurde der österreichischen Propaganda ein wichtiges Instrument im Kampf gegen den Anschluss genommen. (Vgl. Huebmer, 1949: 90.) Hitler hingegen hatte bereits im Herbst 1935 verkündet, dass dieses Abkommen sich nicht mehr in Kraft befinde (vgl. Eichstädt, 1955: 96) - so musste sich die österreichische Regierung mit einer Verschärfung des Verbreitungsverbots helfen.

[87] z.B. auch das Juliabkommen (Kapitel 2.13)

3.3 "Presse nach Ausschaltung des Parlaments 1933"

> "*Auf der Oberfläche betrachtet unterscheidet sich der Kontroll- und Repressionsapparat des "Ständestaates" mitsamt seinen speziellen Zensuradaptionen nur wenig vom Regulierungssystem früherer Tage. Vorlagepflicht (Vorzensur), Zensur, Beschlagnahme und Verbot sowie Nachrichtensteuerung mit Hilfe eines eigenen Propagandadienstes gehörten zu integralen Bestandteilen der austrofaschistischen Kommunikationskontrolle wie schon vorher in der Monarchie*." (Duchkowitsch, 2005: 358).

Bereits am 7. März 1933, drei Tage nach der Ausschaltung des Parlaments, wurde mithilfe des "Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes"[88] eine Presseverordnung herausgegeben, die als wirtschaftliche Schutzmaßnahme getarnt war und eine bedingte Vorzensur darstellte. (Vgl. Duchkowitsch, 2005: 358 sowie vgl. Jagschitz, 1983: 53) Bereits vier Monate davor, am 3. November 1932, hatte der damalige Justizminister Schuschnigg im Ministerrat erklärt, man müsse eine "*Präventivzensur*" sowie die "*Möglichkeit zur zeitweisen Einstellung einer Zeitung*" erwägen, wenn man "wirksame Schritte gegenüber der Presse" vornehmen wolle. Und dies bedürfe einer Verfassungsänderung. Man habe bereits untersucht, ob man das Ziel durch eine Notverordnung, die auf dem Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz basierte, erreichen könnte und ob man eine solche Verfügung als "*wirtschaftliche Maßnahme*" ansehen könne. (MRP, 1932: 31f[89] zit. nach Huemer, 1975: 236.) Anscheinend war man zwar zu diesem Zeitpunkt noch zu keinem positiven Ergebnis gekommen, doch die Parallelen zu der Presseverordnung vom 7. März sind eindeutig. So wollte man die vielzitierte "Zügellosigkeit der Presse", die an vielem Unheil der Ersten Republik schuld gewesen sei, in den Griff bekommen und gleichzeitig der Gefahr Herr werden, die der autoritären Regierung von Seiten der oppositionellen Presse drohte. (Vgl. Huemer, 1975: 236.) Die Regierung Dollfuß kämpfte nach Ausschaltung des Parlaments nicht nur gegen die oppositionelle Presse - es war ein Kampf gegen die Presse im Allgemeinen. Sofern

[88] Siehe Kapitel 2.5 Ausschaltung d. Parlaments.
[89] Ministerratsprotokoll Nr. 832 vom 3. November 1932.

die Blätter ihre Aufgaben einigermaßen erfüllten, kam das für die Regierung einem latenten Widerspruch gleich, den sie nicht dulden konnte - denn es bestand immerhin die Möglichkeit, dass auch "*aus eigenen Reihen Querschüsse abgefeuert würden*". (Vgl. Huemer, 1975: 235.)

Die Entfaltung der Presse Anfang der 1930er Jahre wurde von der Regierung Dollfuß offenbar gefürchtet. Zum Beispiel wuchs die nationalsozialistische Presse stark an und arbeitete direkt auf einen Umsturz hin und auch die Boulevardpresse wurde immer hemmungsloser. Bereits 1932 wurden immer öfter auch die Organe des Landbundes und die liberalen Blätter, auch die "Neue Freie Presse", konfisziert - nicht mehr nur die nationalsozialistischen, kommunistischen und sozialdemokratischen Zeitungen. (Vgl. Gulick, 1948[3]: 179f sowie vgl. Paupié, 1962: 172.)

Die in der Literatur als Vorzensur bezeichnete Presseverordnung vom 7. März 1933 gilt als Beginn weiterer "Notverordnungen", die (vor allem) die gegnerische Presse kontrollieren und unterdrücken sollten. (Vgl. Duchkowitsch, 2005: 358 sowie vgl. Jagschitz, 1983: 53) So mussten Blätter, die bereits einmal beschlagnahmt worden waren, ihre Pflichtstücke der Zeitungen zwei Stunden vor Beginn der Verbreitung den Behörden vorlegen (vgl. BGBl. 41, 7.3.1933: §1). Dies wurde in erster Linie angeordnet, wenn man der Meinung war, dass "*durch Verletzung des vaterländischen, religiösen oder sittlichen Empfindens eine Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit (...)*" (BGBl. 41, 7.3.1933: §3) vorlag. Da jedoch diese Formulierung recht dehnbar war, gestaltete es sich für die Regierung als recht einfach, die Vorzensur über missliebige Zeitungen zu verhängen (vgl. Paupié, 1960: 47). Natürlich versuchte sie dabei, den Schein zu wahren und das durch die Verfassung festgelegte Verbot einer Zensur nach außen hin zu respektieren. (Vgl. Jagschitz, 1983: 53.)

Als erste Zeitung wurde bereits am 13. März 1933 die "Rote Fahne" unter Vorzensur gestellt. Darauf folgten die "Arbeiter-Zeitung" und "Das kleine Blatt" am 24. März 1933 und am 4. April die "Deutsch-Österreichische Tageszeitung " der Nationalsozialisten. Aus Protest gegen diese Verordnung im Allgemeinen und die Vorzensur der beiden sozialdemokratischen Blätter im Besonderen streikte am Abend des 24. März das gesamte technische Personal der Wiener Druckereien - was allerdings keinen Erfolg brachte. Zwar erschienen am 25. März nur die "Neue Zeitung" und ein Heimwehrwochenblatt pünktlich und der Großteil der Blätter gar nicht, am 26. März war

allerdings alles wieder beim Alten. (Vgl. Paupié, 1960: 47.) Die Nationalsozialisten griffen zum Schutz ihrer Blätter zu einer weitaus effektiveren Methode, die Verordnung zu umgehen: Sie stellten einzelne gefährdete Blätter ein, um sie dann unter einem anderen Titel wiederzubeleben. Doch diese List währte nicht lange. Schon am 10. April verschärfte Dollfuß die Bestimmungen weiter, um diesen Methoden gegenzusteuern und die Möglichkeiten der Durchsetzung der Verordnung zu verbreitern (BGBl. 120, 10.4.1933[90]). (Vgl. Duchkowitsch, 2005: 359 sowie vgl. Paupié, 1960: 47f.) Dies ging der Regierung noch nicht weit genug. Am 26. April wurden Plakate und Flugblätter mit der "Verordnu*ng gegen die Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit*" unter die Aufsicht des Staates gestellt (BGBl. 155, 26.4.1933).

Als die Kommunistische Partei am 19. Mai 1933 verboten wurde, galt das folglich auch für die Herausgabe ihrer Periodika. Allerdings konnte ihr Hauptorgan, die "Rote Fahne", noch bis 22. Juli weiter erscheinen, da die Partei nicht als Eigentümerin angegeben wurde. (Vgl. Duchkowitsch, 2005: 360.)

Ein erneutes Kolportageverbot am 10. Juni traf vor allem die Wiener Zeitungen, die sowohl in Verschleißstellen, als auch auf der Straße verkauft wurden - ein Postabonnement war wenig gebräuchlich (vgl. Paupié, 1960: 48). Wenn ein Blatt sich zweimal etwas zu Schulden kommen ließ, und u.a. wegen Hochverrats, Aufwiegelung gegen Staats- und Gemeindebehörden, Störung der öffentlichen Ruhe oder Verbreitung falscher beunruhigender Gerüchte beschlagnahmt wurde, konnte nun ein Kolportageverbot von drei Monaten verhängt werden. Den betroffenen Zeitungen blieb dann nur noch der Postweg mit doppelter Versandgebühr. (Vgl. BGBl. 217, 10.6.1933, sowie vgl. Duchkowitsch, 2005: 360.) Durch das Kolportageverbot gelang es, die NS-Propaganda durch Zeitungen aus dem Deutschen Reich auszuschalten. So wollte sich die Regierung schützen, denn die deutschen Zeitungen unterstützten nicht nur die österreichischen Nationalsozialisten und deren österreichfeindliche Haltung, sondern griffen auch die österreichische Regierung schonungslos an (vgl. Wisshaupt, 1950: 52). Denn als 1933 die Nationalsozialisten die Macht im Deutschen Reich ergriffen und sich die politischen Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland zunehmend

[90] Verschärfte Vorlagenpflicht und Maßnahmen gegen öffentliche Beleidigung in- und ausländischer Regierungen, Staatsoberhäupter usw.

verschlechterten, wurde ein regelrechter Pressekrieg entfacht. Dabei erhoben nicht nur die reichsdeutschen Zeitungen, sondern auch die Blätter, die von der deutschen Regierung bezahlt wurden, ihre Stimme gegen Dollfuß. (Vgl. Jagschitz, 1983: 52.)
Natürlich wurden andererseits die Zustände im 3. Reich und das NS-Regime mit seinen Methoden zur Beseitigung der politischen Gegner von der österreichischen Presse schonungslos beleuchtet. Wisshaupt führt an, dass die Sensationspresse dabei allerdings manchmal zu Übertreibungen neigte. (Vgl. Wisshaupt, 1950: 52.)

Im Laufe der Zeit wurden also alle reichsdeutschen Zeitungen, die in Österreich erschienen, mithilfe des Kolportageverbots verboten. Da dieses rechtlich allerdings immer nur drei Monate hielt, wurde es nach Ablauf dieser Frist kontinuierlich erneuert. (Vgl. Paupié, 1960: 48.) Andererseits wurden aber auch österreichische Blätter in Deutschland verboten. (Vgl. Wisshaupt, 1950: 53.) Ab Oktober 1933 reglementierte eine Verordnung das Erscheinen ausländischer Zeitungen in Österreich aufgrund ihres Inhalts. Die Regierung durfte nun Blätter, die für eine in Österreich verbotene politische Partei warben, für den Zeitraum von bis zu einem Jahr verbieten (vgl. BGBl. 472, 12.10.1933: Art. 1 §1). Am 14. März 1934 wurde das Gesetz noch verschärft, indem die Verbreitung sämtlicher Zeitungen aus dem Deutschen Reich in Österreich verboten wurde. Auch dieses Verbot wurde - einmal ausgesprochen - bis zum Juliabkommen 1936 immer weiter verlängert. (Vgl. Paupié, 1960: 49.)
Um den österreichischen Nationalsozialisten Herr zu werden, verbot die Regierung am 19. Juni 1933 "*jede Betätigung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) und des Steirischen Heimatschutzes in Österreich*" (BGBl. 240, 20.6.1933). Trotzdem schafften es zwei nationalsozialistische Blätter, darüber hinaus in der Legalität zu überleben:
Die "Deutschösterreichische Tageszeitung" erschien noch bis zum 22. Juli, weil sie den Untertitel "Hauptblatt der NSDAP-Hitlerbewegung" wegließ (vgl. Paupié, 1960: 48f). Und die "Deutsche Arbeiter-Presse" konnte ihr Fortbestehen sogar bis Juli 1935 sichern, indem sie in die Politik der Regierung Dollfuß einschwenkte. Sie war von Walter Riehl als

Organ der "Deutschen nationalsozialistischen Partei" gegründet worden[91]. (Vgl. Duchkowitsch, 2005: 360.)

Der erste direkte Eingriff in die Gestaltung der Zeitungen fand dann - nach den vielen indirekten Versuchen - am 30. Juni 1933 statt: Die Verordnung über die "*Veröffentlichung amtlicher Verlautbarungen in Zeitungen*" (BGBl. 282, 5.6.1933) verpflichtete die Blätter dazu, amtliche Verlautbarungen abzudrucken (bisher durften sie verschwiegen werden) (vgl. Paupié, 1960: 49) - und zwar im "*politischen Teil der Zeitung ohne Einschaltungen, Weglassungen, Zusätze und ohne Gegenbemerkungen*" (BGBl. 282, 5.6.1933: §1). Wer sich nicht daran hielt, wurde mit 2.000 Schilling oder bis zu drei Monaten Arrest bestraft - oder mit beidem (vgl. BGBl. 282, 5.6.1933: §4). Eine weitere Verordnung wollte gegen "*Mißbräuche im Pressewesen*" vorgehen, was besonders die Sensationsblätter und die getarnten NS-Blätter treffen sollte (vgl. Paupié 1960: 49). Die Regierung verbot Überschriften und Zwischentitel, die sich nicht mit dem Inhalt der Nachricht deckten und schränkte Schriftgrad und Schriftgröße ein (vgl. BGBl. 323, 21.7.1933 sowie vgl. Duchkowitsch, 2005: 360).

Zu Beginn des Jahres 1934 folgten noch Bestimmungen, die die Presse im Straßenverkauf reglementierten. So behielt sich die Regierung am 26. Jänner 1934 die Möglichkeit für ein vollständiges Kolportageverbot vor (BGBl. 50, 26.1.1934: §1), das auch einen Monat später gegen die wenigen nationalen, Wiener Kolportageblätter ausgesprochen wurde, die noch existierten (vgl. Paupié, 1960: 50). Zusätzlich wurde die "*Auslieferung ausländischer Zeitungen an Straßenverkäufer*" (BGBl. 51, 26.1.1934) eingeschränkt.

Als am 12. Februar 1934 nach einer weiteren Verordnung, "*womit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs jede Betätigung in Österreich verboten*" wurde (BGBl. 78, 13.2.1934) und somit auch die sozialdemokratische Presse nicht mehr erscheinen durfte, hatte das Regime endgültig die Möglichkeit, jegliche Versuche einer politischen Opposition zu unterdrücken. Die Anzahl der Bestimmungen, die die Presse (direkt oder indirekt), Flugblätter, Plakate, den Rundfunk, die Wochenschau und sogar missliebige Bücher betrafen - insgesamt waren es 18 (für Presse, Flugblätter, Plakate) - zeigt deutlich, welch große Rolle die Presse im Allgemeinen und die

[91] Siehe Kapitel 4.10. Deutsche Arbeiter-Presse.

aktualitätsbezogenen Druckmedien im Besonderen in der Zeit nach der Ausschaltung des Parlaments spielten. (Vgl. Duchkowitsch, 2005: 360 sowie vgl. Jagschitz, 1983: 54)

3.4 Die Presse und Zensur unter der "ständisch-autoritären Verfassung"

Nachdem das Regime im Mai 1934 die "ständisch-autoritäre Verfassung" errichtet hatte, war es nicht mehr notwendig, ihre Aktionen gegen die Opposition mit Hilfe ihrer Verordnungspolitik zu rechtfertigen - die Opposition war in die Illegalität gedrängt. Nun band man die Herausgabe einer Zeitung, Zeitschrift oder Zeitungskorrespondenz an eine besondere Bewilligung durch den "Sicherheitsdirektor jenes Landes", in Wien durch den Polizeipräsidenten. Zeitungen, die zumindest einmal im Monat erschienen, mussten für diese Bewilligung sowohl den geplanten Inhalt, als auch Namen und Anschrift der Herausgeber und Eigentümer sowie der Schriftleiter offenlegen. Die Bewilligung war nicht übertragbar und konnte widerrufen oder entzogen werden. (Vgl. BGBl. 340, 7.11.1934 sowie vgl. Duchkowitsch, 2005: 361.) So konnte man die unerwünschten Zeitungen und Blätter von systemkritischen Herausgebern oder Schriftleitern einfach verbieten und musste sie nicht mehr aufwändig zensurieren. (Vgl. Jagschitz, 1983: 54 sowie vgl. Duchkowitsch, 2005: 362.) Außerdem wurde die Presse im Jänner 1935 einem Konzessionszwang unterstellt, der auf der Gewerbeordnung basierte. Wer nun mit Presseprodukten handeln wollte, musste einen Befähigungsbeweis erbringen (BGBl. 11, 14.1.1935: §23). Und noch im selben Monat kam es zum "Bundesgesetz zur Bekämpfung staatsfeindlicher Druckwerke" (vgl. BGBl. 33, 31.1.1935). Es richtete sich gegen Störung der öffentlichen Ruhe, Aufruf zum Hochverrat, Herabwürdigung behördlicher Verfügungen, falsche beunruhigende Gerüchte, sowie Aufwiegelung gegen Staats- und Gemeindebehörden (vgl. Duchkowitsch, 2005: 361). Ab Mai 1935 kamen dazu noch "staatsfeindliche Vorführungen", womit laut Duchkowitsch (vgl. 2005: 361) vor allem deutsche Rundfunksendungen gemeint waren. Bestraft wurde, wenn man diese Sendungen, Schallplatten, Filme oder Stehbilder Personen vorführte, die nicht zum Haushalt gehörten. "Staatsfeindlich" waren Vorführungen, die unter anderem gegen das Ansehen des Staates oder die Verfassung gerichtet waren, gegen die öffentliche Ordnung oder Sittlichkeit verstießen und geeignet waren, die Sicherheits-, Wirtschafts-

oder Kulturinteressen des Bundes zu gefährden oder die Bestrebungen einer Partei förderten, der jede Betätigung in Österreich verboten war. (Vgl. BGBl. 174, 15.5.1935.) Um die Anschlusspropaganda im Deutschen Reich und in Österreich durch inländische und deutsche Zeitungen in den Griff zu bekommen und den Pressekampf zu beenden, schloss die österreichische Regierung mit dem deutschen Sonderbeauftragten Papen im August 1935, wie erwähnt, ein Abkommen (siehe Erstes Presseabkommen 1935, Kapitel 3.2.1). Es hielt jedoch nicht lange und schon im Herbst wurde es von Hitler als nichtig erklärt (vgl. Eichstädt, 1955: 96).

3.4.1 Das Ende der Vielfalt

Die nun sehr monotone (legale) Presselandschaft kam zwar keiner Gleichschaltung nach dem Muster der Nationalsozialisten gleich, hatte aber dennoch sichtbare Folgen. Sie wurde durch das Verbot der sozialistischen und kommunistischen Blätter herbeigeführt, die - wie es offiziell hieß - "keine Rücksicht auf Staats- und Volkswohl genommen hatten" und so ins Exil oder die Illegalität getrieben wurden. Das Fehlen der Vielfalt führte zu einem ansteigenden Versand von deutschsprachigen Schweizer Zeitungen nach Österreich - sie wurden als Informationsquellen immer beliebter (vgl. Skalnik, 1964: 19). Der Imageverlust der noch erlaubten Presse trug dazu bei, dass die Österreicher weiter Probleme hatten, sich mit ihrem Staat zu identifizieren (vgl. Duchkowitsch, 2005: 361). Denn die Funktion der Bildung der "öffentlichen Meinung" konnte durch die zwangsläufige Uniformierung der Blätter nicht mehr ausgeübt werden (vgl. Mailler, 1936: 115[92], zit. nach Duchkowitsch, 2005: 361).

Dem Dollfuß-Regime gelang es, all diese oben erwähnten Verordnungen und Gesetze zu erlassen, ohne die Zensur direkt einzuführen. Obwohl sie ohne Zweifel ausgeübt wurde: "*Es geschah alles indirekt, hintenherum*" (Jagschitz, 1983: 54). So vermied man akribisch das Wort "Zensur" oder ersetzte es durch einen anderen Begriff (z.B. "vorläufige

[92] Mailler, H. (1936): Die Bedeutung der neuen Pressekammer. In: Der Gewerkschafter, August 1936. S. 115 - 116.

Prüfung" (Meister, 1935: 127[93], zit. nach Duchkowitsch, 2005: 362)). In der Verfassung von 1934 wurde grundsätzlich ein Recht zur freien Meinungsäußerung festgelegt: "*Jeder Bundesbürger hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern.*" (BGBl. 1, 1. 5.1934: Art. 26, Abschn. 1)

Gleichzeitig wurde es stark eingeschränkt:

> "(2) *Durch Gesetz können insbesondere angeordnet werden: a) zur Verhütung von Verstößen gegen die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit oder gegen die Strafgesetze eine vorgängige Prüfung der Presse, ferner des Theaters, des Rundfunks, der Lichtspiele und ähnlicher öffentlicher Darbietungen, verbunden mit der Befugnis der Behörde, solche Darbietungen zu untersagen*." (BGBl. 239, 30. 4. 1934: Art. 26 sowie BGBl. 1, 1. 5.1934: Art. 26)

Außerdem konnten Maßnahmen angeordnet werden, die Unsittlichkeit oder grobe Verstöße gegen den Anstand bekämpften, die Jugend schützten und andere Interessen des Volkes und des Staates wahrten (vgl. BGBl. 1, 1.5.1934: Art. 26 2bcd). (Vgl. Duchkowitsch, 2005: 362.) Im Preßgesetz von 1922 hingegen unterlag die Freiheit der Presse nur "*den Beschränkungen, die durch dieses Gesetz bestimmt sind*." (BGBl. 218, 7.4.1922: §1) - während man nun fast jederzeit einen Grund finden konnte, um eine missliebige Zeitung zu strafen oder zu verbieten. Duchkowitsch führt dazu aus: "*Mit unbestimmten, weit gedehnten Ausdrücken zu operieren und damit gleichzeitig die Möglichkeit für jeden Eingriff zu eröffnen ging selbst Verfechtern des autoritären Staates gegen den Strich"* (Duchkowitsch, 2005: 362). Als Beispiel nennt er den Verfassungsjuristen Adolf Merkl, der sogar empfahl, "*im Hinblick auf die optische Wirkung [!] [...] des Rechts der Meinungsäußerung in der Verfassung überhaupt nicht zu gedenken*." (Merkl, 1934: 229[94], zit. nach Duchkowitsch, 2005: 362).

3.4.2 Propagandadienst

[93] Zusammenstellung der auf dem Gebiete des Pressewesens derzeit geltenden Vorschriften, im Auftrag der Landeshauptmannschaft Niederösterreich bearbeitet v. F. Meister, 2. Aufl., Wien 1935.
[94] Merkl, A. (1934): Das neue Verfassungsrecht. In: Juristische Blätter, 1934.

Um "*in der Bevölkerung das Verständnis für das Vorgehen der Regierung zu wecken*" (MRP 1963: 80[95], zit nach Duchkowitsch, 2005: 363), nahm sich der Ministerrat im März 1933 die nationalsozialistische Propagandaorganisation zum Vorbild und rief das "Bundeskommissariat für Propaganda", ab Juli 1934 "Bundeskommissariat für Heimatdienst" genannt, ins Leben. Man bedauerte jedoch, dass dieser "Österreichische Heimatdienst" wegen der geringen Mittel nie etwas Gleichwertiges wie das nationalsozialistische Propagandasystem zustande brachte. Neben seiner Hauptaufgabe, die Zustimmung der öffentlichen Meinung für die Handlungen der Regierung zu gewinnen (vgl. MRP, 1963: 80[96], zit nach Duchkowitsch, 2005: 363), war er auch eine Instanz zur Abwehr von staatsfeindlicher Propaganda. Eine Zensurfunktion wurde allerdings nur intern in Form von Sprachregelungen in der "*Zeitungs-Schau für die Instruktoren des Heimatdienstes und Amtwalter der Vaterländischen Front*" ausgeübt. (Vgl. Duchkowitsch, 2005: 363.) Der Aufbau dieses Dienstes verlief schleppend und so formulierte Jagschitz (1983: 55) treffend: "*Vergegenwärtigt man sich die seit Jänner 1933 gegen Österreich gerichtete deutsche Propagandaoffensive, so wird man erkennen, daß Österreich die propagandistische Schlacht schon verloren hatte, bevor noch die Kanonen in Stellung gebracht werden konnten*."

3.4.3 Pressekammer

Als weitere Maßnahme der (versteckten) Zensur im "Ständestaat" zeigte sich die Gründung der Österreichischen Pressekammer, die im Juli 1936 errichtet wurde. Auch sie orientierte sich am reichsdeutschen[97] und am italienischen Vorbild und wollte das Zeitungswesen nach außen hin in den berufsständischen Aufbau eingliedern. Doch das eigentliche Ziel war, die politische Macht gegenüber den Herausgebern und Journalisten zu verstärken und sie in noch festeren Griff zu bekommen, sodass sie keine direkten

[95] Ministerratsprotokoll Nr. 663 vom 31. März 1933. Protokolle des Ministerrats Abt. VIII, Bd. 3. Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß, 22. März 1933 bis 14. Juni 1933, Wien 1963.
[96] Ebenda.
[97] Eduard Ludwig, Präsident der "Österreichischen Pressekammer", enger Vertrauter Schuschniggs und späterer Institutsvorstand der Zeitungswissenschaft an der Universität Wien (1946 - 1958), sah in der nationalsozialistischen Pressepolitik gar eine "beachtliche Pressereform". (Ludwig, 1937[a]: 7)

Verbote mehr aussprechen mussten. Nun hatte das Gremium die Macht zu entscheiden, ob eine Zeitung herausgegeben werden durfte oder nicht. Außerdem genehmigte sie die hauptberufliche Tätigkeit eines Redakteurs - und konnte die Zustimmung verweigern, wenn ein begründeter Verdacht bestand, dass er sich verboten politisch betätigte. Im Gegensatz zum nationalsozialistischen Vorbild gab es keine Berufsliste durch die man die politische Loyalität eines Journalisten hätte überprüfen können. Und die Mitgliedschaft in der Pressekammer war nur für Herausgeber verpflichtend, aber nicht für Journalisten. In der Pressekammer "überwachte" man auch die "Moral der Presse" mithilfe eines Standesstrafsenats. (Vgl. Jagschitz, 1983: 55f sowie vgl. Duchkowitsch, 2005: 363.) Dass die gefällten Urteile, unanfechtbar waren, *"macht immerhin deutlich, wie es um die von Dollfuß immer wieder propagierte und unter Schuschnigg teilweise realisierte ´Idee eines Hauses der österreichischen Presse´ bestellt gewesen war*" (Duchkowitsch, 1995: 569). Gleichzeitig kam im Zusammenhang damit immer wieder das Thema Pressefreiheit zur Sprache. Laut Duchkowitsch (2005: 363) reichte das Argumentationsspektrum "*von Anklängen an nationalsozialistische Rhetorik bis zu genuinem Zynismus*" - als Beispiel führt er den Präsidenten der Pressekammer, Eduard Ludwig an. Dieser meinte zur "*sogenannten Knebelung des Wortes, der freien Meinungsäußerung*", die die Opposition anprangerte (Ludwig, 1937[b]: 2):

> "*Ich glaube nicht, daß diese Klagen berechtigt sind, denn Presse und überhaupt das geschriebene Wort haben in einem Staat keine besondere Aufgabe zu erfüllen, sondern sie haben sich in den Rahmen der Gesamtarbeit einzugliedern, um so Staat und Volk entsprechende Dienste erweisen zu können.*[98] *(...) das soll nicht besagen, daß sie jede von oben kommende Parole nachbeten müssen;*" (Ludwig, 1937[b]: 2).

Was jedoch seiner Meinung nach natürlich verlangt werden kann und muss,

> "*das ist die Erkenntnis richtigen Staatswohles (...). Ist diese Erkenntnis einmal vorhanden, dann ergibt sich von selbst die innere Freiheit des Trägers des geschriebenen Wortes und auch die Erkenntnis der Grenzen, bis zu denen gegangen*

[98] Interessant ist, dass Ludwig bei einer anderen Gelegenheit, nur zwei Monate später, die Bedeutsamkeit der Presse für die Propaganda hervorhob: *"(..) ich glaube schon, sagen zu dürfen, daß ohne dieses bedruckte Papier, genannt Zeitung, wirkliche politische, wirtschaftliche oder kulturelle Propaganda kaum möglich wäre, da Kino und Radio in der Widergabe von Tatsachen und Ereignissen notwendigerweise zu flüchtig sind (...)"*. (Ludwig, 1937[a]: 4)

werden kann. (...) Ein Ueberschreiten dieser Grenzen schadet der Volksmoral" (Ludwig, 1937[b]: 2)

und dagegen "*muß der Staat von den ihm zustehenden Machtmitteln gegebenenfalls entsprechenden Gebrauch machen.*"

Daraus folgert er in erschreckender Weise: "*Wir haben also in dem neuen Staat sämtliche Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung*". (Ludwig, 1937[b]: 2).

Der ganzen Machtfülle zum Trotze hatte es das autoritäre Regime nicht leicht, so auf die Presse einzuwirken, wie es das gerne getan hätte. Csoklich (vgl. 1983: 725) schreibt von widersprüchlichen Kräften im Regime, die eine dauerhafte Wirksamkeit einer einheitlichen Pressepolitik nicht möglich machte. Außerdem hatte die Regierung mit den zahllosen Publikationen der verbotenen Parteien zu kämpfen, die illegal im Untergrund verbreitet wurden. Besonders aggressiv waren dabei die Nationalsozialisten. Sie gaben anfänglich unzählige kleine, vervielfältigte Nachrichtenblätter heraus, bis sie schließlich ihre Presse im Verlauf des Untergrundkampfes durch den "Österreichischen Beobachter" vereinheitlichen konnten. (Vgl. Csoklich, 1983: 725.) Er erschien erstmalig am 28. 7. 1936 mit vier Ausgaben, die in unterschiedlichen Bundesländern gedruckt wurden - die Gesamtauflage wurde mit ca. 150.000 Exemplaren angegeben. (Vgl. Paupié, 1960: 65.) Die Sozialdemokraten und die Kommunisten hingegen stellten ihre Blätter (die "Arbeiter-Zeitung" und die "Rote Fahne") in der Tschechoslowakei her und schmuggelten sie nach Österreich. (Vgl. Csoklich, 1983: 725.)

Raisp ordnet die einzelnen Blätter während des "Ständestaates" nach ihrer Stellung zur Regierung ein: "*1. Die Regierungspresse, 2. Liberalgefärbte Blätter, 3. Nationalgefärbte Blätter und 4. Die illegale Oppositionspresse.*" (Raisp, 1952: 117, siehe auch Paupié, 1962: 172). Es war dem autoritären Regime zwar möglich, Kritik und die Opposition zu unterdrücken, allerdings konnte es keine einheitliche Sprachregelung erreichen. Denn einen direkten Zugriff hatte sie nur auf die "Wiener Zeitung", das "Neue Wiener Journal" und die "Neue Freie Presse", die die Regierung 1934 erworben hatte (siehe Kapitel 3.6.3) (vgl. Paupié, 1960: 65). Indirekt unterstützte sie jedoch auch die katholischen und christlichsozialen Zeitungen, die Zeitungen von Landbund und Heimwehr und die Blätter, die von Organisationen herausgegeben wurden, die der "Ständestaat" kontrollierte - zum Beispiel vom Gewerkschaftsbund. (Vgl. Jagschitz, 1983: 56.) Andere Zeitungen, die nicht mit dem System übereinstimmten, konzentrierten sich immer mehr auf die

außenpolitischen Themen - denn da wurden noch unterschiedlichste Betrachtungsweisen toleriert - und wandten sich ganz von den innenpolitischen Angelegenheiten ab. (Vgl. Paupié, 1960: 56.)

Doch nicht immer kamen die außenpolitischen Betrachtungsweisen gut an. Jagschitz nennt die "*Präsentation Österreichs als reichsdeutsches Aggressionsobjekt*" (Jagschitz, 1983: 57) als eines der außenpolitischen Ziele der Presse im "Ständestaat". (Vgl. Jagschitz, 1983: 57.) Wieviel Kritik man an der Innenpolitik des anderen Landes durch die Presse zulassen wollte, vereinbarten Deutschland und Österreich im sogenannten Gentlemen´s Agreement, einer nicht veröffentlichten Zusatzvereinbarung zum Juliabkommen 1936.

3.5 Gentleman-Agreement

Das Gentleman-Agreement[99], blieb - im Gegensatz zu den anderen Vereinbarungen - geheim und beinhaltete unter anderem ein Abkommen über die Presse in Deutschland und Österreich. Der Kommunikationswissenschaftler Wolfgang Duchkowitsch beschreibt die Folgen sehr treffend: Damit "*wurde die kommunikationspolitische Position Österreichs gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland schwer erschüttert*." (Duchkowitsch, 2005: 368). Und Jagschitz konstatiert: "*Hatten die Presseverordnungen die reichsdeutsche Agitation in Österreich doch sehr stark behindert, so öffnete die österreichische Regierung selbst mit der Unterzeichnung des Juliabkommens im Jahre 1936 die Schleusen für die braune Flut*." (Jagschitz, 1983: 63).

Deutschland und Österreich hatten sich nämlich im Abschnitt zur Presse dazu bereit erklärt, den Medien die Kritik an den inneren Angelegenheiten des jeweils anderen "deutschen" Staates zu verbieten:

> "*Beide Teile werden auf die Presse ihres Landes in dem Sinne Einfluss nehmen, dass sie sich jeder politischen Einwirkung auf die Verhältnisse im andern Lande enthalten und ihre sachliche Kritik an den Verhältnissen im andern Lande auf ein Maß beschränken, das auf die Öffentlichkeit des andern Landes nicht verletzend wirkt. (...)*" (ADAP, 1950: 231 sowie Volsansky, 2001: 288).

Außerdem kamen sie überein, je fünf Zeitungen des anderen Landes zuzulassen. (Vgl. Volsansky, 2001: 288f.) Die Einhaltung dieser beiden Vereinbarungen erwies sich als sehr einseitig, wie Duchkowitsch beschreibt:

> "*Während nämlich vorerst weiterhin mit Ausnahme der "Neuen Freien Presse", die - milde formuliert - "deutschfreundlich" schrieb, kein einziges großes österreichisches Blatt in Deutschland zugelassen war, konnten fortan in Österreich fünf der wichtigsten nationalsozialistischen Zeitungen öffentlich vertrieben werden, allen voran das Organ von Hermann Göring, die "Essener Nationalzeitung*" (Duchkowitsch, 2005: 368).

---

[99] "*Der von der Deutschen Gesandtschaft ausgearbeitete Vertrag trägt den Namen ´Gentleman-Agreement´, während die Version des Bundeskanzleramts/Auswärtige Angelegenheiten den Plural ´Gentlemen-Agreement´, verwendet.*" (Volsansky, 2001:29f)

Laut Jagschitz (vgl. 1983: 63) hatte sich Deutschland bereiterklärt, in seinem Land die "Wiener Zeitung", das "Neue Wiener Journal", die "Volkszeitung", die "Grazer Tagespost" und die "Linzer Tagespost" zuzulassen. Auch er beschreibt die Abmachung als völlig einseitig,

> "*denn abgesehen davon, daß die unbeholfene österreichische Propaganda der aggressiven, modernen nationalsozialistischen Propaganda auf keinem Gebiet gewachsen war, verfügte Österreich gar nicht über die wirtschaftliche Kapazität, die Zeitungen überall in Deutschland zu verbreiten, während die deutschen Zeitungen auch noch in kleinen Dörfern Einzug hielten*." (Jagschitz, 1983: 63).

Dies führte dazu, dass viele österreichische Nationalsozialisten sich ihre immer noch verbotenen und illegal produzierten Zeitungen ersparen konnten. Nach dem Abkommen wurde Österreich regelrecht überflutet mit nationalsozialistischem Propagandamaterial aus dem Deutschen Reich. (Vgl. Duchkowitsch, 2005: 368.) Sosehr die Regierung auch gegen den nationalsozialistischen Terror in Österreich und die zugehörigen Propagandablätter gekämpft hatte, um die Partei in den Untergrund zu verbannen, so bereitwillig unterzeichnete sie nun ein Abkommen, das eine noch professionellere nationalsozialistische Propaganda ins Land ließ. Dies zeugt von einer - auch von Duchkowitsch (vgl. 2005: 369) angesprochenen - Scheinheiligkeit des Austrofaschismus, der mithilfe von (Großteils versteckter) Vor- und Nachzensur zwar erst alles unterband, aber mit dem Juliabkommen 1936 wieder einen größeren Spielraum für nationalsozialistische Literatur gewährte, die kommunistische oder sozialdemokratische Literatur jedoch verbot[100]. Dadurch fehlte weiterhin jegliches kritische Potential in der öffentlichen Kommunikation. (Vgl. Duchkowitsch, 2005: 369.) Diese Situation führte offenbar dazu, dass sich Teile der österreichischen Presselandschaft nach wie vor auf das Deutsche Reich konzentrierten. Als Folge wurde im Februar 1938 ein Bundesgesetz erlassen, das eine Geldstrafe, Arrest und den Verfall des Druckwerkes für denjenigen festlegte, der "*vorsätzlich oder grob fahrlässig durch den Inhalt eines Druckwerkes den inneren Frieden oder die zwischenstaatlichen Beziehungen Österreichs zu einem anderen*

[100] Duchkowitsch beschreibt in seinem Artikel auch die Regelung zur Verbreitung von Büchern, Broschüren und Zeitschriften genauer: Im Gegensatz zu den Druckwerken der Kommunisten und Sozialdemokraten wurde bei manchen "reichsdeutschen" Büchern zwischen Juliabkommen und Ende 1937 das Verbreitungsverbot widerrufen. (Vgl. Duchkowitsch, 2005: 368f.)

Staat ernstlich gefährdet (...)" (BGBl. 51, 26.2.1938: §1). In Kraft gesetzt wurde es nach dem Zusammentreffen Schuschniggs mit Hitler in Berchtesgaden, bei dem Hitler die "*Einstellung jeder deutschfeindlichen Propaganda*" gefordert hatte. (Vgl. Paupié, 1960: 55f.) Mit diesem Gesetz nahm die Regierung den österreichischen Zeitungen jegliche Möglichkeit, sich gegen das Deutsche Reich zur Wehr zu setzen, für ihre Leser die politische Lage offen zu kommunizieren und "*die Okkupationsabsichten Deutschlands pressepolemisch aufzuzeigen*". (Vgl. Wisshaupt, 1950: 56.)

Die deutsche Presse hielt sich in der Österreichfrage kurzfristig zurück, denn die nationalsozialistische Führung erhoffte sich eine stürmische Entwicklung in Österreich, die durch die Aufnahme von Nationalsozialisten in die österreichische Regierung und einen größeren Spielraum für nationalsozialistische Organisationen herbeigeführt werden sollte. Man wollte den Eindruck erwecken, Deutschland hätte sich nicht eingemischt und die Entwicklung bis zu einer Entscheidung wäre ganz eigenständig im Land passiert. Doch dieser "Frieden" währte nicht lange. Die Sprache der deutschen Zeitungen verschärfte sich wieder stark als Schuschnigg am 24. Februar eine patriotische Welle startete und seine "Bis hierher und nicht weiter-Strategie" verkündete. Die deutschen Blätter warfen Österreich vor, dass es weder das Juliabkommen von 1936, noch die Abmachungen aus Berchtesgaden einhielte und die Befriedung mit dem "nationalen" Lager (sie meinten das nationalsozialistische Lager) sabotierte. Außerdem wurden erfundene oder übertriebene Gräuelmeldungen über die Verfolgung von Nationalsozialisten in Österreich propagiert. (Vgl. Jagschitz, 1983: 65.) Damit sollte offenbar eine Stimmung vorbereitet werden, "*aus der ein Einschreiten in Österreich als notwendig verstanden werden konnte*." (Jagschitz, 1983: 64) - wie es schon seit dem Frühjahr 1937 durch die Presse versucht wurde. (Vgl. Jagschitz, 1983: 63f.)

3.6 "Neue Freie Presse" - Geschichte

Die "Neue Freie Presse" wurde bereits neun Jahre nach ihrem ersten Erscheinen am 1. September 1864 als Weltblatt anerkannt und galt im Ausland als Repräsentant der österreichischen Presse schlechthin (vgl. Paupié, 1960: 144f). "*Die NEUE FREIE PRESSE zu abonnieren, gehörte zum ´guten Ton´, selbst dann, wenn man ihre Ansichten nicht immer teilte*." (Paupié, 1960: 145). Ihren Ursprung hat das Blatt in der von August Zank im Jahr 1848 gegründeten Zeitung "Die Presse". Zank war nach Paris gereist, um das Wiener Feingebäck in Frankreich populär zu machen. Dort lernte er den erfolgreichen Journalisten und Zeitungsbesitzer Emile Girardin und dessen Blatt "La Presse" kennen. Von ihm inspiriert, beschloss Zank nach der österreichischen Märzrevolution im Sommer 1848 zurück nach Wien zu kommen und ebenfalls eine Zeitung nach dem Muster Girardins zu gründen. "Die Presse", die innerhalb weniger Jahrzehnte im In- und Ausland als Weltblatt bekannt wurde. Doch die Gehälter der Redakteure fielen recht gering aus und so kam es zu einer Revolte. Im Jahr 1864 spalteten sich Redakteure von der Hauptzeitung ab und gründeten ein neues Blatt, die "Neue Freie Presse". (Vgl. Skalnik, 1964: 8 sowie vgl. Fischer, 1966: 86.)

Unter der Leitung von Max Friedländer und Michael Etiennes schaffte es die neu gegründete Zeitung, ihr altes Blatt "Die Presse" innerhalb von drei Jahren in der Auflagenstärke zu übertreffen. Von da an stiegen ihre Auflagenzahlen immer weiter an. Nachdem zu Beginn nur wenige Unterschiede zu Sprache und Stil der "Presse" erkennbar waren, baute sie vor allem im Feuilleton aus und machte den Leitartikel zur vorherrschenden Darstellungsform im politischen Teil. (Vgl. Paupié, 1960: 144.)
Nach dem Tod Friedländers und Etiennes, übernahmen Dr. Eduard Bacher und Moritz Benedikt um 1880 die Führung der Zeitung. Ab der Jahrhundertwende trat Bacher aus gesundheitlichen Gründen immer mehr in den Hintergrund und machte so Benedikt praktisch zum alleinigen Leiter der Zeitung. (Vgl. Wandruszka, 1958: 92ff, 109.) Mit Benedikt dehnte die "Neue Freie Presse" den Leitartikel auf kulturelle und wirtschaftliche Geschehen aus und maß ihm, wie dem politischen Teil, stärkere Bedeutung zu. Lokalberichterstattung und Berichte aus dem Gerichtssaal hatten während ihrer gesamten Erscheinungszeit kein Gewicht. (Vgl. Paupié, 1960: 144.)

Kurt Paupié beschreibt unter Anderem zwei Gründe für die Etablierung der "Neuen Freien Presse" als Weltblatt:

- Das Feuilleton, in dem sie eine Reiseberichterstattung sowie deutsche Originalromane veröffentlichte und in den 1880er Jahren dreimal pro Woche Fachblätter (einer Landeszeitung, einer Unterrichtszeitung, einer Städte- und Ortschronik und einer Zeitung zu Natur-und Völkerkunde) herausbrachte.
- Der "Economist", der wissenschaftlich fundierte, von führenden Nationalökonomen verfasste Berichte und Betrachtungen aus der Wirtschaftswelt beinhaltete. Dazu gehörten das Coursblatt, die Verkehrs- und Industriezeitung, die landwirtschaftliche Zeitung und die Versicherungszeitung. (Vgl. Paupié, 1960: 144f.)

Moritz Benedikt, unter dessen Leitung die "Neue Freie Presse" zur einflussreichsten Zeitung Österreichs avancierte und der selbst auch jahrzehntelang Artikel verfasste, wurde 1920 folgendermaßen beschrieben: "*(...) er war eine Zeitlang der mächtigste Politiker Wiens, er war die urteilende Tagesinstanz, seine Ablehnung hemmte, seine Anerkennung förderte (...)*" (Grossmann, 1920[101], zit. nach Paupié, 1960: 146). Bis zum Zusammenbruch der Monarchie hatten alle Minister ihren "Antrittsbesuch" bei Benedikt gemacht, auch wenn manche im Privaten kein gutes Wort für die Zeitung übrig hatten. (Vgl. Paupié, 1960: 146.)

Neben namhaften Kritikern und Feuilletonisten hatte das Blatt immer wieder externe Mitarbeiter herangezogen. So leisteten Gelehrte, führende liberale Politiker und führende Schriftsteller des In- und Auslandes ihren redaktionellen Beitrag, zum Beispiel Stefan Zweig oder Theodor Herzl. (Vgl. Paupié, 1960: 146ff sowie vgl. Wandruszka, 1958: 143.)

Als Moritz Benedikt 1921 starb, übernahm sein Sohn Ernst Benedikt die Zeitung, er war bereits Chefredakteur. (Vgl. Paupié, 1960: 149.)

1924 kam das Blatt dem steigenden Bedürfnis der Leser nach Bildern und Illustrationen nach und konzipierte eine "Illustrierte Wochenbeilage", die als Kleinformat zur Samstagsnummer beigegeben wurde. (Vgl. Wandruszka, 1958: 143f.) Sie behielt auch

[101] Grossmann, Stefan "Ein Journalist". In: DAS TAGEBUCH. 9. April 1920. Heft 13. 1. Jahrgang. Berlin.

nach dem Ersten Weltkrieg ihre zweimal tägliche Erscheinungsweise bei und ergänzte sich durch ein boulevardmäßig aufgemachtes Abendblatt ab 1. September 1936. (Vgl. Paupié, 1960: 148.)

3.6.1 Die politische Einstellung der "Neuen Freien Presse"

Nach ihrer Gründung 1864 führte das Blatt die politische Ausrichtung der "Presse" weiter, was vor allem einem "*vornehm großbürgerlichen Liberalismus*" (Paupié, 1960: 148) entsprach. Da sie zu dieser Zeit betont deutschfreundlich war, stand sie auch zeitweise mit Berlin in direktem Kontakt. Im Jahr 1906 wurde die "Neue Freie Presse" für eine Zeit offiziös und als Franz Ferdinand ermordet wurde, vertrat sie eine recht eigenwillige Linie: Das Blatt wandte sich energisch gegen Serbien und behielt diese Einstellung auch während des Ersten Weltkrieges bei. Innenpolitisch stand es auch noch gegen Ende des Ersten Weltkrieges für das zentralistische Prinzip. Im Jahr 1897 wünschte sie einen sozialdemokratischen Wahlsieg und "*1911 sprach sie sich für den Deutschen Nationalverband aus, 1915 wandte sie sich gegen die Zensurstellen und begrüßte am 30. Mai 1917 die Wiedereinberufung des Reichsrates*" (Paupié, 1960: 148). Nach dem Krieg unterstützte die "Neue Freie Presse" die Genfer Protokolle und die Politik Seipels und machte sich besonders für Schober stark, "*war jedoch bestrebt, sich im übrigen unabhängig zu halten. Bemerkenswert scheint, daß sich das Blatt vereinzelt für sozialdemokratische Forderungen einsetzte."* (Paupié, 1960: 149). Im Ereignisreichen Jahr 1933 warnte sie immer wieder vor der Gefahr der Zerstörung der demokratischen Ideen und vor den Absichten, das Parlament auszuschalten. (Vgl. Paupié, 1960: 148f sowie vgl. Wandruszka, 1958: 142.)

"Eine traditionell deutschfreundliche Linie wurde - solange dies noch möglich war - fortgesetzt." (Paupié, 1960: 149). Nach dem Ersten Weltkrieg glaubte Moritz Benedikt nur an eine Überlebensfähigkeit Österreichs, wenn es an Deutschland angeschlossen würde und vertrat dies auch in seiner Zeitung[102]. Diese Einstellung übernahmen ab 1921 auch die neuen Leitartikler Richard Charmatz und der stellvertretende Chefredakteur Ernst Molden, die beide eine großdeutsche Haltung einnahmen. (Vgl. Steinberger, 1990:

[102] Mit diesen Anschlussgedanken war er nicht allein, wie aus Kapitel 2.1 hervorgeht.

107.)

Als Hitler die Macht übernahm, verhielt sich die "Neue Freie Presse" dem Dritten Reich gegenüber vorläufig abwartend, "*verurteilte jedoch die antisemitischen und kirchenfeindlichen Maßnahmen*" (Paupié, 1960: 149f). (Vgl. Paupié, 1960: 149f.)

Der Nationalsozialist Schopper schreibt in seinem Buch die "Presse im Kampf" unter der Überschrift "Die jüdischen Zeitungen", dass das "Neue Wiener Tagblatt" und die "Neue Freie Presse" sich in der Zeit des Parteiverbots der Nationalsozialisten "*nach außenhin [bemühten, Anm. d. Verf.] ´Haltung´ zu zeigen, d.h. sie waren natürlich genau so gegen den Nationalsozialismus eingestellt wie alle übrigen Blätter, wahrten aber immerhin soweit das Gesicht, daß sie im Ton nicht zu ausfällig wurden*" (Schopper, 1942: 27).

Es war jedoch für die Zeitung nicht einmal der nationalsozialistische Juliputsch 1934 ein Anlass, um sich von den Methoden der Außenpolitik Deutschlands zu distanzieren: Schließlich könne man "*da, wo echter, reiner Nationalsozialismus vorwaltet, (...) ganz gewiß nicht eine Gemeinschaft mit* Meuchelmördern" aufrechterhalten (Venus, 1998: 142), so das Blatt. Die Ernennung Franz von Papens zum neuen deutschen Gesandten in Wien hatte die Zeitung als "Schritt in die richtige Richtung" begrüßt. Auch als das Saargebiet an Deutschland zurückgegeben wurde, fand die "Neue Freie Presse" laut Venus positive Worte, genauso wie für die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1935 - auch wenn sie letzteres nicht offen zeigte. Ihre Berichterstattung über die "Nürnberger Gesetze" zur Diskriminierung der deutschen Juden fiel besonders bedenklich aus: Die "Neue Freie Presse" bagatellisierte die Gesetze und setzte darin die Hoffnung, man könnte die Verordnungen als "*ersten konstruktiven Versuch*" werten, "*um zu einem erträglichen Verhältnis mit dem jüdischen Volksteil zu gelangen*" (NFP, Morgenblatt, 16.9.1935: 3). Außerdem würden für "Mischlinge" vermutlich Sonderregelungen getroffen. (Vgl. Venus, 1998: 142f.) Dabei gab sie einen Kommentar wieder, der am 16. September im "Deutschen Dienst" erschienen war und vom Hauptschriftleiter des Deutschen Nachrichtenbüros, Berndt, verfasst wurde. (Vgl. Hartlieb, 1939: 326.)

Zu letzteren Ereignissen wird im Zuge dieser Arbeit eine inhaltsanalytische Untersuchung vorgenommen, die versucht, u.a. die Behauptungen von Venus zu verifizieren oder zu falsifizieren. Um einen Vergleich sehen zu können, wurde die Berichterstattung anderer Zeitungen hinzugezogen.

Johanna Mitterbauer hat das Deutschlandbild unterschiedlicher Zeitungen untersucht und kommt zu dem Schluss:

> "*Die Neue Freie Presse entwarf eher das Bild eines heilen Führerstaates, der zwar nicht mehr demokratisch, aber trotzdem besser sei als eine kommunistische Regierung. Auch fehlte im Blatt Berichterstattung über das reale Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, etwa über die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung*." (Mitterbauer, 1992: 119).

Im Vergleich der "Neuen Freien Presse", der "Roten Fahne" und der "Arbeiterzeitung" stellte sie eine sehr unterschiedliche Berichterstattung fest. Während letztere sich "*kein Blatt vor den Mund nahmen*", veröffentlichte die "Neue Freie Presse" eher "*offizielle Mitteilungen, die die Regierung gedruckt sehen wollte*" - wodurch sie ein Bild schuf, "*wie es die nationalsozialistischen Machthaber von Österreich verlangten*" (Mitterbauer, 1992: 120). (Vgl. Mitterbauer, 1992: 120.) Auch Gerda Steinberger stellte Schlussfolgerungen zur inhaltlichen Entwicklung der "Neuen Freien Presse" an. Sie stellte fest: "*Die Tatsache, daß die "Neue Freie Presse" die einzige österreichische Zeitung war, die durchgehend zwischen 1933 und 1938 im "Deutschen Reich" verkauft werden konnte, schlug sich auch auf den Inhalt des Blattes nieder*." (Steinberger, 1990: 106f). Bei diesen Bestrebungen erhielt Stefan von Müller auch die Unterstützung der Regierung - denn sie sah es gerne, dass die "Neue Freie Presse" als "*repräsentatives österreichische Blatt*" in Deutschland verbreitet wurde und begrüßte ihre vorsichtige Schreibweise. (Vgl. Sauer, 1966: 75[103], zit nach Steinberger, 1990: 107.)

Die Haltung der "Neuen Freien Presse" wurde auch von Deutschland positiv vermerkt, es bescheinigte dem Blatt eine "*objektive Haltung*" gegenüber dem Deutschen Reich. (Vgl. AA Bonn, 16.11.1933[104] , AA Berlin, 26.1.1935[105], zit. nach Steinberger, 1990: 108.)

[103] Sauer, Brigitte (1966): Dr. Ernst Molden. Versuch einer Biographie. Wien: Diss.
[104] Auswärtiges Amt Bonn, Deutsche Gesandtschaft Wien, Band 395/2. Liste der in Wien erscheinenden Zeitungen, 16. November 1933. Kopie in Besitz von Dr. Klaus Amann.
[105] Auswärtiges Amt Berlin an Gestapo, Berlin, 26. Jänner 1935. In: Bundesarchiv Koblenz, R 58/784.

3.6.2 Die wirtschaftlichen Probleme der "Neuen Freien Presse" in der Zwischenkriegszeit

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg war eine schwierige für die liberale Großpresse, zu der auch die "Neue Freie Presse" zählte. Sie konnte nicht mehr die Stellung einnehmen, die sie noch während der Monarchie besaß. (Vgl. Paupié, 1962: 168.) Der Zerfall der Donaumonarchie brachte den Verlust zahlreicher Abonnenten, die in den neuen, abgegrenzten Nachfolgestaaten lebten. (Vgl. Venus, 1998: 136.) Wandruszka spricht von einem Verlust von 31 % der Auflage, die früher in Gebiete versandt wurde, die nun nicht mehr zu Österreich gehörten. (Vgl. Wandruszka, 1958: 137.)
Auch zahlreiche Inserenten gingen aus diesem Grund verloren, sie platzierten ihre Inserate nun in der Presse des eigenen Landes. Dies führte gemeinsam mit der Wirtschaftskrise zu schwerwiegenden finanziellen Problemen der Zeitung. Ein Zusammenbruch konnte ab 1931 nur noch durch stille Zuschüsse des Bundespressedienstes verhindert werden. (Vgl. Venus, 1998: 136ff.)

> "*Während Herausgeber und Redaktion so in jeder Weise bemüht waren, die Position eines Weltblattes trotz der Ungunst der Zeitumstände zu halten (...), entzog die Verschärfung der innenpolitischen Gegensätze einem Blatt, das sich, seiner Tradition getreu, keiner der kämpfenden Parteien verschreiben wollte, mehr und mehr den Rückhalt in der Leserschaft*." (Wandruszka, 1958: 144).

Die sinkende Abonnentenzahl und die neu eingeführte Inseratensteuer führte zu einer finanziellen Zwangslage der Zeitung (vgl. Wandruszka, 1958: 144).

3.6.3 Einflüsse der Politik auf die "Neue Freie Presse"

Wandruszka und Steinberger berichten von Versuchen des tschechoslowakischen Außenministeriums, die Zeitung unter ihren Einfluss zu bringen oder über Mittelsmänner zu kaufen. Benedikt hatte selbst in den finanziell kritischen Zeiten der "Neuen Freien Presse" diese Versuche jedoch alle zurückgewiesen. (Vgl. Wandruszka, 1958: 145 sowie vgl. Steinberger, 1990: 95f.) Auch mit Deutschland gab es ab 1931 Verhandlungen zu einem möglichen Kauf der verschuldeten Zeitung. Zweimal war man kurz davor, das Blatt an große Zeitungsverlage in Berlin zu verkaufen, doch Benedikt

wehrte sich solange er konnte, um das Vermächtnis seines Vaters nicht in fremde Hände zu geben. (Vgl. Wandruszka, 1958: 145, sowie vgl. Steinberger, 1990: 96f.) Ernst Benedikt war sehr besorgt und sah die Zukunft seiner Zeitung gefährdet, da der wichtigste Investor in Gestalt der Creditanstalt aufgrund der Krise nun weggefallen war und "*kein anderer Partner in Sicht war, der die Unabhängigkeit des Blattes in gleicher Weise zu garantieren imstande gewesen wäre*." (Venus, 1998: 139). Zu den Gesprächen mit dem deutschen Auswärtigen Amt hatte ihm Schober geraten, denn zu dieser Zeit bekam die Zeitung bereits die stillen Zuschüsse des Bundespressedienstes. Sein deutscher Gesprächspartner versuchte Benedikts Bedenken mit den Worten zu zerstreuen, "*keine österreichische Regierung [könne; Anm. Venus] es verantworten, die ´Neue Freie Presse´ preiszugeben.*" (Venus, 1998: 139.) Intern stellte der Deutsche fest, dass, nachdem die Verhandlungen mit privaten Partnern gescheitert waren, nur noch die Möglichkeit bleibe, für diesen Zweck amtliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Doch die Geschehnisse dieser Zeit zwangen die Verhandlungspartner zum Abwarten, und gegen Ende April 1932 sah Ernst Benedikt die Verhandlungen als gescheitert an. (Vgl. Venus, 1998: 139.)

Als Benedikt etwa Anfang Juni 1932 keine andere Möglichkeit mehr sah, als 50% seiner Zeitungsaktien an ein Konsortium zu verkaufen, kam Stefan von Müller ins Spiel. Er war ein volkswirtschaftlicher Redakteur der "Neuen Freien Presse" und leitete laut Steinberger das besagte Konsortium, hinter dem sehr wahrscheinlich Kapital aus England stand und eventuell auch ein holländisch-schweizerischer Finanzkonzern (vgl. von dem Hagen, 22.10.1932[106], zit. nach Steinberger, 1990: 99). Die Gestapo meldete, dass man von da an die "Neue Freie Presse" "*in erster Linie als ein Sprachrohr der englischen Politiker sehen*" (GESTAPO 6.6.1934[107], zit. nach Steinberger, 1990: 99) musste. (Vgl. Steinberger, 1990: 98f sowie vgl. Paupié, 1960: 149.) Das ausländische Konsortium erklärte sich bereit, die Zeitung bis zum Herbst 1932 zu entschulden. Dies gelang und die "Portus AG", die aus dem österreichischen Finanzier Siegmund Bosel und dessen Geschäftsfreunden bestand, übernahm 50% der Aktien. Im Gegensatz zu

[106] Brief von dem Hagen an Wolf, 22. Oktober 1932. In: AA Bonn, Presseabteilung, Österreich 7, Bd. 2. Abschrift in Besitz von Dr. Klaus Amann.
[107] Abschrift einer "Privatinformation" der Gestapo an Paul Heßlein, Berlin, 6. Juni 1934.In: Bundesarchiv Koblenz, R 58/784 (Hauptsicherheitsamt).

Steinberger geht Venus davon aus, dass Stefan von Müller, der auch Teil des Konsortiums war, weitere Anteile übernommen hatte und so das Konsortium mit etwa 65% der Anteile über die Mehrheit verfügte. Benedikt stand der Transaktion äußerst misstrauisch gegenüber - er vermutete dadurch den "Anfang vom Ende" der Zeitung. (Vgl. Venus, 1998: 139f.)

Steinberger betrachtet es als ungeklärt, inwieweit die österreichische Regierung bereits in den Erwerb der Aktien involviert war und ob sie wegen der Verkaufsverhandlungen an Müller herantrat, oder ob umgekehrt dieser die Aktien später der Regierung angeboten hat. Ihre Literaturrecherche ergab allerdings, dass die Regierung erst später involviert wurde. (Vgl. Steinberger, 1990: 99f.) Wandruszka allerdings schreibt, Benedikt hätte 50% seiner Aktien 1931 direkt an Stefan von Müller, "*hinter dem die österreichische Regierung stand*", verkauft (vgl. Wandruszka, 1958: 145). Am detailliertesten ist jedoch die Ausführung Theodor Venus´, der (siehe oben) über stille Zuschüsse des Bundespressedienstes im Jahr 1931 berichtet. (Vgl. Venus, 1998: 139.)

Ab dem Verkauf der ersten Anteile begannen die Auseinandersetzungen zwischen dem wirtschaftlich orientierten Müller, der die finanzielle Sanierung des Blattes anstrebte und Benedikt, bei dem die Qualität der Zeitung im Vordergrund stand, immer größer zu werden. (Vgl. Barcata, 1989[108], zit. nach Steinberger, 1990: 71) "*Benedikt sah sich aber vor allem als Opfer der Versuche Müllers, die finanzielle Gesundung des Blattes auch auf Kosten der Unabhängigkeit der "Neuen Freien Presse" in den Vordergrund zu stellen*." (Steinberger, 1990: 72). So hätte Müller Kontakte zur Heimwehr gesucht und Hitler tausende Gratisexemplare angeboten (vgl. Benedikt, o.J.[109], zit nach Steinberger, 1990: 72), um so die Zeitung im Deutschen Reich zur Verbreitung zu bringen. Auch ein damaliger Redakteur, Louis Barcata, bestätigte gegenüber Gerda Steinberger, dass Benedikt sowohl gegen eine Übereinkunft mit Deutschland eintrat, als auch gegen Subventionen durch die österreichische Regierung. Als eine weitere Auseinandersetzung zwischen Benedikt und Müller am Telefon stattfand, kündigte Benedikt seinen Rücktritt als Chefredakteur an - Müller nahm ihn beim Wort und teilte ihm schriftlich mit, dass er

[108] Interview mit Louis Barcata am 8.8.1989 durch Gerda Steinberger.
[109] Benedikt, Ernst: Erinnerungen. Ungedrucktes Manuskript. In: Archiv "Die Presse", Wien, Personenmappe Ernst Benedikt.

die Niederlegung seines Postens zur Kenntnis nehme. (Vgl. Barcata, 1989[110], zit. nach Steinberger, 1990: 72.) Während einer Auslandsreise Benedikts leitete Müller schließlich auch den Verkauf der gesamten Aktien der Zeitung in die Wege. Benedikt war aufgrund seiner Zahlungsunfähigkeit machtlos und musste der Transaktion zustimmen und die Aktien verkaufen. (Vgl. Benedikt, o.J.[111], zit nach Steinberger, 1990: 100.)

Stefan von Müller übernahm daraufhin im Juli 1934 den Chefredakteurs-Posten (vgl. Paupié, 1960: 149), Benedikt hatte kurz nach dem Verkauf seiner Anteile den Posten zurückgelegt (vgl. Benedikt, o.J.[112], zit. nach Steinberger, 1990: 101) und schied am 10. Juli 1934 auch aus dem Verwaltungsrat der österreichischen Journal-AG aus (vgl. Verwaltungsratsprotokoll, 1934: 252f[113], zit. nach Steinberger, 1990: 101). Laut Paupié brachte er die Bundesregierung dazu, erst 40%, dann 90% der "NFP"-Aktien zu kaufen, indem er auf die wirtschaftliche Situation des Blattes hinwies. Es bestünde die Gefahr, dass Nationalsozialisten Einfluss auf die "Neue Freie Presse" nehmen könnten. (Vgl. Paupié, 1960: 149.) Sauer andererseits konstatiert, dass Müller auf Vorschläge der Regierung einging, um die schlechte Lage der Zeitung zu verbessern. (Vgl. Sauer, 1966: 77[114], zit. nach Steinberger, 1990: 100[115]) Und bei Venus wiederum ist keine Rede von Stefan von Müller, sondern von Bosel, der mit seinen Geschäftsfreunden im Herbst 1934 keine weiteren Geldmittel in die Zeitung stecken wollte und so die österreichische Regierung informierte, dass "*die Gefahr einer Übernahme der Aktienmehrheit der "Neuen Freien Presse" durch eine deutsche Gruppe bestehe*." (Venus, 1998: 140). Finanzminister Buresch, der gute Beziehungen zu Bosel hatte, dürfte am besten Bescheid gewusst haben und informierte Schuschnigg über die Lage der Zeitung. Als Eduard Ludwig und Benjamin Schier Bedenken gegen einen Kauf durch die Regierung äußerten, entgegnete Buresch mit den bereits oben genannten Worten: es bestünde die

[110] Interview mit Louis Barcata am 8.8.1989 durch Gerda Steinberger.
[111] Benedikt, Ernst: Erinnerungen. a.a.O.
[112] Benedikt, Ernst: Erinnerungen. a.a.O.
[113] Protokoll des Verwaltungsrates, 10. Juli 1934. In: Handelsregister, HRB 4698a, Blatt 252f.
[114] Sauer, Brigitte (1966): Dr. Ernst Molden. Versuch einer Biographie. Wien: Diss.
[115] Steinberger stellt ebenfalls Paupié und Sauer gegenüber, jedoch ordnet sie die Gespräche mit der Regierung vor der zweiten Transaktion und dem Verkauf Benedikts restlicher Aktien ein. Nachdem Paupié (vgl. 1960: 149) in seiner Ausführung festhält, dass Müller zu dem Zeitpunkt bereits Chefredakteur war und auch Venus (vgl. 1998: 140) den Zeitpunkt mit Herbst 1934 festlegt, ist eher davon auszugehen, dass der Verkauf an die Regierung erst stattfand, als Müller und die "Portus AG" bereits alle Aktien besaßen.

direkte Gefahr, dass "*die deutschen Nationalsozialisten das Blatt erwerben wollen*" (Venus, 1998: 140). (Vgl. Venus, 1998: 140.) Es geht aus der Literatur nicht klar hervor, wann sich das Blatt genau in Regierungshände begab, jedoch verdeutlicht ein Brief der "Neuen Freien Presse" an das Auswärtige Amt im Jahr 1938, dass sich die Aktien der "Neuen Freien Presse" ab 1934 zu hundert Prozent im Besitz des Bundespressedienstes befanden (vgl. Brief NFP, 24.3.1938[116], zit. nach Steinberger, 1990: 100).

Der Kauf durch die Bundesregierung machte die Zeitung erneut offiziös, jedoch ohne die Öffentlichkeit darüber in Kenntnis zu setzen. (Vgl. Paupié, 1960: 149.) Wie dem "Neuen Wiener Journal" wurde der "Neuen Freien Presse" jetzt speziell in außenpolitischen Themen auferlegt, den Regierungsstandpunkt zu vertreten. (Vgl. Paupié, 1962: 168.) Außerdem wurde dem neuen Chefredakteur Müller von der Regierung aufgetragen, nach ausländischen Interessenten zu suchen, die sich an dem Blatt beteiligen würden. Sie sollten gleichzeitig der Regierung die dauerhafte Garantie geben können, dass das Blatt ihre österreichische Linie beibehalten kann. Müllers Versuche blieben jedoch erfolglos. (Vgl. Venus, 1998: 142.)

Gerda Steinberger schätzt die Auswirkungen auf die Redaktionszusammensetzung durch die Übernahme der Zeitung durch die autoritäre Regierung als gering ein. Der einzige, der das Blatt - zumindest teilweise - aufgrund der neuen politischen Verhältnisse - verließ, war Moritz Benedikt. (Vgl. Steinberger, 1990: 91.)

> "*Der Großteil der Redakteure entschied sich für eine Anpassung an die neue Situation. Ob diese Anpassung mehrheitlich der politischen Gesinnung der Redakteure entsprach, oder ob es bei einem Gros der Redakteure zu einer Anpassung entgegen ihrer Weltanschauung kam, konnte nicht geklärt werden. (...) Auffallend ist jedoch, daß auch überzeugte Gegner einer konservativ-autoritären Regierung und der SDAP nahestehende Redakteure offensichtlich keine Schwierigkeiten hatten, auch unter dem ´Ständestaat´ publizistisch tätig zu sein*." (Steinberger, 1990: 91).

[116]Brief "Neue Freie Presse" an Auswärtiges Amt, Zweigstelle Wien, 24. März 1938. In: Auswärtiges Amt Bonn, Presseabteilung, Österreich 7, Bd. 2:

Steinberger folgert daraus, dass im autoritären Regime doch noch eine Art von Meinungsvielfalt oder publizistischer Freiheit gegeben war. "*Oder aber die Genannten haben von der Meinungsfreiheit nur privat Gebrauch gemacht und sich bei ihrer Berufsausübung weitgehend opportun verhalten*." (Steinberger, 1990: 92). In welchem Maße sich die Redakteure bei der Themenauswahl oder dem Erstellen von Artikeln bedrängt gefühlt hatten, kann jedoch nicht klar dargelegt werden. (Vgl. Steinberger, 1990: 91f.)

Die Frage, ob Redakteure durch die autoritäre Regierung in das Blatt eingeschleust wurden, konnte Steinberger bei ihrer Recherche nicht klar beantworten (vgl. Steinberger, 1990: 91). Jedoch schickte die "Neue Freie Presse" zum Beispiel einen Auslandskorrespondenten auf Wunsch der Regierung 1933 nach Rom, um die österreichischen Beziehungen zu Italien zu stärken (vgl. Barcata, 1989[117], zit nach Steinberger, 1990: 77). "*Noch schwerwiegender wirkte sich die Rücksichtnahme der ´Neuen Freien Presse´ und damit der österreichischen Regierung gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland auf Personalentscheidungen aus*." (Steinberger, 1990: 77). Der jüdische Auslandskorrespondent in Berlin, Paul Goldmann, ist hierfür ein besonderes Beispiel. Ob er aufgrund der ablehnenden Haltung der Nationalsozialisten ihm gegenüber pensioniert und zurück nach Wien geschickt wurde, konnte nicht belegt werden. Ein Vorfall von 1933 lässt jedoch aufhorchen: Als zwei Vertreter von deutschen Zeitungen in Wien verhaftet wurden, nahm die Gestapo kurzerhand den Korrespondenten Goldmann als Druckmittel fest. Die "Neue Freie Presse" nahm Rücksicht auf das Deutsche Reich und verhielt sich still. Laut Arbeiter-Zeitung schien in der "Neuen Freien Presse" keinerlei Meldung über Goldmanns Verhaftung auf. Erst eine Intervention des "Vereins der ausländischen Presse", den Goldmann gegründet hatte, führte einen Tag später zur Freilassung des Journalisten. (Vgl. Arbeiter-Zeitung, 5./6.8.1933, zit. nach Steinberger, 1990: 78f.) Nach der Pensionierung Goldmanns wurde im Jahr 1935 der Berliner Korrespondentenposten neu vergeben. Eine weitere Gelegenheit der "Neuen Freien Presse", sich der Gunst des Deutschen Reiches zu versichern. So schlug ihre Leitung der deutschen Gesandtschaft in Wien zwei Kandidaten

[117] Interview mit Louis Barcata am 8.8.1989 durch Gerda Steinberger.

vor und fragte, welcher von beiden dem Deutschen Reich angenehmer wäre. (Vgl. von dem Hagen, 18.5.1935[118], zit. nach Steinberger, 1990: 78.) Es wurde schließlich Otto Heydebreck, der zuvor bei der "Pommerschen Tagespost", die zu Hugenbergs völkischem Flügel gehörte (Vgl. "Nieuwe Rotterdamsche Courant", 20.10.1935, zit. nach Steinberger, 1990: 78) und der Bruder eines getöteten SA-Gruppenführers war (Vermerk Hauptsicherheitsamt[119], zit nach Steinberger, 1990: 78). (Vgl. Steinberger, 1990: 76ff) Interessant sind die Fälle jüdischer Auslandsredakteure, deren Artikel ab einem Zeitpunkt nicht mehr namentlich gezeichnet wurden, vermutlich ebenfalls aus Rücksichtnahme auf Deutschland. In diesem Zusammenhang nennt Steinberger den Leiter des Londoner Büros von 1933, Harry Peter Smolka, der aus diesem Grund mehrfach Probleme mit dem sich weigernden Müller hatte. "*Für Müller, der an einem Verkauf der "Neuen Freien Presse" in Deutschland großes Interesse hatte, schien dabei der Name Harry Peter Smolka nicht tragbar*." (Steinberger, 1990: 79). Auch die gezeichneten Beiträge des Jerusalem-Korrespondenten Ernst Davis verschwanden ab Mitte 1935, obwohl er offenbar noch bis 1937 für die "Neue Freie Presse" tätig war. Hier lässt sich eine ähnliche Situation wie in London vermuten. (Vgl. Steinberger, 1990: 79f.)

Steinberger (vgl. 1990: 107f) berichtet, dass bereits wenige Tage nachdem Stefan von Müller 1934 Chefredakteur der "Neuen Freien Presse" wurde, er das deutsche Außenministerium in Wien besuchte, um seine deutschfreundliche Haltung zu versichern. Müller war selbst ein "Halbjude", stellte aber klar, *"daß er trotz aller Anfechtungen von jüdischer Seite seine objektive Haltung Deutschland gegenüber nicht aufgeben werde. Er halte eine österreichische Politik ohne oder gar gegen Deutschland schon aus wirtschaftlichen Gründen für untragbar*." (Dt. Gesandtschaft, 30.5.1934[120], zit. nach Steinberger, 1990: 107f). Hier sei bemerkt, dass Müller von einer "objektiven" Haltung gegenüber Deutschland spricht und von keiner "deutschfreundlichen". Möglich wäre, dass dies nur eines der Versuche Müllers war, für die Regierung nach einem Investor zu suchen, der die österreichische Linie der Zeitung garantieren sollte.

[118] Helmut von dem Hagen, Pressebeirat der Deutschen Gesandtschaft Wien an Legationsrat Wolf, AA Berlin, 18. Mai 1935. In: AA Bonn, Presseabteilung, Österreich 7, Bd. 2. Kopie im Besitz von Dr. Klaus Amann.
[119] Vermerk der Abt. II 2 E, o. Datum. In: Bundesarchiv Koblenz, R 58/784 (Hauptsicherheitsamt).
[120] Deutsche Gesandtschaft an AA Berlin, 30. Mai 1934. In: Bundesarchiv Koblenz, R 58/784 (Hauptsicherheitsamt).

Betrachtet man jedoch die anderen Vorkommnisse, könnte man Müller unterstellen und meinen, er hätte es lediglich geschönt formuliert. Außerdem stellt sich im Fall Nationalsozialismus frei nach dem Motto "Wer nicht hilft, ist mitschuldig", die Frage, ob Objektivität im Journalismus das war, was Österreich zu dem Zeitpunkt brauchte.

Der Vertrieb der "Neuen Freien Presse" in Deutschland lief nicht immer reibungslos ab. Das Blatt wurde regelmäßig beschlagnahmt und seine Auslieferung an die Abonnenten wegen der Kontrollen durch die Gestapo verzögert. Als die restriktiven Devisenbestimmungen den Absatz in Deutschland zusätzlich erschwerten, drohte Müller mit dem Einstellen der Zeitung in Deutschland. (Vgl. Dt. Gesandtschaft, 27.6.1934[121], zit. nach Steinberger, 1990: 103f.) Die Zensur des Blattes wurde in den Landesbehörden unterschiedlich gehandhabt. So war es möglich, dass dieselbe Ausgabe des Blattes in Berlin von der Polizei zum Verkauf freigegeben, an einem anderen Ort jedoch beschlagnahmt wurde. (Vgl. Brief NFP, 13.9.1934[122], , zit. nach Steinberger, 1990: 104.) Wegen der Befürchtung der deutschen Gesandtschaft in Wien, Müller könnte das Blatt tatsächlich aus Deutschland zurückziehen und die "Neue Freie Presse" könnte danach in eine antideutsche Berichterstattung umschwenken, bemühte sie sich tatsächlich um eine Entlastung des Blattes in Deutschland. (Vgl. Dt. Gesandtschaft, 5.4.1934[123], zit. nach Steinberger, 1990: 104.) So schrieb die deutsche Botschaft in Wien 1934 an das Auswärtige Amt in Berlin und riet ihm, bei der "Neuen Freien Presse" auf Vorzensur oder andere Beschränkungen zu verzichten. Sie versuchte, dafür Erklärungen zu liefern:

> "*Wenn die ´Neue Freie Presse´ manchmal Meldungen und Berichte bringt, deren Inhalt mit dieser Richtung nicht in Einklang zu bringen ist, so ist dies auf die (...) Pflichtmeldungen, die von allen Blättern (...) gebracht werden müssen, zurückzuführen, um nicht straffällig zu werden. Andererseits bringt aber die ´Neue Freie Presse´, da sie immerhin weniger unter so scharfer Beobachtung steht, (...) häufig im Gegensatz zu anderen Blättern der Wirklichkeit entsprechende Meldungen*

[121] Deutsche Gesandtschaft Wien an AA Berlin, 27. Juni 1934. In: Bundesarchiv Koblenz, R 58/784 (Hauptsicherheitsamt).
[122] Administration der "Neuen Freien Presse" an Deutsche Gesandtschaft Wien, 13. September 1934. In: Bundesarchiv Koblenz, R 58/784. - Dieser Brief wurde mit einer positiven Stellungnahme der Dt. Gesandtschaft an das AA Berlin, 20. September 1934 weitergeleitet.
[123] Dt. Gesandtschaft an AA Berlin, 5. April 1934. In AA Bonn, Presseabteilung, Österreich 7, Bd. 2. Abschrift im Besitz von Dr. Klaus Amann; und Gestapo an AA Berlin. In: Bundesarchiv Koblenz R 58/784.

aus und über Deutschland (...)." (Dt. Gesandtschaft, 27.6.1934[124] zit nach Steinberger, 1990: 109).

Das Auswärtige Amt ließ daraufhin die "*Beschlagnahmung der ´Neuen Freien Presse´ auf das notwendige Maß*" beschränken (AA, 26.9.1934[125], zit. nach Steinberger, 1990: 109).

"*Die ´Neue Freie Presse´ schien also eine Gratwanderung zwischen Schuschnigg und Hitler zu betreiben. Ihre deutschfreundliche Haltung schien sich zunächst durchaus noch, im Rahmen der Bestrebungen der österreichischen Regierung um gute Beziehungen zum ´Deutschen Reich´ zu bewegen*." (Schirra, 1961: 49f[126], zit. nach Steinberger, 1990: 109f).

Dies lässt auch die Aussage Schuschniggs vermuten, dem an der Erhaltung des Blattes politisch sehr viel lag,

"*weil diese Zeitung das einzige große Wiener Organ war, das auch vor dem Juliabkommen 1936 und dem darin vereinbarten Pressefrieden im Reich tatsächlich zugelassen war. Ich hielt es daher für notwendig, gerade diese Zeitung unbedingt zu erhalten, und für wünschenswert, einen nach außen hin nicht in Erscheinung tretenden Einfluß des Bundespressedienstes gesichert zu wissen*." (Venus, 1998: 142).

Offenbar hoffte die "Neue Freie Presse" auf einen Kompromiss zwischen den Interessen Deutschlands und Österreichs (vgl. Steinberger, 1990: 110) als sie das Juliabkommen 1936, sowie die Aufnahme Guido Schmidts in die österreichische autoritäre Regierung befürwortete. (Vgl. Schirra, 1961: 49f[127], zit. nach Steinberger, 1990: 110.)

Wandruszka hielt sich in seinem Portrait der "Neuen Freien Presse", was den Nationalsozialismus betraf, sehr bedeckt. Es besteht die Möglichkeit, dass er nicht mehr über den Einfluss Deutschlands auf die "Neue Freie Presse" bzw. die Abkommen Stefan von Müllers mit Deutschland in der Zwischenkriegszeit wusste. Dennoch war zu bemerken, dass er zwar über die Versuche der Tschechoslowakei und die Gespräche Benedikts mit Berlin berichtet, jedoch beim Thema Nationalsozialisten nur erwähnte,

[124] Dt. Gesandtschaft an AA, 27. Juni 1934. In: Bundesarchiv Koblenz, R 58/784 (Hauptsicherheitsamt).
[125] AA an Gestapo, 26. September 1934, In: Bundesarchiv Koblenz, R 58/784 (Hauptsicherheitsamt).
[126] Schirra, Rainer (1961): Die öffentliche Meinung und das Juliabkommen 1936. Seine publizistischen und politischen Folgen unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Dr. Guido Schmidts. Wien: Diss.
[127] Ebenda.

dass sich das Blatt in der Berichterstattung beschränken musste, um weiterhin in Deutschland erscheinen zu dürfen[128].

> "*Eine neue Chance schien sich zu eröffnen, da die Regierung Schuschnigg im Abkommen vom 11. Juli 1936 die Zulassung der ´Neuen Freien Presse´ im Deutschen Reich als Gegenleistung für die Zulassung der Essener "Nationalzeitung" in Österreich erwirkt hatte. Allerdings ergaben sich daraus neuerliche Schwierigkeiten in der redaktionellen Arbeit, da sich das Blatt, das den Nationalsozialismus von Anfang an scharf bekämpft hatte, nun, um im Deutschen Reich nicht verboten zu werden, in seiner Kritik am Nationalsozialismus eine gewisse Beschränkung auferlegen mußte*." (Wandruszka, 1958: 146).

Tatsächlich wurde die "Neue Freie Presse" in dem Gentlemen-Agreement zum Juliabkommen am 11. Juli 1936, in dem von der "Essener Nationalzeitung" die Rede ist, mit keinem Wort erwähnt. Es wurden andere österreichische Zeitungen vereinbart, die in Deutschland erscheinen sollten. (Vgl. ADAP, 1950: 232.) Es lässt sich eher vermuten, dass diese Übereinkunft entweder auf anderem Wege getroffen wurde oder bei diesem Abkommen gar keine Übereinkunft notwendig war, da die "Neue Freie Presse" ohnehin davor und danach erscheinen durfte. Venus hält dazu fest, dass es tatsächlich sogar ein bereits ausgesprochenes Verbreitungsverbot gegen die "Neue Freie Presse" aufgrund des Geheimabkommens gab, dies wurde jedoch im letzten Moment widerrufen (vgl. Venus, 1998: 144).

Gerda Steinberger versuchte, einen Grund für Müllers Bestrebungen zu finden, die Zeitung auch im Deutschen Reich zu verkaufen:

> "*Müller argumentierte stets mit der Notwendigkeit dieser Maßnahme aus wirtschaftlichen Gründen. Inwieweit dies tatsächlich der Grund (...) war, ist aus heutiger Sicht schwer nachvollziehbar. Es könnte durchaus sein, dass diese Vertriebspolitik unter Druck der autoritären Regierung erfolgte oder zumindest von*

[128] Gerade Wandruszka hätte vielleicht mehr Informationen haben können, schließlich war er "*seit 1933 in der Bewegung*" und trat "im *April 1938 als SA-Obertruppenführer im Namen der nationalsozialistischen Hörerschaft mit einer Dankadresse aus Anlass des ´Anschlusses´ Österreichs hervor*." (Koop, 2014: 31) Außerdem beantragte er zusammen mit seinem Bruder im Mai 1938 die Mitgliedschaft in der NSDAP, die ihm schließlich ein Jahr später rückwirkend ausgestellt wurde. "*(...) man sehe ihnen das Achtel jüdischen Blutes, das in ihren Adern fließe, nicht an.*" (Koop, 2014: 31). (Vgl. Koop, 2014: 30f.)

der autoritären Regierung bestärkt wurde, da diese die ´Neue Freie Presse´ als Propagandainstrument in Deutschland einzusetzen hoffte. Denn der Verkauf der ´Neuen Freien Presse´im (sic!) Deutschland trug im Gegensatz zu den Vorstellungen Müllers nichts zur Verbesserung der finanziellen Situation der Zeitung bei. (...) im Gegenzug dazu [sank; Anm. d. Verf.] die Anzahl von - vor allem jüdischer - Abonnenten, die gegen eine Vertreibung des Blattes im ´Dritten Reich´ protestierten, (...) rapid." (Steinberger, 1990: 102).

Zusätzlich ist klar, dass der Verlust von vielen jüdischen Beziehern und Inserenten der "Neuen Freien Presse" auch zu einem großen Teil auf der versöhnlichen Haltung der Zeitung und dem überwiegenden Verzicht auf Kritik gegenüber dem Dritten Reich und dem NS- Regime beruhte. (Vgl. Venus, 1998: 144 sowie vgl. Steinberger, 1990: 103.) Dass auch die Chefredaktion den Zusammenhang sah, zeigt ein Angebot an die Deutsche Handelskammer, in dem die "Neue Freie Presse" 1936 als Gegenleistung für die "*Propaganda deutscher Waren*" und "*eine positive Behandlung der Frage des Donauraumes*" Inseratenaufträge aus Deutschland vorschlug, um einen möglichen Abonnentenausfall decken zu können (vgl. Suchenwirth, 6.8.1936[129], zit. nach Steinberger, 1990: 103).

"*Die Annäherung der ´Neuen Freien Presse´ an das ´Deutsche Reich´ bekam jedoch mit der Zeit eine Eigendynamik und nahm Ausmaße an, die in keinem Fall mehr im Interesse der österreichischen Regierung gestanden haben konnten. Die österreichfreundliche Haltung des Blattes schien sich immer mehr auf das Abdrucken amtlicher Pflichtnachrichten zu beschränken, während man Deutschland gegenüber offene Sympathie bekundete*." (Steinberger, 1990: 110).

Zum Beispiel bot die Leitung der "Neuen Freien Presse" der Deutschen Handelskammer und Richard Suchenwirth, dem Mitbegründer der österreichischen NSDAP (Hitlerbewegung), an, sich nicht nur in der "*Frage des Donauraumes*" und der "*Propaganda der deutschen Waren*" wohlwollend zu verhalten, um dadurch deutsche Inseratenaufträge zu erhalten, sondern auch "*der Organisationsstab, der fast durchweg (sic!) jüdisch ist, könnte bei dieser Gelegenheit eine Änderung erfahren*." (Suchenwirth,

[129] Schreiben Suchenwirth an Funk, 6. August 1936. In: Berlin Document Center. Akt Suchenwirth.

6.8.1936[130], zit. nach Steinberger, 1990: 110). Beigelegt war dem Schreiben eine Liste aller Herausgeber, Redakteure, Berichterstatter, Druckereien und Administrateure der "Neuen Freien Presse", die penibel zwischen "Ariern" und "Juden" unterschied[131]. (Vgl. Suchenwirth, 6.8.1936[132], zit. nach Steinberger, 1990: 110.)

Nach Steinberger kann man nur spekulieren, wer bei der Annäherung der "Neuen Freien Presse" an Deutschland die Zügel in der Hand hatte. Einerseits weisen die Unterlagen der deutschen Delegation in Wien immer wieder auf Stefan von Müller hin, andererseits gibt es Beschuldigungen zum Beispiel durch den Kommunisten Viktor Matejka, dem ersten Wiener Kulturstadtrat nach dem Zweiten Weltkrieg. (Vgl. Steinberger, 1990: 111.) Er bezichtigt Ernst Molden in dieser Hinsicht den Ton angegeben zu haben, denn er habe sogar dafür gesorgt, dass eine Zweitausgabe der "Neuen Freien Presse" für das nationalsozialistische Deutschland gefertigt wurde, die er vor der Aussendung gemeinsam mit Franz von Papen überarbeitet hatte (vgl. Matejka, 1989[133], zit. nach Steinberger, 1990: 111). Allerdings konnte Steinberger keinerlei Belege dafür finden, dass so eine zweite Ausgabe für Deutschland existierte und auch im Zuge der Recherche für diese Arbeit wurden keinerlei Nachweise dafür gefunden. Hierfür bedürfte es gezielter Nachforschungen. Es stellt sich die Frage, welchen Sinn eine zweite Ausgabe aber gehabt hätte, wenn auch die erste Ausgabe der "Neuen Freien Presse" eine ausgewiesen deutschfreundliche Haltung einnahm?

Auch Louis Barcata hat damals mit Franz von Papen zusammengearbeitet, so Matejka (Matejka, 10.1.1947[134], zit. nach Steinberger, 1990: 111). Barcata bestritt dies energisch. Laut seiner Aussage "*waren die Redakteure, die größtenteils jüdischer Herkunft waren, alle dagegen, daß die Zeitung in Deutschland verbreitet wurde*." (Barcata, 1989[135], zit. nach Steinberger, 1990: 112.)

Dass sie dennoch geblieben sind, könnte sowohl für die Mitarbeiter als auch für die beiden Chefredakteure auf die von Steinberger (1990: 112) interpretierte "*fatale*

[130] Schreiben Suchenwirth an Funk, 6. August 1936. In: Berlin Document Center. Akt Suchenwirth.
[131] Steinberger vermerkt, das die Liste unvollständig und viele Namen falsch geschrieben wurden, was eine telefonische Übermittlung an Suchenwirth vermuten lässt.
[132] Schreiben Suchenwirth an Funk, 6. August 1936. In: Berlin Document Center. Akt Suchenwirth.
[133] Brief von Viktor Matejka an Steinberger, 6. August 1989 sowie Interview Viktor Matejka, 25. August 1989 durch Steinberger.
[134] Viktor Matejka an Hans Winge, 10.1.1947. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: 18.861/158 sowie Interview Matejka durch Steinberger.
[135] Interview mit Louis Barcata, 8.8.1989 durch Gerda Steinberger.

Fehleinschätzung der Situation" zurückzuführen sein. Stefan von Müller hatte selbst nach dem "Anschluss" 1938 daran geglaubt, als "*privilegiertes Judenblatt*" des Deutschen Reichs weiter erscheinen zu können und gab den strikten Auftrag, die Redakteure sollten keine jüdischen Notizen weglassen. (Vgl. Meysels, 1944: 5[136], zit. nach Kainz/Unterberger, 1998: 150). Jedoch gingen die Wünsche nicht in Erfüllung: "*Stephan von Müller, der das Blatt bereits vor 1938 auf nationalen Kurs zu bringen versucht hatte, wurde für seine Bemühungen nicht bedankt und nahm sich Ende Mai 1938 nach mehreren Gestapoverhören das Leben*." (Venus, 1998: 153).

Die letzte Ausgabe der "Neuen Freien Presse" erschien am 31. Jänner 1939. Am nächsten Tag wurde sie mit dem "Neuen Wiener Journal" und dem "Neuen Wiener Tagblatt" zusammengelegt, das bis zum Kriegsende weiter existieren durfte. (Vgl. Paupié, 1960: 150 sowie vgl. Skalnik, 1964: 19.)

[136] Meysels, Theodor F (1944): Die erste Woche. Notizen eines österreichischen Journalisten. Jerusalem: Verlag Willy.

4. Der österreichische Nationalsozialismus

4.1 Die Anfänge

Die Wurzeln der NSDAP reichen bis ins Jahr 1849 zurück. Eine große Rolle spielt dabei die Stellung Österreichs im Deutschen Bund, bei der deutschen Einigungsfrage und beim "Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland gegen Preußen" (Jagschitz, 1990: 231). Nachdem in der Frankfurter Nationalversammlung 1849 der Grundstein für eine kleindeutsche Lösung, also auch für den Ausschluss Österreichs gelegt wurde, entstanden zwei Gruppen: Die Anhänger der "großösterreichischen Lösung" mit Einbindung der slawischen Völker und die Klein- und Alldeutschen, die Österreich als Einheit mit Deutschland in einem deutschen Staat mit preußischer Führung sahen, auch wenn dafür die Habsburgermonarchie zerfiele. (Vgl. Jagschitz, 1990: 231.)

Eine zentrale Gestalt in dieser deutschnationalen Bewegung während der Habsburgermonarchie war Georg Ritter von Schönerer. Der Reichsratsabgeordnete schöpfte seine deutschnationale Philosophie aus der Niederlage von Königgrätz und der deutschen Reichsgründung nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. (Vgl. Beutl, 2001ª: 20.) Alois Ciller schrieb über ihn: "*Mutig und rücksichtslos setzte er sich für die reinen Belange des Deutschtums ein und eröffnete mit wenigen Gesinnungsgenossen den schärfsten Kampf gegen Liberalismus, Judentum, Klerikalismus und die slawenfreundliche Politik der Dynastie*." (Ciller, 1932: 19.) Der Bewunderer des deutschen Kanzlers Bismarck und der Hohenzollern ernannte sich selbst zum Feind der Habsburgermonarchie. Dies machte Schönerer zu einer Integrationsfigur für die Deutschnationalen und zu ihrem "Führer", dessen Gefolgschaft sich zum Großteil aus deutschnationalen Studenten und Burschenschaftlern aus Wien, Graz oder Innsbruck zusammensetzte. 1881 gründete er als Abgeordneter des österreichischen Reichsrates die Deutsche Volkspartei, aus der die Alldeutsche Partei hervorging. Ein Jahr später leistete er einen großen Beitrag zum "Linzer Programm"[137]. In diesem ersten ideologischen Manifest verlangten die Deutschnationalen die Vorherrschaft der deutschsprachigen Bevölkerung in der Monarchie. (Vgl. Beutl, 2001ª: 20.)

[137] Zum genauen Wortlaut des "Linzer Programms" siehe Brandstötter, 1969: 371ff.

Diese Art des radikalen Antisemitismus war bis dahin kaum bekannt - nun entwickelte sich Schönerer zu dessen lautestem Verfechter (vgl. Beutl, 2001[a]: 20):

> "*Die Einführung eines "Arierparagraphen" in das "Linzer Programm", die Forderung nach "Rassentrennung", germanische Heldenverehrung, Bismarckkult und die absurde Erhöhung des Deutschnationalismus zur Religion, zur Glaubenssache kennzeichneten fortan seine Politik und seine Weltanschauung*." (Beutl, 2001[a]: 20f).

Sein Gefolge nannte sich nun "Schönerianer", ihre eigens entwickelte Symbolik und Liturgie war durchwachsen von Antisemitismus. Dazwischen gab es deutsche Kampflieder, Sonnwendfeiern, germanische Kalender, deutsche Essensregeln, den "Heilgruß" und Kornblumen als Symbol. (Vgl. Beutl, 2001[a]: 21.) Für Schönerer war der Krieg die Grundlage des politischen Lebens und Gewalt eine Notwendigkeit. (Vgl. Whiteside, 1981: 11,263.) Er provozierte die staatlichen Behörden absichtlich, um sich dann über seine Verfolgung zu beschweren. Eine Vorgangsweise, die auch später für die Nationalsozialisten typisch war. (Vgl. Pauley, 1988: 32.) In den 1880er Jahren führte Schönerer auch Kampagnen gegen die liberalen Wiener Zeitungen und erzielte damit Erfolge. Er nahm dazu in mehreren Massenversammlungen Stellung und hatte auch etliche Prozesse wegen Ehrenbeleidigung zu führen. (Vgl. Beutl, 2001[a]: 21 sowie vgl. Hamann, 1996: 352f.) In seinen Hassreden sprach Schönerer von "*sensationslüsternen jüdischen Preßbestien*" (Hamann, 1996: 352). Wegen eines Zwischenfalls in der Redaktion des "Neuen Wiener Tagblatts" - er hatte Redakteure mit Stockhieben verprügelt, weil sie den Tod von Kaiser Wilhelm I. verfrüht kolportiert hatten - wurden ihm seine Adelstitel und sein Reichsratsmandat aberkannt und er saß vier Monate im Gefängnis. (Vgl. Beutl, 2001[a]: 21.) Danach ging es für den Deutschnationalen bergab. Seine Forderung nach blindem Gehorsam führte dazu, dass sich einer seiner engsten Mitarbeiter Karl Hermann Wolf und dessen deutschradikale Anhänger 1902 von der Alldeutschen Partei abwandten. Auch durch seine "Los von Rom"-Bewegung und die damit geforderte Konvertierung aller deutschösterreichischen Katholiken zum Protestantismus verlor er viele Unterstützer. Für Schönerers Zeitgenossen, für Hitler und nach Meinung der Historiker war diese Politik sein schlimmster Fehler, den er nicht wiedergutmachen konnte. Dies zeichnete sich auch bei den Parlamentswahlen von 1907

ab. Während im Jahr 1901 noch 21 Alldeutsche gewählt wurden, waren es nun nur noch drei. (Vgl. Pauley,1988: 34.)

Die Deutschnationalen waren zu dieser Zeit nicht in der Lage, sich zu einer einheitlichen Partei zusammenzuschließen und einen Führer dieser Partei zu bestimmen. Dies war ein Grund für das Scheitern des Deutschnationalismus der Vorkriegszeit (vgl. Pauley, 1988: 34):

> "*Die Deutschnationalen blieben nach wie vor auf eine verwirrende Anzahl von Parteien, Klubs und Vereinigungen aufgesplittert, deren Namen ständig wechselten. Bis zur Vereinnahmung durch die österreichischen Nationalsozialisten nach 1933 blieb dieser eingewurzelte Parteigeist Grundcharakter der Deutschnationalen. Und sogar dann gingen ihre Streitigkeiten noch weiter.*" (Pauley, 1988: 34).

4.2 Die Deutsche Arbeiterpartei

Neben unterschiedlichsten Einflüssen und Traditionen, die die NSDAP in sich aufnahm - Antisemitismus, Antimarxismus, Antiklerikalismus, Antiliberalismus, das Heil-Rufen und das Hakenkreuz (vgl. Jagschitz, 1990: 233f) -, war ihr direkter Vorläufer die Deutsche Arbeiterpartei, die 1903 in Aussig an der Elbe (Ustí nad Labem) gegründet wurde. (Vgl. Beutl, 2001[a]: 22.) Gesinnungstechnisch trat die DAP in die Fußstapfen Schönerers: "*In ihrer Unvernunft, ihrem gewissenlosen Opportunismus, ihrer nationalistischen Arroganz und ihrem Rassismus erwies sich die Partei deutlich als Erbe Schönerers.*" (Pauley, 1988: 36.) Sie war "*zunächst nicht viel mehr als eine deutschnationale Gewerkschaft*" (Jagschitz, 1990: 235) und hatte den Nationalismus und Antiklerikalismus, vorerst noch weniger den Antisemitismus zur Grundlage. Trotzdem war die DAP eine völkische Kampfpartei, da sie in einem der Zentren des Nationalitätenkampfes entstanden war und sich vor allem an ethnischen Misch- und Grenzgebieten ausgebreitet hatte. (Vgl. Jagschitz, 1990: 235.) 1904 nahm sie an ihrem ersten Parteitag in Trautenau (Trutnov) ihr Parteiprogramm einstimmig an:

> *Die Deutsche Arbeiterpartei erstrebt die Hebung und Befreiung der arbeitenden deutschen Volksschichten aus dem Zustande ihrer heutigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Unterdrückung. (...) Wir sind eine freiheitliche nationale Partei, welche mit aller Schärfe die reaktionären Bestrebungen, die feudalen, klerikalen und kapitalistischen Vorrechte sowie jeden fremdvölkischen Einfluß bekämpft. Die Geltendmachung von Arbeit und Wissen in Staat und Gesellschaft ist das Ziel - die wirtschaftliche und politische Organisation des arbeitenden deutschen Volkes das Mittel zur Erreichung dieses Zieles der Deutschen Arbeiterpartei*. (...)." (Ciller, 1932: 41f, 135ff).

Zwischen 1907 und 1910 machte die Deutsche Arbeiterpartei erste Fortschritte. Dies war dem Eisenbahningenieur Rudolf Jung und dem 1909 zur Partei gestoßenen Rechtsanwaltsanwärter Walter Riehl zuzuschreiben. 1911 konnte die DAP bei den Reichsratswahlen drei Mandate erringen. (Vgl. Beutl, 2001[a]: 22 sowie vgl. Jagschitz, 1990: 235.) Sie unterstützte, im Gegensatz zu den Alldeutschen Schönerers, die

Habsburgermonarchie bis zum Ende des ersten Weltkriegs, sprach sich aber auch für ein Bündnis mit Deutschland aus. Als 1913 in Iglau (Jihlava) ein neues Parteiprogramm erstellt wurde, lautete das Motto der Deutschen Arbeiterpartei "*Arbeit in deutschen Gebieten nur für deutsche Arbeiter!*". Im neuen Programm, das allerdings das Trautenauer Ursprungs-Programm nur gering ergänzte, wurde hinzugefügt, dass die Partei "*allen mittelalterlichen, klerikalen und kapitalistischen Privilegien ebenso den Kampf ansagen* [würde; Anm. d. Verf.], *wie allen fremdvölkischen Einflüssen, ganz besonders dem ständig wachsenden jüdischen Geist im öffentlichen Leben*". (Fodor, 1939: 163[138], zit. nach Pauley, 1988: 36). Im Vergleich zu den bürgerlichen deutschnationalen Parteien lag der Antisemitismus jedoch noch weit unten auf der Liste der Dringlichkeiten. (Vgl. Pauley, 1988: 36.)

4.2.1 Dr. Walter Riehl und die Deutsche Arbeiterpartei

Die für diese Arbeit wichtigste Person der Deutschen Arbeiterpartei war Dr. Walter Riehl, der später die Zeitung "Deutsche Arbeiter-Presse" leitete und auch teilweise in Konkurrenz mit Hitler trat. (Daher wird im Folgenden der Werdegang der Deutschen Arbeiterpartei hin zur DNSAP mit besonderem Augenmerk auf Dr. Walter Riehl und dessen Beziehung zu Hitler beschrieben).

Walter Riehl war in jungen Jahren erst Sozialdemokrat, bevor er sich aber schon um 1903 zumindest innerlich von der Sozialdemokratie abwandte (vgl. Pauley, 1988: 37). "*Er selbst bevorzugte eine demokratische Entwicklung von der Wurzel her, eine Einstellung, die zwanzig Jahre später zum Bruch mit Adolf Hitler führte*." (Pauley, 1988: 37). Riehl begann sich etwa 1908 in Reichenberg für die "Jungmannenbewegung" zu engagieren - eine Vereinigung von proletarischen Arbeitern, Gesellen und Handwerksburschen, die ihren Leitsätzen zufolge parteilos und unpolitisch waren. Dort perfektionierte er sein Redetalent und entwickelte seine Neigung für einen Aktionismus, der den Burschenschaften nicht unähnlich war. (Vgl. Wladika, 2005: 550.) Mit ihnen kämpfte er gegen die "tschechische Lohndrückerei", was zu seiner endgültigen Trennung von der

[138] Fodor, M.W. (1939): Plot and Counterplot in Central Europa. London: Harper & Brothers.

Sozialdemokratie führte. In der Bewegung stieg er rasch auf, entwickelte sich zum "Rattenfänger" der jungen Bewegung und gründete an mehreren Orten weitere Jungmannen-Vereinigungen, in denen er als Organisator und Führer fungierte. (Vgl. Wladika, 2005: 551.) Als Vertreter der "Jungmannen" lud man ihn Ende Oktober 1909 zur ersten Reichskonferenz der vereinigten Deutschen Arbeitnehmerverbände und gleichzeitig zur Parteikonferenz der DAP nach Prag ein. Nach der Konferenz richtete Riehl die Jungmannenbewegung auf die Deutsche Arbeiterpartei aus und als er wieder zurück in Reichenberg war, gründete er gemeinsam mit Ing. Rudolf Jung, der auch bei der Parteikonferenz war, eine Parteiorganisation der DAP in der Stadt. (Vgl. Brandstötter, 1969: 68ff.) Im Jahr 1911 erreichte die Deutsche Arbeiterpartei dank Riehls gefühlsbetonter Rednergabe 26.000 Stimmen, während die Alldeutschen Schönerers nur noch 7000 Stimmen erlangten und allmählich verschwanden. (Vgl. Whiteside, 1963: 9[139], zit. nach. Pauley, 1988: 38.)

Im Ersten Weltkrieg wurden zahlreiche Mitglieder der Deutschen Arbeiterpartei in den Kriegsdienst einberufen, so auch Walter Riehl. Während Riehls Abwesenheit wurde die Führung der Partei von Jung, Burschofsky, einem der Parteigründer, und dem aggressiven Gewerkschafter Walter Gattermayer übernommen. Gattermayer war es auch, der 1918 vorschlug, die Deutsche Arbeiterpartei aus Propagandazwecken in "Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP)" umzubenennen. (Vgl. Pauley, 1988: 38f sowie vgl. Beutl, 2001[a]: 23.) Dies geschah dann auch, als der Erste Weltkrieg zu Ende war. Die Organisation teilte sich in eine sudetendeutsche und in eine österreichische Vereinigung, die sich in "Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei" umbenannte. Sie richteten sich auf eine neue Zielgruppe aus und formulierten ihr Parteiprogramm um (vgl. Ciller, 1932: 140ff). Dabei leistete nicht nur der erneute geschäftsführende Obmann Riehl seinen Beitrag, sondern Ing. Rudolf Jung übernahm den wichtigsten Teil der Arbeit am Programm. Seine publizierte "theoretische" Studie zeigte deutliche Ähnlichkeiten zu Hitlers späteren Schriften und seinem Gedankengut. (Vgl. Jung 1922[140], zit. nach Beutl, 2001[a]: 23.) Zum wichtigsten Ziel erklärte die DNSAP

[139] Whiteside, Andrew G. (1963): The Deutsche Arbeiterpartei, 1904 - 1918: A Contribution to the Origins of Fascism. Austrian History Newsletter. Nr. 4. S. 3-14.

[140] Jung, Rudolf (1922): Der nationale Sozialismus. Darin finden sich bereits Grundsätze wie "Gemeinnutz vor Eigennutz", "Würde der schaffenden Arbeit" und das "rücksichtslose Bekenntnis zum Deutschen

den "*nationalen deutschen Einheitsstaat, also Alldeutschland*" (Jung, 1922: 89) und demnach einen raschen "Anschluß" Österreichs an das Deutsche Reich, wozu sie sich auch bei der konstituierenden Nationalversammlung 1918 bekannten. (Vgl. Beutl, 2001[a]: 23f.) Doch damit waren sie nicht alleine. Wie bereits dargelegt, befürworteten zu dieser Zeit zahlreiche Parteien einen Anschluss an Deutschland. Für Jagschitz war dies und der Umstand, dass die Sozialdemokratie eine glaubwürdigere Arbeitnehmerpolitik vertrat, ein Grund für die Abwärtsbewegung der Partei. Bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung 1919 erreichten sie nicht einmal ein Prozent. (Vgl. Jagschitz, 1990: 235.)

4.2.2 Riehl und die NSDAP Deutschlands

Walter Riehl gründete um 1919 eine "Zwischenstaatliche Kanzlei", die dem Redner- und Materialaustausch und Kooperationen zwischen österreichischen und deutschen nationalsozialistischen Parteien dienen sollte. (Vgl. Beutl, 2001[a]: 24 sowie vgl. Jagschitz, 1990: 236).

Inzwischen hatte Anton Drexler in München einen politischen Arbeitszirkel gegründet, dem auch Karl Harrer, Mitglied der völkisch-antisemitischen Thule-Gesellschaft, im Oktober 1918 beiwohnte. Bereits im Jänner 1919 gründeten sie die Münchner Deutsche Arbeiterpartei[141]. Hitler war zu dieser Zeit Mitglied der Reichswehr und erhielt den Auftrag, einer Veranstaltung der DAP beizuwohnen und diese zu observieren. Er war offenbar von der DAP überzeugt, denn bereits vier Tage später schloss er sich der Partei an, trat dem Arbeitsausschuss bei und war von da an für die Propaganda zuständig. Zu dieser Zeit hatte die Partei noch keine hundert Mitglieder. (Vgl. Piper, 2012: 14f.) Bald darauf begann die allmähliche Entmachtung Drexlers durch Hitler, die ihn am 29. Juli 1921 zum Vorsitzenden der NSDAP machte[142]. (Vgl. Beutl, 2001[a]: 24 sowie vgl. Piper, 2012: 25.)

Volke". Die Grundsätze wurden unter dem Schlagwort "nationaler Sozialismus" zusammengefasst. (vgl. Beutl, 2001a: 23).

[141] Der Name der Partei hatte keinen Bezug zu der gleichnamigen Partei, die 1903 in Nordböhmen gegründet wurde (vgl. Beutl, 2001: 24).

[142] Kurz nach Hitlers Formulierung des Parteiprogramms, an dem eventuell auch der Vorsitzende Drexler mitwirkte, und dessen Vortrag im vollen Festsaal des Hofbräuhauses am 24.2.1920, wurde die Partei in NSDAP umbenannt. (Vgl. Piper, 2012: 19.)

Am 7. Dezember 1919 fand die erste zwischenstaatliche Vertretertagung der nationalsozialistischen Parteien statt. Ihr wohnten Nationalsozialisten aus Polen, der Tschechoslowakei, Österreichs und Deutschlands bei, und so konnte die österreichische DNSAP Kontakt mit der deutschen DAP herstellen. (Vgl. Beutl, 2001[a]: 25.) "*Zu diesem Zeitpunkt begann bereits der Einfluß der Münchner Nationalsozialisten, die nun der Zwischenstaatlichen Kanzlei beitraten, auf die Österreicher*".(Brandstötter, 1969: 159,162[143], zit. nach Pauley, 1988: 43). Es begann ein Austausch von Materialien und Rednern zwischen Wien und der bereits unter dem Einfluss Hitlers stehenden Münchner Partei. Als die deutsche Partei sich in "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" umbenannte, änderte Anfang 1920 auch die österreichische Parteiorganisation ihre Bezeichnung. Die von Riehl im Februar 1920 entworfene Hakenkreuzfahne wurde am 1. Mai des Jahres erstmalig gehisst (vgl. Schilling, 1933: 378f). Gleichzeitig hatte auch Hitler eine eigene Hakenkreuzfahne entworfen, anscheinend unabhängig von Riehl. (Vgl. Beutl, 2001[a]: 25 sowie vgl. Pauley, 1988: 43.) Im Zuge des österreichisch-deutschen Redneraustauschs hielt auch Hitler mehrere Versammlungen in Österreich ab und im Februar 1923 veröffentlichte er einen Artikel in der "Deutschen Arbeiter-Presse" (vgl. Schilling, 1933: 308). Die österreichischen und sudetendeutschen Nationalsozialisten, u.a. Riehl, Jung und Gattermayer, sprachen im Gegenzug in Deutschland und Riehl veröffentlichte einige Artikel im "Völkischen Beobachter", dem offiziellen Organ der deutschen Nationalsozialisten. Zwischen 1920 und 1923 wurden sogar Briefe zwischen Riehl und Hitler ausgetauscht, in welchen sich die beiden formlos mit "Du" ansprachen (vgl. Schilling, 1933: 331). (Vgl. Pauley, 1988: 43.) Zu Beginn der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit behielten die nationalsozialistischen Parteien ihre absolute taktische Freiheit (Hanisch, 1977: 403[144], zit. nach Pauley, 1988: 43). Als Hitler aber 1921 Vorsitzender der Münchner NSDAP wurde und die deutsche Partei die österreichischen und sudetendeutschen Nationalsozialisten Mitte 1922 zahlenmäßig überflügelte, stellte er klar, dass er sich in keinster Weise unterordnen werde. "*Da Hitler seine diktatorischen Befugnisse über die deutschen Nationalsozialisten bereits gefestigt hatte, hatte er nicht*

[143] Brandstötter, Rudolf (1969): Dr. Walter Riehl und die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich. Wien: Diss.

[144] Hanisch, Ernst (1977): Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913 - 1925). In: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Bd. 117. S. 371-410.

die Absicht, einen Widerspruch gegenüber seiner Politik durch die kleineren österreichischen und sudetendeutschen Parteien zu dulden." (Pauley, 1988: 45). Vielmehr erhob er den Führungsanspruch auf alle nationalsozialistischen Parteien (vgl. Jagschitz, 1990: 236). Damit hatten besonders die älteren und gemäßigteren österreichischen Nationalsozialisten zu kämpfen: "*Hitlers Drang nach Alleinherrschaft (...), der Angriff auf die Unabhängigkeit der österreichischen Nazis 1923 und noch einmal 1926 stellte nur ein Vorspiel zu dem nationalen Dilemma 1938 dar*." (Pauley, 1988: 45).

4.2.3 Walter Riehls Austritt aus der Partei

> "*Schon im Jahre 1923, anlässlich des Parteitages in Salzburg, da die Nationalsozialisten unter meiner Obmannschaft bereits eine Mitgliederzahl von 57.000 Eingeschriebenen in Österreich erreicht haben, gab es zwischen mir als Gründer und Obmann der Partei und der damals vorwiegend über Bayern verbreiteten organisatorisch mit uns nicht zusammenhängenden Münchner NSDAP einen schwerwiegenden Konflikt, der im Grunde genommen die Ursache des ersten Zusammenbruchs der Bewegung in Österreich im Jahre 1923 war und zur Niederlage der Obmannschaft nach dem Parteitag durch mich im September 1923 führte*." (Riehl, 1934: 1).

Bei der letzten gemeinsamen Tagung der Nationalsozialisten im August 1923 in Salzburg wurde das Vorgehen bei den nächsten Wahlen diskutiert. Ein Koalitionsangebot der bürgerlichen Großdeutschen Volkspartei war Mittelpunkt der Diskussion. Der einzige, der dieses Angebot annehmen wollte, war Dr. Walter Riehl. Für ihn war eine Koalition die einzige Chance der Partei, Abgeordnete in den Nationalrat zu entsenden und dies als Plattform für ihre Propaganda zu nutzen. (Vgl. Riehl, 1930[145], zit. nach Pauley, 1988: 46.) "*Hitler, der in späteren Jahren selbst eine ähnliche Politik betrieb, lehnte diese im Jahr 1923 zugunsten einer bewaffneten Revolution ab*." (Pauley, 1988: 46). So folgten Abstimmungen, bei denen Riehl sowohl während der Konferenz als auch später vom Führerrat mit Hitler als Vorsitzenden überstimmt wurde. Jung hatte Riehls Vorschlag vor der Tagung für kurze Zeit befürwortet. Stärkere Unterstützung kam von Gattermayer,

[145] Bericht von Walter Riehl bei der Wahl im November 1930. In: Bundesarchiv Koblenz, BRD: Sammlung Schumacher: 305 2:3.

dem Gewerkschaftsführer der Nationalsozialisten. Allerdings stimmte Karl Schulz, Riehls Stellvertreter und Gauleiter von Wien, gegen eine Koalition. Er glaubte, die Partei sei für einen Wahlkampf zu arm und sollte ihre Mittel lieber in den neuen "Vaterländischen Schutzbund" oder die Parteipresse investieren. So verlor Riehl die Abstimmung mit sieben zu eins (vgl. Linzer Volksstimme, 22.8.1923: 1f; und vgl. Carsten, 1977: 81[146], beide zit. nach Pauley, 1988: 46). Die Parlamentswahlen im Oktober fanden daraufhin ohne die Nationalsozialisten statt. (Vgl. Pauley, 1988: 46.)

Infolgedessen entschloss sich Riehl, aus "gesundheitlichen Gründen" sowohl seinen Vorsitz in der österreichischen NSDAP als auch in der Zwischenstaatlichen Kanzlei niederzulegen. Im darauffolgenden Herbst schickte er einen Brief an einen Journalisten, von dem auch Hitler eine Kopie bekam. (Vgl. Pauley, 1988: 46.) Darin schrieb er, dass der Vollzugsausschuss, der gegen ihn gestimmt hatte, "*aus den Radikalsten der Radikalen*" bestanden habe und die neuen österreichischen nationalsozialistischen Führer "junge Fanatiker" seien (Riehl, 1923: 74[147], zit. nach Pauley, 1988: 46). Um nicht mit dem kommenden (Münchner) Putsch in Verbindung gebracht zu werden, habe er seine Ämter zurückgelegt. Er sei damals schon der Meinung gewesen, der Putsch könne nur in einer Katastrophe enden. (Vgl. Riehl, 1923: 74[148], zit. nach Pauley, 1988: 46.) Riehl war es unerträglich, den bayerischen Nationalsozialisten zuzusehen, wie diese von der Schwächung der österreichischen antimarxistischen Kräfte profitierten (vgl. Riehl, 1923: 74[149], zit. nach Pauley, 1988: 46). Nur sein alter Kamerad Jung unterstützte Riehl nach dessen Rücktritten, indem er einen offenen Brief an die österreichische Parteiführung schrieb. Er kritisierte einen Artikel aus der "Deutschen Arbeiter-Presse" vom 25. August 1923, der, betitelt mit "Kampf, nicht Wahl", nur als Aufruf zum Putsch verstanden werden konnte. (Vgl. Offener Brief an Jung, o.J. [150], zit. nach Pauley, 1988: 46f) Er

---

[146] Carsten, F.L. (1977): Fascist Movements in Austria: From Schönerer to Hitler. Sage Studies in 20th Century History. Hg. Walter Laqueur und George L. Mosse. London und Beverly Hills, Cal.: Sage Publications.

[147] Riehl an Anton Funk mit einer Kopie an Hitler, 24. August 1923. In: National Archives, Washington D.C.: Microfilm, Captured German Documents: T-84, R. 5/3971 - 74.

[148] Riehl an Anton Funk mit einer Kopie an Hitler, 24. August 1923. In: National Archives, Washington D.C.: Microfilm, Captured German Documents: T-84, R. 5/3971 - 74.

[149] Riehl an Anton Funk mit einer Kopie an Hitler, 24. August 1923. In: National Archives, Washington D.C.: Microfilm, Captured German Documents: T-84, R. 5/3971 - 74.

[150] Offener Brief an Rudolf Jung, o.J.: In: National Archives, Washington D.C.: Microfilm, Captured German Documents: T-84, R. 5/3970 - 80.

übernahm Riehls Vorsitz in der Zwischenstaatlichen Kanzlei und Schulz folgte Riehl als Parteiobmann der österreichischen Nationalsozialisten nach. (Vgl. Pauley, 1988: 46.)
Anfang November 1923 schied Riehl auch als Herausgeber der "*Deutschen Arbeiter-Presse*" aus (vgl. Beutl, 2001[a]: 28). Bei der nächsten Reichskonferenz der deutschen Nationalsozialisten im Februar 1924 mit Jung, Knirsch, dem bei dem Putsch verletzten Göring und anderen seit dem Putsch in München gesuchten Nationalsozialisten, war Dr. Riehl eines der Hauptthemen. Er hatte mit seiner Ansicht Recht behalten, denn schließlich hatte der Putsch in einer Katastrophe geendet (vgl. Riehl, 1923: 74[151], zit. nach Pauley, 1988: 46). Nach Hitlers Haftstrafe, die er wegen des Putsches bis Dezember 1924 verbüßen musste, musste auch Hitler seine Taktik ändern und an Wahlen teilnehmen. Für die Konferenz war es nun schwierig, ihre geänderte Politik zu rechtfertigen und Riehl trotzdem nicht Recht zu geben. Also beschlossen sie, Riehl zu beschuldigen, dem Führer gegenüber zu wenig Glauben und Treue entgegengebracht zu haben. Dies wäre aber notwendig gewesen, denn man dürfe eine Revolution nicht einfach vorher verkünden. Deshalb sei er in der Abstimmung zur Wahl überstimmt worden. (Vgl. Brandstötter, 1969: 211ff sowie vgl. Pauley, 1988: 48.)
Man setzte ein Schiedsgericht zur Klärung des "Falls Riehl" ein und am 15. April 1924 wurde er von der Parteiführung wegen parteischädigendem Verhalten ausgeschlossen. (Vgl. Beutl, 2001: 28 sowie vgl. Brandstötter, 1969: 214.) Er hatte seine Anschauungen in parteifremden und noch dazu "jüdischen" Zeitungen verbreitet. Dagegen musste die Parteileitung etwas unternehmen, denn das Erörtern von Ansichten, die mittelbar oder unmittelbar die grundsätzlichen oder taktischen Ansichten der Partei behandelten war nur in der Parteipresse erlaubt. (Vgl. Brandstötter, 1969: 213f.)

4.2.4 Unterschiede zwischen Riehl und Hitler

Trotz der Differenzen zwischen Dr. Walter Riehl und Adolf Hitler, die schließlich zu Riehls Austritt aus der Partei geführt hatten, gab es zwischen den beiden auch Ähnlichkeiten in ihrer politischen Leitlinie. Sie waren beide für eine straffe Zentralregierung, jedoch befürwortete Riehl nur eine zeitlich begrenzte autoritäre Führung. Das Parlament wurde

[151] Riehl an Anton Funk mit einer Kopie an Hitler, 24. August 1923. In: National Archives, Washington D.C.: Microfilm, Captured German Documents: T-84, R. 5/3971 - 74.

sowohl von Riehl als auch von Hitler als Hindernis für energische Entschlüsse angesehen und beide Männer sprachen sich für einen Anschluss an Deutschland und gegen den Eintritt des Landes in eine Donauföderation aus. Hitler und Riehl teilten den Antisemitismus, denn auch Riehl machte die Juden für fast alle Probleme in Österreich verantwortlich und versuchte, den jüdischen Einfluss, ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechend, zu reduzieren. Doch im Gegensatz zu Hitler pflegte Riehl trotzdem gesellschaftliche Verbindungen mit Juden. (Vgl. Pauley, 1988: 40[152].)

> "*Trotz vieler Ähnlichkeiten gab es aber grundlegende Unterschiede zwischen den beiden Männern, die sich in Hitlers hellaufloderndem Brand des Nationalsozialismus und der relativen Mäßigung wenigstens einiger der österreichischen Nationalsozialisten widerspiegelten*." (Pauley, 1988: 40).

Riehl wird als typischer Österreicher beschrieben - freundlich, gemütlich und hilfsbereit , während Hitler den kaltschnäuzigen Preußen verkörperte. Außerdem nahm Riehl als früherer Sozialdemokrat im Gegensatz zu Hitler den Sozialismus im Nationalsozialismus ernst. Darüber hinaus spielte auch der Altersunterschied zwischen den beiden eine Rolle. Hitler war acht Jahre jünger als Riehl, wodurch seine aufständische und erbarmungslose Politik eher die Jüngeren der österreichischen Nationalsozialisten ansprach. (Vgl. Pauley, 1988: 40[153] sowie vgl. Brandstötter, 1969: 215f.) Auch in ihrer Idee der inneren Organisation der Partei unterschieden sich die beiden Männer grundlegend. Wie ihre tschechoslowakische Bruderpartei blieb ein Teil der österreichischen NSDAP bis zu ihrem Ende 1934 - trotz ihrer scharfen Kritik am Parlamentarismus - vergleichsweise demokratisch. (Vgl. Pauley, 1988: 40.)

Betrachtet man den Einfluss der österreichischen Nationalsozialisten auf die Entstehung der deutschen Bewegung, stößt man auf unterschiedliche Ansichten. Hitler selbst hatte sich in "Mein Kampf" zu seiner geistigen Anlehnung an Georg Ritter von Schönerer bekannt, jedoch keinen der Führer der österreichischen Deutschen Arbeiterpartei

---

[152] Zu den Ähnlichkeiten zwischen Hitler und Riehl führt Pauley folgende Referenzen an: Linzer Volksstimme, 20.8.1923, S. 1; Schilling, Alexander (1933): Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus. Mit einem Anhang: Hitler in Österreich. Leipzig: Forum Verlag. S. 96, 352; Brandstötter, Rudolf (1969): Dr. Walter Riehl und die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich. Wien: Diss. S. 19; Hitler, Adolf (1927): Mein Kampf, München. S.79; Ciller, Alois (1939): Deutscher Sozialismus in den Sudetenländern und der Ostmark. Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt, S. 139;

[153] Hinsichtlich der Gegensätze zwischen Hitler und Riehl gibt Pauley folgende Werke an: Hitler, Adolf (1927): Ebenda. S. 102; Schilling, Alexander (1933): Ebenda. S. 85;

erwähnt. Auch gibt es keine Beweise, die einen direkten Zusammenhang zwischen Hitler und den österreichischen Nationalsozialisten der Vorkriegszeit herstellen würden (Kele, 1977: 3[154], zit. nach Pauley, 1988: 39), was auch der Historiker Whiteside feststellt (Whiteside, 1963: 3[155], zit. nach Pauley, 1988: 39). Andererseits hat Max H. Kele eine interessante These:

> "*Wir wissen, daß der junge Hitler ein eifriger Zeitungsleser und Beobachter der völkischen Politik war. Während dieser Jahre war das Hauptquartier der DAP im gleichen Wiener Bezirk, in dem Hitler wohnte. Er hätte taub und blind sein müssen, um den Flugschriften, Zeitungen und Versammlungen der österreichischen Nazis zu entgehen*." (Kele, 1977: 3[156], zit. nach Pauley, 1988: 39).

Hitler selbst stellte in einer Ansprache im August 1920 in Salzburg fest: "*Ich schäme mich geradezu, daß erst heute, nach so vielen Jahren die gleiche Bewegung, die in Deutschösterreich schon 1904 begonnen hat, im Deutschen Reiche Fuß zu fassen beginnt.*" (Willling, 1962: 95[157], zit. nach Pauley, 1988: 39).

4.2.5 Die Partei ohne Riehl

"*Nach dem Rücktritt Walter Riehls 1923 fand die Partei keinen wirklich zufriedenstellenden Führer mehr. Karl Schulz wurde von den älteren und eher konservativen Mitgliedern anerkannt, aber nicht von den jungen Radikalen, die sich Adolf Hitler zuwandten*." (Pauley, 1988: 59.) So könnte man die österreichische NSDAP ab 1923 in drei unterschiedliche Gruppierungen gliedern (vgl. Beutl, 2001[a]: 27):

- Die Hitler-Anhänger, meistens jung und fanatisch. Sie wollten die revolutionären "Münchner Methoden" und die faschistischen Strukturen dieser Kampfbewegung, die auf einer völkischen Diktatur aufbaute, auch in Österreich sehen.

---

[154] Kele, Max (1977): The Evolution of Austrian National Socialism from an Indigenous Party to an Appendage of Hitler´s Movement. Unveröffentlichtes Manuskript für die Southern Historical Association convention, New Orleans, La., November 1977.
[155] Whiteside, Andrew G. (1963): The Deutsche Arbeiterpartei, 1904 - 1918: A Contribution to the Origins of Fascism. Austrian History Newsletter. Nr. 4. S. 3-14.
[156] Kele, Max (1977): The Evolution of Austrian National Socialism from an Indigenous Party to an Appendage of Hitler´s Movement. a.a.O.
[157] Willing, Franz Georg (1962): Die Hitlerbewegung:1: Der Ursprung:1919 - 1922. Hamburg/ Berlin: v.Decker´s Verl. Schenk.

- Die spätere Schulzgruppe oder NSDAP Österreichs unter Karl Schulz. Diese Partei orientierte sich weiter nach dem "alten" Nationalsozialismus vor Riehls Ausschluss, der binnenstrukturell großteils demokratisch und gewerkschaftlich eingestellt war. (Vgl. Beutl 2001[a]: 27)
- Walter Riehl und seine (ca. 200) Anhänger, die sich am 11.8.1924 zum Deutschsozialen Verein zusammenschlossen und 1925 das ersehnte Bündnis mit der Großdeutschen Volkspartei eingingen. (Vgl. Brandstötter, 1969: 218, 222 sowie vgl. Beutl, 2001[a]: 28)

Auch die finanzielle Lage der österreichischen NSDAP war schwierig. "*Nach einem Höhepunkt kurz vor dem Münchner Putsch nahm die Stärke der Partei in Österreich Ende des Jahres und in den ersten Monaten 1924 rasch ab, besonders in Salzburg. Schwer verschuldet, fehlte der Partei das Geld für wirkungsvolle Propaganda.*" (Hanisch, 1977: 380f[158]; und Schober, 1925: 1f[159], beide zit nach Pauley, 1988: 47). Obwohl sich österreichische Nazis am Putsch in München beteiligten, war die österreichische Partei nicht betroffen. Bei einer von Schulz einberufenen Versammlung drei Tage nach dem gescheiterten Putsch im Münchner Bürgerbräukeller schwor die NSDAP Österreich Hitler die Treue (vgl. DAP, 17.11.1923: 3, zit. nach Pauley, 1988: 47). Um die danach verbotene NSDAP Deutschlands zu unterstützen, schmuggelten die österreichischen Nationalsozialisten während des Winters 1923/24 Geld und Parteizeitungen nach Deutschland und gewährten verbannten deutschen Nazis Unterschlupf (vgl. Hanisch, 1977: 408[160]; und vgl. DAP, 21.8.1926: 1, beide zit. nach Pauley, 1988: 47). Im Kurs der österreichischen NSDAP waren Parallelen zum Schicksal der deutschen Partei zu erkennen, besonders zwischen dem Putsch 1923 und der Neugründung der deutschen NSDAP im Februar 1925. Als die deutsche Partei im Februar 1925 wiederauflebte, nahmen auch die Treffen der österreichischen Nationalsozialisten wieder zu. (Vgl. Pauley, 1988: 47.)

---

[158] Hanisch, Ernst (1977): Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913 - 1925). In: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Bd. 117. S. 371-410.
[159] Bericht von Polizeipräsident Schober an Abteilung 14. Wien, 17. März 1925. In: Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien. Bundeskanzleramt Inneres, Nr. 64135-25.
[160] Hanisch, Ernst (1977): Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913 - 1925). In: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Bd. 117. S. 371-410.

Auch die öffentliche Präsenz der österreichischen Nazis wurde wieder stärker. Im März 1925 ermordete ein junger Nationalsozialist den zum Protestantismus konvertierten Juden Hugo Bettauer, nachdem die "Deutsche Arbeiter-Presse" Selbsthilfe gefordert hatte. Bettauer war der Autor von "*Die Stadt ohne Juden*" und Herausgeber des Magazins "*Er und Sie*", das als pornographisch eingestuft wurde. In einem Prozess 1924 wurde Bettauer von der Anklage, er würde mit dem Magazin die Wiener Jugend verderben, freigesprochen. Das Urteil hatte Christlichsoziale, Großdeutsche und Nationalsozialisten erzürnt, der Mord war die Folge. Als Rechtsanwalt übernahm Dr. Walter Riehl den Fall. Er vertrat den Mörder, vermutlich um ein wenig Prestige zurückzuerlangen. (Vgl. Hall, 1978: 95[161], zit. nach Pauley, 1988: 48.) Er erreichte ein umstrittenes Urteil, nachdem die Polizeiuntersuchung nachlässig durchgeführt wurde. Bettauers Mörder bekam nur 2,5 Jahre in einer Nervenheilanstalt. (Vgl. Pauley, 1988: 48 sowie vgl. Beutl, 2001[a]: 30.) Auch die Proteste gegen den 14. Zionistischen Weltkongress in Wien 1925 sind diesbezüglich erwähnenswert. Es gab Protestversammlungen und geplante Tumulte der Nationalsozialisten, es war jedoch nicht der große Sieg, als den ihn die Nazis verkaufen wollten, denn aber verhindern konnten sie den Kongress nicht. (Vgl. Pauley, 1988: 48.) Schulz und andere Führer antisemitischer Organisationen hatten der Polizei im geheimen zugesichert, den Kongress nicht zu stören. Sie sahen ihn als wichtig für die stagnierende Wirtschaft Wiens an (vgl. Schober, 1925: 2[162], zit. nach Pauley, 1988: 48). Dennoch waren viele Mitglieder der NSDAP verhaftet worden und die Ausgaben für Propagandamaterial hatten die Parteikasse geleert. Durch diese Ereignisse hatte Schulz bei vielen jungen Nationalsozialisten an Ansehen eingebüßt. (Vgl. Brandstötter, 1969: 227f.) Weitere Gründe für den Vertrauens- und Sympathieverlust waren, dass die älteren Parteiführer mit Schulz als Parteiobmann nicht auf die Straße gehen wollten und ein Streit zwischen der Parteileitung und dem Herausgeber der "Deutschen Arbeiter-Presse", Josef Müller. Müller hatte bereits 1920 Versammlungen organisiert und die Parteiführung überredet, ihn einen Propagandaausschuss einrichten zu lassen. Im Oktober 1925 verlangten er und seine Belegschaft mehr Gehalt. Dies war

[161] Hall, Murray G. (1978): Erotik und Hakenkreuz auf der Anklagebank: Der Fall Bettauer. Wien: Löcker Verlag, 1978.
[162] Brief von Polizeipräsident Schober an Abteilung 14, 15. Juli 1925. In: Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien. Bundeskanzleramt Inneres, Nr. 103.533, K. 32, S. 2.

aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Partei sehr schwierig. Die Streitigkeiten schaukelten sich auf, sodass Müller gemeinsam mit einigen Ortsgruppenleitern entschied, die abträglichen Probleme "*in kürzest möglicher Zeit auszumerzen und einen Anschluß an die Bewegung Adolf Hitlers im Reich vorzubereiten*" (Pauley, 1988: 52). Die Spaltung konnte jedoch noch abgewendet werden und im Februar 1926 wurde Schulz beim Parteitag als Obmann wiedergewählt. (Vgl. Beutl, 2001[a]: 30f sowie vgl. Pauley, 1988: 51f.)

4.3 Trennung der Schulz-Gruppe und der NSDAP (Hitlerbewegung)

Doch es sollte nicht lange dauern bis die endgültige Spaltung der Partei herbeigeführt wurde. Angeführt vom Mittelschullehrer Richard Suchenwirth und Ernst Graber wollten einige Wiener Ortsgruppen die Landesführung nicht mehr anerkennen. Die Ortsgruppen wurden daraufhin aufgelöst und die Mitglieder von der Partei ausgeschlossen. Suchenwirth und zweihundert Parteikollegen unterstellten sich daraufhin am 4. Mai 1926 unmittelbar Hitler und gründeten die NSDAP (Hitlerbewegung). (Vgl. Pauley, 1988: 52 sowie vgl. Beutl, 2001[a]: 31.) Hitler erkannte sie an und forderte am ersten Parteitag der neugegründeten deutschen NSDAP Anfang Juli 1926 von allen österreichischen Nationalsozialisten den Beitritt zur NSDAP (Hitlerbewegung), denn sie seien die derzeitigen Repräsentanten der nationalsozialistischen Bewegung Österreichs. (Vgl. Polizeibericht, 28.7.1926[163], zit. nach Beutl, 2001[a]: 32.) Die Schulz-Gruppe ging auf diese Forderung nicht ein, sie wollte die Souveränität der österreichischen NSDAP wahren. Um weitere Streitpunkte wie die "Südtirol-Frage" und den von Hitler eingeführten Faschistengruß zu klären, kamen Hitler, Schulz und Gattermayer im August 1926 in Passau zusammen. Enttäuscht verkündete Schulz danach in der Parteipresse:

> *"(...) Über die früheren Vereinbarungen mit den übrigen Bruderparteien setzte sich Hitler hinweg, mit der Erklärung, daß er als der Stärkere sich über Abmachungen und Paragraphen hinwegsetzen werde und ganz einfach die Bewegung in Österreich an sich reiße.*" (Schulz, 1926: 1f[164], zit. nach Beutl, 2001[a]: 32f.)

Es folgte eine Auseinandersetzung zwischen den beiden nationalsozialistischen Gruppen, die sich bis in die 1930er Jahre hinzog. Nach einem erneuten Ultimatum Hitlers - Unterordnung oder Kampf - folgte ein Kampf, der keine anderweitige Organisationsarbeit der beiden Fraktionen mehr zuließ. Auch weitere Bemühungen von Schulz zeigten keine Ergebnisse und so verkündete die Schulzgruppe am 2. März 1930 die Trennung, die unwiderruflich und endgültig war. Damit verloren sie eine große Zahl

[163] Polizeibericht über den Nationalsozialistischen Parteitag in Weimar. Wien, 28. Juli 1926. In: Archiv der Bundespolizeidirektion Wien. Schoberarchiv 1926, Karton 28 II, Kuvert: Versammlungen, Polizeibericht Pr. Z 1. IV-3200.

[164] Parteiobmann Karl Schulz über Passau. In: Deutsche Arbeiter-Presse. Folge 30, 1926. S. 1f

an Sympathisanten. "*In den dreißiger Jahren war die "alte" NSDAP Österreichs der völligen Auflösung preisgegeben und sollte im politischen System Österreichs keine Rolle mehr spielen*." (Beutl, 2001[a]: 34). (Vgl. Beutl, 2001[a]: 33f.)

Im September 1930 tauchte Dr. Walter Riehl mit seinem kleinen Deutschsozialen Verein wieder auf und trat der Hitlerbewegung bei (vgl. Schilling, 1933: 88.) Hitler war darüber nicht erfreut. Er ließ sich vom Wiener Gauleiter Frauenfeld das Versprechen geben, keinerlei Einfluss von Riehl auf die Partei zuzulassen (vgl. Heß, 1931: 1[165], zit. nach Pauley, 1988: 57.) - offenbar hatte Hitler Riehl dessen Widerstand von 1923 niemals verziehen. (Vgl. Pauley, 1988: 57.) 1932 zog Dr. Walter Riehl schließlich als nationalsozialistischer Gemeinderat in das Wiener Rathaus ein, um einige Jahre später wieder aus der Partei ausgeschlossen zu werden, weil er sich gegen den "Landesinspekteur Österreich" Theodor Habicht gestellt hatte. (Vgl. Brandstötter, 1969: 280ff,295ff sowie vgl. Jagschitz, 1990: 237.)

[165] Brief von Rudolf Heß, München, an Frauenfeld, Wien. 16. Jänner 1931. In: Allgemeines Verwaltungsarchiv, NS- Parteistellen, K.6 (Heß-Korrespondenz), S. 1.

4.4 Erstarken der Hitlerbewegung in Österreich

Mit dem Errichten einer Landesleitung hatte man 1931 die letzten Anzeichen einer unabhängigen Organisation der österreichischen NSDAP (Hitlerbewegung) beseitigt. Als Theodor Habicht, zuerst Landesgeschäftsführer, schließlich 1932 als "Landesinspekteur Österreich" (vgl. LL-Ö, NSDAP, 1932: 47[166], zit. nach Jagschitz, 1976: 25) die österreichische Führung übernahm, er war Landesleiter Proksch formell unterstellt, rückten einige reichsdeutsche Funktionäre in hohe Parteifunktionen auf (vgl. Jagschitz, 1976: 25). "*Zweck war die straffe Durchhierarchisierung der Partei, die jedoch zunächst noch an den Erfordernissen des Aktivismus und der "Bewegung" scheiterte, in der Illegalität überhaupt verwischt wurde und erst nach dem "Anschluß" 1938 voll zur Wirkung kam.*" (Jagschitz, 1990: 239). Die österreichische NSDAP wuchs mit der neuen Führung rasch an, denn "*die Wirtschaftskrise, autoritäre Zeitströmungen, die Unzufriedenheit mit der Politik der demokratischen Parlamentsparteien und eine auf Massenwirkung abzielende aggressive Propaganda brachten der Partei großen Zulauf*." (Jagschitz, 1990: 239). Außerdem gelang es der Hitlerbewegung, fast alle Organisationen und politischen Ideen, die den Programmpunkten der NSDAP entsprachen, zu vereinnahmen - besonders die deutschnationalen und deutschvölkischen Gruppierungen. (Vgl. Jagschitz, 1990: 239f sowie vgl. Beutl, 2001[a]: 45.) Sie schlossen 1933 auch eine Kampfgemeinschaft mit dem Steierischen Heimatschutz (vgl. Pauley, 1972: 162ff.) und ein Kampfbündnis mit der Großdeutschen Volkspartei (vgl. Ackerl, 1975: 21ff).

Als Hitler im Jänner 1933 die Macht in Deutschland übernahm, weitete die deutsche NSDAP ihre Unterstützung durch prominente Versammlungsredner und finanzielle Mittel auf offenen politischen Druck gegen die österreichische Regierung aus. Hitler empfand den Kampf der Regierung gegen die österreichische Hitlerbewegung als feindselige Haltung gegen das Deutsche Reich und startete eine Propagandakampagne gegen Österreich. Weitere Provokationen sollten "*die österreichische Regierung in die Knie zwingen und eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung und in*

[166] Mitteilungsblatt der Landesleitung Österreich der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Linz). 12. Folge. 16.9.1932. 47.

weiterer Folge eine "Machtübernahme" nach deutschem Muster ermöglichen" (Jagschitz, 1990: 241). Die NSDAP (Hitlerbewegung) wurde immer radikaler und bald standen neben Demonstrationen, Versammlungen und gewalttätigen Ausschreitungen auch Terror und Sprengstoffanschläge auf der Tagesordnung. Die Regierung reagierte mit dem Betätigungsverbot für die NSDAP und den verbundenen Steirischen Heimatschutz im Juni 1933 (vgl. MR 884, 1932: 21ff[167], zit nach Jagschitz 1990: 241). (Vgl. Jagschitz, 1990: 241.) "*Die Partei war somit illegal und agierte fortan im Untergrund gegen den österreichischen Staat. Am Ende dieser Entwicklung stand der Putsch vom 25. Juli 1934*" (Beutl, 2001ª: 47).

[167] Ministerrat 884 vom 19. Juni 1933. In: Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung VIII, 20. Mai 1932 bis 25. Juli 1934. Bd. 4: Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß. 16. Juni 1933 bis 27. Oktober 1933. bearbeitet von Eszter Dorner-Brader (Wien 1984). 21ff.

4.5 Die illegale Partei

Nach dem Verbot der NSDAP (Hitlerbewegung) flüchtete ein Großteil der Gauleiter nach München, darunter auch Habicht, Proksch und Reschny. Von da an leiteten sie die österreichische Partei vom Deutschen Reich aus, wo sie sich unter dem Schutz der Behörden niederließen und von den einflussreichen Verbindungen und der materiellen Unterstützung profitierten. Auch die SA- und SS-Führung wurde nach München umgesiedelt. Landesleiter Proksch hatte in einem ersten Aufruf zum Verbot der Partei alle Führer und Amtswalter ihrer Ämter enthoben und ihrer Verpflichtungen in Österreich entbunden. Außerdem verkündete er, dass mit allen Mitteln für den Sturz der Regierung Dollfuß und die Befreiung Österreichs gekämpft werde. (Vgl. Sicherheitsdirektor. f. NÖ, 1933[168], zit nach Jagschitz, 1976: 33f.) Natürlich waren nicht alle Mitglieder der österreichischen NSDAP mit der neuen Führung im Exil zufrieden, schließlich rekrutierten sie sich selbst in Österreich. Auch da fanden ständig Führungskämpfe statt, denn es teilte sich die Partei in Gegner oder Befürworter von terroristischen Mitteln. (Vgl. Jagschitz, 1990: 241.) Die Prinzipien, die sich als wegweisend für den ganzen illegalen Kampf zeigten, wurden bereits am 5. Juli 1933 in einem Aufruf der Exil-Führung festgelegt. Demnach beging die Regierung Dollfuß wegen des fortgesetzten Verfassungsbruches Hochverrat. Den Parteimitgliedern in Österreich wurden die schärfsten Maßnahmen oder der Ausschluss angedroht, sollten sie versuchen, eine neue, von der alten Führung unabhängige Parteiorganisation der Nationalsozialisten zu bilden. (Vgl. Jagschitz, 1976: 33f.) "*Die Anhänger wurden aufgerufen, Propaganda von Mund zu Mund zu betreiben, eine illegale Presse aufzubauen, Hakenkreuze zu malen und den Kampf mit rücksichtsloser Härte bis zum Sieg zu führen*." (Aufruf NSDAP, 5.7.1933[169], zit nach Jagschitz, 1976: 34). Natürlich war es leichter, von Zielen in Aufrufen zu sprechen als wirklich Taten folgen zu lassen, denn noch waren die Verbindungen zwischen den in München sitzenden Führern und den Gruppen in Österreich sehr eingeschränkt. Dies war jedoch der Angelpunkt für die ganze

[168] Bericht Sicherheitsdirektor für Niederösterreich, 27.6.1933. In: Allgemeines Verwaltungsarchiv, Bundeskanzleramt - Inneres. 22/NÖ, K 5082, Zl. 177.514.
[169] Aufruf: "Nationalsozialisten! Kameraden vom Steirischen Heimatschutz! Deutsche Männer und Frauen Österreichs!", 5.7.1933. In: Österreichisches Institut für Zeitgeschichte, Wien, Mappe: NSDAP 1933-1938.

Organisation und so begann man schnell mit dem Aufbau eines illegalen Apparates. Eines der ersten Ziele war der Aufbau eines Nachrichtendienstes. Dieser sollte sowohl Nachrichten aus Österreich beschaffen als auch als Kurierdienst Anordnungen zurück nach Österreich bringen. Die Propagandamittel wurden im Deutschen Reich hergestellt und dann nach Österreich geschmuggelt und da verteilt. (Vgl. Jagschitz, 1976: 34.) Am 5. November 1933 wurde der "*Kampfring der Deutsch-Österreicher im Reich*" ins Leben gerufen, er sollte die Landesleitung im Exil unterstützen (vgl. Westdeutscher Beobachter (Köln), 21.11.1933, zit. nach Jagschitz, 1976: 35). Der "Kampfring" übernahm sowohl politische Propagandaaktionen, zum Beispiel in Form einer ausgedehnten Briefpropaganda, als auch die politische und finanzielle Unterstützung der österreichischen NSDAP-Organisation (vgl. Jagschitz, 1976: 34ff). "*Die personelle Besetzung ließ keinen Zweifel, daß das Ziel nicht so sehr die Solidarisierung der im Deutschen Reich lebenden Österreicher war, sondern die Schaffung eines politischen Kampfinstruments*" (Jagschitz, 1976: 35).

Nach dem Betätigungsverbot für die Nationalsozialisten in Österreich waren nicht nur Führungspersönlichkeiten ins Deutsche Reich geflüchtet, sondern auch SA- und SS-Mitglieder. Sie wurden in einem eigenen Lager als die "Österreichische Legion" zusammengefasst. (Vgl. Jagschitz, 1976: 36.) Nachdem man die SS herausgezogen hatte, unterstand die Legion als SA-Formation dem Obergruppenführer Reschny und umfasste im August 1933 etwa 3500 - 4000 Mann (vgl. Vogel, 1974: 166[170], zit nach Jagschitz, 1976: 36). Die bayerische Landespolizei bildete sie militärisch aus und stellte ebenso wie die Reichswehr Waffen zur Verfügung. Die "Österreichische Legion" diente zur Verfolgung zweier Ziele: Als willkommenes politisches Instrument nutzte man die "Österreichische Legion", um Österreich ständig mit einer Invasion zu bedrohen und damit die österreichische Regierung zu beunruhigen. Diese konnte trotz diplomatischer Interventionen keine Einschränkungen der "Legion" erreichen. Außerdem war sie eine militärische Kerntruppe, die den Kampf und Terroraktionen in Österreich unterstützte. Die Legionäre durchliefen Sprengkurse und kamen dann nach Österreich zurück, um Terrorgruppen zu leiten. In Depots wurden große Waffenmengen gelagert, um die

[170] Vogel, Rudolf (1974): Die Österreichische Legion im Lager Lechfeld (1933). In: Heimatverein für den Landkreis Augsburg 1973. Augsburg 1974. S. 165 - 177.

österreichische SA bei einem Einmarsch bewaffnen zu können. An den Grenzstützpunkten wurde der Schmuggel von Waffen, Sprengstoffen und Propagandamaterial nach Österreich organisiert. (Vgl. Sicherheitsdirektor f. Tirol, 1934[171]; und vgl. Röhrich, 1934[172], beide zit. nach Jagschitz, 1976: 36 sowie vgl. Jagschitz, 1976: 36.)

In Österreich kann man die Organisation der illegalen Partei in zwei Bereiche unterteilen:

- "*Die ´militärische´ Organisation bestand aus der SA und der SS sowie aus Terrorgruppen. Exerzierdienst und Waffenausbildung waren in der Illegalität nicht leicht durchzuführen, besondere Schwierigkeiten machten die Beschaffung der Waffen und die Vorbereitung der Alarmpläne. Hier erfolgte ein stärkerer Zugriff der Behörden, doch gab es auch Leerläufe durch unterbrochene Befehlslinien oder die Unlust mancher Mitglieder, sich kämpferisch aktiv zu betätigen*." (Jagschitz, 1976: 34f). Für die Terrororganisation gab es einen zentralen Sprengmittelverteiler und Sprengmittelnachschub, sie war, im Gegensatz zu Meldungen von spontanen Einzelaktionen, durch die Nazis straff geführt und größtenteils vom Deutschen Reich aus geleitet. Die Tätigkeiten dieser Gruppe wurden von der österreichischen Exekutive zwar scharf überwacht und diese konnte auch Erfolge erzielen, doch das Lahmlegen der Terrororganisation war ihr nie gelungen. (Vgl. Jagschitz, 1976: 35.)
- "*Die ´ideologische´ Organisation war im wesentlichen die Fortsetzung der politischen Information, betrieb Zeitungs-, Zeitschriften- und Flugschriftenpropaganda, Werbung von Mann zu Mann und übernahm auch die verwaltungstechnischen Aufgaben, wie Führung der Mitgliedskarteien und Kassieren der Beiträge. Sie erhielt unorganisierten Zuwachs durch Unzufriedenheit, hatte aber keine straffe Führung und blieb vom Zugriff der österreichischen Behörden am meisten verschont*." (Jagschitz, 1976: 34).

[171] Bericht Sicherheitsdirektor für Tirol, 15.3.1934. In: Allgemeines Verwaltungsarchiv, Bundeskanzleramt-Inneres: 22/gen, K 4884, Zl. 138.633.

[172] Bericht des Österreichischen Sonderbeauftragten des Obersten SA-Führers Röhrich, 31.8. 1934. In: Berlin Document Center, Berlin (BDC), Hermann Reschny SA Personalakt.

Nach dem Scheitern des Juliputsches 1934 musste Hitler die Konsequenzen ziehen und die gesamte Exilorganisation der NSDAP Österreich im Deutschen Reich zerschlagen (vgl. Jagschitz, 1990: 243).

> "*Hatte bis zum Juliputsch die Exilparteileitung im Deutschen Reich einen Großteil der Aktivitäten geplant, die Generalstabsarbeit geleistet und die materielle Ausrüstung (Propagandamittel, Schulungsunterlagen, Waffen) zur Verfügung gestellt, so flossen nun aus dem Deutschen Reich nur noch erhebliche Geldmittel und nur gelegentlich andere Unterstützungen, die Hauptlast der Organisation wurde in Österreich direkt getragen*." (Jagschitz, 1990: 244).

Dadurch musste sich die österreichische NSDAP auch von einer Massenpartei in eine Elite- und Kaderpartei wandeln. Erst 1937 mobilisierte sie wieder die Massen. Die deutschen Stellen nahmen erst 1935 (vgl. Carsten, 1977: 269) wieder Interventionen vor, obwohl die österreichische Partei in der deutschen Politik sehr wohl ein Kalkulationsfaktor war. Eine Vehemenz wie vor dem Juliputsch wurde jedoch nicht mehr erreicht. Ab April/Mai 1935 gab es vermutlich wieder eine zentrale Parteiführung in Österreich, wie beginnende einheitliche Propagandaaktionen zeigen (Vgl. Spann, 1977: 189ff sowie vgl. Jagschitz, 1990: 244.) Doch es war eine äußerst labile Führung - persönliche Rivalitäten, Organisationsmängel und Führungsstreitigkeiten versetzten die Partei in einen schlechten Gesamtzustand. Die Fraktion, die einen Konfrontationskurs befürwortete, hatte sich gerade durchgesetzt, als Hitler 1936 das Juliabkommen mit der österreichischen Regierung schloss und damit einen Befriedungskurs einschlug. Die Enttäuschung unter den österreichischen Nationalsozialisten war groß, schon wieder hatte sich Hitler gegen sie entschieden. Doch sein Schachzug war auch für die Partei sehr wirkungsvoll:

> "*Was von Seiten der österreichischen Regierung als Deeskalation, Festigung des bestehenden Zustands und Sicherung der österreichischen Unabhängigkeit gedacht war, erwies sich tatsächlich als entscheidende Weichenstellung für die nationalsozialistische Machtübernahme im Jahr 1938*." (Jagschitz, 1990: 245).

Außerdem war eine Amnestie vereinbart, bei der 16.283 NSDAP-Mitglieder (vgl. DGFP: 443[173], zit. nach Luža, 1977: 235) und ein Großteil der Führer freigelassen wurden. So konnte sich der illegale Parteiapparat wieder reorganisieren und es waren zwei Strategien der österreichischen NSDAP erkennbar: Die Partei war einerseits immer noch illegal, wurde verfolgt und agierte im Untergrund, wo sie ihre Organisation ausbaute. Andererseits waren seit dem Juliabkommen nationalsozialistische Vertrauensmänner in der Regierung , die "*öffentlich auftreten und Positionen im legalen Bereich wesentlich erweitern*" (Jagschitz, 1990: 245) konnten. (Vgl. Jagschitz, 1990: 244ff.)

> "*Das geänderte politische Konzept der Partei berücksichtigte diesen Dualismus, nun trat der Kampf des Tages gegen den Staat, seine Träger und die politischen Gegner zurück, die Partei bereitete sich vor, die Ausgangspositionen für eine Machtübernahme im Staat zu schaffen*." (Jagschitz, 1990: 245).

Um dies zu erreichen begann die NSDAP Vereine, Verbände, Ämter, Zeitungsredaktionen und Schulen zu unterwandern. Sie wollte bei der Machtergreifung durch Hitler in allen Bereichen des öffentlichen Lebens bereit sein, um Verwaltungen, Organisationen, Länder und Staat schnellstmöglich übernehmen zu können. (Vgl. Jagschitz, 1990: 244ff.)

[173] Dokumente über die deutsche Außenpolitik (DGFP) 1918-1945, aus den Archiven des deutschen Außenministeriums. D. I. S. 443.

4.6 Die Nationalsozialistische Presse in der Ersten Republik

Mit dem Hinweis, dass "*detaillierte und umfangreiche Studien über Strukturen, Methoden und Instrumentarien der Propaganda der österreichischen Nationalsozialisten während der sogenannten "Kampfzeit" (...) bis heute nicht ausreichend vorhanden*" sind (Beutl, 2001[b]: 48), stellt Bernd Beutl seinen nach langwierigen und akribischen Nachforschungen neu entwickelten Ansatz dar. Demnach kann man die NS-Presse der Ersten Republik in drei Phasen gliedern[174]:

1. 1918 - 1926/27: "Die Presse ist unsere schärfste Waffe!": Bereits im Anfangsstadium der NS-Pressepolitik wurde die Wichtigkeit der Parteizeitungen hervorgehoben. Nach Anfangsschwierigkeiten nach dem ersten Weltkrieg gab es ein Hauptorgan, das von homogenen lokalen Blättern unterstützt oder ergänzt wurde, die Pressepolitik befand sich im Aufbau.
2. 1926/27 - 1930/31: Richtungskampf der NS-Presse: "*Diese Phase ist durch einen quantitativen wie qualitativen Niedergang der NS-Publizistik gekennzeichnet*" (Beutl, 2001[b]: 76).
3. 1930/31 - 1933: "Ausdifferenzierung und Offensive - Gauzeitungen und Gauverlage": Partei und Publizistik gewannen an Mitglieder- sowie Leserzahlen, die Funktion und Bedeutung der Presse wurde neu definiert und neue Blätter wurden gegründet. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 48,55,69,79.)

4.6.1 Phase 1: 1918 - 1926/27 - Die Presse als Waffe

"*Bereits in der Monarchie erkannten die Protagonisten der DAP die organisatorische wie propagandistische Leitfunktion des Mediums Zeitung für den Aufbau und den Fortschritt ihrer Vereinigung*." (Beutl, 2001[b]: 55). Sie richteten eine politische und gewerkschaftliche Presse ein, die bis zu Beginn des Ersten Weltkriegs aus 18 Zeitungen bestand und einheitlich ihre Interessen transportierte (vgl. Ciller, 1932: 157). Dieser Aufgabe nahmen sich besonders Ferdinand Burschofsky, Hans Knirsch und später auch Walter Riehl an. Das wichtigste Blatt wurde am 17. Januar 1904 in Aussig gegründet: die

[174]Zu einer ausführlichen Beschreibung siehe: Beutl, 2001[b] S. 48-97.

"Deutsche Arbeiterzeitung" (vgl. Brandstötter, 1969: 47). Sie wurde später zur "Deutschen Arbeiter-Presse", die damit als ältestes NS-Parteiblatt Österreichs angesehen werden kann. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 55.)

Nach dem Ersten Weltkrieg und der Trennung von den nordböhmischen Kernländern waren die Möglichkeiten der österreichischen NSDAP begrenzt - ihr fehlte das Personal und das Geld, um eine Parteipresse aufzubauen, die in ganz Österreich wirken konnte. Die sudetenländische Gruppe der DAP konnte weiterhin elf nationalsozialistische Blätter ihr Eigen nennen, wohingegen in Österreich nur zwei erschienen: Die "Deutsche Arbeiter-Presse" unter der redaktionellen Leitung Walter Riehls und der Salzburger "Volksruf" (vgl. Jung, 1922: 190). Erschwert wurde die Lage auch dadurch, dass bereits bestehende NS-Periodika aus Nordböhmen nicht nach Österreich gebracht werden konnten. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 56.) Obwohl Riehl und Jung in ihren frühen Schriften (Riehl: Endziel[175] bzw. Jung: Nationaler Sozialismus[176]) Stellenwert und Funktion der Presse kaum behandelten (vgl. Beutl 2001[b]: 56), erfüllte sie für die Partei als "*organisatorischer und ideologischer Kristallisationskern*" (Hanisch, 1977: 373[177], zit. nach Beutl, 2001[b]: 56) die Funktion der Meinungsbildung nach innen und grenzte die Partei von anderen deutschvölkischen Gruppierungen nach außen ab (vgl. Hanisch, 1977: 373[178], zit. nach Beutl, 2001[b]: 56). Als der Erfolg der Nationalsozialisten bei der konstituierenden Nationalratswahl im Jahr 1919 ausblieb, beschloss die inzwischen DNSAP genannte Partei, "*die Parteipresse zu vermehren*" und "*die Organisationsarbeit zu vertiefen*" (Brandstötter, 1969: 149) (vgl. Ebenda.).

Zu Anfang des Jahres 1921 lässt sich die beginnende Einflussnahme Hitlers und der deutschen NSDAP auf die Anhänger der österreichischen Bruderpartei auch in pressepolitischer Hinsicht erkennen. Die "Deutsche Arbeiter-Presse" publizierte einen von Hitler verfassten Artikel, der zuvor auch schon im deutschen "Völkischen Beobachter" erschienen war und erregte damit parteiinternes Aufsehen. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 57.) Darin nennt Hitler die Presse "*die schärfste Waffe*", die "*in den Dienst der*

[175] Riehl, Walter (1918): Unser Endziel! Eine Flugschrift für deutschen Nationalsozialismus. Leipzig/Wien.
[176] Jung, Rudolf (1922): Der Nationale Sozialismus. Seine Grundlagen, sein Werdegang und seine Ziele. Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage. München: Deutscher Volksverlag, Dr. E. Boepple.
[177] Hanisch, Ernst (1977): Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913 - 1925). In: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Bd. 117. S. 371-410.
[178] Hanisch, Ernst (1977): Zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus in Salzburg (1913 - 1925). a.a.O.

völkischen Aufklärung restlos eingesetzt werden" müsse. Denn um die "*breitesten Massen*" aufzuklären, "*genügen auf Dauer nicht Versammlungen, Sprechabende und Aufklärungskurse*". Also fordert er: "*Unsere Pflicht ist es nun, unsere Volksgenossen ausnahmslos aufzurufen, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei die Mittel zur Schaffung dieser Presse zur Verfügung zu stellen*." (Hitler, 1921: 1f[179], zit. nach Beutl, 2001[b]: 57). Diese Aussage überrascht, hatte er doch später das gesprochene Wort als wesentlich wichtiger empfunden: "*Hitler glaubte ernsthaft, daß das gesprochene Wort dem geschriebenen überlegen sei, und stellte dies unter Beweis, indem er "Mein Kampf" schrieb*." (Pauley, 1988: 69). In seinem 25-Punkte-Programm definierte Hitler als Punkt 23 das endgültige Ziel seiner Pressepolitik: Er wollte eine rein deutsche Presse, an der nur "*deutsche Volksgenossen*" beteiligt waren. (Vgl. Feder, 1938: 15ff[180], zit. nach Beutl, 2001[b]: 57.) Seine Formulierungen zur Pressepolitik, die er auch in "Mein Kampf" ausführlich präsentierte (vgl. Hitler, 1940: 238ff,584f[181]; und vgl. Stein, 1987:47ff[182], beide zit. nach Beutl, 2001[b]: 57,), nahmen die österreichischen Parteimitlieder auf und gaben sie in ähnlichen Ausführungen wieder (vgl Beutl, 2001[b]: 58[183]).

Franz Gottinger, er war nach Riehl und Gattermayer für die Presseleitung der österreichischen NSDAP verantwortlich, stellte eigenständige Überlegungen zu Funktionen der Presse und zu Einflussmöglichkeiten der Blätter auf die öffentliche Meinung an (vgl. Beutl, 2001[b]: 58). Er publizierte 1924 eine Broschüre zu seiner "*psychologischen Untersuchung*" mit dem Namen "*Geheimwirkungen der Presse*". Darin stellt er fest: "*Die Presse ist daher zwar das Sprachrohr der öffentlichen Meinung, gleichzeitig wird letztere aber durch sie überhaupt erst gebildet und geschaffen*" (Gottinger, 1924: 37[184], zit. nach Beutl, 2001[b]: 58).

---

[179] Hitler, Adolf (1921): Ist die Errichtung einer die breiten Massen erfassenden völkischen Zeitung eine nationale Notwendigkeit? In: Deutsche Arbeiter-Presse. Folge 8/1921. S. 1-2.

[180] Feder, Gottfried (1938): Das Programm der N.S.D.A.P. und seine weltanschaulichen Grundlagen. München.

[181] Hitler, Adolf (1940): Mein Kampf. 548.-552. Aufl. München.

[182] Stein, Peter (1987): Die NS-Gaupresse 1925-1933. Forschungsbericht - Quellenkritik - neue Bestandsaufnahme. Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung. Bd. 42. München/ New York/ London/ Oxford/ Paris.

[183] Beutl führt als exemplarisches Beispiel an: A.W. (1924): Partei und Presse. In: Der grade Michl. Folge. 3/ 1924. S. 1.

[184] Gottinger, Franz (1924): Geheimwirkungen der Presse. Eine psychologische Untersuchung, Graz.

Die NS-Zeitungen der Frühzeit hatten ein organisatorisch und publizistisch homogenes Erscheinungsbild und erfüllten für die innere Parteikommunikation und die Organisation wichtige Funktionen. Besonders ab 1923 kann Bernd Beutl eine rasche, aber nur kurzfristige Welle an Neugründungen von Zeitungen der österreichischen Nationalsozialisten feststellen. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 64.)

> "*Obwohl von der Partei stets als stärkste Waffe der Propaganda bezeichnet, hatten die NS-Zeitungen wohl kaum Breiten- oder Massenwirkung. Die Verbreitung der NS-Printmedien war, mit Ausnahme der ´Deutschen Arbeiter-Presse´, die als Hauptblatt und als Flaggschiff der Bewegung agierte und österreichweit gelesen wurde, regional begrenzt*." (Beutl, 2001[b]: 64f).

Es gibt zwar nur wenige genaue Fakten, jedoch müssen die Auflagenzahlen der einzelnen Blätter als niedrig angenommen werden. Die meisten Rezipienten stammten aus den eigenen Reihen. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 65).

Mit der Gründung einer NS-Zeitung wollte sich die Partei "*ein weiteres Instrument in den lokalen politisch-propagandistischen Auseinandersetzungen*" (Beutl, 2001[b]: 65) verschaffen, ein zusätzliches Mitteilungsorgan für Informationen, Parteibefehle und Verlautbarungen entwickeln und durch das geschriebene Wort die notwendige nationalsozialistische Schulung gewährleisten. (Vgl. Wilcox, 1970: 95ff[185], zit. nach Beutl, 2001[b]: 65.) Die Themen der Zeitungen setzten sich fast nur mit Parteiangelegenheiten auseinander und kritisierten nur fallweise die Regierung oder andere Parteifeinde (vgl. Pauley, 1988: 69).

Verantwortlich für die Presse der NSDAP Österreich war zuerst Walter Riehl, dann Walter Gattermayer und danach Franz Gottinger. Der Standort der Leitung befand sich in Wien. Das Hauptblatt war die "Deutsche Arbeiter-Presse", sie besaß immer höchste Priorität, wurde in Wien gedruckt und österreichweit verbreitet. Die NS-Zeitungen erschienen im Wochenrhythmus, aber es war ein erklärtes und wesentliches Ziel der nationalsozialistischen Pressepolitik, die "Deutsche Arbeiter-Presse" zu einer Tageszeitung auszubauen. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 60,65f.) Pauley stellt fest, dass die

[185] Wilcox, Larry D. (1970): The National Socialist Party Press in the "Kampfzeit", 1919 - 1933. Phil. Diss. University of Virginia.

Zeitungen durch das Zentralbüro der Partei zu streng kontrolliert wurden: "*Eine Zeitung zu lesen, entsprach daher weitgehend dem Lesen aller*." (Pauley, 1988: 69).

Zu dieser Zeit existierten neun regionale Zeitungen, die das Hauptblatt publizistisch unterstützten oder ergänzten, drei zielgruppenspezifische Zeitschriften (die "H.J.Z" der Hitlerjugend, "Mutterland"/"Das Hakenkreuz", "Der jugendliche Nationalsozialist") und ein Sonderfall, von der NSDAP anerkannt und der Funktion einer Parteizeitung entsprechend, "Der Hakenkreuzler"/"Der grobe Michel" (Wien/Graz). Gab es bei einer Zeitung ökonomische Schwierigkeiten, wurde sie entweder regional mit einer anderen Zeitung zusammengelegt oder sie erschien als Kopfblatt der "Deutschen Arbeiter-Presse" weiter. Das Hauptblatt übernahm auch, wenn ein regionales Blatt ganz eingestellt wurde. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 65f.)

4.6.2 Phase 2: 1926/27 - 1930/31 - Richtungskampf der NS-Presse

Im Mai 1926 führte die Parteispaltung der NSDAP (Hitlerbewegung) von der Schulzgruppe zu tiefgreifenden Veränderungen der nationalsozialistischen Presselandschaft. Wie die beiden Fraktionen, begannen auch die Parteiblätter direkt nach der Gründung der NSDAP (Hitlerbewegung) ihre Positionen zu beziehen. Als Folge musste das Erscheinen einiger Periodika aus der Frühzeit eingestellt werden. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 69.)

> "*Die Periode des in die NS-Publizistik hineingetragenen ideologischen Richtungskampfes und des editorischen Stillstandes war angebrochen. Die nationalsozialistischen Zeitungen und Zeitschriften schlitterten dabei in eine schwere finanzielle wie publizistische Krise*." (Beutl, 2001[b]: 69).

Vergleicht man diese Phase mit der Zeit vor der Spaltung der Partei und der Zeit ab 1930, wo neue Gauzeitungen eingeführt wurden, kann man von einer "*noch sehr schwachen nationalsozialistischen Presse Österreichs*" sprechen (Moreau, 1985: 166[186]; und vgl. Pauley, 1993: 248[187], beide zit. nach Beutl, 2001[b]: 69). Sie brachte insgesamt nur zwölf teilweise kurzfristig erscheinende Blätter von beiden zerstrittenen NS-Lagern

[186] Moreau, Patrick (1985): Nationalsozialismus von links. Die Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten und die Schwarze Front Otto Strassers 1930 - 1935. Stuttgart.
[187] Pauley, Bruce F. (1993): Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung. Wien.

hervor. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 69.) So bemerkt auch Pauley, "*die Presse konnte vor den dreißiger Jahren ihren Status als wichtigste Propagandawaffe der österreichischen Nationalsozialisten nicht in Anspruch nehmen*." (Pauley, 1988: 69).

Die "Deutsche Arbeiter-Presse" und der "Volksruf" entschieden sich für die NSDAP Österreichs unter Karl Schulz, während die "Volksstimme" zur Hitlerbewegung wechselte. Dort wurde sie zur offiziellen Parteizeitung und avancierte gegen Ende der Zwanziger Jahre für Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Kärnten, die Steiermark und Oberösterreich zum binnenkommunikativen Instrument für Information und Propaganda. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 69f.)

Nach und nach musste die "alte" NSDAP auch ihre kleinen Blätter aufgeben, die ihr noch geblieben waren. Der Innsbrucker "Nationalsozialist" konnte nur noch mühsam erhalten werden, er wurde Anfang November 1926 zum Kopfblatt der "Deutschen Arbeiter-Presse", die ihn im Juni 1927 ganz einverleiben musste. Diese Abwärtsbewegung setzte sich bis 1930/31 weiter fort. "Das Hakenkreuz" wurde in die "Nationalsozialistischen Monatshefte" übergeführt, doch auch die hielten sich nicht mehr lange; "Der jugendliche Nationalsozialist" bestand nur von 1924 - 1929 und der "Volksruf", sowie der "St. Pöltner Beobachter" wurden 1931 eingestellt. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 72.) "*Als einzige Parteizeitung verblieb somit die ´Deutsche Arbeiter-Presse´, die den Kampf gegen die Hitleranhänger allein weiterführte und letztendlich sogar die Regierung bzw. das autoritäre Regime Dollfuß unterstützte."* (Beutl, 2001[b]: 72f).

Auch die neugegründete NSDAP (Hitlerbewegung) stand ähnlichen Problemen gegenüber. Ihre Zeitungen in dieser zweiten Periode waren: "Der Österreichische Beobachter" (Wien), die "Volksstimme" (Linz), das "Kampfblatt der Hitlerjugend Deutsch-Österreichs" (Wien), die "H.J.Z. - Hitlerjungend" (Wien), die "Grazer Nachrichten der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei Hitlerbewegung" (Graz), "Der österreichische Nationalsozialist" (Wien/Linz) und die "Ottakringer Parteinachrichten" (Wien). (Vgl. Beutl, 2001[b]: 76.)

Als Proksch Anfang Jänner 1928 zum geschäftsführenden Landesleiter ernannt wurde, übersiedelte die Schriftleitung und Verwaltung der Presse nach Linz, da die Stellung der Partei in Wien recht schwach war. Er führte eine "Presse-Pflichtspende" ein, die für alle Gaue verpflichtend sein sollte, da er meinte, dass ein Weiterkommen der Bewegung

"*mit dem Wohl und Wehe der Parteipresse verknüpft ist*" (Proksch, o. D.[188], zit. nach Beutl, 2001[b]: 73). (Vgl. Beutl, 2001[b]: 73.)

Sukzessive waren auch nationalsozialistische Printerzeugnisse aus Deutschland aufgetaucht und konnten über die Verwaltungen der NS-Blätter in Österreich bezogen werden. Dazu gehörte das Hauptblatt der deutschen nationalsozialistischen Bewegung, der "Völkische Beobachter", der "Illustrierte Beobachter" und Blätter von unterschiedlichen Parteigliederungen. Der neu errichtete NSP-Verlag (Nationalsozialistischer Verlag bzw. Nationalsozialistischer Parteiverlag) in Linz sollte nach und nach die Presseleitung der NSDAP (Hitlerbewegung) in ganz Österreich übernehmen. Er stellte den ersten Schritt einer beginnenden Festigung der Parteipresse, sowie einen wichtigen Vermittler zur deutschen Seite dar. Denn ab 1. Juli 1929 durfte zum Beispiel der "Illustrierte Beobachter" nur noch über den NSP-Verlag bezogen werden. So wurde er "*in seiner Funktion als Vertriebsstelle für reichsdeutsche NS-Periodika ein wichtiges Bindeglied der von deutscher Seite in Österreich verbreiteten Propaganda*" (Beutl, 2001[b]: 75). Dieser Versuch der Institutionalisierung und Organisation der österreichischen NS-Presselandschaft "*konnte jedoch nicht über den allgemeinen katastrophalen Zustand der journalistischen Produkte beider NS-Fraktionen in diesen Jahren hinwegtäuschen*." (Beutl, 2001[b]: 75). Zusätzlich gab es wenig neue Strategien. Sie übernahmen alte Konzepte, um für Mitglieder oder Abonnenten zu werben. Auch bei den Medientypen gab es in dieser Periode keine Neuerungen, von zwei Fachorganen der Hitlerjugend abgesehen. Die Auflagenzahlen beider NS-Gruppen waren weiterhin gering. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 74ff.)

4.6.3 Phase 3: 1930/31 - 1933 - Ausdifferenzierung und Offensive - Gauzeitungen und Gauverlage

Obwohl die Presse der Schulz-Gruppe zu Beginn der 30er Jahre keine Bedeutung mehr hatte, war es doch die "Deutsche Arbeiter-Presse", die weit über das Verbot der NSDAP (Hitlerbewegung) 1933 hinaus publiziert wurde und somit die erste und die letzte nationalsozialistische Zeitung in Österreich vor 1938 war. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 94.)

[188] Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik: NS-Parteistellen, Kt.6. Rundschreiben 1 (Parteipresse) von Alfred Proksch an alle Gauleiter, ohne Datum.

Für die NSDAP (Hitlerbewegung) war kein Hauptblatt mehr auszumachen, auch wenn sich die "Volksstimme" gerne so nannte. Nun gewannen die regionalen NS-Zeitungen und Zeitschriften bzw. die Gauzeitungen und Gauverlage immer mehr an Bedeutung. Wilcox (vgl. Wilcox, 1970: 201[189], zit. nach Beutl, 2001[b]: 93) benennt diese Zeitspanne für die reichsdeutsche Presse als "Periode der Gauzeitungen", einem Begriff dem sich auch Beutl für die österreichische NS-Presse anschließt. Beutl stellt auch fest, dass in der deutschen wie in der österreichischen NSDAP die "*Transformation von der Wochenzeitung zur Tageszeitung*" (Beutl, 2001[b]: 93) angestrebt wurde. Damit einher ging auch die Modifizierung von Bedeutung und Funktionen der nationalsozialistischen Presse. Denn während die Mitglieder- und Wählerzahlen nun schnell wuchsen, sprach man nicht mehr nur Parteimitglieder an, sondern auch parteinahe Sympathisanten. Die Nationalsozialisten bauten die Periodika aus und gründeten neue Blätter, Wien und Linz wurden nun die Zentren der nationalsozialistischen Presse. So entwickelten sich die Parteizeitungen und -zeitschriften zwischen 1931 und 1933 zu einem wichtigen Werkzeug, "*wobei teilweise eine österreichweit agierende Presse entstand, die nicht zuletzt durch ihre Ausdifferenzierung neue Medientypen für die Propaganda entwickelte*" (Beutl, 2001[b]: 94). Ihre Hochzeit als Propagandainstrument hatte die NS-Parteipresse schließlich zwischen März und Mitte Juni 1933, kurz vor dem Betätigungsverbot der Partei. Die elementare Bedeutung, die ihr in dieser Zeit zufiel, begründet Beutl auf der Notverordnung Nr. 41 (vgl. BGBl. 41, 7.3.1933), durch die andere Propagandamöglichkeiten stark eingeschränkt worden waren. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 93f.) Tatsächlich ist zu beachten, dass die - auch als "Vorzensur" bezeichnete - Notverordnung Nr. 41 besonders die Presse betraf und Zeitungen ab sofort darauf achten mussten, nicht beschlagnahmt zu werden. Andere Propagandamittel (Plakate und Flugblätter) wurden beispielsweise am 26. April 1933 unter Staatsaufsicht gestellt (vgl. BGBl. 155, 26.4.1933). Es ist anzunehmen, dass Beutl den Versuch der Nationalsozialisten anspricht, den Bestimmungen der "Vorzensur" zu entgehen, indem sie gefährdete Blätter einstellten und unter neuem Titel wiederbelebten. Diesen Vorgang beschreiben sowohl Duchkowitsch (vgl. 2005: 359), als auch Paupié (vgl. 1960: 47f). Paupié stellte fest, dass

[189] Wilcox, Larry D. (1970): The National Socialist Party Press in the "Kampfzeit", 1919 - 1933. Phil. Diss. University of Virginia.

die nationalsozialistischen Kolportagezeitungen zu dieser Zeit "*wie Pilze aus der Erde schossen*" (Paupié, 1960: 47). Kanzler Dollfuß versuchte diesem Treiben bereits am 10. April 1933 durch weitere Verordnungen entgegenzusteuern (vgl. BGBl. 120, 10.4.1933).[190]

Vergleichbar mit der Situation der reichsdeutschen nationalsozialistischen Presse, versuchte auch in Österreich die Parteizentrale die Gauleiter und ihre Presse zu kontrollieren und die Gauleiter wiederum versuchten, Periodika in ihren Besitz zu nehmen, die in ihrem Herrschaftsbereich "privat" oder von lokalen Parteigliederungen betrieben wurden. (Vgl. Wilcox, 1970: 201ff[191], zit. nach Stein, 1987: 26.)

Die nationalsozialistische Parteipresse verstand sich darauf, ihre ideologischen Positionen und Lehren - wie zum Beispiel den Anschluss an das Deutsche Reich, den Antiparlamentarismus, Antimarxismus und Antisemitismus - in den verschiedensten Formen und mithilfe aller journalistischen Genres zu propagieren, begleitet von tages- sowie themenaktuellen Kampagnen. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 94.)

> "*Die Presse der NSDAP (Hitlerbewegung) war als propagandistisches Instrument und als verlängerter Arm der Partei permanent bestrebt, die österreichische Republik zu destabilisieren bzw. zu zerstören und richtete ihre Themen und Inhalte danach aus.*" (Beutl, 2001[b]: 94).

[190] Für weitere Ausführungen siehe Kaptiel 3, Situation der Presse und 3.3 "Presse nach Ausschaltung des Parlaments 1933"

[191] Wilcox, Larry D. (1970): The National Socialist Party Press in the "Kampfzeit", 1919 - 1933. Phil. Diss. University of Virginia. S. 201-284

4.7 Die illegale Presse: Entstehung und Funktionen

"*War zunächst noch die Regierung mit einer aggressiven oppositionellen Parteipresse konfrontiert (...), so zielte die Summe aller Pressemaßnahmen der Regierung darauf ab, den Regimegegnern allmählich die Mittel der Information und Kommunikation zu entziehen*." (Jagschitz, 1983: 57f). Als dann nach der Ausschaltung des Parlaments 1933 nach und nach die politischen Parteien verboten wurden, glaubte Dollfuß, sein Ziel erreicht zu haben - denn mit dem Parteiverbot ging auch immer das Verbot aller Presseorgane einher. (Vgl. Jagschitz, 1983: 58.) Doch zum Schweigen ließen sie sich nicht bringen, wie Jagschitz analysiert:

> "*Denn statt der offiziellen Presse entstand eine reiche, vielfältige und bewegliche Publizistik im Untergrund von erstaunlichem Erfindungsreichtum, hektographierte periodische Blätter, Flugschriften, Klebezettel, Pamphlete, getarnte Schriften, Plakate oder Fälschungen offizieller Plakate, aber auch gedruckte, regelmäßig erscheinende Zeitungen. Dem publizistischen Mehrfrontenkampf (...) waren die österreichischen Sicherheitskräfte nicht gewachsen. Da sie sich in erster Linie auf die schweren politischen Delikte oder Attentate konzentrierten, konnte diese illegale Publizistik mitunter recht ungestört ihre Wirksamkeit entfalten*." (Jagschitz, 1983: 58).

Illegale Propaganda gab es sowohl von Nationalsozialisten, als auch von Sozialdemokraten oder Kommunisten. Sie konnte lokal, regional oder zentral stattfinden, wobei über die zentrale Propaganda die meisten der regelmäßigen illegalen Zeitungen und Zeitschriften verteilt wurden. Jagschitz berichtet von für die Nationalsozialisten größtenteils im Deutschen Reich gedruckten, meist wöchentlichen oder vierzehntägigen Zeitungen, die nach Österreich geschmuggelt und dort durch die Lokalorganisationen verbreitet wurden. Der Nationalsozialist Hanns Schopper berichtet in seinem Buch jedoch von mühevoll eingerichteten illegalen Druckereien in Österreich (vgl. Schopper, 1942: 259f). Als der illegale Kampf zunahm und die Polizei teilweise Erfolge erzielte, stellten sich manche Blätter auf eine monatliche Erscheinungsweise z. T. mit neuem Erscheinungsbild um. Die Großformate wichen kleineren Taschenformaten

und es war ein Wandel des Zeitungscharakters von der Zeitung zur Zeitschrift zu erkennen. Es gab zwar Berufsjournalisten, die bei den zentraleren Blättern tätig waren, doch besonders im lokalen und regionalen Bereich wurde die hauptsächliche Arbeit von Laien geleistet. (Vgl. Jagschitz, 1983: 58f.)

Die illegale Presse war überwiegend politisch und erfüllte mehrere Funktionen:

- Sie zeigte den politischen Anhängern ihrer Partei, dass die Führung intakt war und somit auch die politischen Kräfte weiterwirkten und vermittelte das Gefühl einer politischen "Bewegung", indem sie eine ständige Kampfsituation simulierte.
- Sie vermittelte die ausnahmslos oppositionelle Haltung, baute die ideologische Rüstung weiter aus und nahm die Gegner mithilfe politischer "Aufklärung" oder Hetze ins Visier. Dazu beinhaltete sie meist Informationen, die über die ständestaatliche Presse nicht publiziert wurden, außerdem Meldungen, die die eigene Organisation betrafen und Propaganda, die sich teilweise mithilfe von Desinformationen, Gerüchten und Fälschungen gegen das Regime richtete. (Vgl. Jagschitz, 1983: 59.)

"*Die illegale Presse sollte also das "Wir-Gefühl" verstärken, neue Anhänger gewinnen und die Organisation für eine spätere Legalisierung in Schwung halten*." (Jagschitz, 1983: 59).

4.7.1 Die illegale Presse der Nationalsozialisten

Nachdem die Nationalsozialisten am 19. Juni 1933 verboten wurden und so auch ihre Parteiorgane einstellen mussten, hoffte die "Deutschösterreichische Tages-Zeitung" (Dötz) noch, durch das Weglassen des Untertitels "Hauptblatt der NSDAP-Hitlerbewegung", weiter erscheinen zu können. Am 22. Juli wurde schließlich auch sie eingestellt. (Vgl. Paupié, 1960: 48f.)

Gleichzeitig versuchte es die illegale NSDAP mit legalen Neugründungen (Vgl. Dörfler, 1936: 59[192], zit nach Jagschitz, 1983: 59) von getarnten NS-Zeitungen und der Unterwanderung von bereits bestehenden Zeitungen, die mit dem politischen System im

[192] Dörfler, Stefan (1936): Die österreichische Presse. In: Österreichisches Jahrbuch 1935. Hrsg. vom Bundespressedienst, 16. Folge. Wien.

Konsens waren. Dies verlief allerdings weitgehend erfolglos. (Vgl. Jagschitz, 1983: 59 sowie vgl. Paupié, 1962: 169.) Eine dieser unterwanderten Zeitungen, erfolgreich weitergeführt werden konnte, war die christlichsoziale "Neue Zeitung". Sie ist Teil der Untersuchung in dieser Arbeit herangezogen wird.

Um die getarnten NS-Zeitungen und die Sensationsblätter in den Griff zu bekommen, erließ die Regierung eine weitere Verordnung, die festlegte, dass keine Überschriften und Zwischenüberschriften verwendet werden durften, die nicht mit dem Inhalt des Textes übereinstimmten (vgl. BGBl. 323, 21.7.1933: §1 sowie vgl. Paupié, 1960: 49). Bald änderten die Nazis ihre Taktik und brachten gedruckte Zeitungen für die einzelnen Bundesländer hervor, die oft wöchentlich erschienen. Dazu kamen zahlreiche regionale und lokale Blätter, die oft nur ein paarmal herausgegeben wurden und dann wieder eingestellt werden mussten. (Vgl. Jagschitz, 1983: 59f.) Der Nationalsozialist Schopper berichtet von 44 solcher kleinen Blätter, von denen die Polizei 1934 Kenntnis erlangt hatte, u.a. von der in Wien und München gedruckten Bundesländerpresse vom Bundeskanzleramt aufgezeichnet worden. Die Zeitungen erschienen einheitlich mit dem Beisatz: "Kampfblatt der NSDAP". In Wien war dies der "Kampfruf", in Niederösterreich "Die braune Front", in Oberösterreich die "Volksstimmen", die "Alpenwacht" in Salzburg, "Der Kampf" für Steiermark, Südburgenland und Lungau, in Kärnten und Osttirol erschien der "Freiheitskampf" und in Tirol und Vorarlberg "Der rote Adler". (Vgl. Schopper, 1942: 203f.) "*Innerhalb kurzer Zeit gab es eine große Zahl verschiedener illegaler NS-Zeitungen. Durch die Vielheit der Namengebung wurde der Zweck verfolgt, eine weitgehende Verbreitung und zahlreiche Anhängerschaft vorzutäuschen*." (Paupié, 1960: 64). So wie die in München erschienenen Pressedienste, "Österreichischer Presse-Dienst" und "Nachrichtendienst", wurde der Druck dieser Bundesländerzeitungen in den Jahren 1934 und 1935 ebenfalls eingestellt. Es folgte die "Illkorr", eine Illegale Korrespondenz. Sie war ein zentraler Pressedienst, der ab 1935 für einige Monate Bedeutung erlangte. (Vgl. Jagschitz, 1983: 60.) An alle Ministerien, sowie an jeden in Wien stationierten Auslandskorrespondenten und auch an Verbindungen ins Ausland versandt, publiziert die "Illkorr" Tendenznachrichten, die die wirtschaftliche und politische Lage Österreichs betrafen. Als sie durch die Polizei aufgedeckt und ihr Leiter, Ernst Handschmann, im Sommer 1935 verhaftet wurde, verlor sie schnell ihre Relevanz

und verschwand noch im Laufe des Jahres. Ernst Handschmann leitete auch die illegale Presse der österreichischen Hitlerbewegung. Im Jahr 1936 versuchten die Nazis den Eindruck zu erwecken, dass ihre illegale Organisation und das dazugehörige Pressewesen gefestigt sei. Deshalb wurden fast alle illegalen Wiener Blätter unter dem Namen "Der Kampf" vereinheitlicht. (Vgl. Paupié, 1960: 64 sowie Schopper, 1942: 205,220.) Mit dieser gestrafften Organisation schafften die Nationalsozialisten die notwendige Durchschlagskraft ihrer Presseerzeugnisse. So war es ihnen laut Schopper nun möglich, mit der Presse "*wirksame und für den Gegner gefährliche Propaganda machen zu können*." (Schopper, 1942: 237). (Vgl. Schopper, 1942: 237.) "*Die Tonart dieser Ausführungen war stets scharf polemisch, durchsetzt von persönlichen Angriffen, die mit einer Herabsetzung Österreichs und einer Verherrlichung Deutschlands verbunden waren*." (Paupié, 1960: 64). Der Nationalsozialist Hanns Schopper hält in seinem Buch über die Presse der NSDAP in der illegalen Zeit fest, dass sie zwar vor dem Verbot einheitlich geleitet wurde, nach dem Verbot die Zentralisation aber wieder verlor und die Gauleitungen selbst über ihre Pressepolitik entscheiden konnten. Im Jahr 1935 versuchten die Nationalsozialisten, die Schriftleitungen durch eine "Gau-" bzw. "Landesvorlage" wieder gleichzuschalten. So wurde die Korrespondenz mit ständigen "Mitteilungen" bzw. Pflichtartikeln bestückt, die "*jedes einzelne Blatt, wo immer es erschien, bringen mußte*." (Schopper, 1942: 233). (Vgl. Schopper, 1942: 232f.)

Zur Funktion der nationalsozialistischen Periodika formuliert Schopper, dass die illegalen Presseerzeugnisse

> "*eine Waffe [darstellten; Anm. d. Verf.] (...), wie die Landesleitung der verbotenen Bewegung in Österreich keine zweite besaß. (...)Und die Männer der illegalen Presse waren für das restlose Halten der klaren kämpferischen Linie verantwortlich. Ihnen war die nicht immer leicht zu lösende Aufgabe gestellt, die Glut des revolutionären Wollens nicht nur wachzuhalten, sondern so zu schüren, daß es gelingen mußte, sie im geeigneten Zeitpunkt zu lohenden Flammen anfachen zu können*." (Schopper, 1942: 201).

Bis zum Jahr 1938 wurden von unterschiedlichen, nationalsozialistischen Organisationen mehrere hundert Titel der kleinen, unregelmäßig erscheinenden Blätter in den Bezirken herausgegeben (vgl. Jagschitz, 1983: 60). Das Hauptaugenmerk der illegalen Pressearbeit der NSDAP lag aber auf dem "Österreichischen Beobachter", der ab Juli 1936 erschien

(vgl. Hübener, 1969: 57). Bis zum "Anschluss" 1938 war er das Hauptorgan der österreichischen Nationalsozialisten und "*vertrat gegen verschiedene Befriedungstendenzen die offizielle an Hitler orientierte Parteilinie der Konfrontation*" (Jagschitz, 1983: 60).

Im Zuge dieser Arbeit wird auch der Inhalt dieses zentralen Organs der NSDAP im Vergleich mit der "Neuen Freien Presse" näher betrachtet werden.

> "*Trotz der rigorosen Maßnahmen gegen die politischen Gegner, der Einflußversuche auf die Presse und der versuchten Schaffung einer staatlich dominierten Presseorganisation war die Presse keineswegs - im Gegensatz zu anderen autoritären oder totalitären Staaten - ein straffes Instrument in der Hand der politischen Führung. Fehlende diktatorische Maßnahmen, unzulängliche personelle Kapazitäten und eine große Wirksamkeit einer oppositionellen illegalen Presse bewirkten, daß das System zwar nicht bedroht war, die Presse jedoch keine politisch kämpferische Rolle übernehmen konnte. Dies sollte fatale Auswirkungen auf die publizistische Vorbereitung des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich haben. Denn eine autonom kämpferisch demokratische Presse gab es nicht mehr und die konforme Presse sollte sich allzu bald als zahnlos erweisen*." (Jagschitz, 1983: 62).

4.8 "Die Neue Zeitung"

"Die Neue Zeitung" ist ein Tagblatt, das sich als "*Tageszeitung der kleinen christlichen Gehalts- und Lohnempfänger im Kampf gegen das gegenwärtige Gesellschafts- und Wirtschaftssystem*" und danach als "*Tagblatt für das schaffende Volk aller Stände*" bezeichnete, dem christlichsozialen Arbeiterverein nahestand und sich für Meinung und Interessen der christlichen Gewerkschaft einsetzte. 1933 wandte sich die Zeitung den Nationalsozialisten zu, behielt aber seine christliche Haltung nach außen hin bei. (Vgl. Paupié, 1960: 57 sowie vgl. Wisshaupt, 1950: 92.)

Gegründet am 1. November 1907 durch den St. Josefsverein in Kärnten, war sie als "Illustriertes unabhängiges Tagblatt" zunächst eine Kopie der "Illustrierten Kronenzeitung". Unter Chefredakteur und Herausgeber Hans Bösbauer widmete sich das Blatt vor allem lokalen Nachrichten und den Rubriken "Tagesneuigkeiten", "Wiener Neuigkeiten", "Versammlungen", "Vereinsnachrichten", "Gerichtssaal", "Kirchliches" und "Gemeindeangelegenheiten". Nach dem Krieg wurde sie zwar wie gewohnt weitergeführt, jedoch war ein Abstieg zu bemerken. Das Blatt betonte seine katholische Note, war ansonsten aber noch politisch farblos bis es 1932 zum Organ des Nationalratsabgeordneten Leopold Kunschak, Gründer und Obmann der Christlichsozialen Arbeiterbewegung, wurde. (Vgl. Paupié, 1960: 176.) Der Nachrichtenteil und eine Art Leitartikel befassten sich vorrangig mit der Innenpolitik, aber auch außenpolitische Fragen wurden nun behandelt. Außerdem wies es einen Querschnitt durch die Artikel der Wiener Zeitungen auf.(Vgl. Wisshaupt, 1950: 92 sowie vgl. Raisp, 1952: 147.)

> "*Die Aufmachung der NEUEN ZEITUNG wurde immer mehr dem Boulevardcharakter angepaßt, die Bilder verschwanden allmählich und machten einer politischen Karikatur Platz. Sport, Kultur und Anzeigen versanken in der Bedeutungslosigkeit, auch die Wirtschaft wurde kaum mehr beachtet*." (Paupié, 1960: 176).

Als das Blatt am 30. Jänner 1933 zur Druckerei "Waldheim-Eberle" wechselte, vergrößerte es auch sein Format und änderte den Untertitel in "Unabhängiges Tagblatt" (vgl. Raisp, 1952: 147).

Laut Raisp begann es ab diesem Zeitpunkt, seine politische Einstellung zu ändern:

> "*Bei Waldheim-Eberle ging das Blatt zu Balkenlettern und einer nahezu boulevardmäßigen Aufmachung über und änderte zugleich vollständig seinen politischen Kurs. Während es nämlich unter Mender [verantwortlicher Redakteur; Anm. d. Verf.] im besonderen gegen den Nationalsozialismus aufgetreten war, nahm es nun nach einiger Zeit selbst nationalsozialistische Tendenzen an, die jedoch geschickt getarnt waren*" (Raisp, 1952: 147f).

Auch Wisshaupt (vgl. 1950: 93) dokumentiert eine "*energische Stellungnahme gegen die ´jüdisch-liberale´ Presse*" (Wisshaupt, 1950: 93) und eine skeptische Meinung zur "autoritären Demokratie", aber eine vorsichtige Stellungnahme zum neuen Regierungskurs.

> Das Blatt "*trat bedingungslos für die Demokratie ein, und zwar für eine neue, verbesserte Form der Demokratie mit gleichzeitiger Lösung der großen sozialen Probleme. Trotzdem war die Zeitung für eine Einschränkung der Rechte des Nationalrates (Parlamentsreform) und für Erweiterung der Regierungsbefugnisse. Klarer Kampf des Blattes für die staatliche Selbständigkeit, gegen die NS-Gefahr und für die Aufrechterhaltung der wirklichen demokratischen Freiheiten*." (Wisshaupt, 1950: 93).

Wie andere Blätter auch, versuchte "Die Neue Zeitung" im Jahr 1933 die Uhrzeit ihres Erscheinens zu verlegen, um so die Konkurrenz auszuschalten. Dahinter lag die Überlegung, dass man als das Blatt, das an diesem Tag zuletzt erschien, auch das letzte Wort hatte und die öffentliche Meinung am meisten beeinflussen konnte, wenn man nicht gegen erwidernde Blätter schreiben musste. (Vgl. Paupié, 1960: 58.) So brachte es vom 31.5.1933 bis 13.9.1933 das "Acht-Uhr-Blatt", die Abendausgabe der "Neuen Zeitung" und vom 14.9.1933 bis 12.1.1934 die Mittagausgabe der "Neuen Zeitung", das "12-Uhr-Blatt", heraus. Der "Verantwortliche Redakteur", ab 6. bzw. 7.10.1933 "Verantwortlicher Schriftleiter" genannt, war für jedes der Blätter ab 30. Jänner 1933 Dr. Felix Potz. (Vgl. Melischek/Seethaler, 1992: 88,216,143.) Hans Bösbauer hatte die Chefredaktion bis 16. Oktober 1931 inne, danach übernahm 1932 Josef Mender und ab 1933 war Eugen Kogan Chefredakteur der "Neuen Zeitung". (Vgl. ONB, o. J.)

Als es schließlich nach dem Betätigungsverbot der NSDAP (Hitlerbewegung) gelang, "Die Neue Zeitung" zu einem getarnten NS-Blatt zu machen, mit Ernst Handschmann als

Parteikommissar in der Schriftleitung und Zogelmann in der Verwaltung (vgl. Schopper, 1942: 34), startete sie heftige Angriffe gegen die "liberal-jüdische" und marxistische Presse in Wien und verurteilte die "*Greuelnachrichten*", die über Deutschland berichtet wurden aufs Schärfste. Sie hatte sogar wohlwollende Worte für das 3. Reich übrig und fand die deutsch-österreichische Feindschaft höchst bedauerlich, denn die beiden deutschen Staaten sollten lieber eng zusammenarbeiten. Wisshaupt bescheinigt trotzdem eine durchaus gelungene Tarnung, da das Blatt immer seinen christlich-deutschen Farbanstrich behielt und sogar, meistens bei harmlosen Themen, gegen die nationalsozialistische Partei Stellung bezogen habe. (Vgl. Wisshaupt, 1950: 93f.)

Der nationalsozialistische Autor Hanns Schopper beschreibt in seinem Buch deutlich wie die Infiltrierung der "Neuen Zeitung" stattfand:

> "*Die Blätter ´Die Depeschen´, ´Das 2 Groschenblatt´, ´Das Zehngroschenblatt´ und endlich ´Das 12 Uhr Blatt´ und ´Die Neue Zeitung´ gingen nach und nach in den Besitz der illegalen Gauleitung Wien über oder wurden von ihr kontrolliert und konnten eine Zeit hindurch erscheinen. Im Auftrage des Gauleiters A.E. Frauenfeld hatte Pg. Zogelmann mit dem Vertragsleiter der ´Neuen Zeitung´ (des Christlichen Kunschakblattes) Major Tepfer Fühlung genommen und im August 1933 im Wege von Wochenzuschüssen die Zeitung für die Notwendigkeiten des Kampfes der illegalen NSDAP. gewonnen*." (Schopper, 1942: 34).

Da ihre Druckerei "Waldheim-Eberle" wegen der Entwicklung des Blattes den Konzessionsentzug befürchtete, musste das Blatt am 13. Jänner 1934 jedoch eingestellt werden. (Vgl. Paupié, 1960: 177 sowie vgl. Schopper, 1942: 35.)

Im Zuge dieser Arbeit wird "Die Neue Zeitung" als nationalsozialistische Vergleichszeitung für die "Neue Freie Presse" herangezogen. Dabei wird besonders darauf zu achten sein, dass "Die Neue Zeitung" tatsächlich erst ab August 1933 von der NSDAP beeinflusst wurde, eventuell aber schon vorher nationalsozialistische Tendenzen annahm. Für die Ereignisse, die davor liegen, (Justizpalastbrand, etc.) wird ein Vergleich zwischen der Berichterstattung der liberalen "Neuen Freien Presse" und der christlichsozialen "Die Neue Zeitung" trotzdem analysiert, denn Unterschiede in deren Berichterstattung könnten auch aufschlussreich sein.

4.9 Österreichischer Beobachter

Zum ersten Mal taucht der Name "Österreichischer Beobachter" am 20. Mai 1926 auf, wo er als erste Neugründung der NSDAP (Hitlerbewegung) kurz nach der Parteispaltung ins Leben gerufen wurde (vgl. ABPD, 26.5.1926[193], zit. nach Beutl, 2001[b]: 70). Er wurde geringfügig in Wien verbreitet, doch der Geldmangel und die angehäuften Schulden führten zur baldigen Einstellung des Blattes (ÖStA/AdR[194], zit. nach Beutl, 2001[b]: 70). Sein Nachfolger war der "österreichische Nationalsozialist", der am 13. November 1926 präsentiert wurde (Der österreichische Nationalsozialist, F. 1, 1926, zit. nach Beutl, 2001[b]: 70). (Vgl. Beutl, 2001[b]: 70.) Beutl hält jedoch fest, dass dieser "Österreichische Beobachter" lediglich im Namen eine Kontinuität zu den Blättern von 1934 und 1936 darstellt, aber nicht mit ihnen ident ist. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 70, Fußnote 247.) Der "Österreichische Beobachter", der Teil dieser Untersuchung ist, erschien zuerst im Jahr 1934, vom 24. Jänner bis 11. April, und dann wieder ab 28. Juli 1936. Er avancierte zum wichtigsten Blatt der illegalen NSDAP. (Vgl. Melischek/Seethaler, 1992: 156 sowie Paupié, 1960: 65.)

4.9.1 Ö.B. 1934

Das Blatt von 1934 schaffte es, sich in die Vielfalt von Wiener Tageszeitungen zu schummeln, obwohl die NSDAP ja bereits verboten war (vgl. Paupié, 1960: 59). Dies lag vermutlich an der äußerlichen Aufmachung des Blattes, da das sonst bei den Nationalsozialisten allgegenwärtige Hakenkreuz fehlte.

Als Tageszeitung bei "Waldheim-Eberle" gedruckt, erschien es siebenmalwöchentlich, seine "Mittag-Ausgabe" sechsmalwöchentlich. Eigentümer, Herausgeber und Verleger war Hermann Rassl und der verantwortliche Redakteur Viktor Tepser. (Vgl. Melischek/Seethaler, 1992: 156,126.) Am 11. April 1934 musste das Blatt eingestellt werden, es war enttarnt.

---

[193] Polizeibericht über den Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterverein betreffend Herausgabe eines Parteiorgans vom 26.Mai1926. In: Archiv der Bundespolizeidirektion Wien (ABPD), Schober-Archiv, Schachtel 28 II, Kuvert: Versammlungen, Pr.Zl.IV-2200/26.

[194] Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik. Gruppe 16/2, Kt. 3.746, 176.723-26.

Zur Einstellung des Blattes zitiert Schopper das "Neuigkeits-Weltblatt" vom 12. April 1934:

> *„Der seit einiger Zeit erscheinende ‚Österreichische Beobachter´ mußte mit gestrigem Tag über Verfügung der Behörden sein Erscheinen einstellen, da gegen einige Mitarbeiter des Blattes von der Polizei die Untersuchung wegen Verdachtes nationalsozialistischer Betätigung eingeleitet worden ist…*“ (Neuigkeits-Weltblatt, 12.4.1934, zit. nach Schopper, 1942: 36).

4.9.2 Ö.B. 1936

Durch Initiative des Landesgeschäftsführers der illegalen NSDAP (Hitlerbewegung), Hannes Hiedler, wurde der "Österreichische Beobachter", im Juli 1936 gegründet. (Vgl. Schopper, 1942: 251,332.) Durch die Vereinheitlichungswelle fast aller illegalen Wiener Blätter zum "Kampf" im Jahr 1936, konnte die Organisation der nationalsozialistischen Presseerzeugnisse gestrafft werden. Als dann im Juli 1936 der "Kampf" mit dem "Österreichischen Beobachter" verschmolz, wurde dieser im Laufe der Zeit zum "*Hauptkampfinstrument der Bewegung*" (Schopper, 1942: 332). (Vgl. Schopper, 1942: 237.) Schopper zitiert den polizeilichen Lagebericht, der zeigt, dass die Behörden unmittelbar nach der Gründung des "Ö.B." bereits Kenntnis davon hatten:

> "*Als Nachfolgerin der bis Ende Juli 1936 fallweise erschienenen nationalsozialistischen Zeitung „Der Kampf“ wird nunmehr die Propagandaschrift „Ö.B.“, Organ der NSDAP. in Österreich, herausgegeben, die wöchentlich und an Stelle aller anderen Parteizeitungen für sämtliche nationalsozialistischen Parteiinformationen in Österreich erscheinen soll. Die mangelhafte Ausstattung dieses Blattes läßt darauf schließen, daß zur Zeit die Entfaltungsmöglichkeit der Partei auf dem Gebiete der Presse sehr eingeschränkt ist*.“ (Lagebericht 348 963 St.-B., zit. nach Schopper, 1942: 332f).

Bereits vor Hiedler´s Zeit hatte man die "Mitteilungen der Landesleitung" ausgebaut, die für eine Vereinheitlichung der illegalen NS-Presse im ganzen Land sorgen sollten. Aus ihr entwickelte sich später die "Landesvorlage" des "Österreichischen Beobachters". Die Gaupresseämter hatten sich an die Landesvorlagen zu halten, nur in lokalen Belangen hatten sie noch freie Hand. Nun vereinbarte Hiedler mit den Gauleitern, ihre aktuellen

Blätter einzustellen und stattdessen den "Österreichischen Beobachter" für ihren Gau ins Leben zu rufen. (Vgl. Schopper, 1942: 251f sowie Hübener, 1969: 58.)

> "*Dieser ´Österreichische Beobachter´ sollte in ganz Österreich wenn möglich das gleiche Aussehen und die gleiche Aufmachung haben. Zu diesem Zwecke trug die Landesvorlage Vermerke wie: ´Pflichtartikel sind´ oder ´Beilage A ist sofort als Flugblatt anzufertigen (...)´*" (Schopper, 1942: 251).

Als wöchentliche Zeitung erschien der "Österreichische Beobachter" nun in vier regionalen Ausgaben, wurde in ganz Österreich in illegalen Druckereien gedruckt (vgl. Jagschitz, 1983: 60) und von Helfern mühsam verbreitet (vgl. Schopper, 1942: 255). Erfolg stellte sich ein und die Auflage stieg. Im Jahr 1936 wurden in Wien 37.000 Exemplare gedruckt, im nächsten Jahr schon 45.000. (Vgl. Schopper, 1942: 254.) Als Ernst Handschmann, eine wichtige Person im illegalen Pressewesen der NSDAP, aus dem Gefängnis zurückkehrte, übernahm er die Schriftleitung. (Vgl. Hübener, 1969: 59.) Er begann einen Mitarbeiterstab aufzubauen, um ein weiteres Erscheinen des "Ö.B." auch zu ermöglichen, wenn eine größere Verhaftungswelle stattfinden sollte. Der große Wert des Blattes bestand laut Schopper darin, dass sich auch die Gegner um das Blatt rissen und die einzelnen Ausgaben nach dem Lesen bis zu zehn mal weitergegeben wurden - außerdem brachte die Zeitung viel Geld in die Parteikasse, da einige Parteigenossen mehr für den "Ö.B." bezahlten, als verlangt wurde. Während eines neuerlichen Gefängnisaufenthalts Handschmanns im April 1937, baute Hans Berner die Auslandsverbindungen aus. Er schickte den "Österreichischen Beobachter" als neues Auslandspropagandamittel in verschiedenste Länder, woran besonders die nationalsozialistischen Eisenbahner teilhatten, die das Propagandamaterial über die Grenzen schmuggelten. Außerdem gab Berner unterschiedlichste Sonderausgaben in Auftrag, die mit ihrer Propaganda besondere Gruppen ansprechen sollten - wie z.B. Geistliche, Polizeibeamte, Beamte, Lehrer oder das Heer. (Vgl. Schopper, 1942: 254ff.) Der "Österreichische Beobachter" des Gaues Oberösterreich wurde auch in Vorarlberg, Tirol und Salzburg verteilt. Es war das erste Blatt mit einer gut eingerichteten Druckerei, die später sogar Bilder druckte. Als nach Richard Scheuchs Tod, dem Organisator der Wiener Herstellungsgruppe, der "Ö.B." in Wien nicht erscheinen konnte, belieferte man für einen Monat auch den Gau Wien mit der Ausgabe aus Linz. (Vgl. Schopper, 1942: 257ff,274.)

In seinen Kurznachrichten und Berichten zeichnete der "Österreichische Beobachter" ein äußerst negatives Bild von der Regierungspolitik und deren Politikern sowie von den ständischen Organisationen und deren Repräsentanten. Außerdem beinhaltete er Parolen und Aufrufe, die durch besondere Hervorhebungen sofort ins Auge sprangen. (Vgl. Hübener, 1969: 62.) Diese wandten sich gegen Juden ("!!*Volksgenossen kauft nicht bei Juden*!!"), die Regierung und ständische Organisationen ("*Wer sabotiert das Juli-Abkommen? Regierung und Vaterländische Front!*"), gegen Kommunisten und Sozialdemokraten ("*Den roten Sendlingen gilt unser rücksichtsloser Kampf*!") sowie in eigener Sache an die "Parteigenossen" ("*Parteigenossen vertraut Eurer Führung und haltet Disziplin!*"; "*Nationalsozialist sein heißt kämpfen und Opfern! Die Stärke unserer Bewegung liegt in ihrer Einigkeit!*"). (Hübener, 1969: 62f.)[195] Die Zeitung "*fungierte bis zum "Anschluß" im März 1938 als zentrales Organ der NSDAP in Österreich und vertrat gegen verschiedene Befriedungstendenzen die offizielle an Hitler orientierte Parteilinie der Konfrontation*." (Jagschitz, 1983: 60).

[195] Für eine genaue Untersuchung des Ö.B. siehe: Hübener, 1969: 57ff

4.10 Deutsche Arbeiter-Presse

Die "Deutsche Arbeiter-Presse"[196] ist das erste und älteste Parteiblatt der Nationalsozialisten in Österreich, es ging aus der "Deutschen Arbeiterzeitung" hervor, die am 17. Jänner 1904, kurz nach der Gründung der Deutschen Arbeiterpartei, in Aussig ins Leben gerufen wurde (vgl. Brandstötter, 1969: 47 sowie vgl. Beutl, 2001[b]: 55).

Die "Deutsche Arbeiter-Presse" wurde während ihrer Namensänderung im Mai 1914 vom Mitglied der Deutschen Arbeiterpartei Hans Krebs herausgegeben und im November des Jahres von Raimund Krebs übernommen. Nach ihrer Abspaltung von der sudetendeutschen Bruderpartei, übernahm ab 1918/1919[197] Dr. Walter Riehl die Zeitung als Eigentümer und Herausgeber, "*für die Reichsparteileitung der Deutschen Nationalsozialistischen Partei*" (Beutl u.a., 2001: 111). (Vgl. Beutl u.a., 2001: 111f sowie vgl. ONB/DAP, o. J.) Das Blatt war nur eine von zwei Zeitungen, die zu dieser Zeit für die DNSAP erscheinen konnten. Der sudetendeutschen Partei blieben elf andere nationalsozialistische Blätter, die jedoch nicht nach Österreich gebracht werden konnten (vgl. Jung, 1922: 190 sowie vgl. Beutl, 2001[b]: 56). Gemeinsam mit dem Salzburger "Volksruf" stellte die Wiener "Deutsche Arbeiter-Presse" zu Beginn der Ersten Republik eine publizistische Verbindung zwischen den beiden wichtigen Zentren der Bewegung dar (vgl. Beutl, 2001[b]: 56). Als Hauptblatt der Partei wurde sie in Wien gedruckt und in ganz Österreich verteilt. Im Laufe der Zeit kamen regionale Zeitungen in die NS-Presselandschaft dazu, die unterstützend oder ergänzend für das Hauptblatt wirkten. Die "Deutsche Arbeiter-Presse" hatte immer die höchste Priorität und es war ein erklärtes und wesentliches Ziel der NS-Pressepolitik, das Blatt von der bisherigen, wie alle NS-Blätter, wöchentlichen Erscheinungsweise zu einer Tageszeitung zu vergrößern. Wenn eine der regionalen Zeitungen in wirtschaftliche Schwierigkeiten kam, wurde sie oft als Kopfblatt der "Deutschen Arbeiter-Presse" weitergeführt. Wurde ein regionales NS-Blatt ganz eingestellt, bekamen ihre Bezieher das Hauptblatt zugesandt. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 60,65f.)

---

[196] Siehe auch Eintrag im Katalog der österreichischen NS-Presse 1918-1933 In: Beutl/Hefner/Monschein/Randl, 2001: 111f.

[197] Beutl/Hefner/Monschein/Randl legen den Beginn Dr. Walter Riehls als Herausgeber mit 1918 fest, in der Beschreibung des Katalogs der Österreichischen Nationalbibliothek ist jedoch "ab 1919" vermerkt. (Vgl. Beutl u.a., 2001: 111 sowie ONB/DAP, o.J.)

Als Dr. Walter Riehl seine Funktion als Parteiobmann der NSDAP im September 1923 niederlegte, schied er Anfang November 1923 auch als Herausgeber der "Deutschen Arbeiter-Presse" aus. (Vgl. Beutl, 2001[a]: 28 sowie vgl. Riehl, 1934: 1)

Bruce F. Pauley stellt der "Deutschen Arbeiter-Presse" unter Walter Riehl ein besonderes Zeugnis aus:

> "*Die ´Deutsche Arbeiter-Presse´ war teilweise eine Ausnahme im allgemeinen mittelmäßigen Journalismus. Vor allem dank dem früheren Herausgeber Dr. Walter Riehl entwickelte sich die Auflage der Zeitung zu beachtlichen 24.000 Stück im Jahr 1924 hinauf. In späteren Jahren gaben sogar Mitglieder der rivalisierenden Hitlerbewegung zu (oder klagten an), daß die ´Deutsche Arbeiter-Presse´ zu ihrer führenden Zeitung "Die Volksstimme", die von Alfred Proksch herausgegeben wurde, überlegen sei*." (Pauley, 1988: 69).

Nachdem Riehl seine Verantwortung für die Zeitung niedergelegt hatte, wurde der "Nationalsozialistische Verein für Deutschösterreich" als Herausgeber ausgewiesen. Gleichzeitig, ab Folge 35/1923, wurde Josef Müller zum verantwortlichen Redakteur. (Vgl. Beutl u.a., 2001: 112.) Schulz, Riehl´s Nachfolger als Parteiobmann, hatte jedoch seine Probleme, die nationalsozialistische Partei angesichts des immer populärer werdenden Hitlers zusammenzuhalten. (Vgl. Pauley, 1988: 59.) Dies zeigte sich auch bei einem Streit um die Gehälter für die Redaktion der "Deutschen Arbeiter-Presse". Der Herausgeber und verantwortliche Redakteur, Josef Müller, forderte mit seinen angestellten Redakteuren mehr Geld von der Parteileitung, was für Schulz aber aufgrund der problematischen finanziellen Lage schwierig war. Der Parteiobmann verlor dadurch Vertrauen und Sympathie bei den jüngeren Nationalsozialisten und es vergrößerte die wachsende Kluft zwischen "alten" Nationalsozialisten und den vorwiegend jungen, radikalen Hitleranhängern. (Vgl. Beutl, 2001[a]: 30f sowie vgl. Pauley, 1988: 51f.) Am 4. Mai 1926 spaltete sich schließlich die NSDAP (Hitlerbewegung) von der "Schulzgruppe" ab. Es folgten Auseinandersetzungen und Versöhnungsversuche, doch schließlich verkündete die NSDAP Österreich unter Karl Schulz am 2. März 1930 die endgültige Trennung der beiden Fraktionen. (Vgl. Beutl, 2001[a]: 31ff.)

Schon kurz nach der Gründung der NSDAP (Hitlerbewegung) bezogen auch die Zeitungen ihre Positionen, die "Deutsche Arbeiter-Presse" entschied sich mit dem "Volksruf" und ein paar lokalen Blättern für die "Schulzgruppe". (Vgl. Beutl, 2001[b]: 69f,72.)

Die finanziellen Probleme zehrten an den kleinen Blättern und der Konflikt mit der Hitlerbewegung lähmte zusätzlich den pressetechnischen Aufbau der Partei (vgl. Beutl, 2001[b]: 72). Die Nationalsozialisten setzten zunehmend auf die "Deutsche Arbeiter-Presse" als finanzielle Stütze ihrer Schulz-Partei:

> "*Die ´Deutsche Arbeiterpresse´ ist das stärkste Wirtschaftsunternehmen, über das die Partei heute verfügt und es muß unser Ziel sein, die Kosten der Parteikanzlei und der sonstigen Parteitätigkeit möglichst restlos aus den Erträgnissen der ´Deutschen Arbeiterpresse´ zu decken.*" (Gottinger, 1927: 2[198], zit. nach Beutl, 2001[b]: 72).

Auch um das Hauptorgan der Schulz-Gruppe erhalten zu können, wurden die lokalen Presseerzeugnisse bis 1931 nach und nach reduziert und schließlich eingestellt. Als letzte blieb die "Deutsche Arbeiter-Presse", *die den Kampf gegen die Hitleranhänger allein weiterführte und letztendlich* [ab 1933; Anm. d. Verf.] *sogar die Regierung bzw. das autoritäre Regime Dollfuß unterstützte."* (Beutl, 2001[b]: 72f, 94 (Anm. d. Verf.). (Vgl. Beutl, 2001[b]: 72f.)

Im Jahr 1931 verschwand stillschweigend auch das Hakenkreuz aus dem Impressum der Zeitung. Der größte Zorn der Berichterstattung galt den Anhängern Hitlers:

> "*Ihre Wahltaktik vom September 1930 sei mit der der Kommunistischen Partei vergleichbar. Nationalsozialisten und Kommunisten seien bestrebt, einander in ihrem Radikalismus zu überbieten. Beide Parteien wollten ein neues Deutschland auf den Ruinen des alten aufbauen. Tatsächlich seien die deutschen Nationalsozialisten keine wirklich treuen Nationalsozialisten, sondern reaktionäre Faschisten, die nationale bolschewistische Methoden benützten*." (DAP, 13.9.1930: 1, zit. nach Pauley, 1988: 58).

Als schließlich Dollfuß die Hitlerbewegung verbot, gab es Applaus von der "Deutschen Arbeiter-Presse" (vgl. DAP, 3.7.1933: 1), die sich dadurch offenbar einige neue Mitglieder erhoffte. Diese Hoffnung blieb jedoch unerfüllt. (Vgl. Pauley, 1988: 58.)

Schulz erhielt die "Deutsche Arbeiter-Presse" noch bis Ende 1934 und verkaufte sie schließlich wieder an Walter Riehl. Der hatte inzwischen kurzfristig versucht, in der NSDAP (Hitlerbewegung) mitzumischen, war jedoch erneut ausgeschlossen worden. Nun suchte Riehl nach einer Plattform für seine Ansichten. Am 12.12.1934 veröffentlichte er

---

[198] Gottinger, Franz: Die Presse - unsere schärfste Waffe. In: Der Nationalsozialist. Folge 7. 1927.

die erste Nummer der "Deutschen Arbeiter-Presse" mit ihm als Herausgeber unter der Parole: "*Gegen den Bürgerkrieg! Für ein deutschchristliches soziales Österreich!*". Riehl´s "Deutsche Arbeiter-Presse" wurde zwar einige Male beschlagnahmt, erschien aber recht regelmäßig - erst wöchentlich, dann vierzehntägig. Doch die Leserschaft war zu gering und so konnte Riehl die Zeitung nicht länger halten. Am 4. Juli 1935 musste er ihr Erscheinen einstellen. (Vgl. Brandstötter, 1969: 331.)

Die "Deutsche Arbeiter-Presse" schaffte es, weit über das Betätigungsverbot der NSDAP (Hitlerbewegung) hinaus zu überleben und kann sich so die erste und die letzte nationalsozialistische Zeitung in Österreich vor 1938 nennen. (Vgl. Beutl, 2001[b]: 94.)

5. Agenda-Setting

Als theoretische Grundlage für die folgende Untersuchung wird die Agenda-Setting-Theorie herangezogen.

> "*Der Kerngedanke dieses Konzeptes besteht in der Annahme, daß die Massenmedien nicht so sehr beeinflussen,* was *wir denken sollen, sondern eher bestimmen,* worüber *wir nachzudenken haben. Sie legen gewissermaßen fest, welche Themen wir auf unsere Tagesordnung (Agenda) setzen*." (Burkart, 2002: 248)

Obwohl die der Großpresse zugeordnete "Neue Freie Presse" mit dem Aufkommen der Parteipresse immer mehr an Bedeutung verlor, kann ihr in ihrer Funktion als Prestigeblatt der alten Monarchie eine "Tagesordnungs-" oder "Thematisierungsfunktion" unterstellt werden. Dabei beeinflusst sie die Aufmerksamkeit, das Wissen und das Problembewusstsein des Lesers (vgl. Schenk, 1987: 194[199], zit. nach Burkart, 2002: 249) - in diesem Fall gegenüber bestimmten Ereignissen in Österreich und im Deutschen Reich sowie gegenüber wichtigen Personen (Hitler, Dollfuß, Schuschnigg,...) und Gruppierungen (Nationalsozialisten).

Bestimmte Eigenschaften der Themen einer Zeitung können dabei die Effekte des Agenda-Settings beeinflussen. Mithilfe einer Differenzierung nach dem Grad ihrer "Aufdringlichkeit" werden diese Themen in zwei Gruppen eingeteilt:

> "*Aufdringliche Themen sind solche, die der Einzelne persönlich und direkt, also ohne Vermittlung durch die Medien, erfahren kann. Unaufdringliche Themen liegen außerhalb des persönlichen Erfahrungsbereiches. Thematisierungs- und Themenstrukturierungseffekte der Medien werden vor allem bei unaufdringlichen Themen erwartet. Hier sind Individuen besonders auf die Medien, also die Informationen aus zweiter Hand, angewiesen, so dass der Medieneinfluss stärker durchschlagen kann." (Schenk, 2007: 479).*

Für die folgende Untersuchung bedeutet dies, dass die zu analysierenden Themen zu einem großen Teil "unaufdringlicher Art" sind, da sie sich mit den Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland und der nationalen Politik befassen. "Aufdringliche" Themen sind jedoch auch im Untersuchungsmaterial zu finden. Zum Beispiel sind der

[199] Schenk, Michael (1987): Medienwirkungsforschung. Tübingen: Mohr.

Bürgerkrieg in Österreich oder der Putschversuch der Nationalsozialisten Ereignisse, die für die Bevölkerung unmittelbar erfahrbar waren. Bei einer Klassifizierung von Themen ist jedoch die Möglichkeit zu beachten, dass dasselbe Thema bei verschiedenen Lesern unterschiedliche Grade der "Aufdringlichkeit" aufweisen kann (vgl. Ehlers, 1983: 177[200], zit. nach Burkart, 2002: 252). Außerdem wurde herausgefunden, dass "*nicht nur das themenspezifische Interesse die Mediennutzung steuert, sondern auch umgekehrt die Rezeption eines Themas das Interesse daran hervorrufen kann*" (Atkin/Galloway/Nayman, 1976[201], zit. nach Burkart, 2002: 253). Diese Untersuchung orientiert sich jedoch ausschließlich am Kommunikator, also an der "Neuen Freien Presse" und den NS-Blättern, da der Untersuchungszeitpunkt mehrere Jahrzehnte zurückliegt und eine zufriedenstellende Rezipientenforschung nicht mehr möglich wäre.
Den Begriff "Themenstrukturierung", dessen Effekte sich nach Schenk (vgl. 2007: 479) besonders für unaufdringliche Themen nachweisen lassen, haben Uekermann und Weiß (1983) eingeführt. Sie beschreiben die beiden Modellvarianten von Mc Combs 1977[202], die sich "Salience-Modell" und "Prioritätenmodell" nennen. Das "Salience-Modell sieht die "*unterschiedliche Hervorhebung bestimmter Themen in den Medien als Ursache dafür (...), daß die Rezipienten diese Themen auch für unterschiedlich wichtig halten*." (Uekermann/Weiß, 1983: 70ff[203], zit. nach Burkart, 2002: 251).
Dies kann ebenfalls für die innen- wie außenpolitischen Ereignisse der Analyse vermutet werden. Je nach Anzahl und Aufmachung der Artikel hatte die "Neue Freie Presse" die Möglichkeit, die Ansichten der Leser über die Wichtigkeit eines Themas zu beeinflussen. Das "Prioritätenmodell", in dem unterstellt wird, "*die Themenrangfolge der Medienagenda schlage sich spiegelbildlich in einer ebensolchen Publikumsagenda*

[200] Ehlers, Renate (1983): Themenstrukturierung durch Massenmedien. Zum Stand der empirischen Agenda-Setting-Forschung. In: P 2/1983/S.167 - 186. Wiederabgedruckt in: Burkart (Hrsg.): 1992, S.106 - 126.
[201] Atkin, C.K./ Galloway, J./ Nayman, O.B. (1976): News Media Exposure, Political Knowledge and Campaign Interest. In: JQ Vol. 53/1976/S. 231 - 237.
[202] McCombs, Maxwell E. (1977): Newspaper Versus Television: Mass Communication Effects Across Time. In: Shaw/McCombs (1977): The Emergence of American Political Issues. The Agenda-Setting Function of the Press. St. Paul usw. S. 89 - 106)
[203] Uekermann, Heinz R./Weiss, Hans Jürgen (1983): Agenda Setting: Zurück zu einem medienzentrierten Wirkungskonzept? In: Saxer (Hrsg.) (1983): Politik und Kommunikation. München. S. 69 - 79.

nieder" (Uekermann/Weiß, 1983: 70ff[204], zit. nach Burkart, 2002: 251), wird inzwischen nicht mehr vertreten.

Auch das dritte Modell McCombs´ (1977), das sogenannte "Awareness-Modell" ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, denn es unterstellt, dass die Medienberichterstattung die Rezipienten erst durch ihre Berichterstattung auf bestimmte Themen aufmerksam macht. (Vgl Uekermann/Weiß, 1983: 70ff[205], zit. nach Burkart, 2002: 250)

Inzwischen geht man in den Weiterentwicklungen des Agenda-Setting-Ansatzes davon aus,

> "*dass über die Themenwahl der Medien auch Meinungen beeinflusst werden können - und zwar nicht durch Leitartikel oder Kommentare, sondern eher indirekt: Mit* Priming *ist in diesem Zusammenhang gemeint, dass die mediale Betonung eines bestimmten Themas für die einem Politiker eine hohe Kompetenz zugeschrieben wird, dazu führt, dass dieser Politiker generell in der Bevölkerung positiver beurteilt wird*." (Meier, 2007: 115)

Würde die "Neue Freie Presse" also vermehrt über nationalsozialistische Anschläge oder dergleichen berichten, wäre es denkbar, dass sich die Bevölkerung als Folge eine Regierung gewünscht hätte, die diesem Terrorismus Einhalt geboten hätte.

Ebenfalls interessant für diese Untersuchung ist die gegenteilige Theorie, das "*Agenda-Building*", wonach die "*Medienagenda selbst als Resultat komplexer Selektionsvorgänge innerhalb der Medienorganisationen entsteht und folglich nicht allzu isoliert betrachtet werden darf.*" (Burkart, 2002: 254). Kepplinger (vgl. 1992[206], zit. nach Burkart, 2002: 254) berichtet in diesem Zusammenhang vom "Ereignismanagement", das von verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren betrieben wird. Dabei machen sich die Politiker, Parteien und Interessensgruppen die "*Kenntnis journalistischer Selektionskriterien zunutze und inszenieren sog. "Pseudo-Ereignisse" (Pressekonferenzen, Feierlichkeiten, Demonstrationen oder sonstige Veranstaltungen), um die Nachrichtengebung in ihrem Sinn zu beeinflussen*." (Burkart, 2002: 254). Dies ist, auf die Analyse bezogen, auch bei

---

[204] Ebenda.
[205] Ebenda.
[206] Kepplinger, Hans Mathias (1992): Ereignismanagement. Wirklichkeit und Massenmedien. Zürich: Edition Interform.

diversen Reden im Radio, die danach in der "Neuen Freien Presse" erschienen und organisierten Demonstrationen oder öffentlichen Ansprachen bei Ereignissen zu vermuten. Als das Blatt im Besitz der Regierung war, fanden solche Aktivitäten ebenfalls statt, jedoch gab es von Seiten der Regierung auch klare Vorschläge, worüber wie zu berichten sei, zum Beispiel beim Juliabkommen 1936. Teilweise lässt sich das "Ereignismanagement" auch in Bezug auf das Deutsche Reich feststellen. Allerdings ist es gut möglich, dass die "Neue Freie Presse" aufgrund ihrer finanziellen Lage selbst die Nachrichtenauswahl traf und entschied, welchen Ereignissen sie wie viel Wichtigkeit beimessen kann und wann sie eine Beschlagnahmung im Nachbarland riskieren würde.
Die Medien können aber auch "*Macht verleihen, indem sie Einzelpersonen oder Gruppen nützliche Publicity verschaffen*" (vgl. Gans 1980: 292[207], zit nach Drentwett, 2009: 62). Durch Hervorheben oder Ignorieren von bestimmten Gegebenheiten oder Akteuren attestieren sie eine höhere oder niedrigere Wichtigkeit und vermitteln dies an den Rezipienten.

Für diese Untersuchung ist dies genauso wichtig wie den Inhalt eines Berichts zu analysieren, um eine befürwortende oder ablehnende Berichterstattung über Deutschland oder die Nationalsozialisten herauslesen zu können.

[207] Gans, H. (1980): Deciding What´s News. A Study of CBS Evening News, NBC Nightly News, Newsweek, and Time. New York.

6. Untersuchungsdesign

Im Zuge dieser Arbeit soll untersucht werden, wie die "Neue Freie Presse" in der Zwischenkriegszeit bzw. im Austrofaschismus tatsächlich mit Deutschland und dem österreichischen und deutschen Nationalsozialismus umgegangen ist.
Um dies herauszufinden soll neben einer Analyse der Berichterstattung zu bestimmten Themen auch ein Vergleich mit nationalsozialistischen Parteiblättern Unterschiede und Ähnlichkeiten aufzeigen.

Dazu wurden leitende Fragen formuliert, die mit der Untersuchung beantwortet werden sollen:

- Schrieb die als "Judenzeitung" bezeichnete Tageszeitung "Neue Freie Presse" damals tatsächlich neutral oder beeinflusste die finanzielle Abhängigkeit (oder Anderes) die Blattlinie in Richtung Deutschlandfreundlichkeit oder unkritische Berichterstattung über den Nationalsozialismus?
    - Welche Informationen hat sie hervorgehoben?
      Ist erkennbar, welche Informationen weggelassen wurden?
    - Wurden Texte vom Deutschen Nachrichten-Büro oder anderen offiziellen Stellen gekennzeichnet?
    - Wie ging die "Neue Freie Presse" in Kommentaren mit Deutschland und dem Nationalsozialismus um?
    - Was lässt auf eine negative/neutrale/positive Berichterstattung über Deutschland oder die Nationalsozialisten schließen?
    - Können die aus der Literaturrecherche aufgestellten Behauptungen über die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" verifiziert werden?
- Hat die "Neue Freie Presse" vielleicht sogar gegen Gesetze verstoßen und wurde beschlagnahmt?
- Gibt es in der "Neuen Freien Presse" im Beobachtungszeitraum auch Inserate aus Deutschland?

Um die politische Einstellung der "Neuen Freien Presse" in der Zwischenkriegszeit nachvollziehen zu können, wurden markante geschichtliche Ereignisse ausgewählt. Die

Berichterstattung darüber wird aus dem Blatt sowie aus den Vergleichszeitungen ("Österreichischer Beobachter", "Deutsche Arbeiter-Presse" oder "Die Neue Zeitung") herausgefiltert, analysiert und verglichen. Die besagten Ereignisse wurden historisch aufbereitet und lauten wie folgt:

04.03.1933	Ausschaltung des österreichischen Parlaments
01.04.1933	Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland
10.05.1933	Bücherverbrennungen in Deutschland
19.06.1933	Verbot der Nationalsozialisten in Österreich
12.-15.2 1934	Verbot der Sozialdemokratischen Partei und Bürgerkrieg in Österreich
25.07.1934	Putschversuch der Nationalsozialisten in Österreich
16.03.1935	Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland
15.09.1935	Nürnberger Gesetze
11.07.1936	"Juliabkommen" Österreichs mit dem Deutschen Reich

Der **Untersuchungszeitraum** wird für jedes Ereignis separat definiert und im Überblickskapitel des Ereignisses dargelegt und begründet. Generell soll er bei der "Neuen Freien Presse" mehrere Tage ab dem Ereignistag umfassen. Da die Vergleichszeitungen unterschiedliche Erscheinungsweisen haben, wird der Zeitraum auch bei ihnen je nach Ereignis festgelegt und vor der Analyse definiert.
Bei der Auswahl der **Vergleichszeitung** für die jeweilige Analyse wird in folgender Priorität vorgegangen und je nach Verfügbarkeit für den Untersuchungszeitraum ausgewählt:

1. "Österreichischer Beobachter"
2. "Deutsche Arbeiter-Presse"
3. "Die Neue Zeitung"

Im Rahmen des definierten Untersuchungszeitraums soll die Grundgesamtheit des Materials zur Analyse herangezogen werden. Das heißt, es werden keine Stichproben aus dem Untersuchungsmaterial gezogen, sondern alle in diesem Zeitraum erscheinenden Ausgaben der untersuchten Zeitung "Neue Freie Presse" werden

analysiert. Dies bedeutet bei der "Neuen Freien Presse", dass die Berichterstattung über das gewählte Ereignis sowohl der Morgen- als auch der Abendausgabe untersucht wird. Auch bei den Vergleichszeitungen werden alle auffindbaren Ausgaben eines Untersuchungszeitraums zum Vergleich herangezogen.

Das **Untersuchungsmaterial** umfasst insgesamt 572 Artikel der "Neuen Freien Presse". Der "Österreichische Beobachter" veröffentlichte 50 Artikel zu den oben angeführten Themen, die "Deutsche Arbeiter-Presse" 16 und die "Neue Zeitung" 45.

6.1 Forschungsstand

Die im Theorieteil verwendete Literatur entspricht im Großen und Ganzen auch dem Forschungstand zur "Neuen Freien Presse" in der Zwischenkriegszeit bzw. zu ihrer politischen Einstellung. Besonders ist dabei auf das Kapitel 3.6 "Neue Freie Presse" hinzuweisen.

Neben wichtigen historischen Beiträgen, z. B. von Venus (1998), über die "Neue Freie Presse", Jagschitz (1983) über den Einfluss des Auslands auf die österreichische Presselandschaft oder Duchkowitsch (2001) zur nationalsozialistischen Presse zwischen 1918 und 1933, findet sich keine Fachliteratur, die das Thema direkt betrifft - ausgenommen teilweise unbelegte Aussagen über die politische Einstellung der "Neuen Freien Presse" von Venus (1998) oder Wandruszka (1958). Jedoch greifen auch andere Diplomarbeiten die Fragestellung auf, wie die "Neue Freie Presse" in der Zwischenkriegszeit berichtete. Ein Beispiel ist die Arbeit von Johanna Mitterbauer (1992), die das Bild Deutschlands in österreichischen Tageszeitungen, unter anderem auch in der "Neuen Freien Presse", zwischen 1933 und 1938 mithilfe einer Themen- und Trendanalyse sowie eines Positiv/Negativ/Neutral-Schemas untersuchte oder Katharina Saremba (2009), die die österreichische Berichterstattung über die Bücherverbrennungen analysierte. Die Diplomarbeit von Gerda Steinberger (1990) ist besonders hervorzuheben. Ihr mehrere hundert Seiten umfassendes Werk analysiert die Journalisten der "Neuen Freien Presse" von 1933 - 1939 und bietet einen fundierten Grundstock an Informationen über die Lage des Blattes in dieser Zeit und über die Beziehungen zu Deutschland.

6.2 Methode: Qualitative Inhaltsanalyse

Als Methode für die vorliegende Untersuchung wurde eine offene qualitative Inhaltsanalyse herangezogen. Das definierte Forschungsmaterial wird demensprechend beschrieben, analysiert und interpretiert, um die Forschungsfragen beantworten zu können. Der Vorteil einer Inhaltsanalyse für diese Untersuchung ist, dass weder Produzent noch Rezipient betroffen sind (vgl. Schnell/Hill/Esser, 2008: 407) und sie daher gut im gewählten historischen Untersuchungszeitraum anzuwenden ist.

Da das Untersuchungsmaterial zu einem Großteil unbearbeitet ist und in der Literatur nur einzelne Behauptungen über die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" in der Zwischenkriegszeit zu finden sind (Siehe Kapitel 3.6.1.), wurde eine Methode gewählt, die die Analyse des Materials nicht einschränkt und auch das Herausfiltern neuer Aspekte zulässt, wodurch der Blick auf die Gesamtaussage des Textes ermöglicht wird.

Die politische Einstellung der "Neuen Freien Presse" lässt sich besser durch ein qualitatives Verfahren analysieren, als durch eine quantitative Methode messen. Das heißt, dass vorab keine Kategorien gebildet oder Auswertungsaspekte festgelegt werden, die den Blick auf einzelne Wörter oder Sinnhaftigkeiten beschränken. Auch die vorangestellten Forschungsfragen stellen keine fixen Kategorien da. Sie dienen als Leitfaden und können auch nur mithilfe von Deskription beantwortet werden - nicht durch Messungen oder Zählungen, wie es bei einer quantitativen Untersuchung der Fall wäre.

7 Untersuchung

7.1 Analyse Ausschaltung des Parlaments

7.1.1 Überblick

In diesem Kapitel wird die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" zum Thema "Ausschaltung des Parlaments" untersucht. Der Untersuchungszeitraum wurde dafür zwischen 4. und 9. März 1933 gewählt. Er umfasst dadurch sowohl die Berichterstattung über die folgenreiche Parlamentsabstimmung am 4. März und die Erklärung der Regierung am 7. März als auch den Umgang des Blattes mit der Notverordnung zur Einschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit.

Im angegebenen Zeitraum erschien die "Neue Freie Presse" insgesamt 10 mal und sie veröffentlichte 28 Artikel zum Thema.

Zu beachten ist, dass zu dieser Zeit Ernst Benedikt noch etwa 35 % der Aktien der "Neuen Freien Presse" besaß und der Rest dem ausländischen Konsortium sowie Stefan von Müller gehörte. Letzterer versuchte zwischen Herbst 1932 und 1934, die Gesundung des Blattes herbeizuführen. Es wäre also möglich, dass Müller zu dieser Zeit bereits Kontakte zum Deutschen Reich knüpfte und ihm Gratisexemplare anbot, um Werbung für das Blatt zu machen. (Vgl. Steinberger, 1990: 72.)

7.1.2 Analyse "Neue Freie Presse"

Der erste Artikel zum Thema Parlamentsausschaltung ist ein kurzer Bericht mit dem Titel "*Die Nationalratssitzung über den Eisenbahnerstreik*." (NFP, Morgenblatt, 4.3.1933: 4). Darin kündigt die "Neue Freie Presse" die Sitzung an und weist darauf hin, dass diese von den Sozialdemokraten verlangt wurde. Die Regierungsparteien seien nicht der Meinung, "*daß die heutige Debatte und allfällige Abstimmungen im Nationalrat die parlamentarische und innerpolitische Lage beeinflussen werden*" (NFP, Morgenblatt, 4.3.1933: 4).

Am nächsten Tag veröffentlicht das Blatt auf der Titelseite einen kurzen Bericht, der die Ereignisse im Parlament zusammenfasst. Er trägt den vielsagenden Titel: "*Krise im*

Nationalrat. Rücktritt der Präsidenten Dr. Renner, Dr. Ramek und Dr. Straffner." (NFP, Morgenblatt, 5.3.1933: 1). Auf Seite sieben geht das Blatt näher auf die Situation ein und erklärt detailliert die Vorgänge im Parlament. Sie berichtet über den Rücktritt der drei Präsidenten, erläutert die verfassungsrechtliche Situation und versucht mögliche Lösungswege aufzuzeigen (vgl. NFP, Morgenblatt, 5.3.1933: 7). Dabei weist der Redakteur darauf hin, dass die Situation weder in der Verfassung noch in der Geschäftsordnung aufscheint:

> "*Diese Vorgänge zeigen neuerlich, daß sowohl die Geschäftsordnung des Nationalrates als auch die betreffenden Verfassungsbestimmungen Lücken aufweisen. (...). Die Parteien werden nunmehr Mittel und Wege suchen müssen, um zu einer Interpretation zu gelangen, die eine Wiederaufnahme der Nationalratssitzung ermöglicht.*" (NFP, Morgenblatt, 5.3.1933: 7).

Am 6. März berichtet die "Neue Freie Presse" auf Seite vier mit dem Titel "*Die Krise im Nationalrat. Bisher keine Lösung des Konflikts*." (NFP, Abendblatt, 6.3.1933: 4) über die Geschehnisse und stellt die unterschiedlichen Ansichten der Parteien gegenüber. Unter dem Titel "*Bekenntnis des Bundeskanzlers zum Parlamentarismus*" wird danach Dr. Dollfuß mit den Worten zitiert:

> "´*Der meiner Meinung nach s c h w e r zu v e r a n t w o r t e n d e R ü c k t r i t t d e s e r s t e n P r ä s i d e n t e n d e s N a t i o n a l r a t e s hat für das Parlament eine k r i t i s c h e S i t u a t i o n geschaffen. Ich bin i m m e r a u f d e m B o d e n d e s P a r l a m e n t a r i s m u s g e s t a n d e n und bekenne mich selbstverständlich auch heute zu einer g e s u n d e n V o l k s v e r t r e t u n g. Wenn das Parlament sich selbst unmöglich macht, darf man nicht der Regierung die Schuld daran geben. Wir haben diese Entwicklung nicht gesucht und nicht gewünscht, wir betonen aber, daß uns das Interesse und das Wohl des österreichischen Staates und des österreichischen Volkes über alles steht. Hoffentlich gewinnt kühle Vernunft bald wieder Oberhand. Wir w e r d e n n a c h w i e v o r i m v o l l e n B e w u ß t s e i n unserer V e r a n t w o r t u n g a u f u n s e r e m P o s t e n s t e h e n und das tun, was die schwere Zeit für die Weiterentwicklung der Wirtschaft in unserer österreichischen Heimat erfordert. Wir sind überzeugt, daß das bodenständige deutsche Volk Oesterreichs hinter uns stehen wird.*´" (NFP, Abendblatt, 6.3.1933: 4).

Die Rede, in der der Bundeskanzler nicht nur Dr. Renner, sondern auch das Parlament – *„das sich selbst unmöglich macht*" – angreift und betont, dass die Regierung ihre Verantwortung wahrnehmen wird, bleibt von der NFP unkommentiert.

Auch am 7. März bedauert die NFP, dass "*noch kein Schritt zur Beilegung*" sichtbar sei und vertritt die Auffassung: "*Unter diesen Umständen käme eine R ü c k n a h m e d e r D e m i s s i o n nicht in Frage und es müßte daher vom Bundespräsidenten eine N o t v e r o r d n u n g erlassen werden, (…)*" (NFP, Morgenblatt, 7.3.1933: 4). Neuerlich ruft sie zu einer Parteienvereinbarung auf, da die Regierung nur als beratendes Gremium eingreifen kann, um die "*Formalfrage des Nationalrates*" zu lösen. Die Redaktion der "Neuen Freien Presse" erkennt, dass "*die Aussichten, daß es bald zu solchen V e r e i n b a r u n g e n kommen wird, augenblicklich nicht günstig*" sind und daher "*die Ausgestaltung des Notverordnungswesens in den Vordergrund gedrängt*" werde. (NFP, Morgenblatt, 7.3.1933: 4.)

Im Abendblatt desselben Tages berichtet die Zeitung über die "*Fortdauer der Krise im Parlament*." (NFP, Abendblatt, 7.3.1933: 1). Darin erzählt sie u.a. von einer Aussprache des Bundeskanzlers Dollfuß mit dem christlichsozialen Dr. Ramek sowie mit "*mehreren führenden christlichsozialen Politikern, in der über die nunmehr zu beobachtende Taktik beraten wurde*." (NFP, Abendblatt, 7.3.1933: 1).

Am 8. März veröffentlicht die "Neue Freie Presse" auf dem Titelblatt einen unkommentierten, kurzen Bericht, der die "*Außerordentliche[n] Maßnahmen der Regierung*." (NFP, Morgenblatt, 8.3.1933: 1) zum Titel hat. Demnach wurde in einem außerordentlichen Ministerrat unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß ein Aufruf an das österreichische Volk beschlossen, um "*Schädigungen der Wirtschaft zu verhindern*" (NFP, Morgenblatt, 8.3.1933: 1). "*Darin wird ein Versammlungs- und Aufmarschverbot, (...) und auch die Erlassung einer Verordnung mit gesetzesändernder Kraft, betreffend presserechtliche Bestimmungen, angekündigt*." (NFP, Morgenblatt, 8.3.1933: 1). Auf Seite drei erläutert das Blatt unter dem Titel "*Noch keine Klärung in der Parlamentskrise*" (NFP, Morgenblatt, 8.3.1933: 3) die gesetzliche Lage sowie Vorgangsweisen und Ansichten der Parteien und veröffentlicht ein Protokoll des vertagten Hauptausschusses nach einer Debatte über die Krise (vgl. NFP, Morgenblatt, 8.3.1933: 3).

Das Abendblatt desselben Tages berichtet auf der Titelseite über den "*Eindruck der Regierungsmaßnahmen. Scharfe Kritik am Notrecht*." (NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 1). Der Redakteur geht auf die "*lebhaften Erörterungen*" der Regierungsmaßnahmen in parlamentarischen Kreisen näher ein und hält fest, dass die Christlichsoziale Partei sowie Heimatblock und Landbund hinter den Maßnahmen stehen, hingegen die Sozialdemokratische Partei, die Großdeutschen, die Nationalsozialisten und der steirische Flügel der Heimwehr die Entscheidungen "*entschieden ablehnen*". Ebenfalls berichtet das Blatt über weitere "*Beratungen über die Lösung der Parlamentskrise*." (NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 1). (Vgl. NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 1.)

Auf den darauffolgenden Seiten finden sich zwei äußerst kritische Beiträge der "Neuen Freien Presse" zu den neuen Pressevorschriften. Sie nennt sie eine "*höchst anfechtbare Maßregel*" (NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 2) und macht in der Kundgebung der Regierung einen "*ernsten i n n e r e n W i d e r s p r u c h*" aus: "*Auf der einen Seite wird behauptet, es sei eine schwere Krise des Parlaments vorhanden und man müsse in diesen schwierigen Zeiten zusammenhalten, (...)*" (NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 2). Doch sie ortet in den vergangenen Ereignissen keine Parlamentskrise, die sähe anders aus:

> "*Unter einer Parlamentskrise versteht man im allgemeinen effektive Arbeitsunfähigkeit, sei es durch Obstruktion, durch Skandale oder durch den Mangel einer Mehrheit. All dies hat nicht stattgefunden, das Parlament hat das Budget aufrecht erledigt. Wo ist also die Parlamentskrise?*" (NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 2).

Der Redakteur bezeichnet den Rücktritt der drei Präsidenten als "*höchst unnütz*", aber zumindest die ersten beiden Rücktritte seien "*halbwegs gerechtfertigt*" (NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 2) gewesen. Dann richtet sich das Blatt gegen die Presseverordnung und die Maßnahmen der Regierung:

> "*Wenn man das Volk zur Einigung ermahnt, so wird jeder gute Staatsbürger einverstanden sein (...) und wenn sie den Wunsch äußert daß Umtriebe vermieden und Ruhe und Ordnung geschützt werden sollen. Aber diese erwünschte Einigung wird keineswegs gefördert werden durch die Maßnahmen des Ministeriums. Das Verbot sämtlicher politischer Kundgebungen und Versammlungen jeglicher Art ist gewiß eine sehr scharfe Maßnahme, aber sie trifft alle Parteien und Gruppen gleichmäßig. Etwas anderes ist es jedoch, wenn auf Grund des k r i e g s w i r t s c h a f t l i c h e n E r m ä c h t i g u n g s g e s e t z e s v o m 24.*

J u l i 1917 eine Presseverordnung erlassen wird, die eine w e s e n t l i c h e V e r s c h ä r f u n g der gesetzlichen Bestimmungen beinhaltet. Da muß denn doch sehr ernst die Frage aufgeworfen werden, ob nicht eine ganz offenkundige Ueberschreitung des Rahmens vorliegt (...)." (NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 2).

Der Autor analysiert das Ermächtigungsgesetz und stellt fest, dass es in damaligen Zeiten trotz der Kriegsnot nur für wirtschaftliche Zwecke eingesetzt wurde: "*nirgends zeigt sich eine Ahnung, daß man einmal (...) diese Vorschriften politisch ausdeuten werde, um das Preßgesetz zu verschärfen*." (NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 2). Das neue Gesetz habe einen ernsten, höchst bedenklichen und unleugbaren Charakter. Das unsympathischste daran sei die "*a b s o l u t e W i l l k ü r*", nach der entschieden wird, ob ein Vergehen vorliegt, "*denn der Bundeskanzler muß ja nicht, er k a n n die Strafe anordnen, die eine Vorzensur bedeutet, ein e i n z i g e r F a l l der Konfiskation genügt, wenn sie angeordnet oder bestätigt wurde, und die Guillotine kann herunterlaufen*." (NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 2).

Die "Neue Freie Presse" benutzt das Wort "Vorzensur" und konstatiert, dass die Wiedereinführung derselben der "*ausdrücklichen Bestimmung des Verfassungsgesetzes*" widerspreche. Besorgt fordert sie: (Vgl. NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 2.)

"*s c h l e u n i g s t e W i e d e r h e r s t e l l u n g der p a r l a m e n t a r i s c h e n A k t i o n s f ä h i g k e i t, sonst schlittern wir in Zustände hinein, die keineswegs erbaulich sind. Eine Diktatur durch das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz, das wäre wohl der schlechteste Weg zum sozialen Frieden, zur wirtschaftlichen Erholung und zur Vermeidung des Unterganges*." (NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 2).

Auch auf der nächsten Seite geht die "Neue Freie Presse" auf den Inhalt der Bestimmungen ein. Im Artikel mit dem Titel "*Die neuen preßgesetzlichen Bestimmungen.*" (NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 3) hat sie ebenfalls kein positives Wort für die "Vorzensur" übrig. Sie nennt den Grund, "´*Verletzung des vaterländischen, religiösen oder sittlichen Empfindens´*", der eine "´*Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherhei*t herbeizuführen geeignet war´", "*ungemein dehnbar*" und findet, dass dies "*selbstverständlich in hohem Grad vom subjektiven Ermessen der staatsanwaltschaftlichen Organe abhängig*" ist. Der "*Zustand der vollständigen Konfiskationsfreiheit*" sei wieder hergestellt. (NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 3.) Daneben veröffentlicht das Blatt den "*Aufruf der Regierung an die Bevölkerung*." (NFP,

Abendblatt, 8.3.1933: 3), der unkommentiert im ganzen Wortlaut wiedergegeben wird. Auf der nächsten Seite folgt die Verlautbarung des Bundeskanzleramtes zum Versammlungs- und Aufmarschverbot sowie der Wortlaut der Presseverordnung - beides ebenfalls ohne Kommentar (vgl. NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 4).

Im Artikel mit der Überschrift "*Eine neue Phase der österreichischen Politik beginnt. Das Parlament soll ausgeschaltet bleiben*." (NFP, Morgenblatt, 9.3.1933: 1) vom 9. März ruft die NFP wieder dazu auf, "*alles aufzubieten, um die Lücke zu schließen, um der Volksvertretung wieder jene Rolle zu geben, die sie haben muss, wenn wir dem Sturme, der aus Deutschland weht, wirksamen Widerstand, wirksame Hemmungen entgegenstellen wollen*" (NFP, Morgenblatt, 9.3.1933: 1). Sie befürchtet, dass die Krise "*gerade den Männern des Hakenkreuzes die Möglichkeit zu weit stärkerem Einfluß als früher*" (NFP, Morgenblatt, 9.3.1933: 1) biete und hofft nach wie vor, dass die Regierung "*sobald als möglich den Weg finden wird, um die Normalisierung wieder einzuleiten*" (NFP, Morgenblatt, 9.3.1933: 2), denn "*[e]s kann doch keinen besseren Rückhalt wider die Attacke der Hitlerianer geben als den Hinweis auf geordnete, parlamentarische Zustände*." (NFP, Morgenblatt, 9.3.1933: 1). Zusätzlich fallen kritische Worte die Notverordnungen betreffend, die das Einsehen der Regierung fordern. Denn es sei eine unmögliche Idee, mit dem kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz die "*allgemeinen Rechte der Staatsbürger zu ändern und die verfassungsmäßig gewährleistete Zensurfreiheit*" aufzuheben." (NFP, Morgenblatt, 9.3.1933: 2). Zwar räumt sie ein, dass "*auf dem Boden der Presse (...) schwer gesündigt worden*" sei "*und eine Mäßigung des Tones (...) aufs dringendste zu fordern*" (NFP, Morgenblatt, 9.3.1933: 2) wäre,

> "*[a]ber selbst ein guter Zweck kann nicht Mittel heiligen, die einfach als untaugliche zu betrachten sind. Mögen welche Reformen immer durch Verhandlungen zwischen den Parteien eingeleitet werden, wir müssen verfassungsmäßig wieder auf festen Grund kommen. (...) Dreht euch nicht um, die Diktatur geht um.*" (NFP, Morgenblatt, 9.3.1933: 2).

Darauf folgen auf der nächsten Seite unkommentiert die unterschiedlichen Ansichten und Meldungen der Regierungsparteien und des Kanzlers zu den Regierungsmaßnahmen, sowie zur Wiedereinberufung des Nationalrats (vgl. NFP, Morgenblatt, 9.3.1933: 3). Das Abendblatt der "Neuen Freien Presse" berichtet dann bereits über die "*Einberufung des Nationalrates für Mittwoch*" durch Dr. Straffner, der

den Auftrag von der Reichsparteileitung der Großdeutschen Partei erhalten habe. Er habe vor, "*d e n Z u s t a n d, d a ß d i e S i t z u n g a l s u n t e r b r o c h e n g i l t, z u b e e n d i g e n, i n d e m e r d i e S i t z u n g f o r m e l l s c h l i e ß t.*" (NFP, Abendblatt, 9.3.1933: 1). Auf Seite zwei veröffentlicht das Blatt einen weiteren eindeutig kritischen Artikel zum Pressegesetz, verfasst von Dr. Adolf Merkl, einem Professor für Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Universität Wien. Mithilfe dieser Fachmeinung versucht sie offenbar ihren kritischen Standpunkt zu unterstützen. Im Text mit dem Titel "*Die Suspension der Pressefreiheit*." (NFP, Abendblatt, 9.3.1933: 2) schreibt er, die Redaktion hätte ihn gebeten, sich "*zu der neuesten kriegswirtschaftlichen Verordnung vom fachwissenschaftlichen Standpunkt zu äußern*"(NFP, Abendblatt, 9.3.1933: 2). Die Pressebestimmung greift er aus den Verordnungen heraus, da er sie als das "*Kernstück*" ansieht und darin den "*letzten Zweck der Verordnung*" vermutet (NFP, Morgenblatt, 9.3.1933: 2):

> "*Wie anerkennenswert mir nun auch die Absicht der Regierung erscheint, zur B e f r i e d u n g d e s p o l i t i s c h e n L e b e n s und mittelbar zur E r l e i c h t e r u n g d e r w i r t s c h a f t l i c h e n S c h w i e r i g k e i t e n beizutragen, so kann ich doch den Eingriff in die Preßfreiheit n i c h t a l s t a u g l i c h e s M i t t e l zu diesem Ziel gelten lassen, weil er offenbar verfassungswidrig und, wie noch zu zeigen sein wird, schwerlich haltbar ist*." (NFP, Abendblatt, 9.3.1933: 2).

7.1.3 FAZIT "Neue Freie Presse" über Ausschaltung des Parlaments

Betrachtet man die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse", stellt man fest, dass zu Beginn des Untersuchungszeitraums die Wahlen in Deutschland thematisch vorherrschend sind. Dennoch berichtet sie ausführlich über die "Parlamentskrise" und stellt sich dabei an die Seite des Parlaments, indem sie mehrmals auf die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen den Parteien für eine Lösung des Problems hinweist. Sie liefert Hintergrundinformationen über die verfassungsrechtliche Situation und versucht Lösungswege aufzuzeigen.

Auch auf den Standpunkt der Regierung geht das Blatt mehrmals ein und veröffentlicht eine Rede Dollfuß´, in der der Bundeskanzler nicht nur Dr. Renner sondern auch das Parlament – „*das sich selbst unmöglich macht*" (NFP, Abendblatt, 6.3.1933: 4) – angreift und betont, dass die Regierung ihre Verantwortung wahrnehmen wird. Die Rede bleibt ebenso unkommentiert wie der "*Aufruf der Regierung an die Bevölkerung*" (NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 3) sowie die Verlautbarungen zum Versammlungs- und Aufmarschverbot und den pressegesetzlichen Bestimmungen, die im ganzen Wortlaut abgedruckt werden.

Die neue Presseverordnung allerdings kritisierte die "Neue Freie Presse" in anderen Artikeln scharf, sie widerspreche der "*ausdrücklichen Bestimmung des Verfassungsgesetzes*" (NFP, Abendblatt, 8.3.1933: 2). Sie nannte sie "*Vorzensur*" und "*willkürlich*", holte die Meinung eines verfassungsrechtlichen Experten ein, um ihre Kritik zu untermauern und forderte das Einsehen der Regierung. Die Nationalsozialisten betreffend äußerte sie die Befürchtung, dass die Krise deren Einfluss vergrößern könnte und man dem "*Sturme, der aus Deutschland weht*, wirksamen Widerstand" (NFP, Morgenblatt, 9.3.1933: 1) entgegenstellen müsse.

In dem Untersuchungszeitraum wurden in der "Neuen Freien Presse" keinerlei Inserate aus dem Deutschen Reich gefunden.

Wenn die Frage nach dem Erkennen einer Blattlinie im Fall der Ausschaltung des Parlaments und der Notverordnung (Einschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit) gestellt wird, lässt sich für den beobachteten Zeitraum zusammenfassend folgendes festhalten:

Die "Neue Freie Presse" vertritt verhalten die Position des Parlaments. Dabei sucht sie sehr konstruktiv nach einer Lösung der Parlamentskrise, verurteilt jedoch die Notverordnung - besonders die Pressebestimmungen - und sieht die Gefahr, die von den Nationalsozialisten ausgeht.

7.1.4 Überblick "Deutsche Arbeiter-Presse" und die Ausschaltung des Parlaments

Für diese Untersuchung wird die "Deutsche Arbeiter-Presse" als Vergleichsobjekt zur "Neuen Freien Presse" herangezogen. Dabei sollen mögliche Unterschiede und Ähnlichkeiten in der Berichterstattung herausgefiltert und analysiert werden.
Da das nationalsozialistische Blatt 14-tägig erschien, wurde die nach dem Ereignis erschienene Ausgabe vom 28. März 1933 als Untersuchungsmaterial herangezogen. Darin behandelte ein Artikel das Thema "Ausschaltung des Parlaments".
Zum Untersuchungszeitraum war das Blatt das Hauptorgan der Schulz-Gruppe. Um es erhalten zu können, wurden die lokalen Presseerzeugnisse bis 1931 nach und nach reduziert und schließlich eingestellt. Als letzte blieb die "Deutsche Arbeiter-Presse", *die den Kampf gegen die Hitleranhänger allein weiterführte und letztendlich sogar die Regierung bzw. das autoritäre Regime Dollfuß unterstützte."* (Beutl, 2001: 72f). (Vgl. Beutl, 2001: 72f.) Die Unterstützung der Regierung Dollfuß begann laut Beutl (2001: 94) ab 1933, was beim folgenden Vergleich besonders beachtet werden muss.

7.1.4.1 Vergleich "Neue Freie Presse" und "Deutsche Arbeiter-Presse"

Unter dem Titel "Diktator Dollfuß" (DAP, 18.3.1933: 1) veröffentlicht die "Deutsche Arbeiter-Presse" einen Kommentar, der sich mit dem weiteren Vorgehen Dollfuß´ befasst und die Ausschaltung des Parlaments befürwortet. Der Autor hält Dollfuß zu gute, dass er es auch "*ohne die große Schnauze Hitlers*" (DAP, 18.3.1933: 1) ähnlich gemacht habe "*wie dieser in Deutschland*" (DAP, 18.3.1933: 1). "*Es ist höchste Zeit, daß einmal mit diesem Parlament Schluß gemacht wird*." (DAP, 18.3.1933: 1), bejubelt der Autor die Aktion, doch hegt er auch Befürchtungen, wie sich die Diktatur Dollfuß´ "*i n n a t i o n a l e n B e l a n g e n a u s w i r k e n w i r d*." (DAP, 18.3.1933: 1). In Lausanne zeige er eine "*erstaunliche Nackenstärke*" und die "*einzige entscheidende Frage*" sei, ob

er den "*f r a n z ö s i s c h e n K u r s i m v e r s t ä r k t e n T e m p o u n d m i t d e n e n t s p r e c h e n d e r w e i t e r t e n V o l l m a c h t e n f o r t s e t z e n*" wird (DAP, 18.3.1933: 1). Im Endeffekt ist für sie jedoch das Wichtigste:

> "*Dollfuß´ Diktatur ist gut, wenn sie uns dem großdeutschen Ziele näher bringt; Dollfuß´ Diktatur ist schlecht, wenn sie dem entgegensteht. Dabei ist die jeweilige Staatsform vollständig gleichgültig, die hüben oder drüben besteht. Ueber der staatlichen Form steht das nationale Ziel! (...) Der D e u t s c h e in Dollfuß hat das Wort oder seine Diktatur ist ein nicht wieder gut zu machendes Unglück für unser deutsches Volk in Oesterreich!*" (DAP, 18.3.1933: 1).

Die Akteure, mit denen sich die "Neue Freie Presse" im Untersuchungszeitraum befasst - die drei Präsidenten, Renner, Ramek und Straffner - finden im Text der "Deutschen Arbeiter-Presse" keine Beachtung mehr. Bis zum Erscheinungsdatum des Blattes der österreichischen Nationalsozialisten war viel passiert. So wenig sich die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" um die Regierung und Dollfuß drehte, so sehr steht dieser jetzt in der "Deutschen Arbeiter-Presse" im Mittelpunkt - schließlich waren die Ereignisse rund um die Ausschaltung des Parlaments für das NS-Blatt bereits weit in der Vergangenheit.

Im Gegensatz zur "Deutschen Arbeiter-Presse", die konstatierte, es sei höchste Zeit gewesen, "*daß einmal mit diesem Parlament Schluß gemacht wird*." (DAP, 18.3.1933: 1), hatte sich die "Neue Freie Presse" immer für das Parlament ausgesprochen und mehrmals dazu aufgerufen, die Parteien mögen sich verständigen und einen Weg finden, "*um die Normalisierung wieder einzuleiten*" (NFP, Morgenblatt, 9.3.1933: 2). Auch über die "Vorzensur", die in der "Neuen Freien Presse" für so viel Kritik gesorgt hatte, berichtete die "Deutsche Arbeiter-Presse" nicht.

7.1.5 Überblick "Die Neue Zeitung" und die Ausschaltung des Parlaments

Das christlichsoziale Blatt hat im Untersuchungszeitraum zwischen 4. und 9. März 1933 zum Thema "Ausschaltung des Parlaments" und "Erste Notverordnung" 15 Berichte veröffentlicht.

Zu diesem Zeitpunkt befand sich das Blatt, das nach dem Verbot der Nationalsozialisten zu einem getarnten NS-Blatt wurde, laut Schopper (vgl. 1942: 34) noch nicht in nationalsozialistischen Händen, jedoch ist es nach Raisp (vgl. 1952: 147f) möglich, dass es bereits zu diesem Zeitpunkt nationalsozialistische Tendenzen annahm. Betrachtet man jedoch die Berichterstattung, die im Rahmen der Analyse das Thema der Nationalsozialisten und deren Umgang mit dem Wahlsieg Hitlers streifte, lässt sich vermuten, dass dies noch nicht der Fall war. Oder es hielt seine nationalsozialistischen Tendenzen sehr gut versteckt.

7.1.5.1 Vergleich "Die Neue Zeitung" und "Neue Freie Presse"

In den von der "Neuen Zeitung" veröffentlichten Berichten finden sich großteils unkommentierte Wiedergaben der Ereignisse rund um die Ausschaltung des Parlaments. Am 5. März zum Beispiel titelt sie "*Das Parlament ohne Präsidium*" (DNZ, 5.3.1933: 1) und berichtet über die Nationalratssitzung und den "*dramatischen Abschluss*" derselben (vgl. DNZ, 5.3.1933: 1). Wie die "Neue Freie Presse" (vgl. NFP, Abendblatt, 6.3.1933: 4) veröffentlicht auch sie die Rede des Bundeskanzlers Dollfuß beim Kärntner Christlichen Bauernbund, in der er zur Situation Stellung nimmt (vgl. DNZ, 6.3.1933: 1).

Die beiden für einen Vergleich mit der "Neue Freie Presse" interessanten Artikel erschienen in der "Neuen Zeitung" am 8. und am 9. März 1933. Der Artikel vom 8. März ist mit "*Schutz der österreichischen Demokratie!*" (DNZ, 8.3.1933: 3) betitelt und bezieht sich großteils auf den Wahlerfolg Hitlers. Der Autor berichtet von einem "*Größenwahnsinn*" der österreichischen Nationalsozialisten und zeigt sich verständnisvoll, "*daß sich die Regierung mit dem Plane beschäftigt, besondere Maßnahmen zum Schutze der Ruhe und Ordnung in Österreich zu ergreifen*." (DNZ, 8.3.1933: 3). Als notwendig erachtet es der Autor, eine "*Kontrolle der Einreisen*" durchzuführen, um vor einer "*Überschwemmung durch unerwünschte ausländische Elemente*" (DNZ, 8.3.1933: 3) ausreichend schützen zu können. Dazu zählt das Blatt

sowohl die "*preußischen Hakenkreuzler*", Kommunisten sowie "*fremde Juden*" (DNZ, 8.3.1933: 3).

Die "Neue Zeitung" hofft also in den Notverordnungen die Lösung gegen die Nationalsozialisten im In- und Ausland zu finden, wohingegen die "Neue Freie Presse" betont, "*[e]s kann doch keinen besseren Rückhalt wider die Attacke der Hitlerianer geben als den Hinweis auf geordnete, parlamentarische Zustände*." (NFP, Morgenblatt, 9.3.1933: 1).

Bezüglich des Versammlungsverbots und des neuen Pressegesetzes ist verhaltene Kritik des christlichsozialen Blattes zu erkennen:

> "*Wenn aber außerdem angekündigt wird, daß man auch das Verbot von Versammlungen und Umzügen und eine Maßregelung jener Presse in Erwägung ziehe, die sich ständig die Verächtlichmachung der Regierung zum Ziele setzt, so ist das schon bedenklicher. Die Verteidigung Österreichs gegen den Import fremder Gewaltmethoden braucht keinesfalls so weit zu gehen, daß die politischen Freiheiten, die dadurch geschützt werden sollen, aufgehoben werden*." (DNZ, 8.3.1933: 3).

Damit begibt sich das Blatt auf eine Linie mit der "Neuen Freien Presse", wobei in der "Neuen Freien Presse" die Kritik wesentlich heftiger ausfällt und sich hauptsächlich auf das Pressegesetz bezieht, diesem schenkt die "Neue Zeitung" keine große Beachtung. Andererseits formuliert die "Neue Zeitung" im Gegensatz zum sehr moderaten Ton der "Neuen Freien Presse" ihre Bedenken und kritischen Anmerkungen über die Ausschaltung des Parlaments massiver. Dies zeigt sich im Artikel des 9. März, der unter dem Titel „Der neue Kurs“ veröffentlicht wird. Darin heißt es: *"(...); wir wollen schon wissen, wohin die Reise gehen soll, (...)*" (DNZ, 9.3.1933: 3) und es wird die Vermutung angestellt, dass die Situation der "*Auftakt zur ´autoritären Demokratie‘ in Österreich*" sei (DNZ, 9.3.1933: 3). Hitlers Sieg habe die "*Nationalsozialisten hierzulande hysterisch gemacht*" (DNZ, 9.3.1933: 3) und dazu geführt, dass Christlichsoziale und Sozialdemokraten beschlossen hätten, der "*braunen Flut rechtzeitig vorzubeugen*" (DNZ, 9.3.1933: 3). Die Redaktion unterstellt weiters:

> "*Wie behauptet wird, geschah Renners Rücktritt vom Präsidium nicht gar so spontan. Vielmehr mußte die Bahn freigemacht werden für den neuen Kurs. Die*

Pause der parlamentarischen Selbstauflösung ist rasch benutzt worden, um die ´autoritären Verordnungen´ in die Wege zu leiten." (DNZ, 9.3.1933: 3).

Gleichzeitig kann die "Neue Zeitung" sich vorstellen,

"*daß sich alle aufbauwilligen Kräfte in Österreich hinter ein ´autoritäres´ Kabinett Dollfuß stellten, wenn dieses nur tatsächlich an eine positive Verwirklichung berufsständischer Ordnung, die unser aller Rettung wäre, ernstlich herangehen wollte.*" (DNZ, 9.3.1933: 3).

7.1.6 FAZIT Vergleich "Neue Freie Presse" mit "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Die Neue Zeitung"

Die "Deutsche Arbeiter-Presse" nimmt eine prinzipiell positive Haltung gegenüber Dollfuß ein und befürwortet, dass mit dem Parlament "*Schluß gemacht*" wurde. Trotzdem zeigt sie sich abwartend, ob der "Deutsche" in Dollfuß zum Vorschein kommt und wie er mit den "*nationalen Belangen*" umgeht.

Die "Neue Zeitung" stellt Vermutungen über die Hintergründe der Ausschaltung des Parlaments an und denkt dabei an eine mögliche, konzertierte Aktion gegen die Nazis. Sie verurteilt zwar einerseits die Notverordnung, kann sich jedoch andererseits eine autoritäre Demokratie im Sinne der Regierungslinie vorstellen.

Im Gegensatz dazu sucht die "Neue Freie Presse" konstruktiv nach einer Lösung der Parlamentskrise, verurteilt besonders die neuen Pressebedingungen scharf und sieht die Gefahr, die von den Nazis ausgeht. So gesehen vertritt sie die Position des Parlaments, die "Neue Zeitung" sowie "Deutsche Arbeiter-Presse" hingegen die die Position der Regierung - letztere aber nur, wenn der "Deutsche" in Dollfuß zum Vorschein käme. In der Einstellung gegen die Nationalsozialisten Deutschlands wie Österreichs sind sich die "Neue Freie Presse" und die "Neue Zeitung sowie die "Deutsche Arbeiter-Presse" einig, wobei letztere das "großdeutsche Ziel" im Auge behält.

7.2 Analyse Boykott jüdischer Geschäfte

7.2.1 Überblick

Im folgenden Kapitel wird die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" über den nationalsozialistischen Judenboykott untersucht. Der Untersuchungszeitraum wurde auf 29. März 1933 bis 02. April 1933 festgelegt, das tatsächliche Ereignis fand am 1. April 1933 statt. Er umfasst also die Vorberichterstattung, drei Tage vor dem Boykott, die Berichterstattung am Tag des Judenboykotts und die Nachberichterstattung einen Tag danach.

Die "Neue Freie Presse" erschien zwischen 29. März und dem Tag des Boykotts zweimal täglich, am Sonntag den 2. April erschien ein 34-seitiges Morgenblatt.
Es besteht die Vermutung, dass sich auch die "Neue Freie Presse" an der negativen Berichterstattung - der von den Nazis genannten "Greuelpropaganda" - über Deutschland beteiligte.
Um dies herauszufinden, wurde der Untersuchungszeitraum um einen Tag nach vorne verlängert. Außerdem wurden als Stichprobe auch der 8.3.1933 und der 10.3.1933 herangezogen, um festzustellen, ob die antisemitischen Vorfälle, die sogar Hitler dazu veranlassten, am 10. und am 12. März zu Disziplin aufzurufen (vgl. Benz/Dahm, 1993: 274), in der "Neuen Freien Presse" veröffentlicht wurden.

In jeder Ausgabe waren sowohl Artikel über den Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland zu finden als auch über die "Greuelpropaganda" und den Boykott deutscher Waren, die laut Nationalsozialisten der Auslöser für die "Gegenaktion", den Boykott jüdischer Geschäfte, waren.

Die Zahl der in der "Neuen Freien Presse" zu diesen Themen gefundenen Berichte beläuft sich auf 71 Veröffentlichungen. Die teilweise sehr kurzen Berichte wurden oft unter einer großen Überschrift zusammengefasst. Für diese Untersuchung wurden sie jedoch alle einzeln gezählt, da sie keinen zusammenhängenden Text ergaben und eventuell gegenüber gestellt werden können.

Zusätzlich zu den 71 Berichten waren fünf Artikel (davon drei Leitartikel) abgedruckt, die eine Meinung wiedergeben.

7.2.2 Analyse "Neue Freie Presse"

Liest man die Berichte des Beobachtungszeitraumes zur antijüdischen Boykottbewegung, lässt der erste Blick vermuten, dass die "Neue Freie Presse" sehr um Objektivität bemüht ist. Ihre Berichte und "Telegramme unseres Korrespondenten" sind neutral gehalten und geben oft nur Informationen wieder. Der erste Bericht des Untersuchungsmaterials handelt von einer Verschiebung der "Kampfmaßnahmen" auf den 1. April, der Berliner Korrespondent berichtet:

> "*Die g e p l a n t e n s c h a r f e n K a m p f m a ß n a h m e n der Nationalsozialisten g e g e n d i e a n t i d e u t s c h e P r o p a g a n d a sind bis zum 1. A p r i l v e r s c h o b e n worden*. (...). *Trotzdem ist es gestern im Reiche vereinzelt zu B o y k o t t a k t i o n e n gekommen*" (NFP, Morgenblatt, 29.3.1933: 3).

Da der Bericht neutral gehalten ist, wird er im Vergleich mit einem ähnlichen Bericht der "Neuen Zeitung" näher betrachtet, um mögliche Unterschiede in der Berichterstattung herauszufiltern. (Siehe Kapitel 7.3.4.1.)

Immer wieder sind im Untersuchungsmaterial Verlautbarungen, Teile von Reden oder Informationen zu geplanten Maßnahmen abgedruckt, die offenbar wortwörtlich aus anderen Quellen übernommen werden und als solche im Text gekennzeichnet sind. So wird zum Beispiel berichtet:

> "*Die ´N a t i o n a l s o z i a l i s t i s c h e K o r r e s p o n d e n z´ veröffentlichte gestern abend die Maßnahmen, die zur Vorbereitung des B o y k o t t s getroffen werden sollen. Der antijüdische Boykott wird in e l f P r o g r a m m p u n k t e n zusammengefasst. Die in jeder Ortsgruppe zu bildenden A k t i o n s k o m i t e e s sind v e r a n t w o r t l i c h dafür, daß der Boykott k e i n e n U n s c h u l d i g e n, um s o h ä r t e r a b e r d i e S c h u l d i g e n t r i f f t. Die Aktionskomitees sind verantwortlich für den h ö c h s t e n S c h u t z a l l e r A u s l ä n d e r o h n e A n s e h e n i h r e r K o n f e s s i o n ihrer Herkunft oder Rasse.*" (NFP, Morgenblatt, 29.3.1933: 3).

Es folgt eine Auflistung der Maßnahmen im Text, darunter auch die Aufforderung:

> "*Die A k t i o n s k o m i t e e s haben weiterhin die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß j e d e r D e u t s c h e, der irgendeine Verbindung zum Ausland besitzt, diese*

verwendet, um in Briefen, Telegrammen und Telephonaten aufklärend die Wahrheit zu verbreiten, daß in Deutschland Ruhe und Ordnung herrscht, daß das deutsche Volk keinen sehnlicheren Wunsch besitzt, als in Frieden seiner Arbeit nachzugehen und in Frieden mit der anderen Welt zu leben, und daß es den Kampf gegen die jüdische Greuelhetze nur führt als reinen Abwehrkampf" (NFP, Morgenblatt, 29.3.1933: 3).

Die Wirkung solcher Aufforderungen zeigt sich in späteren Ausgaben der Zeitungen deutlich: Dort finden sich zahlreiche "Richtigstellungen" und "Verwahrungen" gegen die besagte "Greuelhetze" teilweise sogar von deutschen Juden, die darum bitten, ihre Informationen zu veröffentlichen. Teilweise weisen sie einen sehr ähnlichen Wortlaut auf, wie hier im Zitat angegeben. Dafür lassen sich nur zwei Motive finden: Einerseits war die Angst vor weiteren Boykottaktionen oder Schlimmerem groß, andererseits stellten sich die Schreiber solcher Nachrichten auf die Seite der Nationalsozialisten. Zum Beispiel schrieb der deutsche Ex-Kronprinz an den amerikanischen Schriftsteller Viereck:

"*Wir bemühen uns hier in Deutschland, aus dem Elend der Nachkriegsjahre zu neuem Wohlstand und frischer Kraft zurückzukehren. Jedes Volk tut dies seinem eigenen Charakter und jenen Bedingungen gemäß. Den Weg des anderen mit Lügen, Verleumdungen und Schmutz zu bewerfen, ist nicht fair.*" (NFP, Morgenblatt, 29.3.1933: 3).

Unter der Überschrift "Aufklärung des Auslandes" berichtet die "Neue Freie Presse" unkommentiert von einem Aufruf der nationalsozialistischen Parteileitung, der

"die ´kommunistischen und marxistischen Verbrecher und ihre jüdisch-intellektuellen Anstifter, die mit ihren Kapitalien rechtzeitig ins Ausland ausrückten´, beschuldigt (...), von dort aus eine gewissenlose landes verräterische Hetzkampagne gegen das deutsche Volk zu entfalten. Die nationalsozialistische Partei werde nunmehr in ihrem Abwehrkampf die Schuldigen treffen, ´die unter uns leben und das ihnen gewährte Gastrecht mißbrauchen.´ Von den Juden in Deutschland gehe diese Kampagne des Hasses und der Judenhetze gegen Deutschland aus." (NFP, Morgenblatt, 29.3.1933: 3).

In einem Bericht des Korrespondenten in Deutschland, "*Die antijüdische Boykottankündigung*", mit dem Untertitel "*Hoffnung auf Unterbleiben der Aktion*", werden deutsche Zeitungen zitiert, die die unterschiedlichsten Meinungen vertreten. So ist die "Vossische Zeitung" hervorzuheben, die vom Korrespondenten unkommentiert wiedergegeben wird:

> "*In wenigen Tagen war es gelungen, die Greuelpropaganda des Auslandes zwar nicht restlos abzustellen, was in Anbetracht der Kürze der Zeit nicht möglich war, aber doch sehr wesentlich einzudämmen. (...) Jetzt schlägt die deutsche Revolution ein neues Blatt auf. Man kann es sich versagen, über Wortlaut und Inhalt des Aufrufes der nationalsozialistischen Parteileitung noch einen besonderen Kommentar zu schreiben. Er spricht für sich selber. Wird der von den Nationalsozialisten angeordnete Boykott bis zum Ende durchgeführt, so würde er den wirtschaftlichen Untergang von hunderttausenden deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens ohne Unterschied von Alter und Geschlecht bedeuten. Er würde die Ausstoßung des deutschen Juden aus der Volksgemeinschaft sein. Die deutschen Juden (...) haben sich dieser Volksgemeinschaft verbunden gefühlt. Sie waren ein Teil von ihr, sie wollen es bleiben und wollen an Land und Heimat unerschütterlich festhalten*" (NFP, Abendblatt, 29.3.1933: 1).

Die "Neue Freie Presse" veröffentlicht diesen Artikel zur antijüdischen Boykottbewegung unkommentiert. Auch die "Deutsche Allgemeine Zeitung" findet mahnende - wenn auch gemäßigte -Worte an die Nationalsozialisten und die deutsche Regierung:

> "*Wir halten es für selbstverständlich, daß nationalsozialistische Parteileitung und Reichsregierung vor dem tatsächlichen Beginn des Boykotts die Lage noch einmal vom Standpunkt des Gesamtinteresses der deutschen Nation aus überprüfen werden und bitten sie dabei, auch etwaige Rückwirkungen für zwölf Millionen Deutsche in Rechnung zu stellen, die außerhalb der Reichsgrenzen in fremden Staaten Europas leben*" (NFP, Abendblatt, 29.3.1933: 1).

In der Ankündigung dieses Zitats heißt es:

> "*Die ´Deutsche Allgemeine Zeitung´ g i b t a n g e s i c h t s des A b f l a u e n s der a n t i d e u t s c h e n H e t z e im Ausland die H o f f n u n g n i c h t a u f, daß am F r e i t a g a b e n d die p o l i t i s c h e S i t u a t i o n zu deren Abwehr die nationalsozialistische Parteileitung ihre Anordnung erlassen hat, sich a n d e r s d a r s t e l l e n wird als am Dienstag abend*." (NFP, Abendblatt, 29.3.1933: 1).

Die kürzeste Meldung dieses Berichts handelt von der "Deutschen Zeitung", die den Boykott als "*A n f a n g e i n e r g r o ß e n A k t i o n*" bezeichnet. "*Trotz allem Geschrei werde die R e g i e r u n g i h r e n W e g w e i t e r g e h e n müssen. Um den H e t z e r n endgültig das Handwerk zu legen, bleibe nichts übrig, als die J u d e n u n t e r F r e m d e n r e c h t zu s t e l l e n*." (NFP, Abendblatt, 29.3.1933: 1)

Zusammenfassend wird festgehalten, dass die "Neue Freie Presse" mehr negative Berichterstattung über die Boykottbewegung zitierte und mit dem positiven Bericht der "Deutschen Zeitung" versuchte, jede Seite zu Wort kommen zu lassen.

30. März 1933

Im Leitartikel mit dem Titel "*Im Namen der Menschlichkeit. Die letzte Möglichkeit einer Beilegung des Boykottkampfes*", spricht sich die "Neue Freie Presse" am 30. März entschieden gegen den Boykott aus:

> "*Noch ist nicht alle Hoffnung verloren. Die Frist ist kurz, aber sie muß einfach genügen, um unabsehbares Unglück abzuwehren und einen Jammer, wie ihn seit dem Weltkrieg das zivilisierte Europa noch nicht gesehen hat. (...) ziehen wir nur das Menschliche in Betracht, das Schicksal des Einzelnen, so muß die Empfindung sich verstärken: es kann nicht sein, daß aus dieser Greuellegende die Abstoßung so vieler staatstreuer, patriotisch gesinnter Deutscher gefolgert werde, nur deswegen, weil dieses Ausland falsch unterrichtet war und falschen Nachrichten Glauben geschenkt hat. (...) Schon heute begreifen sehr viele, die früher ganz anders gesprochen haben, daß sie sich im Irrtum befanden, ja daß sie getäuscht worden sind infolge jener Übertreibungssucht, die sich in Zeiten der Revolution, bei Hochspannung der Gemüter sehr oft einstellt.*" (NFP, Morgenblatt, 30.3.1933: 1).

Näher betrachtet, stellt sich der Artikel zwar entschieden gegen den antijüdischen Boykott, jedoch ebenso entschieden gegen die negative ausländische Berichterstattung über Deutschland. So übernimmt die "Neue Freie Presse" die deutsche Diktion von einer "Greuellegende", von "falschen Nachrichten" und "Täuschungen".

Berichte beweisen, dass hinter der "Greuelpropaganda" gegen Deutschland echte Nachrichten standen (siehe Kapitel 2.6), die der Wahrheit entsprachen - so zum Beispiel der Fall des Münchner Rechtsanwalts Michael Siegel, dessen Bild um die Welt ging. Er wurde von der SA-Hilfspolizei auf dem Polizeipräsidium in München misshandelt und danach mit einem Schild um den Hals durch die Straßen getrieben, auf dem geschrieben stand: "*Ich werde mich nie mehr bei der Polizei beschweren*". (Vgl. Brüning, 2012.) Ein Bericht erschien sowohl in der "Washington Times" (23.3.1933), im britischen "Daily Herald" als auch in zahlreichen anderen Zeitungen (vgl. Schmalz, o.J.). Hat die "Neue Freie Presse" den Boykottdrohungen nachgegeben und deshalb - wie viele andere auch - den nichtdeutschen Medien die Unwahrheit der Berichte attestiert, um Schlimmeres (andauernder Boykott gegen Juden, etc.) zu vermeiden? Eher ist darin ihre im Grunde deutschfreundliche Haltung zu erkennen, die glauben wollte, dass diese Berichte falsch sind. Natürlich ist es heute schwer nachzuvollziehen, wie viele Informationen der "Neuen Freien Presse" oder ihren Korrespondenten tatsächlich zur Verfügung standen. Interessant ist, dass die "Neue Freie Presse" selbst in kurzen Artikeln über politisch und antisemitisch motivierte Vorgänge berichtete (z.B. 8. und 10.3.1933). Zu dieser Zeit besaß Ernst Benedikt noch etwa 35 % der Aktien der "Neuen Freien Presse", den Rest hatten das ausländische Konsortium sowie Stefan von Müller. Letzterer versuchte, zwischen Herbst 1932 und 1934 die Gesundung des Blattes herbeizuführen (vgl. Benedikt, o.J.[208], zit nach Steinberger, 1990: 72). Es wäre also denkbar und verständlich, dass Müller zu dieser Zeit bereits Kontakte zum Deutschen Reich knüpfte und die besagten Gratisexemplare anbot, um Werbung für das Blatt zu machen.

Die "Neue Freie Presse" räumt zwar ein: "*Manches ist auch erhärtet, was diesen Gerüchten Nahrung gab. Bedauerliches und für manche Gefährliches*." (NFP, Morgenblatt, 30.3.1933: 1).

[208] Benedikt, Ernst: Erinnerungen. Ungedrucktes Manuskript. In: Archiv "Die Presse", Wien, Personenmappe Ernst Benedikt.

Doch schon im nächsten Satz stellt sie sich erneut gegen die "Greuelpropaganda" gegen Deutschland:

> "*Aber es ist klar, daß jeder Tag der Ruhe das Abschwingen dieser Welle der Unwahrheit mit sich bringen müßte, jeder Reisende, der nach Deutschland kam, jeder verläßliche Augenzeuge, jeder Bericht und jeder Brief, sie müßten alle widerlegen, die heute noch an jene Ungeheuerlichkeiten glauben, die fälschlich erzählt wurden*." (NFP, Morgenblatt, 30.3.1933: 1).

Davon abgesehen verurteilt der Leitartikel den Boykott jüdischer Geschäfte aufs Schärfste:

> "*Nun sollen aber Unschuldige für die Schuldigen büßen. (...). Man denke sich in die Lage der Betroffenen hinein, (...). Was wird jetzt, in dieser Epoche des Überganges, das Hauptstreben, ja die tägliche und stündliche Sorge dieses Mannes bilden? Wir können es sehr leicht definieren: Nicht auffallen. In keiner Weise Anstoß erregen, sein bißchen Existenz vor Anfechtungen bewahren, sein Fortkommen nicht gänzlich verlieren, in diesem hohen Wellengang nicht untergehen (...) Wir können es noch immer nicht glauben, daß die Dinge sich so grauenhaft entwickeln werden, wie es heute den Anschein hat.*" (NFP, Morgenblatt, 30.3.1933: 1).

Nach einer Aufstellung der ökonomischen Kettenreaktion, die ein solcher Boykott auslösen kann, schließt der Leitartikler mit dem Satz: "*Die Greuelpropaganda wird von selbst ins Nichts zerfallen durch die Kraft der Wahrheit*." (NFP, Morgenblatt, 30.3.1933: 2).

Daneben handelt der nächste Bericht von Hitlers Erklärungen in der Ministerbesprechung, die unkommentiert wiedergegeben werden. Darin rechtfertigt er sich mit dem "Volkszorn" und berichtet von erneuter Propaganda gegen Deutschland in London und New York. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 30.3.1933: 2.)

Es folgen eine Reihe kurzer Berichte, wie der über einen Appell der deutschen Juden an die deutsche R*egierung,* "Verwahrung und Appell der deutschen Juden an Hindenburg und die Regierung":

"*Die d e u t s c h e n J u d e n sind t i e f e r s c h ü t t e r t von dem B o y k o t t a u f r u f (...). Wegen der Verfehlung einiger Weniger, für die wir nie und nimmer die Verantwortung tragen, soll uns deutschen Juden der wirtschaftliche Untergang bereitet werden. (...). Wir w i e d e r h o l e n in dieser Stunde das B e k e n n t n i s d e r Z u g e h ö r i g k e i t zum d e u t s c h e n V o l k e, an dessen Erneuerung und Aufstieg mitzuarbeiten unsere heiligste Pflicht, unser Recht und unser sehnlichster Wunsch ist*." (NFP, Morgenblatt, 30.3.1933: 2).

Außerdem wird über den Verein deutscher Zeitungsverleger berichtet, der der Auffassung ist,

"*daß den Auswirkungen dieser Hetze, die erneut eine m o r a l i s c h e E i n k r e i s u n g D e u t s c h l a n d s herbeizuführen droht, mit a l l e n M i t t e l n e n t g e g e n g e t r e t e n werden muß. Er hofft daher, daß die a n g e k ü n d i g t e A b w e h r a k t i o n den S c h r e i b e r n d e r H e t z e a r t i k e l d i e F o l g e n v o r A u g e n führen wird, die für diejenigen eintreten, zu deren angeblicher Verteidigung diese Greuelpropaganda entfesselt worden ist*." (NFP, Morgenblatt, 30.3.1933: 2).

Im nächsten kurzen Bericht zitiert die "Neue Freie Presse" die "B.Z. Am Mittag", die zwar den Kampf gegen die "*ausländische Greuelhetze*" befürwortet, jedoch davor warnt, dass es auch "*zu einem s c h w e r e n S c h a d e n f ü r H u n d e r t t a u s e n d e d e u t s c h e r V o l k s g e n o s s e n*" (NFP, Morgenblatt, 30.3.1933: 2) kommen kann. Also hofft sie, dass sich dieser Abwehrkampf bis Ende der Woche durchsetzen kann und so die Nationalsozialisten die Situation prüfen, "*ob für die Durchführung so weittragender Maßnahmen überhaupt noch eine Grundlage gegeben ist*" (NFP, Morgenblatt, 30.3.1933: 2). Auch dieser Artikel ist, ebenso wie der davor, zwar gegen einen Judenboykott ausgerichtet, aber auch gegen die negativen Berichte über Deutschland. Danach informiert die "Neue Freie Presse" sachlich über jüdische Richter, die in Schutzhaft genommen wurden und über gekündigte Ärzte, darunter namhafte Spezialisten. Außerdem berichtet sie über einen Beschluss im New Yorker Stadtrat, die US-Regierung zu bitten, "*bei der d e u t s c h e n R e g i e r u n g wegen der J u d e n b e d r ü c k u n g e n v o r s t e l l i g zu werden*". (NFP, Morgenblatt, 30.3.1933: 2). Versucht

man diese Zusammenstellung an Berichten zu interpretieren, ist zu erkennen, dass die "Neue Freie Presse" Nachrichten unterschiedlicher Medien abdruckte - sieht man jedoch genauer hin, überwiegen die Berichte, die zwar Besorgnis über den möglichen Ausgang eines Boykotts ausdrücken, jedoch die ausländische "Hetze" verurteilen. Tendenziell spricht sich die "Neue Freie Presse" hier klar gegen einen Boykott jüdischer Geschäfte aus, hält sich aber in ihrer Kritik zurück.

Es folgt ein "Telegramm des Korrespondenten" mit dem Titel: "*Boykottierung der jüdischen Firmen durch die Stadtgemeinde Hindenburg. Beurlaubung aller jüdischen Beamten*." (NFP, Abendblatt, 30.3.1933: 2). Hier lässt sich der Korrespondent zu einem kritischen Unterton hinreißen: "*Man hat von dieser Maßnahme n i c h t e i n m a l die wenigen j ü d i s c h e n A e r z t e an den U n i v e r s i t ä t s k l i n i k e n a u s g e n o m m e n*" (NFP, Abendblatt, 30.3.1933: 2).
Es folgt ein sachlicher Bericht mit dem Titel "*Allen Juden in Breslau die Reisepässe abgenommen*", "*´z u r V e r m e i d u n g einer weiteren verlogenen Hetze gegen die nationale Regierung des Reiches und der Länder´*" (NFP, Abendblatt, 30.3.1933: 2).

Unter dem Titel "*Die Lage in Süddeutschland*" wird ein Abdruck der "Neuen Badischen Landeszeitung" wiedergegeben. Darin wird klar gestellt, dass eine "*Revolution des Stimmzettels*" stattgefunden habe und "*alle Umwälzungen (...) o h n e B l u t v e r g i e ß e n*" erfolgten. Zwar hätte es Einzelaktionen gegeben, sie seien jedoch "*in v o l l e r R u h e, ohne daß irgendjemandem ein Haar gekrümmt worden wäre*." (NFP, Abendblatt, 30.3.1933: 2) verlaufen. Außerdem hätte es nach den Aufrufen der Regierung keine solche Einzelaktionen mehr gegeben und der Angriff auf den Oberbürgermeister Acherns durch S.A.-Leute wurde von der nationalsozialistischen Parteileitung "*aufs Aeußerste mißbilligt*" (NFP, Abendblatt, 30.3.1933: 2).

> "*Alle im Auslande verbreiteten Nachrichten über p e r s ö n l i c h e B e l ä s t i g u n g e n v o n J u d e n s i n d u n w a h r. (...). Es erweist niemand einem deutschen Juden einen Dienst, der sich dazu hergibt, falsche Nachrichten über Deutschland unkontrolliert in die Welt zu setzen*." (NFP, Abendblatt, 30.3.1933: 2).

Erneut wird also "objektiv" die Lage in Deutschland wiedergegeben und die Propaganda gegen Deutschland verurteilt, indem zwei Berichte über das Schicksal der Juden bzw.

Unternehmungen gegen die "Greuelhetze", neben einer Richtigstellung der Situation in Deutschland, gedruckt werden. Fakt ist jedoch, dass es sehr wohl Übergriffe auf Juden oder politische Gegner gab, die keinesfalls als Einzelaktionen zurückzuweisen sind, auch die "Neue Freie Presse" hat darüber berichtet. Allein in zwei zufällig ausgewählten Ausgaben fanden sich vier Berichte über politisch motivierte Vorfälle in Deutschland. Zum Beispiel über einen "*Brandbombenwurf in die Königsberger Synagoge*" (NFP, Morgenblatt, 8.3.1933: 2), oder den "*aufsehenerregenden Zwischenfall*" mit dem Generaldirektor der Dresdner Oper, Fritz Busch. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 8.3.1933: 2) Und auch am 10. März berichtete die "Neue Freie Presse" über Vorfälle:

> "*In C h e m n i t z wurde der frühere erste Vorsteher der Chemnitzer Stadtverordnetenversammlung Georg L a n d g r a f von p o l i t i s c h e n G e g n e r n e r s c h o s s e n. In B r a u n s c h w e i g stürmte die S.A. das Gebäude des sozialdemokratischen "Volksfreunds" und zerstörte das Mobiliar. Ein Inseratenagent, S e i l e, aus Berlin wurde e r s c h o s s e n. In T s c h o p p a u in Sachsen wurde ein n a t i o n a l s o z i a l i s t i s c h e s L a s t a u t o b e s c h o s s e n. Einer der T ä t e r erhielt auf der Flucht einen t ö d l i c h e n S c h u ß in den Rücken. In L i m b a c h wurde ein k o m m u n i s t i s c h e r B u c h d r u c k e r bei einem F l u c h t v e r s u c h von e i n e m H i l f s p o l i z i s t e n e r s c h o s s e n*." (NFP, Morgenblatt, 10.3.1933: 3).

Auf derselben Seite findet sich auch ein Bericht über "*Kundgebungen gegen Berliner Warenhäuser und jüdische Geschäfte*". Darin werden weitere Vorfälle in mehreren Stadtteilen beschrieben. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 10.3.1933: 3.)

31. März 1933

In einem Kommentar am Titelblatt des Morgenblattes vom 31. März, einen Tag vor dem angekündigten Boykott jüdischer Geschäfte, bekundet die "Neue Freie Presse" unter dem Titel "*Das neue Mittelalter*" nochmals ihre Position, dass man die

> "*Hoffnung tatsächlich bis zur letzten Stunde festhalten [muss, Anm. d. Verf.], und zwar ebensowohl im Interesse der sechshunderttausend Menschen, die hier plötzlich aus der Gemeinschaft, in der sie leben und der ihre Familien seit Generationen*

angehören, ausgeschlossen und wirtschaftlich sozusagen vogelfrei erklärt werden sollen, wie im Interesse Deutschlands selbst." (NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 1).

Die Rede ist von der Hoffnung, dass die "*internationale Situation*" sich bis zum Abend dieses Tages bessern könnte. Bemerkenswert ist, dass hier keine Rede mehr von Unwahrheiten oder "Greuelpropaganda" ist, es wird lediglich die "internationale Situation" genannt. Der Kommentar spricht die "*doppelt Unschuldigen*" Frauen und Kinder, den Zusammenbruch und die "*Bedrohung zehntausender Existenzen*" sowie die wirtschaftlichen Auswirkungen an.

"*Es scheint undenkbar, daß die Stimme der Vernunft schweigen könnte, wenn solche Möglichkeiten heraufbeschworen werden. Es erscheint, zum zweiten, aber auch undenkbar, daß sie schweigen könnte, wenn man über das Menschliche und Wirtschaftliche hinaus das Interesse Gesamtdeutschlands erwägt. (...). Das deutsche Volk hat eine große geistige Tradition zu wahren, Güter, die nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfen. Es darf denen, die mit Schadenfreude im Westen und Osten die letzten traurigen Ereignisse verfolgen, nicht billige Waffen liefern. 600.000 Menschen sollten nicht ohne Schuld geächtet werden*." (NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 1).

Dieser Kommentar stellt sich also schützend vor die Juden bzw. Unschuldigen und hat im Vergleich zum vorangehenden Leitartikel nur wenige Worte für die ausländische Berichterstattung über Deutschland. Er hebt jedoch die "*große geistige Tradition*" des deutschen Volks hervor, die es zu bewahren gilt.

Auf der nächsten Seite werden unter dem Titel "*Der drohende nationalsozialistische Boykott. Bestimmungen von schwerster Härte*" erneut vier kurze Berichte zusammengefasst, die Mitteilungen und Anordnungen der Nationalsozialisten sowie Detailbestimmungen für den antijüdischen Boykott enthalten. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 2.)

Ergänzend zu diesen Informationen der nationalsozialistischen Seite veröffentlicht die "Neue Freie Presse" unter dem Titel "*Zurückweisung der Greuelpropaganda*" die Standpunkte der Deutschen: Im "*Telegramm unseres Korrespondenten*" zum Beispiel ist zu lesen, dass der Vorstand der Breslauer Synagogengemeinde einen Aufruf erlassen

hat, in dem "*alle Zentralorganisationen der deutschen Juden die Greuelpropaganda als verleumderische Hetze mit Entrüstung zurückgewiesen*" (NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 3) haben. "*Wir stellen nochmals feierlich fest, daß die deutschen Juden dieser Hetze völlig fernstehen*." (NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 3). Unter dem Untertitel "*Die Abwehr der antideutschen Bewegung*" fasst das Blatt fünf weitere Zurückweisungen zusammen, die sich gegen die Propaganda gegen Deutschland aussprechen und diese als Lügen bezeichnen. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 3.)

Betrachtet man die Gesamtheit der Veröffentlichungen dieses Morgenblattes, erhärtet sich die Vermutung einer deutschfreundlichen Haltung. Die Berichte über die Vorhaben der Nationalsozialisten und die "Verwahrungen" gegen "Greuelpropaganda" überwiegen im Gegensatz zu wenigen Ansätzen (teilweise die Berichte über Budapest und London), die sich gegen die Behandlung der Juden in Deutschland stellen. Zwar zeigt die "Neue Freie Presse" mit den Berichten eine Missbilligung des "drohenden" Boykotts, jedoch zeichnet das Blatt ein Bild von einem zu Unrecht beschuldigten Deutschen Reich, das sich lediglich zur Wehr setzt und wo sich namhafte Deutsche dafür einsetzen, in der ganzen Welt klar zu stellen, dass diese negative Berichterstattung über Deutschland Lügen sind.
Ob die Kommentatoren dies aus freien Stücken taten oder sich in einer Weise dazu gedrängt fühlten - wenn auch nur, weil sie glaubten, so zur Beendigung des antijüdischen Boykotts beizutragen - sei dahin gestellt.

Das Abendblatt des 31. März widmet sich auf Seite drei mit der Überschrift "*Geringe Hoffnung auf Unterbleiben des Boykotts*", dem Thema der Untersuchung. Im ersten Artikel wird Julius Streicher, Vorsitzender des Komitees für den Boykott, zitiert:

> "*Durch die ungeheure Greuelhetze und Boykottpropaganda hat sich der N a t i o n a l s o z i a l i s m u s v e r a n l a ß t gesehen, der j ü d i s c h e n W e l t m a c h t d e n K r i e g z u e r k l ä r e n. Dies wird der g r ö ß t e K r i e g a l l e r Z e i t e n sein und an dem Sieg des Nationalsozialismus besteht kein Zweifel*." (NFP, Abendblatt, 31.3.1933: 3).

Darunter befindet sich erneut ein Bericht über einen Text von deutschen Juden, die dementieren, dass sie etwas mit der negativen ausländischen Berichterstattung über

Deutschland zu tun hätten - diesmal ist es der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. (Vgl. NFP, Abendblatt, 31.3.1933: 3.) Danach folgt ein weiterer sachlicher Bericht über den Berliner Oberbürgermeister, der erklärt, dass in seiner Stadt "*nicht die geringsten Grundlagen für die Greuelnachrichten, die von jüdischer Seite im Ausland verbreitet werden, vorliegen.*" (NFP, Abendblatt, 31.3.1933: 3). Außerdem bittet der Vizepräsident des Zentralvereines deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens die amerikanische Presse, die Protestkampagne gegen Deutschland nicht weiter zu führen. Darunter hat die "Neue Freie Presse" einen Bericht des amerikanischen Korrespondenten platziert, der den Stillstand der "*amerikanischen Agitation gegen Deutschland*" berichtet. Außerdem stellt er keinen Boykott gegen deutsche Waren fest, der "*überhaupt niemals organisatorisch eingeleitet wurde. (...). Von einer böswilligen Hetzpropaganda kann (...) nicht mehr gesprochen werden (...).*" (NFP, Abendblatt, 31.3.1933: 3).

Richtigstellungen von teilweise auch jüdischen Geschäftsleuten, die der "Propaganda gegen Deutschland" entgegentreten, stehen Nachrichten über Personalwechsel und Grenzkontrollen bei der Ausreise aus Deutschland gegenüber. Außerdem wird über Palästina und Amerika berichtet, dass sie die Maßnahmen gegen Deutschland stillgelegt haben. (Vgl. NFP, Abendblatt, 31.3.1933: 3.) Es überwiegt der Eindruck, dass sowohl die Einwohner Deutschlands als auch das Ausland versuchten, das Übel noch abzuwenden. Zusammen mit den Berichten über "Neubesetzungen" in hohen Kulturpositionen und der Nachricht über Grenzkontrollen in Bayern zeichnet die "Neue Freie Presse" ein gutes Bild von Deutschland: Denn der Wechsel der Intendanz von Schauspielhaus und Opernhaus in Frankfurt[209] (vgl. Burmeister, o.J.) sowie des Generalmusikdirektors in Dresden, Fritz Busch, (vgl. Siwiarchiv, 2012) hatte politische und vor allem antisemitische Gründe (vgl. Marx, o.J.), die jedoch mit keinem Wort in dem Bericht erwähnt werden (vgl. NFP, Abendblatt, 31.3.1933: 3).
Dies könnte auch darin begründet sein, dass die "Neue Freie Presse" über den Zwischenfall mit Fritz Busch bereits am 8. März 1933 ausführlich berichtet hat (vgl. NFP, Morgenblatt, 8.3.1933: 2).

[209] Neuer Intendant: Hans Meissner.

1. April 1933 - Tag des antijüdischen Boykotts

Im Leitartikel am Boykott-Tag, mit dem Titel "*Hoffnung auf Beendigung des Boykotts*", hegt die "Neue Freie Presse" erneut die Hoffnung einer Beschränkung auf einen Tag und die Wiederherstellung des "Normalzustandes", wenn die Berichterstattung gegen Deutschland aufgehört hat. "*Wir können uns kaum vorstellen, daß diese Aktion von neuem entfesselt werden sollte, wenn erst einmal die Unterbrechung angeordnet ist*." (NFP, Morgenblatt, 01.04.1933: 1). Der Leitartikler lässt sich auch erneut zu Kritik hinreißen:

> "*Man müßte glauben, daß absoluter Wahnsinn die Welt regierte, wenn etwa in diesen drei Tagen, Sonntag, Montag und Dienstag nicht Rücksicht genommen würde auf das Schicksal der deutschen Juden*; *wenn dieser kleine Zeitraum nicht dazu benützt würde, um die Verantwortlichen in ihrer Absicht zu stärken, nicht diese entsetzlichste aller wirtschaftlichen Waffen gegen Volksgenossen zur Anwendung zu bringen*." (NFP, Morgenblatt, 01.04.1933: 1).

Das Blatt bezieht nicht nur Stellung gegen die negative Berichterstattung über Deutschland, sondern stellt sich erneut entschieden gegen den Boykott und gegen Maßnahmen, die bereits im Vorfeld stattfanden, wie im folgenden Teil des Leitartikels:

> "*Der gelbe Fleck in Deutschland als Kennzeichen, als Brandmal für die Zugehörigkeit zu einem Glauben! In einer kleinen Stadt ging man noch weiter.* [Dort; Anm. d. Verf.] *wurden schon gestern, (...) den Käufern in den verfemten Geschäften Stempel ins Gesicht gedrückt mit der Aufschrift: Wir Verräter kauften bei Juden! Und man versichert, ähnliche Maßnahmen seien auch in Berlin für jene vorgesehen, welche der Boykottwarnung nicht Gehorsam leisten. Das sind doch wohl Ausgeburten einer grausamen Laune, nicht etwa mit jener Gewaltlosigkeit zu vereinigen, die in allen Kundgebungen über den Boykott geradezu geflissentlich betont wird. Daß aber überhaupt derartige Exzesse möglich waren, bleibt deprimierend genug*." (NFP, Morgenblatt, 01.04.1933: 1)

Nach Erklärungen von Goebbels über das Abflauen der Berichterstattung im Ausland und die Erwartungen der Reichsregierung an den Boykott, "*eiserne Disziplin*", "*ohne jede*

Gesetzesverletzung" usw. sowie Anordnungen von nationalsozialistischen Bezirksorganisationen und eines Zentralkomitees, die die "Neue Freie Presse" neutral abdruckt, folgt ein Bericht über die Aktionen vor dem eigentlichen Boykott: "*Der Boykott vorläufig auf heute beschränkt*" (vgl. NFP, Morgenblatt, 01.04.1933: 2f). Die im Leitartikel angedeuteten verfrühten Aktionen, "*Ausgeburten einer grausamen Laune*", werden auf Seite drei näher ausgeführt. Demnach wurden bereits Geschäfte geschlossen, Käufer, die aus jüdischen Geschäften kamen photographiert und mit einem Stempel "stigmatisiert" (NFP, Morgenblatt, 01.04.1933: 3). Auch weitere Ausführungen zum Rücktritt der jüdischen Aufsichtsräte aus dem Karstadt-Konzern und die Beurlaubung jüdischer Richter und Ärzte wegen "*anmaßendem Verhalten*" und befürchteter "Selbsthilfe des Volkes", sind in derselben Spalte zu finden. Daneben berichtet die "Neue Freie Presse" von der "*Verhaftung des Vorsitzenden und des Syndikus des jüdischen Zentralvereines"* (vgl. NFP, Morgenblatt, 01.04.1933: 3). Die weiteren kurzen Berichte über zahlreiche Entfernungen, Ausschließungen und Inhaftierungen jüdischer Richter und Rechtsanwälte, lesen sich ebenfalls neutral. Außerdem enthält die Seite zwei weitere Zuschriften über die Unwahrheit der "*deutschen Greueltaten*" gegen Juden und die Beteuerung von "*disziplinierter Ruhe und Ordnung*" in Deutschland. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 01.04.1933: 3). Interessant ist auch ein Telegrammwechsel zwischen den Vereinigten deutschen Gesellschaften in New York und der Reichskanzlei, in dem auf Anfrage an Hitler die künftige Stellung der Juden in Deutschland von der Reichskanzlei kommentiert wird. "*Reichskanzler dankt für Ihre Mitwirkung im Kampfe gegen jüdische Hetze. D e u t s c h e J u d e n werden wie a l l e a n d e r e n S t a a t s a n g e h ö r i g e n g e m ä ß i h r e r E i n s t e l l u n g zur n a t i o n a l e n R e g i e r u n g b e h a n d e l t werden*." (NFP, Morgenblatt, 01.04.1933: 3).

Gemeinsam mit den letzten beiden Nachrichten, die einen "*höflichen und diskreten*" Einfluss aus Washington auf Deutschland andeuten und von der vorübergehenden Gewährung von Asyl für jüdische Flüchtlinge in der Schweiz berichten, überwiegen in diesem Fall die Berichte von Geschehnissen rund um den antijüdischen Boykotttag, von Entlassungen, Verhaftungen und Ausschlüssen. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 01.04.1933: 3) Hier sind die einzelnen Berichte zwar neutral formuliert, trotzdem machen diese als

Deutschland-kritisch zu beurteilenden Artikel die Mehrheit aus. Mit "Greuel"-Dementi befasst sich diesmal nur ein sehr kleiner Teil der Berichterstattung.

"Keine Ruhestörungen" - Nachberichterstattung

Unter dem Titel "*Der Tag des Boykotts. Keine Ruhestörungen*" veröffentlicht die "Neue Freie Presse" den Bericht des Korrespondenten über die Vorkommnisse des Boykott-Tages in Berlin - es soll durchwegs ruhig gewesen sein. Es wurden Zettel an die Auslagen geklebt und die Leute mieden die Geschäfte. Nur bei wenigen Geschäften hätte man S.A.-Posten vor der Türe gesehen und einige Läden hatten geschlossen. "*Ab und zu hörte man allerdings höhnische und auch drohende Bemerkungen gegen die Juden. Zu Gewalttätigkeiten kam es aber nirgends.*" (NFP, Abendblatt, 01.04.1933: 1). Muss man hier von Verharmlosung sprechen, oder lief der Tag tatsächlich so ruhig ab wie beschrieben? Interessant macht diese Frage der "Einzelfall", über den erst am nächsten Tag berichtet wird: Dieser Bericht schafft es lediglich auf die Seite 6 des Morgenblattes der "Neuen Freien Presse" und ist ebenfalls mit "*Ruhiger Verlauf des gestrigen Boykotttages*" betitel. Aufschlussreich ist der Untertitel, der lautet: "*Nur in Kiel ein ernster Zwischenfall, in Frankfurt und Chemnitz Selbstmorde*." (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6) Tatsächlich waren es nicht "nur" die drei erwähnten Vorfälle während des Boykotts im ganzen Deutschen Reich. Zum Beispiel wurde der jüdische Chirurg und Psychoanalytiker, Dr. Erich Simenauer, im Krankenhaus am Urban in Berlin-Kreuzberg verhaftet und in ein "wildes KZ" verschleppt. Später beschreibt er: "*Rechts und links von mir wurden einige Leute mit Knüppeln so lange geschlagen, bis sie tot waren, es war entsetzlich. Wenn sie sie wenigstens erschossen hätten, aber sie haben sie zu Tode geknüppelt*!" (Erich Simenauer, zit. nach Wichmann, 2013). Ihm rettete die Notiz "*Nicht mißhandeln*" auf seinem Laufzettel das Leben - ein SA-Mann, der ein ehemaliger Patient Simenauers war, hatte dies vermerkt. (Vgl. Wichmann, 2013.)

Betrachtet man die Brutalität dieses berichteten Vorfalls in Kiel, kann man der "Neuen Freien Presse" nur die Beschönigung der Ereignisse attestieren. Der Korrespondent - oder die ganze Zeitung - schienen es schwer zu haben, sich in diesem Fall zwischen einer Deutschland-freundlichen Haltung und einer objektiven Berichterstattung zu entscheiden. So fasst sie zu Beginn des Artikels recht beiläufig zusammen:

"*Mit Ausnahme von Kiel, wo ein H i l f s p o l i z i s t von einem jüdischen R e c h t s a n w a l t angeschossen wurde, worauf S . A . - L e u t e d e n R e c h t s a n w a l t i m G e f ä n g n i s n i e d e r s c h o s s e n, ist die gestrige a n t i j ü d i s c h e B o y k o t t a k t i o n sowohl in Berlin wie im ganzen Reich o h n e g r ö ß e r e Z w i s c h e n f ä l l e verlaufen*." (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6).

Nach Berichten über einen Selbstmord und Hinweisen wie ruhig der Tag verlaufen war sowie über die Ansprache Goebbels bei einer Boykottkundgebung, folgte ein detaillierter Bericht über die Vorkommnisse in Kiel. Teilweise in fetten Lettern hervorgehoben, bringt die "Neue Freie Presse" hier nicht nur den Bericht sondern stellt auch die unterschiedlichen Versionen der Geschichte gegenüber. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6.)
Der Sohn eines jüdischen Möbelgeschäft-Inhabers, ein Rechtsanwalt, wurde am Boykotttag von zwei SS-Männern davon abgehalten, das Geschäft seines Vaters zu betreten, der Vater eilte zu Hilfe. In Fettdruck schreibt das Blatt:

"*Die beiden S.-S.-Leute sollen nun den Vater und den Sohn beschimpft haben, worauf der Sohn eine Pistole zog. Der Vater riß die Hand seines Sohnes weg und dabei ging ein Schuß los, der den einen 22jährigen S.-S.-Mann Walter Asthalter unterhalb des Herzens traf. Sein Zustand ist lebensgefährlich, doch hofft man ihn am Leben erhalten zu können*." (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6).

An diese Meldung wird der Hinweis angefügt, dass die Pressestelle der Regierung in Schleswig eine Mitteilung herausgab, wonach der Rechtsanwalt "*Schumm den S.-S.-Mann o h n e t r i f t i g e n Grund angeschossen haben*" soll (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6). Erneut fett gedruckt berichtet die Zeitung weiter:

"*Nach einer Mitteilung derselben Quelle ist Friedrich Schumm im Polizeigefängnis von S.-A.-Leuten erschossen worden. Als sich in Kiel das Gerücht verbreitete, daß der verletzte S.-S.-Mann seinen Verletzungen erlegen sei, sammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Polizeigefängnis an und geriet in ungeheure Erregung. Bevor der Abtransport des verhafteten Rechtsanwaltes durchgeführt wurde, drang die Menge in das Gefängnis ein. Sie erbrach die Zelle, in der Friedrich Schumm untergebracht war; Schumm wurde durch S.-A.- Leute niedergeschossen. Über*

fünfzehn Pistolenschüsse sollen auf ihn abgegeben worden sein." (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6)

Das Blatt fügt an:

"*Wie die Regierungspressestelle weiter mitteilt, soll diese E x e k u t i o n mit einer derartigen G e s c h w i n d i g k e i t im Laufe von k a u m e i n e r M i n u t e vollzogen worden sein, daß sie von seiten der P o l i z e i n i c h t v e r h i n d e r t werden konnte. Die e r r e g t e V o l k s m e n g e zog dann vor das M ö b e l g e s c h ä f t und z e r t r ü m m e r t e d a s g e s a m t e I n v e n t a r. Der erschossene Rechtsanwalt S c h u m m war am F r e i t a g a b e n d z u r H o c h z e i t s e i n e r S c h w e s t e r n a c h K i e l g e k o m m e n und wohnte bei seinen Eltern.*" (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6).

Direkt im Anschluss an den Bericht stellt die "Neue Freie Presse" nach der kleinen Überschrift "*Eine Darstellung von nationalsozialistischer Seite*", die zweite Version dar, hat sie jedoch für den Leser durch die separate Überschrift und den verwendeten Konjunktiv als fragliche Version gekennzeichnet:

"*Nach einer Darstellung der Kieler Pressestelle der nationalsozialistischen Partei hätten der Möbelhändler S c h u m m und s e i n S o h n, als dieser von S . - S . - M ä n n e r n angehalten wurde, diese b e s c h i m p f t. Der j u n g e S c h u m m habe plötzlich eine P i s t o l e gezogen und auf A s t h a l t e r angelegt. Dieser sei dem jungen Mann sofort in den Arm gefallen und habe ihn hochgerissen, doch warf sich jetzt der a l t e S c h u m m d a z w i s c h e n und r i ß die H a n d s e i n e s S o h n e s wieder h e r u n t e r, der dann auf Asthalter aus nächst Nähe einen Schuß abgegeben habe*." (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6).

Obwohl dieser Bericht erst auf Seite 6 veröffentlicht wurde, zeigt er doch die bisher kritischste Haltung gegenüber Deutschlands Regierung.

Eine Verlautbarung des Völkerbundes, in der erklärt wird, "*daß die Judenverfolgungen in Deutschland dem Geiste der Völkerbundsatzung und auch dem 13. Teil des Versailler Vertrages, welcher die Bestimmungen über die Arbeit enthält, widersprechen*" (NFP, Abendblatt, 01.04.1933: 1), findet in der "Neuen Freien Presse" ebenso Platz wie eine

Rede Goebbels zu den "*revolutionären Zielen der Nationalsozialisten*". Darin droht er erneut, wenn die "*Greuelhetze vollständig verstummt, dann wird der Boykott eingestellt werden, wenn nicht, wird der Boykott so aufgenommen werden, daß er das deutsche Judentum vernichtet*" (NFP, Abendblatt, 01.04.1933: 2). Außerdem berichtet das Blatt vom strengen Boykott des Antwerpener Diamantenhandels gegen Deutschland sowie vom Aufruf des Vorsitzenden der Internationalen Liga zur Bekämpfung des Antisemitismus in Paris, wonach alle Mitglieder "*a l l e d e u t s c h e n W a r e n u n d P r o d u k t e b o y k o t t i e r e n*" (NFP, Abendblatt, 01.04.1933: 2) sollten. (Vgl. NFP, Abendblatt, 01.04.1933: 2.) Diese Berichte des Abendblattes am Boykotttag haben mit der Völkerbund-Verlautbarung eine starke Stimme gegen "*die Judenverfolgungen in Deutschland*". Dennoch umfasst Goebbels Rede wesentlich mehr Zeilen. Gemeinsam mit den beiden sehr kurzen Berichten über den Boykott deutscher Waren, die je nach Einstellung des Lesers positiv oder negativ für Deutschland empfunden werden können, ist der vermittelte Eindruck von Deutschland dennoch ein eher positiver, besonders wenn man diese Berichte in Zusammenhang mit der oben erwähnten Titel-Story sieht, die eine ruhige Stimmung beim Boykott in Deutschland bekundet.

Der Leitartikel der Sonntagsausgabe, einen Tag nach dem antijüdischen Boykott-Tag, befasst sich zum großen Teil mit Bismarcks Geburtstag. Die "Neue Freie Presse" stellt die Frage, wie Bismarck über die "*jetzigen Zeitereignisse*" denken würde und spannt den Bogen zur aktuellen Situation:

> "*So sehen wir am Festtage dieses letzten Helden deutscher Staatsmannskunst ein Muster vor uns, dem nachzueifern höchste Pflicht der Regierenden auch im gegenwärtigen Momente bilden müßte. Alle Empfindungspolitik ist sinnlos, da die Aufgabe gestellt ist, das Reich vor Vereinsamung zu wahren und die Weltgemeinschaft wieder aufzurichten, ein Regime des Menschlichen, das auch für Deutschland dann Menschlichkeit sichern wird, Schutz für seine Minderheiten und Erkenntnis für die Notwendigkeit seiner Erhaltung*." (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 2).

Direkt darunter druckt die "Neue Freie Presse" den Bericht über den Erlass des neuen Gesetzes zu Verhängung und Vollzug der Todesstrafe im Deutschen Reich. (Vgl. NFP,

Morgenblatt, 02.04.1933: 2.) Außerdem bringt das Blatt auf der bereits erwähnten Seite 6 nach einer Erklärung Julius Streichers zum Boykott mit folgendem Wortlaut: "[N]*ach den Meldungen, die aus dem Auslande bisher eingegangen sind, ist zu erwarten, daß eine Wiederaufnahme vermieden werden kann*" (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6), einen zusätzlichen Bericht, der Schlussfolgerungen zulässt:

> "*Wie Ihr Korrespondent erfährt, ist es n i c h t r i c h t i g, daß in den letzten Tagen einige der in Berlin akkreditierten B o t s c h a f t e r V o r s t e l l u n g e n w e g e n d e s B o y k o t t s gegen die jüdischen Geschäfte erhoben haben. Es ist vielmehr h a u p t s ä c h l i c h a u f d i e E i n w e n d u n g e n, welche die n i c h t z u r n a t i o n a l s o z i a l i s t i s c h e n P a r t e i g e h ö r e n d e n M i t g l i e d e r d e s K a b i n e t t s vorgebracht haben, zurückzuführen, daß der Boykott zunächst auf einen Tag beschränkt worden ist. (...) Auch H i t l e r selbst soll in der F r a g e d e s B o y k o t t s k e i n e n r a d i k a l e n S t a n d p u n k t eingenommen haben*." (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6).

Der letzte Satz wirft Fragen auf. In der Literatur wird beschrieben, dass dieser Boykott überhaupt erst von Hitler ausgegangen war und die nationalsozialistische Partei dies übernommen hat, damit die Regierung ihre "weiße Weste" behalten, aber dem "Volkszorn" ein Ventil geben konnte, um dann selbst mäßigend einzugreifen. (Vgl. Benz/Dahm, 1993: 274f sowie vgl. Wendt, 1995: 167.) Entweder wurde Hitler hier also von der "Neuen Freien Presse" in Schutz genommen oder sie hatte keine ausreichenden Informationen dazu. Tatsache ist, dass Hitler in diesem Beitrag für den Leser als gemäßigt dargestellt wird, und damit ein positives Bild Deutschlands in der "Neuen Freien Presse" zu erkennen ist. Diese Schlussfolgerung lässt sich auch nicht durch den Leitartikel, der im Vergleich zu den letzten recht harmlos ist, abschwächen.

Auf Seite sieben berichtet die "Neue Freie Presse" erneut über zahlreiche Telegramme und Briefe von deutschen Industriellen und Großhandelsfirmen, die am Boykotttag in der Redaktion eingelangt sind. Es waren angeblich so viele, dass sie sie nicht abdrucken konnten. Die Aussage, so schreibt die "Neue Freie Presse", war jedoch überall dieselbe: Sie haben alle

"*energisch V e r w a h r u n g eingelegt g e g e n die im Ausland verbreiteten M e l d u n g e n ü b e r G r e u e l u n d A u s s c h r e i t u n g e n und um die Feststellung ersucht, daß, abgesehen von einigen, durchaus unbedeutenden Zwischenfällen, überall R u h e und O r d n u n g herrscht*." (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 7).

Und auch der Deutsche Touringklub sowie der Allgemeine Deutsche Automobilklub ließen über ein Schreiben an den Österreichischen Touringklub ausrichten, "*daß a l l e G e r ü c h t e über M i ß h a n d l u n g e n, F o l t e r u n g e n und T ö t u n g e n deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens falsch sind*" (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 7). Es wird empfohlen, "*sich von geplanten Reisen nach Deutschland nicht abhalten zu lassen, und die dort gewonnenen Eindrücke rücksichtslos der Öffentlichkeit bekanntzugeben*" (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 7). Aus diesen Berichten kann man die Deutschfreundlichkeit herauslesen - besonders unterstützt durch den einzigen gezeichneten Beitrag des deutschen Korrespondenten "P.G.", Paul Goldmann, der selbst Jude war (vgl. Steinberger, 1990: 78f.): Er durfte gemeinsam mit anderen Journalisten die politischen Gefangenen im Berliner Polizeigefängnis besuchen. Auffallend ist hierbei, dass er herausstreicht, wie gepflegt und gesund sie aussahen und dass sie die Möglichkeit gehabt hätten, den Journalisten jegliche Art von Misshandlung zu erzählen, da sie sich frei mit ihnen unterhalten durften.

"*So hat man ihn (...) oft gesehen, und im Gefängnis ist keine Veränderung mit ihm vorgegangen, vor allem weist er keinerlei Spuren von Verletzungen auf. Hätte man ihn geschlagen oder gefoltert, er brauchte jetzt nur ein Wort zu sagen, und wenige Stunden später würde die ganze Welt es erfahren*" (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 26).

Ernst Thälmann, Anführer und Repräsentant der deutschen Kommunistischen Partei, gab sich jedoch "*wortkarg*", beklagte sich nur über die Buchauswahl im Gefängnis. Knirsch, der Chefredakteur der Berliner "Roten Fahne" in Gefangenschaft sagt,

"*er habe beobachtet, daß Gefangene mit verbundenen Köpfen eingeliefert worden seien. Das seien Gefangene gewesen, meint der Chef der politischen Polizei, die bei*

Zusammenstößen verletzt worden seien und die man dann zu ihrem eigenen Schutz in Haft genommen habe." (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 26).

Die nächste Ausführung des Korrespondenten zeigt, dass er durchaus auch kritische Gedanken hegte:

"*Die Polizei steht nämlich auf dem Standpunkt, d a ß S c h u t z h a f t (ein schwer zu definierender Begriff) n i c h t n u r z u m S c h u t z e d e r G e s e l l s c h a f t z u v e r h ä n g e n s e i, s o n d e r n u n t e r U m s t ä n d e n a u c h z u m S c h u t z e d e r V e r h a f t e t e n s e l b s t. ´Mancher von den Gefangenen wäre vielleicht freiwillig gekommen, wenn er nicht hierher gebracht worden wäre´, meint der Chef der politischen Polizei. Der Chefredakteur der ´Roten Fahne´ widerspricht*." (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 26).

Im Grunde malt Goldmann jedoch ein durchaus positives Bild der Situation. Hin und wieder streut er Informationen ein, um die Geschichte neutral zu halten. Ernst Torgler, ein Kommunist, zum Beispiel ist

"*d e r e i n z i g e, g e g e n d e n e i n e s t r a f g e r i c h t l i c h e U n t e r s u c h u n g - w e g e n d e s R e i c h s t a g s b r a n d e s - i m G a n g e i s t; d i e a n d e r e n sind i n S c h u t z h a f t, ohne daß eine kriminelle Anschuldigung gegen sie vorläge*." (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 26).

7.2.3 Fazit Analyse "Neue Freie Presse"

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die "Neue Freie Presse" in der untersuchten Zeit nicht an der angeprangerten "Greuelpropaganda" gegen Deutschland beteiligte. Das Blatt schlug den entgegengesetzten Weg ein und veröffentlichte zahlreiche Richtigstellungen von unterschiedlichsten Persönlichkeiten, die sich gegen die negative Berichterstattung über Deutschland verwahrten. Außerdem schloss sie sich im Leitartikel vom 30. März den Richtigstellungen an und bezeichnete die besagte "Greuelpropaganda" als "Greuellegenden", "falsche Nachrichten" und "Täuschungen". Die von den Nationalsozialisten kommunizierte Diktion, dass die negative „Propaganda“ Auslöser des antijüdischen Boykotts sei, wird von der „Neuen Freien Presse“ – wie von

allen anderen Medien auch – übernommen. In Leitartikeln und Kommentaren versucht sie – zum Teil mit sehr scharfen Worten -, den Boykott doch noch abzuwenden. Sie nannte ihn ein "*unabsehbares Unglück (...) und einen Jammer, wie ihn seit dem Weltkrieg das zivilisierte Europa noch nicht gesehen hat. (...). Wir können es noch immer nicht glauben, daß die Dinge sich so grauenhaft entwickeln werden, wie es heute den Anschein hat.*" (NFP, Morgenblatt, 30.3.1933: 1). Die Voraktion, das Stigmatisieren von Käufern in jüdischen Geschäften mit einem Stempel, benannte sie "*Ausgeburten einer grausamen Laune"* (NFP, Morgenblatt, 01.04.1933: 1).

In der "Neuen Freien Presse" wurde der Boykott jüdischer Geschäfte eindeutig als Maßnahme der nationalsozialistischen Partei dargestellt, nicht als die der Regierung Hitler. Nach Meldung des Blattes soll "*H i t l e r selbst (...) in der F r a g e d e s B o y k o t t s k e i n e n r a d i k a l e n S t a n d p u n k t eingenommen haben*." (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6). Die meisten Berichte waren unkommentierte Wiedergaben von Informationen, Artikeln aus Zeitungen oder Verlautbarungen bzw. Reden der Nationalsozialisten. Allein aus ihrer Wortwahl ließ sich keine Tendenz herauslesen. Daher wurden die Berichte im Kontext der jeweiligen Ausgabe gegenübergestellt und versucht, durch Einordnung der Themen, nicht der Wortwahl, zu einem Ergebnis zu kommen.

Zum Beispiel berichtete die "Neue Freie Presse" über unterschiedliche Länder, die jegliche Unterdrückung der Juden verurteilten und darüber mit der deutschen Regierung sprechen wollten. Auch Berichte über Länder, die selbst in der Zeit deutsche Waren boykottierten, waren in dem Blatt zu finden. Außerdem druckte die "Neue Freie Presse" Artikel von deutschen Zeitungen ab, die dem Boykott und Deutschland teilweise positiv und teilweise negativ gegenüberstanden. Sie enthielt Briefe über die Unschuld der Deutschen, sowie Nachrichten von deutschen Juden, die beteuerten, dass sie nicht an der negativen Berichterstattung über Deutschland beteiligt waren. Diese Artikel zeichnen großteils ein positives Bild von Deutschland, indem sie die "Greuelpropaganda" von sich weisen. Einigen kann unterstellt werden, dass sie nur verschickt wurden, um das Ausland davon abzuhalten, durch ihre Berichterstattung - ob wahr oder gelogen - die Situation noch zu verschlimmern.

In dem Untersuchungszeitraum wurden in der "Neuen Freien Presse" keinerlei Inserate aus dem Deutschen Reich gefunden.

Stellt man alle in der Analyse begründeten Schlussfolgerungen gegenüber, kommt man zum vorläufigen Ergebnis, dass die "Neue Freie Presse" sich zwar strikt gegen den antijüdischen Boykott stellte, allerdings eine deutschfreundliche Grundhaltung einnahm.

7.2.4 Überblick "Deutsche Arbeiter-Presse" und der antijüdische Boykotttag

Auch die "Deutsche Arbeiter-Presse" veröffentlicht ein Statement über den antijüdischen Boykott. Als Untersuchungsmaterial wurden die Ausgaben vom 8. April 1933 und 29. April 1933 herangezogen, wobei nur ein Absatz zu dem Thema zu finden war.

Das Blatt verweist dabei auf das Programm von 1920, das zu einer Zeit entstanden ist, in der die Nationalsozialisten Österreichs und Deutschlands ihre Materialien und Redner tauschten und die Verständigung gut war. Im Jahr 1933 sieht die Lage jedoch anders aus. Zu dieser Zeit war die Hitlerbewegung in Österreich zwar noch nicht verboten, ging aber schon lange getrennte Wege gemeinsam mit den österreichischen Nationalsozialisten bzw. mit der Schulzgruppe. Die "Deutsche Arbeiter-Presse" kritisierte offen sowohl die Hitlerbewegung in Österreich als auch die deutschen Nationalsozialisten. Als sie als einzige Zeitung der Schulzgruppe noch übrig war, führte sie den "*Kampf gegen die Hitleranhänger*" (Beutl, 2001: 72f) alleine weiter und unterstützte ab dem Jahr 1933 "*letztendlich sogar die Regierung bzw. das autoritäre Regime Dollfuß*" (Beutl, 2001: 72f). (Vgl. Beutl, 2001: 72f, 94.)

7.2.4.1 Vergleich "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Neue Freie Presse"

Unter dem Titel "*Es lebe der Sozialismus*!" nimmt auch die "Deutsche Arbeiter-Presse" Bezug auf den Boykott jüdischer Geschäfte und die Vorkommnisse in Deutschland. Sie analysiert die bisherigen Monate von Hitlers Kanzlerschaft sowie "*das Programm der Hitlerbewegung und die Art seiner Verwirklichung*" (DAP, 29.4.1933: 1). Dabei gibt sie in Fettdruck einen Teil des Programmes wieder und stellt die Verbindung zu den aktuellen Vorgängen her:

> "*1920: Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist, Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland*

leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen. (...). 1933: Wo bleibt die Fremdengesetzgebung? Sollen die kleinweisen Judenverfolgungen ein Ersatz dafür sein? Sollen sie am Ende gar zeigen, wie Deutschland seine ´Gäste´ behandelt?" (DAP, 29.4.1933: 1).

Die "Deutsche Arbeiter-Presse" verurteilt - im Gegensatz zur "Neuen Freien Presse" - nicht die negative Berichterstattung über Deutschland im Ausland oder bekundet deren Unwahrheit, sie sucht nach einer Erklärung:

"*Die Reichsregierung geht aber den Weg des Boykotts, als ob dies die Art wäre, wie man in Deutschland mit Fremden umgeht. Kein Wunder, daß die Welt sich nicht darüber aufregt und Deutschland ein Land der Barbarei nennt. Nicht wegen des Judenhasses nennt sie es so, sondern wegen des gegen die Juden geschaffenen Ausnahmszustandes, den sich ein Kulturvolk gegenüber einer Minderheit in der heutigen Zeit nicht mehr leisten kann*." (DAP, 29.4.1933: 1).

Geht es also nach der "Deutschen Arbeiter-Presse", ist "Judenhass" in Ordnung, man muss ihn nur "ritterlich" durchführen:

"*Kein Mensch könnte Deutschland in der Welt einen Vorwurf daraus machen, wenn es die Juden wirklich zu Gästen stempelt und sie auf diesem Weg von allen Aemtern, vom Wahlrecht und allen übrigen nur Staatsbürgern zustehenden Rechten ausschließt. Gerade um diese Ausschließung zu rechtfertigen, muß sie aber mit höchster Vornehmheit und Ritterlichkeit durchgeführt werden. Je einschneidender der Akt sich auszuwirken hätte, um so vornehmer und ritterlicher wäre er durchzuführen. Die Juden müßten in diesem Falle wirklich das Gefühl haben, Gäste zu sein*." (DAP, 29.4.1933: 1).

Diese Aussagen können als Beweis dafür dienen, dass die österreichischen Nationalsozialisten der Schulzgruppe tatsächlich der gemäßigte Teil der früheren Nationalsozialisten war, der sich vom radikalen Flügel, der Hitlerbewegung, abspaltete.

7.2.4.2 FAZIT Vergleich "Neue Freie Presse" mit "Deutscher Arbeiter-Presse"

Die "Neue Freie Presse" sieht die deutschen Juden als Mitglieder der deutschen Gesellschaft und Einwohner Deutschlands, während die "Deutsche Arbeiter-Presse" sie als "Gäste" bezeichnet. Sie sind sich zwar einig, dass Juden die Möglichkeit haben müssen, gemeinsam mit Nicht-Juden in Deutschland friedlich zu leben, jedoch geht es

nur bei der "Neue Freien Presse" tatsächlich um den Frieden - die "Deutsche Arbeiter-Presse" unterstützt den "*Judenhass*", sie möchte ihn nur auf andere Weise durchgeführt sehen als durch Gewalt.

Dazu kommen noch die unterschiedlichen Positionen der beiden Zeitungen: Die "Deutsche Arbeiter-Presse" war ein politisches Blatt und konnte ungehindert ihre Meinung vertreten, so lange sie sich in dem Rahmen bewegte, in dem sie nicht beschlagnahmt werden würde.

Die "Neue Freie Presse" hingegen zählte man zur "Großpresse". Sie hatte ihr Prestige zu wahren und kämpfte zu der Zeit bereits ums Überleben. Es ist außerdem gut möglich, dass Stefan von Müller zu dem Zeitpunkt schon versuchte, die Zeitung auch in Deutschland zur Verbreitung zu bringen (vgl. Steinberger, 1990: 72). Natürlich dürfen hier die vollkommen unterschiedlichen Ausgangssituationen und Hintergründe der beiden Blätter nicht außer Acht gelassen werden. So lässt sich nur mit Sicherheit feststellen, dass die "Neue Freie Presse" und die "Deutsche Arbeiter-Presse" zum Thema Judenboykott aufgrund ihrer Ausgangslage absolut konträre Ansichten hatten.

7.2.5 Überblick "Die Neue Zeitung" und der antijüdische Boykotttag

Um Unterschiede und Ähnlichkeiten in der Berichterstattung festzustellen, wird zum Vergleich "Die Neue Zeitung" herangezogen. Sie befand sich zu diesem Zeitpunkt laut Schopper (vgl. 1942: 34) noch nicht in nationalsozialistischen Händen, jedoch ist es nach Raisp (vgl. 1952: 147f) möglich, dass sie bereits zu diesem Zeitpunkt nationalsozialistische Tendenzen annahm. Ungeachtet dessen ist das christlichsoziale Blatt nach der Lektüre der ersten untersuchten Ausgabe zu diesem Zeitpunkt eindeutig als antisemitisch einzustufen.

Diese These stützt sich auf einen Bericht über das Ansuchen eines jungen Juden auf Heimatrecht in Wien. Unter dem Titel "*Gemeinderat Broczyner, ein junger Jude und fünf Wehrmänner. Wie leicht man in Wien das Heimatrecht erhält - Wie wird ein Ostjude und wie werden arische Wehrmänner behandelt.*" (DNZ, 29.3.1933: 4) führt die "Neue Zeitung" aus, dass einem gelegentlich in Wien wohnenden jungen Juden, dessen Koffer mit Kleidung bei einem Freund deponiert war, das Heimatrecht in Wien gewährt wurde.

"(...) Dieser unerhörten Gewalttat gegenüber wurde fünf braven, anständigen, ehrlichen W e h r m ä n n e r n, die laut Meldungsnachweis (...) seit den Jahren 1927 und 1928 in Wien ununterbrochen ihren Wohnsitz haben, ihr Ansuchen um das Heimatrecht in Wien abschlägig beschieden. Dies offenbar deswegen, weil sie eben n u r A r i e r und n u r W e h r m ä n n e r sind." (DNZ, 29.3.1933: 4).

Die "Neue Zeitung" zieht folgenden Schluss daraus:

"*Wie man sieht, genügt es also für einen Juden, in Wien einfach z w e i s c h m u t z i g e K r ä g e n u n d e v e n t u e l l n o c h e i n p a a r ü b e l r i e c h e n d e S o c k e n zu deponieren. Hat er dann noch die rathäusliche Gewogenheit für sich, dann steht seiner Einbürgerung in Wien nichts mehr im Wege. Merks Wien!"* (DNZ, 29.3.1933: 4).

Das Blatt hat im Untersuchungszeitraum mit elf größeren Artikel, die sich in 30 kleine Berichte teilten, über das Thema Boykott gegen jüdische Geschäfte sowie über die "Greuelpropaganda" berichtet. Im folgenden Text wird ein direkter Vergleich zur "Neuen Freien Presse" gezogen.

7.2.5.1 Vergleich "Die Neue Zeitung" - "Neue Freie Presse"

Unter dem Titel "Deutschland und die Judenfrage[210]" zitiert die "Neue Zeitung" die Berichte der Berliner Abendblätter, die eine bereits eingeleitete Abwehraktion der Nationalsozialisten gegen negative Berichterstattung über Deutschland mitteilen.

"*Vor zahlreichen jüdischen Geschäften stehen SA.-Posten, welche die Kaufwilligen vom Betreten der Läden durch Aufklärung abzuhalten versuchen. Eine Anzahl von Unterführer der SA. und SS. sorgt vor den großen jüdischen Geschäften für Ruhe und Ordnung. Die Polizei nimmt von der Aktion keine Notiz."* (DNZ, 29.3.1933: 2).

Auch die "Neue Freie Presse" berichtet von der "*Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung*" und dass "*K ä u f e r v o m B e t r e t e n d e r L ä d e n durch Überredung*" abgehalten wurden (NFP, Morgenblatt, 29.3.1933: 3). Allein der Bericht vom Jahrmarkt unterscheidet sich - hier schreibt die "Neue Freie Presse" von jüdischen Inhabern der Verkaufsstände, die sich "*g e z w u n g e n sahen*", ihre Waren einzupacken, während die

[210] allein die Nutzung des Begriffes "Judenfrage" zeugt vom Antisemitismus dieses Blattes.

"Neue Zeitung" von "*judenfeindlichen Demonstrationen*" berichtet. "*Jüdische Standinhaber wurden gezwungen, diese zu räumen und die Stadt zu verlassen.*" (DNZ, 29.3.1933: 2). Hier fällt also die Darstellung der "Neuen Freien Presse" harmloser aus als die der "Neuen Zeitung". Möglich, dass die "Neue Zeitung" mehr Informationen hatte, dies ist jedoch zu bezweifeln, da der Korrespondent der "Neuen Freien Presse" schließlich auch an deutsche Zeitungen gelangen konnte. Entspricht die Darstellung der christlichsozialen "Neuen Zeitung" der Wahrheit, kann man aus der Schreibweise der "Neuen Freien Presse" eine Tendenz zur Verharmlosung der nationalsozialistischen Übergriffe herauslesen.

Der zweite Bericht unter der Überschrift "Deutschland und die Judenfrage" handelt von der Versammlung amerikanischer Juden in Madison Square in New York, wo einstimmig ein Beschluss angenommen wurde, der

> *"den Kongreß amerikanischer Juden ermächtigt, sich Geldmittel zu einer Gegenkampagne zu verschaffen. Die Redner wiesen darauf hin, daß die Protestaktion nicht gegen das deutsche Volk gerichtet sei, sondern lediglich gegen die Propaganda der Nationalsozialisten. Gegen diese Propaganda wendeten sich die Redner in heftigen Ausdrücken. Gouverneur Lehmann verlangte in einer V e r s a m m l u n g i n A l b a n y eine neuerliche feierliche Bekräftigung der großen Grundsätze der bürgerlichen und religiösen Freiheit, um auf diese Weise Bigotterie und Tyrannei zu bekämpfen. An der Versammlung nahmen mehr als 25.000 Personen, darunter auch zahlreiche Nichtjuden teil. Weitere 50.000 hörten die Rede mit Hilfe von Lautsprechern, die in der Umgebung von Madison Square angebracht waren.*" (DNZ, 29.3.1933: 2).

Von dieser Versammlung wurde in der "Neuen Freien Presse" am 28. März 1933 berichtet. Unter dem Titel "*Protestkundgebungen in Amerika. Gegen die antisemitischen Ausschreitungen in Deutschland.*" meldet der Korrespondent aus New York, dass die Versammlung stattfand, obwohl der Vizepräsident des Zentralvereines deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens darum bat, die Veranstaltung abzusagen und auch die reichsdeutschen Juden New Yorks ihre Beteiligung ablehnten.

> "*Die H a u p t r e d n e r w a r n t e n vor U e b e r t r e i b u n g e n der begonnenen P r o t e s t p r o p a g a n d a. Senator W a g n e r erklärt mit Nachdruck, die d e u t s c h e R e g i e r u n g s f o r m s t e h e h i e r n i c h t z u r K r i t i k. Man*

dürfe nur für das große Ideal der Toleranz eintreten. *Bürgermeister OBrien sagte: ´Ich habe zu viel R e s p e k t v o r d e m d e u t s c h e n V o l k, um a l l e s g l a u b e n z u k ö n n e n, was hier berichtet wird.´*" (NFP, Abendblatt, 28.3.1933: 3).

Detailliert führt die "Neue Freie Presse" aus, was die einzelnen Redner zu sagen hatten. Es wurde betont,

"*daß sich die Kundgebung n i c h t g e g e n d a s d e u t s c h e V o l k, auch n i c h t g e g e n d a s p o l i t i s c h e Programm Deutschlands richte, sondern nur gegen die Gefahr einer i n t o l e r a n t e n a n t i j ü d i s c h e n P o l i t i k*. *Die in Newyork ansässigen Juden stellen auch keinerlei Forderungen, sondern wollen nur die e l e m e n t a r s t e n G r u n d s ä t z e d e r Z i v i l i s a t i o n unterstreichen, die auch den d e u t s c h e n J u d e n, von denen j e d e r a c h t e auf dem S c h l a c h t f e l d g e f a l l e n sei, zugute kommen müssen*." (NFP, Abendblatt, 28.3.1933: 3).

Als Abschluss zitiert die "Neue Freie Presse" den ehemaligen Gouverneur Al Smith, der erklärte,

"*er habe l a n g e g e n u g u n t e r D e u t s c h e n gelebt, um zu wissen, daß e i n z e l n e A u s s c h r e i t u n g e n w e d e r d e m G e s c h m a c k n o c h d e m G e w i s s e n des d e u t s c h e n V o l k e s e n t s p r e c h e n. Man habe Deutschland immer als ein Land der höchsten Kultur gekannt, und man vertraue darauf, daß es dies auch bleiben werde*." (NFP, Abendblatt, 28.3.1933: 3).

Da die "Neue Freie Presse" besonders hervorhebt, dass man auch in New York nicht glaube, was über Deutschland berichtet werde und zweimal betont, dass man in New York nicht die deutsche Regierungsform kritisiere, lässt sich eine eindeutig deutschfreundliche Haltung ableiten. Obwohl Toleranz und die Gewährung der "*elementarsten Grundsätze*" eingefordert wird, überwiegt die positive Tendenz.

Stellt man nun einen Vergleich mit dem Bericht der "Neuen Zeitung" an, wird klar, dass die "Neue Freie Presse" dem Nachbarland gegenüber in der Wortwahl moderater schreibt, als die antisemitische, christlichsoziale "Neue Zeitung". Von Geldmitteln für eine Gegenkampagne der US-Amerikaner ist in der "Neuen Freien Presse" keine Rede und sie führt im Gegensatz zur "Neuen Zeitung" einzelne Redner an, die sich für Deutschland aussprachen und erklärten, dass sie die Berichte über Deutschland nicht glaubten. Dies lässt vermuten, dass die "Neue Freie Presse" die Leser eher beruhigen

wollte, während die "Neue Zeitung" versuchte, gegen die Juden Stimmung zu machen und aus diesem Grund so ausführlich über die Gegenkampagne der US-amerikanischen Juden berichtete.

Am nächsten Tag erscheint das Thema auf der Titelseite der "Neuen Zeitung" mit der Schlagzeile: "*Deutschland und die Judenfrage*". Im Untertitel wird betont, nicht die Nationalsozialistische Partei, sondern "[d]*ie Regierung hat die Führung der Abwehrbewegung in die Hand genommen*" (DNZ, 30.3.1933: 1). Dabei berichtet sie über Mitteilungen des Reichskanzlers:

> "*Er betonte, diese Abwehr habe organisiert werden müssen, weil sonst aus dem Volke selbst eine Abwehr gekommen wäre und vielleicht unerwünschte Formen angenommen hätte. Durch die Organisierung der Abwehr behalte man die ganze Aktion in der Hand und es würde verhindert werden, daß es zu Belästigungen persönlicher Art oder zu Gewalttätigkeiten kommt. Das Judentum aber müsse erkennen, daß ein jüdischer Krieg gegen Deutschland das Judentum in Deutschland selbst mit voller Schärfe treffen würde*" (DNZ, 30.3.1933: 1).

Diese Mitteilung Hitlers erschien in der "Neuen Freien Presse" mit demselben Inhalt. Sie zitiert aus der Rede weiter, in der Hitler Informationen aus London und New York vorbringt, in denen "*zum B o y k o t t g e g e n D e u t s c h l a n d*" aufgefordert wird und in der er betont, "*daß die H a ß p r o p a g a n d a g e g e n D e u t s c h l a n d weitergeht*" (NFP, Morgenblatt, 30.3.1933: 2). Bereits am Vortag hatte die "Neue Freie Presse" von einem Aufruf der nationalsozialistischen Parteileitung berichtet, der

> *"die ´k o m m u n i s t i s c h e n und m a r x i s t i s c h e n V e r b r e c h e r und ihre j ü d i s c h - i n t e l l e k t u e l l e n Anstifter, die mit ihren Kapitalien rechtzeitig ins Ausland ausrückten´, beschuldigt (...), von dort aus eine gewissenlose l a n d e s v e r r ä t e r i s c h e H e t z k a m p a g n e gegen das deutsche Volk zu entfalten. Die nationalsozialistische Partei werde nunmehr in ihrem A b w e h r k a m p f die S c h u l d i g e n treffen, ´die unter uns leben und das ihnen gewährte Gastrecht mißbrauchen.´ Von den Juden in Deutschland gehe diese K a m p a g n e d e s H a s s e s und der J u d e n h e t z e g e g e n D e u t s c h l a n d aus*." (NFP, Morgenblatt, 29.3.1933: 3).

Sowohl die "Neue Zeitung" als auch die "Neue Freie Presse" übernehmen in den Berichten lediglich die Informationen ohne kritische Bewertung.

In der "Neuen Freien Presse" finden sich Maßnahmen zur Vorbereitung des Boykotts, die die "Die Neue Zeitung" als "*11 Programmpunkte zur Abwehr der Greuelpropaganda und des Boykotts im Auslande*" (DNZ, 30.3.1933: 1) ebenfalls auflistet, jedoch nur in kurzen Stichworten. So schreibt die "Neue Freie Presse", dass die Aktionskomitees laut Aussendung dafür sorgen sollen, dass alle Deutschen, die Verbindung ins Ausland haben, diese nutzen sollen, um

> "*a u f k l ä r e n d die W a h r h e i t z u v e r b r e i t e n, daß in Deutschland Ruhe und Ordnung herrscht, daß das deutsche Volk keinen sehnlicheren Wunsch besitzt, als in Frieden seiner Arbeit nachzugehen und in Frieden mit der anderen Welt zu leben, und daß es d e n K a m p f g e g e n die j ü d i s c h e G r e u e l h e t z e n u r f ü h r t a l s r e i n e n A b w e h r k a m p f*" (NFP, Morgenblatt, 29.3.1933: 3).

Bemerkenswert ist, dass die "Neue Freie Presse" oft von einem "Boykott" oder "antijüdischen Boykott" spricht, während die "Neue Zeitung" den Begriff "Abwehrkampf bzw. Abwehrbewegung" thematisiert. Dies verstärkt die These, dass die "Neue Freie Presse" gegen den Boykott war, wohingegen die "Neue Zeitung" Deutschland durch das Wort "Abwehr" in Schutz nimmt. Nichtsdestotrotz muss das Fazit für die "Neue Freie Presse" auch hier lauten: Deutschfreundliche Berichterstattung.

Unter derselben Überschrift berichtet die "Neue Zeitung" vom Beginn der "*Abwehrbewegung in Deutschland*" (DNZ, 30.3.1933: 1). Darin heißt es, dass das Zentral-Aktionskomitee des Gaues Groß-Berlin seine Arbeit bereits aufgenommen hätte und *"[i]nzwischen hat die Boykottbewegung in der Provinz praktisch bereits ihren Anfang genommen. Aus einer Reihe von deutschen Städten werden Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte und jüdische Rechtsanwälte und Richter gemeldet*." (DNZ, 30.3.1933: 1). Gegen die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" wirkt die der "Neuen Zeitung" jedoch verharmlosend. Die "Neue Freie Presse" berichtet über die verfrühten Boykottaktionen folgendermaßen:

> "*Abends wurden z a h l r e i c h e f ü h r e n d e j ü d i s c h e K a u f l e u t e, aber auch R e c h t s a n w ä l t e von S . - A . in S c h u t z h a f t genommen*." Außerdem "*fanden bei etwa 60 K o m m u n i s t e n H a u s d u r c h s u c h u n g e n statt, in deren Verlauf z a h l r e i c h e V e r h a f t u n g e n erfolgten*." (NFP, Abendblatt, 29.3.1933: 1).

Neuerlich widmet sich die "Neue Zeitung" auf Seite 8 unter dem Titel "*Deutschland und die Judenfrage*" dem Thema mit vier kurzen Meldungen. Die erste Meldung befasst sich mit der französischen Kammer, wonach eine Interpellation eingebracht wurde, um die Regierung zu fragen,

> "*welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt, um die jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland zu schützen. In einer großen für den 5. April anberaumten Protestversammlung gegen die Judenhetze in Deutschland wird eine Reihe von hervorragenden Persönlichkeiten des französischen öffentlichen Lebens teilnehmen (...).*" (DNZ, 30.3.1933: 8).

Die "Neue Freie Presse" berichtet an diesem Tag ebenfalls über Paris, wonach das

> "*französische Empfangs-und Hilfskomitee für die Opfer der antisemitischen Bewegung in Deutschland (...) eine Mitteilung [veröffentlicht, Anm. d. Verf.], in der gegen Gewalttätigkeiten gegenüber einer völkischen und konfessionellen Minderheit protestiert wird*" (NFP, Morgenblatt, 29.3.1933: 3).

Diese beiden sehr ähnlichen, aber auch sehr kurzen Berichte kann man als Deutschland-kritisch einstufen, da sie suggerieren, dass die jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland schutzbedürftig sind und das Ausland gegen Gewalttätigkeiten gegen die Minderheit protestiert.

Der folgende Bericht der "Neuen Zeitung" über einen "*Boykott gegen deutsche Filme in ganz Polen*" (DNZ, 30.3.1933: 8) und ein demoliertes Kinotheater, in dem "*Photographien deutscher Filme sowie Plakate herabgerissen*" (DNZ, 30.3.1933: 8) wurden, findet sich nicht in der "Neuen Freien Presse". Die nächste Meldung ist dafür bis auf das vorangestellte Datum und die Überschrift ident: "*Der New Yorker Stadtrat hat einstimmig beschlossen, die Regierung der Vereinigten Staaten zu ersuchen, bei der deutschen Regierung wegen der Judenbedrückungen vorstellig zu werden*" (DNZ, 30.3.1933: 8 sowie NFP, Morgenblatt, 30.3.1933: 2). Der letzte Bericht dieser Ausgabe der "Neuen Zeitung" trägt den Titel "*Italien hält es mit den Juden*" und wirkt anklagend:

> "*Die Boykottbewegung der Nationalsozialisten in Deutschland gegen die Greuelpropaganda des Auslandes findet in Italien keine gute Presse. Von*

den führenden Blättern ist es nur die Turiner ´Stampa´, die in einem zehnzeiligen Berliner Bericht ihre Leser von dem antisemitischen Feldzug in Deutschland in Kenntnis setzt. Die anderen Blätter haben es vorgezogen, mit S t i l l s c h w e i g e n über diese Aktion hinwegzugehen." (DNZ, 30.3.1933: 8).

Offenbar hätte die "Neue Zeitung" gerne mehr gute Presse in Italien für den antisemitischen Feldzug gelesen, die "Neue Freie Presse" veröffentlicht keinen ähnlichen Bericht.

Fasst man die kurzen Berichte der "Neuen Zeitung" mit den Gegenüberstellungen zur "Neuen Freien Presse" zusammen, kann man in der "Neuen Freien Presse" eine Berichterstattung herauslesen, die in diesem Fall Deutschland-kritisch war.

Was die "Neue Freie Presse" am 31. März 1933 auf Seite 3 ihres Morgenblattes bringt, ist der "Neuen Zeitung" eine Schlagzeile auf der Titelseite Wert: "*England und die Lage in Deutschland. Erklärungen des britischen Außenministers über die judenfeindliche Politik der Regierung Hitler.*" (DNZ, 31.3.1933: 1) Demnach wurde Außenminister Sir John Simon gefragt, "*ob er die Judenverfolgungen in Deutschland auf der nächsten Sitzung des V ö l k e r b u n d e s zur Sprache bringen werde*" (DNZ, 31.3.1933: 1), woraufhin der Minister antwortete: "*der Völkerbundpakt enthalte keinen Artikel, der es ermögliche, den Völkerbundrat mit dieser Angelegenheit zu befassen*." (DNZ, 31.3.1933: 1). Auch die "Neue Freie Presse" druckt die Antwort des Ministers: "[Er; Anm. d. Verf.] *erklärt, daß das V ö l k e r b u n d s t a t u t k e i n e H a n d h a b e b i e t e, die Frage der gesetzlichen und bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden in Deutschland vor das F o r u m d e s V ö l k e r b u n d e s zu bringen*." (NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 3). Die "Neue Zeitung" berichtet im Gegensatz zur "Neuen Freien Presse" über die Information Simons, dass man mit dem englischen Botschafter in Berlin in ständigem Kontakt stehe und so "*einen Bericht mit authentischen Nachrichten über die Vorgänge in Deutschland*" (DNZ, 31.3.1933: 1) beschaffen würde. Interessant ist, dass im Bericht der "Neuen Zeitung" bereits einmal das Wort "*Judenverfolgung*" und zweimal "*judenfeindliche Politik*" vorkamen, die "Neue Freie Presse" dies jedoch umdreht und von der "*Frage der (...) Gleichberechtigung der Juden*" spricht und erneut vom "anti*jüdischen Boykott*". Dies weist eine klare Tendenz zur Zurückhaltung der "Neuen Freien Presse" in der Berichterstattung über Deutschland auf. Eine mögliche Erklärung dafür könnte das Vorhaben Stefan von Müllers sein, u.a. die finanziellen Probleme der "Neuen Freien

Presse" durch Kontakte zum Deutschen Reich zu lösen. Ernst Benedikt hatte zwar noch einen Aktienanteil, doch die Mehrheit besaßen bereits Stefan von Müller und das ausländische Konsortium. In der Literatur ist belegt, dass Müller zwischen Herbst 1932 und 1934 versuchte, das Blatt zu sanieren (vgl. Steinberger, 1990: 72). Zu welchen Mitteln er dabei im Jahr 1933 griff, beruht jedoch nur auf Vermutungen (Siehe Kapitel 3.6).

Beide Blätter berichten auch über Gespräche im Oberhaus der englischen Regierung, wonach

> "*Lord C e c i l über das Vorgehen gegen die Juden in Deutschland interpelliert. Lord Cecil wies darauf hin, daß in England T a u s e n d e v o n J u d e n z u d e n f r i e d l i e b e n d s t e n u n d b e s c h e i d e n s t e n B ü r g e r n gehören. Lord 'R e a d i n g, der den Antrag Cecils unterstützte, erklärte, daß die A n g r i f f e g e g e n U n i v e r s i t ä t s p r o f e s s o r e n, R i c h t e r und A e r z t e in Deutschland nur aus dem Grund erfolgt sind, weil sie A n g e h ö r i g e d e r j ü d i s c h e n K o n f e s s i o n seien. Die R e g i e r u n g m ü s s e a l l e i h r z u G e b o t e stehenden rechtlichen Mittel benützen, um Deutschland zu zeigen, w i e m a n i n E n g l a n d d a r ü b e r d e n k e*." (NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 3).

Die "Neue Zeitung" stellt diesen Standpunkt ebenfalls dar,

> "*Lord Robert C e c i l erklärte, daß die englischen Juden, die zu den friedlichsten Staatsbürgern zählten, durch die Berichte über die Ereignisse in Deutschland in Besorgnis versetzt worden seien und der Regierung dankbar sein würden, wenn sie eine beruhigende Erklärung abgeben könnte*" (DNZ, 31.3.1933: 1).

Sie informiert jedoch auch über das Gegenargument. Ein Mitglied der Arbeiterpartei erklärte, "*man könne von der Regierung, die sich in einer schwierigen Lage befinde, nicht verlangen, daß sie eine Erklärung über Deutschland abgebe, während dort eine Revolution im Gange sei*" (DNZ, 31.3.1933: 1). Die "Neue Freie Presse" berichtet also über Angriffe gegen jüdische Professoren, Richter und Ärzte sowie von der Nutzung rechtlicher Mittel, wohingegen die "Neue Zeitung" Standpunkte vorbringt, die für eine Beruhigung der englischen Juden und eine Nichteinmischung der englischen Regierung eintreten. Dementsprechend ist der Standpunkt der "Neuen Freien Presse" im Vergleich als kritischer gegenüber Deutschland einzustufen.

Unter dem Titel "*Der antijüdische Feldzug in Deutschland. Die Aktionen der SA. und SS. haben bereits ihren Anfang genommen*" (DNZ, 31.3.1933: 2), schreibt die "Neue Zeitung" darüber, dass der "*nationalsozialistische Feldzug gegen die jüdischen Geschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte unter keinen Umständen verschoben*" (DNZ, 31.3.1933: 2) wird und am nächsten Tag beginnen wird. Sie berichtet weiter:

> "*Inzwischen hat allerdings die Aktion unabhängig von der Zentralleitung bereits in zahlreichen deutschen Städten ihren Anfang genommen. Die oft behauptete Disziplin der nationalsozialistischen SA. scheint diesmal zu versagen. Aus dem Reich liegen zahlreiche Meldungen über Besetzung und Sperrung von jüdischen Geschäften vor*" (DNZ, 31.3.1933: 2).

Die "Neue Freie Presse" informiert ebenfalls, dass der Boykott nicht verschoben werde und fügt an: "*M e l d u n g e n über einen v o r z e i t i g e n B e g i n n d e s B o y k o t t s, die vorgestern insbesondere aus dem Rheinland und Westfalen sowie Schlesien eintrafen, liegen seit gestern aus anderen Teilen des Reiches n i c h t v o r*." (NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 2). Trotzdem berichtet sie in den nächsten Zeilen von einem Gerichtsvorsitzenden, der ehemaliger Angehöriger des Republikanischen Richterbundes war und deshalb wegen Befangenheit gegenüber dem nationalsozialistischen Angeklagten vom Verteidiger abgelehnt wurde. Als er sich weigerte, das Amt niederzulegen, wurde die Weiterführung der Verhandlung durch einen SA.-Posten verhindert. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 2.)

> "*In E s s e n und M ü n s t e r wurden die j ü d i s c h e n R e c h t s a n w ä l t e durch S . A . am B e t r e t e n d e s G e r i c h t s g e b ä u d e s g e h i n d e r t und in D u i s b u r g wurden die A u s z a h l u n g e n der j ü d i s c h e n A e r z t e für ihre Krankenkassentätigkeit ´bis auf weiteres´ g e s p e r r t*." (NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 2).

Nach dem o.a. Artikel zitiert die "Neue Zeitung" einen Artikel des "Angriff", was die Vermutung einer insgeheimen Befürwortung des Boykotts erhärtet :

> "*Unter der Überschrift ´Wir sind gerüstet´ schreibt der ´Angriff´: ´Die Zeit bis zum Beginn des Boykotts aller jüdischen Geschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte in*

Deutschland ist nun bereits nach Stunden abzuzählen. (...) Die Organisation des Boykotts steht und am 1. April pünktlich 10 Uhr wird der Angriff gegen die Greuelpropaganda und unverschämte Lügenhetze des Weltjudentums einsetzen. Es scheint so, als seien die letzten Warnungen von der internationalen Judenschaft nicht beachtet worden. N u n g u t, d a n n w i r d s i e z u s p ü r e n b e k o m m e n, w a s e s h e i ß t, d e m D e u t s c h l a n d d e r n a t i o n a l e n E r h e b u n g d e n K a m p f a n z u s a g e n.´" (DNZ, 31.3.1933: 2).

Die "Neue Freie Presse" veröffentlicht stattdessen ausführlich die "*Detailbestimmungen für den Boykott*" (NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 2), eine Anordnung, die vom "Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze" kommt. Sie druckt in fetter Schrift:

"*Es handelt sich bei dieser Feststellung selbstverständlich um Geschäfte, die sich in den Händen von Angehörigen der jüdischen Rasse befinden. Die Religion spielt keine Rolle. Katholisch oder protestantisch getaufte Geschäftsleute oder Dissidenten jüdischer Rasse sind im Sinne dieser Anordnung ebenfalls Juden.*" (NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 2).

Vermutlich wurde der Absatz bereits bei der Aussendung vom Zentralkomitee markiert. Darauf folgt eine Beschreibung, wie die Aktionskomitees, S.A. und S.S., vorzugehen haben. "*Tätlich vorzugehen ist ihnen verboten. Verboten ist auch, die Geschäfte zu schließen*." (NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 2). Weiters hebt das Blatt die Bestimmungen über die Markierung der Geschäfte mit einer separaten Überschrift hervor: "*Der `gelbe Fleck´*". (Vgl. NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 2.) Diese Anordnungen gibt auch "Die Neue Zeitung" wieder, jedoch nicht so ausführlich. Wie die "Neue Freie Presse" informiert sie über das Verbot der Schließung jüdischer Geschäfte, der Gewaltanwendung oder über fristlose Entlassungen: "*Schließt ein solches Geschäft seine Tore freiwillig, so liegt keine höhere Gewalt vor und die Geschäftsinhaber haben keinerlei Vorwand, fristlose Entlassungen auszusprechen, Lohn- und Gehaltszahlungen zu verweigern oder Kürzungen vorzunehmen*." (DNZ, 31.3.1933: 2). Auch eine weitere Anordnung ähnelt sehr, sie befasst sich mit jüdischen Geschäftsmännern, die ihre Betriebe deutschen Strohmännern übergeben, "*um sich den Auswirkungen der Boykottpropaganda zu*

entziehen. Es wird daher a n g e o r d n e t, daß solche Geschäfte als jüdische Geschäfte behandelt werden." (NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 2). Die "Neue Zeitung" befasste sich also weder mit dem Religionsbekenntnis, das für den Boykott belanglos war, noch mit den Markierungen der Geschäfte (vgl. DNZ, 31.3.1933: 2).

Beide Blätter zitieren den "Völkischen Beobachter", der laut "Neue Zeitung" eine Meldung aus London veröffentlicht,

> "*wonach festgestellt worden sei, daß die k o m m u n i s t i s c h e P a r t e i in der vergangenen Woche ein Geheimschreiben an die Kommunistenpartei Großbritanniens gesandt habe, worin sie zur Organisation der Judenschaft zur Bekämpfung des Hitler-Regimes aufgefordert hätte*. *In diesem Schreiben sollen sich die Kommunisten Deutschlands auf den Standpunkt gestellt haben, daß Hitler die Juden nicht als solche verfolge, sondern daß ihm hauptsächlich daran liege, einen Schlag gegen die j ü d i s c h e n F ü h r e r in der Kommunistenpartei zu führen* " (DNZ, 31.3.1933: 2).

Die "Neue Freie Presse" übernimmt den Text auf ähnliche Weise, beschränkt sich danach jedoch auf die Feststellung: "*Die Leitung des Boykotts liegt in den Händen des Kommunisten S c h u b e, der eine führende Rolle in den den Sowjets nahestehenden Organisationen der britischen Kriegsgegner spielt*" (NFP, Morgenblatt, 31.3.1933: 3), während "Die Neue Zeitung" die Vermutung wiedergibt, dass der geistige Ursprung der Aufforderung in Moskau läge und dass unter kommunistischem Einfluss unter den Juden eine schwarze Liste erstellt worden sein soll, "*auf die diejenigen in London lebenden Deutschen gesetzt worden seien, die in näheren Beziehungen zu den nationalen Parteien in Deutschland stünden*." (DNZ, 31.3.1933: 2).

Auf der nächsten Seite veröffentlicht die "Neue Zeitung" einen Kommentar, der sich von der "Neuen Freien Presse" durch mehrere Punkte unterscheidet: Die "Neue Zeitung" schreibt von einem Ultimatum Hitlers und nicht von einem der nationalsozialistischen Partei. Außerdem spricht sie sich im Gegensatz zur "Neuen Freien Presse" nicht gegen den antijüdischen Boykott aus und bezeichnet die "Greuelpropaganda" nicht als Lügen:

"*Samstag, den 1. April, um 10 Uhr morgens läuft das Ultimatum ab, das die Regierung Hitler dem internationalen Judentum gestellt hat. Wenn bis dahin die gegen Deutschland gerichtete "Greuelpropaganda" nicht in wahrnehmbarer Weise abgeblasen wird, soll ein auf breitester Grundlage vorbereiteter Schlag gegen alle in Deutschland lebenden Juden deutscher Staatsbürgerschaft geführt werden. Es geht hart auf hart. Der Konflikt, der sich von Stunde zu Stunde zuspitzt, ist der Regierung Hitler offenbar in hohem Maße unangenehm. Ihre Haltung während der letzten Tage beweist, daß sie nicht Öl in das Feuer zu gießen wünscht*." (DNZ, 31.3.1933: 3)

Während sich die "Neue Freie Presse" immer wieder darauf konzentriert, die negativen Folgen des Judenboykotts für ganz Deutschland hervorzuheben und die Berichterstattung gegen Deutschland immer wieder verurteilt, sind sich die beiden Blätter in ihrer Diktion einig, dass Hitler keinen radikalen Standpunkt für den Boykott eingenommen hat (vgl. NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6 sowie vgl. DNZ, 31.3.1933: 3). Die Motive für diese Aussage sind vermutlich bei beiden Zeitungen ganz unterschiedliche: Der "Neuen Zeitung" kann man unterstellen, dass sie - verschleiert - ebenfalls die Meinung vertrat, die Hitler suggerieren wollte, dass die "Abwehr" vom Volk selbst komme, die S.A. und S.S. lediglich für Ruhe und Ordnung sorgten und die Regierung nichts damit zu tun habe. Ein Indiz dafür ist der unkommentiert übernommene Artikel des "Angriff", wo von einem "*Deutschland der nationalen Erhebung*" (DNZ, 31.3.1933: 2) gesprochen wird. Die "Neue Freie Presse" hingegen könnte auch in diesem Fall versucht haben, zu beschwichtigen und zu zeigen, dass sie zwar Partei gegen die Aktion ergriff, aber nicht gegen die Deutsche Regierung.

Die "Neue Zeitung" verurteilt ebenfalls die ausländische Berichterstattung und propagiert die Meinung, man würde durch "*Herabsetzung des deutschen Ansehens, durch wirtschaftlichen Boykott und zuletzt sogar durch Börsenmanöver zur Aufgabe aller Eingriffe gegen die Gleichberechtigung der Juden im öffentlichen Leben*" (DNZ, 31.3.1933: 3) erzwingen.

"*Nun ist aber die nationalsozialistische Bewegung bei dem Rufe: ´Juda verrecke!´ groß geworden. Es ist für Hitler sicherlich nicht leicht, jetzt, da er an der Macht ist, gerade die populärsten Forderungen seines Programms fallen zu lassen. (...) Sollen*

auch die Juden, nach allem, was für das Dritte Reich seit Jahren angekündigt wurde, ruhig in ihren Stellungen gelassen werden? Vielleicht hätte die völkische Erneuerung etwas allmählicher und etwas weniger laut vor sich gehen können." (DNZ, 31.3.1933: 3).

Der Tenor ist erklärend, rechtfertigend und antisemitisch, während die Leitartikel der "Neuen Freien Presse" eine flehende Stellung einnehmen und versuchen, das Übel abzuwenden.
Bemerkenswert ist auch, dass die "Neue Freie Presse" Ihre Berichterstattung ständig durch Zuschriften über Richtigstellungen der "Greuelpropaganda" ergänzt, in der "Neuen Zeitung" jedoch nichts dergleichen zu finden ist.

Am Tag des Boykotts veröffentlicht die "Neue Zeitung" unter dem Titel "*Am Vorabend des deutschen Juden-Boykotts*" mehrere Meldungen, die sich auch in der "Neuen Freien Presse" wiederfinden. So berichten beide Blätter über die Anweisung des preußischen Justizministers, die jüdischen Richter sofort zu beurlauben. (Vgl. DNZ, 1.4.1933: 2 sowie vgl. NFP, Morgenblatt, 1.4.1933: 3.) Dabei druckt nur die "Neue Freie Presse" die Begründung des Justizministeriums:

"*Die E r r e g u n g des Volkes ü b e r d a s a n m a ß e n d e A u f t r e t e n a m t i e r e n d e r j ü d i s c h e r R e c h t s a n w ä l t e und j ü d i s c h e r A e r z t e hat Ausmaße erreicht, die dazu zwingen, mit der M ö g l i c h k e i t zu rechnen, daß besonders in der Z e i t des berechtigten A b w e h r k a m p f e s des deutschen Volkes g e g e n d i e a l l j ü d i s c h e G r e u e l p r o p a g a n d a d a s V o l k z u r S e l b s t h i l f e s c h r e i t e t.*" (NFP, Morgenblatt, 1.4.1933: 3).

Außerdem wird in beiden Blättern der "Unbedenklichkeitsvermerk" thematisiert, den man ab sofort zur Reise über die Bayrische Auslandsgrenze braucht (vgl. NFP, Abendblatt, 31.3.1933: 3, sowie vgl. DNZ, 1.4.1933: 2). Während die "Neue Freie Presse" eine Aufforderung der Regierung zitiert, erwähnt sie eine mögliche Beteiligung der Kommunisten nur kurz:

"*Es wird erwartet, daß die P r e s s e eine W a r n u n g erläßt v o r a l l e n k o m m u n i s t i s c h e n S p i t z e l n und P r o v o k a t e u r e n. Sie sind, wenn sie*

zu Tätlichkeiten oder Gesetzlosigkeiten auffordern, sofort der Polizei zu übergeben. Sie werden dann nach den jetzt bestehenden strengen Gesetzen bestraft.´" (NFP, Morgenblatt, 1.4.1933: 2).

Bei der "Neuen Zeitung" fällt diese Information ausführlicher aus, sie schreibt:

"*Mitglieder der k o m m u n i s t i s c h e n Kampforganisation beabsichtigen, wie verlautet, den morgigen nationalsozialistischen Boykott dazu zu benutzen, um P l ü n d e r u n g e n durchzuführen. Die Kommunisten wollen sich dabei der SA-Uniform bedienen, um jüdische Geschäfte zu plündern und dadurch eine allgemeine Unruhe in den Städten anzuzetteln. Es geht ihnen hauptsächlich darum, die nationalsozialistische Partei zu belasten, um dem Auslande Material in die Hand zu spielen.*" (DNZ, 1.4.1933: 2).

Damit hat die "Neue Zeitung" für jeden Übergriff, der passieren könnte, die passende Erklärung. Der Grund dafür, dass auch die "Neue Freie Presse" über mögliche kommunistische Provokateure berichtet, könnte die damalige politische Lage in Österreich sein - denn nur zwei Monate später wurde die Kommunistische Partei in Österreich verboten. Mit einer Einstellung gegen Kommunisten, die jedoch in diesem Rahmen nicht hinreichend untersucht werden kann, würde die "Neue Freie Presse" viele Österreicher ansprechen und es bietet auch eine gute Gelegenheit, sich solidarisch mit dem deutschen Volk zu zeigen.

In der Nachberichterstattung des Boykott-Tages berichten beide Blätter über den ruhigen Verlauf des Boykotts.

"*Ein Teil der jüdischen Geschäfte war heute bereits geschlossen geblieben, während andere um 10 Uhr vormittags noch geöffnet waren. Die an den jüdischen Geschäften vorbeikommenden Straßenpassanten wurden von den S.A.-Leuten ruhig aufgefordert nicht in jüdischen Geschäften zu kaufen. Im Reiche ist, wie es scheint, die Ruhe nicht sonderlich gestört worden. Der ´Nachtausgabe´ zufolge haben sich nirgends bedeutendere Zwischenfälle ereignet. Der Boykott gegen die jüdischen Rechtsanwälte und jüdischen Ärzte ist überall und ohne Widerstand durchgeführt worden.*" (DNZ, 2.4.1933: 1).

In der "Neuen Freien Presse" schildert der Korrespondent die Vorgänge in Berlin ausführlich, und kommt zum Schluss, dass es "keine Ruhestörungen" gegeben hat:

> "*(...). Die so gekennzeichneten G e s c h ä f t e blieben l e e r, und Käufer trauten sich nicht hinein. Es war angekündigt worden, daß am Eingang der Geschäfte Posten von S.-A.-Leuten aufgestellt werden würden, die vor dem Betreten warnen würden. Solche P o s t e n waren aber nur b e i w e n i g e n G e s c h ä f t e n zu sehen. (...). Im Verlaufe der Aktion sammelte sich (...) eine g r o ß e M e n g e an, die aber f r i e d l i c h auf und ab p r o m e n i e r t e. Die Stimmung war n i c h t e r b i t t e r t, wie die Veranstalter dieser Demonstration erwartet hatten. Ab und zu hörte man allerdings höhnische und auch drohende Bemerkungen gegen die Juden. Zu G e w a l t t ä t i g k e i t e n kam es aber n i r g e n d s.*" (NFP, Abendblatt, 1.4.1933: 1).

Auch am nächsten Tag berichtete die "Neue Freie Presse" über den "ruhigen Verlauf" des Boykotttages, da war allerdings auch die Nachricht des Vorfalls in Kiel eingelangt. Darüber schreiben die beiden Blätter auf bemerkenswert unterschiedliche Art und Weise. In beiden Fällen folgt der Bericht direkt auf die Meldung wie ruhig der Boykott abgelaufen war. Die "Neue Zeitung" fasst sich bei der Beschreibung der Tat im Gegensatz zur "Neuen Freien Presse" kurz:

> "*Amtlich wird mitgeteilt: Der jüdische Rechtsanwalt und Notar S c h u m m schoß heute vormittags den S.S.-Mann Walter Asthaler in der Kendenstraße durch Bauchschuß nieder , und zwar nach den bisherigen Meldungen ohne triftigen Grund. Der S . S . - M a n n ist in der Klinik g e s t o r b e n. Eine erregte Menschenmenge sammelte sich vor dem Polizeigefängnis an, (...) [sie; Anm. d. Verf.] drang in das Polizeigefängnis ein, wo Schumm durch R e v o l v e r s c h ü s s e g e t ö t e t wurde. Das ganze entwickelte sich so schnell, daß polizeilich der Vorgang nicht verhindert werden konnte. Die Menge drang auch in das Geschäft des Vaters des Rechtsanwaltes Schumm in der Rehdenstraße ein und zerstörte das Inventar*." (DNZ, 2.4.1933: 2).

Im Gegensatz dazu gab sich die "Neue Freie Presse" nicht mit der amtlichen Mitteilung zufrieden, stellte die Ereignisse detailliert dar und machte aus Schumm einen Menschen.

Teilweise in fetten Lettern hervorgehoben bringt die "Neue Freie Presse" nicht nur den Bericht, sondern stellt auch die unterschiedlichen Versionen der Geschichte gegenüber: Der Sohn eines jüdischen Möbelgeschäft-Inhabers, ein Rechtsanwalt, wurde am Boykotttag von zwei SS-Männern davon abgehalten, das Geschäft seines Vaters zu betreten, der Vater eilte zu Hilfe. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6.) In Fettdruck schreibt das Blatt:

> "*Die beiden S.-S.-Leute sollen nun den Vater und den Sohn beschimpft haben, worauf der Sohn eine Pistole zog. Der Vater riß die Hand seines Sohnes weg und dabei ging ein Schuß los, der den einen 22jährigen S.-S.-Mann Walter Asthalter unterhalb des Herzens traf. Sein Zustand ist lebensgefährlich, doch hofft man ihn am Leben erhalten zu können*." (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6).

An diese Meldung wird der Hinweis angefügt, dass die Pressestelle der Regierung in Schleswig eine Mitteilung herausgab, wonach der Rechtsanwalt "*Schumm den S.-S.-Mann o h n e t r i f t i g e n Grund angeschossen haben*" soll (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6). Erneut fett gedruckt berichtet die Zeitung weiter:

> "*Nach einer Mitteilung derselben Quelle ist Friedrich Schumm im Polizeigefängnis von S.-A.-Leuten erschossen worden. Als sich in Kiel das Gerücht verbreitete, daß der verletzte S.-S.-Mann seinen Verletzungen erlegen sei, sammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Polizeigefängnis an und geriet in ungeheure Erregung. Bevor der Abtransport des verhafteten Rechtsanwaltes durchgeführt wurde, drang die Menge in das Gefängnis ein. Sie erbrach die Zelle, in der Friedrich Schumm untergebracht war; Schumm wurde durch S.-A.- Leute niedergeschossen. Über fünfzehn Pistolenschüsse sollen auf ihn abgegeben worden sein*." (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6).

Das Blatt fügt an:

> "*Wie die Regierungspressestelle weiter mitteilt, soll diese E x e k u t i o n mit einer derartigen*
> *G e s c h w i n d i g k e i t im Laufe von k a u m e i n e r M i n u t e vollzogen worden sein, daß sie von seiten der P o l i z e i n i c h t v e r h i n d e r t werden*

konnte. Die e r r e g t e V o l k s m e n g e zog dann vor das M ö b e l g e s c h ä f t und z e r t r ü m m e r t e d a s g e s a m t e I n v e n t a r. Der erschossene Rechtsanwalt S c h u m m war am F r e i t a g a b e n d z u r H o c h z e i t s e i n e r S c h w e s t e r n a c h K i e l g e k o m m e n und wohnte bei seinen Eltern." (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6).

Direkt im Anschluss an den Bericht stellt die "Neue Freie Presse" nach dem Untertitel "*Eine Darstellung von nationalsozialistischer Seite*", die zweite Version dar, hat sie jedoch für den Leser durch die separate Überschrift und den verwendeten Konjunktiv als fragliche Version gekennzeichnet:

"*Nach einer Darstellung der Kieler Pressestelle der nationalsozialistischen Partei hätten der Möbelhändler S c h u m m und s e i n S o h n, als dieser von S . - S . - M ä n n e r n angehalten wurde, diese b e s c h i m p f t. Der j u n g e S c h u m m habe plötzlich eine P i s t o l e gezogen und auf A s t h a l t e r angelegt. Dieser sei dem jungen Mann sofort in den Arm gefallen und habe ihn hochgerissen, doch warf sich jetzt der a l t e S c h u m m d a z w i s c h e n und r i ß d i e H a n d s e i n e s S o h n e s wieder h e r u n t e r, der dann auf Asthalter aus nächster Nähe einen S c h u ß abgegeben habe*." (NFP, Morgenblatt, 02.04.1933: 6).

Obwohl die Öffentlichkeitswirksamkeit dieses Berichtes durch die Platzierung auf Seite 6 beeinträchtigt wurde, zeigt er doch die bis dahin größte Ablehnung der "Neuen Freien Presse" gegenüber Deutschland. Der "Neuen Zeitung" kann man unterstellen, dass sie die nationalsozialistische Version der Geschichte bewusst nicht veröffentlicht hat, um eine mögliche - aber nicht bewiesene - Verbindung zu den Nationalsozialisten zu verschleiern.
Die "Neue Zeitung" wirkt allgemein "tendenziöser" als die "Neue Freie Presse", die dort, wo es für sie passt, auch Hintergrundinformationen bereitstellt. Obwohl die "Neue Freie Presse" diesen Bericht erst auf Seite 6 platziert und ihn erst nach zweimaliger Erwähnung des "ruhigen Verlaufs des Boykotts" bringt, scheint sie sich an den vorhandenen Informationen zu orientieren.

Die "Neue Freie Presse" druckt im gesamten Untersuchungszeitraum keine Berichte ausländischer Zeitungen ab, die das Thema "Greuelpropaganda" zum Inhalt haben, sie

beschränkt sich auf Richtigstellungen. Im Gegensatz dazu sind sie in der "Neuen Zeitung" als Abschluss der Berichterstattung zu finden. Unter dem Titel "*Feindselige Haltung der englischen Presse*" druckt das Blatt folgende Meldungen ab:

> "*´Daily Herald´ erklärt, daß alle englischen Journalisten aus Deutschland Ausschreitungen gegen die Juden berichtet haben. Es sei bezeichnend, daß die deutschen Journalisten ihre englischen Kollegen in Deutschland zu verleumden suchen. (...) ´Daily Telegraph´ teilt mit, daß die englischen Korrespondenten in Deutschland ihre Nachrichtenquellen strenge kontrollieren. Die Entfernung jüdischer Richter von Gerichten, die Verabschiedung jüdischer Ärzte in den Krankenhäusern, die Entlassung jüdischer Angestellter, dies alles sei in einem zivilisierten Staat absolut nicht zu rechtfertigen. ´News Chronicle´ erklärt, daß alles darauf hinweist, daß die Ausschreitungen von der Regierung gebilligt werden. Wenn Hitler und seine Kollegen klug sind, werden sie, solange noch Zeit ist, den Ratschlägen folgen, die ihnen das amerikanische Staatsdepartment gegeben hat*." (DNZ, 2.4.1933: 2).

7.2.6 FAZIT Vergleich zwischen "Neuer Freier Presse" und "Die Neue Zeitung"

Abgesehen von der Menge der Artikel über das Thema - die "Neue Freie Presse" 71, die "Neue Zeitung" 30 Berichte -, gibt es in den vergleichbaren Artikeln oberflächlich betrachtet keine großen Unterschiede. Teilweise hatten die Berichte sogar denselben Wortlaut.

Die Artikel fanden sich nicht immer am gleichen Tag in den Zeitungen, da die "Neue Freie Presse" mit einem Morgen- und einem Abendblatt aktueller berichten konnte. Deutlich ist jedoch, dass die "Neue Freie Presse" zahlreiche Wortmeldungen und Nachrichten von Deutschen abdruckte, die sich gegen die negative Berichterstattung über Deutschland verwahrten, die Schuld daran von sich wiesen und die Nachrichten als Lügen bezeichneten. In der "Neuen Zeitung" ist der Blattintention entsprechend kein Bericht zu finden, der diese Richtung einschlägt. Sie veröffentlicht ein paar negative Berichte über Deutschland aus London.

Immer wieder finden sich in der "Neuen Freien Presse" auch kritische Texte. Dies sind besonders die Leitartikel. Auch kurze, unkommentierte Berichte konnten teilweise als kritisch eingeordnet werden. Interessant ist, dass die "Neue Zeitung" oft von Hitler spricht, während für die "Neue Freie Presse" die nationalsozialistische Partei die Hauptorganisation des Boykotts waren. Sie waren sich aus offenbar unterschiedlichen Motiven einig, dass Hitler keinen radikalen Standpunkt dem Boykott gegenüber eingenommen haben soll. Die "Neue Freie Presse" bringt dazu nur eine kurze Erwähnung, während sich in der "Neuen Zeitung" der Kommentar damit befasste.

Die "Neue Zeitung" macht keine Andeutungen, dass sie den antijüdischen Boykott missbilligen würde und berichtet nur einmal über die Beurlaubung jüdischer Rechtsanwälte und Richter, während die "Neue Freie Presse" in mehreren Leitartikeln und Berichten auf die Lage und ihre negative Einstellung zum Boykott hinweist und sich in einem großen Teil der Berichterstattung darauf konzentriert, den Boykott abzuwenden. Sie versuchte dazu beizutragen, indem sie die negative ausländische Berichterstattung über Deutschland verurteilt und über Entlassungen, Verhaftungen und Beurlaubungen jüdischer Ärzte, Rechtsanwälte oder Professoren berichtet.

Interessant und bezeichnend ist die Tatsache, dass die "Neue Freie Presse" öfter von einem "Boykott" oder "antijüdischen Boykott" spricht, die "Neue Zeitung" den Vorgang jedoch sogar in den Überschriften als "Abwehrbewegung" (des Volkes) bezeichnet. Dies verstärkt die These, dass die "Neue Freie Presse" gegen den Boykott schrieb, wohingegen die "Neue Zeitung" Deutschland bzw. ihre nationalsozialistische Regierung mit der entschuldigenden Wortwahl "Abwehr" in Schutz nimmt. Am Ende betonten jedoch beide, wie ruhig der Boykott abgelaufen war und brachten nur ein Beispiel für einen Vorfall zwischen Juden und Nationalsozialisten.

Es wäre möglich, dass die "Neue Freie Presse" bewusst Informationen zurückgehalten hat, um ein positives Bild von Deutschland zu zeichnen. Andererseits kann man denken, dass sie manche Informationen nicht hatte. Heutzutage wird es vermutlich nicht mehr möglich sein, diese Frage wahrheitsgemäß zu beantworten.

Als Fazit muss also festgestellt werden: **Die "Neue Freie Presse" verurteilt den antijüdischen Boykott, bleibt aber in ihrer Kritik faktenbezogen, moderat und - durch ihre Verurteilung der "Greuelhetze" gegen Deutschland - deutschfreundlich. Eine nazifreundliche Haltung kann jedoch nicht festgestellt werden.**

7.3 Analyse Bücherverbrennungen

7.3.1 Überblick

Untersuchungsgegenstand in diesem Kapitel sind die Bücherverbrennungen vom Abend des 10. Mai 1933 im Zuge der "*Aktion wider den undeutschen Geist*", die am 13. April 1933 begann. Daher wurde auch der Untersuchungszeitraum der "Neuen Freien Presse" zwischen 13. April 1933 und 13. Mai festgelegt.

In dem Zeitraum erschien die "Neue Freie Presse" generell fünfmal pro Woche zweimaltäglich, sonntags brachte sie ein überlanges Morgenblatt heraus und die nächste Ausgabe war das Montag-Abendblatt. Am 17. April und am 1. Mai erschien kein Montag-Abendblatt, die nächste Ausgabe war hier das Dienstag-Abendblatt.

Die "Aktion wider den undeutschen Geist" fand besonders zu ihrem Beginn und gegen Ende April Einzug in die "Neue Freie Presse", die Bücherverbrennung am 10. Mai wird ebenfalls behandelt. Insgesamt waren 21 Artikel, davon 4 Unterartikel, im untersuchten Zeitraum in der "Neuen Freien Presse" zu finden. Davon waren zwei Artikel eindeutig Kommentare oder Leitartikel und ein kurzer Kommentar innerhalb eines Berichts.

Zu beachten ist auch, dass Ernst Benedikt, ebenso wie in der Zeit des Judenboykotts, noch etwa 35 % der Aktien der "Neuen Freien Presse" besaß und der Rest dem ausländischen Konsortium sowie Stefan von Müller gehörte. Letzterer versuchte zwischen Herbst 1932 und 1934, die Gesundung des Blattes herbeizuführen. Es wäre also möglich, dass Müller zu dieser Zeit bereits Kontakte zum Deutschen Reich knüpfte und ihm die besagten Gratisexemplare anbot, um Werbung für das Blatt zu machen (vgl. Benedikt, o.J.[211], zit nach Steinberger, 1990: 72). (Vgl. Steinberger, 1990: 72.)

Zu den Bücherverbrennungen wurde bereits eine inhaltsanalytische Untersuchung der österreichischen Presseberichterstattung durchgeführt. Dabei stellt Katharina Saremba (vgl. 2009: 152) fest, dass viele Zeitungen objektiv über die Aktionen der Studenten berichteten, die meisten Zeitungen jedoch keine eigene kritische Meinung dazu ausdrückten. "*Aus den Artikeln in der "Deutschösterreichischen Tageszeitung", der "Neuen Zeitung", (...) ist keine Position gegenüber der studentischen Aktion und den*

[211] Benedikt, Ernst: Erinnerungen. Ungedrucktes Manuskript. In: Archiv "Die Presse", Wien, Personenmappe Ernst Benedikt.

Bücherverbrennungen zu lesen." (Saremba, 2009: 152). Die "Neue Freie Presse" und andere Zeitungen sprachen sich jedoch gegen die Bücherverbrennungen und die Aktion "*Wider den undeutschen Geist*" aus (vgl. Saremba, 2009: 152).

Die folgende Analyse wird unter Berücksichtigung dieser Erkenntnis durchgeführt. Dabei soll auch herausgefunden werden, ob Sarembas Schlussfolgerungen mit einem anderen Untersuchungsinstrument oder im Vergleich mit der "Neuen Zeitung" verifiziert werden können.

7.3.2 Analyse "Neue Freie Presse"

Der erste Artikel zum Thema "Wider den undeutschen Geist" ist ein Kommentar und befasst sich mit den 12 Thesen, die von der Studentenschaft aufgestellt wurden. Unter dem Titel "*Der Höhepunkt der Unduldsamkeit*. *Die zwölf Thesen der neuen Studentenschaft*" macht die "Neue Freie Presse" eindeutig klar, was sie von den ausgearbeiteten Thesen hält:

> "*Ein Superlativ ist erreicht. Was man heute zu lesen bekommt, was heute als die zwölf Thesen der nationalsozialistischen Studentenschaft im Berliner alldeutschen Blatt verkündet wird, ist eine K r ö n u n g a l l e r K u n d g e b u n g e n d e r U n d u l d s a m k e i t und des Hasses, wie sie nicht furchtbarer denkbar sein könnte. Die Forderungen der radikalen nationalen Studenten, (...) enthalten nicht nur einen n e u e n B a n n s t r a h l g e g e n d i e d e u t s c h e n J u d e n, sie wenden sich gegen a l l e s, w a s m i t d e m I n t e l l e k t u a l i s m u s, m i t d e m L i b e r a l i s m u s zusammenhängt, weil sie angeblich mit dem Judentum verbunden sind*." (NFP, Abendblatt, 13.4.1933: 2).

Schon die Überschrift deutet auf eine negative Einstellung der "Neue Freie Presse" zu dieser Aktion der Studenten hin, der Autor spricht von einem erreichten "*Superlativ*" und einer "*Krönung aller Kundgebungen des Hasses*". Mit der Phrase "*wie sie nicht furchtbarer denkbar sein könnte*" (NFP, Abendblatt, 13.4.1933: 2), bezieht der Verfasser klar gegen die Kampagne Stellung, was sich durch den gesamten Artikel zieht:

> "*Eine Z e n s u r wird verlangt, um den ´undeutschen´ Geist aus den öffentlichen Büchereien auszumerzen und der Plan besteht, schließlich als Höhepunkt der Kampagne alles, was nach der Ansicht der radikal-nationalen deutschen Studenten nicht deutsch ist, d e n F l a m m e n z u ü b e r g e b e n. Ein Autodafé also soll*

veranstaltet werden, wie es nur die Zeiten der düstersten Unfreiheit und Reaktion kannten. Die Bedeutung ist klar. Hier sind Kräfte, die sich nicht genugtun können in der Abstoßung von Menschen, von denen die meisten seit Generationen, ja seit Jahrhunderten Deutschland zugehören und sich ihm verbunden fühlen, von Menschen, die im Lauf dieser Generationen in den vordersten Reihen mitgearbeitet haben am Aufbau der deutschen Kultur und der deutschen Geistigkeit. Kräfte, die keinen Halt kennen und die wahllos vorwärtsstürmen, nicht bedenkend, wie sie damit an ihrem eigenen Volk sündigen." (NFP, Abendblatt, 13.4.1933: 2).

Am Ende der Ausführungen versucht das Blatt an einem Funken Hoffnung festzuhalten:

"*Man kann nicht glauben, daß dieser wüste Traum Wahrheit werden soll. Noch ist er nur von einer Schar Unverantwortlicher ausgesprochen worden, noch kann man also die Hoffnung hegen, daß die Verantwortungsbewußten die Heißsporne eines verblendeten Sturmes und Dranges im Zaum halten werden. Aber auch so schon als Produkt des Geistes eines Kreises deutscher Jugend ist es ein f u r c h t b a r e s S y m p t o m d e r Z e i t, vor dem wir stehen, ein furchtbarer Beweis, wohin äußerer Druck und innere Verhetzung geführt haben*." (NFP, Abendblatt, 13.4.1933: 2).

Damit zeigt sie auch, dass sie das Vertrauen in die "*Verantwortungsbewußten*" in Deutschland, gemeint ist wohl u.a. die Regierung, noch nicht aufgegeben hat.

Auf der nächsten Seite folgt der neutrale Bericht zum emotionalen Kommentar. Unter der Überschrift "´*Wider den deutschen Ungeist.´ Zwölf Thesen der deutschen Studentenschaft*." (NFP, Abendblatt, 13.4.1933: 3) werden die Thesen unkommentiert abgedruckt. Herauszustreichen ist, dass die Thesen teilweise durch Leerzeichen zwischen den Buchstaben hervorgehoben wurden. Zwar ist dies auch bei den recherchierten Thesen der Fall, allerdings weicht die Markierung einiger Textstellen von der der "Neuen Freien Presse" ab und die recherchierten Thesen nennen sich "*Wider den undeutschen Geist*" (Opitz/Sohns, 2. 2008[a212]). Die "Neue Freie Presse" aber bezieht sich auf Thesen mit dem Titel "*Wider den deutschen Ungeist*". Es ist also durchaus möglich, dass nicht alle Flugblätter der Thesen gleich gedruckt wurden, oder zumindest mit verschiedenen Titeln. Auch die "Neue Zeitung" bezieht sich auf Thesen mit dem Titel

[212] Website auf Basis der Ausstellung an der Humboldt-Universität in Berlin 2001. Erstellt von Studentinnen, die an der Konzeption und Ausführung der Ausstellung beteiligt waren.

"*Wider den deutschen Ungeist*" (DNZ, 14.4.1933: 4). Geht man davon aus, dass die "Neue Freie Presse" die Passagen selbst hervorgehoben hat, dann hat sie damit auch das antisemitische Leitmotiv der Thesen betont. Dies betrifft folgende Passagen:

> "*1. Sprache und Schrifttum wurzeln im Volk. (...). 3. Reinheit von Sprache und Schrifttum liegt an dir! (...). 4. Unser gefährlichster Widersacher ist der Jude und der, der ihm hörig ist. 5. Der Jude kann nur jüdisch denken; schreibt er deutsch, dann lügt er. (...).*" (NFP, Abendblatt, 13.4.1933: 3).

Vor Punkt sieben fügt die "Neue Freie Presse" eine Zwischenüberschrift ein: "*Jüdische Werke in deutscher Sprache gelten als Uebersetzungen*." (NFP, Abendblatt, 13.4.1933: 3). Danach führt das Blatt die Aufzählung weiter:

> "*7. Wir wollen den Juden als Fremdling achten (...). Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in deutscher Sprache, sind sie als Uebersetzungen zu kennzeichnen. (...). Der undeutsche Geist wird aus den öffentlichen Büchereien ausgemerzt. (...). 10. Wir fordern (...) die Fähigkeit zur Ueberwindung des jüdischen Intellektualismus (...). 11. Wir fordern die Auslese von Studenten und Professoren (...). 12. Wir fordern die deutsche Hochschule als Haupt des Deutschtums (...).*" (NFP, Abendblatt, 13.4.1933: 3).

Auch im Unterartikel des Berichts beschränkt sich die "Neue Freie Presse" auf eine neutrale Darstellung. Nur in der Überschrift "*Öffentliche Sammlung und Verbrennung ´zersetzenden Schrifttums´*." (NFP, Abendblatt, 13.4.1933: 3) distanziert sie sich von der Rhetorik der nationalsozialistischen Studenten mit gezielt gesetzten Anführungszeichen.

> "*In der dritten Woche der studentischen Propaganda wird eine öffentliche Sammlung zersetzenden Schrifttums durchgeführt. Jeder Student wird seine eigene Bücherei von allem Undeutschen säubern und auch die Büchereien seiner Bekannten sichten. Die Studentenschaften werden sich für die Reinigung der öffentlichen Büchereien, sofern sie nicht lediglich der Sammlung des gesamten Schrifttums dienen, einsetzen. An allen Hochschulen wird am 10. Mai 1933 das zersetzende Schrifttum den Flammen überantwortet. Die öffentliche Bekanntgabe der*

Sammelstellen wird zu Beginn der Sammlung erfolgen." (NFP, Abendblatt, 13.4.1933: 3).

Im Fließtext erkennt man, dass die "Neue Freie Presse" offenbar sehr wohl auch die Rhetorik übernimmt und davon schreibt, die Bücher "*den Flammen zu überantworten*" oder dass die Bibliotheken "*von allem Undeutschen*" gesäubert werden. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass sie den Text von einer deutschen Zeitung oder einer Aussendung der Studentenschaft übernommen hat.

23. April 1933

In einem kurzen Artikel auf Seite 5 des Morgenblattes veröffentlicht die "Neue Freie Presse" ein "*Telegramm unseres Korrespondenten*" mit der Überschrift "*Beschlagnahme literarischer Werke in Beslauer Buchhandlungen. Durch eine S.-A.-Abteilung*" (NFP, Morgenblatt, 23.4.1933: 5). Darin berichtet sie neutral über die Vorkommnisse:

"*Gestern erschien in mehreren großen Breslauer B u c h h a n d l u n g e n eine A b t e i l u n g S. A. u n t e r F ü h r u n g eines P h i l o s o p h i e s t u d e n t e n und erklärte eine ganze A n z a h l v o n B ü c h e r n f ü r b e s c h l a g n a h m t. Unter der beschlagnahmten Literatur befinden sich s ä m t l i c h e W e r k e von S t e f a n Z w e i g und A r n o l d Z w e i g, von W a s s e r m a n n, Erich K ä s t n e r, Lion F e u c h t w a n g e r, Kurt T u c h o l s k y. Ferner wurden Bücher von T h o m a s und H e i n r i c h M a n n und von (sic!) a u s l ä n d i s c h e n A u t o r e n Z o l a auch in deutschen Ausgaben beschlagnahmt. Die Bücher werden zunächst den Buchhandlungen belassen, doch wurde erklärt, daß A u s s t e l l u n g u n d V e r k a u f v o n e r n s t e n F o l g e n b e g l e i t e t s e i n w ü r d e n. Der Führer der S.A.-Abteilung erklärte, a u f h ö h e r e W e i s u n g zu handeln*." (NFP, Morgenblatt, 23.4.1933: 5).

25. und 26. April 1933

In der Abendausgabe des 25. April berichtet die "Neue Freie Presse" in einem kurzen Artikel über Unstimmigkeiten zwischen einem Universitätsrektor und dessen Studenten. Mit der Überschrift "*Rücktrittsdrohung des Berliner Universitätsrektors. Wegen des Aufrufes ´Wider den undeutschen Geist´*." (NFP, Abendblatt, 25.4.1933: 2) zitiert sie eine Mitteilung der Deutschen Studentenschaft,

"*wonach der R e k t o r der Berliner Universität, Professor K o h l r a u s c h, die E n t f e r n u n g der von der Berliner S t u d e n t e n s c h a f t a n g e s c h l a g e n e n z w ö l f S ä t z e ´W i d e r d e n u n d e u t s c h e n G e i s t´ in der Universität v e r l a n g t habe, w i d r i g e n f a l l s er das R e k t o r a t n i e d e r l e g e n und die Hochschule nicht mehr betreten werde. Da die zwölf Thesen auch w e i t e r h i n a n g e s c h l a g e n sind - so heißt es weiter in der Erklärung der Deutschen Studentenschaft - s e i a n z u n e h m e n, daß Professor Kohlrausch vom Rektorat z u r ü c k t r e t e n werde*." (NFP, Abendblatt, 25.4.1933: 2).

Auch dieser Bericht ist neutral gehalten und weist keinerlei Form eines Kommentars auf, weshalb keine Tendenz festgestellt werden kann.

Am nächsten Tag folgt eine Stellungnahme des besagten Universitätsrektors, Dr. Eduard Kohlrausch. In einem unter der Überschrift "*Oeffentliche Verbrennung ´volksfremder´ Literatur*." (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 3) platzierten Bericht mit dem Untertitel "*Erklärung des Berliner Universitätsrektors über seinen Konflikt mit der Studentenschaft*" (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 3) teilt der Rektor mit,

"*daß er vor einigen Tagen ein Plakat der n a t i o n a l s o z i a l i s t i s c h e n S t u d e n t e n s c h a f t, (...) w e g e n f o l g e n d e r S ä t z e b e a n s t a n d e t habe: ´S c h r e i b t d e r J u d e d e u t s c h, dann l ü g t e r. Der J u d e k a n n n u r j ü d i s c h denken. Wir fordern von der Zensur: J ü d i s c h e Werke erscheinen in h e b r ä i s c h e r Sprache. Erscheinen sie in d e u t s c h e r Sprache, sind sie als U e b e r s e t z u n g e n zu kennzeichnen.´ Ich habe, erklärt der Rektor, diese Sätze U e b e r t r e i b u n g e n genannt, die nur g e e i g n e t wären, den K a m p f g e g e n den u n d e u t s c h e n Geist zu d i s k r e d i t i e r e n. Sie sind überdies B e t ä u b u n g e n der V e r a c h t u n g gegen M i t m e n s c h e n, d i e m a n b e k ä m p f e n, a b e r n i c h t d i f f a m i e r e n dürfe, und sie stehen somit im Widerspruch zu der These des Plakates: ´Wir wollen den Juden als Fremdling achten.´ Da das Plakat aber dennoch angeschlagen wurde, werde ich die E n t s c h e i d u n g des K u l t u s m i n i s t e r s R u s t e i n h o l e n, der für einige Tage von Berlin abwesend ist.*" (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 3).

Die "Neue Freie Presse" betont, dass der Text eine öffentliche Mitteilung ist, beschränkt sich auf dieselbe und gibt sie neutral wieder.

Im Anschluss daran findet sich eine "*Gegenerklärung der Studentenschaft*" (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 3), die auf die Darstellung des Rektors hin veröffentlicht wird. Auch diese Information wird kommentarlos wiedergegeben. Die Deutsche Studentenschaft sagt,

> "*der u n d e u t s c h e Geist sei der l i b e r a l e I n t e l l e k t u a l i s m u s i n j e d e r F o r m und der G e i s t a u s a n d e r e r R a s s e u n d a n d e r e m Vo l k s t u m war (sic!). N u r d i e j e n i g e n L e h r e r an d e u t s c h e n H o c h s c h u l e n, die aus d e m G e i s t d e r S . A . s c h a f f e n und l e h r e n, hätten das Recht der K r i t i k, weil sie allein das Vertrauen der Deutschen Studentenschaft hätten. Diese Lehrer hätten aber die Notwendigkeit der Aktion der Deutschen Studentenschaft bejaht*." (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 3).

Passend dazu veröffentlicht die "Neue Freie Presse" direkt danach den Bericht über die "*Errichtung von ´Schandmalen´ in den Hochschulen.*" (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 3). Dabei zitiert sie die "Rechtspresse", wonach "*jede der deutschen Studentenschaften auf ihrer Hochschule ein Schandmal errichten*" (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 3) wird.

> "*Es soll dies ein etwa übermannshoher k l o b i g e r B a u m s t a m m sein, an den die Studenten S c h r i f t e n, die sie für u n d e u t s c h und u n w i s s e n s c h a f t l i c h halten, sowie die E r z e u g n i s s e derer, die sich an der G r e u e l h e t z e b e t e i l i g t haben, a n s c h l a g e n werden*." (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 3).

Hier ist eventuell ein kritischer Standpunkt gegenüber dieser Aktion herauszulesen. Mit der Formulierung "*die sie für u n d e u t s c h und u n w i s s e n s c h a f t l i c h halten*" (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 3) impliziert sie, dass die Studenten nur nach eigenem Ermessen handeln - würde sie den Studenten zustimmen, würde sie vermutlich schreiben "Schriften, die undeutsch und unwissenschaftlich sind". Natürlich muss berücksichtigt werden, dass die verwendete Formulierung ganz einfach von der zitierten "Rechtspresse" stammen kann.

Im ersten Artikel dieser Spalte des Morgenblattes der "Neuen Freien Presse", mit dem Titel "*Oeffentliche Verbrennung ´volksfremder´ Literatur*" (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 3), veröffentlicht das Blatt ein Korrespondenten-Telegramm, worin die Vorgänge in Berlin beschrieben werden:

> "*In der Reichshauptstadt werden demnächst B ü c h e r auf den S c h e i t e r h a u f e n kommen. Der A u s s c h u ß der für die S ä u b e r u n g der Berliner*

Stadtbibliothek von m a r x i s t i s c h e m S c h r i f t t u m eingesetzt wurde, trifft jetzt auch s ä m t l i c h e B e r l i n e r V o l k s b ü c h e r e i e n. Er hat diesen Büchereien Listen zugehen lassen, in denen die ´volksfremde und marxistische Literatur´ genannt ist, auf deren Ausmerzung es ankomme. In der Stadtbibliothek des größten Berliner Bezirks Kreuzberg sind 2500 Bücher ausgemerzt worden. Es sind darunter Werke von Magnus H i r s c h f e l d, (...). A l l e a u s z u s c h e i d e n d e n B ü c h e r sollen zusammengetragen und demnächst auf dem B e l l - A l l i a n c e - P l a t z v e r b r a n n t werden." (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 3).

Auch der Korrespondent setzt die Anführungszeichen offenbar, um sich von der Ausdrucksweise zu distanzieren. Eindeutig wird die kritische Einstellung zum Vorgehen, wenn man den, durch drei Punkte vom vorigen Bericht abgetrennten, Kommentar liest: "*Man kann nicht annehmen, daß so phantastische und aus einem solchen Fanatismus geborne (sic!) Absichten in die Wirklichkeit übersetzt werden könnten*." (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 3).

27. April 1933

In der Abendausgabe des 27. April veröffentlicht die "Neue Freie Presse" unter dem Titel "*Die ´schwarze Liste´ der auszuscheidende (sic!) Bücher*." (NFP, Abendblatt, 27.4.1933: 3) eine Liste der Bücher, die in Berlin gesammelt werden: "*Die ´s c h w a r z e L i s t e´ der B ü c h e r, die aus den Berliner städtischen und Volksbüchereien verschwinden sollen, wird jetzt mitgeteilt. Ein Teil dieser ausgeschiedenen Bücher, wie es heißt der ´A b f a l l s l i t e r a t u r´ soll ö f f e n t l i c h v e r b r a n n t werden.*" (NFP, Abendblatt, 27.4.1933: 3). Die Worte "*Abfallsliteratur*" und "*öffentlich verbrannt*" hat die "Neue Freie Presse" mit zusätzlichen Leerzeichen und auch mit dem Zusatz "*Bücher, wie es heißt der ´Abfallsliteratur´*" besonders hervorgehoben - vermutlich, um sich erneut davon zu distanzieren. Danach veröffentlicht sie die genannten Autoren: *"Die ´schwarze Liste´ zählt auf dem Gebiete der schönen Literatur unter anderen folgende Autoren auf:*

Henry B a r b u s s e, Bertold B r e c h t, Max B r o d, Alfred D ö b l i n ausgenommen ´Wallenstein´, (...) Egon Erwin K i s c h, H e i n r i c h M a n n, R e m a r q u e, (...) Arthur S c h n i t z l e r, (...) S t e f a n Z w e i g. Von p o l i t i s c h e n und s t a a t s w i s s e n s c h a f t l i c h e n Büchern werden aus den Berliner Volksbüchereien verschwinden die Werke von (...) K a u t s k y,

L a s s a l l e, L e n i n, Karl M a r x, Karl L i e b k n e c h t. Nur wenige Werke dieser Autoren sind ausgenommen. Von g e s c h i c h t l i c h e n W e r k e n stehen auf der ´schwarzen Liste´ Otto B a u e r s ´Die österreichische Revolution´, (...)." (NFP, Abendblatt, 27.4.1933: 3).

6. Mai 1933

Auf der Titelseite des Abendblattes befasst sich die "Neue Freie Presse" mit der Ankündigung der "*Bücherverbrennung am 10. Mai in Berlin*." (NFP, Abendblatt, 6.5.1933: 1). Der Korrespondent berichtet neutral und ohne Kommentar über die Geschehnisse:

"*Im Auftrage des Kampfausschusses der deutschen Studentenschaft ´Wider den undeutschen Geist´ setzten sich h e u t e v o r m i t t a g f ü n f s t u d e n t i s c h e S t o ß t r u p p s in Bewegung, um s ä m t l i c h e V o l k s l e i h b ü c h e r e i e n i n B e r l i n e i n e r S ä u b e r u n g zu unterziehen. Der größte Schlag in Verlaufe der Aktion wird gegen die Magnus-Hirschfeld-Sammlung geführt werden.*" (NFP, Abendblatt, 6.5.1933: 1).

Interessant ist hier die Verwendung der NS-Rhetorik, "*einer Säuberung zu unterziehen*". Die Tatsache, dass diese Meldung nicht als Aussendung oder Mitteilung der Studentenschaft markiert wurde, lässt vermuten, dass der Korrespondent diese Worte selbst gewählt hat. Die weitere Formulierung des Textes klingt jedoch wie eine Anweisung des studentischen Kampfausschusses:

"*D i e a u f d e r s c h w a r z e n L i s t e s t e h e n d e n B ü c h e r w e r d e n a m 10. M a i a u f d e m O p e r n p l a t z e ö f f e n t l i c h v e r b r a n n t w e r d e n. N i c h t - u n d v o r m a r x i s t i s c h e d e u t s c h e S c h r i f t e n z u m S o z i a l i s m u s sind von dieser Aktion a u s z u n e h m e n, da sich das Vorgehen der deutschen Studentenschaft nur gegen marxistische Zersetzungsschriften, n i c h t aber g e g e n d e u t s c h e n S o z i a l i s m u s wendet.*" (NFP, Abendblatt, 6.5.1933: 1).

Die Verwendung der Phrase "*(...) sind von dieser Aktion a u s z u n e h m e n*" begründet die Schlussfolgerung, dass der Text von einer Anweisung der Deutschen Studentenschaft übernommen wurde. Dieser Beitrag steht gemeinsam mit dem Artikel vom 13.4.1933 im Widerspruch zu den bisher analysierten Berichten. Er wurde zwar neutral formuliert, jedoch lässt die Verwendung der Rhetorik - ohne dies als übernommenen Text zu

kennzeichnen - den Standpunkt des Redakteurs zu den Bücherverbrennungen eher befürwortend als ablehnend wirken.

7. Mai 1933

Der am Vortag angekündigten Durchsuchung der Magnus-Hirschfeld-Stiftung widmet die "Neue Freie Presse" einen Artikel der Morgenausgabe auf Seite 5. Unter den Überschriften "*Der Beginn der Aktion gegen das ´undeutsche Schrift- und Musiktum´. Bibliothek und Bilderarchiv des Instituts für Sexualforschung von Studenten weggeführt.*" (NFP, Morgenblatt, 7.5.1933: 5) berichtet der Korrespondent betont distanziert:

> "*Der F e l d z u g der nationalsozialistischen Studenten g e g e n das von ihnen als u n d e u t s c h bezeichnete S c h r i f t - u n d M u s i k t u m hat gestern damit b e g o n n e n, daß die Studenten in das von dem Sexualforscher Professor Magnus H i r s c h f e l d geführte I n s t i t u t f ü r S e x u a l w i s s e n s c h a f t zogen. Sie führten einen großen L a s t w a g e n mit, der die A u f s c h r i f t e n trug: ´D e u t s c h e S t u d e n t e n m a r s c h i e r e n g e g e n d e n u n d e u t s c h e n G e i s t´, ´T r u t z d e m u n d e u t s c h e n S c h u n d u n d S c h m u t z.´*" (NFP, Morgenblatt, 7.5.1933: 5).

Der Autor bezeichnet die Vorgänge als "*F e l d z u g*" und stellt mit der Formulierung "*gegen das von ihnen als undeutsch bezeichnete Schrifttum*" klar, dass er die Schriften nicht als "*undeutsch*" bezeichnen würde. Mit in Fettdruck hervorgehobener Schrift fährt die "Neue Freie Presse" fort:

> "*Trompetensignale kündigten die Aktion an, die darin bestand, daß die ganze Bibliothek durchstöbert wurde. Sämtliche Werke von Magnus Hirschfeld, auch seine kleineren Schriften, Zeitschriften und viele wissenschaftliche Werke anderer Autoren wurden in den mitgeführten Wagen geworfen*." (NFP, Morgenblatt, 7.5.1933: 5).

Als die "Neue Freie Presse" über "*H u n d e r t e v o n D i a p o s i t i v e n*" aus dem Bilderarchiv des Instituts berichtete, achtete sie darauf, die Mitteilung der Studenten genau zu kennzeichnen und sich so davon zu distanzieren: Die Diapositive wurden,

> "*wie es in der Mitteilung der Studentenschaft heißt, ´einer e i n g e h e n d e n U n t e r s u c h u n g unterzogen und a l l e s U n d e u t s c h e v e r n i c h t e t´. E i n T e i l d e r B ü c h e r und B i l d e r sei, wie erklärt wird, sichergestellt worden und w e r d e v o n m e d i z i n i s c h e n S a c h v e r s t ä n d i g e n g e p r ü f t*

werden, um für die Wissenschaft wertvolle Bücher und Bilder zu erhalten. Die Studenten, (...) nahmen dann vor dem Institut auf der Straße Aufstellung und es wurde in Sprechchören gegen den ´undeutschen Geist´ protestiert, der besonders in dem Institut von Professor Magnus Hirschfeld eine Stätte gefunden habe. Das Institut wurde als ein ´Geschäftsunternehmen übelster Sorte´ bezeichnet und der Vorsitzende der Berliner Studentenschaft (...) zerschmetterte nach seiner Ansprache eine Reklamefigur von einem Nervenstärkungsmittel, das man im Institut gefunden hatte." (NFP, Morgenblatt, 7.5.1933: 5).

Danach fährt der Korrespondent mit der neutralen Berichterstattung fort und berichtet von der Unterbrechung der Durchsuchungen, um in der Universität die Rede des preußischen Kultusministers Rust zu hören (vgl. NFP, Morgenblatt, 7.5.1933: 5). Unter einer kleinen Überschrift berichtet die "Neue Freie Presse" dann weiter, dass der "*Feldzug gegen die von den Nationalsozialisten verfemten Bücher fortgesetzt*" wurde und sie sich "*die Bücher von freiheitlichen und vor allem sozialistischen Autoren*" aus einer Reihe von Volksbibliotheken "*ausliefern*" ließen. (NFP, Morgenblatt, 7.5.1933: 5).

"*Sämtliche so ´beschlagnahmten´ Bücher wurden durch Lastkraftwagen zur Universität geschafft und in der Vorhalle aufgetürmt. Mittwoch sollen dann alle diese Bücher und Schriften öffentlich Unter den Linden vor der Staatsoper verbrannt werden*." (NFP, Morgenblatt, 7.5.1933: 5).

Die Formulierungen "*von den Nationalsozialisten verfemte Bücher*" und " *Bücher ausliefern*" sowie die Betonung des Wortes "*beschlagnahmt*" sind eindeutig negativ behaftet und unterstreichen die kritische Einstellung der "Neuen Freien Presse" zu den Vorgängen.

Die besagte Rede des Kultusministers Rust an die Berliner Studentenschaft, gibt die "Neue Freie Presse" unter dem Titel "*Die Professoren für die Unruhen an den Hochschulen verantwortlich. Eine Rede des Kultusministers Rust an der Berliner Universität*" neutral wieder. Sie leitet mit dem Hinweis ein, dass er in der Rede "*die Professoren dafür verantwortlich machte, daß es in den letzten*

Jahren s o h ä u f i g z u U n r u h e n auf den Hochschulen gekommen ist." (NFP, Morgenblatt, 7.5.1933: 5) Daraufhin gibt sie unkommentiert die Rede Rusts wieder:

> "*(...) Die z w e i t e A u f g a b e ist die F ü h r u n g u n d E r z i e h u n g d e r J u g e n d, und hiebei ist in der V e r g a n g e n h e i t e i n e R e i h e v o n F e h l e r n gemacht worden. Als der u n d e u t s c h e S t a a t d e r d e u t s c h e n J u g e n d d e n W e g v e r l e g t e, h a b e n S i e, meine Herren Professoren, (...) ü b e r s e h e n, daß die J u g e n d in Ihnen d e n F ü h r e r s u c h t e z u r Z u k u n f t d e r d e u t s c h e n N a t i o n. Die J u g e n d ist m a r s c h i e r t, a b e r S i e w a r e n n i c h t v o r n e. Hätten Sie sich doch damals an die Seite der Studenten gestellt, dann hätten wir heute kein Hochschulproblem*." (NFP, Morgenblatt, 7.5.1933: 5f).

Durch eine kleine Überschrift "*Ausschaltung der ´fremdrassigen´ Professoren*." (NFP, Morgenblatt, 7.5.1933: 6) trennt sie die folgende Ankündigung Rusts vom vorigen Text ab:

> *Ich werde unbeirrt durch Kritik dem Willen der Nation Rechnung tragen (...). I c h m u ß j e t z t e i n e n T e i l d e r d e u t s c h e n H o c h s c h u l l e h r e r a u s s c h a l t e n, da sich die deutsche Jugend nun einmal heute von f r e m d r a s s i g e n P r o f e s s o r e n n i c h t f ü h r e n l ä ß t. (...)*" (NFP, Morgenblatt, 7.5.1933: 6).

9. Mai 1933

Einen Tag vor der geplanten Verbrennung der von den nationalsozialistischen Studenten aussortierten Bücher berichtet die "Neue Freie Presse" mit der Überschrift "*Aktion gegen das Verbrennen von Büchern österreichischer Autoren.*" (NFP, Morgenblatt, 9.5.1933: 4) über ein Telegramm des Schutzverbands deutscher Schriftsteller in Österreich an die österreichische Gesandtschaft in Berlin. Neutral gibt sie den Inhalt wieder:

> "*´E r b i t t e n d r i n g e n d S c h u t z - u n d H i l f s m a ß n a h m e n g e g e n B ü c h e r v e r b r e n n u n g e n ö s t e r r e i c h i s c h e r A u t o r e n, (...).´ Es handelt sich bei den Bücherverbrennungen unter anderem um folgende österreichische Autoren: S c h n i t z l e r, W e r f e l, S t e p h a n Z w e i g, W a s s e r m a n n, C o u d e n h o v e - K a l e r g i usw*." (NFP, Morgenblatt, 9.5.1933: 4).

Im unmittelbaren Anschluss druckt sie die "*Mahnung der ´Deutschen Allgemeinen Zeitung´ an die Studentenschaft.*" (NFP, Morgenblatt, 9.5.1933: 4):

> "*Die ´Deutsche Allgemeine Zeitung´ schreibt zu der geplanten öffentlichen V e r b r e n n u n g v o n ´u n d e u t s c h e n´ B ü c h e r n: Wenn der Studentische Kampfausschuß am 10. Mai bestimmte Werke öffentlich verbrannt haben wird, i s t e s a n d e r Z e i t, w i e d e r d i e e r n s t e A r b e i t d e s S t u d i u m s a u f z u n e h m e n. Die von den S t u d e n t e n a u f g e s t e l l t e L i s t e d e r l i t e r a r i s c h e n S ü n d e n g e g e n d e n d e u t s c h e n G e i s t i s t n i c h t g e r a d e k l a s s i s c h zu nennen, und mancher Hitler-Aufruf konnte weniger mißverständlich abgefaßt werden. Jedenfalls haben vom 1. Mai an wieder die Vorlesungen in ihre Rechte zu treten, die B e u r t e i l u n g d e r S t u d e n t e n d u r c h i h r e b e r u f e n e n L e h r e r, n i c h t u m g e k e h r t, Fleiß und Disziplin, nicht der Alltag der Politik. F ü r e i n e s t u d e n t i s c h e S o n d e r r e v o l u t i o n l i e g t k e i n A n l a ß mehr vor*." (NFP, Morgenblatt, 9.5.1933: 4).

Dieser Beitrag kritisiert zwar die nationalsozialistischen Studenten und deren Prioritäten, aber in keinem Wort die Bücherverbrennung. Gemeinsam mit dem Hilferuf des Schutzverbands deutscher Schriftsteller Österreichs kann man der "Neuen Freien Presse" trotzdem eine kritische Haltung gegenüber den Studenten und den Vorkommnissen attestieren.

Auch das Abendblatt berichtet in einem kurzen Artikel über die Bücher-Sammlungen. Der Überschrift "*Verbrennungen von zwanzigtausend ´undeutschen´ Büchern in Berlin*." (NFP, Abendblatt, 9.5.1933: 3) folgt ein neutraler Bericht:

> "*Die A k t i o n des K a m p f a u s s c h u s s e s ´W i d e r d e n u n d e u t s c h e n G e i s t´ der Deutschen Studentenschaft hat zur Folge gehabt, daß in B e r l i n bis gestern rund z w a n z i g t a u s e n d ´u n d e u t s c h e´ B ü c h e r aus Leihbibliotheken, Privatbibliotheken usw. a b g e l i e f e r t wurden. Morgen werden sie auf dem Platz vor der Oper von den Studenten in geschlossenem Zug auf zahlreichen Lastkraftwagen gebracht und abends dort v e r b r a n n t werden*." (NFP, Abendblatt, 9.5.1933: 3).

10. Mai 1933 - Tag der Bücherverbrennungen

Am Tag der Bücherverbrennungen widmet die "Neue Freie Presse" dem Thema einen Teil des Leitartikels. Schon in der Überschrift ist die Einstellung des Autors zu erkennen: "*Für den Primat der Politik. Gegen den Primat der Hetzerei. Die Bücherverbrennungen.*" (NFP, Morgenblatt, 10.5.1933: 1). Nach einem Absatz über die "*Entwaffnungskonferenz*" und die unterschiedlichen Standpunkte Englands und Deutschlands, stellt der Autor zwei Fragen: "*Ist dies wirklich der Augenblick für das neue Anfachen der Kulturkontroverse und für eine Demonstration wie die feierliche Bücherverbrennung? Ist es wirklich notwendig, Schriftsteller hervorragendster Art auf solche Weise förmlich zu ächten und zu brandmarken?*" (NFP, Morgenblatt, 10.5.1933: 1). Der Leitartikler und damit auch die "Neue Freie Presse" stellen also den Sinn dieser Aktion in Frage. Wie kritisch die "Neue Freie Presse" dem Thema tatsächlich gegenüber steht, ist aus folgenden Passagen herauszulesen:

> "*Heute sind die radikalen Strömungen so stark, daß diese (...) Studenten eine Art von Feuerzensur proklamieren, daß sie einen Scheiterhaufen errichten, wo alles Mißliebige zu Asche wird und verschwindet. Niemand denkt dabei an den furchtbaren materiellen Schaden für den unschuldigen Buchhändler, der jetzt physisch und moralisch gezwungen ist, durchaus gestattete Literatur als verboten und als gefährlich zu betrachten. Niemand denkt daran, wie viele Werke geistiger Vollendung auf solche Art der Jugend und der weiteren Oeffentlichkeit entzogen werden*." (NFP, Morgenblatt, 10.5.1933: 1).

Besonders spricht sich der Verfasser des Leitartikels gegen eine Verbrennung der österreichischen Literatur aus. Dafür greift er einige Autoren als Beispiele heraus:

> "*Man kann die Idee Paneuropa billigen oder tadeln, es wird kein Mensch begreifen, daß Coudenhove-Kalergi nicht das Recht haben soll, die Meinungen zu äußern, die seiner Ueberzeugung entsprechen. Franz Werfel ist nicht erhaben über Kritik. Wie kommt man jedoch dazu, ein Buch von so erlesener Schönheit wie die "Geschwister von Neapel" auf den Schindanger zu werfen als wäre es Unrat? Arthur Schnitzler, das ist heute eine Erscheinung der Weltliteratur genau so, wie Jakob Wassermann und Stefan Zweig, und wenn man glaubt, durch physische Vernichtung die umfassende Geistesarbeit dieser Gestalter und Dichter zu zerstören, dann ist das der gleiche*

Irrtum wie der Wahnsinn der Hexenverbrennungen des finsteren Mittelalters." (NFP, Morgenblatt, 10.5.1933: 1).

Auch die Rede des deutschen Kultusministers Rust zieht der Verfasser des Leitartikels zur Beweisführung heran, denn dieser hatte von der "*Freiheit des künstlerischen Schaffens als Grundsatz auch für die Gegenwart*" (NFP, Morgenblatt, 10.5.1933: 1) gesprochen. "*Wo gibt es jedoch Freiheit, wo gibt es künstlerische Entfaltung, wenn das Urteil von Unmaßgeblichen, das Standrecht der ´Stimmung´ genügt, damit ein geistiges Produkt der öffentlichen Hinrichtung überantwortet wird?*" (NFP, Morgenblatt, 10.5.1933: 1). Mit dem letzten Absatz zeigt die "Neue Freie Presse" auch ihre Missbilligung der gesamten Vorgänge im Deutschen Reich:

"*Neben manchen schweren Uebergriffen, neben den menschlich-politischen Tragödien, die sich seit dem 5. März in Deutschland vollziehen, ist dieses Autodafé der Literatur vielleicht nicht das ärgste. Aber als Beispiel der Verblendung, des mangelnden Ernstes, der intellektuellen Ueberheblichkeit sucht es wohl seinesgleichen in der Geschichte der letzten Jahrhunderte*." (NFP, Morgenblatt, 10.5.1933: 1).

Doch liest man den nächsten Absatz des Leitartikels, der sich wieder mit Politik befasst, wird klar, dass die "Neue Freie Presse" zwar das Autodafé scharf verurteilt und sich gegen die deutschen, nationalsozialistischen Einmischungen wendet, ihre grundsätzlich deutschfreundliche Haltung jedoch weiter beibehält beziehungsweise sich die Beruhigung der Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland wünscht:

"*Für uns in Oesterreich schwebt jetzt in Beziehung auf Deutschland die Frage des Besuches der nationalsozialistischen Führer in Wien. Hat man wirklich nichts wichtigeres zu tun als den natürlichen Freund und Bundesgenossen durch solche Vorgänge in Unruhe zu bringen? Deutschland hat gegenüber Polen erst kürzlich mit Bestimmtheit Zusicherungen gegeben (...). Entspannung war die Folge. Zwischen Rußland und Deutschland klaffen Abgründe der Weltanschauung. (...). Trotzdem ist es gelungen, die beiden Staaten auf eine gemeinsame Linie zu bringen. (...). Und gerade bei Oesterreich sollte diese eiskalte Nüchternheit versagen? Man muß in Berlin bedenken, Oesterreich ist viel zu schwach, um politische Sprengpatronen auszuhalten. Das bißchen Ruhe muß uns bleiben, unser bißchen Existenzmöglichkeit darf nicht kompromittiert werden durch allzu wilde parteipolitische Verwicklungen.*

Selbst Mussolini war noch bis zum letzten Jahre der Ansicht, Fascismus (...) passe nicht für alle Staaten und für alle Länder. Deswegen sollte auch der Nationalsozialismus nicht glauben, er könne jetzt schon seine Lehren als Exportware versenden." (NFP, Morgenblatt, 10.5.1933: 1).

Die "Neue Freie Presse" sorgt sich um Österreich "*den natürlichen Freund und Bundesgenossen*", bezeichnet die Vorgangsweise der Deutschen als "*eiskalte Nüchternheit*" und lehnt den Nationalsozialismus als "Exportware" ab. Der Autor versucht als Untermauerung seiner Kritik an den Naziaktivitäten, die Situation in Deutschland aus der Sicht des Auslandes zu beleuchten und nennt den Nationalsozialismus eine Gefahr, "*die Deutschland gegenwärtig zu erdulden hat*":

"*Wer das Ausmaß der Gefahren erkennen will, die Deutschland gegenwärtig zu erdulden hat, braucht nur den Artikel von Sir Austen Chamberlain zu lesen (...). Das ist eine neue Philippika gegen die Revision der Verträge, (...). Das ist eine wilde Anklage gegen den ´aggressiven Geist´ in Deutschland. Chamberlain sagt: Man macht es in Berlin zu einem Verbrechen, den Frieden zu wollen und ein Jude zu sein. Das ist nicht das Deutschland, dem wir Konzessionen geben dürfen, das ist nicht das Deutschland, dem Europa Gleichheit verleihen will, über welche Macdonald gesprochen hat. Wir können uns erst mit dieser Frage beschäftigen, wenn wir ein Deutschland vor uns haben, dessen Politik auf den Frieden gerichtet ist; ein Deutschland, das Gleichheit der Rechte will zur Verteidigung seiner Sicherheit, und nicht, damit es imstande sei, die Sicherheit von anderen zu bedrohen; ein Deutschland, das nicht nur selbst leben will, sondern auch andere in Frieden leben läßt*." (NFP, Morgenblatt, 10.5.1933: 2).

Die "Neue Freie Presse" widerspricht Chamberlain in punkto Friedenswillen Deutschlands:

"*Wir sind überzeugt, daß die Behauptung, Deutschland wolle nicht den Frieden, auf Irrtümern beruht. Im Gegenteil, wir sind der Meinung, daß gerade ein Diktator wie Hitler, ebenso wie Mussolini schon wegen der Situation im Innern den Krieg nicht wollen kann. Dennoch, solche Stimmen dürfen nicht vernachlässigt werden. Die Weltmeinung wird durch sie beeinflußt und alles, was Unduldsamkeit verrät und Fanatismus, alles, was dem Kulturgefühl widerspricht und der Rücksicht auf nachbarliche Freundschaft, alles dies ist Wasser auf die Mühle der Feinde, die solche*

Fehler mit größter Genugtuung für sich ausnützen. Der Nationalismus muß die Grenzen seiner Macht erkennen. Der Primat der Politik muß durchgeführt werden, nämlich jener Politik, welche Bismarck als die Kunst des Möglichen bezeichnet hat; jener Poliltik, welche die unwägbaren Elemente in ihrer ganzen Bedeutung zu verstehen vermag; jener Politik, die niemals losgelöst ist von Menschlichkeit und von Achtung für legitime Interessen. Wir würden dringend wünschen, daß zwischen Deutschland und Oesterreich endlich Beruhigung eintrete. Sonst werden auch in diesem Falle die Gegner des Deutschtums den Vorteil einstreichen." (NFP, Morgenblatt, 10.5.1933: 2).

Im Grunde beschwört die "Neue Freie Presse" in diesem Artikel die "*nachbarliche Freundschaft*" und geht davon aus, dass Hitler Frieden will. Sie warnt den Nationalsozialismus - u.a. mit seiner "*Unduldsamkeit*" sowie seinem "*Fanatismus*" - vor Meinungen des Auslandes und meint, dass "*solche Stimmen*" "*Wasser auf die Mühle der Feinde*" bedeuten. Der Autor empfiehlt Deutschland eine Politik der Menschlichkeit und wünscht, "*daß zwischen Deutschland und Oesterreich endlich Beruhigung eintrete*". Dabei spricht sich die "Neue Freie Presse" also gegen die Politik der Nationalsozialisten aus, kann - bzw. will - jedoch ihre grundsätzlich freundliche Haltung zum Nachbarland nicht aufgeben. Vermutlich auch, da sie sich größere Überlebenschancen für Österreich erhoffte, wenn es einen "*freundlich gesinnten Nachbarn*" an seiner Seite hat.

11. Mai 1933

Auf der Titelseite des Abendblattes am 11. Mai druckt die "Neue Freie Presse" zur Nachberichterstattung das Telegramm des Berliner Korrespondenten. Mit dem Titel "*Die Bücherverbrennung in Berlin. Ein riesiger Scheiterhaufen auf dem Opernplatz*." (NFP, Abendblatt, 11.5.1933: 1), schildert die "Neue Freie Presse" zuerst den Ablauf der Bücherverbrennung und veröffentlicht dann die Rede Goebbels´, die er beim Autodafé in Berlin hielt. Der Korrespondent gibt die Ereignisse neutral wieder:

"*Die von der Berliner deutschen Studentenschaft veranstaltete "A k t i o n w i d e r d e n u n d e u t s c h e n G e i s t" fand gestern nacht ihren H ö h e p u n k t in der ö f f e n t l i c h e n V e r b r e n n u n g der angesammelten z w a n z i g t a u s e n d ´u n d e u t s c h e n´ B ü c h e r auf einem S c h e i t e r h a u f e n auf dem Opernplatz. Vom Studentenhaus in der Oranienburgerstraße zog ein F a c k e l z u g,*

bestehend aus S. A., C h a r g i e r t e n d e r S t u d e n t e n v e r b i n d u n g e n in voller Wichs und einer großen Zahl sonstiger Studenten durch die Linden. M ö b e l t r a n s p o r t w a g e n und A u t o s, die dicht bepackt und mit der Aufschrift ´Kampf dem undeutschen Geist´ versehen waren, wurden im Zuge mitgeführt. Auf einem Lastwagen war ein B i l d v o n M a g n u s H i r s c h f e l d angebracht sowie W a p p e n j ü d i s c h e r V e r b i n d u n g e n, die man von den Anschlagbrettern der Universität entfernt hatte. Uniformierte Abordnungen der deutschnationalen Jugend schlossen den Z u g, der m e h r e r e t a u s e n d M a n n stark war." (NFP, Abendblatt, 11.5.1933: 1).

Es wird von einem "*r i e s i g e n S c h e i t e r h a u f e n*" berichtet und von "*vielen Tausenden von Menschen*", die sich hinter den Absperrungen von S.A. und Polizei drängten, sowie von "*Scheinwerfern von Tonfilmwagen und Aufnahmeapparaturen von F i l m g e s e l l s c h a f t e n*", die den Platz "*t a g h e l l*" beleuchteten (NFP, Abendblatt, 11.5.1933: 1).

"*Nach einer R e d e des Führers des Kreises B r a n d e n b u r g der deutschen Studentenschaft, G u t j a h r, der erklärte, daß an diesem Abend in ganz Deutschland die ´undeutschen´ Schriften auf Scheiterhaufen endeten, wurden g r o ß e B ü c h e r p a k e n i n d i e F l a m m e n g e w o r f e n, wobei die V e r f a s s e r a u f g e r u f e n und e n t s p r e c h e n d e S p r ü c h e l a u t v e r k ü n d e t wurden.*" (NFP, Abendblatt, 11.5.1933: 1).

Der Korrespondent zählt als Abschluss des Berichts die Autoren auf, die verbrannt wurden:

"*H e i n r i c h M a n n, Ernst G l ä s e r, Erich K ä s t n e r, Friedrich Wilhelm F ö r s t e r, Siegmund F r e u d, Emil L u d w i g, T h e o d o r W o l f f, G e o r g B e r n h a r d, Erich Maria R e m a r q u e, Alfred K e r r, Kurt T u c h o l s k i, Karl v. O s s i e t z k i und viele andere.*" (NFP, Abendblatt, 11.5.1933: 1).

Auf diese neutrale und unkommentierte Schilderung folgt die durch eine kleine Überschrift - "*Eine Ansprache Goebbels´*." (NFP, Abendblatt, 11.5.1933: 1) - abgetrennte Wiedergabe der Rede des Reichsministers auf einem Podium vor dem Scheiterhaufen in Berlin.

"*Er erklärte: Das Z e i t a l t e r d e s ü b e r s p i t z t e n j ü d i s c h e n I n t e l l e k t u a l i s m u s h a t s e i n E n d e gefunden. Die Zeit ist vorbei, da sich*

die Bibliotheken anfüllten mit dem U n r a t und dem S c h m u t z der j ü d i s c h e n A s p h a l t l i t e r a t u r, daß die W i s s e n s c h a f t sich hinter Paragraphen verschanzte und v o m L e b e n i s o l i e r t war. Vierzehn Jahre lang haben deutsche Regierungen nichts gegen den undeutschen Geist getan. (...). Die Träger der Revolution sind jetzt die Träger der Staatsgewalt geworden. Die V e r a n s t a l t u n g d e r S t u d e n t e n s c h a f t ist eine s y m b o l i s c h e H a n d l u n g, die v o r a l l e r W e l t d o k u m e n t i e r e n soll, hier s i n k t die g e i s t i g e G r u n d l a g e d e r N o v e m b e r r e p u b l i k zu Boden, aber aus den Trümmern wird sich siegreich der Phönix eines neuen Geistes erheben, den wir tragen und dem wir die entscheidenden Züge aufprägen." (NFP, Abendblatt, 11.5.1933: 1).

Der Korrespondent schließt den Bericht mit dem Hinweis, dass die Veranstaltung ihr Ende mit der "*Absingung von Kampfliedern*" fand und zählt acht andere Städte auf, in denen am gleichen Abend öffentliche Bücherverbrennungen stattfanden (vgl. NFP, Abendblatt, 11.5.1933: 1).

Auf Seite 3 desselben Blattes bringt die "Neue Freie Presse" eine Meldung des Budapester Korrespondenten, der über eine "*Debatte über den deutschen Büchersturm im ungarischen Abgeordnetenhaus*" (NFP, Abendblatt, 11.5.1933: 3) berichtet. Dort äußerte sich der nationaldemokratische Abgeordnete Josef Pakots zur Bücherverbrennung:

"*In Berlin und in den übrigen deutschen Städten kündet lohendes Feuer den Brand von 30.000 Büchern. Als Kulturmensch stelle ich mit tiefstem Schmerze fest, daß sich ein solches K u l t u r a t t e n t a t zum E n t s e t z e n d e r g e s a m t e n K u l t u r w e l t vollzieht. Ich berufe mich auf die g r o ß e d e u t s c h e K u l t u r, die auf diese Weise erniedrigt wird*." (NFP, Abendblatt, 11.5.1933: 3).

Als der Vorsitzende auffordert, sich "*nicht mit Dingen fremder Staaten zu befassen*", wird Pakots weiter von der "Neue Freie Presse" zitiert:

"*Das ist nicht die Sache eines fremden Staates, sondern die der g a n z e n K u l t u r m e n s c h h e i t. Wenn ich über diese Frage spreche, so hege ich E h r e r b i e t u n g u n d A c h t u n g v o r D e u t s c h l a n d. Ich kann aber diese Achtung einem Verbrechen nicht zollen. Als ungarischer Schriftsteller, als Sohn der ungarischen Kulturnation, verfolge ich mit Ekel die Geschehnisse in Deutschland. Der*

Vorsitzende erteilt dem Redner den O r d n u n g s r u f." (NFP, Abendblatt, 11.5.1933: 3).

So schließt die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" über die Bücherverbrennung in Berlin mit einem neutral präsentierten, jedoch kritischen Beitrag, der neuerlich eine ausländische Kritik als Grundlage aufweist. Bis auf eine kurze Meldung, dass die Bücher Coudenhove-Kalergis von der Beschlagnahmung und Verbrennung doch nicht betroffen waren (vgl. NFP, Morgenblatt, 12.5.1933: 4), finden sich keine weiteren Berichte in der näheren Umgebung des Untersuchungszeitraums.

7.3.3 FAZIT Analyse "Neue Freie Presse"

In der Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" über die Bücherverbrennung am 10. Mai und die vorangegangene studentische "Aktion wider den undeutschen Geist" fanden sich nur zwei längere und ein kurzer Kommentar. Die anderen Artikel wiesen grundsätzlich eine neutrale Haltung auf.

Aus den Kommentaren konnten eindeutigere Schlüsse gezogen werden. Hier stellt sich die "Neue Freie Presse" klar gegen die "Aktion wider den undeutschen Geist" sowie gegen die Bücherverbrennungen.

In einem Kommentar lässt die "Neue Freie Presse" die Hoffnung durchscheinen, dass die Aktion durch "Verantwortungsbewusste" noch verhindert werden könnte (vgl. NFP, Abendblatt, 13.4.1933: 2). Im Kommentar vom 10.5.1933 stellt sie klar, dass sie sich einerseits ein friedliches Zusammenleben mit dem Nachbarn Deutschland wünscht, aber andererseits die Politik des Nationalsozialismus vehement ablehnt - sie tut dies mit Hilfe der Hinweise auf Berichte aus dem Ausland (vgl. NFP, Morgenblatt, 10.5.1933: 1f). **Die "Neue Freie Presse" verurteilt eindeutig die studentischen Aktionen und das Autodafé, betrachtet den Nationalsozialismus insgesamt sehr kritisch, versucht jedoch "das Deutschtum" durch eine Normalisierung der Beziehungen zu Deutschland zu unterstützen.**

Während des Untersuchungszeitraums war in der "Neuen Freien Presse" **keine Werbung aus Deutschland** zu finden.

7.3.4 Überblick "Die Neue Zeitung" und die Bücherverbrennungen

"Die Neue Zeitung" wird erneut für den Vergleich mit der "Neuen Freien Presse" herangezogen, um mögliche Unterschiede in der Berichterstattung über die "Aktion wider den undeutschen Geist" sowie die Bücherverbrennung am 10. Mai dokumentieren und die Blattlinie der "Neuen Freien Presse" bestimmen zu können.

Der Untersuchungszeitraum wird auf 13. April bis 13. Mai festgelegt. In diesem Zeitraum befassten sich in der "Neuen Zeitung" vier Artikel und ein Unterartikel mit dem Thema "Aktion wider den undeutschen Geist" sowie mit den Bücherverbrennungen.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass sich die christlichsoziale Zeitung in diesem Zeitraum noch nicht in nationalsozialistischen Händen befand (vgl. Schopper, 1942: 34). Allerdings wäre es nach Raisp (vgl. 1952: 147f) möglich, dass sie bereits zu diesem Zeitpunkt nationalsozialistische Tendenzen annahm. Ungeachtet dessen konnte bereits vor der Untersuchung des antijüdischen Boykotts gezeigt werden, dass das christlichsoziale Blatt eine antisemitische Färbung aufweist[213].

7.3.4.1 Vergleich "Die Neue Zeitung" - "Neue Freie Presse"

Die "Neue Zeitung" beschränkt sich in ihrem ersten Bericht über die Aktion der nationalsozialistischen Studenten "Wider den undeutschen Geist" auf das neutrale Abdrucken der 12 Thesen der Studenten. Dabei bezieht sie sich ebenso wie die "Neue Freie Presse" auf eine Liste der Thesen (vgl. DNZ, 14.4.1933: 4). Sie limitiert sich auf die ersten sieben Thesen und kürzt danach mit den Worten "*[d]ann folgen noch fünf weitere Postulate*" (DNZ, 14.4.1933: 4) ab. Bei der Aufzählung der ersten sieben Thesen hebt auch sie ein paar Punkte hervor: "*4. Unser gefährlichster Widersacher ist der Jude und der, der ihm hörig ist. 5. Der Jude kann nur jüdisch denken; schreibt er deutsch, dann lügt er.*" (DNZ, 14.4.1933: 4). Die siebte These hebt die "Neue Zeitung" sogar mit einer Zwischenüberschrift hervor: "*Jüdische Schriftsteller dürfen nur noch hebräisch schreiben*" (DNZ, 14.4.1933: 4). Auch

[213] Der Artikel "*Gemeinderat Broczyner, ein junger Jude und fünf Wehrmänner. Wie leicht man in Wien das Heimatrecht erhält - Wie wird ein Ostjude und wie werden arische Wehrmänner behandelt.*" (DNZ, 29.3.1933: 4) wurde im besagten Kapitel als Beispiel angeführt.

im darauffolgenden Text markiert sie die Phrase "*J ü d i s c h e W e r k e e r s c h e i n e n i n h e b r ä i s c h e r S p r a c h e. E r s c h e i n e n s i e i n d e u t s c h e r S p r a c h e, s i n d s i e a l s Ü b e r s e t z u n g e n z u k e n n z e i c h n e n.*" (DNZ, 14.4.1933: 4) nochmal.

Vergleicht man nun die beiden Aufzählungen der "Neuen Freien Presse" und der "Neuen Zeitung", wird erkennbar, dass die "Neue Freie Presse" wesentlich mehr Passagen markiert. Jedoch sind alle markierten Stellen der "Neuen Zeitung" ebenfalls in der "Neuen Freien Presse" gekennzeichnet.

Der Unterartikel dieses Berichts in den "Neuen Zeitung" lautet: "*Öffentliche Verbrennung zersetzenden Schrifttums*" (DNZ, 14.4.1933: 4). Der Titel des Unterartikels der "Neuen Freien Presse" lautet: "*Öffentliche Sammlung und Verbrennung ´zersetzenden Schrifttums´*." (NFP, Abendblatt, 13.4.1933: 3). Die beiden Berichte sind bis auf ein Wort ident, auch die Überschriften ähneln sich sehr - bis auf ein wichtiges Detail - die "Neue Freie Presse" hat die Bezeichnung "*zersetzenden Schrifttums*" unter Anführungszeichen gesetzt, vermutlich um ihre Haltung zu dem Thema auszudrücken und sich, im Gegensatz zur "Neuen Zeitung", von der Rhetorik zu distanzieren - zumindest in der Überschrift.

Da exakt derselbe Text in der "Arbeiterzeitung" erschien - dort unter dem Titel „Autodafé“ im Artikel „*Deutschlands berühmteste Professoren hinausgeworfen. Die Nazi säubern die Wissenschaft*“ (vgl. Arbeiter-Zeitung, 14.4.1933: 1) -, liegt die Annahme nahe, dass die Diktion aus Deutschland übernommen wurde. Möglich wäre auch, dass sich die "Arbeiter-Zeitung" und die "Neue Zeitung" den Beitrag der angesehenen "Neuen Freien Presse" zu Eigen machten.

26. April 1933

Der Bericht der "Neuen Zeitung" mit dem Titel, "*´Wider den undeutschen Geist´ Konflikt zwischen Berliner Studentenschaft und Universitätsrektor*" (DNZ, 26.4.1933: 2), befasst sich mit der durch die Deutsche Studentenschaft verbreiteten Mitteilung zum möglichen Rücktritt des Rektors der Universität wegen der angeschlagenen 12 Thesen.
Die Beschreibung der Meldung der Deutschen Studentenschaft ist ebenfalls ident mit der der "Neuen Freien Presse", die im Abendblatt des Vortages erschien (vgl. NFP, Abendblatt, 25.4.1933:2 sowie vgl. DNZ, 26.4.1933: 2). Die darauf folgende

Gegendarstellung Professor Kohlrauschs in der "Neuen Zeitung" unterscheidet sich von der der "Neuen Freien Presse". So lautet die Erklärung des Rektors in der "Neuen Zeitung":

> "*Als am vergangenen Freitag die Vertreter der Deutschen Studentenschaft beantragten, das Plakat im Vestibül der Universität auszuhängen, habe ich den Aushang wegen zweier Sätze beanstandet: Einmal wegen These 5: ´Schreibt der Jude deutsch, dann lügt er ´, eine Wendung, die durch den vorangehenden Satz nicht abgemindert wird: ´D e r J u d e k a n n n u r j ü d i s c h d e n k e n´*" (DNZ, 26.4.1933: 2).

Auch bei These 7, "*Wir fordern von der Zensur: ´Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in Deutsch, sind sie als Übersetzung zu kennzeichnen*" (DNZ, 26.4.1933: 2), hatte er Beanstandungen: "*Ich nannte diese Sätze Übertreibungen, die nur geeignet seien, den Kampf gegen den undeutschen Geist zu diskreditieren, nicht aber ihn zu fördern."* (DNZ, 26.4.1933: 2).

Hier übersprang die "Neue Freie Presse" den Satzteil "*nicht aber ihn zu fördern*", führte aber die Mitteilung des Professors im Gegensatz zur "Neuen Zeitung" weiter aus:

> "*Sie sind überdies B e t ä u b u n g e n d e r V e r a c h t u n g g e g e n M i t m e n s c h e n, d i e m a n b e k ä m p f e n, a b e r n i c h t d i f f a m i e r e n d ü r f e, und sie stehen somit im Widerspruch zu der These des Plakates: ´Wir wollen den Juden als Fremdling achten*.´" (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 3).

Hegte die "Neue Freie Presse" also die Hoffnung, dass die Juden zumindest als "Fremdlinge" geachtet würden? Oder war es ihr wichtig, die ebenso erschreckende Einstellung des Rektors darzustellen?

Die "Neue Zeitung" gewährt Kohlrausch danach noch die weitere Richtigstellung des Zwists mit den Studenten:

> *"Als der Aufruf trotz Versagung der Genehmigung angebracht wurde, habe ich den Studierenden meine Bedenken über seinen Inhalt nicht verhehlt; ich erklärte, daß ich, da der Anschlag nun einmal angebracht sei, darüber, ob er wieder abzunehmen sei, die Entscheidung des Ministers einholen werde, der für einige Tage von Berlin abwesend war. Die Mitteilung, daß ich das Rektorat des Aushanges wegen niedergelegt hätte, trifft nicht zu.*" (DNZ, 26.4.1933: 2).

Die "Neue Freie Presse" fertigt dies mit einem Satz ab: "*Da das Plakat aber dennoch angeschlagen wurde, werde ich die E n t s c h e i d u n g des K u l t u s m i n i s t e r s R u s t e i n h o l e n, der für einige Tage von Berlin abwesend ist.*" (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 3).

Die Antwort der Deutschen Studentenschaft auf diese Richtigstellung blieb in der "Neuen Zeitung" aus. Sie fügt unter der kleinen Überschrift, "*Und die Säge arbeitet*" einen Bericht über Kultusminister Rust, der "*bis zur endgültigen Entscheidung auf Grund des Beamtengesetzes [39; Anm. d. Verf.] Professoren beurlaubt*" (DNZ, 26.4.1933: 2) hat. Auch die "Neue Freie Presse" berichtete darüber, auf der Titelseite des Morgenblattes am 26. April, unter der Überschrift: "*Wieder neununddreißig Professoren beurlaubt. Weitere Beurlaubungen angekündigt*." (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 1). Anstatt einer bloßen Aufzählung, wie in der "Neuen Zeitung", hob die "Neue Freie Presse" die besonderen Leistungen mancher Professoren hervor: "*Unter diesen befindet sich der Psychologe Max W e r t h e i m e r, der Begründer der sogenannten Gestalttheorie, weiter der bekannte Staats- und Völkerrechtler Karl S t r u p p, (...)*" (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 1). Damit und mit der folgenden Formulierung des Korrespondenten vermittelt sie unterschwellig ihre Kritik und streicht die Sinnlosigkeit der Aktion heraus:

> "*Der preußische Kultusminister Rust hat jetzt wieder auf einen Schlag n e u n u n d d r e i ß i g U n i v e r s i t ä t s p r o f e s s o r e n auf G r u n d des neuen B e a m t e n g e s e t z e s b e u r l a u b t und kündigt bereits an, daß damit die Reihe der B e u r l a u b u n g e n n o c h n i c h t a b g e s c h l o s s e n ist. Die größte Zahl der gemaßregelten Professoren hat die U n i v e r s i t ä t F r a n k f u r t am Main aufzuweisen, nämlich a c h t z e h n*." (NFP, Morgenblatt, 26.4.1933: 1).

9. Mai 1933

Unter dem Titel "*20.000 Bücher werden öffentlich verbrannt*" (DNZ, 9.5.1933: 1) berichtet die "Neue Zeitung" in einem kurzen Artikel über die geplante Bücherverbrennung:

> "*Die Sammlung von Büchern, die der ´Kampfausschuß wider den undeutschen Geist´ der Deutschen Studentenschaft durchführt, hat laut ´Berliner Tageblatt´ bisher rund 20.000 Bücher zusammengebracht. Die Bücher sollen Mittwoch abends auf dem*

Platz vor der Oper verbrannt werden, wohin sie auf Lastkraftwagen in feierlichem Zuge befördert werden sollen." (DNZ, 9.5.1933: 1).

Auch die "Neue Freie Presse" berichtet in einem ebenfalls sehr kurzen Beitrag über die zwanzigtausend Bücher. Vergleicht man die beiden Texte, sind Unterschiede festzustellen, die auf eine kritische Färbung des Textes der "Neuen Freien Presse" schließen lassen.

So berichtet die "Neue Freie Presse" u.a., dass die Bücher "*auf dem Platz vor der Oper von den Studenten in geschlossenem Zug auf zahlreichen Lastkraftwagen gebracht und abends dort v e r b r a n n t werden*." (NFP, Abendblatt, 9.5.1933: 3). Sie schreibt also von einem "*geschlossenen Zug*", im Gegensatz zum "*feierlichen Zug*" der "Neuen Zeitung". Damit hat der Redakteur den Text der "Neuen Freien Presse" neutraler formuliert als die "Neue Zeitung", die offensichtlich den Eindruck einer bevorstehenden, "feierlichen Veranstaltung des Volkes" vermitteln möchte.

13. Mai 1933

Nach der Bücherverbrennung am 10. Mai in mehreren deutschen Städten berichtet die "Neue Zeitung" erst am 13. Mai auf Seite 4 des Blattes über das Ereignis. Unter dem Titel "*Die Bücherverbrennungen im Dritten Reich*" (DNZ, 13.5.1933: 4) listet das Blatt die neun "*Flammensprüche*" auf, die während der Verbrennungen gerufen wurden. Dazu schreibt sie:

"*In Berlin und in vielen anderen Städten des Deutschen Reiches fanden am Abend des 10. Mai öffentliche Bücherverbrennungen statt. Dabei wurde eine feierliche Zeremonie eingehalten, indem die Bücher dem Feuer mit den folgenden Flammensprüchen übergeben wurden*:

1. R u f e r: Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebensfassung! Ich übergebe den Flammen die Schriften von Marx und Kautsky.

2. R u f e r: Gegen moralischen Verfall! Für Sitte und Familie und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Bläser und Erich Kästner. (...)

4. R u f e r: Gegen seelenzerfasernde Zerfetzung des Kriegslebens. Für den Adel der

menschlichen Seele! Ich übergebe der Flamme die Schriften des Sigmund Freud. (...)" (DNZ, 13.5.1933: 4).

Die Sprüche wurden offenbar vor Ort notiert, denn Rufer 4 hatte eigentlich gerufen: "*Gegen seelenzerfasernde Überschätzung des Trieblebens. Für den Adel der menschlichen Seele! (...)"* (Opitz/Sohns, 2008[a]).

Vergleicht man die Nachberichterstattung der "Neuen Freien Presse" mit der der "Neuen Zeitung", so erkennt man deutliche Unterschiede in der Wortwahl, auch wenn beide Texte neutral formuliert wurden. So berichtet die "Neue Zeitung" von einer "*feierlichen Zeremonie*" und davon, dass die Bücher "*den Flammen übergeben*" wurden (vgl. DNZ, 13.5.1933: 4). Die "Neue Freie Presse" andererseits spricht nur von einer "*öffentlichen Verbrennung*" der - wie sie nochmal mit Anführungszeichen hervorhebt - "*undeutschen*" Bücher auf einem "*Scheiterhaufen*". Außerdem benutzt sie die Phrase "*in die Flammen werfen*" und nicht wie die "Neue Zeitung", "*übergeben an die Flammen*". Die "Flammensprüche" erwähnt die "Neue Freie Presse" nur nebenbei: "*[Es; Anm. d. Verf.] wurden g r o ß e B ü c h e r p a k e n i n d i e F l a m m e n g e w o r f e n, wobei die V e r f a s s e r a u f g e r u f e n und e n t s p r e c h e n d e S p r ü c h e l a u t v e r k ü n d e t wurden.*". (NFP, Abendblatt, 11.5.1933: 1.) Im Vergleich der beiden Blätter kann man also feststellen, dass die "Neue Zeitung" von der Bücherverbrennung den Eindruck eines "feierlichen" Rituals zu zeichnen versucht, während im Gegensatz dazu die "Neue Freie Presse" negativ behaftete Worte wie "*öffentliche Verbrennung*" und "*Scheiterhaufen*" verwendet. Dies bestärkt den bisherigen Schluss, dass die "Neue Freie Presse" den Bücherverbrennungen sehr kritisch gegenüber stand.

7.3.5 FAZIT Vergleich "Neue Freie Presse" und "Die Neue Zeitung"

Mangels eines Kommentars der "Neuen Zeitung" zum Thema "Wider den undeutschen Geist" musste der Vergleich auf die Wortwahl der Berichte in den beiden Zeitungen beschränkt werden. Dabei konnte festgestellt werden, dass die "Neue Zeitung" für die Beschreibung der Ereignisse oft sehr positiv besetzte Worte - wie "*feierlicher Zug*" und "*feierliche Zeremonie*" - wählte. Die "Neue Freie Presse" spricht dagegen von einem "*geschlossenen Zug*", kritisch vom "*Scheiterhaufen*" und von einer "*öffentlichen Verbrennung*". Weiters setzt die "Neue Freie Presse" im Gegensatz zur "Neuen Zeitung" das Wort "undeutsch" und "zersetzendes Schrifttum" unter Anführungszeichen, um auf eine Distanzierung von diesen Begriffen hinzudeuten.

Damit kann auch die Schlussfolgerung von Katharina Saremba (vgl. 2009: 152) verifiziert werden.

7.4 Analyse Verbot der Nationalsozialisten

7.4.1 Überblick

Das Betätigungsverbot der Nationalsozialisten stellt in diesem Kapitel den Untersuchungsgegenstand dar. Dieses Verbot trat am 19. Juni 1933 in Kraft, weshalb der Untersuchungszeitraum vom 18. Juni bis 21. Juni gewählt wurde. So können sowohl eine etwaige Vorgeschichte als auch die Berichterstattung nach dem Inkrafttreten des Gesetzes analysiert werden.

In diesem Zeitraum erschien die "Neue Freie Presse" sechsmal. Am Sonntag, den 18. Juni erschien sie nur mit einem Morgenblatt und am 19. Juni mit einem Abendblatt. An den anderen beiden Tagen wurde das Blatt zweimaltäglich herausgebracht. Das Untersuchungsmaterial umfasst 56 Artikel, wovon sich 30 Artikel inhaltlich mit dem Betätigungsverbot der Nationalsozialisten befassen und 26 Artikel über die Bombenanschläge berichten, die als Auslöser für den Ministerratsbeschluss galten. Im Untersuchungsmaterial befinden sich auch zwei Leitartikel.

Außerdem ist für den Untersuchungszeitraum zu beachten, dass, ebenso wie in der Zeit des Judenboykotts und der Bücherverbrennungen, Ernst Benedikt noch etwa 35 % der Aktien der "Neuen Freien Presse" besaß und der Rest dem ausländischen Konsortium sowie Stefan von Müller gehörten. Letzterer versuchte zwischen Herbst 1932 und 1934, die Gesundung des Blattes herbeizuführen. Laut Benedikt tat er dies "*auf Kosten der Unabhängigkeit*" (Steinberger, 1990: 72) des Blattes. Es wäre also möglich, dass Müller zu dieser Zeit, wie Ernst Benedikt beschrieb, bereits Kontakte zum Deutschen Reich knüpfte und Hitler tausende Gratisexemplare anbot, um Werbung für das Blatt zu machen.

7.4.2 Analyse "Neue Freie Presse"

Die erste Meldung, die sich im Umkreis des Analysethemas befindet, erscheint auf der Titelseite der "Neuen Freien Presse" vom 18. Juni 1933. Sie trägt den vielsagenden Titel "*Aufklärung der Bombenanschläge in Wien. Die Täter Mitglieder einer nationalsozialistischen Wehrformation*." (NFP, Morgenblatt, 18.6.1933: 1) und beschreibt die neuen Erkenntnisse zu den Anschlägen. Dazu passt die Rede von Heeresminister Vaugoin, die sich gegen die Nationalsozialisten richtet und u.a. konstatiert: "*J e m e h r T e r r o r, je mehr Verbrechen, desto s t r e n g e r und r ü c k s i c h t s l o s e r wird die Regierung werden*." (NFP, Morgenblatt, 18.6.1933: 7).

Am 19. Juni veröffentlicht die "Neue Freie Presse" auf der Titelseite einen unkommentierten Bericht mit der Überschrift "*Die Untersuchung in der Bombenaffäre vor dem Ende. Energisches Einschreiten gegen die S. A. und S. S. bevorstehend*." (NFP, Abendblatt, 19.6.1933: 1). Darin schreibt sie, dass der Polizeibericht über die Aufklärung der Bombenanschläge kurz vor der Veröffentlichung steht und die Untersuchung "*derart belastendes Material gegen die militanten Formationen der nationalsozialistischen Partei (...) ergeben*" hat, "*daß im Schoße der Regierung die schon früher erwogenen Pläne, zur Auflösung dieser Formationen zu schreiten, neuerlich und zwar diesmal mit besonderer Aktualität erwogen werden*." (NFP, Abendblatt, 19.6.1933: 1). Sie fügt hinzu: "*Eine Auflösung der Gesamtpartei scheint jedoch im Augenblicke weniger in Frage zu stehen*." (NFP, Abendblatt, 19.6.1933: 1).

Auf Seite drei desselben Blattes berichtet sie genauer über die "*Aufklärung der Bombenanschläge. Geständnisse und weitere Verhaftungen*." (NFP, Abendblatt, 19.6.1933: 3) und auf der nächsten Seite über "*Sabotageakte*" und andere Delikte von Nationalsozialisten (vgl. NFP, Abendblatt, 19.6.1933: 1).

Die Titelseite des Morgenblattes vom 20. Juni ist beherrscht von einer Meldung über den folgenschweren "*Handgranatenanschlag auf Hilfspolizei in Krems*" (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 1), bei dem 29 Hilfspolitzisten verletzt wurden. Dies gab den Anstoß für eine Ministerratssitzung, in der das daraufhin ausgesprochene "*Verbot der nationalsozialistischen Partei*" (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 1) beschlossen wurde. Als Begründung wurden die jüngsten Sprengstoffattentate in Wien genannt, die

bewiesenermaßen von S.A. und S.S. verübt wurden. Nach der Veröffentlichung des Ministerrats-Beschlusses fügt das Blatt an: "*Bezüglich der Vorfälle in K r e m s sind alle M a ß n a h m e n getroffen worden, um W e i t e r u n g e n r e s t l o s zu v e r h i n d e r n. Die strengste Untersuchung ist eingeleitet*." (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 1). (Vgl. NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 1.) Danach veröffentlicht das Blatt unkommentiert einen Teil des Aufrufes von Sicherheitsminister Fey an die Bevölkerung, worin er die bisherigen Gewalttaten ansprach und mitteilte,

> "*daß es n o t w e n d i g war, die entsprechenden K o n k l u s i o n e n zu ziehen und mit Energie und Tatkraft gegen die Gewalttäter vorzugehen. (...) Die Regierung wird mit aller Strenge darauf sehen, daß R u h e u n d O r d n u n g a u f r e c h t e r h a l t e n bleiben. Sie wird, gestützt auf die brave Exekutive, (...), ihren W i l l e n u n b e d i n g t d u r c h s e t z e n*." (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 1).

Den größten Teil der Titelseite nimmt jedoch der Leitartikel ein, der sich ausführlich mit dem Thema befasst und die Haltung des Blattes erkennen lässt. Unter dem Titel "*Verbot jeder Betätigung für die Nationalsozialisten in Oesterreich. Auflösung der Sturmabteilungen und Schutzstaffeln. Ein neuer Terrorakt bei Krems. Sechzehn Schwerverwundete.*" (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 1) geht die "Neue Freie Presse" mit den Methoden der Nationalsozialisten schwer ins Gericht. Der Autor beschreibt die jüngsten Terroranschläge, nennt sie ein "*unmenschliches Vorgehen*" und zeigt sich mit der Regierung d´accord, den "*schärfsten Akt der Repression*" (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 1) durchzuführen:

> "*Wer den Bericht über die Untat gegen die armen Teufel auf sich wirken läßt, die da bluten müssen, weil sie gewissen Elementen nicht zu Gesicht stehen, der muß von tiefster Empörung ergriffen sein über die Unmenschlichkeit dieses Vorgehens. Die Regierung konnte bei solchen Verhältnissen nicht untätig bleiben*." (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 1).

Der Leitartikler nimmt Bezug auf eine Rundfunkrede Schuschniggs, in der er "*sehr deutlich gesagt*" habe: "*Wir haben seit Monaten pflichtgemäß gewarnt und immer wieder gewarnt, wir haben immer wieder betont, wir wollen nicht Blut und wir wollen nicht Kampf*." (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 1). Danach habe Schuschnigg betont, dass die Bundesregierung lange genug gewartet hätte, sie

"*durfte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, sie sei zu spät gekommen. (...). Damit bricht die österreichische Regierung sozusagen die Brücken ab für ein Kompromiß, aber sie läßt sich nicht von Rache oder Gehässigkeit leiten, sondern sie will nur den Weg zum Aufstieg (...)*" (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 1).

Diese Rede Schuschniggs kommentiert der Autor des Leitartikels zustimmend und empfiehlt, das Problem "Nationalsozialismus" an der Wurzel zu packen:

"*Demgemäß wird jetzt ein sehr ernstes Problem vor die Regierung treten. Sie darf sich nicht begnügen mit dem bloßen Verbieten der Partei, mit der bloßen Beseitigung der äußeren Zeichen und der äußeren Betätigung. Es ist notwendig, in das Innere der Menschen einzudringen und tausendfach auf die Gemüter einzuwirken. Damit von Grund auf das Uebel entschwinde und die Gefahr eines Rückfalles*." (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 1).

Mit Bezug auf Deutschland, wo im August 1932 "*eine wüste Orgie von Terrorfällen*" (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 2) stattfand und die Gewaltkatastrophe mit Hilfe der "*gesamten Machtmittel des Staates*" verhindert wurde, verlangt der Leitartikler mehr:

"*Es kommt jedoch darauf an, mehr zu tun als diese gewiß notwendigen Maßnahmen, eine Kampagne großzügigster Art ist erforderlich, um bis in das letzte Tal, (...) die Ereignisse wahrheitsgetreu zu schildern, die Ausstreuung falscher Gerüchte zu bekämpfen und die Sachlage so vollkommen zu klären, daß selbst die Unwissenden und Verblendeten sonnenklar alle Zusammenhänge begreifen und den Weg, den die Regierung genommen hat. Denn nicht nur physisch muß der Nationalsozialismus von Oesterreich ferngehalten werden, ebenso wichtig, vielleicht noch wichtiger ist es, daß die geistigen Miasmen durch eine entsprechende Therapie verschwinden*." (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 2).

Die "Neue Freie Presse" sieht Österreich dennoch als Teil des deutschen Volkes und stellt klar, dass diese Vorgangsweise der Nationalsozialisten nicht dem Geist dieses Volkes entspricht:

"*Diese Erniedrigung in der Wahl der Mittel, dieses Blutvergießen ohne Sinn und Zweck, das ist nicht aus dem Gemüte unseres Stammes geboren, auch nicht aus dem Gemüte des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit. Das sind wilde Schößlinge, die aus der Kriegspsychose ihre üblen Kräfte geschöpft haben, das sind Rasende, die*

jede Besinnung, jedes Rechtsgefühl verloren haben." (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 2).

Außerdem erhofft sich der Autor Unterstützung aus dem Ausland, die nicht nur "*sympathischer Worte*", sondern auch aktiver "*Handlungen im Dienste der Befriedung*" (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 2) bedarf:

> "*Wir sind die letzten, die ein Oesterreich wünschen, beruhend auf der Gnade von Fremden. Aber es müßte wohl denkbar sein, an allen Stellen die volle Evidenz dafür zu schaffen, daß das deutsche Volk als Ganzes durch diesen rasend gewordenen Bruderzwist sich selber schadet, sich selber herabsetzt und schändet*." (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 2).

Zu guter Letzt übt der Leitartikler scharfe Kritik an Deutschland und Hitler:

> "*Eine Kampagne der Selbstzerstörung in diesem Augenblick und bei solchen nationalen Gefahren, das kann sich wirklich nur das deutsche Volk gestatten! Ein großer nationaler Führer müßte mit einem Federstrich den ganzen Gespenstergraus beseitigen, er müßte den Haß abstreifen wie öde Spinnweben; es müßte ihm gelingen, Klarheit zu bringen über das Mögliche und Nützliche, eine Umkehr auf der ganzen Linie. Heute aber ist der Kampf auf dem Höhepunkt angelangt. Schaudernd muß die Geschichte ihr Haupt verhüllen vor diesem Sechsundsechzig, gekämpft zwischen zwei Leichnamen, ausgefochten zwischen zwei Ländern des gleichen Schicksals. Jetzt kann es wirklich heißen: Vae victis! Und die Sieger können lächelnd zusehen, wie die Besiegten sich gegenseitig morden.*" (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 2).

Auf Seite vier des Morgenblattes bringt die "Neue Freie Presse" zahlreiche unkommentierte Berichte zum Analysethema. Unter dem Titel "*Das Verbot der Betätigung der nationalsozialistischen Partei. Im Zusammenhang mit den Bombenattentaten*." (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 4), veröffentlicht sie Informationen zur Ministerratsbesprechung, in der das Verbot beschlossen wurde sowie den genauen Wortlaut der Verordnung zum Betätigungsverbot. Sie erklärt, was nun mit den Mandaten der nationalsozialistischen Abgeordneten geschieht und bringt Hintergrundinformationen zur Organisation der "*militanten Formationen der Nationalsozialisten*" (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 4). Das Blatt druckt die Rundfunkrede des Justizministers Schuschnigg vom Vortag, auf die auch der Leitartikel

Bezug genommen hat, bringt Hintergrundinformationen und Neuigkeiten zu den Anschlägen in Wien und Krems und zu darauffolgenden Massenverhaftungen von Nationalsozialisten sowie zum misslungenen Sabotageakt auf das Elektrizitätswerk in Salzburg. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 4f.)

Im Abendblatt des 20. Juni 1933 berichtet die "Neue Freie Presse" auf der Titelseite über "*Verhaftung und Geständnis der Kremser Attentäter*." (NFP, Abendblatt, 20.6.1933: 1) und fügt eine Meldung über einen weiteren Bombenanschlag an (vgl. NFP, Abendblatt, 20.6.1933: 1). Auf der nächsten Seite greift der Redakteur unter dem Titel "*Schach dem Terror! Die Aufnahme der Regierungsmaßnahmen in der Oeffentlichkeit.*" (NFP, Abendblatt, 20.6.1933: 2) den neuen Bombenanschlag auf, der sich diesmal gegen eine Eisenbahnstrecke richtete und nennt es "*nachträglich eine neue traurige Rechtfertigung für die Regierungsmaßnahmen*" (NFP, Abendblatt, 20.6.1933: 2) - bestätigt also die Zustimmung des Blattes zum Verbot. Die Öffentlichkeit habe die Regierungsverfügung im Allgemeinen ruhig aufgenommen und "*im großen überwiegt bei denen, die nicht parteimäßig orientiert sind, das Gefühl, daß die Regierung nicht mehr zurück konnte und daß ohne wirksame Gegenmaßnahmen ihre Position sich als unmöglich erwiesen hätte.*" (NFP, Abendblatt, 20.6.1933: 2). Danach veröffentlicht das Blatt den "*Aufruf des Sicherheitsministers Fey*." (NFP, Abendblatt, 20.6.1933: 2), der unkommentiert im Wortlaut Feys wiedergegeben wird und worin er alle Angriffe und Attentate nochmal aufzählt, damit die Entscheidung der Regierung erneut begründet und auf die Maßnahmen zur Durchführung des Gesetzes eingeht (vgl. NFP, Abendblatt, 20.6.1933: 2):

> "*Die Anhänger dieser Partei schienen es in unerhörter Verblendung darauf angelegt zu haben, Oesterreich zugrunde zu richten. (...). Die Regierung ist entschlossen und stark genug, jede weitere illegale Tätigkeit mit allen Mitteln zu verhindern*." (NFP, Abendblatt, 20.6.1933: 2).

Auch Starhemberg kommt auf dieser Seite zu Wort, er erlässt einen Aufruf an seine Heimwehrkameraden und nennt die Attentäter "*braune Mordbestien*" (NFP, Abendblatt, 20.6.1933: 2). Diesen Text druckt die "Neue Freie Presse" ebenfalls unkommentiert ab. Auch die nächste Seite befasst sich mit dem "*Verbot der Nationalsozialistischen Partei*." und den "*Verfügungen der Behörden*." (NFP, Abendblatt, 20.6.1933: 3) an die Exekutive sowie mit Anweisungen für die Durchsetzung der Beschlüsse. Die "Neue Freie Presse"

gibt auch diese neutral wieder. Danach befasst sie sich mit der "*Auffassung in politischen Kreisen*." (NFP, Abendblatt, 20.6.1933: 3), wo das Blatt festhält, dass die Regierungsparteien ohne Ausnahme der Meinung seien, "*daß d i e s e n K a m p f m e t h o d e n m i t a l l e r E n e r g i e e i n E n d e g e s e t z t werden muß*." (NFP, Abendblatt, 20.6.1933: 3). Darauf folgen weitere unkommentierte Berichte über die nationalsozialistischen Mandatare, den Überwachungsdienst der Polizei in Wien, die Besetzung der "Dötz" durch die Polizei und mit neuen Informationen zum Anschlag auf das Elektrizitätswerk bei Salzburg. In der deutschen Presse sei das Verbot ohne Kommentar wiedergegeben worden und die Pariser Öffentlichkeit habe die Maßnahmen ebenfalls mit "*sachlicher Ruhe beurteilt*" (NFP, Abendblatt, 20.6.1933: 3). (Vgl. NFP, Abendblatt, 20.6.1933: 3.)

Im Morgenblatt des 21. Juni veröffentlicht die "Neue Freie Presse" neben einem Bericht über "*Weitere Verhaftungen in der Wiener Bombenaffäre*" (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 1) einen Leitartikel mit dem Titel "*Krise der Jugend. Der Massenmörder: Herbert Mosel, ein Achtzehnjähriger*." (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 1). Darin schreibt der Autor, dass das "*Rätsel des Attentats in Krems*" gelöst sei und dass sich ein Achtzehnjähriger zu der Tat bekannt habe. Das Blatt sieht jedoch nicht den Attentäter allein als Schuldigen:

> "*Billigen wir ihm alle mildernden Umstände zu, die aus dem Kollektivwahnsinn unserer Tage, aus Unwissenheit, aus dem Kultus der Schlagworte entspringen. Aber eines ist abstoßend bis zur Widerwärtigkeit, ja bis zum Ekel: die Verletzung der Unschuldigen und die Hinterlist bei der Durchführung des Anschlages. (...). Dieser Achtzehnjährige, der drei Mordwerkzeuge in die Abteilung seiner Landsleute hineinwirft, der davonläuft wie nach einem Bubenstreich, dieser traurige Held, das ist so recht das Beispiel einer ganz neuartigen Sorte von Verirrten, das ist ein Typus, der zu den bedenklichsten Verfallserscheinungen der Gegenwart zu rechnen ist*." (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 1).

Der Leitartikler enthüllt eine "*besondere Schwäche*" der politischen Parteien, "*[d]enn man täusche sich nur nicht, den Nationalsozialisten ist es gelungen, einen Teil der Jugend an sich zu reißen*." (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 1). Er liefert Lösungsansätze, wie man der "*geistigen Arbeitslosigkeit der jungen Leute*" entgegenwirken kann (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 1). "*Nur dann werden so ungeheuerliche Verbrechen nicht*

möglich sein, wie wir sie in diesen Tagen schaudernd und voll Entrüstung erleben müssen." (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 2).

Auf Seite drei des Morgenblattes berichtet die "Neue Freie Presse" über die Neuigkeiten in der "*Untersuchung gegen die Kremser Attentäter*" (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3) und bringt kurze Meldungen zu anderen Terrorakten sowie zur "*Anhaltung Dr. Pfrimers in Salzburg*." (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3). Unter dem Titel "*Das Verbot der nationalsozialistischen Betätigung. Die polizeilichen Vorkehrungen*." (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3) berichtet das Blatt über Personen, die das Parteiabzeichen trugen und der "*Bestrafung zugeführt*" werden, was das Verbot der Versammlungstätigkeit in der Anwendung bedeutet und dass die "*bisherigen nationalsozialistischen Z e i t u n g e n*" weiterhin erscheinen, da sie Eigentümer, Verleger und Herausgeber geändert hatten. Der Redakteur fügt hinzu, dass sie "*ebenso wie die ´R o t e F a h n e´ erscheinen*" können, "*sofern sie sich jeder Parteipropaganda enthalten.*" (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3) sonst hätte es eine polizeiliche Beschlagnahmung und die Bestrafung der verantwortlichen Funktionäre zur Folge. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3.)

Darunter veröffentlicht das Blatt einen Kurzbericht über das Verbot des steirischen Heimatschutzes sowie über eine mögliche "*Ausschaltung der Nationalsozialisten im niederösterreichischen Landtag?*" (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3). Besonderes Augenmerk erhält "*[d]ie Aufnahme des Verbotes in Innsbruck*." (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3), wo von Waffenbeschlagnahmungen und Demonstrationen berichtet wird und wo man schließlich die "*Ruhe w i e d e r h e r g e s t e l l t*" (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3) habe. Ein weiterer Bericht befasst sich mit einer Rede des Heeresministers Vaugoin auf einer Vaterländische-Front-Kundgebung mit Gegendemonstrationen, die "*die Polizei jedoch rasch beendete*" (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3). Vaugoin sprach sich explizit für das Verbot aus und konstatiert, damit würde die "*d e u t s c h e s t e P o l i t i k*" verfolgt (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3).

Nachdem diese Meldungen allesamt unkommentiert und neutral veröffentlicht wurden, ist der darauffolgende Bericht über ausländische Pressestimmen besonders interessant. Hier kommen die deutschen Stimmen platzmäßig gleichermaßen zu Wort, wie jene aus England und Frankreich zusammen:

Unter dem Titel "*Das Ausland zu den Ereignissen in Oesterreich. Der Widerhall in Deutschland*." (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3) berichtet der Korrespondent von vier

Pressestimmen aus Deutschland. Die "Vossische Zeitung" konstatiert mit dem Titel "´*D i e W ü r f e l s i n d g e f a l l e n!*´", dass die österreichische Regierung mit dem Beschluss "*den Rubikon überschritten*" habe und es keinen Ausgleich "*im inneren Kampf um Oesterreich*" (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3) mehr gebe. Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" bedauert die "*schrecklichen Vorgänge der letzten Zeit in Oesterreich*" außerordentlich, "[*o]ffenbar haben in der nationalsozialistischen Bewegung auch t e r r o r i s t i s c h e P r o v o k a t o r e n Unterschlupf gefunden*." (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3). Der "Lokal-Anzeiger" bedauert das "*Verbot der nationalsozialistischen Zeitungen*" (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3) und Goebbels´ "Angriff" meldet: "*Der Schlag der österreichischen Regierung gegen den Nationalsozialismus ist ein Schlag gegen das deutsche Volkstum selbst*." (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3). Der englische "Manchester Guardian" widmet der österreichischen Unabhängigkeit einen Leitartikel und bezieht sich auf eine Aussage des Unterstaatssekretärs Eden, der im Unterhaus sprach:

> "*Die Nationalsozialisten in Deutschland sind so blind gewesen, zu glauben, daß sie sowohl auf die britische Gleichgültigkeit als auch auf die Tolerierung durch Italien rechnen könnten. Die Auffassung Englands und Italiens ist aber klar: O e s t e r r e i c h m u ß s e i n G e s c h i c k s e l b s t e n t s c h e i d e n*." (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3).

Die Stimmen aus Frankreich stimmen dem Verbot ebenfalls zu, es heißt

> "*Österreich hat das Glück, in Dr. Dollfuß einen energischen Staatsmann zu besitzen, der die Uebergriffe der Nationalsozialisten auf allen Gebieten Schlag auf Schlag zu erwidern verstanden hat. (...). Dr. Dollfuß [hat; Anm. d. Verf.] den einzig richtigen Weg eingeschlagen (...), um das Land zu verteidigen*." (NFP, Morgenblatt, 21.6.1933: 3).

In den von der "Neuen Freien Presse" zitierten Pressestimmen überwiegt die positive Meinung über das Betätigungsverbot für die Nationalsozialisten. Die kritischen Stimmen aus Deutschland dienen vermutlich nur dazu, alle Seiten zu beleuchten und werden von der "Neuen Freien Presse" sehr kurz zusammengefasst. Im Abendblatt desselben Tages druckt die "Neue Freie Presse" eine deutsche Pressestimme. Sie wird vom Blatt als "*charakteristisch für die Art, wie man österreichische Dinge jetzt behandelt*" (NFP, Abendblatt , 21.6.1933: 3) angesehen und bereits in der Überschrift scharf kritisiert:

"*Eine schwere Beleidigung Oesterreichs. Eine Aeußerung des ´Völkischen Beobachters´*." (NFP, Abendblatt, 21.6.1933: 3). Darin setzt das deutsche Blatt *"seine Angriffe in verstärkter Form fort"* (NFP, Abendblatt, 21.6.1933: 3), nennt Fey einen Lügner, die Begründung des Verbotes unehrlich und unterstellt der Regierung, das Attentat in Krems verschuldet zu haben, um "*endlich den Maschinengewehren den Befehl zum Schnellfeuer gegen die Deutschen geben zu können*." (NFP, Abendblatt, 21.6.1933: 3). (Vgl. NFP, Abendblatt, 21.6.1933: 3.)

7.4.3 FAZIT Analyse "Neue Freie Presse"

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die "Neue Freie Presse" scharf mit den Methoden der Nationalsozialisten ins Gericht geht und die Entscheidung der Regierung, das Betätigungsverbot auszusprechen, befürwortet. Das Blatt nimmt das Problem des Nationalsozialismus ernst und schlägt zusätzliche Lösungswege vor, um den Nationalsozialismus ganz aus Österreich fernzuhalten. Sie sieht Österreich zwar als Teil des deutschen Volkes, kritisiert jedoch Hitler und die deutschen Nationalsozialisten.
Auch hier ist keine Werbung aus Deutschland während des Untersuchungszeitraums auffindbar.

7.4.4 Überblick "Deutsche Arbeiter-Presse" und das Verbot der Nationalsozialisten

Zum Vergleich der Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" über das Betätigungsverbot der Nationalsozialisten wird die "Deutsche Arbeiter-Presse" herangezogen. Da das Hauptorgan der NSDAP Österreichs mit der Führung von Karl Schulz zu dieser Zeit monatlich erschien, wurde als Untersuchungsmaterial das am 3. Juli 1933 (25. Jg., Folge 15), also kurz nach dem Ereignis, erschienene Blatt ausgewählt. Darin finden sich drei Artikel, die sich - zumindest teilweise - mit dem Analysethema befassen.

Die Schulzgruppe hatte sich von der NSDAP (Hitlerbewegung) 1926 abgespalten und betrachtete seit jeher die Methoden Hitlers kritisch, was sich auch in der "Deutschen Arbeiter-Presse" wiederspiegelt. Laut Bernd Beutl unterstützte das Blatt ab 1933 (vgl. Beutl, 2001: 94) "*letztendlich sogar die Regierung bzw. das autoritäre Regime Dollfuß*" (Beutl, 2001: 72f).

7.4.4.1 Vergleich "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Neue Freie Presse"

Auf der Titelseite der "Deutschen Arbeiter-Presse" vom 3. Juli 1933 bringt das Blatt einen groß aufgemachten Kommentar der Schulzgruppe mit dem Titel "*Deutsche Oesterreicher! Oesterreichische Nationalsozialisten*!" (DAP, 3.7.1933: 1). Darin kritisiert sie die NSDAP (Hitlerbewegung):

> "*Der Nationalsozialismus hat in Oesterreich eine schwere Niederlage erlitten. Die Hitlerbewegung in Oesterreich, mit der wir anderen Nationalsozialisten der seit 1905 bestehenden Stammpartei jede Gemeinschaft ablehnen, seit sie sich im Jahre 1926 von uns getrennt hat, hat durch die Methoden des Terrors und der brutalen Gewalt dem nationalsozialistischen Gedanken einen schlechten Dienst erwiesen*." (DAP, 3.7.1933: 1).

Klar ist, dass die "Neue Freie Presse" das Verbot unter anderen Vorzeichen betrachtet und die "Deutsche Arbeiter-Presse" aufgrund ihrer nationalsozialistischen Gesinnung dieses als "Niederlage" bezeichnet. Doch in ihrer Ablehnung des Terrors sind sich die beiden Blätter einig. So schreibt die "Deutsche Arbeiter-Presse" in fetten Lettern: "*Die*

gesamte Bevölkerung lehnt die letzten Terrorakte einmütig und mit Recht ab!" (DAP, 3.7.1933: 1). Auch die "*Stammpartei*" verurteilt "*diese Vorkommnisse (...) auf das schärfste" und wendet sich "mit Abscheu und Entrüstung von [den; Anm. d. Verf.] Methoden ab*" (DAP, 3.7.1933: 1). Ebenfalls stimmen die beiden Blätter darin überein, dass sich die Hitlerbewegung diese Reaktion der Regierung selbst zuzuschreiben hat: "*Die österreichischen Hitleranhänger haben sich damit selbst außerhalb der Schranken legaler Politik gestellt und haben damit das Schicksal verdient, das ihnen zuteil geworden ist!*" (DAP, 3.7.1933: 1). Die "Neue Freie Presse" schmückt die Begründung mehr aus und lässt schärfere Kritik als die "Deutsche Arbeiter-Presse" mitschwingen:

> "*Wer den Bericht über die Untat gegen die armen Teufel auf sich wirken läßt, die da bluten müssen, weil sie gewissen Elementen nicht zu Gesicht stehen, der muß von tiefster Empörung ergriffen sein über die Unmenschlichkeit dieses Vorgehens. Die Regierung konnte bei solchen Verhältnissen nicht untätig bleiben*." (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 1).

Die österreichischen Nationalsozialisten "*der alten Richtung*" sehen in der Entscheidung der Regierung auch eine Chance, die "*Gleichschaltung*" im eigenen Lager zu verhindern, gegen die die Partei schon lange ankämpft (vgl. DAP, 3.7.1933: 1). Sie begrüßt es,

> "*daß Männer aufgestanden sind, die einerseits dafür sorgen, daß solche Methoden bei uns nicht einreißen, andererseits den österreichischen Standpunkt politisch hervorkehren und verhindern, daß Oesterreich zu einer preußischen Provinz herabsinke und im Wege der ´Gleichschaltung´ zu einem Büttel Preußen-Deutschlands werde!*" (DAP, 3.7.1933: 1).

Auch die Bildung der "*Vaterländischen Front*" befürwortet sie und bekennt sich "*mit Freuden als Mitkämpfer für ein deutsches Österreichtum*" (DAP, 3.7.1933: 1). Sie fühlt sich in ihrem Kampf gegen die Hitlerbewegung bestätigt und betont, dass ihre Partei von den Beschlüssen der Bundesregierung "*nicht berührt*" wird: "*Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die Entwicklung der letzten Zeit uns und unserer Politik recht gegeben hat!*" (DAP, 3.7.1933: 1). Trotzdem wünscht die Schulzgruppe in ihrem Hauptblatt eine "*baldmöglichste Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zum Deutschen Reich im nationalen und volkspolitischen Interesse und Respektierung Adolf Hitlers als zurzeit maßgebenden Führers des deutschen Bruderstaates*." (DAP, 3.7.1933: 1), denn die Partei kämpfe für "*ein Großdeutschland unter österreichischer Führung oder zumindest*

maßgebender Mitführung." (DAP, 3.7.1933: 1). Diesen Wunsch teilt die "Neue Freie Presse" nicht - sie möchte den Nationalsozialismus physisch und psychisch aus Österreich weggehalten sehen und kritisiert den "Führer", der "*den ganzen Gespenstergraus*" beseitigen und eine Umkehr auf der ganzen Linie bewirken müsse (vgl. NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 2). Durch den Ausdruck des Ersehnens einer "*Umkehr auf ganzer Linie*" lässt sich jedoch ein zurückhaltender Wunsch herauslesen, dass Frieden zwischen den zwei Ländern "*des gleichen Schicksals*" herrsche (NFP, Morgenblatt, 20.6.1933: 2).

Die Schulz-Gruppe schließt ihren Artikel mit den hervorgehobenen Worten: "*Der Hitlersche Nationalsozialismus in Oesterreich ist tot! Es lebe der österreichische Nationalsozialismus! Es lebe Oesterreich, die H e i m a t des wahren nationalsozialistischen Gedankens!*" (DAP, 3.7.1933: 2).

Darauf folgt auf Seite zwei des Schulz-Blattes "Deutsche Arbeiter-Presse" ein Kommentar mit dem Titel "*Es lebe der Nationalsozialismus in Oesterreich*!" (DAP, 3.7.1933: 2). Darin konstatiert der Autor, sie hätten das "*Verhängnis*", das nun über die Hitlerbewegung "*hereingebrochen*" war, vorausgesehen und schon lange davor gewarnt (vgl. DAP, 3.7.1933: 2). Sie mussten

> "*mit Bedauern wahrnehmen, wie dessen Grundsätze von den leitenden Kreisen der Hitlerbewegung immer mehr in den Hintergrund gerückt, ja verleugnet wurden auf Kosten von radikalen Ansichten und Methoden, die in jedem Rechtsstaat zum Scheitern verurteilt sein mußten*." (DAP, 3.7.1933: 2).

Darunter druckt die "Deutsche Arbeiter-Presse" die "*freudige Mitteilung*": "*Es geht aufwärts mit unserer Bewegung! (...). Jetzt, wo auch der letzte und verbohrteste Hitleranhänger sieht, daß er so nicht weiterkommt, jetzt kehren sie alle zurück*" (DAP, 3.7.1933: 2).

Auf Seite drei veröffentlicht das Blatt einen Aufruf des Parteiobmannes Schulz "*[a]n alle österreichischen Nationalsozialisten*." (DAP, 3.7.1933: 3). Er ruft in dieser "*Stunde der größten Schmach, die die nationalsozialistische Bewegung erleiden konnte*" (DAP, 3.7.1933: 3) zu "*neuer Mitarbeit*" auf.

> "*Die Hitlerbewegung in Oesterreich ist verboten und die verantwortlichen Führer haben sich der Verantwortung durch die Flucht entzogen. (...). Mit wachsender Besorgnis habe ich und viele meiner Getreuen gesehen, welche Irrwege die*

Hitlerbewegung in Oesterreich eingeschlagen hat. Mit noch größerer Sorge haben wir aber die Entwicklung im Deutschen Reiche gesehen. Was dort unter dem Namen nationalsozialistische Bewegung geschieht, hat mit unserer nationalsozialistischen Idee nichts mehr zu tun." (DAP, 3.7.1933: 3).

Während also die "Deutsche Arbeiter-Presse" eine neue Chance für ein Wachsen der "alten" nationalsozialistischen Partei sieht, möchte die "Neue Freie Presse" den Nationalsozialismus ganz aus Österreich verschwunden sehen, schenkt jedoch der Schulzgruppe keine explizite Erwähnung. Die Blätter verurteilen beide die Gewalt- und Terrorakte und befürworten das erlassene Betätigungsverbot gegen die NSDAP (Hitlerbewegung) - wenn auch aus unterschiedlichen Motiven.

7.4.5 Überblick "Die Neue Zeitung" und das Verbot der Nationalsozialisten

Auch die "Neue Zeitung" berichtet in mehreren Artikeln über das Betätigungsverbot der Nationalsozialistischen Partei sowie die terroristischen Akte, die als Auslöser für die Entscheidung gelten. Der Untersuchungszeitraum wurde für dieses Blatt auf 19. bis 21. Juni 1933 festgelegt, da in der "Neuen Freien Presse" erst ab 20. Juni über das Verbot berichtet wurde. Das Untersuchungsmaterial umfasst die 15 Berichte, die in diesem Zeitraum in der "Neuen Zeitung" zu diesem Thema erschienen sind.

Das christlichsoziale Blatt befand sich laut Schopper (vgl. 1942: 34) im Untersuchungszeitraum noch nicht in nationalsozialistischen Händen, sondern wurde erst ab August 1933 zu einem getarnten nationalsozialistischen Blatt. Jedoch wäre es nach Raisp (vgl. 1952: 147f) möglich, dass es bereits davor nationalsozialistische Tendenzen annahm. Auch Wisshaupt dokumentiert eine "*energische Stellungnahme gegen die ´jüdisch-liberale´ Presse*" (Wisshaupt, 1950: 93) und eine skeptische Meinung zur "*autoritären Demokratie*", aber eine vorsichtige Stellungnahme zum neuen Regierungskurs (vgl. Wisshaupt, 1950: 93).

7.4.5.1 Vergleich "Die Neue Zeitung" und "Neue Freie Presse"

In der Ausgabe der "Neuen Zeitung" vom 19. Juni 1933 wurden weder Berichte zum Betätigungsverbot der Nationalsozialisten noch zu den Attentaten, die den Entschluss zum Verbot auslösten, veröffentlicht.

Am 20. Juni titelt das Blatt: "*NSDAP. verboten! Die Beschlüsse des gestrigen Ministerrates - den Nationalsozialisten in Österreich jede Betätigung untersagt*" (DNZ, 20.6.1933: 1). In dem unkommentierten Bericht informiert sie über den Ministerratsbeschluss und dessen Beweggründe. Danach druckt sie die Verordnung im Wortlaut ab, wie sie von der "politischen Korrespondenz" gemeldet wurde. Außerdem berichtet sie unter dem Titel "*Die Veranlassung des NSDAP.-Verbots*" (DNZ, 20.6.1933: 1) über das Bombenattentat in Krems. (Vgl. DNZ, 20.6.1933: 1.)

In einem Kommentar auf derselben Seite befürwortet die "Neue Zeitung" die Entscheidung Dollfuß´:

> "*Die nüchterne Beurteilung der Widerstände und Gegnerschaften macht geradezu das Wesen seiner Persönlichkeit aus. Er hat in den außerordentlich zugespitzten Situationen der letzten Zeit niemals dieses ruhige Urteilen verloren und hat immer bis zum letzten Augenblick zugewartet, ehe er die ihm zu Gebote stehenden Machtmittel in vollem Umfang zur Anwendung brachte. Dr. Dollfuß hat dadurch ein Maß bewiesen, von dem wir im Interesse des Gesamtdeutschtums nur wünschen können, daß es überall zur Geltung käme*." (DNZ, 20.6.1933: 2).

Daraus kann geschlossen werden, dass sowohl die "Neue Zeitung" als auch die "Neue Freie Presse" die Entscheidung der Regierung befürworten.

Am 21. Juni 1933 bringt die "Neue Zeitung" auf der Titelseite unter der Überschrift "*Was geschieht mit den Mandataren der NSDAP.?*" (DNZ, 21.6.1933: 1) einen ähnlichen, unkommentierten Bericht wie die "Neue Freie Presse". Im Kommentar auf derselben Seite wendet sich das Blatt gegen die "*Hetzpresse*" (DNZ, 21.6.1933: 1), worin der Redakteur betont, man habe sich bei der "Neuen Zeitung" "*in diesen Tagen der Aufgeregtheit stets bemüht, sachlich und objektiv zu bleiben*." (DNZ, 21.6.1933: 1). Die "*Wiener Asphaltpresse*" habe sich in den letzten Wochen Unsagbares geleistet,

> "*[m]it dem Zustand, wie wir ihn jetzt haben, muß unbedingt Schluß gemacht werden. Wir sind mit allen wirklich vaterlandsliebenden Österreichern der*

Auffassung, daß es zur Austragung politischer Gegensätze, die unter Umständen sogar notwendig und fruchtbar sind, keineswegs des Hasses, der Verachtung oder gar der Bomben bedarf, sondern ganz im Gegenteil mannhafter Ruhe, selbstsicherer Disziplin und einer glühenden Liebe zum eigenen Volk, dem wir alle angehören, nicht bloß die eine oder die andre Schicht." (DNZ, 21.6.1933: 1f).

Sowohl die "Neue Freie Presse" als auch "Die Neue Zeitung" wenden sich gegen die Terrorakte, wobei im Bezug zum Thema "Die Neue Zeitung" neutraler, die "Neue Freie Presse" emotionaler reagiert - diese übt mehr und schärfere Kritik am Nationalsozialismus und empfiehlt zusätzliche Lösungswege, um den Nationalsozialismus ganz aus Österreich fernzuhalten.

7.4.6 FAZIT Vergleich "Neue Freie Presse" mit "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Die Neue Zeitung"

Während die "Deutsche Arbeiter-Presse" das Betätigungsverbot als neue Chance für ein Wachsen der "alten" nationalsozialistischen Partei sieht, möchte die "Neue Freie Presse" den Nationalsozialismus ganz aus Österreich verschwunden sehen, schenkt jedoch der Schulz-Gruppe keine explizite Erwähnung.

"Neue Freie Presse", "Deutsche Arbeiter-Presse" sowie "Die Neue Zeitung" verurteilen die Gewalt- und Terrorakte, wobei sich die "Neue Freie Presse" am deutlichsten dagegen stellt. Alle drei Blätter stehen auf der Seite der Regierung und befürworten das erlassene Betätigungsverbot gegen die NSDAP (Hitlerbewegung) - wenn auch aus unterschiedlichen Motiven.

7.5 Analyse Februarkämpfe 1934 und Verbot der Sozialdemokraten

7.5.1 Überblick

Der Untersuchungsgegenstand dieser Analyse ist die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" über den Bürgerkrieg bzw. die Februarkämpfe, die zwischen 12. und 15. Februar 1934 stattfanden sowie das damit verbundenen Verbot der Sozialdemokratie am 12. Februar 1934. Der Untersuchungszeitraum ist mit 12. bis 15. Februar festgelegt. Die "Neue Freie Presse" erschien in dem Zeitraum insgesamt siebenmal, davon am 12. Februar einmal mit einem "Montagblatt" und von 13. bis 15. Februar zweimaltäglich.
Innerhalb des Untersuchungszeitraums erschienen 147 Artikel, davon 5 Leitartikel bzw. Kommentare, zum Analysethema.
Da sich der Untersuchungsgegenstand weder direkt mit den Nationalsozialisten Deutschlands oder Österreichs befasst noch die Einstellung der "Neuen Freien Presse" zu Deutschland aufzeigen kann und aufgrund der Fülle an Berichten und Themen, die den Bürgerkrieg und das Verbot der Sozialdemokraten - großteils unkommentiert und ohne Wertung - wiedergeben, werden nur die Kommentare bzw. Leitartikel analysiert. Daraus ist die politische Einstellung des Blattes konkreter herauszulesen als aus den Amtlichen Mitteilungen, Reden, Verlautbarungen und Aufrufen der Regierung und anderen neutralen Berichten zum Thema.
In der Redaktion der "Neuen Freien Presse" dürften sich die Spannungen zwischen Ernst Benedikt und Stefan von Müller, die seit dem Verkauf der ersten Anteile Benedikts an Müller und an das ausländische Konsortium herrschten, immer weiter zugespitzt haben. Müller war wirtschaftlich orientiert und strebte eine finanzielle Sanierung des Blattes an, während bei Benedikt die Qualität der Zeitung im Vordergrund stand (vgl. Steinberger, 1990: 72). Müller habe demnach Kontakte zur Heimwehr gesucht und Hitler tausende Gratisexemplare angeboten (vgl. Benedikt, o.J.[214], zit. nach Steinberger, 1990: 72), um so die Zeitung im Deutschen Reich zur Verbreitung zu bringen. Auch ein damaliger Redakteur, Louis Barcata, bestätigte gegenüber Gerda Steinberger, dass Benedikt sowohl gegen eine Übereinkunft mit Deutschland eintrat als auch gegen Subventionen

[214] Benedikt, Ernst: Erinnerungen. Ungedrucktes Manuskript. In: Archiv "Die Presse", Wien, Personenmappe Ernst Benedikt.

von der österreichischen Regierung (vgl. Barcata, 1989[215], zit. nach Steinberger, 1990: 71). Ab Juli 1934 übernahm Stefan von Müller schließlich den Chefredakteurs-Posten. (Siehe Kapitel 3.6, "Neue Freie Presse".) Diese Situation könnte sich auch in der Berichterstattung zu den Februarkämpfen 1934 widerspiegeln.

7.5.2 Analyse "Neue Freie Presse"

Nachdem das Blatt in der Montagausgabe des 12. Februar einen "*Appell der Regierung zur Besonnenheit*" (NFP, Montagausgabe, 12.2.1934: 1) veröffentlicht, der aus einer amtlichen Mitteilung besteht und unter anderem lautet: "*Die Bundesregierung hat unter Bereitstellung des gesamten Machtapparates alle Maßnahmen getroffen, um diese planmäßigen verbrecherischen Anschläge bolschewikischer Elemente im Keim zu ersticken.*" (NFP, Montagausgabe, 12.2.1934: 1) sowie nach einer Ansprache Feys zum Heimatschutz, in der er konstatiert, sie würden für das Vaterland "*morgen an die Arbeit gehen, und (...) ganze Arbeit leisten*" (NFP, Montagausgabe, 12.2.1934: 2), wird erst am darauffolgenden Tag über die weiteren Geschehnisse berichtet.

Nach einer ausführlichen Berichterstattung über die Ereignisse auf dem Titelblatt des 13. Februars und der Nachricht, dass der Ministerrat die Auflösung der sozialdemokratischen Partei beschlossen hat (NFP, Morgenblatt, 13.2.1934: 1), veröffentlicht die "Neue Freie Presse" einen Leitartikel auf Seite zwei mit dem Titel: "*Der Untergang der Sozialdemokratie*" (NFP, Morgenblatt, 13.2.1934: 2). Darin zeigt sich der Autor überrascht und verständnislos:

> "*Ein furchtbares Strafgericht ist über die Sozialdemokraten hereingebrochen. Die Partei verboten, das Wiener Rathaus besetzt, Bundesminister Schmitz zum Regierungskomissär ernannt, eine Reihe sozialdemokratischer Führer verhaftet. So sieht die Bilanz dieses Tages aus, der wohl zu den düstersten zählt, die Oesterreich in der Nachkriegszeit erlebt hat. Denn auch Tote und Verwundete sind zu beklagen, Opfer ihrer Pflicht, Opfer der Verhetzung. Dieses Oesterreich, zermürbt von den Folgen des Krieges, verarmt und verbettelt, es mußte neben den äußeren Gefahren noch die inneren Widerstände gewaltsam, unter Aufbietung des ganzen*

[215] Interview mit Louis Barcata am 8.8.1989 durch Gerda Steinberger.

Machtapparates unterdrücken. Niemand wird eigentlich verstehen, warum dieser Aufruhr losbrach. Die Sozialdemokratie in Oesterreich hat sich stets ihrer besonderen Disziplin gerühmt, (...)." (NFP, Morgenblatt, 13.2.1934: 2).

Der Autor schreibt, die Sozialdemokraten hätten mit der Generalstreikparole und der "*bewaffneten Revolte*" "*das Standrecht (...) förmlich erzwungen*" und fragt sich, warum eine Waffensuche unter vielen plötzlich zu solchen Ausschreitungen führen kann (vgl. NFP, Morgenblatt, 13.2.1934: 2). Damit stellt sich die "Neue Freie Presse" eindeutig an die Seite der Regierung:

"*Das ist von allen Regierungen seit vier Jahren praktiziert worden und immer ist die Ruhe erhalten worden, niemals kam es zu so ungeheuerlichen Zwischenfällen wie in Linz und stets war Verständnis dafür vorhanden, daß gegen die gesammelten Kräfte des Bundesheeres, der Polizei und der Schutzkorps keinerlei Resistenz am Platze sei. Wohl sah sich die Regierung veranlaßt, durch die Funde in Schwechat, den Bürgermeister eines Teiles seiner Funktionen zu entkleiden. Aber diese Funktionen hatten niemals besondere Wichtigkeit, und auf keinen Fall durfte deswegen Oesterreich in ein solches Unglück gestürzt werden, wie dies am gestrigen Tage stattgefunden hat*." (NFP, Morgenblatt, 13.2.1934: 2).

Danach bezieht sich der Autor auf eine Erklärung Schuschniggs, befürwortet seine Aussagen und wälzt die Schuld an den Ausschreitungen auf die Sozialdemokraten ab.

"[*m]it Recht gießt er die volle Schale des Tadels aus über jene, denen die Schuld an den gestrigen Ereignissen beizumessen ist, besonders über jene, die es vorgezogen haben zu flüchten und den Barrikadenkampf anderen überließen. Diese sozialdemokratische Partei in Oesterreich! Sie schien lange Zeit die letzte Insel des marxistischen Sozialismus, sie wollte um jeden Preis ihre Doktrin bewahren, und weil sie durch die Einheit mit dem Radikalismus aufgestiegen ist, so geht sie durch den Radikalismus auch zugrunde*." (NFP, Morgenblatt, 13.2.1934: 2).

In dem Leitartikel geht der Redakteur auf die Fehler der Partei ein und nennt es eine "*welthistorische Torheit (...), daß ein sozialdemokratischer Präsident sein Amt niederlegte und dadurch den Anstoß gab zur Selbstausschaltung des Parlaments*." (NFP, Morgenblatt, 13.2.1934: 2). Der Autor geht hart mit den Sozialdemokraten ins Gericht und stellt fest, dass die Partei scheitern musste:

"*Eine beispiellose Tragödie, hervorgerufen durch Mangel an Selbstherrschung, ein Debakel, das zu gleicher Zeit ein Stück vom Schicksal Österreichs bedeutet. Wie konnte man glauben, daß die Ordnung in diesem Lande auf so schwachen Füßen steht? Wie pervers ist es, wenn eine Partei, die sich republikanisch nannte, selber durch ihre Anhänger die Axt anlegte an die Ordnung dieser Republik. (...). Es muß die vollkommenste Haltlosigkeit eingetreten sein, der absolute Mangel an jeglicher Besinnung, die gänzliche Abdikation aller planmäßiger und politischer Führung. Der Erfolg dieses Tages gehört der Regierung, aber tief erschüttert, (...), stehen wir an der Bahre der armen Opfer, die mitten im Frieden gefallen sind, in einem Kampfe des Irrsinn*s." (NFP, Morgenblatt, 13.2.1934: 2).

Im Leitartikel des nächsten Tages ist ein ähnliches Bild zu erkennen. Dieser trägt den Titel "*Regierungsaktion erfolgreich*" (NFP, Morgenblatt, 14.2.1934: 2) und wird mit folgenden Worten eingeleitet: "*Die Sozialdemokratie stirbt nicht in Schönheit. (...). Nein, dieses Ende ist regelloser Zufall, ein Durcheinander von Blut und Grauen, und es ist, als wollte die Sozialdemokratie bei ihrem Ende alles widerlegen, was sie während ihrer Existenz gefördert hat (...)*" (NFP, Morgenblatt, 14.2.1934: 2). Der Autor betrachtet die "*Doppelschlächtigkeit*" der Partei während des Krieges und stellt fest, dass sie an Viktor Adler hätte denken müssen, der "*stets vor Ueberspitzung warnte*" und an Adolf Thiers, "*der nach dem Debakle des Kaiserreiches sagte: Die Republik wird konservativ sein oder sie wird nicht sein*." (NFP, Morgenblatt, 14.2.1934: 2). Der Autor wirkt enttäuscht, dass sich die Partei nicht in die Richtung entwickelt hat, die er bzw. das Blatt erwartet oder erhofft hätten. So bestätigt er die Argumentation der Regierung und kritisiert die Sozialdemokraten scharf:

"Noch ärger wurde dieses Halten an den alten Grundsätzen zur Zeit des autoritären Regimes und nach dem 5. März des vorigen Jahres. Die Sozialdemokratie konnte sich weder zum Kampfe entschließen, weil sie schon damals zu schwach war, noch zum Frieden, weil sie in eingebildeter Stärke zu stolz war für einen Akt großherziger Erkenntnis begangener Irrtümer. Sogar der letzte Appell des Bundeskanzlers Dollfuß wurde mit einer publizistischen Entgleisung beantwortet, die den Gegnern der Verständigung jede Handhabe geboten hat. Und nun dieser entsetzliche Fall und diese grauenhafte Entwürdigung. Wir erfahren aus der Uebersicht, die Vizekanzler Fey in einer Rundfunkrede gegeben hat, über das Höllenbild von Verbrechen und

> Gewalttätigkeit, die überall zurückgewiesen, überall von der opferwilligen Tapferkeit, von der absoluten Hingabe der Exekutive besiegt wurde." (NFP, Morgenblatt, 14.2.1934: 2).

Er prangert an, dass die Gemeindehäuser, die von Steuergeldern erbaut wurden und "*den Armen und Bedürftigen aller Gruppe*n" zur Verfügung hätten stehen sollen, "*in erster Linie Parteisoldaten*" zur Verfügung standen, "*die dazu bestimmt waren, den Guerillakrieg gegen die Staatsmacht zu führen*" (NFP, Morgenblatt, 14.2.1934: 2). Außerdem findet der Autor die Idee "*jämmerlich*", "*durch Waffen die Partei zu schützen*" und er ist der Meinung, dass sie als "*geistige Macht das Feld behauptet*" hätte, "*wenn sie es verstanden hätte, mit der Zeit zu gehen und jene Wandlung durchzuführen, die nicht länger vermieden werden konnte*" (NFP, Morgenblatt, 14.2.1934: 2). Das Blatt gibt einen Hinweis, wie man mit der "Arbeiterschaft" nun weiter umgehen sollte, nämlich sie "*nicht nur mit physischer Gewalt, nein, vor allem durch geistige Mittel (...) zu beeinflussen. Es wird darauf ankommen, ihr völlig begreiflich zu machen, daß es nicht des Radikalismus, nicht des Marxismus bedarf, um ihre Selbstachtung zu bewahren (...)*." (NFP, Morgenblatt, 14.2.1934: 2). Der Leitartikler schließt mit einem Appell für den Frieden, wobei er sich auch hier auf die Seite der Regierung stellt und die Sozialdemokraten "*Fanatisierte*" und "*Irregeleitete*" nennt:

> "Mögen nur die schauerlichen Kämpfe bald ein Ende nehmen, die ein trauriges Nachspiel durch das Standgericht finden werden. Mögen um Himmels willen die Fanatisierten und Irregeleiteten wirklich begreifen, daß es entsetzlicher Mißbrauch ist mit ihrem Leben und mit ihrer Kraft jetzt noch das Unmögliche zu versuchen und gegen die Staatsgewalt Widerstand zu leisten, selbst nach ihren bisherigen Erfolgen. Jeder Schuß, der noch abgefeuert wird, jede Stunde des Blutvergießens ist nicht nur verbrecherisch, es ist auch eine Torheit, die selbst von den Verblendetsten begriffen werden muß. Schluß mit den Attentaten auf Oesterreichs Ruhe. Macht endlich, endlich Frieden!" (NFP, Morgenblatt, 14.2.1934: 2).

Im Abendblatt befasst sich die "Neue Freie Presse" unter dem Titel "*Helden der harten Pflicht*." (NFP, Abendblatt, 14.2.1934: 2) mit der Schuldfrage. Die schreibt sie eindeutig den Sozialdemokraten zu - und gedenkt der "*Helden der harten Pflicht*":

> "Die sinnlose Revolte gegen die Staatsgewalt ist bis auf kleine Reste des Widerstandes niedergeworfen. Aber auch die letzten Kämpfe erfordern noch

beklagenswerte Blutopfer und furchtbar ist die Verantwortung derer, die an dem Verbrechen dieses Anschlages, dieses Versuches, einen Bürgerkrieg zu entfesseln, die Schuld tragen. (...). Vizekanzler Fey hat gestern (...) der Soldaten, der Polizei und der Mitglieder der Hilfsformationen gedacht, die tagelang in schwerstem Kampf ihre Pflicht getan haben und vor allem derer, die diese Pflichterfüllung mit dem Leben bezahlten. (...). Diese Männer, die ihr Leben in die Schanze geschlagen haben, um das Attentat abzuwehren, das gegen den inneren Frieden unternommen wurde, dürfen nicht umsonst gestorben sein." (NFP, Abendblatt, 14.2.1934: 2).

Auch am 15. Februar widmet die "Neue Freie Presse" den "*Verdienste[n] des Heeres um die innere Befriedung*" einen Artikel (NFP, Abendblatt, 15.2.1934: 2). Darin betont der Autor, dass dieser Kampf nicht von der Regierung gewollt war und ergreift erneut Partei für sie:

"Die letzten furchtbaren Tage haben an die gesamte Exekutivgewalt des Staates unerhörte Anforderungen gestellt. In dem aufgezwungenen Kampfe für die Wiederherstellung des Bürgerfriedens, der inneren Ruhe, der Möglichkeiten für geordnete Arbeit mußten von allen zum Schutze des Vaterlandes aufgebotenen Kräften Opfer gebracht werden, für die kein Wort der Bewunderung zu stark ist und die mit der Erinnerung an diese traurige Woche fortleben werden." (NFP, Abendblatt, 15.2.1934: 2).

Wie in einigen Überschriften und Berichten im Untersuchungszeitraum schreibt die "Neue Freie Presse" von einer erfolgreichen "Säuberung des Stadtgebietes" und von "braven Truppen". Damit stellt sie ein weiteres Mal ihre Sympathie der Regierung gegenüber zur Schau.

"Die stets anerkannte Tüchtigkeit der Truppen aus unseren deutschösterreichischen Alpenländern hat sich von neuem bewährt. Mögen die zahlreichen Opfer, die das Bundesheer und die übrigen Kräfte der Exekutive, Polizei, Gendarmerie und Freiwilligenformationen, dargebracht haben, nicht umsonst gebracht sein!" (NFP, Abendblatt, 15.2.1934: 2).

Im Morgenblatt desselben Tages greift die "Neue Freie Presse" die auf der Titelseite teilweise veröffentlichte Radiorede des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß auch in ihrem Leitartikel auf. In der Rede gibt Dollfuß den Kämpfern die Möglichkeit, sich bis zum nächsten Tag zu ergeben, dann könnten sie "*mit Pardon rechnen*", jedoch "*[a]b 12 Uhr*

mittags gibt es für niemand und unter keinen Umständen irgendwelchen Pardon." (NFP, Morgenblatt, 15.2.1934: 1). Der Leitartikel fordert unter dem Titel "*Letzter Appell zur Umkehr*." (NFP, Morgenblatt, 15.2.1934: 2) die Kapitulation der Sozialdemokraten.

> "Jeder, dem nicht alle Vernunft geschwunden ist, jeder, der sein Vaterland liebt, der seine Angehörigen vor Elend bewahren will, seine Frau und seine Kinder vor Vereinsamung und Bettlertum, jeder müßte mit beiden Händen dieses Rettungsseil anfassen, das der Bundeskanzler ihm zugeworfen hat. Seien wir objektiver, als es die heutige Situation, als es unsere innere Gesinnung eigentlich zulassen sollte. Es kann natürlich elementare Ausbrüche des Volksempfindens geben, die jenseits der Gesetzlichkeit sich wider die herrschenden Gewalten wenden. Aber niemals haben solche Bewegungen derart planlos, mit so verblendeter Unvernunft eingesetzt wie jetzt in Oesterreich." (NFP, Morgenblatt, 15.2.1934: 2).

Der Redakteur beschwört die kämpfenden Sozialdemokraten, den "*[l]etzten Appell zur Umkehr*" im Dienste des Friedens anzunehmen und bietet an, dass entgegen der "*inneren Gesinnung*" - "*für elementare Ausbrüche*" Verständnis aufgebracht wird. In ihrem Vorhaben, den Frieden wiederherzustellen, bzw. die Regierung zu unterstützen, versucht sie den Aufständischen die Konsequenzen vor Augen zu führen. Der Redakteur bezeichnet die aufgrund des "Standrechts" durchgeführten Hinrichtungen als "*sehr hart, aber gerecht*" (NFP, Morgenblatt, 15.2.1934: 2).

> "*Gestern bereits und heute nacht sind zwei von den Irregeleiteten mit dem Strange hingerichtet worden, Opfer ihres Fanatismus und des Größenwahns, der noch immer sich nicht losmachen kann von dem Glauben an die Uebermacht des Sozialismus. (...). Der Tiefpunkt des Wirtschaftselends muß überwunden werden, und bis zu diesem Erfolg müssen sich alle Oesterreicher zusammenschließen, sie müssen begreifen, daß in einem brennenden Hause keine Familie Zwietracht dulden kann, sie müssen aus primitivster Zuneigung für ihre eigene Heimat, aus primitivstem Egoismus auch die Waffen niederlegen und resignieren*. (...). Der Appell des Bundeskanzlers Dollfuß ist herzbewegend. Wir hoffen, daß man ihm Folge leisten wird zum Segen unseres Vaterlandes." (NFP, Morgenblatt, 15.2.1934: 2).

Zum Thema Nationalsozialisten lassen sich kurze, aussagekräftige Passagen im Untersuchungsmaterial finden. So berichtet die "Neue Freie Presse" unter dem Titel

"*Reichsdeutsches Urteil über die Schuld des Austromarxismus*." (NFP, Abendblatt, 15.2.1934: 5) erfreut über einen "bemerkenswerten Artikel" der "Kölnischen Zeitung",

> "*der die w a h r e S c h u l d an den Vorgängen in Oesterreich mit klarem Verständnis erkennt. (...). Die sozialdemokratischen Führer haben auch in diesem Falle wieder eindeutig Bewiesen, w i e w e n i g p o l i t i s c h e s F i n g e r s p i t z e n g e f ü h l sie besitzen. (...)*" (NFP, Abendblatt, 15.2.1934: 5).

Die Pariser Pressestimmen sind sich hingegen einig, "*daß d i e S i t u a t i o n d e s B u n d e s k a n z l e r s u n d d i e W i e d e r s t a n d s k r a f t d e s K a m p f e s g e g e n d e n N a t i o n a l s o z i a l i s m u s b e f e s t i g t worden sei*." (NFP, Abendblatt, 15.2.1934: 5). Außerdem finden sie, die "*Sozialdemokraten [haben; Anm. d. Verf.] das Spiel der Nationalsozialisten g e f ö r d e r t.*" (NFP, Abendblatt, 14.2.1934: 3).

7.5.3 FAZIT Analyse "Neue Freie Presse"

Aus dem Untersuchungsmaterial geht klar hervor, dass die "Neue Freie Presse" sich im Bürgerkrieg auf die Seite der Regierung gestellt hat und die Sozialdemokraten scharf kritisierte. Sie informiert über "*Säuberungen*" und befürwortet die Hinrichtung der aufständischen Sozialdemokraten. Sie appelliert immer wieder für einen Frieden, der jedoch nach ihrer Ansicht nur im Sinne der Regierung durchgesetzt werden kann.

Da zu dieser Zeit die Repressionen der Regierung gegen die Presse bereits stattfanden und sich die Regierung mit einem Gesetz (BGBl. 50, 26.1.1934: §1) die Möglichkeit für ein vollständiges Kolportageverbot vorbehielt, muss in Betracht gezogen werden, dass sich die "Neue Freie Presse" auf die Seite der Regierung gestellt haben könnte, um einer Bestrafung zu entgehen. Dies ist jedoch sehr unwahrscheinlich, denn um einer Beschlagnahmung zu entgehen, hätte vermutlich auch eine neutrale Berichterstattung genügt. Sie hätte sich nicht so vehement gegen die Sozialdemokraten aussprechen müssen. Dies deutet darauf hin, dass sie in diesem Fall aus Überzeugung und aus freien Stücken regierungstreu schrieb.

Im Untersuchungsmaterial erschien eine Werbung aus Deutschland, im Abendblatt des 14. Februar 1934. Das "*Hotel Schwarzer Bock*" in Wiesbaden wirbt für sich in einer großen Einschaltung (vgl. NFP, Abendblatt, 14.2.1934: 1).

Zusammenfassend lässt sich feststellen: **Die "Neue Freie Presse" stand während des Bürgerkrieges im Februar 1934 sowie beim Verbot der sozialdemokratischen Partei vorbehaltlos auf der Seite der Regierung, verurteilte die Sozialdemokraten und richtete seine Blattlinie dementsprechend aus.**

7.5.4 Überblick "Österreichischer Beobachter" und die Februarkämpfe 1934

Der "Österreichische Beobachter" des Jahres 1934 war ein nationalsozialistisches Blatt, das es laut Paupié (vgl. 1960: 59) schaffte, sich in die Vielfalt der Wiener Tageszeitungen zu schmuggeln. Dies gelang vermutlich durch seine Aufmachung - das sonst allgegenwärtige Hakenkreuz fehlte. Bereits am 11. April 1934 musste es jedoch wieder eingestellt werden, es war aufgeflogen.

Obwohl das Thema Bürgerkrieg und Verbot der Sozialdemokraten nicht direkt mit den Nationalsozialisten zu tun hat, könnte es trotzdem interessant sein, welche Position der "Österreichische Beobachter" im Vergleich mit der "Neuen Freien Presse" einnimmt. Der Untersuchungszeitraum wird auf 12. bis 15. Februar 1934 festgelegt. Da auch dieses Blatt amtliche Mitteilungen abdruckt, werden nur die aussagekräftigen Kommentare untersucht. Insgesamt erschienen im Untersuchungszeitraum 46 Artikel zum Thema.

7.5.4.1 Vergleich "Österreichischer Beobachter"

Der "Österreichische Beobachter" titelt am 13. Februar 1934: "*Bewaffneter Aufstand der Marxisten*" (ÖB, 13.2.1934: 2). Neben mehreren Mitteilungen der Amtlichen Nachrichtenstelle zur "*Auflösung der sozialdemokratischen Partei*", zur "*Verhängung des Standrechts*", zur Besetzung des Wiener Rathauses und eines Aufrufs der Bundesregierung "*An das Volk von Oesterreich*!", ist der folgende Artikel der einzige, der die Einstellung des "Österreichischen Beobachters" klar erkennen lässt (ÖB, 13.2.1934: 2):

> "Die Sozialdemokratische Partei Österreichs hat es gewagt, gestützt auf ihre seit Jahren illegal angehäuften Waffenarsenale meist tschechischer Herkunft und ihre bekannt guten Hochverratsbeziehungen zu einigen auswärtigen Mächten einen Aufstand der marxistischen Arbeiterschaft in die Wege zu leiten. Die rote Führung hat sich vorher, wie der ´Österreichische Beobachter´ als einziges Blatt wiederholt berichtet hat, der Unterstützung der mitteleuropäischen Sektion der Kommunistischen Internationale versichert. Der Aufstand ist niedergeschlagen

worden. Damit hat der Marxismus seine letzte Bastion von Bedeutung in Mitteleuropa verloren. Er ist tot." (ÖB, 13.2.1934: 1).

Die antimarxistische Haltung des Blattes ist also eindeutig dokumentiert. Im Gegensatz dazu steht die "Neue Freie Presse", die eher eine enttäuschte, tadelnde Position einnimmt und nicht verstehen kann, warum die Sozialdemokraten nicht zum Wohle des österreichischen Volkes und damit der Regierung zurückstecken konnten.

Diese Einstellung des "Österreichischen Beobachters" manifestiert sich deutlich im Kommentar des nächsten Tages mit dem Titel "*Der Feind steht links - nur links*" (ÖB, 14.2.1934: 1).

"*Das schleichende Gift, das - von Moskau sich nähernd - den Weltkörper mit seinem zerstörenden Hauch durchzieht, ist an einer Stelle auf den Widerstand der gesunden Menschheitskräfte gestoßen, auf der seine tödliche Drohung seit langem mit besonderem Druck lastete. (...). Unter der Maske des Menschheitsbeglückers, des Fortschrittlichen, des Arbeiterbeschützers zieht der ewige Jude über die Erde. (...). Im Herzen trägt er die Feindschaft gegen alles, was recht und beständig ist, er will vernichten - vernichten den Staat wie alle Elemente der sittlich begründeten Kultur der Menschheit. Im Klassenkampf hetzt er Mann gegen Mann, (...), Schicht gegen Schicht, denn Chaos ist seine Hoffnung. (...). Bis aus dem verwurzelten Bürger des Staates der fanatische, aufgehetzte Prolet geworden ist, der nicht mehr Bürger ist und keinen Staat kennt. (...). Von Marxistenjuden verführt, sind in den letzten achtundvierzig Stunden zahllose Menschenleben auf den Barrikaden geopfert worden*." (ÖB, 14.2.1934: 1).

Das Blatt hetzt gegen das Feindbild Marxismus, das es mit den Juden gleichsetzt. Im Gegensatz dazu fällt die Kritik der "Neuen Freien Presse" weder ähnlich scharf aus, noch fällt in ihrer Berichterstattung über den Bürgerkrieg ein einziges Mal das Wort "Jude". Der "Österreichische Beobachter" konzentriert sich voll und ganz auf die Sozialdemokraten und vermeidet es - abgesehen von den Pflichtmeldungen der Amtlichen Nachrichtenstelle und Informationen der Politischen Korrespondenz -, die Rolle der Regierung anzusprechen. In diesem Fall könnte vermutet werden, dass das Blatt sich in der Berichterstattung über die Regierung zurückhält, weil eventuell ein

Kolportageverbot[216] zu befürchten war. Dies scheint für das NS-Blatt plausibler, da es sich tatsächlich, was die Regierung betrifft, in Zurückhaltung übt. Die "Neue Freie Presse" hingegen spart nicht mit Lob für die Exekutive und die Regierung.

Wie die "Neue Freie Presse" merkt auch der "Österreichische Beobachter" an, dass die Gemeindebauten als Waffenlager für die Sozialdemokraten dienten - auch in diesem Fall mit schärferen Worten:

> "*In dieser heimgesuchten Hauptstadt eines heimgesuchten Staates haben in den letzten 15 Jahren jüdisch-marxistische Herrsch- und Zerstörungsgier eine rote Machtmetropole errichtet. Hinter den scheinhumanitären Einrichtungen moderner Wohnbauten entwickelte sich das Gerippe eines Netzes von m i l i t ä r i s c h a u s g e b a u t e n Zwingburgen, die Zukunftshauptstadt eines Sowjetmitteleuropas*." (ÖB, 14.2.1934: 2).

Der Redakteur der "Neuen Freien Presse" findet mildere Worte, dennoch prangert er ebenfalls an, dass die Gemeindehäuser, die von Steuergeldern erbaut wurden und "*den Armen und Bedürftigen aller Gruppe*n" zur Verfügung hätten stehen sollen, "*in erster Linie Parteisoldaten*" zur Verfügung standen, "*die dazu bestimmt waren, den Guerillakrieg gegen die Staatsmacht zu führen*" (NFP, Morgenblatt, 14.2.1934: 2).

Im letzten Absatz erklärt sich auch der "Österreichische Beobachter" dazu bereit, bzw. spornt die Nationalsozialisten an, mit der Regierung "*geschlossen in die Bresche zu treten*", da sie schließlich einen gemeinsamen Feind hätten. In diesem punktuellen Bereich befindet er sich auf Seiten der Regierung.

> "*Staatssekretär Fürst Schönburg-Hartenstein fordert in seinem Appell seine Frontkameraden und die Jugend auf, in diesem harten Kampfe den unseligen politischen Zwiespalt unseres Volks zu vergessen und geschlossen in die Bresche zu treten. Diese Worte sind ein politisches Programm. Sie bedeuten, daß alle volksbewußten Deutschen Österreichs nötig sind, wenn man daran gehen will, den Marxismus zu vernichten. Alle werden es schließlich erkennen müssen: Der Feind steht links - nur links*!" (ÖB, 14.2.1934: 2).

Die Motive des "Österreichischen Beobachters" unterscheiden sich ganz offensichtlich von denen der "Neuen Freien Presse". Das liberale Blatt ist um Frieden bemüht und gibt

---

[216] Siehe Kapitel 3. Situation der Presse in der Zwischenkriegszeit.

sich eher enttäuscht, dass die Sozialdemokraten nicht hinter der Regierung stehen. Das NS-Blatt "Österreichischer Beobachter" andererseits hat keine Probleme mit dem Bürgerkrieg, es wünscht sich, dass der Marxismus "vernichtet" wird und verbündet sich nur aus diesem Grund mit der Regierung.

Der letzte interessante Kommentar im "Österreichischen Beobachter" stammt von "*Dr. R.D.*" und trägt den Titel "*Die Judenpresse - die letzte Barrikade*" (ÖB, 15.2.1934: 1). Darin wünscht der Autor, dass jetzt das ganze "*geistige Leben*" von marxistischen Einflüssen gesäubert werde - und damit auch von der "Judenpresse":

> "*Ein Ereignis wie der S e l b s t m o r d d e s A u s t r o m a r x i s m u s mußte auch den Austroliberalismus in Mitleidenschaft ziehen. Die Art, wie die einzelnen Blätter, welche sich liberal nennen, zu der blutigen Marxistenrevolte Stellung nahmen, ist überaus aufschlußreich. Wir fühlen uns um so mehr verpflichtet, darauf hinzuweisen, als jetzt, nach dem Zusammenbruch der roten Bastionen, die Pflicht beginnt, das g e i s t i g e Leben unseres Landes von allen Einflüssen zu säubern, die der materialistisch-klassenkämpferischen Denkweise des Marxismus Vorschub leisten*." (ÖB, 15.2.1934: 1).

Nachdem der Autor den "Wiener Tag", die "Stunde", die "Volks-Zeitung" und das "Neue Wiener Tagblatt" kritisiert hat, lässt er auch kein gutes Wort an der "Neuen Freien Presse" und deren Berichterstattung über die Ereignisse:

> "*Mehr der Vollständigkeit halber als der Bedeutung wegen sei noch erwähnt, daß auch die ´Neue Freie Presse´ eine Verständigung mit den Marxisten gewünscht hätte. Sie meint: ´Sogar der letzte Appell des Bundeskanzlers Dollfuß wurde mit einer publizistischen Entgleisung beantwortet, die den Gegnern der Verständigung jede Handhabe geboten hat.´ Wir wollen diese Meinung nicht zerpflücken, weil es sich bei der ´Neuen Freien Presse´ um ein Greisenblatt handelt, das ohnehin jedem geistigen Einfluß bei allen, die politisch bis zehn zählen können, verloren hat. Man lese nur einmal aus ihrem gestrigen Leitartikel dieses - auch sprachlich verächtliche - Erinnerungsgeblödel: ´(...). Auch während des Krieges, niemals haben die Sozialdemokraten ihr doppeltes Gesicht vergessen, das Gemisch von äußerer Entfesselung der Demagogie, während tatsächlich doch die letzte Konsequenz dieser Demagogie vermieden und der jähe Sprung in die Revolution niemals versucht wurde. (...)´.*" (ÖB, 15.2.1934: 2).

In einem Punkt sind sich die beiden Blätter jedoch einig, der "Österreichische Beobachter" gibt - nach einer neuerlichen Spitze - der "Neuen Freien Presse" Recht, indem er schreibt:

> "*Welch ein Gemisch von äußerer Erinnerungsentfesselung, während tatsächlich jede Konsequenz vermieden wird! Die Bemerkung vom ´d o p p e l t e n G e s i c h t´ trifft allerdings den liberalen Januskopf auf den Scheitel. Wir haben ihn festgenagelt, ehe er sich wieder wenden kann. Nun wäre es gut, dem ganzen Stamm den Lebensnerv abzuschneiden;*" (ÖB, 15.2.1934: 2).

Wenn der "Neuen Freien Presse" sogar ein nationalsozialistisches, eindeutig antimarxistisches Blatt Recht gibt, dann untermauert das noch stärker die politische Einstellung des liberalen Blattes zu der Zeit, in der es sich klar für die Regierung und gegen die Sozialdemokraten ausspricht.

7.5.5 Überblick "Deutsche Arbeiter-Presse" und die Februarkämpfe 1934

Auch die "Deutsche Arbeiter-Presse" erschien kurze Zeit nach dem Bürgerkrieg, am 28. Februar 1934, ein Vergleich mit der "Neuen Freien Presse" ist daher möglich. Ihre Erscheinungsweise war während des Untersuchungszeitraumes monatlich, weshalb auch nur diese eine Nummer des Blattes als Untersuchungsmaterial herangezogen wird.

Zum Untersuchungszeitpunkt war die "Deutsche Arbeiter-Presse" das Hauptorgan der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Österreichs unter der Führung von Karl Schulz, wie sie im Kopf des Blattes vermerkt. Sie veröffentlicht am 28. Februar 1934 insgesamt acht Berichte bzw. Kommentare zu den Themen Bürgerkrieg und Verbot der Sozialdemokratie.

Das Blatt sowie die Partei, die hinter dem Blatt stand, führten zu dieser Zeit immer noch einen Kampf gegen die Hitleranhänger und unterstützten ab 1933 laut Bernd Beutl sogar das autoritäre Regime von Dollfuß (vgl. Beutl, 2001: 72f, 94). Die Berichterstattung über die Februarkämpfe und das Verbot der Sozialdemokratie macht es möglich, eine Befürwortung der Methoden von Dollfuß durch das Blatt festzustellen, was im folgenden Vergleich zum Ausdruck kommt.

7.5.5.1 Vergleich "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Neue Freie Presse"

In einem Leitartikel auf der Titelseite des Blattes greift die "Deutsche Arbeiter-Presse" direkt das Analysethema auf. Unter dem Titel "*Der Zusammenbruch der Sozialdemokratie*" bezeichnet es der Redakteur als "*fast unfassbar*", "*daß eine solche Riesenbewegung wie die zweite Internationale in so kurzer Zeit vernichtet werden konnte*." (DAP, 28.2.1934: 1). Doch er kennt auch die Ursachen dieses *"Zusammenbruches*", die in der Sozialdemokratie selbst lägen und daher sei es nicht "v*erwunderlich*" - er sieht "*nur mehr den Abschluß einer gewaltigen Tragödie, die sich auf dem Rücken einer gutgläubigen Arbeitnehmerschaft abgespielt hat*" (DAP, 28.2.1934: 1).

> "*Sie [die Ursachen; Anm. d. Verf.] sind einerseits in ihrer internationalen Einstellung zu suchen, die weitgehend auf den jüdischen Einfluß des Marxismus auf die Arbeitnehmerbewegung zurückzuführen ist, andererseits in der Verebbung des seinerzeitigen ideellen Gehalts der marxistisch-sozialistischen Lehren in purem Materialismus und unsozialstem Versorgungsstreben verkalkter Parteibonzen, wozu noch kommt, daß mit dem Anwachsen der nationalen Welle das Schädliche des Klassenkampfstrebens immer offenbarer und damit die marxistisch orientierte Arbeiterbewegung in ihrem tiefsten Kern entwurzelt wurde.*" (DAP, 28.2.1934: 1).

Auch die "Neue Freie Presse" sieht die Niederlage der Sozialdemokratie in ihr selbst, doch findet sie andere Gründe. Sie schreibt von der "*Doppelschlächtigkeit*" der Partei, dem zu großen Stolz, ihre begangenen Irrtümer zu erkennen und von ihrer vergebenen Möglichkeit, durch "*geistige Macht das Feld*" zu behaupten, "*wenn sie es verstanden hätte, mit der Zeit zu gehen und jene Wandlung durchzuführen, die nicht länger vermieden werden konnte*" (NFP, Morgenblatt, 14.2.1934: 2).

Der Artikel der "Deutschen Arbeiter-Presse" unterscheidet sich von der "Neuen Freien Presse", da in ihm die Einstellung vertreten wird, dass der Marxismus ohnehin hätte vernichtet werden müssen:

> "In Deutschland ist der Marxismus sang- und klanglos gestorben. In Österreich hat seine Niederringung hunderte von Blutopfern gekostet. Man kann darüber streiten, was rühmlicher war: die Zeichen der Zeit erkennen und kapitulieren oder auf seinem Platze sterben. Tatsache ist, daß die Vernichtung des Marxismus eine von

der Geschichte der Entwicklung unseres Volkes notwendige Aufgabe war, daß er letzten Schutt aus einer liberal-materialistisch-individualistischen Zeit darstellte, dessen Wegräumung im Interesse der Anbahnung neuer Verhältnisse notwendig war. Darüber also, daß der Zusammenbruch notwendig, die Hinwegräumung des Marxismus eine historische Aufgabe war, sind wir Menschen, die wir dem Zug unserer Zeit aufmerksam gefolgt sind, im klaren. (...)." (DAP, 28.2.1934: 1).

Auf der nächsten Seite veröffentlicht Hans Becke einen Artikel mit dem Titel "*Die Blutschuld der Führer*" (DAP, 28.2.1934: 2), in dem er konstatiert: "*Nicht die Geführten, die Führer sind schuldig! Jahrzehntelange Hetze, jahrzehntelang gesäter Haß hat blutige Frucht getragen. Seit mehr als einem halben Jahrhundert haben gewissenlose Demagogen die Seele unseres braven arbeitenden Volkes vergiftet*." (DAP, 28.2.1934: 2). Auch die "Neue Freie Presse" prangerte die "Demagogie" der Sozialdemokraten an. Sie schrieb:

"*Auch während des Krieges, niemals haben die Sozialdemokraten ihr doppeltes Gesicht vergessen, das Gemisch von äußerer Entfesselung der Demagogie, während tatsächlich doch die letzte Konsequenz dieser Demagogie vermieden und der jähe Sprung in die Revolution niemals versucht wurde. (...)*" (NFP, Morgenblatt, 14.2.1934: 2)

Wie der "Österreichische Beobachter" ist Hans Becke in der "Deutschen Arbeiter-Presse" der Meinung, dass der "*marxistische Putsch in jahrelanger sorgfältiger Arbeit vorbereitet worden*" war (DAP, 28.2.1934: 2). Die "Neue Freie Presse" schenkt dieser Theorie keine Beachtung. Warum der angebliche Plan dennoch gescheitert ist, erklärt die "Deutsche Arbeiter-Presse" wie folgt:

"*Und doch hatte dieser gigantische Plan einen nicht gut zu machenden Fehler, denn er beruhte auf der Annahme, daß Wien rot sei, daß das Zentrum unseres Vaterlandes mit einem Schlage in den Besitz der Putschisten gerate. (...). Daß aber (...) Polizei und Wehrmacht seit Jahren vom marxistischen Einfluß befreit und außerdem der rechtmäßigen Regierung namhafte Kontingente nichtmarxistischer Wehrformationen zur Verfügung stehen, mußte dem roten Führerklüngel bekannt sein. Bekannt sein mußte der roten Führerschaft aber auch die Tatsache, daß selbst innerhalb ihrer eigenen Anhänger weite Kreise von einem gewaltsamen Umsturz*

nichts wissen wollten - wie es sich ja in der Praxis auch gezeigt hat." (DAP, 28.2.1934: 2).

Der Autor nennt die aktuelle Regierung "rechtmäßig" und stellt sich damit, wie die "Neue Freie Presse" und in diesem speziellen Fall auch der "Österreichische Beobachter", an die Seite der Regierung. Dies untermauert auch der auf der darauffolgenden Seite mit einer dicken schwarzen Umrandung hervorgehobene Bericht mit dem Titel "*Den Toten*." (DAP, 28.2.1934: 3). Darin schreibt Hans Becke:

"*Im blutigen Ringen von Bruder gegen Bruder, im entsetzenvollsten aller Kriege, im Bürgerkrieg, mußten ihr Leben lassen: 103 Mitglieder der staatlichen Exekutive, Wehrmänner, Polizisten, Gendarmen, Mitglieder der Heimwehr, der Ostmärkischen Sturmscharen und des Freiheitsbundes; sie fielen in Erfüllung ihrer härtesten Pflicht, im Heldenkampfe für Ruhe und Ordnung unseres Vaterlandes. (...). 2 unschuldige Kinder und 9 Frauen fielen als unschuldige Opfer verirrter Geschoße. 126 deutsche Arbeitsmenschen fielen, wie sie glaubten, im Kampfe für die Rechte ihres Standes, für die Rechte ihrer Arbeitsbrüder, in Wahrheit als verführte Opfer eines um seine Macht, um sein Wohlergehen besorgten entmenschten Führerklüngels meist fremdstämmiger Abkunft*." (DAP, 28.2.1934: 3).

Die "Deutsche Arbeiter-Presse" appelliert wie die "Neue Freie Presse" an das Volk, Frieden zu halten, damit die Opfer nicht umsonst gestorben sind:

"*Ihr Toten alle, die Ihr jäh und unerwartet dahingerafft wurdet, Euch gilt unser Gruß. Mögen die grauenvollen Ereignisse dieser blutigen Tage unserem Volke ein ständiges Mahnzeichen sein. Möge unter dem Eindrucke der ungeheueren Blutopfer in unserem Lande nun endlich Bruder zu Bruder finden und statt Haß, Mißgunst und Verhetzung verständnisvolle Liebe und soziale Gerechtigkeit einziehen in Aller Herzen. Dann Ihr Toten, ist Euer Opfer nicht umsonst gewesen. - Das helfe Gott!*" (DAP, 28.2.1934: 3).

Auf der nächsten Seite bringt das Blatt erneut einen sehr kritischen Text gegen die Sozialdemokratie sowie gegen die Juden. Unter dem Titel "*Explosiv-Politik*" (DAP, 28.2.1934: 4) konstatiert ein Autor, der sich mit R.S. abkürzt, dass das "*junge Deutschösterreich (...) wieder einmal eine Kraftprobe abzulegen*" hatte (DAP, 28.2.1934: 4) und meint, dass das Schlimmste durch Glück noch verhindert worden sei, da die Austromarxisten einen Putsch geplant gehabt hätten:

"*Die Austromarxisten erachteten, wie schon einigemale, den Zeitpunkt für günstig, die Alleinherrschaft anzutreten. Dank dem Umstande, daß der Schutzbundführer Bernasek in Linz die Parteiporale (sic!) nicht abgewartet, sondern auf eigene Faust losgeschlagen hat, ist die Kraftprobe verhältnismäßig glimpflich abgelaufen. Jedenfalls hatten sich die jüdischen Häuptlinge der Austromarxisten in jahrelanger Vorbereitungsarbeit den Plan, das Linzer Programm mit Gewalt durchzusetzen, anders zurecht gelegt gehabt. Nur die vorzeitigen Schüsse in Linz haben den Austromarxisten die Möglichkeit genommen, überfallsartig anzugreifen. Es ist nicht auszudenken, in welches Unglück Deutschösterreich gestürzt worden wäre, wenn die Austromarxisten durch Ueberrumpelung Machtpositionen gewinnen hätten können*." (DAP, 28.2.1934: 4).

Auch hier erachtet der Redakteur der "Deutschen Arbeiter-Presse" das "Blut" als großes Problem und schiebt die Schuld der "*jüdischen Sumpfpflanze Marxismus*" zu:

"*Wenn dennoch so viele arische Arbeiter auch nach der Flucht von Deutsch, Bauer und Konsorten auf verlorenen Posten ihren Mann stellten, dann muß nur bedauert werden, daß selbe von Blutsfremden dazu gebracht werden konnten, im Marxismus ein Idol zu erblicken, das den Einsatz des Lebens wert ist. Sie sollen aber deswegen nicht Verbrechergesindel usw. genannt werden. Wäre auf Mutter Erde mehr Gerechtigkeit zu finden, (...), dann wären diese Kämpen kaum darauf verfallen, als Hort für gesunden Sozialismus die jüdische Sumpfpflanze Marxismus zu betrachten*." (DAP, 28.2.1934: 4).

7.5.6 FAZIT Vergleich "Neue Freie Presse" mit "Österreichischem Beobachter" und "Deutscher Arbeiter-Presse".

Während die "Neue Freie Presse eine eher enttäuschte, tadelnde Haltung gegenüber den Sozialdemokraten einnahm und nicht verstehen konnte, warum sie nicht zum Wohle des österreichischen Volkes und damit der Regierung zurückgesteckt hat, war die antimarxistische, antijüdische Haltung des "Österreichischen Beobachters" sowie der "Deutschen Arbeiter-Presse" eindeutig sichtbar. Die beiden nationalsozialistischen Blätter setzen den Marxismus mit dem Judentum gleich bzw. gehen - entsprechend ihrer Gesinnung - davon aus, dass der Marxismus jüdisch ist, was in der "Neuen Freien Presse" keinerlei Erwähnung findet.

Die "Neue Freie Presse" sowie die "Deutsche Arbeiter-Presse" plädieren für Frieden und stehen auf der Seite der Regierung, jedoch aus unterschiedlichen Gründen. Die "Deutsche Arbeiter-Presse" möchte die Sozialdemokratie bzw. den Marxismus vernichtet sehen. Die "Neue Freie Presse" andererseits wünscht sich, dass sich die Sozialdemokraten der Regierung unterordnen. Auch der "Österreichische Beobachter" wählt die Regierungsseite, da es für ihn nur einen Feind gibt: den Marxismus. Von Frieden ist in dem NS-Blatt keine Rede.

Einig sind sich der "Österreichische Beobachter" und die "Neue Freie Presse" in der Bezeichnung der Sozialdemokraten als "doppelgesichtig".

Außerdem sind die beiden nationalsozialistischen Blätter der Meinung, dass der "marxistische Putsch" seit langem geplant war, nur in der Ausführung scheiterte. Die "Neue Freie Presse" erwähnt diese Theorie mit keinem Wort.

7.6 Analyse Putschversuch der Nationalsozialisten

7.6.1 Überblick

In diesem Kapitel wird die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" über den Putschversuch der Nationalsozialisten untersucht, um die politische Einstellung des Blattes zum Ereignis sowie zu den deutschen Nationalsozialisten herauszulesen. Da der Putschversuch am 25. Juli 1934 stattfand, wurde der Untersuchungszeitraum für 24. bis 27 Juli festgelegt, um mögliche Anzeichen sowie die Nachberichterstattung erfassen zu können. Da die "Neue Freie Presse" in diesem Zeitraum zweimaltäglich erschien, umfasst das Untersuchungsmaterial acht Ausgaben des Blattes. Darin erschienen 152 Artikel zu den Themen Putschversuch und Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß.

Die Redaktion der "Neuen Freien Presse" dürfte zu diesem Zeitpunkt gerade im Umbruch gewesen sein, da Stefan von Müller laut Paupié (vgl. 1960: 149) ab Juli 1934 den Chefredakteurs-Posten übernahm. Vermutlich war das Blatt zur Zeit des Putsches jedoch noch nicht offiziös, da in der Literatur von einem Kauf der Anteile im Herbst 1934 gesprochen wird. Allerdings besuchte Müller nur wenige Tage nachdem er Chefradakteur geworden war das deutsche Außenministerium, um seine deutschfreundliche Haltung zu versichern. Müller war selbst "Halbjude", stellte aber klar, *"daß er trotz aller Anfechtungen von jüdischer Seite seine objektive Haltung Deutschland gegenüber nicht aufgeben werde. Er halte eine österreichische Politik ohne oder gar gegen Deutschland schon aus wirtschaftlichen Gründen für untragbar*." (Dt. Gesandtschaft, 30.5.1934[217], zit. nach Steinberger, 1990: 107f).

Theodor Venus (1998: 142) stellt in seinem Text die Behauptung auf, dass nicht einmal der nationalsozialistische Juliputsch ein Anlass für die "Neue Freie Presse" gewesen sei, sich klar von den Methoden der Außenpolitik Deutschlands zu distanzieren. Diese nur geringfügig belegte Theorie soll während der folgenden Analyse auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft werden. Venus schreibt:

[217] Deutsche Gesandtschaft an AA Berlin, 30. Mai 1934. In: Bundesarchiv Koblenz, R 58/784 (Hauptsicherheitsamt).

"*die Zeitung gab sich vielmehr überzeugt, daß ´da, wo echter, reiner Nationalsozialismus vorwaltet, ... man ganz gewiß nicht eine Gemeinschaft mit Meuchelmördern aufrechtzuerhalten´ vermag. Hitler hatte nach dem unrühmlichen Ausgang des Putschversuchs beschlossen, den Anschluß Österreichs ´auf friedlichem Wege´ herbeizuführen. Als erstes Signal in diese Richtung war die Ernennung Franz von Papens als Nachfolger Rieths zu verstehen, die auch von der ´Neuen Freien Presse´ als Schritt in die richtige Richtung begrüßt wurde.*" (Venus, 1998: 142f).

7.6.2 Analyse Putschversuch "Neue Freie Presse"

Der erste Bericht über das Analysethema erschien auf der Titelseite des Morgenblattes vom 26. Juli 1934. Die Überschrift des Leitartikels, die wie eine Traueranzeige mit einem schwarzen Rahmen versehen ist, lautet: "*Bundeskanzler Dr. Dollfuß tot. Das Opfer eines Putsches*." (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 1). Daneben hat das Blatt vier neutrale Kurzberichte platziert, die weitere Informationen liefern. Sie erklären, dass der Bundeskanzler "*ein Opfer des gestrigen Ueberfalles auf das Bundeskanzleramt*" wurde und einige Stunden "*ohne ärztliche Hilfe auf dem Diwan seines Arbeitsraumes [lag; Anm. d. Verf.], bis er gegen 18 Uhr seine Seele aushauchte. Der Geistliche, der endlich zugelassen wurde, fand ihn bereits tot auf*." (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 1). Danach wird verkündet, dass das Standrecht "*wegen des Verbrechens des Aufruhrs*" verhängt wurde, dass Bundespräsident Miklas auf dem Rückweg nach Wien sei und dass Minister Schuschnigg mit der Leitung der Regierung betraut wurde. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 1.) Im Leitartikel schreibt die "Neue Freie Presse":

"*Oesterreich hat gestern einen schwarzen Tag gehabt. Eines der traurigsten und schmerzlichsten Ereignisse in der Geschichte dieses Staates führte dazu, daß der Bundeskanzler inmitten seiner großzügigen Aufbauarbeit einem Putsche zum Opfer fiel. Dr. Engelbert Dollfuß ist wie ein Held gestorben, als ein leuchtendes Sinnbild treuester Pflichterfüllung für Land und Volk, nicht nur in seinem Vaterlande, in der ganzen gesitteten Welt löst diese Nachricht das tiefste Mitgefühl aus. Entsetzt fragt man sich, wie dieses Unglück geschehen konnte, wie es möglich war, daß sich plötzlich an der Stätte einer alten gepflegten Kultur grauenhafte Szenen abzuspielen vermochten, die der Zivilisation und der Menschenwürde so bitter Hohn sprechen*." (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 1).

Auch der Leitartikler fasst den Hergang des Putsches kurz zusammen und bemerkt, dass wegen der Februarkämpfe noch der "*Schatten auf den Gemütern*" liege - "*und schon wieder hat es sich gezeigt, wie sehr der Wahnwitz in dieser tristen Gegenwart zur Methode zu werden vermag, wie er unter dem fälschlichen Decknamen der Politik sein Unwesen treibt*." (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 1). Das Blatt nennt die Putschisten "*verwegene Desperados*" und zeigt sich verständnislos, "*wie es möglich war, daß sie im Hause wüten konnten, bis das empörende Werk vollbracht war*." (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 2). Danach befasst sich der Leitartikler mit dem Leben Dollfuß´ und dessen Errungenschaften:

> Er "*entwickelte sich zum Führer der Bewegung zur Erneuerung Oesterreichs, zum Träger der autoritären Staatsführung. Es war mehr als eine Sensation, ein tief nachwirkendes Ereignis, als Dr. Engelbert Dollfuß im September des vorigen Jahres auf dem Trabrennplatz die Parole ausgab, daß die Parteienherrschaft überwunden werden müsse, daß der Staat seine Selbständigkeit bewahren werde und daß ein soziales, christliches, deutsches Oesterreich auf ständischer Grundlage erstehen solle. Das klang zunächst wie eine Utopie, aber der Bundeskanzler ließ nicht locker und strebte mit vollen Kräften schrittweise der Verwirklichung seines Ideales zu.*" (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 1).

Er habe seinen Gegnern immer wieder "*die Hand zur Versöhnung*" gereicht und es sei ein "*bestürzendes Verhängnis, daß gerade er dem Terror erlag*." (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 1). Das Blatt nennt Dollfuß einen der "*besten Söhne*" des Staates und hebt seine Liebe für das Vaterland hervor:

> "*Nun aber hat dieses für Oesterreich so warm empfindende Herz zu schlagen aufgehört, nun ist diese Unsumme von Energie zerstört und die ewige Ruhe wird dem Manne zuteil, der in den letzten Monaten von Ruhe so wenig wußte und von Pflichterfüllung zu Pflichterfüllung, von Arbeit zu Arbeit gehetzt wurde*." (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 1).

Der Autor bezieht sich auf eine Radiorede Schuschniggs, die er noch am Abend des Vortages hielt. Darin versicherte er den Zuhörern, dass er die Politik Dollfuß´ weiterführen möchte. "*Die Bahn ist also vorgezeichnet, doch es wird der stärksten Anstrengung, der zähesten Ausdauer und Tatkraft der Verantwortlichen Männer*

bedürfen, um dem Erbe, das ihnen zugefallen ist, gerecht zu werden." (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 1). Das Blatt konstatiert, was nun zu tun ist:

> "*Die Ueberwindung der Gehässigkeiten, des Fanatismus, der Leidenschaften wird also im Mittelpunkte der Bemühungen stehen müssen. Ihm kann die Erkenntnis nur förderlich sein, wie sehr auch gestern wieder die Exekutive treu und fest zum Staat und zu ihrem Gelöbnis gehalten hat.*" (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 2).

Auf der nächsten Seite folgt ein ausführlicher Bericht mit dem Titel "*Der Putsch im Bundeskanzleramt*" (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 2), in dem die Geschehnisse rund um den Ballhausplatz detailliert und chronologisch geschildert werden: Wo die Schutzkorpsabteilungen und das Bundesheer Stellung nahmen, wie Fey mit den "Aufständischen" verhandelte und wie bzw. wann die ersten Gerüchte über den Bundeskanzler aufkamen (vgl. NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 2). Die "Neue Freie Presse" nennt die Putschisten in dem neutral gehaltenen Bericht "*Aufständische*", "*Aufrührer*", "*Rebellen*" und "*Eindringlinge*" - jedoch nie Nationalsozialisten - und leitet mit dem Satz ein: "*Das alte Palais am Ballhausplatz, das politische Zentrum des Bundesstaates Oesterreichs, war in den gestrigen Nachmittagsstunden der Schauplatz unerhörter Ereignisse, die sich mit überraschender Schnelligkeit abspielten*." (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 2). In einem weiteren kurzen Bericht über "*Die militärische Zernierung des Ballhausplatzes.*" (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 2), in dem sie von der Aufstellung der Polizei und der Heimwehrtruppen sowie von der Ankunft von etwa dreißig Wagen des Bundesheeres mit je zehn Mann erzählt, schließt sie mit dem Text:

> "*Erst jetzt wurde den vielen Passanten auf der Ringstraße der Ernst der Situation einigermaßen klar. Um so mehr, da der erste Befehl, der hier von Mann zu Mann weitergegeben wurde, lautete: ´Laden!´ und die Heimwehrleute sich umdrehten und ihre Gewehre luden*." (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 2).

Unter der Überschrift "*Die Darstellungen der Minister*" (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 3) veröffentlicht das Blatt die Informationen aus der Pressekonferenz der Bürgermeisters Schmitz, die er zur Zeit des Putsches abgehalten hatte sowie die Rede des Ministers Fey im Rundfunk, die er nach seiner Freilassung aus dem Regierungsgebäude am Abend des 25. Juli hielt. So hatte die "Neue Freie Presse" die Möglichkeit, die Situation des Vortages von der Außen- sowie der Innensicht des Putsches unkommentiert zu beleuchten. Hier fällt auch zum ersten Mal das Wort "Nationalsozialisten", allerdings in Bezug auf einen

Versuch derselben, Gebäude von Bezirkshauptmannschaften in der Steiermark zu besetzen. Nachdem die Putschisten jedoch in Uniformen des Bundesheeres und der Wache angriffen und auch die Regierungsmitglieder das Wort "Nationalsozialisten" vermieden, muss die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, dass beim Drucken der ersten Artikel noch nicht sicher war, wer die Putschisten waren. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 3.)

Auf Seite vier veröffentlicht das Blatt schließlich auch die Rede Schuschniggs, auf die der Leitartikel Bezug genommen hatte. Erst nach seiner Rede ist in einer Amtlichen Verlautbarung mit dem Titel "*Der Handstreich gegen das Bundeskanzleramt*" erstmalig die Rede von einem "*starken Trupp Nationalsozialisten*", die auf den Ballhausplatz fuhren (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 4). Nur ein weiteres Mal wurden auf dieser Seite die Aufständischen "Nationalsozialisten" genannt, nämlich in der Rede des Bundeskommissärs Adam, der über den Hergang des "*Opfertod[s] des Bundeskanzlers*" informierte (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 4). Auch in der unkommentierten Darstellung bzw. Zusammenfassung der Ereignisse, "*Wie der Bundeskanzler starb*" (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 4), wurde nicht erwähnt, dass die Putschisten Nationalsozialisten waren.

Darauf folgt ein Nachruf, der das Leben und die Errungenschaften des verstorbenen Kanzlers hervorhebt. Besonders interessant für diese Untersuchung ist, dass die "Neue Freie Presse" auch den "*Zweifrontenkampf*" anspricht, "*den die Regierung gegen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten führte*" (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 5).

> "*Den Höhepunkt erreichte diese Auseinandersetzung in den Februarereignissen traurigen Gedenkens, die mit einem Schlag binnen einer Woche zu einer grundstürzenden Wandlung der Konstellation in Oesterreich führten (...). Auf dem Wege vom Parteien- zum Ständestaat wurde in diesen Februartagen ein ungeheuer großer Schritt getan*. (...) *die Februarereignisse endigten mit einer weitgehenden Festigung der Stellung des Kabinetts*." (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 5).

Die Formulierung bestätigt die zum Thema Bürgerkrieg verfasste Schlussfolgerung, dass die "Neue Freie Presse" während der Februarkämpfe auf der Seite der Regierung stand.

In einem zweiten Bericht auf Seite fünf der Ausgabe des 26. Juli geht die "Neue Freie Presse" mit einer Amtlichen Mitteilung näher auf den "*Ueberfall auf die ´Ravag´.*" ein (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 5). Dieser Text ist ebenso neutral bzw. unkommentiert

formuliert wie der Aufruf des Justizministers und der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit, in der es heißt: "*Die Regierung ist im Begriff, die von den nationalsozialistischen Aufrührern f r e v l e r i s c h g e s t ö r t e O r d n u n g ü b e r a l l w i e d e r r e s t l o s h e r z u s t e l l e n*." (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 5). Darauf folgen weitere neutrale Nachrichten, unter anderem zur geplanten "*Rückkehr des Vizekanzlers Starhemberg nach Wien*", zur Ministerratssitzung am Abend sowie die Information, dass die Rebellen voraussichtlich vor das Standgericht gestellt werden (vgl. NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 5f).

Im Abendblatt des 26. Juli veröffentlicht die "Neue Freie Presse" sieben kurze und unkommentierte Meldungen über den Bundespräsidenten, Trauerfahnen, über die Witwe des Kanzlers sowie den Selbstmordversuch Rintelens und die "*Abberufung des deutschen Gesandten Rieth*" (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 1). In letzterem Bericht wird die Meldung des Deutschen Nachrichten-Büros wiedergegeben: "*[W]enn die Terroristen über die Grenze kommen, werden sie v e r h a f t e t. Der deutsche Gesandte in Oesterreich ist wegen s e i n e r V e r m i t t l u n g s t a t a b b e r u f e n worden*." (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 1).

Danach bringt das Blatt erneut Informationen zu den Einzelheiten der "*Ermordung des Bundeskanzlers*" (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 1) aus einem neuen Blickwinkel. Die Informationen hatte es über die "Politische Korrespondenz" erhalten. Darin gibt die "Neue Freie Presse" auch die letzten Worte des Kanzlers wieder. Die Berichterstattung ist erneut neutral und nicht kommentierend. Darauf folgt ein Bericht mit dem Titel "*Mussolini bei der Witwe des Kanzlers*" (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 1), der die Witwe über den Tod ihres Mannes informiert hatte. Weiters über das Beileid des Papstes sowie über die Nachricht des Korrespondenten aus Rom, der konstatiert, der Tod des Bundeskanzlers habe "*in allen Schichten des Landes wahrhafte Betrübnis und einen bis zum Haß gesteigerten Widerwillen gegen die unmittelbaren Schuldigen und Hintermänner dieses scheußlichen Verbrechens ausgelöst*." (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 1). Die letzte Meldung auf der begutachteten Seite lautet "´*Times´ über den Putschversuch*" (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 1). Sie liest sich besonders interessant für diese Analyse:

> "*Die ´Times´ schreibt über den gestrigen Tag in Wien, der nationalsozialistische Putsch in Oesterreich sei g e s c h e i t e r t. Wenn auch eine Verantwortung der*

R e i c h s r e g i e r u n g für das gestrige tollkühne Abenteuer nach den bisher vorliegenden Informationen nicht behauptet werden könne, so habe zweifellos die aus Deutschland kommende s t ä n d i g e A u f r e i z u n g mit zur Revolte beigetragen." (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 1).

Auffallend ist, dass diese Nachricht die einzige ist, in der die Bezeichnung "nationalsozialistischer Putsch" vorkommt. In allen anderen Berichten auf der gleichen Seite, die zu einem großen Teil aus übernommenen Meldungen bestanden, ist die Rede von "*Terrorbanden*" oder "*Terroristen*". Mit diesem kurzen Bericht der "Times" stellt die "Neue Freie Presse" einen Zusammenhang des Putsches mit dem deutschen Reich her - was als kritische Nachricht unter all den neutralen Meldungen zu werten ist.

Auf Seite zwei druckt die "Neue Freie Presse" eine unkommentierte Meldung der Amtlichen Nachrichtenstelle mit dem Titel "*Kein freies Geleit für die Mörder des Bundeskanzlers*." (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 2). Dazu passend veröffentlicht sie eine amtliche Mitteilung aus Berlin mit dem Titel "*Keine Verbindlichkeit der Abmachungen für Deutschland*" (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 2), in der die deutsche Regierung konstatiert:

"*Diese Abmachungen sind für das Deutsche Reich belanglos und beinhalten für die deutsche Reichsregierung k e i n e r l e i r e c h t l i c h e V e r b i n d l i c h k e i t e n. Die deutsche Reichsregierung hat daher den Befehl gegeben, die A u f s t ä n d i s c h e n im Falle der Ueberschreitung der deutschen Grenze s o f o r t z u v e r h a f t e n*." (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 2).

Weiter heißt es in der Mitteilung, der deutsche Gesandte in Wien, Rieth, sei von seinem Posten abberufen worden, denn er habe

"*auf Aufforderung österreichischer Regierungsstellen, beziehungsweise der österreichischen Aufständischen s i c h b e r e i t finden lassen, einer zwischen diesen beiden getroffenen Abmachung bezüglich freien Geleites und Abzuges der Aufständischen nach Deutschland ohne Rückfrage bei der Reichsregierung s e i n e Z u s t i m m u n g zu geben*." (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 2).

Außerdem würde Hitler "*mit Rücksicht auf die t r a u r i g e n E r e i g n i s s e in Oesterreich*" von weiteren Besuchen der Bayreuther Festspiele absehen und der Außenminister habe der Bundesregierung zum Tod Dollfuß´ "*das Beileid der Reichsregierung übermittelt*" (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 2).

Auch ein Kommentar befindet sich auf Seite zwei des Blattes, er trägt den Titel "*Die Ermordung Doktor Dollfuß´*" (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 2). Darin schreibt der Autor, die ganze Bevölkerung sei mit Grauen erfüllt "*über die bestialische Art der Hinmordung eines von den reinsten Idealen erfüllten Menschen*" (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 2) und dass die erschütternde Szene nichts Österreichisches an sich habe und die "*verbrecherischen Elemente mit der österreichischen Seele keine Gemeinschaft besitzen*" (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 2).

> "*In der ganzen Welt wird man heute die Frage aufwerfen, was geschehen solle, welche Zusammenhänge zwischen der glücklicherweise so vollständig isoliert gebliebenen hochverräterischen Aktion und den geheimen Drahtziehern und Inspiratoren der hemmungslosen Vorstöße gegen die Ordnung, gegen die Rechtseinrichtungen, gegen das Wohl und den Frieden des Staates bestehen und wie weit sie über die Grenzen hinausreichen*." (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 2).

Mit dieser Formulierung zeigt der Autor erstmalig - aber äußerst zurückhaltend - an, dass er in Erwägung zieht, dass die "*hemmungslosen Vorstöße gegen die Ordnung*" "*über die Grenzen hinausreichen*" könnten. Der Autor fährt fort und zeigt an, welche Grenzen er meint:

> "*Das Häuflein von Nationalsozialisten, das den Ueberfall auf das Bundeskanzlerpalais und die ´Ravag´ vorbereitete und vollbrachte, wird ausnahmslos auf das allerschärfste verurteilt. In Deutschland wurde heute amtlich erklärt, daß die Terroristen, wenn sie über die Grenze kämen, verhaftet würden. Der deutsche Gesandte in Wien ist wegen seiner mehr als unbegreiflichen Vermittlungstätigkeit bereits abberufen worden. Jedenfalls wird nun alles, geschehen müssen, um die wahrhaft Schuldigen an den blutigen Verirrungen des 25. Juli festzustellen, und es darf dabei keine Rücksicht, keine Geheimniskrämerei geben*." (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 2).

Die "Neue Freie Presse" nennt die "*Vermittlungstätigkeit*" des deutschen Gesandten "*mehr als unbegreiflich*" und verurteilt "*das Häuflein von Nationalsozialisten*". Mit Kritik an anderen Nationalsozialisten hält sie sich jedoch zurück und die Erwähnung der Abberufung des deutschen Gesandten lässt vermuten, dass sie dies der Reichsregierung zugute hält. (Vgl. NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 2.) Offenbar vermutet der Redakteur eine Beteiligung über die Grenzen hinaus, nimmt jedoch nicht an, dass dies im Mitwissen der

deutschen Regierung stattgefunden hat und geht davon aus, dass der "*reine Nationalsozialismus*" - vermutlich vertreten durch die Reichsregierung - die "*Gemeinschaft mit Meuchelmördern*" nicht aufrecht erhalten wird:

> "*Die Zermürbung des Landes und des Volkes wird auf keinen Fall gelingen, das steht fest. Um so mehr ist es höchste Zeit, dem Terrorismus zu entsagen, den wahnwitzigen Rache- und Vernichtungsplänen abzuschwören. In den nationalen Kreisen, da, wo echter, reiner Nationalsozialismus vorwaltet, vermag man ganz gewiß nicht eine Gemeinschaft mit Meuchelmördern aufrechtzuerhalten, die, mit idealistischen Regungen in Zusammenhang zu bringen eine Schändung des Begriffes Idealismus wäre*" (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 2).

In diesem Fall kann man der "Neuen Freien Presse" eine Gutgläubigkeit unterstellen, die die Taten Hitlers und dessen oben erwähnte Reaktionen auf den Putsch verfolgte und daraus schloss, dass Hitler diejenigen bestrafen würde, die aus seiner Regierung etwas mit dem Putsch zu tun hatten - so wie er es mit dem deutschen Gesandten in Wien tat.

Auf der nachfolgenden Seite finden sich wieder neutrale Berichte zum Geschehenen sowie zur neuen Zusammensetzung der Regierung. Außerdem kommen auch Pressestimmen zu Wort. Dabei informiert der Londoner Dienst über die "*Entrüstung in der Londoner Presse*." (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 3), wo das Blatt u.a. konstatiert: "*Auch die Linksblätter weisen auf die Brutalität hin, mit der er [Dollfuß; Anm. d. Verf.] ermordet wurde, und machen die nationalsozialistische Propaganda in Oesterreich für diese ´Schandtat´ verantwortlich*." (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 3). Auch die Berichterstattung der Berliner Blätter wird vom Korrespondenten der "Neuen Freien Presse" zusammengefasst:

> "*Die Artikel der Berliner Blätter haben alle denselben Gedankengang. Vor allem heben sie hervor, daß die deutsche Regierung mit den Vorgängen in Oesterreich in k e i n e r l e i Z u s a m m e n h a n g gebracht werden könne*." (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 3).

In Italien verkündet die "Stampa", dass man nun noch aufmerksamer über die Unabhängigkeit Österreichs wachen würde und nach weiteren Pressestimmen verkündet der ungarische "Magyar Hirlap", er hoffe, "*daß die gestrigen Ereignisse in Oesterreich für den Nationalsozialismus in Oesterreich einen vernichtenden Schlag*

bedeuten und sieht eine energische Demarche der Großmächte in Berlin voraus." (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 3).

Auf Seite acht berichtet die "Neue Freie Presse" neben sechs anderen neutralen Berichten in einem großen Artikel über die Vorbereitung des "*Handstreichs*" (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 8). Darin meldet sie, dass die beiden Männer, die den Handstreich gegen das Bundeskanzleramt geführt hatten, "*v o r J a h r e s f r i s t w e g e n n a t i o n a l s o z i a l i s t i s c h e r U m t r i e b e a u s d e m H e e r e s v e r b a n d e n t l a s s e n worden sind*." (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 8).

27. Juli 1934

Auf der Titelseite des Morgenblattes vom 27. Juli platziert die "Neue Freie Presse" einen Bericht mit dem Titel "*Wichtiger Ministerrat bei Mussolini*." (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 1). Darin wird festgestellt, dass Italien bereit gewesen wäre, "*O e s t e r r e i c h nötigenfalls mit W a f f e n g e w a l t z u u n t e r s t ü t z e n.*" (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 1). Darauf folgen Berichte zum Begräbnis des Kanzlers und dem österreichischen Ministerrat sowie ein Kommentar mit der Überschrift: "*Dr. Dollfuß´ Ermordung und das Ausland*." (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 1). Darin betont der Autor, dass sowohl Italien als auch Frankreich und England "*an der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit dieses Landes*" festhalten werden (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 1). Diese Tatsache wird im Untersuchungszeitraum häufig erwähnt und betont - sowohl bei zitierten Pressestimmen, in den Beileidsbekundungen als auch in anderen Berichten.

Der Redakteur nennt die Aufständischen "Desperados" und hebt die Isoliertheit der beiden Taten in Wien hervor und informiert, dass es in der Steiermark ebenfalls "Auflehnungen" gab, derer die Staatsgewalt jedoch rasch Herr geworden sei (vgl. NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 1). Danach geht er auf den negativen Einfluss der Propaganda ein:

> "*Wie konnte sich ein Häuflein hauptsächlich junger Leute vermessen, dank einer Maskerade einen Staatsstreich zu wagen? (...). Sie haben sich offenbar an den Schlagworten, wie sie jetzt traurige Mode sind, berauscht und sind Verführern aufgesessen, die, selbst weltfremd und phantastisch veranlagt, das rasche Gelingen der Erhebung als sicher annahmen. Welche Verblendung, welch sträfliche Torheit. Zum Unglück aber ist diese Leichtsinnigkeit und Oberflächlichkeit einer gewissen*

Sorte von Agitatoren, die sich als Politiker fühlen, für die Gegenwart geradezu charakteristisch. Man versucht die Jugend zu betören, alle Hebel werden in Bewegung gesetzt, um aus der Verbitterung und Verzweiflung breiter Schichten trauriges Kapital zu schlagen." (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 1f).

Das Blatt kritisiert damit offensichtlich den Nationalsozialismus, dass er die Jugend betöre und ihre Verzweiflung ausnutze - jedoch ohne den Nationalsozialismus beim Namen zu nennen. Daraus lässt sich eine gewollte Zurückhaltung erkennen, schließlich wusste die Redaktion zu diesem Zeitpunkt bereits, dass es ein nationalsozialistischer Putschversuch war, wie weitere Berichte dieser Ausgabe zeigen.

Alle weiteren Berichte auf den Seiten zwei und drei des Blattes befassen sich neutral und unkommentiert mit dem Analysethema. Darunter sind unter anderem eine Darstellung eines Augenzeugen und ein Bericht darüber, dass die Hauptschuldigen in das Polizeigefangenenhaus überführt wurden (vgl. NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 2) sowie einige Berichte über die "*Teilnahme des Auslandes*" (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 3). Von diesen ist der Bericht über die "*Auffassung der Ereignisse in Berlin*" besonders hervorzuheben. Dort erklärte man dem Korrespondenten, dass man sich "*hier zu den W i e n e r E r e i g n i s s e n n i c h t ä u ß e r n k ö n n e, da es sich lediglich um i n n e r ö s t e r r e i c h i s c h e Vorgänge handle*." (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 3). Der Redakteur fasst daraufhin die Pressestimmen der Berliner Abendblätter zusammen:

> Sie "*polemisieren gegen die ausländischen Zeitungen, die den Versuch machen, Deutschland als v e r a n t w o r t l i c h für die gestrigen Ereignisse in Wien oder als deren intellektuellen U r h e b e r hinzustellen. Diese Behauptungen ausländischer Blätter werden von der Berliner Presse als Hetze gegen Deutschland bezeichnet. Dazu schreibt die ´Deutsche Allgemeine Zeitung´: Durch S p e r r u n g u n s e r e r G r e n z e haben wir verhindert, daß etwaige österreichische Flüchtlinge, die sich in Deutschland befinden, in die österreichischen Ereignisse eingreifen könnten. Die Sperre wurde a u c h a u f d i e ö s t e r r e i c h i s c h e n G e m e i n s c h a f t s l a g e r im R e i c h e ausgedehnt*." (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 3).

Aus der Erklärung der Sperrung der Grenze sowie aus der Begründung der Abberufung des deutschen Gesandten Rieth lässt sich der Versuch herauslesen, eine Beteiligung des Deutschen Reichs zu bestreiten und sein Vorgehen zu rechtfertigen:

"*Ueber die Haltung des deutschen Gesandten in Wien schreibt das ´Berliner Tageblatt´: In dem furchtbaren Durcheinander, das in Wien herrschte, sei ein deutscher Diplomat a u s g e g l i t t e n. Es wird ferner hervorgehoben, daß der deutsche Gesandte nur auf das drängende Verlangen sich zur Verfügung gestellt habe. Der deutsche Gesandte sei keinerlei Weisung irgendeiner deutschen Stelle gefolgt, und die deutsche Regierung habe ihrer M i ß b i l l i g u n g seines Verhaltens dadurch Ausdruck gegeben, daß sie ihn sofort abberufen hat*." (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 3).

Unter dem Titel "Die Anteilnahme der tschechoslowakischen Presse" (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 4) zitiert die "Neue Freie Presse" ein Blatt, in dem es heißt: "*Vielleicht wird endlich Europa nach diesem blutigen Beweis von dem Wirken des Hakenkreuzes sich bewußt werden, welche Gefahr die Terrorbewegung für den europäischen Frieden bedeutet*." (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 4). Und auch "*Der Eindruck in Genf*" (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 4) in Völkerbundkreisen fällt ähnlich aus, wie die Schweizerische Depeschenagentur berichtet. Nach der Bekundung der allgemeinen Anteilnahme, sei die Meinung wie folgt:

"*Die von den Nationalsozialisten in Oesterreich angewendeten Methoden werden auf das schärfste verurteilt und man erwartet, daß die Großmächte energische Schritte unternehmen werden, um die deutsche Regierung zu veranlassen, der von deutscher nationalsozialistischer Seite in Oesterreich mit allen Mitteln geförderten aufrührerischen Propaganda, die nicht nur für die österreichische Republik sondern auch für den Frieden in Europa eine Gefahr darstellt, Einhalt zu gebieten*." (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 4).

Und auch italienische Blätter konstatieren, "*[d]er Terrorismus in Oesterreich habe auf deutschem Gebiete seine Basis und sein organisatorisches Zentrum gehabt.*" (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 4). Außerdem berichtet der Korrespondent, dass das italienische Volk begrüße,

"*daß der Putsch und der Meuchelmord an dem Bundeskanzler ohne nennenswerte Weiterungen geblieben sind. Man erblickt darin einen Beweis für die Unrichtigkeit der nationalsozialistischen These von der großen Zahl der nationalsozialistischen Parteigänger in Oesterreich*." (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 4).

Diese kritischen Beiträge über die mögliche Beteiligung des Deutschen Reichs -direkt oder indirekt - sind immer wieder eingestreute kurze Informationen zwischen einer Fülle von neutralen Berichten über Kondolenzschreiben und über Eindrücke ausländischer Regierungen. Es könnte sein, dass die "Neue Freie Presse" aus irgendwelchen Gründen keine Möglichkeit sah, direkte Kritik am Nationalsozialismus zu üben, dies jedoch mit kleinen, eingestreuten Informationen von Stimmen aus dem Ausland versucht. Diese These wird erhärtet durch die auf Seite fünf abgedruckte Rede des Bundeskommissärs für Heimatdienst, Adam, in den U.S.A. Sie wurde in 417 amerikanischen Sendern übertragen:

> "*Oesterreich steht in tiefer Trauer an der Bahre seines Kanzlers Dollfuß, der von Mörderhand getötet wurde, weil er sein Vaterland so sehr geliebt hat. (...). Seit Monaten führten die Nationalsozialisten in Oesterreich mit Unterstützung aus dem Deutschen Reiche einen Feldzug gegen die Regierung und gegen die friedliebende Bevölkerung unseres Landes. Sie verübten dabei immer größere und gefährlichere Verbrechen. Die österreichische Regierung wurde dadurch zu ernsten Maßregeln der Abwehr gezwungen. Diese Maßregeln gaben den Nationalsozialisten den Vorwand, ihren Kampf immer mehr zu steigern*." (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 5).

Direkt danach greift die "Neue Freie Presse" eine weitere Rundfunkrede des Bundeskommissärs auf, die die "politische Korrespondenz" an das Blatt weitergab. Demnach wandte er sich

> "*in schärfster Weise gegen den amtlichen Nachrichtendienst des Deutschen Reiches (...), der zu den tragischen Ereignissen vom 25. Juli mit unwahren Meldungen Stellung genommen habe. (...) So habe das amtliche Berliner Büro gemeldet, daß n i c h t N a t i o n a l s o z i a l i s t e n, sondern die Heimwehr den Putsch gegen die ´R a v a g´ und das Bundeskanzleramt durchgeführt habe und daß heftige Kämpfe im Gange seien. In einem zusammenhängenden Situationsbericht um 18.30 Uhr wird erklärt, daß eine zentrale Regierungsgewalt in Oesterreich nicht mehr bestehe. Hier wie in allen Meldungen ist n i r g e n d s v o n P u t s c h i s t e n o d e r a u c h n u r N a t i o n a l s o z i a l i s t e n d i e R e d e, sondern immer nur vom österreichischen Volk als den Aufrührern.*" (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 5).

Dieser äußerst kritische Text den deutschen Medien gegenüber untermauert die Theorie der kritischen Einstellung der "Neuen Freien Presse" Deutschland gegenüber, die das

Blatt unterschwellig transportiert. Allerdings blieb auch dieser Beitrag unkommentiert. Die "politische Korrespondenz" fährt fort:

> "*Während (...) Doktor Rintelen (...) gestellt und in das Landesverteiditungsministerium gebracht wurde, meldete das Nachrichtenorgan der Reichsregierung, daß Rintelen bereits mit Bundesminister Dr. Schuschnigg und "Vertretern des Volkes" an der Bildung einer neuen Regierung arbeitete. Am späten Abend, als Bundeskanzler Dr. Dollfuß schon lange tot war, wurde er noch immer in der schärfsten Weise vom deutschen Nachrichtendienst angegriffen und beschimpft. Es lag zweifellos in dem Plan der Putschisten, d e n K a n z l e r z u e r m o r d e n, die Zentralgewalt lahmzulegen und in dieser Situation durch Aussprengung t o l l e r K a t a s t r o p h e n n a c h r i c h t e n ein Chaos zu schaffen*." (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 5).

Auf derselben Seite veröffentlicht die "Neue Freie Presse" andererseits Informationen zu "*Maßnahmen gegen Eigenmächtigkeiten der österreichischen Legion*" durch Deutschland (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 5). Der "Times"- "Neue Freie Presse"- Dienst berichtet:

> "*Die deutschen Behörden haben anscheinend s c h a r f e M a ß n a h m e n g e g e n e i n e i g e n m ä c h t i g e s V o r g e h e n der österreichischen Legion getroffen. (...). 5 0 0 S.- S.- M ä n n e r wurden vorübergehend nach F r e i l a s s i n g beordert, wo sich das Lager der Legionäre befindet, o f f e n b a r um e i n e n A n g r i f f a u f S a l z b u r g z u v e r h i n d e r n. Die sogenannte ö s t e r r e i c h i s c h e L a n d e s l e i t u n g begab sich gleichfalls nach Freilassing, offenbar nachdem sie bestimmt worden war, ihre Politik zu ändern. Heute abend wurden die S. S. abgezogen*. (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 5).

Der Text ist positiv für Deutschland formuliert, jedoch achtet der Redakteur darauf, Worte zu benutzen, die klarstellen, dass die Gründe für den Truppeneinsatz an der Grenze auf Vermutungen beruhen. Dies lässt dem Leser die Möglichkeit offen, Interpretationen anzustellen. Darauf folgt eine amtliche Mitteilung mit dem kurzen Titel "*Habicht enthoben*." (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 5), die jegliche Beteiligung der Reichsregierung am Putsch zurückweist:

> "*Noch gestern nachts wurden v o n d e r R e i c h s r e g i e r u n g U n t e r s u c h u n g e n angestellt, ob sich i r g e n d e i n e d e u t s c h e S t e l l e im*

Zusammenhang mit den österreichischen Vorgängen eine direkte oder indirekte B e t e i l i g u n g zuschulden kommen ließ. Die im Laufe des heutigen Tages abgeschlossene Prüfung ergab, d a ß k e i n e d e u t s c h e S t e l l e i m Z u s a m m e n h a n g m i t d e n E r e i g n i s s e n steht, sowie daß alle Anweisungen sofort restlos durchgeführt wurden. Insbesondere erfolgte, um jedes unerwünschte Ueberschreiten der Grenze zu verhindern, e i n e d u r c h g e h e n de A b s p e r r u n g der nach Oesterreich führenden Straßen, (...). Weder vor- noch nachher sind Grenzüberschreitungen vorgekommen, die in Verbindung mit den Wiener Ereignissen gebracht werden können." (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 5).

In Fettdruck führt das Blatt die amtliche Mitteilung fort:

"*Bei schärfster Ueberprüfung gelang es nur in einzelnen Fällen, festzustellen, daß bei nicht genügender Kontrolle von Meldungen ein vielleicht gegenteiliger Eindruck hätte erweckt werden können. Daraufhin wurde heute vormittag der Münchner Landesinspekteur Habicht seines Postens enthoben und zur Disposition gestellt*." (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 5).

In dieser Mitteilung wird die Vorgehensweise des Deutschen Reichs verteidigt und die Unschuld der Regierungsmitglieder am Putsch in Wien betont. Grundsätzlich kann dieser Text als positiv für Deutschland interpretiert werden.

Sicherlich muss dabei beachtet werden, dass nach dem BGBl. Nr. 282 die "*Veröffentlichung amtlicher Verlautbarungen in Zeitungen*" verpflichtend war, und diese auch unkommentiert abgedruckt werden mussten (vgl. BGBl. 282, 5.7.1933). Es könnte sein, dass die "Neue Freie Presse" diese Informationen wiedergeben musste und sie deshalb als "Amtliche Mitteilung" kennzeichnete. Andererseits stammt die Mitteilung aus München und fällt daher vermutlich nicht unter diese Bestimmung. Möglich wäre es jedoch, dass Stefan von Müller dafür eintrat, die den deutschen versprochene "Objektivität" einzuhalten und dass die Nachricht deshalb gedruckt wurde. Die These der verpflichtenden Veröffentlichung könnte man allerdings auch auf die gedruckte Rundfunkrede des Bundeskommissärs Adam anwenden, in dem Artikel bezieht sich die "Neue Freie Presse auf die "politische Korrespondenz" (vgl. NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 5).

Im Abendblatt veröffentlicht die "Neue Freie Presse" eine Aussendung des Deutschen Nachrichten Büros, der sie den Titel "*Papen zum Gesandten in Wien ernannt*" (NFP,

Abendblatt, 27.7.1934: 1) gibt und die ein Schreiben von Hitler an von Papen enthält. Darin beteuert Hitler in Fettdruck: "*Das Attentat gegen den österreichischen Bundeskanzler, das von der Deutschen Reichsregierung auf das schärfste verurteilt und bedauert wird, hat die an sich schon labile politische Lage Europas ohne unsere Schuld noch weiter verschärft*." (NFP, Abendblatt, 27.7.1934: 1). Erneut gab also die "Neue Freie Presse" Deutschland bzw. Hitler eine Plattform, seine Unschuld zu verkünden. Allerdings druckt sie auf Seite drei unter dem Titel "*Der Widerhall in England und Frankreich*" (NFP, Abendblatt, 27.7.1934: 3) Stimmen aus dem Ausland, die den Darstellungen Deutschlands widersprechen, bzw. andere Theorien dazu vorweisen. So schreibt neben anderen neutral wiedergegebenen Stellungnahmen zum Tode Dollfuß´ und den Ereignissen, der Londoner Dienst der "Neuen Freien Presse":

> "*Die ´Times´ erklären, der deutschen Regierung könne man die alleinige Verantwortung für die gestrigen Ereignisse n i c h t z u s c h r e i b e n, aber unfraglich ist es, daß die Revolte wenigstens zum T e i l auf die ständigen Aufreizungen zurückzuführen sei, die von Deutschland ihren Ausgangspunkt genommen haben*. (...). ´Manchester Guardian´ schreibt: Die gestrige nationalsozialistische Aktion muß lange vorbereitet und sorgfältig organisiert worden sein. Daß Deutschland in letzter Linie für den nationalsozialistischen Terrorismus in Oesterreich verantwortlich ist, sei k l a r u n d u n b e s t r i t t e n." (NFP, Abendblatt, 27.7.1934: 3).

Eine weitere englische Stellungnahme führt vor Augen, warum Hitler Habicht entlassen musste und kritisiert die Nationalsozialisten scharf:

> "*Welches immer die unmittelbar Schuldigen bei dem Attentat seien, die allgemeine Ansicht geht dahin, daß die s c h l i e ß l i c h e V e r a n t w o r t u n g auf die seit den letzten achtzehn Monaten von dem n a t i o n a l s o z i a l i s t i s c h e n H a u p t q u a r t i e r i n M ü n c h e n offen befolgte Politik zurückfalle, das von außen her Oesterreich den Lauf der inneren Ereignisse zu diktieren gewagt habe durch eine inspirierte und subventionierte Kampagne des Terrorismus und der Einschüchterung*." (NFP, Abendblatt, 27.7.1934: 3).

In der Zusammenfassung der französischen Presse "*zur Lage in Oesterreich*" (NFP, Abendblatt, 27.7.1934: 3) zeigt die "Neue Freie Presse" klar auf, dass die Öffentlichkeit des Auslandes Deutschland zumindest eine Teilschuld am Putschversuch gibt:

"*Der Nationalsozialismus hat durch die letzten Ereignisse nicht nur in Oesterreich, sondern im Dritten Reich selbst einen a u ß e r o r d e n t l i c h s c h w e r e n S c h l a g e r h a l t e n, da die gesamte Weltöffentlichkeit, die z u m i n d e s t m o r a l i s c h e V e r a n t w o r t u n g des Dritten Reiches an den tragischen Vorgängen in Wien deutlich erkannt hat. Die Mächte sind mehr denn je entschlossen, die Unabhängigkeit und Freiheit Oesterreichs mit Einsatz aller Mittel zu verteidigen*." (NFP, Abendblatt, 27.7.1934: 3).

Ebenso kritisch fällt der auf der nächsten Seite zitierte Leitartikel der "Times" aus, der sich "*gegen ´Gangstermethoden´ der Politik*" wendet (NFP, Abendblatt, 27.7.1934: 4). Darin schreibt das englische Blatt:

"*Die ganze Historie der Ereignisse, wie sie gestern erst enthüllt wurde, läßt das Wort ´Nazi´ i n d e r N a s e d e r W e l t s t i n k e n. Ein System, das von solchen Methoden lebt, muß überall Haß und Verachtung hervorrufen. Es wird in Hinkunft, selbst wenn es an sich im Recht wäre, n i c h t m e h r d i e g e r i n g s t e U n t e r s t ü t z u n g finden. Alle anderen Länder werden sich in dem Gefühl vereinigen, daß das erste Uebel, von dem sie befreit werden müssen, die Einführung der Gangstermethoden in das Feld der internationalen und nationalen Politik sein wird*." (NFP, Abendblatt, 27.7.1934: 4).

Doch auch hier folgt wieder ein positiver Bericht der "Neuen Freien Presse", sie veröffentlicht direkt daneben ein Korrespondententelegramm aus Paris, in dem es heißt, die österreichische Lage stehe immer noch im Vordergrund der politischen Diskussion. "*Die Tatsache, daß der reichsdeutsche Gesandte von seiner Regierung a b b e r u f e n wurde, wird vom ´Journal´ als eine Art Zugeständnis Deutschlands und dessen Anteilnahme an den Ereignissen gewertet*." (NFP, Abendblatt, 27.7.1934: 4).

Unter dem Titel "*Die Säuberungsaktion beendet*" (NFP, Abendblatt, 27.7.1934: 6) druckt die "Neue Freie Presse" eine Meldung der Pressestelle des Bundesführers des österreichischen Heimatschutzes über die Kämpfe mit Nationalsozialisten in den Bundesländern aufgrund des Putschversuchs. Dabei wird auch zweimal die Grenze zu Deutschland erwähnt:

"*An der Salzburger Grenze, die vollständig gesperrt ist, machen sich Ansammlungen von bayerischer S. S. bemerkbar. Im Land selbst ist alles ruhig, desgleichen in Oberösterreich, in Niederösterreich, Tirol, Vorarlberg und Burgenland. (...). In*

Vorarlberg herrscht vollständige Ruhe. Ueber der deutschen Grenze hatten sich vierhundert bewaffnete Nazilegionäre zwischen Lindau und Niederstauffen angesammelt. Der Heimatschutz hat sofort mehrere Formationen aufgeboten und den Grenzdienst verschärft." (NFP, Abendblatt, 27.7.1934: 6).

Diese Meldung rückt die Nachricht des "Times"-"Neue Freie Presse" - Dienstes der Morgenausgabe in ein anderes Licht. Dort wurde die Vermutung vertreten, dass man die Posten aufgestellt hatte, um einen Angriff auf Salzburg zu verhindern sowie um keine österreichischen Flüchtlinge zurück nach Österreich zu lassen (vgl. NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 5). Und auf Seite drei des Blattes konstatieren die deutschen Pressestimmen, dass dadurch das Eingreifen der österreichischen Legion in den Putsch verhindert wurde (vgl. NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 3). Offenbar war sich der Heimatschutz da nicht so sicher - und verschärfte zur Sicherheit den Grenzdienst.

Auf der letzten Seite des Abendblattes veröffentlicht das Blatt Beileidsbekundungen aus aller Welt. Darunter ist auch ein Bericht des Korrespondenten aus Belgrad, der die Pressestimmen zusammenfasst:

"*In den Kommentaren der Presse wird für den Putsch zwar nicht direkt das nationalsozialistische Deutschland beschuldigt, es wird aber die Zweideutigkeit der Haltung hervorgehoben, die die deutschen Radiostationen und die deutsche Presse eingenommen haben und aus der klar ihre Freude über den Putsch hervorging*." (NFP, Abendblatt, 27.7.1934: 8).

7.6.3 FAZIT Analyse "Neue Freie Presse"

Die "Neue Freie Presse" zeigt nach dem Tod Dollfuß´ große Bestürzung und betont mehrmals die großen Leistunden, die der Bundeskanzler für Österreich vollbracht habe. Damit bekundet sie ihre Loyalität gegenüber der autoritären Regierung. Um das Volk zu beruhigen, betont die "Neue Freie Presse" mehrmals, dass sie die Unterstützung des Völkerbundes habe und ihre Unabhängigkeit gesichert sei.

Stellt man alle positiven und negativen Berichte über das Deutsche Reich sowie über seine Beteiligung - direkt oder indirekt- am Putschversuch gegenüber, sind es eindeutig mehr Berichte, die dem Deutschen Reich zumindest eine Mitschuld geben. Somit überwiegt die negative Berichterstattung über das Deutsche Reich, was eine unterschwellig kritische Einstellung der "Neuen Freien Presse" - zumindest zum deutschen Nationalsozialismus - dokumentiert. Nur in einem Leitartikel kritisiert die "Neue Freie Presse" die Methoden der Anstifter zum Putsch - allerdings ohne das Wort "nationalsozialistisch" zu verwenden.

Theodor Venus´ Behauptung kann verifiziert werden, da die "Neue Freie Presse" sich tatsächlich nicht klar von Deutschland distanziert, sondern lediglich von den Aufständischen österreichischen Nationalsozialisten. Allerdings hofft sie, der Auslegung dieser Analyse nach, dass das Deutsche Reich, wenn es einen reinen, echten Nationalismus vertreten würde, keine Meuchelmörder in ihrer Gemeinschaft behalten würde. Dies legt die Vermutung nahe, dass das Blatt nicht die Deutsche Regierung in irgend einer Weise angreifen oder verantwortlich machen wollte, sondern lediglich einzelne Nationalsozialisten "über der Grenze" bzw. die Putschisten.

Innerhalb des Untersuchungszeitraums befinden sich keine Inserate aus Deutschland im Untersuchungsmaterial.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: **Die "Neue Freie Presse" verurteilt den Putsch, die Putschisten sowie den Mord an Dollfuß aufs Schärfste. Sie schreibt den Nationalsozialisten im Deutschen Reich eine Mitverantwortung zu, vermeidet jedoch offene Kritik an Hitler oder an der Deutschen Regierung**. **Deutschlandfreundlichkeit kann ihr dabei allerdings nicht unterstellt werden.**

7.6.4 Überblick "Deutsche Arbeiter-Presse" und der nationalsozialistische Putschversuch

Die "Deutsche Arbeiter-Presse" wird für den Vergleich der Berichterstattung mit der "Neuen Freien Presse" herangezogen, da im Untersuchungszeitraum weder der "Österreichische Beobachter" noch "Die Neue Zeitung" erschienen sind. Das Hauptorgan der "*Deutschen Arbeiterbewegung Oesterreichs*" (DAP, 2.8.1934: 1) stand zu dem Zeitpunkt unter der Führung von Karl Schulz und erschien monatlich. Aus diesem Grund wurde auch nur die Nummer des 2. August 1934 als Vergleichsmaterial ausgewählt. Sie war die nächste Ausgabe nach dem Ereignis.

Das Blatt veröffentlichte im Untersuchungszeitraum insgesamt zwei Berichte bzw. Kommentare zum Putschversuch der Nationalsozialisten und zum Tod des Bundeskanzlers Dollfuß.

Das Blatt sowie die Partei, die hinter der Zeitung stand, führten zu dieser Zeit immer noch einen Kampf gegen die Hitlerbewegung, von der sie sich 1926 abgespalten hatten. Laut Bernd Beutl unterstützte es ab 1933 sogar das autoritäre Regime von Dollfuß (vgl. Beutl, 2001: 72f, 94). Während des folgenden Vergleichs wird daher besonders auf ihren Umgang mit dem Tod Dollfuß´ sowie mit dem Deutschen Reich geachtet werden.

7.6.4.1 Vergleich "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Neue Freie Presse"

Auf der Titelseite veröffentlicht das Blatt einen Leitartikel mit dem Titel "*Dem toten Kanzler*." (DAP, 2.8.1934: 1). Darin drückt der Autor "H.B.", vermutlich Hans Becke, seine Bestürzung über den Tod Dollfuß´ aus:

> "*Ruchloser Mörderhand fiel auf der Stätte seines Wirkens, mitten in der Arbeit für Volk und Heimat, unser Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß zum Opfer. Unsere Heimat, unser deutsches Volk verliert mit ihm unendlich viel, einen treuen Sohn des Volkes, einen unerschrockenen, nie ermüdenden Führer, einen deutschen Kanzler. Denn deutsch bis in die letzte Faser seines Herzens war dieser Mann, (...), nicht die Verhimmelung seiner Anhänger hat ihn zum Führer seines Volkes gemacht, das hätte sein schlichter Sinn nie gelitten, sondern Taten*." (DAP, 2.8.1934: 1).

Das Blatt hebt das "Deutsche" in Dollfuß hervor, was die "Neue Freie Presse" im Gegensatz dazu nicht anspricht. Einig sind sich die beiden Blätter in ihrer Sympathie für

den verstorbenen Kanzler. Die "Deutsche Arbeiter-Presse" hebt im Text die "*alles verstehende Güte*" Dollfuß´ hervor, der sogar während der Februarkämpfe "*allen Aufrührern Pardon versprach (...) und noch auf seinem Totenlager wies er Bundesminister Fey an, Blutvergießen möglichst zu vermeiden*." (DAP, 2.8.1934: 1).

Auch dem Umgang des Kanzlers mit dem Deutschen Reich wird in der "Deutschen Arbeiter-Presse" besondere Bedeutung zugemessen:

> "*Nie vergaß er der Würde des deutschen Volkes und so vermied er es peinlich, sich wegen der fortwährenden Uebergriffe reichsdeutscher Stellen an den Völkerbund zu wenden, selbst dann noch, als er hiezu von seinem Kabinett bereits bevollmächtigt war. Er wußte sehr wohl, daß ein derartiger Schritt sofort ein Einschreiten der Großmächte nach sich ziehen würde. Als Deutscher scheute er jedoch davor zurück, Streitigkeiten zwischen deutschen Staaten vor ein fremdnationales Forum zu ziehen. Wiederholt bot er dem Gegner die Hand des Friedens*." (DAP, 2.8.1934: 1).

Die "Neue Freie Presse" hingegen greift kurz den "*Zweifrontenkampf*" auf (vgl. NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 5) sowie den Kampf gegen den Terror, aber nicht die Differenzen mit Deutschland. Sie formuliert dies allgemeiner: "*Dabei bot er seinen Gegnern immer wieder die Hand zur Versöhnung, ohne freilich von rechts oder links einen Druck auf sich ausüben zu lassen*." (NFP, Morgenblatt, 26.7.1934: 1).

Ebenso wie die "Neue Freie Presse" (vgl. NFP, Morgenblatt, 27.2.1934: 2), sieht das NS-Blatt die Putschisten als "verhetzt", "verführt" und "verblendet" an:

> "*Aber auch die Verhetzten und Verführten werden erkennen müssen, daß dieser Mann Zeit seines Lebens nur das Beste für sein Volk und seine Heimat gewollt und getan hat und werden dereinst die schwere Bluttat, die sie in ihrer Verblendung begangen haben, bitter bereuen*." (DAP, 2.8.1934: 1).

Danach verkündet die "Deutsche Arbeiter-Presse" ihre Treue gegenüber der Politik des verstorbenen Kanzlers und bestätigt öffentlich ihre Sympathie für die Regierung:

> "*Wir österreichischen Nationalsozialisten, die wir in Dr. Dollfuß stets den wahren Führer Oesterreichs gesehen haben, die wir seine Politik rückhaltlos und selbstlos unterstützt haben, soweit es in unseren Kräften gestanden ist, wir rufen diesem deutschen Kanzler ein Treuegelöbnis für sein Werk ins Grab nach. Vom tiefsten Schmerz sind wir erfüllt, daß diese Untat unter der Flagge einer deutschen*

Freiheitsbewegung geschehen ist und wollen mit allen Kräften daran arbeiten, daß der Opfertod dieses Mannes nicht umsonst erfolgt ist." (DAP, 2.8.1934: 1).

Unter dem Titel "*Wir klagen an*!" (DAP, 2.8.1934: 1) macht die "Deutsche Arbeiter-Presse" die Schuldigen an dem Putschversuch aus:

"*Systematische Hetze hat dazu geführt, daß entmenschte Verbrecher die Mordwaffe gegen das Oberhaupt der Regierung erhoben haben, daß verführte fanatisierte Volksgenossen unter der Flagge eines deutschen Freiheitskampfes gegen Heimat und Regierung aufgestanden sind und unendliche Blutopfer hervorgerufen haben. Wir sind überzeugt, daß der überwiegende Teil der Aufständischen der Meinung war, sie müßten durch Einsatz ihres Lebens für die Ziele einer Partei kämpfen, ebenso überzeugt sind wir aber auch, daß die Hetzer, die aus dem sicheren Asyl in München heraus ihre Anhänger in diesen wahnsinnigen Kampf geführt haben, ausschließlich aus persönlicher Machtgier, aus persönlichen Herrschaftsgelüsten gehandelt haben. Sie konnten es nicht vertragen, daß ihre Rolle in Oesterreich ausgespielt sei*." (DAP, 2.8.1934: 1).

Und auch die "Neue Freie Presse" war der Meinung, dass im Hintergrund "Agitatoren" standen, die versuchten, aus der "*Verbitterung und Verzweiflung breiter Schichten trauriges Kapital zu schlagen.*" (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 2). Die Putschisten hätten sich "*offenbar an den Schlagworten, wie sie jetzt traurige Mode sind, berauscht und sind Verführern aufgesessen*" (NFP, Morgenblatt, 27.7.1934: 2), so der Redakteur der "Neuen Freien Presse". In diesem Punkt sind sich die beiden Blätter einig. In der weiteren Ausführung der "Deutschen Arbeiter-Presse" kommentiert das Blatt wesentlich kritischer als die "Neue Freie Presse", der eventuell aktuelle Informationen zum Veröffentlichungszeitpunkt noch fehlten. Natürlich muss in Betracht gezogen werden, dass sich das NS-Blatt die Dinge zusammenreimte, allerdings stimmen die Informationen großteils mit denen in der Literatur überein[218]. Es macht die Schuldigen, die Initiatoren des Putschversuchs, in München aus und nennt die Namen Frauenfeld und Habicht - zwei, laut "Deutsche Arbeiter-Presse", nach Deutschland geflüchtete Führer der österreichischen NSDAP (Hitlerbewegung) (vgl. DAP, 2.8.1934: 2). Der Autor meint, diese "Führer" hätten es besser wissen müssen, denn schon der Stellvertreter Hitlers, Heß,

[218] Siehe Kapitel 2.10 Putschversuch der Nationalsozialisten.

habe konstatiert, dass die "*Zeit mittelalterlicher Revolutionen vorbei ist*." (DAP, 2.8.1934: 2).

> "*Trotzdem haben aber die ´Führer´ der österreichischen Hitlerbewegung aus ihrem sicheren Asyl in München heraus diesen Versuch unternommen. Sie selbst freilich haben ihre Haut nicht zum Markte getragen, sie blieben im sicheren Asyl, ihr Leben erschien ihnen zu kostbar, um es diesem Versuch zu opfern. (...) ihre Anhänger aber haben sie in systematischer Hetze zu diesem Wahnsinnsunternehmen verleitet, haben sie mit den notwendigen Waffen und Geldmitteln unterstützt und haben im sicheren München gewartet, bis die Gefahr vorbei sei, um dann als siegreiche Führer im eroberten Staate einzuziehen. (...). Was Frauenfeld, Habicht und Genossen kalten Blutes angezettelt haben, ist nicht deutsch, ist nicht national, sondern Volksverrat. Umsomehr Volksverrat, als sie damit Deutschland selbst in die schwersten Gefahren gebracht haben*." (DAP, 2.8.1934: 2).

Während die "Deutsche Arbeiter-Presse" das Vorgehen der Verantwortlichen als "*nicht deutsch*" erachtet, stellt die "Neue Freie Presse" klar, dass der Angriff auf die österreichische Regierung "*nichts österreichisches*" an sich habe. Die "*verbrecherischen Elemente*" besäßen "mit der *österreichischen Seele keine Gemeinschaft*" und sie hätten "*ihrem inneren Wesen nach mit den Sitten, der Kultur, der Rechtschaffenheit, die in unserem Lande vorwaltet, nichts, gar nichts gemein*" (NFP, Abendblatt, 26.7.1934: 2).

Auch in Hitler sieht die "Deutsche Arbeiter-Presse" einen Mit-Schuldigen:

> "*Wir klagen aber auch den Führer Hitler an, denn er hätte rechtzeitig erkennen müssen, von welchen Qualitäten seine ´Landesleitung Oesterreich´ in München ist, er hätte dem verbrecherischen, volksverräterischen Treiben dieser Leute rechtzeitig Einhalt gebieten müssen, er hätte als Führer nicht den gemeinen Bluffmethoden der ´Führer´ der österreichischen Hitlerbewegung unterliegen dürfen*." (DAP, 2.8.1934: 2).

Das nationalsozialistische Blatt erkennt Frauenfeld, Habicht und Genossen als Hauptschuldige.

> "*Unsühnbar ist die Schuld Frauenfelds, Habichts und Genossen, sie haben die nationale Idee in den Schmutz gezerrt, sie haben wohlüberlegt ihre Anhänger in ein wahnsinniges, undurchführbares Unternehmen gehetzt, sie haben das Deutsche Reich vor die Gefahr einer Invasion fremder Truppen gestellt und all dies nur, weil*

diese Herrschaften in Oesterreich herrschen wollten, es ging ihnen nicht um die nationale Freiheit der Bevölkerung, diese war nie bedroht (...) sie mußten wissen, daß die staatliche Exekutive der Regierung treu ergeben ist und rückhaltlos gegen jeden Putsch auftreten werde, und trotzdem haben sie ihre Anhänger in dieses Wahnsinnsunternehmen gehetzt. (...). Wir sind überzeugt, daß auch für Frauenfeld, Habicht und Genossen der Zahltag kommen wird." (DAP, 2.8.1934: 2).

7.6.5 FAZIT Vergleich "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Neue Freie Presse"

Aus dem Vergleich der beiden Blätter geht hervor, dass sowohl die "Neue Freie Presse" als auch die "Deutsche Arbeiter-Presse" große Sympathie für den verstorbenen Bundeskanzler Dollfuß empfanden und den "Meuchelmord" an ihm aufs Schwerste verurteilten. Ebenfalls einig sind sie sich in der Annahme, Hitler hätte keinen direkten Einfluss auf das Geschehen genommen. Nur die "Deutsche Arbeiter-Presse" legt sich darauf fest, dass die verantwortlichen "Führer" während des Angriffs in München saßen. Die Möglichkeit ist allerdings gegeben, dass die "Neue Freie Presse" zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der begutachteten Ausgabe nicht über diese Informationen verfügte. Die "Deutsche Arbeiter-Presse" erschien ein paar Tage nach dem Ereignis und somit hatte der Autor größere Chancen an aktuelle Hintergrundinformationen zu kommen. Natürlich ist es nicht auszuschließen, dass die "Neue Freie Presse" aus bestimmten, in der Blattlinie gelegenen Gründen die Berichterstattung über das Deutsche Reich entschärfte.

7.7 Analyse Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland

7.7.1 Überblick

Der Untersuchungsgegenstand dieser Analyse ist die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland, die Hitler am 16. März 1935 verkündete. Aus diesem Grund wurde der Untersuchungszeitraum von 15. März bis 19. März 1935 festgelegt, um eventuelle Vorankündigungen bzw. auch die Nachberichterstattung zu erfassen. Um den Standpunkt Österreichs ebenfalls miteinbeziehen zu können, wurde das Titelblatt des 20. März 1935 hinzugezogen.

Die "Neue Freie Presse" erschien in dem Zeitraum insgesamt achtmal. Freitag und Samstag erschien sie mit einem Morgen- und einem Abendblatt, am Sonntag veröffentlichte sie ein 36-Seiten langes Morgenblatt, am Montag gab sie eine 8-seitige Montagsausgabe heraus und am Dienstag, den 19. März, erschien sie wieder zweimal am Tag.

Zu dieser Zeit war das Blatt bereits offiziös und Stefan von Müller hatte 1934 den Chefredakteurs-Posten übernommen. Kurz nach seiner Bestellung hatte er im deutschen Außenamt in Wien versichert, dass die "Neue Freie Presse" ihre objektive Haltung gegenüber Deutschland beibehalten werde (vgl. Dt. Gesandtschaft, 30.5.1934[219], zit. nach Steinberger, 1990: 107f). Theodor Venus schreibt, dass das Blatt positive Worte für die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht fand, auch wenn sie dies nicht offen zeigte (vgl. Venus, 1998: 142f). Im Zuge dieser Analyse soll untersucht werden, ob diese Behauptung nachvollziehbar ist.

Insgesamt erschienen im Untersuchungszeitraum 50 Artikel, davon waren drei mit Kommentarcharakter.

[219] Deutsche Gesandtschaft an AA Berlin, 30. Mai 1934. In: Bundesarchiv Koblenz, R 58/784 (Hauptsicherheitsamt).

7.7.2 Analyse "Neue Freie Presse"

Am ersten Tag des Untersuchungszeitraums gab es zwar Berichte über die "*Standardisierung der Luftstreitkräfte des [Deutschen; Anm. d. Verf.] Reiches*" (NFP, Abendblatt, 15.3.1935: 1)[220], aber keine Vorberichte zur Wiedereinführung der Wehrpflicht. Die Berichterstattung beginnt am Sonntag, 17. März 1935 und nimmt die Hälfte des Titelblattes ein.

17. März 1935

Im Sonntag-Morgenblatt berichtet die "Neue Freie Presse" erstmals von der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland. Sie druckt auf der Titelseite drei Berichte über das Thema.

Das erste Telegramm des Berliner Korrespondenten ist mit "*Allgemeine Wehrpflicht in Deutschland*." (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 1) betitelt. Darin wird neutral und in Fettdruck berichtet: "*Die Reichsregierung ist heute mittag auf Befehl des Reichskanzlers Adolf Hitler zu einer Sitzung zusammengekommen. Sie hat in der Sitzung ein Gesetz beschlossen, das bereits heute in Kraft tritt. Das Gesetz heißt: ´Gesetz für den Neuaufbau der Wehrmacht.´*" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 1). Darunter listet sie die drei Paragraphen des Gesetzes auf:

> "*Es ist vom 16. März datiert und bestimmt in seinem §1: Der Dienst in der Wehrmacht erfolgt auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht. §2: Das deutsche Friedensheer einschließlich der überführten Truppenpolizeien gliedert sich in zwölf Korpskommandos und sechsunddreißig Divisionen. §3: Die ergänzenden Gesetze über die Regelung der allgemeinen Wehrpflicht sind durch den Reichswehrminister dem Reichsministerium vorzulegen.*" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 1).

Der zweite Bericht mit dem Titel "*Die Reorganisation der deutschen Wehrmacht*." (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 1), informiert weiter, legt allerdings einen verständnisvollen Ton in den Bericht:

---

[220] siehe auch NFP, Morgenblatt, 16.3.1935: 2 sowie NFP, Abendblatt, 16.3.1935: 1.

"*Berlin, 16. März. Mit dem heutigen Tage hat sich Deutschland vom Teil V des Versailler Vertrages, der die Militärklauseln enthält, losgesagt. Es hat sich die Gleichberechtigung, die man ihm im Dezember 1932 in Genf versprochen hat, selbst genommen, nachdem es seit damals auf die Verwirklichung des Versprechens gewartet hat*." (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 1).

Danach zählt der Korrespondent die Bestimmungen des Versailler Vertrages auf, von denen sich Deutschland "*losgesagt*" hat. In Fettdruck fährt sie fort: "*Alle diese Bestimmungen erachtet Deutschland seit heute für hinfällig, nachdem, wie es in der Begründung der Reichsregierung heißt, die anderen Mächte die von ihnen übernommene Verpflichtung, ebenfalls abzurüsten nicht erfüllt haben*." (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 1). Nach Schätzungen und Berechnungen wieviel Mann die "*Friedensstärke*" des deutschen Heeres haben könnte (vgl. NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 1), stellt der Korrespondent auch Vermutungen zur Ausrüstung des Heeres an:

"*Ohne daß es im Gesetz über den Ausbau der Wehrmacht, das ja nur ein Rahmengesetz ist, ausgesprochen wird, kann man wohl vermuten, daß sich Deutschland auch hinsichtlich seiner t e c h n i s c h e n H e e r e s a u s r ü s t u n g die G l e i c h b e r e c h t i g u n g mit den anderen Ländern nehmen wird. Hiedurch würden die Artikel 164 bis 172 des Versailler Vertrages außer Kraft gesetzt werden, welche die Vorschriften über B e w a f f n u n g, M u n i t i o n und M a t e r i a l enthalten*." (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 1).

Der letzte Bericht dieser Seite ist ebenfalls neutral formuliert und behandelt "*Die Auffassung im Foreign Office*." (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 1), von der der "*Londoner Dienst der ´Neuen Freien Presse´*" berichtet: "*In politischen Kreisen kam diese Nachricht völlig unerwartet*." (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 1). Er zitiert einen Funktionär des Foreign Office, der über den Hergang berichtete und erklärte, dass im Augenblick noch "*keine offizielle Stellungnahme der britischen Regierung hiezu bekanntgegeben werden*" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 1) kann. Trotzdem gibt er ein Statement ab:

"*Dieser letzte Schritt Deutschlands kam völlig unerwartet und wird von uns als o f f e n e s Z e r r e i ß e n d e s V e r s a i l l e r V e r t r a g e s betrachtet. Beim ersten Anblick fällt einem auf, daß Deutschland mit diesem Entschluß eine vollkommene Schwenkung seiner Rüstungspolitik vorgenommen hat, da es bisher immer nur die Forderung nach G l e i c h b e r e c h t i g u n g angestellt hat, wobei*

man Gleichberechtigung mit F r a n k r e i c h verstanden hatte, während es jetzt durch die Ankündigung eines Heeres von 400.000 Mann um 100.000 Mann mehr aufzustellen beabsichtigt, als Frankreich unter Waffen hat." (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 1).

Auf Seite 4 druckt die "Neue Freie Presse" die "*Proklamation der Reichsregierung*" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 4), die die Hälfte der Seite einnimmt und direkt von der "*Amtlichen Nachrichtenstelle*" kommt, wie die "Neue Freie Presse" vor dem Text vermerkt. Sie beinhaltet Begründungen für die Vorgangsweise der Regierung und eine Versicherung, dass es lediglich ein "Friedensheer" sei. Dabei beginnt die Proklamation beim ersten Weltkrieg, wo Deutschland "*ruhmvollen Widerstand in einem Kriege, dessen Ausbruch es nie gewollt hatte*" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 4) leistete und danach für den Völkerbund die "*geradezu sinnlosen Bedingungen der Zerstörung jeder Wehrvoraussetzung*" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 4) erfüllte. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 4)

"*Die Proklamation stellt im Zusammenhang damit fest, daß D e u t s c h l a n d a b g e r ü s t e t habe und seinerzeit sowohl in seinen Regierungen als auch in seinen Parteien von einer Gesinnung erfüllt war, die den p a z i f i s t i s c h - d e m o k r a t i s c h e n I d e a l e n d e s V ö l k e r b u n d e s und seiner Gründer r e s t l o s e n t s p r a c h, während andererseits die Einlösung der Verpflichtung der zweiten Vertragsseite unterblieb, das heißt die V e r t r a g s c h l i e ß e n d e n der ehemaligen S i e g e r s t a a t e n sich e i n s e i t i g von den V e r p f l i c h t u n g e n des V e r s a i l l e r V e r t r a g e s l ö s t e n*." (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 4).

Die Reichsregierung argumentiert weiter, dass sogar eine "*A u f r ü s t u n g i n e i n e r g a n z e n R e i h e v o n S t a a t e n o f f e n s i c h t l i c h wurde*" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 4) und da

"*die dem deutschen Volk und Reich in der Dezembererklärung 1932 feierlich zugesicherte Gleichberechtigung keine Verwirklichung fand, sah sich die neue deutsche Reichsregierung außerstande, noch weiterhin an solchen Konferenzen teilzunehmen oder dem Völkerbund anzugehören.*" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 4).

Unter dem Untertitel "*Die Aufrüstung ´kein Instrument kriegerischen Angriffes´*" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 4) stellt die Reichsregierung klar:

> "*In dieser Stunde erneuert die deutsche Regierung vor dem deutschen Volk und vor der ganzen Welt die Versicherung ihrer E n t s c h l o s s e n h e i t, über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinauszugehen und insbesondere in der nationalen deutschen A u f r ü s t u n g k e i n I n s t r u m e n t k r i e g e r i s c h e n A n g r i f f e s, als vielmehr a u s s c h l i e ß l i c h d e r V e r t e i d i g u n g und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen*." (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 4).

Auf diese neutrale Wiedergabe folgt eine weitere Nachricht der "*Amtlichen Nachrichtenstelle*": "*Hitler unterbricht den Krankheitsurlaub*" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 4). Darin wird berichtet, dass Hitler seinen "*Erholungsurlaub*" unterbrach, um mit Herren aus dem Reichskabinett die "*i n t e r n a t i o n a l e L a g e zu besprechen*" und am nächsten Tag im Ministerrat das Gesetz zur allgemeinen Wehrpflicht zu beschließen. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 4.)

Das darunter platzierte Korrespondenten-Telegramm aus Berlin, "*Die Auffassung in deutschen offiziellen Kreisen.*" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 4), bringt die Argumente der Deutschen Regierung, die darauf abzielen, die Brisanz der Lage herunter zu spielen und das Volk zu beruhigen. Es wird berichtet:

> "*Ueber die Auffassung in deutschen Regierungskreisen wird von gut unterrichteter Seite mitgeteilt: Die Beurteilung der außenpolitischen Lage ist in Deutschland v ö l l i g r u h i g. Zwar wird erwartet, daß sich im Ausland eine größere Erregung zeigen wird, man ist aber überzeugt, daß sie bald einer nüchternen Beurteilung Platz machen wird. (...). England und Frankreich hätten durch ihre neuen Militärvorlagen bewiesen, daß sie sich mit der deutschen Aufrüstung abgefunden hätten. Deutschland, so wird weiter erklärt, sei nunmehr dem Wunsche maßgeblicher ausländischer Politiker, sich militärisch zu offenbaren, nachgekommen. Damit sei eine s o l i d e B a s i s gegeben, auf der sich mit London und Paris konkret v e r h a n d e l n lasse (...)*" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 4).

Unter dem Titel "*Keine Masseneinberufungen*." setzt sie die Ausführungen der "*gut unterrichteten Seite*" fort:

"*Der formelle Einwand, Deutschland habe jetzt den Versailler Vertrag de jure verletzt, wird nach deutscher Auffassung zu internationalen Komplikationen n i c h t f ü h r e n, denn die anderen Mächte hätten Deutschland längst die Gleichberechtigung zugestanden. Das neue Gesetz über den Neubau der Wehrmacht bedeute nicht etwa, daß Deutschland nunmehr ins Ungemessene rüsten wolle. Ueberhaupt, so wird versichert, sei die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht eine so gewaltige Umstellung, daß man nur allmählich vorgehen könne*." (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 4).

Mit diesen beschwichtigenden Berichten des Korrespondenten der "Neuen Freien Presse", die von einer "gut unterrichteten Seite" bezogen werden, erfüllt das Blatt vermutlich seine Informationspflicht, ohne kritisch Stellung zu nehmen. Der Artikel wurde als erste Hintergrundinformation direkt nach der Proklamation veröffentlicht, was ein Indiz dafür sein könnte, dass die "Neue Freie Presse" diese beruhigenden Worte gerne verbreitete.

Darauf folgt "*Ein parteioffiziöser Kommentar*." (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 5), der die deutsche Nazidiktion wiedergibt:

"*Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt zur Proklamation Hitlers unter anderm: Seit den Tagen, in denen Deutschland zusammenbrach, seit den Tagen, in denen das Diktat von Versailles uns aufgezwungen wurde, ist h e u t e d e s d e u t s c h e n V o l k e s g r ö ß t e S t u n d e. Durch diese P r o k l a m a t i o n, die e i n D o k u m e n t d e s F r i e d e n s, aber auch d e r E n t s c h l o s s e n h e i t ist, ist das deutsche Volk von einer drückenden Schmach, die sechzehn Jahre auf ihm lastete, befreit worden. Mit dem heutigen Tage ist die E h r e d e r d e u t s c h e n N a t i o n w i e d e r h e r g e s t e l l t.´*" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 5).

In derselben Spalte veröffentlicht die "Neue Freie Presse" drei Berichte des Londoner Diensts der Zeitung, der über Gespräche zwischen dem Premierminister und Sir John Simon berichtete, die danach Baldwin und Chamberlain kontaktierten. Es wurde eine außerordentliche Sitzung des britischen Kabinetts für den nächsten Tag einberufen und die Mitglieder des Verteidigungsausschusses wurden aufgefordert, an einer Besprechung mit dem Premierminister teilzunehmen. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 5.) Außerdem holte der Londoner Dienst erste Meinungen ein, wonach Lord Cecil

erklärte: "´*Ich kann im Augenblick nicht mehr sagen als, dieser Akt Deutschlands ist bedauerlich.*´" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 5).

Auch Pressestimmen britischer Zeitungen finden hier Platz, wovon eine neutral und eine kritisch über Deutschland berichtet. So gibt die "Neue Freie Presse" die Erklärung des "Observer" wieder:

> "´*Mit Tatsachen, die wir nicht verhindern können, müssen wir uns praktisch auseinandersetzen. Die G l e i c h b e r e c h t i g u n g, die Deutschland oftmals versprochen wurde, sollte ja den Hauptgegenstand der Besprechungen Simons in Berlin bilden. Diese Besprechungen sollen auf dem sicheren Boden des politischen Realismus vor sich gehen, der an sich die beste Gewährleistung des Friedens ist.*´" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 5).

Die kritische Betrachtung stammt vom "Sunday Expreß":

> "´*Deutschland hat den Friedensvertrag gekündigt. Gewalt hat den Friedensvertrag gemacht, Gewalt hat ihn gebrochen. Der Locarnovertrag ist tot und nicht mehr aufzuwecken. S i m o n s B e s u c h i n B e r l i n s o l l t e e n d g ü l t i g a b g e s a g t w e r d e n. Er kann uns nur in den fruchtlosen Streit zwischen Deutschland und Frankreich verwickeln, der nun auf einem gefährlichen Punkt angelangt ist. Laßt Deutschland und Frankreich sich allein in ihrem Wahnsinn austoben*." (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 5).

Es folgen weitere Reaktionen aus Frankreich und Italien, in denen beide Korrespondenten davon berichten, die Nachricht hätte "*wie eine Bombe eingeschlagen*" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 5). In Paris werde vermutlich ebenfalls ein Kabinettsrat einberufen.

> "*In informierten Kreisen erfährt man, daß die bereits aus Anlaß der Erklärungen Görings über die Militarisierung der Luftstreitkräfte eingeleiteten Besprechungen zwischen Rom, Paris und London zu einer a u s g e d e h n t e n d i p l o m a t i s c h e n A k t i o n f ü h r e n werden.*" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 5).

Unter dem Titel "*Ernste Beurteilung in Rom*" berichtet der Korrespondent, dass die Nachricht "*allerorts ernste Besorgnisse über den Verlauf der europäischen Entwicklung ausgelöst*" (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 5) habe.

> "*In politisch interessierten Kreisen verweist man auf die i t a l i e n i s c h - f r a n z ö s i s c h - e n g l i s c h e n E r k l ä r u n g e n, wonach eine e i n s e i t i g e*

A u f r ü s t u n g e i n e s S t a a t e s a l s u n z u l ä s s i g b e z e i c h n e t wird und leitet daraus die Erwartung ernster Schritte ab. (...). An den offiziellen Stellen begnügt man sich mit der Erklärung, daß Italien den deutschen Entschluß zur Kenntniß genommen hat und sich sofort mit den S t a a t s k a n z l e i e n v o n P a r i s und L o n d o n in V e r b i n d u n g setzen werde." (NFP, Morgenblatt, 17.3.1935: 5).

18. März 1935

Am Titelblatt der Montagausgabe druckt die "Neue Freie Presse" unter dem Titel "*Der deutsche Schritt und seine Aufnahme.*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 1) Berichte des Londoner Dienstes der Zeitung. Der erste Teil mit dem Titel "*Heute Unterhauserklärung Simons*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 1) befasst sich mit der "*politischen Spannung*" und mehreren Besprechungen beim Premierminister und mit den Mitgliedern des Kabinetts. Erst nach der Erklärung Simons im Unterhaus soll der "*englische Standpunkt bekannt gegeben werden*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 1). Der Korrespondent vermittelt den Ernst der Situation nach Auffassung Englands:

"*Eines kann aus der allgemeinen Stimmung unbedingt geschlossen werden: die e n g l i s c h e R e g i e r u n g b e t r a c h t e t die S i t u a t i o n als e r n s t. (...) Nun ist man auf englischer Seite über den Passus in der Erklärung der deutschen Regierung b e s t ü r z t, in dem es heißt, D e u t s c h l a n d habe sich e n t s c h l o s s e n, sich in Hinkunft nur noch auf seine e i g e n e n a t i o n a l e K r a f t z u v e r l a s s e n. Dies wird dahin ausgelegt, daß sich Deutschland, im Gegensatz zu den übrigen Mächten, von der Idee der k o l l e k t i v e n S i c h e r h e i t und gegenseitigen Verpflichtungen der Nationen l o s g e s a g t habe und zum alten V o r k r i e g s s y s t e m der R ü s t u n g e n und A l l i a n z e n zurückgekehrt sei*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 1).

Darauf folgt ein weiterer unkommentierter Bericht über den Politiker Eden, der nach Moskau reist, was nach Meinung des Autors "*darauf schließen läßt, daß E n g l a n d a u f j e d e n F a l l die o s t e u r o p ä i s c h e S i t u a t i o n k l a r g e l e g t s e h e n w i l l.*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 1).

Der letzte Bericht über das Thema auf der Titelseite trägt den Titel "*Die Frage der Simon-Reise nach Berlin.*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 1). Der Londoner Dienst meint

dazu: "*Ob S i m o n jetzt nach all dem noch n a c h B e r l i n fahren wird, ist nicht sicher.*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 1). Es habe ein Gespräch zwischen Frankreich und England gegeben und man schlüge "*s o f o r t i g e B e r a t u n g e n z w i s c h e n E n g l a n d, F r a n k r e i c h u n d I t a l i e n vor*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 1), außerdem habe Simon eine britische "*N o t e a n D e u t s c h l a n d*" verfasst, die das Kabinett absegnen sollte. (Vgl. NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 1.)

Auch auf Seite 2 der Montagausgabe finden sich eine Reihe von Artikeln, die sich mit Reaktionen und Auffassungen anderer Länder befassen. Davon lässt sich nur der Bericht: "*Möglichkeit einer britischen Note an Deutschland*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2) als gänzlich neutral formuliert einstufen. Zwei Berichte greifen die massiven internationalen Bedenken auf und sind inhaltlich als sehr kritisch zu bewerten: "*Newyorker Blätterstimmen*." und "*Die Auffassung in Sowjetrußland*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2): Demnach bezeichnen die "Newyork Times" und die "Newyork Herald Tribune" den Beschluss "*als eine Drohung gegen den europäischen Frieden*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2) und ein russisches Blatt meint zwar, es sei nicht ihre Sache, bezeichnet aber "*die Maßnahme Deutschlands als B e s c h l e u n i g u n g der d e u t s c h e n K r i e g s v o r b e r e i t u n g e n*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2).

Auch die Begründungs-, Beruhigungs- bzw. Beschwichtigungsversuche aus deutscher Sicht sind auf der Seite zu finden: "*Hitler gegen einseitige Grenzrevision*." sowie "*keine ausländische Demarche in Berlin erwartet*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2). Im Artikel zu Hitler gibt die "Neue Freie Presse" die Quelle (T.-R.) an und zitiert den Reichskanzler aus einem Interview mit der "Daily Mail":

> "*die Wiederherstellung der deutschen Souveränität in militärischen Fragen berühre den Versailler Vertrag nur insofern, als die anderen Mächte sich g e w e i g e r t hätten, ihre Verpflichtung, abzurüsten, einzulösen. Damit hätten sie bereits die Gültigkeit dieses Teiles des Vertrages zerstört*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2).

In Fettdruck fährt sie fort: "*Die deutsche Regierung sei sich jedoch völlig klar darüber, daß eine Revision der territorialen Bestimmungen internationaler Verträge nie durch einseitige Schritte herbeigeführt werden könne.*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2). Danach fügt die "Neue Freie Presse" an: "*In seinem Leitartikel tritt das Blatt dafür ein, es*

jeder Macht zu überlassen, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die sie für ihre Verteidigung für geeignet halte." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2).

Auch zwei andere britische Blätter werden zitiert. Die "Morning Post" findet warnende Worte: "*Die Mächte müßten, einschließlich Deutschlands, weiter arbeiten, um eine Katastrophe zu verhindern, die sie alle gleich schwer treffen und für alle das Ende bedeuten würde*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2). Der "Daily Herald" schreibt: Er "*sieht in der Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung einen neuen Ausgangspunkt für Verhandlungen über die Frage der Sicherheit*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2).

Damit bietet die "Neue Freie Presse" Hitler eine Plattform zur Rechtfertigung seines Entschlusses und ergänzt sie mit den Bedenken und Warnungen britischer Zeitungen.

Den meisten Platz auf dieser Seite nimmt der Bericht über den Leitartikel der Londoner "Times" ein, der mit "*´Times´ für englische Anfrage in Berlin*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2) betitelt ist. Es ist dies ein sehr ausführlicher Bericht, der die Bedenken der "Times" bezüglich der Sinnhaftigkeit des Simon-Besuchs in Berlin sowie der künftigen Armeestärke Deutschlands wiedergibt. Laut "Neue Freie Presse" spricht sich die "Times" "*g e g e n e i n e g e m e i n s a m e D e m a r c h e d e r M ä c h t e in Berlin aus"* (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2) und schlägt stattdessen eine Anfrage um Auskunft zum Besuch Simons vor, in der "*erklärt werden soll, daß die Reise eine reine Z e i t v e r s c h w e n d u n g wäre, wenn eine negative Haltung Deutschlands in Aussicht stünde.*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2). Sie stellt fest, dass der Entschluss zur Einführung international bereits erwartet wurde:

> "*Seit einiger Zeit war zweifellos die e n d g ü l t i g e E r r e i c h u n g v o l l k o m m e n e r W a f f e n g l e i c h h e i t durch Deutschland die w o h l e r w o g e n e und a n e r k a n n t e P o l i t i k a u c h d e r W e s t m ä c h t e geworden.*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2).

Die "Times" argumentiert dann, dass das Weißbuch Englands und die zweijährige Dienstzeit des Militärs in Frankreich keine internationale Vereinbarung brachen, im Gegensatz zu der Entscheidung Deutschlands. Die neue deutsche Armee schätzt sie auf 600.000 Mann, und meint, dass es Deutschland bewusst sei, dass kein Land in Europa - bis auf Sowjetrussland - "*eine Friedensarmee von derartigem Ausmaße besitz*t." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2). (Vgl. NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2.)

"*Deutschland plädiert natürlich, daß es einen potentiellen Feind in der Ostflanke hat und daher die Verpflichtung habe, sich nicht nur selbst, sondern auch das übrige Europa vor den Gefahren eines bewaffneten Bolschewismus zu bewahren. Die Antwort auf das Argument ist, daß es niemals unwahrscheinlicher war als jetzt, daß Sowjetrußland einen Kreuzzug im Namen des bewaffneten Kommunismus beginnen könnte und zweitens, daß Deutschland ja eingeladen ist, an einem S i c h e r h e i t s p a k t i n O s t e u r o p a teilzunehmen*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2).

Zuletzt stellt die "Times" die Frage nach den Absichten Deutschlands, denn "*Wenn Hitlers letzter Schritt nur eine Methode zur Bekräftigung der deutschen Gleichberechtigung ist, dann ist noch k e i n i r r e p a r a b l e r S c h a d e n angerichtet worden*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2). Hitler solle persönlich erklären, ob "*Deutschland aufrichtig und von ganzem Herzen beabsichtigt, seinen Anteil an dem System kollektiver Sicherheiten zu nehmen und mit den anderen Mächten einen Plan zur allgemeinen Begrenzung der Rüstungen aufzustellen*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2). (Vgl. NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2.)

Mit der Widerlegung der Argumente Hitlers, der Vermutung, dass von Russland aktuell keine Gefahr ausgehe und dem Hinweis, dass Deutschland "an einem Sicherheitspakt teilnehmen" könne, teilt die "Neue Freie Presse" eindeutig die Bedenken der internationalen Presse. Gleichzeitig meint sie mit der Betonung der Phrase "*noch kein irreparabler Schaden angerichtet*", dass eine für alle zufriedenstellende Lösung möglich wäre.

Der erste Kommentar zur Wiedereinführung der Wehrpflicht, der direkt von der "Neuen Freien Presse" stammt, verstärkt den Eindruck, dass das Blatt dem Thema mit Blick auf das Ausland mit Interesse gegenübersteht. Unter dem Titel "*Ein Tag wichtiger Entschlüsse*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2) berichtet der Redakteur darüber, dass England und Frankreich die Vorgänge schon länger verfolgt haben sollen.

"*Die Samstag bekanntgegebene Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland steht im Mittelpunkt des internationalen Interesses. Die Tatsache der Aufrüstung im Reiche ist allerdings bereits seit geraumer Zeit mit wachsender Aufmerksamkeit beobachtet worden. (...) Ein Merkzeichen war auch das Interview des Ministers General Göring, in dem er die Einführung der Luftverteidigung offiziell ankündigte. Die Aufstellung des Volksheeres kam also an sich nicht überraschend,*

wenngleich der Zeitpunkt der amtlichen Bekanntgabe und gesetzlichen Regelung nicht vorhergesehen wurde. Jetzt sind die Großmächte eifrig damit beschäftigt, ihre Stellungnahme zu dem bedeutsamen Schritt der Berliner Regierung zu präzisieren (...). Jedenfalls werden die Entschlüsse des heutigen Tages von außerordentlicher Wichtigkeit für die weitere Entwicklung der internationalen Politik sein." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 2).

Der Text gleicht eher einem Bericht über die bisherigen Geschehnisse und Reaktionen als einem kritischen Kommentar. Dies mag auch daran liegen, dass das Blatt zu dem Zeitpunkt bereits offiziös war und mit Stefan von Müller als Chefredakteur sehr auf eine neutrale Berichterstattung zu achten hatte, um einer möglichen Beschlagnahmung in Deutschland zu entgehen. Das einzige Adjektiv, das in diesem Kommentar Interpretationsmöglichkeiten zulässt, ist das Wort "bedeutsam". Der Redakteur nennt die Vorgehensweise des Deutschen Reichs einen "*bedeutsamen Schritt*". Da jedoch nicht klar dargelegt wird, ob dieser Schritt auf positive oder negative Weise "bedeutsam" ist, kann daraus keine überzeugende Schlussfolgerung gezogen werden.

Unter dem Titel "*Vorbereitung einer diplomatischen Aktion in Paris*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3) bringt die "Neue Freie Presse" sieben Berichte, die sich mit Paris und Berlin befassen und die einen großteils unbewerteten Inhalt aufweisen. Dazu gehören die Titel "*Beschleunigung der Moskaureise Lavals*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3), "*Pétain über die deutsche Heeresorganisation*", in der erklärt wird, dass man gewusst habe, "*daß Deutschland entschlossen war, diese Maßnahme im April oder im Oktober zu treffen*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3) und "*Aeußerungen führender englischer und französischer Militärs*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3), wo Marschall Petain festhält, dass die Nachricht nur einen Zustand offiziell machen würde, den sie schon lange kennen. Der englische Kriegsminister jedoch meinte, die Nachricht hätte eine "*unermeßliche Ueberraschung hervorgerufen*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3).

Zusätzlich zu den nicht wertenden Berichten auf dieser Seite halten sich die Berichte, die der Wiedereinführung der Wehrpflicht gegenüber inhaltlich positiv oder negativ eingestellt sind, die Waage. So kann man den ersten Bericht der kritischen Seite zuordnen, da er über eine "*diplomatische Aktion großen Stils*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3) berichtet, die in Vorbereitung sei und unter anderem einen "*g e m e i n s a*

m e n P r o t e s t der Botschafter Frankreichs, Großbritanniens und Italiens in Berlin" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3) sowie eine Konferenz der Großmächte beinhalte. (Vgl. NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3.) Der zweite inhaltlich negativ einzustufende Bericht enthält "*Neue Pariser Pressestimmen*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3) mit schwerwiegenden Bedenken. Darin wird von "Petit Parisien" berichtet, der schreibt, dass zwar die "*A u f k ü n d i g u n g der m i l i t ä r i s c h e n B e s t i m m u n g e n des Versailler Vertrages (...) k e i n e b e s o n d e r e U e b e r r a s c h u n g*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3) verursache, die Wiedereinführung der Wehrpflicht stelle aber "*eine v o l l k o m m e n n e u e T a t s a c h e dar, die niemand erwartet hätte und die imstande ist, das G l e i c h g e w i c h t der K r ä f t e in E u r o p a v o n G r u n d a u f z u v e r ä n d e r n.*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3). Das "Echo de Paris" schreibt, dass der Besuch Simons in Berlin "*unter den gegenwärtigen Umständen einen Akt der Schwäche darstellen würde*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3) und im "Figaro" wird die Meinung vertreten, dies sei ein "*klassischer ´Faustschlag auf den Tisch´",* das "*Vorgehen Deutschlands zwingt seinen Nachbarn, Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Sobald diese ergriffen sind, erklärt Deutschland sich für bedroht und rüstet weiter auf*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3), Frankreich müsse "*ruhig, aber einig bleiben*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3).

Die beiden inhaltlich positiven, der Beschwichtigung dienenden, Artikel dieser Seite tragen gemeinsam mit den erwähnten negativen Stimmen zur neutralen Aufbereitung der Berichterstattung bei. Der erste Artikel trägt den Titel "*Reichswehrminister Blomberg gegen Krieg*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3) und ist ein Bericht der "Amtlichen Nachrichtenstelle". Zum Heldengedenktag des Vortages hielt Reichsminister Blomberg eine Gedenkrede, die sich auch mit der Wehrpflicht befasst. So meint er: "*Heute können wir im Rückblick auf die Vergangenheit mit gutem Gewissen sagen: U n s e r e T o t e n s i n d n i c h t u m s o n s t g e f a l l e n. Das Leid und die Opfer waren nicht umsonst*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3). Unklar ist, ob die "Neue Freie Presse" die folgende Passage mit Fettdruck hervorgehoben hat, oder die Amtliche Nachrichtenstelle:

> "*Wir wollen aber auch im Weltkrieg eine Katastrophe sehen, deren Wiederholung wir uns und kommenden Geschlechtern ersparen müssen. Europa ist zu klein geworden als Schlachtfeld für einen zweiten Weltkrieg. Wir Deutsche brauchen keine*

Revanche, weil wir in den vier Jahren des Weltkrieges Ruhm genug für kommende Jahrhunderte geerntet haben." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3).

Aus heutiger Sicht fragt man sich, ob Blomberg zu dieser Zeit schon erahnen konnte, dass der Zweite Weltkrieg nur wenige Jahre später eintreten würde. Der Bericht dient inhaltlich eindeutig der positiven Argumentation. Diese Aussendung der Amtlichen Nachrichtenstelle sollte offenbar zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen.

Der zweite eindeutig positive Bericht zitiert "*Deutsche Blätter zum neuen Wehrgesetz*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3). Als erstes Medium kommt der "Angriff" zu Wort:

> "*Der Reichskanzler hat die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, u n b e e i n f l u ß t v o n d e n G e n e r a l d i r e k t o r e n d e r K r i e g s i n d u s t r i e und k e i n e K r i e g s p s y c h o s e im Volke hat ihn veranlaßt diesen Schritt zu tun, durch den ein ganz entscheidender Teil des Vertrages gestrichen wird.*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3).

Die "Germania" schreibt, dass sich Deutschland das "*höchste Recht souveräner Staaten, die Wehrhoheit wieder zurück*" (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3) nehme und die "Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: "*Am Heldengedenktag liest das deutsche Volk den Aufruf Hitlers und das Gesetz, mit dem die Wehrhoheit wieder hergestellt wurde. (...). Das ist u n s e r e p r e u ß i s c h e O r d n u n g, in der unsere Lebensauffassung wurzelt*." (NFP, Montagausgabe, 18.3.1935: 3).

Betrachtet man alle kurzen Berichte dieses Tages, stellt man die Veröffentlichung einer gleichen Anzahl von neutralen, inhaltlich positiven und inhaltlich negativen Presseberichten fest.

19. März 1935

Im Morgenblatt der "Neuen Freien Presse" vom 19. März dreht sich ein Großteil der Berichterstattung über das Thema "Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland" um die verfasste britische Protestnote an Berlin und die doch stattfindende Reise Sir John Simons nach Deutschland. Die vielsagenden Titel der untendenziös gehaltenen Berichte lauten: "*Die deutsche Antwort auf die britische Note*" (NFP, Morgenblatt, 19.3.1935: 1), "*Simon und Eden reisen nach Berlin*" (NFP, Morgenblatt, 19.3.1935: 1), "*Ablehnung von wirtschaftlichen Sanktionen gegen Deutschland*." (NFP, Morgenblatt, 19.3.1935: 1) und "*Der Meinungsaustausch zwischen London, Rom und Paris*." (NFP,

Morgenblatt, 19.3.1935: 1). Darin wird berichtet, dass die deutsche Regierung zu Gesprächen mit Simon bereit sei. Außerdem fänden Gespräche zwischen dem britischen und dem französischen Botschafter sowie dem italienischen Außenministerium statt, aber es seien noch keine Beschlüsse gefasst und die Idee wirtschaftlicher Sanktionen gegen Deutschland sei verworfen worden. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 19.3.1935: 1.)

Auf der Titelseite ist ein Kommentar zu finden, der einerseits die diplomatischen Maßnahmen gegen Deutschland klarlegt, andererseits versucht, die Proklamation beschwichtigend als "Verankerung eines bestehenden Zustandes" zu verkaufen. Er trägt den Titel "*Sir John Simon fährt nach Berlin*." (NFP, Morgenblatt, 19.3.1935: 1), fasst die bisherigen Unterredungen zwischen den Großmächten zusammen und erklärt den Inhalt der Protestnote:

> "*Dieses Dokument enthielt einen Protest gegen die einseitige Abkehr von den militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, die in seinem fünften Teile niedergelegt sind; es verwies auf das Moment der Unsicherheit, das durch die Aufstellung von sechsunddreißig Divisionen eine Verstärkung erfahre und suchte darüber Aufschluß zu erlangen, ob Deutschland gesonnen sei, seine in der jüngsten Vergangenheit öfters geäußerte Absicht, an dem Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems mitzuarbeiten, aufrechtzuerhalten. In dieser Hinsicht ist, wie sich gestern offenbarte, kein Wandel eingetreten und der Weg, der zu einem praktischen Ziele führen kann, bleibt gangbar. In welchem Maße dies der Fall ist, wird sich während der Anwesenheit des britischen Außenministers in Berlin genauer ersehen lassen.*" (NFP, Morgenblatt, 19.3.1935: 1).

Die "Neue Freie Presse" führt aus, dass London und Paris ausreichend Informationen besessen hatten und deshalb

> "*mußte den Samstag von deutscher Seite gemachten Mitteilungen der Charakter einer vollen Ueberraschung fehlen, denn die Proklamierung der allgemeinen Wehrpflicht stellte genau genommen nur die öffentliche Festlegung und gesetzliche Verankerung eines bestehenden Zustandes dar*." (NFP, Morgenblatt, 19.3.1935: 1).

Erneut übernimmt die "Neue Freie Presse" die Begründung der Reichsregierung für die Proklamation und wirbt damit um Verständnis:

> Sie *"berief sich (...) darauf, daß die Mächte das im Artikel 8 des Friedensvertrages gegebene Versprechen der Rüstungsminderung nicht einhielten, daß sie also damit*

begonnen hätten, eine Verpflichtung einseitig zu lösen. Sie haben, wie man nicht leugnen kann, dadurch wenig Voraussicht an den Tag gelegt und ein geringes Verständnis für die politischen und moralischen Notwendigkeiten bekundet. Die Abrüstungskonferenz entpuppte sich immer mehr als Fehlschlag und damit schwanden hoch gespannte Hoffnungen hin. Deutschland erhielt zwar die Gleichberechtigung zugesichert, aber nichts geschah, um dem Wort den rechten Inhalt zu geben. Waren die Friedensdiktate schon durch das völlige Versagen des psychologischen Einfühlungsvermögens charakterisiert, so vollzog sich alles, was nachher vor sich ging, auf der gleichen Bahn der mangelnden Einsicht und Anpassungsfähigkeit." (NFP, Morgenblatt, 19.3.1935: 1).

Diese Anklage und dieses Verständnis könnte aus der gemeinsamen Erfahrung Österreichs und Deutschlands in den Friedensverhandlungen von St. Germain und Versailles mit den Siegermächten des Ersten Weltkriegs herrühren. Damals verband sie der Ärger über die willkürliche Politik der Siegermächte, die Deutschland und Österreich gleich hart behandelten. Schon 1918 verstärkte dies das Gefühl der Solidarität mit dem Nachbarn, mit dem man den Krieg durchkämpft hatte. (Vgl. Zöllner, 1990: 499.)

Die "Neue Freie Presse" stellt jedoch klar, dass eine Zusammenarbeit aller Länder für den Frieden das Wichtigste ist:

"*Wohl wurden einzelne Bestimmungen des Versailler Dokuments allmählich außer Kraft gesetzt, doch die entscheidenden Maßnahmen blieben aus. Zuletzt lebte gar wieder das Wettrüsten zu Lande, zu Wasser und in der Luft auf. Auch Deutschland blieb nicht zurück, wenngleich es unter dem Druck des Friedensvertrages seine Vorkehrungen verhüllen mußte. Dadurch steigerte sich das in der Welt ohnehin schon vorhandene Mißtrauen noch ganz besonders. Nun ist das Versteckspiel zu Ende. Jetzt handelt es sich darum, mit der Verständigung, mit der Herstellung eines neuen Europäischen Konzerts, um den alten diplomatischen Begriff aufzugreifen, ernstlich zu beginnen und der Zerklüftung des Erdteiles in rivalisierende oder selbst feindliche Lager um so beherzter entgegen zu arbeiten*." (NFP, Morgenblatt, 19.3.1935: 1).

Interessant dazu ist auch der Bericht am nächsten Tag, der den Standpunkt Österreichs darlegt. Da die "Neue Freie Presse" zu der Zeit bereits ein offiziöses Blatt war, ist es durchaus plausibel, dass die "Neue Freie Presse" sich nur der offiziellen - und sehr

zurückhaltenden - Meinung der österreichischen Regierung angepasst hat und deshalb diese verständnisvolle Haltung einnahm. Vermutlich kam ihr dies aber auch gelegen, denn so gefährdete sie ihr Erscheinen in Deutschland nicht und konnte beide Seiten zufrieden stellen.

Unter dem Titel "*Österreichische Stellungnahme zur Wehrhaftigkeit*." (NFP, Morgenblatt, 20.3.1935: 1) gibt die "Neue Freie Presse" die Position Österreichs zur Situation wieder:

> "*Zu der durch die w e h r p o l i t i s c h e n Entschließungen der d e u t s c h e n R e i c h s r e g i e r u n g geschaffenen Lage gehen der ´P o l i t i s c h e n K o r r e s p o n d e n z´ von informierter Seite folgende Erklärungen zu: Die ö s t e r r e i c h i s c h e B u n d e s r e g i e r u n g hält sich schon mit Rücksicht auf den durch sie und ihre Vorgängerinnen stets angewendeten Grundsatz der N i c h t e i n m i s c h u n g in innere Angelegenheiten anderer Staaten nicht für veranlaßt oder befugt, zu den jüngsten Maßnahmen, die die deutsche Regierung auf wehrpolitischem Gebiete getroffen hat, Stellung zu nehmen. O e s t e r r e i c h gehört zu jenen Staaten, die durch die Friedensverträge zur vollkommenen Abrüstung gezwungen worden sind*." (NFP, Morgenblatt, 20.3.1935: 1).

Die Regierung betont ebenfalls den Wunsch auf Gleichberechtigung wie sie auch Deutschland gefordert hatte. Den Absatz hebt die "Neue Freie Presse" mit Fettdruck hervor:

> "*Die österreichischen Bundesregierungen haben wiederholt zuständigenorts erklärt, daß sie die vollkommene Gleichberechtigung für Oesterreich in Anspruch nehmen und haben der Erwartung nachdrücklichen Ausdruck gegeben, daß dieses Ziel im Verhandlungswege erreicht werden wird*." (NFP, Morgenblatt, 20.3.1935: 1).

Doch in der Erklärung schwingt auch Sorge mit:

> "*Die Bundesregierung behält daher ihre bereits wiederholt verkündeten Ziele fest im Auge, O e s t e r r e i c h s U n a b h ä n g i g k e i t m i t a l l e n i h r z u G e b o t e s t e h e n d e n M i t t e l n z u e r h a l t e n u n d z u s c h ü t z e n und die Bevölkerung Oesterreichs vor den Folgen einer unheilvollen Politik zu bewahren.*" (NFP, Morgenblatt, 20.3.1935: 1).

Und auch Österreich möchte seine Wehrfähigkeit stärken, was die "Neue Freie Presse" erneut in Fettdruck hervorhebt:

"*Sie wird ihre bisher im Dienste dieser beiden Ziele befolgte Politik des friedlichen Aufbaues weiter verfolgen. Ebenso wird sie ihre auf Stärkung der Wehrhaftigkeit Oesterreichs gerichtete Tätigkeit konsequent fortsetzen, um auf diesem Wege den von ihr stets verfochtenen Grundsatz der Gleichberechtigung einer baldigen einvernehmlichen Verwirklichung zuzuführen*." (NFP, Morgenblatt, 20.3.1935: 1).

Die dritte Seite des 19. März ist eine weitere Sammlung neutraler Berichte. Sie befassen sich mit dem Inhalt und dem genauen Wortlaut der britischen Note an Berlin. Außerdem wird über weitere Gespräche im Londoner Unterhaus berichtet, die eine mögliche diesbezügliche Kontaktaufnahme zu Amerika, sowie die Verteidigung Londons behandelten. Dazu berichtet der Berliner Korrespondent von Spekulationen im ganzen Reich, wie das Ausland auf das neue Gesetz reagieren würde und dass der englische Außenminister Simon dem "*Rätselraten ein Ende*" machen werde. Trotzdem erwarte man nicht, dass die Gespräche einfach verlaufen würden. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 19.3.1935: 3.) Die nächste Seite widmet sich erneut Frankreich, Italien und England. Auch Goebbels kommt zu Wort. Die "Neue Freie Presse" druckt unter der Überschrift "*Deutschland und die Aufnahme des Wehrgesetzes im Auslande*" (NFP, Morgenblatt, 19.3.1935: 3) einen Teil des von ihm verfassten Artikels zu "Klarheit und Logik." (Vgl. NFP, Morgenblatt, 19.3.1935: 3.)

Auch in der Abendausgabe der "Neue Freie Presse" erscheinen zahlreiche Artikel zum Thema. Auf der Titelseite werden beispielsweise "*Beratungen über die französische Protestnote*" (NFP, Abendblatt, 19.3.1935: 1) thematisiert und dabei wird über ein enttäuschtes Frankreich berichtet: England hatte seine Note an Berlin abgeschickt ohne Frankreich einzubeziehen (vgl. NFP, Abendblatt, 19.3.1935: 1). Dies kann als Versuch des Blattes gewertet werden, die Einigkeit Englands und Frankreichs gegen die einseitige Proklamation Deutschlands in Frage zu stellen.

Auf Seite zwei folgt eine Analyse der "*Bedeutung der allgemeinen Wehrpflicht. Von militärischer Seite.*" (NFP, Abendblatt, 19.3.1935: 2). Sie enthält keinerlei Kommentar oder Färbung, wonach man eventuelle Tendenzen ableiten könnte. Der Bericht "*Moskau und der deutsche Schritt*" (NFP, Abendblatt, 19.3.1935: 2) lässt erahnen, dass die "Neue Freie Presse" die Bedenken und Befürchtungen der Russen teilt. Sie zitiert die "Iswestia", wonach Deutschland jetzt die Möglichkeit habe, Übungen der Truppen und der Flieger durchzuführen und gemeinsam auszubilden (vgl. NFP, Abendblatt, 19.3.1935: 2).

"*Politisch sei der deutsche Schritt als Maßnahme zu werten, die Deutschland Freiheit vor jeder Verpflichtung in bezug auf Sicherheit gewährt. Es handelt sich bei dem deutschen Schritt neben dem militärischen auch um eine politische Vorbereitung. Statt sich aufzuregen, meint das Blatt, müsse man einfach fragen, wer die deutsche Diplomatie in dieser Politik begünstigt habe. In ruhigem Ton wird Großbritannien dafür verantwortlich gemacht. (...) Es sei eine kindliche Illusion, zu denken, daß Deutschland, nach dem es stärker gerüstet sein werde als Frankreich, sich damit begnügen werde, Paraden abzuhalten. Zweifellos sei, daß durch den letzten Schritt Deutschland der Weg der politischen Aggression vorausbestimmt ist*." (NFP, Abendblatt, 19.3.1935: 2).

Das Fazit der "Neuen Freien Presse" fällt kritisch aus. Sie veröffentlicht die Warnungen Russlands und sein Bestreben, zu einem Sicherheitspakt zwischen Russland, Frankreich und England ohne Deutschland zu kommen:

"*In diesen Kommentaren spiegelt sich die Stimmung der hiesigen politischen Kreise wider, welche die Einführung der deutschen Wehrpflicht mit einer gewissen G e n u g t u u n g zur Kenntnis nehmen. Diese Genugtuung ist nicht nur damit zu erklären, daß alles, was die sowjetrussische Diplomatie in ihren Verhandlungen mit Paris und London vorausgesagt hat, auch pünktlich eingetroffen ist, sondern auch damit, daß das Ereignis das T e m p o d e r r u s s i s c h e n A n n ä h e r u n g a n F r a n k r e i c h u n d E n g l a n d b e s c h l e u n i g t, und daß der Plan des S i c h e r h e i t s p a k t e s ohne Deutschland nun realisierbar erscheint*." (NFP, Abendblatt, 19.3.1935: 2)

7.7.3 FAZIT Analyse "Neue Freie Presse"

Die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" zum Thema "Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland" ist einerseits gekennzeichnet durch die Veröffentlichung der internationalen Reaktionen in einer Sprache ohne erkennbare Tendenz, anderseits lassen sich durch die Auswahl der Berichte ihre Bedenken aus österreichischer Sicht erkennen.

Die NFP berichtet insgesamt groß über Reaktionen in London und Paris, veröffentlicht aber ebenso Meldungen aus Deutschland, die einen inhaltlich positiven, beruhigenden Eindruck vermitteln sollen.

Dieser Eindruck wird von den Kommentaren der "Neuen Freien Presse" noch verstärkt, denn sie lesen sich eher wie objektive Tatsachen-Berichte und üben sich in Zurückhaltung. Am Ende des zweiten Kommentars zeigt die "Neue Freie Presse" allerdings Verständnis für das Vorgehen des Deutschen Reiches (vgl. NFP, Morgenblatt, 19.3.1935: 1). Ein möglicher Hintergrund für die Kritik an den Siegermächten und dieses Verständnis könnten die gemeinsamen Erlebnisse mit den Siegermächten des Ersten Weltkriegs sein. Als der Vertrag von St. Germain und der Vertrag von Versailles - den Hitler nun gebrochen hatte - unterschrieben wurden, verband sie der Ärger über die willkürliche Politik der Siegermächte, die Deutschland und Österreich gleich hart behandelten. Dies verstärkte damals schon das Gefühl der Solidarität mit dem Nachbarn, mit dem man den Krieg durchkämpfte. (Vgl. Zöllner, 1990: 499.)

Ein weiterer möglicher Grund für die zurückhaltende Art der Berichterstattung zur Wiedereinführung der Wehrpflicht ist die offiziöse Stellung des Blattes in dieser Zeit. Denn auch Österreich war bereits dabei aufzurüsten und sah das neue Gesetz des Deutschen Reichs vermutlich als Chance, bald denselben Schritt gehen zu können - dies tat sie auch: Am 1. April 1936 führte Österreich für das Heer die Dienstpflicht von einem Jahr ein. (Vgl. Broucek, 1983: 217f.) Außerdem hatte die "Neue Freie Presse" mit Stefan von Müller als Chefredakteur bereits Kontakte zu Deutschland geknüpft und durfte das Blatt dort verbreiten. Durch die zurückhaltende Berichterstattung konnte sie vermutlich einer möglichen Beschlagnahmung durch das Deutsche Reich entgehen und gleichzeitig die Einstellung der offiziellen Seite Österreichs wiedergeben.

Die Behauptung von Theodor Venus (vgl. 1998: 142f), wonach das Blatt positive Worte für die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht fand, auch wenn sie dies nicht offen zeigte, ist demnach plausibel.
Eindeutig deutsche Werbung findet sich im Abendblatt des 15. März auf der Titelseite. Beworben wird das "Hotel Schwarzer Bock" in Wiesbaden (vgl. NFP, Abendblatt, 15.3.1935: 1).

Zusammenfassend kann also festgehalten werden: Die "Neue Freie Presse" berichtete im Großen und Ganzen ausgewogen über das analysierte Thema. Einerseits veröffentlicht sie wahrheitsgetreu alle internationalen Reaktionen, Bedenken und Meinungen, andererseits bietet sie eine Plattform für die Sicht der nationalsozialistischen deutschen Regierung. Tendenziell verständnisvoll zeigt sich die Berichterstattung da, wo es eventuell auch österreichische Interessen zu vertreten gilt.

7.7.4 Überblick "Deutsche Arbeiter-Presse" und die Wiedereinführung der Wehrpflicht

Für diese Untersuchung wird die "Deutsche Arbeiter-Presse" als Vergleichsobjekt mit der "Neuen Freien Presse" herangezogen. Dabei sollen mögliche Unterschiede und Ähnlichkeiten in der Berichterstattung herausgefiltert und analysiert werden. Da das nationalsozialistische Blatt wöchentlich erschien, wurde die nach dem Ereignis erschienene Ausgabe vom 21. März 1935 als Untersuchungsmaterial herangezogen. Darin behandelte ein Artikel das Thema "Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland".

Wie bereits erwähnt, muss darauf hingewiesen werden, dass das Blatt zu dieser Zeit das offizielle Blatt der österreichischen Nationalsozialisten war, die sich 1926 von der österreichischen Hitlerbewegung abgespalten haben. Aus diesem Grund konnte die Zeitung auch 1935 noch legal erscheinen. Sie war im Untersuchungszeitraum im Besitz Dr. Walter Riehls. (Siehe Kapitel "Deutsche Arbeiter-Presse").

7.7.4.1 Vergleich "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Neue Freie Presse"

Unter dem Titel "*Nieder mit den Zwangsverträgen*" (DAP, 21.3.1935: 1) schreibt Dr. Walter Riehl im Leitartikel auf der Titelseite:

> "*Mehr noch wie die Saar-Abstimmung hat der Beschluß der deutschen Reichsregierung vom 16. März d.J. nicht nur in der gesamten deutschen Bevölkerung der Welt und daher auch in Oesterreich ohne Unterschied der Parteistellung, sondern auch in vielen anderen Nationen begeisternd wie ein Alarmzeichen gewirkt! Insbesondere natürlich die durch die Friedensverträge geknechteten und wie Paria behandelten besiegten Völker betrachten die Tatsache der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland als entscheidenden Stoß gegen das ganze System der Friedensverträge! Versailles ist gefallen, Trianon und auch St. Germain folgen*." (DAP, 21.3.1935: 1).

Dieser positive Tenor der DAP entspricht den Thesen, die auch als Beweggründe für die NFP als offiziöses Blatt erkannt wurden - so die Verbündung mit Deutschland gegen die "Siegermächte" des Ersten Weltkriegs sowie die Hoffnung, bald ebenfalls offiziell aufrüsten zu dürfen:

"Was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein: Wenige Tage früher haben die österreichischen Bauernvertreter für unser Land die allgemeine Wehrpflicht verlangt. Wir würden nur dringend wünschen, daß diese Einführung bei uns ohne Gesuchstellung, sondern ebenso wie in Deutschland lediglich mit einer freundlichen Mitteilung an die sogenannten Siegermächte begleitet ist." (DAP, 21.3.1935: 1).

Interessant ist, dass Riehl im Gegensatz zur "Neuen Freien Presse" die Informationen aus den Aussendungen des Deutschen Reichs nicht übernimmt oder sich mit dem Hinweis zufrieden gibt, dass Deutschland dieses Gesetz für ein "Friedensheer" erlassen hat und nicht beabsichtige Krieg zu führen:

"*Die anderen Großmächte werden jetzt wieder protestieren, aber es wird mit Protesten sein Bewenden haben. Die außenpolitischen Folgen des Ereignisses vom 16. März werden freilich bedeutend überschätzt; die diplomatische Lage Deutschlands wird sich kaum viel ändern und wehrpolitisch sind die Folgen der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht erst in ein oder zwei Jahren ernstlich spürbar. Erst dann gewinnt die allgemeine Wehrpflicht für die Aufstellung eines Massenheeres Bedeutung. Da die Westmächte sicherlich nicht, um diesen späteren Wirkungen zuvorzukommen, einen sogenannten Präventivkrieg führen werden, ist also an und für sich von einer Kriegsgefahr derzeit noch keine Rede*." (DAP, 21.3.1935: 1).

Hier ist die unterschiedliche Ausgangslage zu beachten, schließlich hat das Blatt Riehls nichts zu verlieren und ist niemandem Rechenschaft schuldig. Im Gegensatz dazu stand die "Neue Freie Presse" zu dem Zeitpunkt zwischen der österreichischen Regierung und dem Deutschen Reich, wie auch Schirra und Steinberger schreiben:

"*Die "Neue Freie Presse" schien also eine Gratwanderung zwischen Schuschnigg und Hitler zu betreiben. Ihre deutschfreundliche Haltung schien sich zunächst durchaus noch, im Rahmen der Bestrebungen der österreichischen Regierung um gute Beziehungen zum "Deutschen Reich" zu bewegen*." (Schirra, 1961: 49f[221], zit. nach Steinberger, 1990: 109f).

[221] Schirra, Rainer (1961): Die öffentliche Meinung und das Juliabkommen 1936. Seine publizistischen und politischen Folgen unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Dr. Guido Schmidts. Wien: Diss.

Auch der Wunsch nach Frieden verbindet die "Neue Freie Presse" und die "Deutsche Arbeiter-Presse". Die "Neue Freie Presse" konzentriert sich dabei auf die Verständigung der Länder:

> "*Jetzt handelt es sich darum, mit der Verständigung, mit der Herstellung eines neuen Europäischen Konzerts, um den alten diplomatischen Begriff aufzugreifen, ernstlich zu beginnen und der Zerklüftung des Erdteiles in rivalisierende oder selbst feindliche Lager um so beherzter entgegen zu arbeiten*." (NFP, Morgenblatt, 19.3.1935: 1).

Riehl hingegen spricht sich eher für den Frieden mit Deutschland aus, offenbar in der Angst vor einem "Anschluss".

> "*Von den Friedensverträgen ist nichts übriggeblieben als die allerdings wichtigste Veränderung: die Gebietsabtretungen und das Anschlußverbot. Wer zweifelt daran, daß in absehbarer Zeit auch diese territorialen Bestimmungen Gegenstand der internationalen Erörterung sein werden, da doch das Prinzip der Unverletzlichkeit der Verträge allseits aufgegeben ist! Wäre nicht jetzt der staatsmännliche und psychologisch entscheidende Moment zu einer warmen Sympathiekundgebung gegeben und zu einem Freundschaftsbeweis vor aller Welt! Kein Mensch könnte einen solchen als Schwächezeichen mißdeuten - auch nicht die radikalsten Habichtleute. Wohl aber würde Berlin bewogen sein, zu antworten und auszusprechen, daß es diese Freundschaft will und alle gewaltsamen Gleichschaltungsbestrebungen entschieden zurückweist. Mit einem Schlage wären alle Gefahren in Oesterreich überbrückt und der Weltfriede gesichert!*" (DAP, 21.3.1935: 1).

Auch die "Neue Freie Presse" hatte den "Anschluss" als Thema - in Form der öffentlichen Stellungnahme Österreichs zur Wiedereinführung der deutschen Wehrpflicht. Sie spricht davon,

> "*O e s t e r r e i c h s U n a b h ä n g i g k e i t m i t a l l e n i h r z u G e b o t e s t e h e n d e n M i t t e l n z u e r h a l t e n u n d z u s c h ü t z e n und die Bevölkerung Oesterreichs vor den Folgen einer unheilvollen Politik zu bewahren.*" (NFP, Morgenblatt, 20.3.1935: 1).

7.7.5 FAZIT Vergleich "Deutsche Arbeiter-Presse" und "Neue Freie Presse"

Die "Deutsche Arbeiter-Presse" spricht sich klar für die Wiedereinführung der Wehrpflicht des Deutschen Reiches aus, betont dabei aber besonders die Möglichkeiten und Gefahren, die dies auch für Österreich bieten kann. Im Vergleich dazu ist die "Neue Freie Presse" wesentlich zurückhaltender in der Zustimmung zum neuen Gesetz sowie in der Frage, was dies für Österreich bedeuten könnte. Erst vier Tage nach dem Beschluss des Gesetzes stellt sie die Position der österreichischen Regierung dar. Beide Blätter wünschen sich den Frieden und sehen den Beitrag Deutschlands dabei als unerlässlich an.

Betrachtet man die unterschiedlichen Hintergründe der beiden Zeitungen - die "Deutsche Arbeiter-Presse", ein unabhängiges Blatt, das nur noch als Sprachrohr Riehls fungierte und die "Neue Freie Presse", die sich vermutlich sowohl bei der österreichischen Regierung, als auch in Deutschland für seine Berichterstattung rechtfertigen musste - ist die zurückhaltende aber verständnisvolle Position der "Neuen Freien Presse" durchaus nachvollziehbar.

7.8 Analyse Nürnberger Gesetze

7.8.1 Überblick

Das folgende Kapitel analysiert die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" über die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 und über die erste dazugehörige Durchführungsverordnung vom 14. November 1935. Dazu wurde der Untersuchungszeitraum auf 15. bis 18. September und auf 14. bis 16. November festgelegt.

Die Ereignisse stellten eine "*Zwischenstufe auf dem Wege nach Auschwitz*" (Wendt, 1995: 173) dar, weshalb sie als essentiell für die Analyse der Einstellung der "Neuen Freien Presse" zum Deutschen Reich und den Nationalsozialisten eingestuft werden können.

Auch in der Literatur lässt sich ein Urteil über die Berichterstattung über das Thema finden. Mithilfe der folgenden Analyse soll es auf seinen Wahrheitsgehalt geprüft werden.

Theodor Venus schreibt:

> "*Moralisch besonders bedenklich war die Berichterstattung über die von Hitler auf dem Nürnberger Parteitag verkündeten Gesetze zur Diskriminierung der deutschen Juden, die bis auf wenige Ausnahmen in fast allen heimischen Zeitungen ähnlich ausfiel. Die ´Neue Freie Presse´ bagatellisierte die ´Nürnberger Gesetze´, (...), verband damit die völlig illusionäre Hoffnung, die Gesetze könnten als ´erster konstruktiver Versuch´ gewertet werden, um ´zu einem erträglichen Verhältnis mit dem jüdischen Volksteil zu gelangen´, sie vertröstete ihre Leser mit dem Hinweis, daß für Mischlinge vermutlich Sonderregelungen getroffen werden würden und billigte als eine als ´jüdisch´ geltende Zeitung mit bemerkenswerter Toleranz die sich immer mehr steigernden Verfolgungsmaßnahmen des totalitären Regimes gegen die deutschen Juden*." (Venus, 1998: 143f).

Zum Zeitpunkt der Berichterstattung über die Nürnberger Gesetze war Stefan von Müller bereits Chefredakteur (vgl. Paupié, 1960: 149) der "Neuen Freien Presse". Außerdem stand das Blatt seit Herbst 1934 im Besitz der Regierung (vgl. Venus, 1998: 140) und war somit offiziös.

Die "Neue Freie Presse" erschien insgesamt elfmal im Untersuchungszeitraum, davon am 15. und 16. September sowie am 15. November einmaltäglich und an den restlichen Tagen zweimaltäglich.

Die Berichterstattung über die neuen Gesetze umfasste insgesamt vier Berichte, die zusätzlich zwei kleinere Berichte enthielten. Ergänzend dazu druckte die "Neue Freie Presse" drei Artikel in Kommentarform.

7.8.2 Analyse "Neue Freie Presse"

Der erste Bericht der "Neuen Freien Presse" über die neuen Gesetze, die in Nürnberg beschlossen wurden, findet sich auf Seite zwei der Montagausgabe. Dort druckt die "Neue Freie Presse" einen Teil von Hitlers Reichstagsrede unkommentiert ab. Unter der Zwischenüberschrift "*Ankündigung neuer Gesetze*" (NFP, Montagausgabe, 16.9.1935: 2) begründet Hitler seine Vorgehensweise:

> "*Die internationale Unruhe der Welt scheint leider im Judentum in Deutschland die Auffassung erweckt zu haben, daß nunmehr vielleicht die Zeit gekommen sei, den deutschen nationalen Interessen im Reiche die jüdischen bemerkbar entgegenzustellen. Soll dieses Vorgehen nicht zu sehr entschlossenen, im einzelnen nicht übersehbaren Abwehraktionen der empörten Bevölkerung führen, bleibt nur der Weg einer gesetzlichen Regelung des Problems übrig. Die Reichsregierung ist dabei beherrscht von dem Gedanken, durch eine einmalige säkulare Lösung vielleicht doch eine Ebene schaffen zu können, auf der es dem deutschen Volk möglich wird, ein erträgliches Verhältnis zum jüdischen Volk finden zu können. (...)*" (NFP, Montagausgabe, 16.9.1935: 2).

Auf der nächsten Seite desselben Blattes veröffentlicht die "Neue Freie Presse" unter dem Titel "*Die neuen Gesetze*." (NFP, Montagausgabe, 16.9.1935: 3) ein Telegramm des Berliner Korrespondenten, der berichtet: "*Anschließend an die Rede des Reichskanzlers und eine Ansprache des Ministerpräsidenten Göring verlas dieser den Text der neuen Gesetze, die hierauf einstimmig angenommen wurden*." (NFP, Montagausgabe, 16.9.1935: 3). Darauf folgt ein kurzer Bericht mit dem Titel "*Hakenkreuzflagge als Reichs- und Nationalflagge.*" (NFP, Montagausgabe, 16.9.1935: 3), bevor sich der

Redakteur mit dem Reichsbürgergesetz befasst. Unkommentiert führt er die Bestimmungen des Reichsbürgergesetzes aus:

> "*Der Reichstag hat einstimmig ein Gesetz beschlossen, das bestimmt, daß S t a a t s a n g e h ö r i g e r ist, wer dem S c h u t z v e r b a n d d e s D e u t s c h e n R e i c h e s a n g e h ö r t und ihm dafür besonders verpflichtet ist. R e i c h s b ü r g e r ist nur der Staatsangehörige d e u t s c h e n o d e r a r t v e r w a n d t e n B l u t e s, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volke und Reich zu dienen. (...)*" (NFP, Montagausgabe, 16.9.1935: 3).

Auch die "*neue Judengesetzgebung*" (NFP, Montagausgabe, 16.9.1935: 3) wird ohne Wertung wiedergegeben:

> "*Der Reichstag hat einstimmig ein Gesetz beschlossen, das E h e s c h l i e ß u n g e n z w i s c h e n J u d e n u n d S t a a t s a n g e h ö r i g e n d e u t s c h e n o d e r a r t v e r w a n d t e n B l u t e s u n t e r A n d r o h u n g d e r Z u c h t h a u s s t r a f e verbietet. Trotzdem geschlossene E h e n s i n d n i c h t i g, (...). A u ß e r e h e l i c h e r V e r k e h r zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten, Zuwiderhandelnde werden mit Gefängnis oder Z u c h t h a u s bestraft. Juden dürfen w e i b l i c h e Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes u n t e r f ü n f u n d v i e r z i g J a h r e n n i c h t in ihrem Haushalt beschäftigen. Juden ist das H i s s e n d e r R e i c h s - u n d N a t i o n a l f l a g g e und das Zeigen der Reichsfarben v e r b o t e n. Dagegen ist ihnen das Zeigen der j ü d i s c h e n F a r b e n g e s t a t t e t. Die Ausübung dieser Befugnis steht u n t e r s t a a t l i c h e m S c h u t z. Wer den beiden letzten Bestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft*." (NFP, Montagausgabe, 16.9.1935: 3).

Zu den neutralen Berichten über die Rede Hitlers und zum Inhalt der neuen Gesetze platziert die "Neue Freie Presse" einen Kommentar des Hauptschriftleiters des Deutschen Nachrichtenbüros. Unter der Überschrift "*Offiziöser Kommentar zu den neuen Gesetzen*." (NFP, Montagausgabe, 16.9.1935: 3) druckt sie einen Teil des Artikels, der zuvor im "Deutschen Dienst" veröffentlicht wurde:

"*Die vom Reichstag verabschiedeten neuen Gesetze, und zwar sowohl das Reichsbürgergesetz als auch das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehe, schaffen nach Jahren des Kampfes zwischen Deutschtum und Judentum ganz k l a r e V e r h ä l t n i s s e. Es ist dadurch unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß das deutsche Volk gegen den Juden, solange er ein Angehöriger des jüdischen Volkes sein will und danach handelt, nichts einzuwenden hat, daß es aber anderseits ablehnt, den Juden als deutschen Volksgenossen anzusehen und ihm die gleichen Rechte und Pflichten wie dem Deutschen zuzuerkennen*." (NFP, Montagausgabe, 16.9.1935: 3).

Der Autor des Artikels, Berndt, stellt die Verbindung zum Zionistenkongress in der Schweiz her, wo

"*ebenfalls in aller Deutlichkeit festgestellt wurde, daß die Juden e i n e i g e n e s V o l k sind, und es wurden die v ö l k i s c h e n A n s p r ü c h e d e s J u d e n t u m s e r n e u t a n g e m e l d e t. Deutschland hat nur die praktischen Folgerungen davon gezogen und kommt den Forderungen des Zionistenkongresses entgegen, wenn es heute die in Deutschland lebenden Juden zu n a t i o n a l e n M i n d e r h e i t e n macht.*" (NFP, Montagausgabe, 16.9.1935: 3).

Auch hier gibt die "Neue Freie Presse" also klar die nationalsozialistische Seite bzw. die der Reichsregierung wieder, ohne ihren eigenen Standpunkt dazu darzustellen. Sie fährt mit dem deutschen offiziösen Kommentar fort:

"*Dadurch, daß das Judentum zu einer nationalen Minderheit gestempelt wird, wird es nun überhaupt wieder möglich normale Beziehungen zwischen Deutschtum und Judentum herzustellen. Die jüdische Minderheit in Deutschland erhält durch die neuen Gesetze ihr eigenes kulturelles Leben und ihr e i g e n e s v ö l k i s c h e s L e b e n. Sie kann sich eigene Schulen, eigene Theater, eigene Sportverbände schaffen ; kurzum auf allen Gebieten des völkischen Lebens ist sie auf sich selbst gestellt. Das deutsche Volk ist überzeugt davon, daß es mit diesen Gesetzen eine auch für die Juden in Deutschland selbst heilsame und nützliche Tat vollbracht hat, indem Deutschland der jüdischen Minderheit Gelegenheit gibt, sich selbst zu leben. Dieses Eigenleben der jüdischen Minderheit, dem staatlicher Schutz gewährt wird, fördert die Volkswerdung des Judentums und trägt dazu bei, das Verhältnis zwischen*

den beiden Nationen wieder erträglicher zu gestalten." (NFP, Montagausgabe, 16.9.1935: 3).

Dieser Artikel Berndts stellte eine allgemeine Stellungnahme zu den neuen Gesetzen dar. Das Propagandaministerium selbst hatte in einer Pressekonferenz auf ihn verwiesen - mit dem Hinweis, er solle "*unter allen Umständen verwertet werden*." (Bohrmann, 1987: 586). (Vgl. Bohrmann, 1987: 586.) Diesem Aufruf folgte offenbar nicht nur die Deutsche Presse, sondern auch die "Neue Freie Presse". Ob dieser Artikel auch der Einstellung des Blattes zu dem Thema entspricht, ist nicht eindeutig - bezeichnend ist jedoch, dass in der gesamten "Montagausgabe" der "Neuen Freien Presse" keine einzige Gegenstimme zu finden ist, weder in einem Kommentar noch in Form eines Berichts über eine Meinung aus dem Ausland.

Aber das Blatt fügt noch an: "*Wie das Deutsche Nachrichtenbüro von maßgebender Seite zu den vom Reichstag neu verabschiedeten Gesetzen erfährt, beziehen sich die Gesetze nur auf den Volljuden*." (NFP, Montagausgabe, 16.9.1935: 3).

Unmittelbar im Anschluss folgt noch "*Eine Erklärung Hitlers*." (NFP, Montagausgabe, 16.9.1935: 3), die er auf seiner "Abschiedsfeier" in seinem Hotel abgab und die die "Neue Freie Presse" als "Telegramm des Korrespondenten" ohne Stellungnahme wiedergibt.

> "*Er betonte insbesondere, daß den Juden in Deutschland nach diesen Gesetzen die Möglichkeit eines völkischen Eigenlebens auf allen Gebieten eröffnet würde, wie sie bisher in keinem anderen Lande zu verzeichnen wäre. Im Hinblick darauf erneuerte Adolf Hitler den Befehl für die Partei, jede Einzelaktion gegen Juden, wie bisher, zu unterlassen.*" (NFP, Montagausgabe, 16.9.1935: 3).

17. September 1935

Auf Seite zwei des Morgenblattes findet sich der erste Kommentar der "Neuen Freien Presse" über die Nürnberger Gesetze. Unter dem Titel "*Die neuen Reichsgesetze*" (NFP, Morgenblatt, 17.9.1935: 2) nimmt der Korrespondent eine gemäßigte Haltung gegenüber den neuen Entwicklungen ein. Nachdem er über die Pressestimmen zur neuen Reichsflagge berichtet hat, nimmt er Bezug auf das Reichsbürgergesetz:

"*Sehr lebhaft beschäftigt sich die Oeffentlichkeit mit dem R e i c h s b ü r g e r g e s e t z. Denn sämtliche Reichsangehörige werden von dem Gesetz betroffen, nicht nur die Juden. Für diese wird allerdings eine Regelung insoferne vorweggenommen, als sie unter keinen Umständen Reichsbürger werden können*." (NFP, Morgenblatt, 17.9.1935: 2).

Er analysiert die Unklarheiten, die erst in weiteren Ausführungsbestimmungen zum Gesetz festgelegt werden müssen und beleuchtet die Schwierigkeiten für bestimmte Gruppen kritisch:

"*Das Gesetz verlangt ein Verhalten, welches beweise, daß der Betreffende g e w i l l t u n d g e e i g n e t sei, in T r e u e dem d e u t s c h e n V o l k u n d R e i c h z u d i e n e n. Zahlreichen Personen, die in letzter Zeit dem V e r d a c h t d e r S t a a t s f e i n d s c h a f t ausgesetzt waren - seien es Reaktionäre, Studenten, (...), Marxisten usw. - dürfte es schwer fallen, sich hinsichtlich ihrer Staatstreue ausreichend zu legitimieren. Fraglich ist auch, wie die p o l i t i s c h e V e r g a n g e n h e i t einer Person gewertet wird. Bei Anwendung eines kritischen Maßstabes dürfte der Kreis der mit der Reichsbürgerschaft ausgestatteten Personen über die Zahl der Parteimitglieder und die Angehörigen der Parteigliederungen hinaus nur vorsichtig erweitert werden.*" (NFP, Morgenblatt, 17.9.1935: 2).

Doch dies ist die einzige kritische Passage, die der Kommentar zu bieten hat. Es überwiegt der Optimismus. So versucht der Korrespondent das Reichsbürgergesetz positiv für die Juden auszulegen:

"*Was die Juden betrifft, so bleiben sie, wie entgegen irrtümlichen Interpretationen festzustellen ist, deutsche S t a a t s a n g e h ö r i g e. Denn Staatsangehörigkeit ist mit Reichsbürgerschaft nicht identisch. Nur letzterer gehen sie verlustig. Aber dies soll durch die Uebertragung der E i g e n s c h a f t u n d d e s R e c h t e s e i n e r n a t i o n a l e n M i n d e r h e i t ausgeglichen werden. Zwar wird diese Lösung weder im Gesetz noch in der Reichskanzlerrede eindeutig hervorgehoben, doch wird in einer Interpretation des Amtlichen Deutschen Nachrichtenbüros die Schaffung des Rechtszustandes einer nationalen jüdischen Minderheit in Deutschland mit allen ihren Pflichten, aber auch Rechten einwandfrei konstatiert*." (NFP, Morgenblatt, 17.9.1935: 2).

Diese Formung zu einer "*nationalen Minderheit*" nennt der Korrespondent die "*Lösung der Judenfrage*" - ein weiteres Indiz für die verharmlosend positive Einstellung des Korrespondenten. Gleichzeitig stellt er aber fest, dass die "Lösung" eigentlich nur für einen Teil der Juden in Frage kommt: "*Diese Lösung der Judenfrage lehnt sich allerdings ausschließlich an die z i o n i s t i s c h e T h e o r i e an, die n u r v o n e i n e m T e i l d e r J u d e n s c h a f t g e b i l l i g t wird.*" (NFP, Morgenblatt, 17.9.1935: 2).

Für das Fazit des Reichsbürgergesetzes bezieht sich der Korrespondent auf die "Öffentlichkeit" und zitiert Hitler:

> "*Das Reichsbürgergesetz wird hier als der e r s t e k o n s t r u k t i v e V e r s u c h der nationalsozialistischen Regierung bezeichnet, zu einem, wie der Reichskanzler sich ausdrückte, ´erträglichen Verhältnis mit dem jüdischen Volksteil zu gelangen´.*" (NFP, Morgenblatt, 17.9.1935: 2).

Da der Redakteur jedoch keine weiteren Kommentare dazu abgibt, muss vermutet werden, dass er derselben Meinung war oder zumindest daran glauben wollte, dass das Zusammenleben zwischen Deutschen und deutschen Juden so "erträglicher" wird.

Auch zum "Blutschutzgesetz" nimmt der Korrespondent Stellung:

> "*Die am Sonntag publizierten Gesetze bringen eine weitere Neuerung, indem sie n u r a u f V o l l j u d e n Bezug nehmen. Bereits vor kurzem wurde mit Rücksicht auf nichtjüdische Nichtarier von nationalsozialistischer Seite vorgeschlagen, das Nichtarierproblem offen als das zu stempeln, was es ist, nämlich als Judenproblem. Das geschieht in dem neuen Gesetz. (...). Indem sie sich lediglich auf Volljuden bezieht, schließt sie sich an das W e h r m a c h t g e s e t z an, das lediglich Volljuden von der Verpflichtung zum aktiven Dienst ausnimmt. Allerdings entsteht jetzt für die nichtjüdischen Nichtarier und für die Ehemänner von Jüdinnen eine schwierige Situation. Sie unterliegen einerseits den Beschränkungen des Beamtengesetzes, (...), andererseits genießen sie nicht den nationalen Minderheitenschutz der Volljuden*." (NFP, Morgenblatt, 17.9.1935: 2).

Seine Interpretation und besonders die Formulierung, die Juden würden "*Minderheitenschutz*" "*genießen*", zeigen eine befürwortende Einstellung des Redakteurs zum neuen Gesetz bzw. zum neuen, versprochenen Schutz der Minderheit. Gleichzeitig äußert er Bedenken, dass die "nichtjüdischen *Nichtarier*" so durch das Raster fallen.

Direkt daneben findet sich erneut eine Rede Hitlers, diesmal aus der Schlusssitzung des Parteikongresses zum Thema Staatsführung. Weder in dieser Ausgabe, noch im Abendblatt desselben Tages finden sich kritische Stellungnahmen.

18. September 1935

Im Morgenblatt des 18. Septembers druckt die "Neue Freie Presse" den ersten und einzigen, inhaltlich kritischen Bericht zu den neuen Gesetzen, die in Nürnberg beschlossen wurden. Der kurze Bericht erschien auf Seite drei und trägt den Titel: "*Die ´Jüdische Rundschau´ zu den deutschen Judengesetzen.*" (NFP, Morgenblatt, 18.9.1935: 3). Auch dieser Artikel wird unkommentiert wiedergegeben:

> "*Die zionistische ´Jüdische Rundschau´ wendet sich in scharfer Weise gegen die neuen Gesetze und stellt für die Schaffung eines M o d u s v i v e n d i e i n P r o g r a m m von vier Punkten auf. Sie fordert erstens die Differenzierung der Juden entsprechend der These, daß die Juden nicht minderwertig, sondern a n d e r s a r t i g seien. Wer sich in die Lage eines aufrechten und gesund empfindenden Menschen versetze, der in Publikationen sein Volk als Mördervolk bezeichnet finde, werde diese Forderung wohl verstehen können. Zweitens soll die f r e i e W i r t s c h a f t s b e t ä t i g u n g der Juden entsprechend den Ausführungen des Reichsinnenministers vom 1. Januar 1934 aufrechterhalten bleiben. Drittens wird die Herstellung einer e i g e n e n k u l t u r e l l e n S p h ä r e verlangt und viertens soll eine g e o r d n e t e A u s w a n d e r u n g, besonders der jüdischen Jugend, der Förderung aller maßgeblichen Stellen teilhaftig werden*." (NFP, Morgenblatt, 18.9.1935: 3).

16. November 1935 - Ausführungsbestimmungen zu den Nürnberger Gesetzen

Als die Ausführungsbestimmungen zu den Nürnberger Gesetzen am 15. November verkündet wurden, widmete die "Neue Freie Presse" dem Thema am nächsten Tag den Großteil der Seite drei. Unter dem Titel "*Die Durchführung der Nürnberger Gesetze*." (NFP, Morgenblatt, 16.11.1935: 3) veröffentlicht sie einen Kommentar des deutschen Korrespondenten, der sich - nach Berücksichtigung der Berichterstattung zuvor - enttäuscht und sehr kritisch gegenüber dem Nationalsozialismus zeigt:

> "*Am heutigen Tage sind die schon seit langer Zeit erwarteten A u s f ü h r u n g s b e s t i m m u n g e n zu den Nürnberger Gesetzen verkündet*

worden. Sie enthalten eine Fülle von Einzelbestimmungen, wie bei der zu behandelnden Materie auch nicht anders zu erwarten war. Irgendwelche Hoffnungen, daß der Nationalsozialismus von seinen Grundsätzen irgendwie abgehen aber sich doch noch in seinen Maßnahmen zu einer milderen Handhabung entschließen könnte, hat man sich wohl nirgends gemacht. Denn in keinem seiner Programmpunkte obwaltet eine gleiche Starrheit, wie in allem, was mit Blut und Rasse zusammenhängt. Wertvolle Teile der Bevölkerung des Reiches können sich nicht mit dem Geiste der die Behandlung der Juden zum Ausdruck bringenden Bestimmungen identifizieren. Christliche Grundsätze widersprechen dem ebenso wie seelisches Feingefühl". (NFP, Morgenblatt, 16.11.1935: 3).

Offenbar hatte sich der Korrespondent in den Berichterstattungen im September zurückgehalten und eine abwartende Position eingenommen - in der irrationalen Hoffnung, dass die Gesetze doch das "*erträgliche Verhältnis zum jüdischen Volksteil*" (NFP, Morgenblatt, 17.9.1935: 2), wie Hitler es nannte, bzw. ein erträgliches Zusammenleben zwischen Juden und Nicht-Juden herstellen würden. Doch mit den Ausführungsbestimmungen zwei Monate später kam die Ernüchterung. Trotzdem versucht er, daraus etwas Positives zu ziehen und gibt sich optimistisch:

"*Das Positivste, was sich zu den Ausführungsbestimmungen im übrigen sagen läßt, ist wohl, daß nunmehr ein Zustand sehr weitgehender K l ä r u n g geschaffen worden ist. In dem jüdischen Volksteil könnte sich nunmehr wenigstens zum großen Teile das Gefühl der Unsicherheit abschwächen, zumal da nur an wenigen Stellen noch ´Kann´- Vorschriften oder allgemeine Anweisungen gegeben worden sind. Vor allem ist hervorzuheben, daß hinsichtlich der Halbjuden gehegte Befürchtungen nicht voll eintreten, dagegen die Dreiviertelarier doch nicht in vollem Umfange den Ariern gleichgestellt worden sind*." (NFP, Morgenblatt, 16.11.1935: 3).

Nach einer Beschreibung der Verordnungen zum "Reichsbürgerbrief" und dessen Zusammenhang mit den Juden analysiert der Redakteur die Bestimmungen zum "Blutgesetz". Sie enthalten

"*die überaus wichtigen Bestimmungen für alle E h e s c h l i e ß u n g e n zwischen Staatsangehörigen deutschen und artverwandten Blutes und zwischen Juden und jüdischen Mischlingen. Hier werden die Volljuden völlig als eine Kaste für sich behandelt. Sie können in Zukunft nur noch Ehen untereinander eingehen, werden*

also durch den Gesetzgeber auf das rigoroseste vom deutschen Volk getrennt. *Besonders bemerkenswert ist, daß auch derjenige zu den Volljuden gehört, der unter seinen Großeltern einen arischen Teil hat. Diese Dreivierteljuden dürfen u n t e r e i n a n d e r überhaupt n i c h t h e i r a t e n. Man will sie also zwangsmäßig wieder zu Volljuden machen. Den Vierteljuden trifft keine Einschränkung in der Eheschließung mit Ariern. Verwehrt bleibt ihm logischerweise die Eheschließung mit Volljuden und, charakteristisch für die nationalsozialistische Rassenauffassung, ebenso die Heirat untereinander*." (NFP, Morgenblatt, 16.11.1935: 3).

Der kritische Unterton ist auch hier bemerkbar. So spricht der Korrespondent von einer Trennung vom deutschen Volk "*auf das rigoroseste*", benutzt das Wort "*zwangsmäßig*" und distanziert sich von den Nationalsozialisten, indem er sich auf eine andere Ebene begibt und analytisch die verbotene Heirat zwischen Vierteljuden "*charakteristisch für die nationalsozialistische Rassenauffassung*" nennt (NFP, Morgenblatt, 16.11.1935: 3).

Der Korrespondent zweifelt auch die Aussagen zu den Bestimmungen an:

"*Man soll, so heißt es hier, in diesen Bestimmungen n i c h t die Absicht sehen, Erschwerungen zu schaffen, sondern man will durch diese Sonderhinweise angeblich Handhaben für eine entgegenkommendere Behandlung geschaffen haben. Eine gleiche Auslegung konzilianter Art wird dem Gesetzgeber dagegen nicht zugebilligt werden können für den gleichfalls in den Anordnungen zu findenden Hinweis, daß eine Ehe nicht geschlossen werden soll, wenn aus ihr die Reinhaltung des deutschen Blutes gefährdende Nachkommenschaft zu erwarten ist. Diese allgemein gehaltene Bestimmung weist der menschlichen Voraussicht und dem Urteilsvermögen eine Aufgabe zu, die wohl dazu führen kann, doch wieder Unsicherheit zu verbreiten*." (NFP, Morgenblatt, 16.11.1935: 3).

Nach weiteren - wieder neutralen - Ausführungen zu Ehe, Geschlechtsverkehr sowie der "*Beschäftigung arischer H a u s a n g e s t e l l t e r in jüdischen Familien*" (NFP, Morgenblatt, 16.11.1935: 3), druckt die "Neue Freie Presse" die Mitteilung der "Amtlichen Nachrichtenstelle", die den Wortlaut der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz wiedergibt (vgl. NFP, Morgenblatt, 16.11.1935: 3).

7.8.3 FAZIT Analyse "Neue Freie Presse"

In diesem Zeitraum erschien keine der NS-Vergleichszeitungen, daher beruht die Schlussfolgerung auf der vorangegangenen Analyse.

Um die Einstellung der "Neuen Freien Presse" zu den Nürnberger Gesetzen darstellen zu können, darf nicht nur die Berichterstattung zur Veröffentlichung der Gesetze am 15. September 1935 untersucht werden, sondern es muss auch die Reaktion auf die erste Verordnung zum Gesetz berücksichtigt werden, die am 14. November erlassen wurde. So zeigt sich, dass die "Neue Freie Presse" zwar im September noch verhalten positiv zum Gesetz eingestellt war, sich vielleicht wünschte, dass so das Zusammenleben für alle funktionieren könnte und aus diesem Grund eine abwartende Position einnahm. Sie ließ zu Beginn verhaltenen Optimismus bzw. Hoffnung spüren, für das "*erträgliche Verhältnis zum jüdischen Volksteil*" (NFP, Morgenblatt, 17.9.1935: 2) und den "Minderheitenschutz", sprach sich jedoch nie klar für die Gesetze aus.

Insgesamt gesehen war die kritische Berichterstattung dennoch überwiegend, da sowohl im ersten Kommentar eine kurze kritische Passage zu finden war als auch am nächsten Tag die Kritik der "Jüdischen Rundschau" (vgl. NFP, Morgenblatt, 18.9.1935: 3). Auch der einzige Kommentar mit einer klaren Meinung vom 16. November bezieht eine kritische Position. Die "Neue Freie Presse" verurteilt die Bestimmungen der ersten Verordnung zu den Nürnberger Gesetzen und schreibt, dass auch "*[w]ertvolle Teile der Bevölkerung des Reiches (...) sich nicht mit dem Geiste der die Behandlung der Juden zum Ausdruck bringenden Bestimmungen identifizieren*" können (NFP, Morgenblatt, 16.11.1935: 3).

Die Schlussfolgerung Theodor Venus´ ist demnach teilweise nachvollziehbar. Auch hier wird die These aufgestellt, dass die "Neue Freie Presse" Hoffnungen für ein "*erträgliches Verhältnis*" hegte. Auch der Hinweis, dass für "*Mischlinge vermutlich Sonderregelungen getroffen werden würden*" (Venus, 1998: 143f), ist in der "Neuen Freien Presse" zu finden und kann auch, wie Venus sagt, als "*Vertröstung der Leser*" aufgefasst werden. Doch zu beachten ist, dass die Phrase dem abgedruckten "Offiziösen Kommentar" des "Deutschen Dienstes" entnommen wurde. Aus diesem Grund kann der Text nicht direkt auf die "Neue Freie Presse" bezogen werden - besonders, da sie im Kommentar am nächsten Tag ausführt, dass die nationalsozialistische Seite vorgeschlagen hat, "*das Nichtarierproblem offen als das zu stempeln, was es ist, nämlich als Judenproblem. Das*

geschieht in dem neuen Gesetz." (NFP, Morgenblatt, 17.9.1935: 2). Damit war die Sonderregelung vom Tisch.

Grundsätzlich lässt sich vermuten, dass Theodor Venus nur die erste Phase der Berichterstattung nach der Veröffentlichung des Gesetzes am 15. September analysiert hat und die Berichterstattung zur ersten Verordnung des Gesetzes im November unberücksichtigt ließ.

Eingeschaltete Werbung aus Deutschland war nur eine zu finden, in der Reisezeitung für das Hotel Schwarzer Bock in Wiesbaden (vgl. NFP, Morgenblatt, 14.11.1935: 9).

Abschließend lässt sich festhalten: **Die "Neue Freie Presse" gab sich bei Veröffentlichung der Gesetze zwar verharmlosend optimistisch, bei der Berichterstattung zur ersten Ausführungsbestimmung der Nürnberger Gesetze schwenkte sie jedoch in eine kritische Einstellung gegenüber den Gesetzen um.**

7.9 Analyse Juliabkommen

7.9.1 Überblick

Im folgenden Kapitel wird die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" zum Juliabkommen analysiert, das am 11. Juli 1936 zwischen Österreich und Deutschland abgeschlossen wurde. Der Untersuchungszeitraum wurde von 10. bis 14. Juli 1936 festgelegt, um Vor- und Nachberichterstattung erfassen zu können.

In diesem Zeitraum erschien die "Neue Freie Presse" achtmal, am 10., 11. und 14. Juli zweimaltäglich und am 12. und 13. Juli einmaltäglich.

Die Zahl der in der "Neuen Freien Presse" zu diesen Themen gefundenen Berichte beläuft sich auf 40 Veröffentlichungen. Die teilweise recht kurzen Berichte wurden oft unter einer großen Überschrift zusammengefasst, in dieser Untersuchung wurden sie einzeln gewertet.

Zur Zeit des Juliabkommens stand die "Neue Freie Presse" im Besitz der Regierung und war offiziös. Sie schien eine Gratwanderung zwischen Hitler und Schuschnigg zu betreiben und hoffte mit dem Juliabkommen auf einen Kompromiss zwischen den Interessen Deutschlands und Österreichs (vgl. Steinberger, 1990: 109f).

7.9.2 Analyse Juliabkommen

Nach der Unterzeichnung des Abkommens am 11. Juli 1936 berichtete die "Neue Freie Presse" im Sonntag-Morgenblatt darüber. Auf der Titelseite druckt sie sechs verschiedene Artikel zum Thema ab. Der erste Artikel ist eine Amtliche Verlautbarung mit dem Titel "*Normalisierung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 1). Sie enthält den Wortlaut des Kommuniqués:

> "*In der Ueberzeugung, der e u r o p ä i s c h e n G e s a m t e n t w i c k l u n g zur Aufrechterhaltung des Friedens eine wertvolle Förderung zuteil werden zu lassen, wie in dem Glauben, damit am besten den v i e l g e s t a l t i g e n w e c h s e l s e i t i g e n I n t e r e s s e n d e r b e i d e n d e u t s c h e n S t a a t e n zu dienen, haben die Regierungen des Bundesstaates O e s t e r r e i c h und des*

D e u t s c h e n R e i c h e s beschlossen, ihre Beziehungen wieder normal und freundschaftlich zu gestalten. (...)" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 1).

Im Anschluss druckt die "Neue Freie Presse" den Bericht des italienischen Korrespondenten, der vom "*Telegramm des Bundeskanzlers an Mussolini.*" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 1) sowie von Mussolinis Antwort handelt. Dabei ist ein über die Ereignisse erfreuter Grundton herauszulesen. So schreibt Schuschnigg:

"´*Ich freue mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß ich s o e b e n mit dem d e u t s c h e n G e s a n d t e n, der hiezu von dem Führer und Reichskanzler bevollmächtigt war, ein U e b e r e i n k o m m e n u n t e r z e i c h n e t habe, das dazu bestimmt erscheint, neuerlich die Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland normal und f r e u n d s c h a f t l i c h z u g e s t a l t e n. (...). Ich bin überzeugt, daß Euer Exzellenz mit mir i n d e r F r e u d e über die Erzielung des Uebereinkommens ü b e r e i n s t i m m e n, das einen neuen wirksamen Beitrag zu dem allgemeinen Werk des Friedens darstellt. Ich will diese Gelegenheit ergreifen, um neuerlich Eurer Exzellenz meiner a u f r i c h t i g e n F r e u n d s c h a f t zu versichern (...).*´" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 1).

Und auch die Antwort Mussolinis fällt positiv aus:

"*Das Uebereinkommen, (...), muß von allen, denen die S a c h e d e s F r i e d e n s am H e r z e n liegt, mit G e n u g t u u n g begrüßt werden. Es bezeichnet einen b e d e u t e n d e n S c h r i t t n a c h v o r w ä r t s auf dem Wege des e u r o p ä i s c h e n W i e d e r a u f b a u e s (...).*" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 1).

Auch die Stimmen in dem Artikel "*Der Eindruck in England*" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 1) sind ausschließlich affirmativ.

"*Die Zeitungen beschränken sich im wesentlichen darauf, die große Bedeutung dieses Ereignisses herauszustellen und betonen, daß es n i c h t n u r O e s t e r r e i c h u n d De u t s c h l a n d, s o n d e r n a u c h a l l e a n d e r e n e u r o p ä i s c h e n L ä n d e r a n g e h e. In englischen politischen Kreisen neigt man zu der Auffassung, daß Hitlers Zugeständnisse in Mitteleuropa zum Teil auf seine Bestrebungen zurückzuführen sind, England und der übrigen Welt seinen w i r k l i c h e n F r i e d e n s w i l l e n unter Beweis zu stellen. (...)*" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 1).

Es folgt ein Bericht zur "*Verkündigung des Abkommens in Deutschland*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 1), in dem der Wortlaut der Erklärung Goebbels wiedergegeben wird. *"(...) Sie [die Vereinbarung; Anm. d. Verf.] stellt einen weiteren praktischen Schritt auf dem Wege der friedlichen Entspannung und Entwirrung in Europa dar.(...)*" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 1).

Diese Sammlung an Artikeln auf der Titelseite rundet die Zusammenfassung der Rundfunkrede Schuschniggs mit dem Titel "*Wichtige Vereinbarung zwischen Wien und Berlin*" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 1) ab. Schuschnigg gab darin

> "*der Hoffnung Ausdruck, daß die Wiederkehr der freundschaftlichen Beziehungen nicht nur dem deutschen Volke zum Segen gereichen, sondern daß darin ein wertvoller Gewinn für den Frieden liegen werde. Es sei ferne von mir, sagte er, in dieser Stunde zu polemisieren ; er wolle vielmehr die aufrichtige Freude und Genugtuung darüber aussprechen, daß hüben und drüben das Bewußtsein der Schicksalsverbundenheit allen Zwischenfällen zum Trotze sich stark genug erwiesen habe, um mit berechtigter Aussicht auf Erfolg den Versuch zu unternehmen, Hindernisse hinwegzuräumen, die eben noch unüberwindlich erschienen*. *(...) und er rief seine Erklärung im Bundestag ins Gedächtnis, in der es hieß, Oesterreich habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß es sich als deutscher Staat bekenne. Die Grundlage ist und bleibt, betonte der Regierungschef gestern, die Maiverfassung 1934 und damit das Bekenntnis zum freien Staate. (...)*" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 1f).

Direkt danach folgt ein Kommentar zum verlautbarten Kommuniqué. Der Redakteur hebt hervor, dass die "*strikte Erklärung*" Hitlers, "*Deutschland habe weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Angelegenheiten einzumengen, Oesterreich etwa zu annektieren oder anzuschließen.*", im Kommuniqué "*also aufs neue bekräftigt*" wurde. (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 2.)

> "*[I]hre praktische Durchführung bildet die Voraussetzung für die Normalisierung und für ihr Gelingen. Denn Vereinbarungen sind nicht Selbstzweck, sondern ihre Geltung hängt davon ab, wie weit sie Tatsachen schaffen und die Wirklichkeit beeinflussen. Im gegenwärtigen Augenblick wäre es nicht das Richtige, auf alte Wunden zu verweisen und ein geschichtliches Kapitel zu berühren, das nun einen Abschluß finden soll. Oesterreich war immer darauf bedacht, mit allen Staaten gute*

Freundschaft zu halten und vor allem mit dem Reiche, an das so viel Schicksalsverbundenheit gemahnt." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 2).

Der Redakteur zeigt sich abwartend und empfiehlt, "*nicht auf alte Wunden zu verweisen*", sondern in die Zukunft zu blicken. Denn

"[*j]etzt muß die Arbeit beginnen, die Neuordnung in das Leben des Alltags zu überführen und das Kommuniqué, das die Normalisierung mitteilt, kündigt auch an, daß seitens der Regierungen beider Länder gewisse Vorbereitungen Platz greifen sollen. Von ihrem Geiste und von ihrer Auswirkung wird alles abhängen*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 2).

Die Freude über den wieder gewonnenen Freund weicht allmählich dem Realismus - der Autor des Kommentars drückt seine Besorgnis um das kleine Österreich aus:

"Man muß hoffen, daß die Weisungen aus Deutschland auf die österreichische Eigenart, auf die österreichische Seele bedacht nehmen werden und daß nichts geschieht, was Reizungen hervorrufen könnte. In den religiösen und politischen Auffassungen gibt es zwischen den in Deutschland und Oesterreich verbreiteten Anschauungen gewiß manche Divergenzen, die nicht weggeleugnet werden können. Eine von beiden Seiten angestrebte Verständigung hat zur Voraussetzung, daß an der österreichischen Grund- und Gemütsrichtung nicht gerüttelt wird." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 2).

Doch er belässt es bei warnenden Worten. Er blickt zwar kritisch in die Vergangenheit, doch nur, um zu zeigen dass nun die Chance besteht, alles besser zu machen:

"*Der Oesterreicher von heute ist ebenso wie der Preuße unter dem Eindruck der letzten Dezennien härter geworden ; eine neue Generation von Menschen ist aufgekommen, die einen Staat nach ihrer Fasson gestalten will, und die auf ihr eigenes Urteil und auf ihre Bewegungsfreiheit den größten Wert legt. Diese Tatsache darf nicht unbeachtet bleiben. Das Wort Normalisierung, das für die Zukunft gilt, enthält schon die Feststellung, daß die Beziehungen bisher alles eher denn normal waren, daß sie den natürlichen Bedürfnissen nicht entsprachen und eine Abkehr vom richtigen Weg darstellten. Jetzt legen die Vereinbarungen die Bahn für eine vernünftige Entwicklung frei, und es wäre zu wünschen, daß sie mit Gewissenhaftigkeit beschritten werde, daß künftig die zwei deutschen Staaten in*

voller Unabhängigkeit ihren gemeinsamen Aufgaben gerecht zu werden vermögen." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 2).

Unter dem Titel "*Die neuen Mitglieder der Regierung*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 2) lobt die "Neue Freie Presse" mit zwei Portraits den "*Staatssekretär des Aeußern Dr. Guido Schmidt*" und "*Minister Edmund v. Glaise-Horstenau*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 2). Damit wird sie ihren Aufgaben als offiziöses Blatt gerecht. Sie begrüßt es "*wärmstens*", "*daß gerade in der gegenwärtigen politischen Situation ein gewiegter Fachmann an die Spitze des Außenamtes in Wien tritt (...)*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 2), wie Dr. Guido Schmidt. Mit ihm

> "*gelangt in die Regierung ein junger Diplomat von außerordentlicher Befähigung, die er bereits wiederholt während seiner Laufbahn bewährte. (...) Trotz seiner Jugend verkörpert Schmidt die beste Überlieferung altösterreichischen Beamtentums, die sich bei ihm mit einem gesunden Verständnis für die Erfordernisse der neuen Zeit verbindet*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 2).

Die "Neue Freie Presse" lobt auch den Bundeskanzler für die Entscheidung, Schmidt einzustellen:

> "*(...) hat er zweifellos einen neuerlichen Beweis seiner richtigen Einschätzung verantwortlicher Regierungsfunktionäre erbracht. Die Berufung Dr. Guido Schmidts auf einen so wichtigen Posten in der Regierung Schuschnigg wird in der österreichischen Oeffentlichkeit gewiß mit berechtigter Sympathie aufgenommen werden*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 2).

Auch Minister Glaise-Horstenau wird ein kurzer Lebenslauf gewidmet. Die "Neue Freie Presse" nennt ihn eine "*repräsentative Persönlichkeit österreichischer Geistigkeit*" und hebt hervor dass er sich in allen Funktionen und Ehrenstellen "*hohe Verdienste um sein österreichisches Vaterland erworben*" hat. (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 2.)

Auf Seite fünf der Morgenausgabe druckt die "Neue Freie Presse" unter der Überschrift "*Der Bundeskanzler über die österreichisch-deutsche Vereinbarung*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5) die vollständige Rundfunkrede Schuschniggs. Dieser schließt mit den Worten:

> "*Unsere beiden Staaten aber möge es durch U e b e r b r ü c k u n g d e r G e g e n s ä t z e durch w i r t s c h a f t l i c h e Verbindung und Ergänzung sowie durch Wiederherstellung einer Fülle gemeinsamen k u l t u r e l l e n*

Gedankengutes, an dem wir hüben und drüben der Grenzen gleichermaßen interessiert sind, (...) und angesichts der Fülle historischer Weggemeinsamkeiten als w ü n s c h e n s w e r t u n d s e l b s t v e r s t ä n d l i c h erscheinen muß. Dies sei der ehrliche und hoffnungsfrohe Wunsch des Oesterreichers und zugleich der Gruß an alle Landsleute in der Heimat wie auch an alle Deutschen jenseits der staatlichen Grenzen:

O e s t e r r e i c h !" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5).

Im Anschluss daran veröffentlicht die "Neue Freie Presse" unter dem Titel "*Die Bedeutung des Uebereinkommens*" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5) einen Kommentar, der nach Schuschniggs Rede im Rundfunk verlesen wurde. Er bezieht sich erneut auf die Feststellungen Hitlers aus dem offiziellen Kommuniqué, dass "´*Deutschland (...) w e d e r d i e A b s i c h t n o c h d e n W i l l e n [hat; Anm. d. Verf.], sich in die i n n e r e n ö s t e r r e i c h i s c h e n V e r h ä l t n i s s e e i n z u m e n g e n, Oesterreich etwa zu annektieren oder anzuschließen.*´" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5). Damit sei der "*Tatbestand, den gewisse Kreise manchmal anzuzweifeln zu müssen geglaubt haben, von maßgebendster reichsdeutscher Stelle her nochmals eindeutig*" richtiggestellt worden (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5). Darauf folgen weitere Argumentationen, die das Abkommen befürworten:

"*Durch diese Feststellungen ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Unabhängigkeit Oesterreichs und ein w e r t v o l l e r B e i t r a g z u r E r h a l t u n g d e s E u r o p ä i s c h e n F r i e d e n s geleistet worden. (...). Die Verlautbarung über das Uebereinkommen stellt mit s e l t e n e r K l a r h e i t f e s t, daß der Friede zwischen den beiden deutschen Staaten auf d e r B a s i s v o l l e r G l e i c h b e r e c h t i g u n g u n d v o l l k o m m e n e r R e s p e k t i e r u n g d e r g e g e n s e i t i g e n E i n r i c h t u n g e n zustande gekommen ist*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5).

Im unmittelbaren Anschluss druckt die "Neue Freie Presse" einen eigenen Kommentar, der positiv anmutet. Sie betont, dass Österreich immer ein natürliches Verhältnis "*ins Auge gefaßt*" hatte, das "*den geschichtlichen Ueberlieferungen und der sprachlichen Gemeinschaft*" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5) entsprach. Ein leicht kritischer Unterton ist dennoch bemerkbar. So stellt der Autor klar, dass es "*gewiß nicht die Schuld Oesterreichs*" war,

"*daß sich der Umschwung lange verzögerte und daß immer wieder neue Störungen auftraten*. *Das Bedürfnis, mit allen Nachbarstaaten in Frieden und aufrichtiger Freundschaft zu leben, bezog sich selbstverständlich auch auf das Deutsche Reich, wenn auch manche Einrichtungen und Geschehnisse kein Verständnis finden konnten*. *Doch stets wurde der Standpunkt vertreten, daß das, was in Deutschland vorgeht, eine innere Angelegenheit dieses Staates bilde, ebenso wie wir selbst jede Einmischung in unsere Angelegenheiten abgelehnt haben und auch in aller Zukunft ablehnen werden.*" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5).

Damit bekundet der Autor seine Missbilligung der Vorgänge im Deutschen Reich, verlangt jedoch gleichzeitig die Toleranz, dass die Geschehnisse, die "*kein Verständnis finden konnten*", eine "*innere Angelegenheit des Staates*" darstellten. Diese Toleranz wurde auch im Juliabkommen gefordert, was die "Neue Freie Presse" als offiziöses Blatt sicherlich beeinflusst hat. Im Kommentar richtet sie offenes Lob an den Bundeskanzler: "*Dr. von Schuschnigg hat sich um das Werk, dessen Gelingen viel Zähigkeit und Geschicklichkeit zur Voraussetzung hatte, mit Erfolg bemüht*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5). Österreich würde an den "*Reformideen Dr. Engelbert Dollfuß´ unentwegt*" festhalten "*und seinen Umbau zu einem ständisch organisierten, christlichen, autoritär geführten Staat*" fortsetzen und die Vaterländische Front solle weiterhin die "*politische Willensbildung*" übernehmen. (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5.)

"*Aus diesen Tatsachen ergibt sich schon, daß ein Wiederaufleben des Parteiismus und damit der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich nicht in Frage kommt. Desgleichen würde eine illegale Propaganda in Zukunft nicht zur Geltung gelangen können (...)*" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5).

Diese Bemerkung zeigt erneut die Nähe der Zeitung zur österreichischen Regierung. Sie hatte bereits vor dem Abschluss des Abkommens Anweisungen an die gesamte Presse Österreichs gegeben, wie und worüber sie bei der Veröffentlichung[222] berichten sollte - und das Verhindern des Wiederauflebens der Parteien war eines der Themen. Ein weiteres, vorgegebenes Thema war die Amnestierung einiger politischer Gefangener. Diese Aktion sollte die Presse als Zeichen der Stabilisierung und Kraft des

[222] Siehe Kapitel 2.13.3 Veröffentlichung und Reaktionen auf das Juliabkommen.

österreichischen Staates auslegen und nicht als Schwäche. (Vgl. AdR/Bpd, 1936[223], zit. nach Spielhofer, 1992: 107.) Dazu schreibt die "Neue Freie Presse":

> "*Für die nächste Zeit ist eine Amnestierung der politischen Sträflinge zu erwarten, von der jedoch die wegen gemeiner Verbrechen schuldig Erkannten ausgeschlossen sein werden. Der Gnadenakt soll ein Zeichen der neuen politischen Lebensformen sein, die zwischen den beiden deutschen Staaten Platz greifen, und niemand kann in ihm ein Moment der Schwäche erblicken*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5).

Außerdem stellt sie klar, "*daß die Politik gegenüber dem Völkerbund und im Völkerbund die gleiche wie bisher bleibt*" und dass "Deutschland *und Oesterreich (...) einander die Bruderhände*" reichen, "*bei vollständiger Wahrung der Selbständigkeit*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5). In diesem Artikel vertrat die "Neue Freie Presse" also den Standpunkt der Regierung, ließ es sich jedoch nicht nehmen, kleine Spitzen gegen die Nationalsozialisten einzubringen.

Auf der nächsten Seite berichtet die "Neue Freie Presse" über einen Kommentar der deutschen "Nachtausgabe", der "*offensichtlich auf den Mitteilungen fußt, die der deutschen Presse im Reichspropagandaministerium gemacht wurden*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 6). Nach dem Hinweis, dass der Inhalt des Kommentars von einer offiziellen Stelle kommt, zitiert sie weitere für das Juliabkommen sprechende Passagen:

> "*(...). Die politische Lage Europas ist bezüglich Oesterreichs Frage endgültig a u s d e r V e r w i r r u n g b e f r e i t. Das deutsche Volk empfindet darüber t i e f e B e f r i e d i g u n g, die sicher auch in der österreichischen Presse zum Ausdruck kommen wird. (...)*" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 6).

Auch "*Eine italienische Stimme*" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 6) fällt durchwegs positiv aus und betont die Wichtigkeit des Römerpaktes:

> "*Da hierbei Oesterreich gleichzeitig schon den Charakter als z w e i t e r d e u t s c h e r S t a a t betont und auch seine volle Souveränität hervorhebt, werden diese Richtlinien der österreichischen Politik gegenüber Deutschland mit den vorher existierenden und ständig in Kraft gebliebenen römischen Abkommen in Einklang*

[223] Archiv der Republik: Bundespressedienst. Karton 4. Mappe Juli 1936 (o.Z.): Niederschirft einer Besprechung vom 9.7.1936.

gebracht, die auch in Hinkunft die österreichisch-italienischen Beziehungen bestimmen werden." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 6).

Eine weitere kurze Meldung bekräftigt, dass die Vereinbarung "*in Italien mit großer Freude aufgenommen wurde*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 6). Außerdem druckt die "Neue Freie Presse" eine Depesche des Bundeskanzlers an den ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös, worin er betont, dass das Übereinkommen mit Deutschland dazu bestimmt war, die "*f r e u n d n a c h b a r l i c h e n B e z i e h u n g e n wiederherzustellen*" und seine Überzeugung bekundet, "*daß das s o e b e n v o l l b r a c h t e W e r k d e m a l l g e m e i n e n F r i e d e n dient, an dem Oesterreich und Ungarn ganz besonders interessiert sind*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 6). Auch die darauffolgende ungarische Pressestimme sieht das Abkommen positiv und bekräftigt ihren Standpunkt mit der Erwähnung des "Märtyrertodes" von Dollfuß (vgl. NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 6).

13. Juli 1936

Auf der Titelseite der Montagausgabe fasst die "Neue Freie Presse" unter dem Titel "*Paris und die Versöhnung Wien-Berlin*." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 1) Pressestimmen aus Frankreich zum Juliabkommen zusammen. Wie der Korrespondent konstatiert, wurde das Übereinkommen "*als das wichtigste Ereignis der letzten Zeit gewertet*." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 1). Er hält fest, dass die Beurteilungen diesmal nicht so stark auseinandergingen wie sonst: "*U e b e r e i n s t i m m e n d findet man die Ansicht, daß die Verständigung ebenso e r f r e u l i c h e w i e u n e r f r e u l i c h e M o m e n t e in sich schließe.*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 1). Man beurteilt als günstig, dass die "*Bedrohung des europäischen Friedens, die durch die Möglichkeit einer Aufrollung der Anschlußfrage beständig gegeben war*" beseitigt ist (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 1). "*Es ist S c h u s c h n i g g g e l u n g e n, d i e A n e r k e n n u n g d e r ö s t e r r e i c h i s c h e n U n a b h ä n g i g k e i t d u r c h z u s e t z e n*." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 1). Außerdem bekundet die französische Presse starke Sympathien für Dr. Guido Schmidt, die er durch seine Tätigkeiten in Paris erlangte (vgl. NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 1). Als ungünstig bezeichnet die Presse, dass sich nun ein neuer "Mächteblock" aufrichten könne, der, "*D e u t s c h l a n d, P o l e n, O e s t e r r e i c h, U n g a r n u n d I t a l i e n umfassend, zu einer Trennung Europas in zwei Lager*

führen müßte." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 1). Jedoch könnte es auch der mögliche

"*A u s g a n g s p u n k t e i n e r k o n s t r u k t i v e n N e u b i l d u n g in Europa*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 1) sein. "*Jedenfalls geht zusammenfassend die Meinung dahin, daß die P o l i t i k d e r k o l l e k t i v e n S i c h e r h e i t im Rahmen des Völkerbundes, wie sie Frankreich vertritt, in der nächsten Zeit auf sehr ernste Schwierigkeiten stoßen werde*." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 1). Mit den Pressestimmen versucht die "Neue Freie Presse" offenbar dem Leser zu vermitteln, dass am Abkommen nicht alles nur gut ist, hebt aber die Unabhängigkeit Österreichs erneut hervor.

Danach druckt die "Neue Freie Presse" die Rundfunkrede des "*Bundeskommissär Adam über das österreichisch-deutsche Abkommen*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 1). Sie erstreckt sich über mehr als eine Seite. Er referiert über Einzelheiten der Vereinbarung. Dabei hat Adam klarerweise nur positive Worte für das Abkommen übrig - schließlich wurde er zu diesem Zweck als Nachfolger Eduard Ludwigs eingesetzt[224]. Auch er konstatiert, dass die Verlautbarungen des Vortages und die Erklärung des Bundeskanzlers "*einen Schlußstrich unter ein s e h r s c h m e r z l i c h e s K a p i t e l d e r ö s t e r r e i c h i s c h e n u n d d e r g e s a m t d e u t s c h e n G e s c h i c h t e*" ziehen (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 1). "*Es ist nicht notwendig und wäre nicht angemessen, den Anlaß zu benützen, um rückschauend noch einmal in diesem Kapitel zu blättern*." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 1). Der Friedenswille Dollfuß´ sei an Schuschnigg weitergegeben worden und das Ereignis stelle keinen Kurswechsel dar. Adam nennt das Abkommen die "*Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Wien und Berlin", eine "europäische Friedenspolitik im unmittelbarsten Sinne*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 1). Außerdem wird hier wieder festgehalten, dass Österreich keine Einmischung in die Innenpolitik möchte und aus diesem Grund respektiere es die inneren Angelegenheiten der Nachbarn, "*frei von jedem Wunsche, uns durch Kritik oder auf andere Weise einzumischen.*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 1). Diese

[224] Siehe Kapitel 2.13 Das "Juliabkommen" mit dem Deutschen Reich.

"N i c h t e i n m i s c h u n g" beziehe sich besonders auf die Dinge, "*die der politischen Propaganda dienen, auf das Nachrichtenwesen, die Presse, den Rundfunk und auch den Film. Sachliche, in den Grenzen der Sachlichkeit sogar wünschenswerte Kritik muß darauf verzichten, agitatorisch in innere Angelegenheiten des Nachbarn einzugreifen, und muß vor allem einen Ton vermeiden, der verletzend wirken könnte. Bei gewissenhafter Beobachtung dieser Grundsätze wird kein Hindernis bestehen, den gegenwärtig stark gedrosselten Austausch von Zeitungen, Zeitschriften und Schriftsachen überhaupt a l l m ä h l i c h z u e r w e i t e r n*." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 2).

Auch Adam informiert in seiner Rede über das "*internationale Echo*" und gibt bekannt, "*daß schon seit langer Zeit kein Ereignis der großen Politik s o v i e l Z u s t i m m u n g u n d s o w e n i g k r i t i s c h e A b l e h n u n g gefunden hat.*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 2). Die deutsche, italienische und ungarische Presse hätte das Ereignis mit "*Genugtuung*" begrüßt, Frankreich und England sahen das Abkommen als "*Schritt zur Befriedung*" Europas und auch die tschechoslowakische Presse berichtete in einem freundschaftlichen Ton. (Vgl. NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 2.)

Sieht man sich die Berichte der ersten Seite gemeinsam an, kann die These aufgestellt werden, dass die "Neue Freie Presse" zuerst selbst über Pressestimmen und Reaktionen berichten wollte - was sie realistischer tat als Adam -, bevor Adams durchwegs befürwortende Rede abgedruckt wurde.

Auf der nächsten Seite veröffentlicht das Blatt einen Kommentar mit dem Titel "*Die österreichisch-reichsdeutsche Verständigung*." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 3). Auch darin wird Bezug auf die "Weltöffentlichkeit" genommen:

"*Ausnahmslos wird der 11. Juli 1936 als ein wichtiges Datum bezeichnet und von einem historischen Ereignis gesprochen, das gegenwärtig alle anderen Probleme und Entscheidungen in den Hintergrund rückt. Erfreulicher Weise findet die klare Absicht volles Verständnis, nicht nur der deutschen Sache in dem Geiste zu dienen, (...) sondern darüber hinaus die Befriedung und Klärung in Europa zu fördern. (...). Als ausschlaggebendes Moment wird die Tatsache betrachtet, daß es gelungen ist, die Unabhängigkeit Oesterreichs zu wahren*." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 3).

Wieder berichtet der Redakteur ausschließlich positiv - sowohl über die Weltstimmen, als auch über den Nichteinmischungspakt und die Unabhängigkeit der beiden Länder:

"*Der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten hat einen bemerkenswerten Erfolg zu verzeichnen und es ist nur bedauerlich, daß es immerhin einiger Zeit bedurfte, bis das Selbstverständliche zur Geltung kam. (...). Durch die Normalisierung der Beziehungen (...) soll nun einem Uebelstand, der sich schmerzlich fühlbar machte, begegnet werden, damit ein Gefahrenquell für die europäische Ruhe und Ordnung endlich zum Versiegen kommt. Der gute Wille zum Brückenschlag bei voller Wahrung der Gleichberechtigung und der Unabhängigkeit ist unbestreitbar und dokumentarisch festgelegt*." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 3).

Der Autor befürwortet das Juliabkommen, möchte es jedoch realistisch betrachten und will Taten sehen.

"*Aber mit dem Willen zur Verständigung und mit den Grundlagen für sie ist noch lange nicht alles getan. Einem ersten Schritt müssen vielmehr die weiteren Schritte folgen, die dazu beitragen, dem Geiste, der für den Vertrag vom 11. Juli 1936 maßgebend war, in jeder Beziehung gerecht zu werden, die Worte durch das Tun zu bestätigen und bekräftigen*." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 3).

Er schließt mit einer neuerlichen Bestätigung des Bekenntnisses "*zum Deutschtum*" und mit dem Appell "*die Beziehungen zum Deutschen Reich*" zu normalisieren:

"*Oesterreich hat in keinem Augenblick sein Bekenntnis zum Deutschtum verleugnet, sondern vielmehr immer danach gestrebt, seiner historischen Aufgabe Genüge zu leisten, seiner deutschen Mission im Sinne der ererbten kulturellen Verpflichtungen nachzukommen. Es wird auch in Zukunft unermüdlich in dieser Richtung tätig sein. Je durchgreifender sich die Beziehungen zum Deutschen Reich normalisieren, desto leichter muß es werden, dieser Sendung und damit dem allgemeinen Frieden zu dienen.*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 3).

Auf Seite 6 der "Neuen Freien Presse" kommen die Deutschen Pressestimmen zu Wort. Unter Berücksichtigung der Presseanweisungen, die die deutsche Presse von Goebbels persönlich bekommen hatte, ist es verständlich, dass auch hier keine kritischen Stimmen zum Juliabkommen zu finden sind. Der Korrespondent fasst zusammen, dass in den ausführlichen Kommentaren der Presse "*gleichmäßig betont wird, daß ein neuer Beitrag Deutschlands zum Frieden Europas geleistet wurde*." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 6). Der "Völkische Beobachter" hebt hervor, dass Hitler erklärt habe, er würde auf Einmischung, Annexion oder Anschluss verzichten, "*weil der Nationalsozialismus in*

seiner Poltitik keine auf Zwang beruhende Gewaltlösung schaffen wolle, sondern sich bewußt sei, daß die dauernde Befriedung Europas nur auf der Grundlage des S e l b s t b e s t i m m u n g s r e c h t e s aller Völker möglich sei." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 6). Der "Berliner Lokalanzeiger" hingegen sieht noch Arbeit, die vor den beiden Ländern liegt: "*Behutsame Hände hüben und drüben seien notwendig, und manches sei noch zu tun, ehe die letzten Hindernisse und Schwierigkeiten beiseite geräumt seien. Aber ein Anfang sei gemacht, auf dem sich weiterbauen lasse*." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 6).

Daneben druckt die "Neue Freie Presse" einen "*Depeschenwechsel zwischen Schuschnigg und Hitler.*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 6), worin Schuschnigg seiner Überzeugung Ausdruck verleiht, "*daß die Auswirkungen des Uebereinkommens Oesterreich und dem Deutschen Reich zum Nutzen und damit dem ganzen deutschen Volk zum Segen gereichen werden*." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 6), woraufhin Hitler erwidert:

> "´*(...). Ich verbinde damit den Wunsch, daß durch diese Uebereinkunft die alten, durch Rassengemeinschaft und jahrhundertelange gleiche Geschichte erwachsenen traditionellen Beziehungen wiederhergestellt werden, um damit eine weitere gemeinsame Arbeit anzubahnen zum Nutzen der beiden deutschen Staaten und zur Festigung des Friedens in Europa*.´" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 6).

Es folgen Berichte über den Reichsinnenminister Frick, der erklärt, "*Wir haben gestern bewiesen, daß wir a b s o l u t v o m F r i e d e n s w i l l e n erfüllt sind (...)*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 6) und über den ungarischen Ministerpräsident Gömbös, der das Juliabkommen als "*h i s t o r i s c h e s E r e i g n i s, das dem a l l g e m e i n e n F r i e d e n dient*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 6), bezeichnet sowie über die "*Begrüßung des Abkommens durch die Budapester Presse*." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 6). Zu den Prager Blättern schreibt die "Neue Freie Presse", sie hätten es "*mit Ruhe aufgenommen*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 6) und berichtet dann über die einzelnen Blätter, die eine "*Erleichterung*" für ganz Mitteleuropa melden und davon schreiben, dass Österreich schließlich "*auf den großen Bruder nie böse*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 6) gewesen sei. "*Es wird allenthalben mit Genugtuung erfüllen, daß dem österreichischen Standpunkt endlich von reichsdeutscher Seite Rechnung getragen werden soll*." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 6). Auch mit dem

Artikel über "*Die Aufnahme in den Bundesländern.*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 6) lässt sich eine durchwegs positive Berichterstattung zum Thema Juliabkommen konstatieren.

Auf der letzten Seite des Montagblattes platziert die "Neue Freie Presse" zwei Berichte zu weiteren Stimmen aus dem Ausland. Unter dem Titel "*London und die neue Lage in Mitteleuropa*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 8) berichtet der Korrespondent, dass das Abkommen "*von der englischen Presse als ein e n t s c h e i d e n d e r S c h r i t t z u r B e s e i t i g u n g d e r g e f ä h r l i c h e n K o n f l i k t s t o f f e in Europa begrüßt*" wird (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 8). Hier ist nach all den positiven Nachrichten erstmalig über Besorgnis zu lesen. "*Wenn sich auch in die allgemeine Zustimmung gewisse Besorgnisse mischen, ist die ganze Presse darin einig, daß wenigstens für die nächste Zeit eine b e d e u t e n d e E n t s p a n n u n g der Situation in Zentraleuropa eingetreten ist.*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 8). Der Korrespondent bringt zuerst alle positiven Pressestimmen, bevor er sich mit den kritischen Meinungen befasst. Demnach habe die "Times" Hitler "*zu seinem Schritt*" gratuliert und betont, dass

> "*das von der österreichischen Regierung freiwillig abgeschlossene Abkommen (...) M i t t e l e u r o p a s t a b i l i s i e r e n u n d b e f r i e d e n, seine wirtschaftliche Lage verbessern und den Weg für eine ständige Einigung zwischen den beiden Hauptzweigen der deutschen Rasse ebnen*" muss (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 8).

Der "Daily Telegraph" sieht das Übereinkommen als "*eine Wendung zum Guten*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 8), die "Morning Post" hingegen ist skeptisch. Laut Korrespondent bezeichnet sie

> "*den Abschluß des Paktes als die Eröffnung eines neuen Kapitels in der Geschichte der europäischen Diplomatie (...), äußert sich über die Beständigkeit des Abkommens und erklärt, daß die Situation ungemein konfus sei. Das Blatt sieht Anzeichen von Wiederholungen in anderen Ländern. Ganz allgemein würde das Abkommen die Stellung Deutschlands und Italiens stärken und jene Frankreichs schwächen. Wir müssen alle hoffen, sagt das Blatt, daß die Konsequenzen des Abkommens ein Beitrag zur Befriedung Europas sein werden, aber man kann nicht*

die Augen gegenüber der Möglichkeit schließen, daß die Konsequenzen weniger günstig sein werden." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 8).

Als letzte Zeitung zitiert der Korrespondent das Blatt "News Chronicle" und den "Daily Herald" mit den Worten, sie "*äußern sich abfällig über das Abkommen. Die Blätter erklären, es sei eine k u r z s i c h t i g e A u f f a s s u n g Deutschlands, sich rings von unfreundlichen Nachbarn umgeben zu glauben.*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 8). Die "Neue Freie Presse" lässt also auch eine kritische Auffassung über das Abkommen zu Wort kommen, diese geht jedoch in der Fülle an positiven Informationen und Reaktionen unter. Darauf folgt noch ein kurzer Bericht über "*Eine italienische Stimme*" (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 8) von der "Amtlichen Nachrichtenstelle". Sie zitiert den "Messagero", der feststellt,

"*daß alle Zweifel und Voreingenommenheiten, die irgendwo in Europa bezüglich der Absicht des Reiches hinsichtlich Oesterreichs noch vorhanden sein könnten, nunmehr behoben seien, erkenne doch das Reich die volle S o u v e r ä n i t ä t O e s t e r r e i c h s an*." (NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 8).

14. Juli 1936

Im Morgenblatt des 14. Juli titelt die "Neue Freie Presse" mit dem "*Londoner Stimmungsbild*" (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 1), in dem der Korrespondent von Gesprächen über das Abkommen im Londoner Unterhaus berichtet:

"*Daß die britische Regierung vorläufig nach außen keine Stellung beziehen will, wird in unterrichteten Kreisen darauf zurückgeführt, daß sie die ohnehin s c h w i e r i g e S i t u a t i o n v o r d e n L o c a r n o b e s p r e c h u n g e n nicht durch eine vorzeitige Deklaration ihres Standpunktes erschweren will. Die britische Regierung würde, wie von autoritativer Seite erklärt wird, gegen eine Teilnahme Deutschlands an den Locarnobesprechungen in Brüssel keinen Einwand erheben, man zieht es aber vor, d i e E n t s c h e i d u n g, o b D e u t s c h l a n d e i n g e l a d e n werden soll, F r a n k r e i c h z u ü b e r l a s s e n*." (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 1).

Der Beitrag hinterlässt den Eindruck, dass die erste Euphorie verflogen ist, die "Neue Freie Presse" nun alle Pflichtbeiträge abgearbeitet hat und sich nun wieder einer neutralen Berichterstattung mit einer realistischen Sichtweise widmen kann. Sie fährt fort:

"*Ueber die Tatsache hinaus, daß durch die Annäherung zwischen den beiden deutschsprechenden Nationen im Herzen Europas eine völlig n e u e d i p l o m a t i s c h e S i t u a t i o n geschaffen wurde, sind sich die politischen Kreise und die Presse noch in keiner Weise einig. Die Frage, nach welcher Seite nun der Schwerpunkt der deutschen diplomatischen Aktivität verlegt werden wird, steht im Mittelpunkt der Diskussion*." (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 1).

Danach führt sie weitere positive Stimmen an: "*In der C i t y wurde die Nachricht g ü n s t i g gewertet, da man auch hier dazu neigt, in ihr eine E n t s p a n n u n g d e r S i t u a t i o n i n M i t t e l e u r o p a zu erblicken*." (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 1).

Daneben bringt das Blatt einen Bericht über den neuen Staatssekretär für Äußeres, Dr. Guido Schmidt, und dessen Telegramme an den italienischen und den ungarischen Außenminister, in denen er die freundschaftlichen Beziehungen zu den Ländern bekundet. (Vgl. NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 1.)

Auf Seite vier veröffentlicht die "Neue Freie Presse" ein Telegramm des Berliner Korrespondenten, der deutsche Pressestimmen wiedergibt. Er fasst zusammen:

"*Die Berliner Presseäußerungen von heute abend nehmen mit u n e i n g e s c h r ä n k t e r G e n u g t u u n g von der Zustimmung der österreichischen Presse zu dem Abkommen Wien-Berlin Kenntnis. Ebenso werden in großer Aufmachung die zustimmenden Auslassungen aus Italien, Ungarn und Polen registriert. Nervosität wird aus Paris, Meinungsverschiedenheiten aus London und Skepsis aus Prag gemeldet*." (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 4).

Dazu zitiert er die "Deutsche Allgemeine Zeitung", die schreibt, dass der Vertragsabschluss in Paris als das "*bedeutendste politische Ereignis seit dem Weltkrieg*" bezeichnet wird, dass man sich aber einig sei, "*daß E u r o p a n u n m e h r i n z w e i T e i l e g e t e i l t s e i und daß Frankreich in einer lange nicht dagewesenen Isolierung einem Staatenblock gegenüberstehe, der vom Mittelmeer bis zur Nordsee reiche*." (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 4). Neben weiteren Meldungen beklagt der Londoner Korrespondent des "Angriff", dass "*die Verständigung Wien-Berlin zu wenig Freude in England ausgelöst habe*." (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 4). Dafür nennt er Gründe wie u.a. die englisch-italienische Spannung und die Rücksichtnahme auf Frankreich. Die "Skepsis aus Prag" kommt erst im Bericht der "Neuen Freien Presse" unter dem Titel "*Die Tschechoslowakei und der Verständigungspakt*." (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 4)

auf derselben Seite zur Sprache. Hier zitiert der Prager Korrespondent einen Artikel der "Prager Presse", die das Abkommen als eine "*beträchtliche Entspannung der internationalen Situation*" (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 4) beschreibt und es als ersten Schritt zur "*Festigung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit Oesterreichs*" ansieht (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 4). "*Es kann deshalb neben einigen Nachteilen für die Tschechoslowakei auch eine Reihe von Vorteilen zeitigen*." (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 4). Auch hier wird betont, dass die Tschechoslowakei das Abkommen "*von ihrem Standpunkt aus sachlich, ruhig und positiv*" (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 4) betrachtet und der Ansicht ist,

> "*daß Oesterreich dadurch für sich eine wertvolle Garantie gewonnen hat und daß dies auch für die Tschechoslowakei von Vorteil ist. Für die Diskussion unter den Großmächten (...) dürfte es allerdings ein Erschwernis insofern bedeuten, als sich Italien als Verhandlungspartner nunmehr freier fühlen und D e u t s c h l a n d s i c h a u f s e i n e G e s t e g e g e n ü b e r O e s t e r r e i c h als auf den Beweis seines wirklichen Willens zur Erhaltung des Friedens berufen kann.*" (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 4).

Daneben berichtet das Blatt über weitere positive Berichte aus Italien und über das offiziöse Blatt "Prawda" aus Belgrad, das den früheren Konflikt zwischen Österreich und Deutschland analysiert - mit dem Hinweis, dass eine Annäherung zu erwarten gewesen sei: "*Die Konflikte und Mißverständnisse (...), die die letzten Jahre ausfüllten, waren trotz aller Schärfe nicht von Haß und Rache erfüllt. Es handelte sich um einen leidenschaftlichen und erbitterten Kampf um die nationalen und rassischen Ideale.*" (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 4). Außerdem zitiert der Korrespondent die Belgrader "Politika", die meint: "*Durch das Abkommen wurde das bedeutendste Hindernis für ein einheitliches Auftreten des nationalsozialistischen Deutschland und des faschistischen Italien beseitigt*." (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 4).

Auf der nächsten Seite druckt die "Neue Freie Presse" unter dem Titel "*Bundeskommissär Adam über das österreichisch-deutsche Abkommen.*" (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 5) eine Darstellung Adams über die ausländische Presse und deren Reaktionen. Darin greift er die Befürchtungen und Spekulationen der Zeitungen auf und versucht sie zu zerstreuen. So geht er auf die Sorgen der französischen Presse ein, die das Abkommen als "*Schritt zu einer europäischen Blockbildung*" (NFP,

Morgenblatt, 14.7.1936: 5) sehe. Dabei verweist er auf die römischen Protokolle und stellt klar:

> "*Diese Protokolle schließen keinen anderen Staat aus, sie sollen vielmehr die Grundlage für eine Erweiterung der w i r t s c h a f t l i c h e n u n d k u l t u r e l l e n Z u s a m m e n a r b e i t in Europa abgeben. (...). Die Aufrechterhaltung eines unnatürlichen Spannungszustandes zwischen den zwei deutschen Staaten könnte doch nie als Sicherung gegen eine Blockbildung aufgefaßt werden*. " (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 5).

Die Sorgen, Österreich habe mit dem Abkommen seine Unabhängigkeit erst recht gefährdet, zerstreut Adam auf interessante Weise:

> "*Wenn solche Vermutungen etwa aus einer Betrachtung des Größenverhältnisses zwischen Oesterreich und Deutschland stammen, so müßte man ganz allgemein zu dem Fehlschluß kommen, daß es ein aufrichtiges freundnachbarliches Verhältnis zwischen einem großen und einem kleinen Staat überhaupt nicht geben könne. Oesterreich hat n i e e i n e a n t i d e u t s c h e P o l i t i k b e t r i e b e n und wird a u c h i n a l l e r Z u k u n f t n i e eine antideutsche Politik mitmachen*." (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 5).

Misstrauen zerstreut Adam mit dem Hinweis, man müsse über "*vieles, was in der Vergangenheit geschehen ist, s e e l i s c h h i n w e g k o m m e n, um v o r w ä r t s z u k o m m e n. Das ist notwendig. Auch ein Stück europäischer Optimismus ist notwendig (...)*" (NFP, Morgenblatt, 14.7.1936: 5). Dieser Artikel dient eindeutig der Beruhigung der österreichischen Bevölkerung und der Zerstreuung von Zweifeln. Es ist zu vermuten, dass die "Neue Freie Presse" aufgrund ihres offiziösen Standes dazu verpflichtet war, diesen Artikel zu drucken. Nichtsdestotrotz kann man annehmen, dass auch die "Neue Freie Presse" diese Art von Artikeln begrüßte, da sie auch ihr weiteres Erscheinen in Deutschland ebneten.

Auf der Titelseite des Abendblattes berichtet die "Neue Freie Presse" unter dem Titel "*Versöhnung Wien-Berlin und Locarno*." (NFP, Abendblatt, 14.7.1936: 1) unkommentiert darüber, dass nicht klar sei, wann die Brüsseler Besprechung der Locarno-Mächte stattfinden werde, denn der Wunsch Italiens, Deutschland dazu einzuladen, stoße auf eine starke Opposition Frankreichs. (Vgl. NFP, Abendblatt, 14.7.1936: 1.)

Der letzte Beitrag im Untersuchungszeitraum ist ein sehr kurzer Bericht auf Seite acht des Abendblattes. Unter dem Titel "*Der Zeitungsverkehr zwischen Deutschland und Oesterreich*" (NFP, Abendblatt, 14.7.1936: 8) hält sie Folgendes fest: "*Wie verlautet, werden im Zuge der Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich in jedem der beiden Länder v o r l ä u f i g f ü n f Z e i t u n g e n d e s e i n e n L a n d e s i m a n d e r e n z u g e l a s s e n w e r d e n*." (NFP, Abendblatt, 14.7.1936: 8).

7.9.3 FAZIT Analyse "Neue Freie Presse"

Betrachtet man die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" über das Juliabkommen, stellt man bei oberflächlicher Betrachtung eine rein positive Berichterstattung fest. Nach eingehender Untersuchung der einzelnen Artikel lässt sich jedoch erkennen, dass das Blatt sehr wohl auch immer wieder betont hat, dass diese Übereinkunft zwar positiv zu bewerten ist, jedoch auch Taten folgen müssen, um dem Vertrag Wirkung zu verleihen. Kritische Tendenzen sind nur sehr gering vorhanden, was möglicherweise an der offiziösen Stellung des Blattes liegt. Am 12.Juli richtet sie sich jedoch verhalten gegen die Nationalsozialisten. Sie schreibt, dass sich der Wunsch in Freundschaft zu leben, auch auf das Deutsche Reich beziehe, "*wenn auch manche Einrichtungen und Geschehnisse kein Verständnis finden konnten*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5).

Besonders oft heben die Berichte - ob Pressestimmen oder Kommentare - die nun fixierte Souveränität Österreichs hervor. Wichtige Themen sind auch die Entspannung der politischen Situation Europas, Hitlers demonstrierter Friedenswille und das Bekenntnis Österreichs zum Deutschtum. Die Artikel versuchen außerdem, mögliche Unsicherheiten sowie besorgte oder skeptische Pressestimmen mit Argumenten zu zerstreuen.

Im Untersuchungszeitraum war keine deutsche Werbung in den Ausgaben der "Neuen Freien Presse" zu finden.

Die "Neue Freie Presse" nimmt als offiziöses Blatt eine befürwortende, optimistisch abwartende Position ein, die nur verhalten Kritik zulässt. Sie untermauert ihre Position mit unzähligen Pressestimmen sowie Stimmen aus der Regierung.

7.9.4 Überblick "Österreichischer Beobachter" und das Juliabkommen

Der "Österreichische Beobachter" ist ein illegales, nationalsozialistisches Blatt. Es erschien zum ersten Mal am 4. August 1936 als Wochenzeitung und befasste sich direkt mit dem Juliabkommen: "*Ein eigenartiger Zufall fügt es, daß die Partei diese hohe Stufe der Entwicklung gerade in jenem Augenblick erreicht, in dem das Ereignis vom 11. Juli 1936 ihr zu einem Markstein wird und ihre weitere Gestaltung entscheidend zu beeinflußen verspricht*." (ÖB, 4. 8. 1936: 1).

Da das Juliabkommen bereits am 11. Juli 1936 abgeschlossen wurde, umfasst der Untersuchungszeitraum die ersten zwei Ausgaben des "Österreichischen Beobachters". Dies betrifft Folge 1, 4. August 1936 sowie die Folge 2, die nur mit "August 1936" benannt ist. Damit besteht das Untersuchungsmaterial aus vier Artikeln des "Österreichischen Beobachters", die sich mit der Thematik des Juliabkommens befassen.

7.9.4.1 Vergleich "Österreichischer Beobachter" und "Neue Freie Presse"

Unter dem Titel "*Die große Verlegenheit*!" (ÖB, 4.8.1936: 2) nimmt auch der "Österreichische Beobachter" Bezug auf das Abkommen zwischen Österreich und Deutschland am 11. Juli 1936. Im absoluten Gegensatz zur "Neuen Freien Presse" schreibt das nationalsozialistische Blatt von einer großen Überraschung, die die Unterzeichnung des Vertrages hervorrief und einer daraus folgenden Verlegenheit im Aus- und Inland:

> "*Das österreichisch-deutsche Abkommen hat im Ausland und im Inland große Verlegenheit hervorgerufen. Worauf jeder behauptete, alles schon im voraus gewußt zu haben und jeder das Ergebnis begrüßte. Wir selber müssen gestehen, wir haben eine andere Lösung erwartet und vorbereitet für Österreichs innere Fragen, (...). Das außenpolitische Ergebnis kam umso überraschender, als am Tage vorher amtlich verlautbart wurde, daß eine Fortführung der Besprechungen zwischen Wien und Berlin (...) vor Herbst nicht zu erwarten sei*." (ÖB, Folge 1, 4.8.1936: 2).

Womöglich war Hitlers Aussage vom 16. Juli 1936, die er vor österreichischen Parteigenossen äußerte, noch nicht bis zu den Redakteuren durchgedrungen. Bei diesem

Gespräch hatte Hitler die Disziplin von den österreichischen Nationalsozialisten verlangt, dass sie sich fügen und "mit allen Mitteln Politik" machen. Gleichzeitig versprach er, die österrreichischen Nationalsozialisten nicht zu verlassen. (Vgl. IMT, 1949[34]: 16f.) Die Nationalsozialisten aber wirken enttäuscht, vermuten eine Einmischung Italiens und zweifeln die Freiwilligkeit der Unterschrift an:

> "*Was sich daraufhin auf telegraphischem Wege zwischen Rom und Berlin und Rom und Wien abspielte, ist nicht bekannt geworden. Nur war einen Tag später das Abkommen zwischen Berlin und Wien unterzeichnet. Daraus kann man sich Gedanken machen, wie sehr freiwillig die Unterschrift Österreichs gegeben wurde*." (ÖB, 4.8.1936: 2).

Außerdem bezieht es der "Österreichische Beobachter" auf die "*Verlegenheit der Westmächte*", dass die Locarno-Konferenz verschoben wurde und

> "*daß das österreichische Problem, das ein Schacherobjekt für die Westmächte bei den Verhandlungen mit Deutschland sein sollte, nicht mehr existiert. Österreich zum Zentralproblem der gesamten europäischen Politik gemacht zu haben , war ja die Leistung des »weitschauenden Staatsmannes« D o l l f u ß. Durch die Feindschaft gegen das Reich wurde er der Liebling Europas*." (ÖB, 4.8.1936: 4).

Damit kann sich das NS-Blatt nicht stärker von der "Neuen Freien Presse" unterscheiden. Das offiziöse Blatt fand nur positive Worte für Dollfuß, konstatierte, dass man an seinen Reformideen unentwegt festhalten würde und druckte Pressestimmen, die seinen "Märtyrertod" in Zusammenhang mit der Unabhängigkeit Österreichs brachten. Für den "Österreichischen Beobachter" war es "*Feindschaft gegen das Reich*", wohingegen die "Neue Freie Presse" konstatierte, "*Oesterreich habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß es sich als deutscher Staat bekenne*." (vgl. NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 1f). Sie hebt das Bedürfnis hervor, "*mit allen Nachbarstaaten in Frieden und aufrichtiger Freundschaft zu leben*" (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5), was sich auch auf das Deutsche Reich beziehe. In der veröffentlichten Rundfunkrede Adams wird der Friedenswille Dollfuß´ bemüht, der danach an Schuschnigg weitergegeben worden sei. Dabei betonte Adam, dass das Abkommen keinen Kurswechsel darstelle. (Vgl. NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 1.) Der "Österreichische Beobachter" sieht das anders:

> "*Kein Kurswechsel soll vorliegen, sondern nur die Beseitigung eines Hindernisses auf der Dollfußstraße. Die Bevölkerung urteilt anders. Vor kurzer Zeit noch hatte der*

Regierungschef beim Besuch im Mühlviertel (...) sich überzeugen können von der Stimmung, als er von der ganzen Bevölkerung mit Pfuirufen empfangen und sein Wagen mit Straßenkot und Unrat beworfen wurde. Nicht weil es die Dollfußstraße weitergeht, sondern weil von der neuen diametral entgegengesetzten Seite Hilfe erwartet wird, deshalb erhält er jetzt Zustimmungskundgebungen." (ÖB, 4.8.1936: 4).

So sehr sich das Blatt gegen die österreichische Regierung wendet, so sehr begrüßt es die Annäherung an das Deutsche Reich:

"*Ohne Vorbehalt ist auch der Erfolg anzuerkennen, den der Regierungschef erzielte, indem er das Land von der scheußlichen Schande befreite, gegen die eigene Nation zu stehen. Weiteres der Erfolg, daß die in Auflösung befindliche Wirtschaft unter Mithilfe des Reiches auf eine Besserung hoffen kann*." (ÖB, 4.8.1936: 5).

Der "Österreichische Beobachter" nennt das Vorgehen im Heimatschutz "*nicht nur Verlegenheit, sondern völlige Kopflosigkeit*", die "*Akrobatik, mit der der Führerrat unter Starhembergs Vorsitz erklärte, das Abkommen zu begrüßen*" staunenerregend und er gibt die Meinung Major Feys wieder, der nicht glaubt, "*daß die österreichisch-deutsche Verständigung von langer Dauer sein wird, (...) die Situation für ungünstig*" hält und der sich für eine radikale Politik ausspricht. (ÖB, 4.8.1936: 5.)

Im Gegensatz zur "Neuen Freien Presse" nimmt der "Österreichische Beobachter" auch Bezug auf die israelitische Bevölkerung. Er meint, bei ihr ist "*der Zustand der Verlegenheit bis zur Angst gesteigert. Von Geschäftsleuten wird erklärt, das Abkommen bedeutet soviel, als ob Hitler schon da wäre*." (ÖB, 4.8.1936: 6). Natürlich entspricht es der nationalsozialistischen Propaganda, den Antisemitismus mit einzubringen. So berichtet er von Juden, die aus diesem Grund "*durch zulässige Banktransaktionen und Manipulationen das verfügbare jüdische Vermögen ins Ausland (...) transferieren. Die Ratten mit ihrem Raube verlassen das autoritäre Schiff!*" (ÖB, 4.8.1936: 6).

Wie die "Neue Freie Presse" begibt sich der "Österreichische Beobachter" in eine abwartende Position, wenn auch unter vollkommen anderen Vorzeichen. So konstatiert das Naziblatt:

"*Die bisher veröffentlichten Bedingungen des Abkommens mit dem Reich können wir nicht anders werten als goldene Brücken, die man den Verantwortlichen in Österreich bauen wollte. Solange wir aber nichts wissen von den angekündigten*

Einzelmaßnahmen, solange noch nicht die Rede ist vom deutschen Volk in Österreich, von seinen vergewaltigten und unverjährten Rechten, solange sind wir an allen Vorgängen nicht interessiert." (ÖB, 4.8.1936: 6).

Die "Neue Freie Presse" hingegen gibt sich sehr interessiert:

"*Jetzt muß die Arbeit beginnen, die Neuordnung in das Leben des Alltags zu überführen und das Kommuniqué, das die Normalisierung mitteilt, kündigt auch an, daß seitens der Regierungen beider Länder gewisse Vorbereitungen Platz greifen sollen. Von ihrem Geiste und von ihrer Auswirkung wird alles abhängen*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 2).

Das Blatt lässt jedoch auch Besorgnis durchscheinen, die beim "Österreichischen Beobachter" fehlt:

"Man muß hoffen, daß die Weisungen aus Deutschland auf die österreichische Eigenart, auf die österreichische Seele bedacht nehmen werden und daß nichts geschieht, was Reizungen hervorrufen könnte. In den religiösen und politischen Auffassungen gibt es zwischen den in Deutschland und Oesterreich verbreiteten Anschauungen gewiß manche Divergenzen, die nicht weggeleugnet werden können. eine von beiden Seiten angestrebte Verständigung hat zur Voraussetzung, daß an der österreichischen Grund- und Gemütsrichtung nicht gerüttelt wird." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 2).

Folge 2, August 1936

In Folge 2, die ohne Datum erschien, bezieht der "Österreichische Beobachter" Stellung zur im Juliabkommen vereinbarten Amnestie zahlreicher Gefangener:

"*Wir sind wahrhaftig erstaunt über das enge Format österreichischer Regierungsauffassung, die in k l e i n l i c h e r Rache die große Linie tatsächlich zerstört. Wenn man Amnestierte grundlos und willkürlich w i e d e r v e r h a f t e t, dann hat man den Boden des Abkommens zwischen D e u t s c h l a n d und Ö s t e r r e i c h e i n f a c h v e r l a s s e n und zwingt uns zur Stellungnahme. So wollen wir (...) hinweisen wer der Störenfried ist. Es ist nicht anzunehmen, daß Bundeskanzler Schuschnigg, der den Vertrag mit Adolf Hitler schloß und damit sogar Weitsicht bewies, nunmehr leichtfertig oder gar engherzig an dem großen Friedenswerk von sich aus rütteln werde. Andererseits aber ist (...) eine hemmende und störende Kraft*

zu erkennen. Wir kennen diese Kraft, denn wir wissen, daß Herr Polizeipräsident S k u b l persönlich so manche Freilassung verhinderte (...) ." (ÖB, F2, Aug.1936: 2).

Interessant ist die äußerst positive Auffassung des Blattes zum Abkommen mit dem Deutschen Reich. Es ist zu vermuten, dass der Aufruf Hitlers zu Disziplin nun durchgedrungen ist.

Die "Neue Freie Presse" berichtete im Untersuchungszeitraum ebenfalls über die geplanten Amnestien, wie von der Regierung gewünscht, als Akt der Gnade:

"*Für die nächste Zeit ist eine Amnestierung der politischen Sträflinge zu erwarten, von der jedoch die wegen gemeiner Verbrechen schuldig Erkannten ausgeschlossen sein werden. Der Gnadenakt soll ein eichen der neuen politischen Lebensformen sein, die zwischen den beiden deutschen Staaten Platz greifen, und niemand kann in ihm ein Moment der Schwäche erblicken*." (NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5).

Die Redakteure des "Österreichischen Beobachters" stehen inzwischen vollkommen hinter dem Abkommen und sie sehen sich als Nationalsozialisten dabei offenbar nicht auf der Seite Österreichs, sondern auf der des "Führers":

"*Wir Nationalsozialisten stehen auf dem Boden des Vertrages, den der Führer schloß. Wir wollen und werden sein Hüter sein. Wenn man ihn stört, dann werden wir dagegen auftreten. Wir sind jederzeit bereit, die Grundlage des Friedens zu verlassen, sind mehr denn je in der Lage einen fanatischen Kampf gegen unsere Widersacher und etwa neu erstehende Unterdrücker zu führen. (...) Also, entweder e h r l i c h e r Friede oder rücksichtsloser Kampf m i t a l l e n m ö g l i c h e n M i t t e l n bis zur Entscheidung. Das ist die Wahl*." (ÖB, F2, Aug.1936: 2f).

Auf Seite sieben veröffentlicht der "Österreichische Beobachter" noch einen kurzen Beitrag, der sich auf die öffentlichen Verlautbarungen der Regierung zum Juliabkommen bezieht, die u.a. die "Neue Freie Presse" wiedergegeben hat (vgl. NFP, Morgenblatt, 12.7.1936: 5 sowie vgl. NFP, Montagausgabe, 13.7.1936: 2). Unter dem Titel "Der Staatsvertrag vom 11. Juli" (ÖB, F2, Aug.1936: 7) schreibt er:

"*Der Staatsvertrag vom 11. Juli hat in Österreich nach anfänglicher Verlegenheit zur allgemeinen Alarmierung der Interessenten geführt. Die Klerikalen, die Heimwehrführer, die Monarchisten und die Juden, alle sehen schon Feuer am Dach. Die regierenden Herren versuchen zu beruhigen, es sei gar nichts geschehen. Außer der dringend benötigten Wirtschaftshilfe, die man vom Reiche entgegennehmen will,*

habe sich nichts geändert, das deutsche Volk in Österreich habe auch weiterhin nichts zu reden und für die Nationalsozialisten sei der Weg nach Wöllersdorf genau so weit wie früher." (ÖB, F2, Aug.1936: 7).

Auf seiner letzten Seite bezieht der "Österreichische Beobachter" klar Stellung zum Juliabkommen:

"*Unsere Stellung zum 11. Juli, das sei nochmals betont, ist wie die des Reiches eine durchaus abwartende. Nur zu verständlich sind die Freudenausbrüche in ganz Österreich beim Wiedersehen mit den Enthafteten, die für ihr Land und ihre Volksgenossen so viel Leid mannhaft ertragen haben*." (ÖB, F2, Aug.1936: 8).

7.9.5 FAZIT Vergleich "Österreichischer Beobachter" und "Neue Freie Presse"

Im Vergleich mit dem "Österreichischen Beobachter" wirkt die "Neue Freie Presse" sowohl positiver gegenüber dem Abkommen als auch gegenüber der österreichischen Regierung. Als nationalsozialistisches Blatt will der "Österreichische Beobachter" die "unverjährten Rechte" gewährt wissen, die dem "deutschen Volk in Österreich" - gemeint sind vermutlich die Nationalsozialisten - zustehen, während die "Neue Freie Presse" das Schicksal Österreichs im Blick hat und betont, dass die Nationalsozialisten auch weiterhin keinen Platz in der Legalität haben werden.

Beide Blätter befinden sich - aus unterschiedlichen Beweggründen - in einer abwartenden Position. So möchte die "Neue Freie Presse" optimistisch in die Zukunft blicken und Taten sehen, die die Achtung des Abkommens und einen freundschaftlichen Umgang zwischen Deutschland und Österreich deutlich machen. Der "Österreichische Beobachter" andererseits begibt sich, vermutlich nach Hitlers Aufforderung an die österreichischen Nationalsozialisten Ruhe zu bewahren, in die Warteposition, um die "*Politik des Reiches nicht zu stören*" (vgl. IMT, 1949[34]: 17). Außerdem wartet der "Österreichische Beobachter", wie angekündigt, auf ein Zeichen - entweder den "*ehrlichen Frieden*" oder den "*rücksichtslosen Kampf mit a l l e n m ö g l i c h e n M i t t e l n bis zur Entscheidung* " (ÖB, F2, Aug.1936: 3).

8. CONCLUSIO

Im Zuge dieser Arbeit wurde untersucht, wie die "Neue Freie Presse" in der Zwischenkriegszeit bzw. im Austrofaschismus mit Deutschland und dem österreichischen und deutschen Nationalsozialismus umgegangen ist. Eine qualitative Inhaltsanalyse der Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" über ausgewählte Ereignisse und eine umfangreiche Literaturrecherche waren Grundlage für die Datengewinnung. Zusätzlich sollte der Vergleich der Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" mit den nationalsozialistischen Blättern "Österreichischer Beobachter" (Hitlerbewegung), "Deutsche Arbeiter-Presse" (Schulzgruppe) und "Die Neue Zeitung" (erst christlichsozial, in der Illegalität aber ein verstecktes NS-Blatt) zur Klärung der Fragen beitragen.
Die leitende Forschungsfrage lautete: **Schrieb die als "Judenzeitung" bezeichnete Tageszeitung "Neue Freie Presse" damals tatsächlich neutral oder beeinflusste die finanzielle Abhängigkeit (oder Anderes) die Blattlinie in Richtung Deutschlandfreundlichkeit oder unkritische Berichterstattung über den Nationalsozialismus?**

Nach eingehender Literaturrecherche lässt sich feststellen, dass das Blatt finanzielle Schwierigkeiten hatte und sich aus diesem Grund an das Deutsche Reich annäherte, um die "Neue Freie Presse" dort verbreiten zu können - besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang Stefan von Müller, der zwischen Herbst 1932 und 1934 versuchte, die Gesundung des Blattes herbeizuführen und ab 1934 auch Chefredakteur war. Ob es noch andere Gründe für eine Annäherung des Blattes an Deutschland und für eine dementsprechende Berichterstattung gab, konnte nicht nachgewiesen werden. Direkt finanziell abhängig war das Blatt ab 1934[225], und zwar von der österreichischen Regierung - was die "Neue Freie Presse" offiziös machte.
Mit der Inhaltsanalyse konnte keine durchgehende Blattlinie der "Neuen Freien Presse" in der Zwischenkriegszeit in Richtung Nichtbeachtung der Neutralität, Deutschlandfreundlichkeit oder mediale Schonung des Nationalsozialismus

[225]Wann der Zeitpunkt war, an dem sich die Aktien der "Neuen Freien Presse" zu 100% in Regierungshänden befanden, geht aus der Literatur nicht genau hervor - vermutlich war es ab Herbst 1934 (siehe Kapitel 3.6.3).

nachgewiesen werden. Es stellte sich heraus, dass das Blatt mit jedem der untersuchten Ereignisse anders umging und offenbar je nach Thema, vielleicht nach finanzieller Lage oder Abhängigkeit – diese wurden allerdings keiner qualitativen Untersuchung unterzogen -, kritischer oder zurückhaltender berichtete. Dem Leser der "Neuen Freien Presse" in der Zwischenkriegszeit wurde vom Blatt der Eindruck eines um gute Nachbarschaft und Frieden bemühten Deutschen Reiches und einer erfolgreichen autoritären Regierung in Österreich vermittelt. Der Wunsch nach Frieden mit Deutschland und nach einem souveränen Staat Österreich sowie die Kritik am Nationalsozialismus wird in der Publikumsagenda eine maßgebliche Rolle eingenommen haben.

So bezeichnete die "Neue Freie Presse" in der Berichterstattung über die **Ausschaltung des Parlaments** am 4. März 1933 den Nationalsozialismus als Gefahr, vertrat verhalten die Position des Parlaments und suchte nach Lösungsvorschlägen für die Parlamentskrise. Die ersten Notverordnungen - besonders die Pressebestimmungen - verurteilte sie scharf. Der Vergleich der "Neuen Freien Presse" mit der "Neuen Zeitung" sowie mit der "Deutschen Arbeiter-Presse" zeigt, dass diese die Position der Regierung vertraten - letztere betont den Wunsch, dass der "Deutsche" in Dollfuß zum Vorschein kommt. In der Einstellung gegen die Nationalsozialisten Deutschlands wie Österreichs sind sich die drei Blätter einig, wobei die "Deutsche Arbeiter-Presse" das "großdeutsche Ziel" im Auge behält.

Die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" zum Thema des **Boykotts jüdischer Geschäfte** in Deutschland am 1. April 1933 verurteilt zwar den antijüdischen Boykott, bleibt in ihrer Kritik jedoch faktenbezogen, moderat und - durch ihre Verurteilung der "Greuelhetze" gegen Deutschland - deutschlandfreundlich. Eine freundliche Haltung gegenüber den Nationalsozialisten kann nicht festgestellt werden. In der "Neuen Zeitung" ist, der Blattintention entsprechend, kein Bericht zu finden, der die "Greuelhetze" gegen Deutschland verurteilt. Sie veröffentlicht ein paar negative Berichte über Deutschland aus London. Die beiden Blätter waren sich aus offenbar unterschiedlichen Motiven einig, dass Hitler keinen radikalen Standpunkt dem Boykott gegenüber eingenommen habe. Außerdem macht die "Neue Zeitung" im Gegensatz zur

"Neuen Freien Presse" keine Andeutungen, dass sie den antijüdischen Boykott missbilligen würde.

Bei der Berichterstattung zu den**Bücherverbrennungen im Deutschen Reich**, deren Höhepunkt der 10. Mai 1933 darstellte, ist eine deutlichere Haltung zum Nationalsozialismus zu erkennen. Hier betrachtet das Blatt den Nationalsozialismus insgesamt kritisch, verurteilt das Autodafé sowie die studentischen Aktionen "Wider den undeutschen Geist". Dennoch wünscht es sich eine Normalisierung der Beziehungen zu Deutschland, um "das Deutschtum" zu unterstützen. Die "Neue Zeitung" verwendet für die Beschreibung der Ereignisse im Vergleich oft sehr positiv besetzte Worte, während die "Neue Freie Presse" eher kritisch behaftete Worte nutzt und eine Distanz zu den Informationen schafft.Damit kann auch die Schlussfolgerung von Katharina Saremba (vgl. 2009: 152), wonach sich die "Neue Freie Presse" gegen die Bücherverbrennungen und die studentischen Aktionen aussprach, verifiziert werden.

Das **Verbot der nationalsozialistischen Partei** am 19. Juni 1933 führte zu einer affirmativen Berichterstattung des Blattes für die Regierung. Sie verurteilt die Methoden der Nationalsozialisten scharf und befürwortet die Entscheidung der Regierung, ein Betätigungsverbot auszusprechen. Außerdem bringt die "Neue Freie Presse" zusätzliche Lösungsvorschläge, um den Nationalsozialismus ganz aus Österreich fernzuhalten. Sie sieht Österreich zwar als Teil des deutschen Volkes, kritisiert jedoch Hitler und die deutschen Nationalsozialisten. Der Vergleich offenbart, dass die "Neue Freie Presse", die "Deutsche Arbeiter-Presse" sowie die "Die Neue Zeitung" die Gewalt- und Terrorakte verurteilen, wobei sich die "Neue Freie Presse" am deutlichsten dagegen stellt. Alle drei Blätter zeigen sich regierungskonform und befürworten das erlassene Betätigungsverbot gegen die NSDAP (Hitlerbewegung) - wenn auch aus unterschiedlichen Motiven.

Während des **Bürgerkrieges** vom 12. - 15. Februar 1934 sowie des**Verbots der sozialdemokratischen** Partei steht die "Neue Freie Presse" auf der Seite der Regierung und verurteilt die Sozialdemokraten. Der Vergleich führt zum Ergebnis, dass die "Neue Freie Presse" sowie die "Deutsche Arbeiter-Presse" für Frieden plädieren. Sie befürworten die Maßnahmen der Regierung, jedoch aus unterschiedlichen Gründen: Die "Deutsche Arbeiter-Presse" möchte die Sozialdemokratie bzw. den Marxismus

vernichtet sehen, die "Neue Freie Presse" andererseits wünscht sich, dass sich die Sozialdemokraten der Regierung unterordnen. Auch der "Österreichische Beobachter" wählt die Regierungsseite, da es für ihn nur einen Feind gibt: den Marxismus. Von Frieden ist im NS-Blatt keine Rede.

Der **Putschversuch der österreichischen Nationalsozialisten** am 25. Juli 1934 führte zu einer scharfen, kritischen Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" über die Putschisten sowie über den Mord an Bundeskanzler Dollfuß. Dem Deutschen Reich schreibt das Blatt - wenn auch sehr zurückhaltend - eine Teilschuld zu, kritisiert jedoch nur die Nationalsozialisten, die an dem Putsch beteiligt waren und vermeidet Kritik an Hitler oder der deutschen Regierung. Ihr bietet sie eine Plattform zur Rechtfertigung. Deutschlandfreundlichkeit kann dem Blatt dabei aufgrund der anderen Berichte nicht unterstellt werden. Aus dem Vergleich mit der "Deutschen Arbeiter-Presse" geht hervor, dass beide Blätter große Sympathie für den verstorbenen Bundeskanzler Dollfuß empfanden und den "Meuchelmord" an ihm aufs Schärfste verurteilten. Ebenfalls einig sind sie sich in der Annahme, Hitler hätte keinen direkten Einfluss auf das Geschehen genommen. Nur die "Deutsche Arbeiter-Presse" informiert deutlich darüber, dass die Verantwortlichen "Führer" – genannt werden namentlich Frauenfeld und Habicht - während des Angriffs in München saßen. Theodor Venus´ (vgl. 1998: 142) Behauptung, dass nicht einmal der nationalsozialistische Juliputsch ein Anlass für die "Neue Freie Presse" gewesen sei, sich klar von den Methoden der Außenpolitik Deutschlands zu distanzieren, kann zum Teil verifiziert werden, da die "Neue Freie Presse" sich tatsächlich nicht klar von Deutschland distanzierte, sondern lediglich von den aufständischen österreichischen Nationalsozialisten. Allerdings hofft sie, der Auslegung dieser Analyse nach, dass das Deutsche Reich - wenn es einen reinen, echten Nationalsozialismus darstellte - keine Meuchelmörder in ihrer Gemeinschaft behalten und die Konsequenzen daraus ziehen würde.

Die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" zur **Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland**, die am 16. März 1935 stattfand, kann im Großen und Ganzen als ausgewogen bezeichnet werden. Zwar bietet sie der Begründung der nationalsozialistischen, deutschen Regierung eine Plattform, veröffentlicht jedoch alle internationalen Reaktionen, Bedenken und Meinungen. Tendenziell verständnisvoll

gegenüber dem Deutschen Reich zeigt sich die Berichterstattung da, wo es eventuell auch österreichische Interessen zu vertreten gilt. Die Behauptung von Theodor Venus (vgl. 1998: 142f), wonach das Blatt positive Worte für die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht fand, auch wenn sie dies nicht offen zeigte, ist demnach plausibel. Der Vergleich ergibt, dass sich die "Deutsche Arbeiter-Presse" klar für die Wiedereinführung der Wehrpflicht des Deutschen Reiches ausspricht, aber dabei besonders die Möglichkeiten und Gefahrenbetont, die dieser Schritt auch für Österreich bieten kann. Die "Neue Freie Presse" ist in ihren Kommentaren dazu wesentlich zurückhaltender. Beide Blätter wünschen sich den Frieden und sehen den Beitrag Deutschlands dabei als unerlässlich an.

Über die **Nürnberger Gesetze** berichtet die "Neue Freie Presse" in ihrer Veröffentlichung am 15. September 1935 zwar verharmlosend optimistisch, in der Berichterstattung über die ersten Ausführungsbestimmung schwenkte sie jedoch in eine deutlich kritische Einstellung um. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Nürnberger Gesetze erschien keine der für diese Untersuchung gewählten Vergleichszeitungen. Jedoch lässt sich auch zu diesem Thema ein Urteil über die Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" bei Theodor Venus finden. Er konstatierte, die "Neue Freie Presse" habe die Gesetze bagatellisiert und darin die Hoffnung gesetzt, man könne die Verordnungen als "*ersten konstruktiven Versuch*" werten, "*um zu einem erträglichen Verhältnis mit dem jüdischen Volksteil zu gelangen*" (Venus, 1998: 142f). Außerdem würden für "Mischlinge" vermutlich Sonderregelungen getroffen (vgl. Venus, 1998: 142f). Diese Interpretation ist nach dem Ergebnis der Analyse nur teilweise nachvollziehbar. Auch in dieser Arbeit wird die These aufgestellt, dass die "Neue Freie Presse" Hoffnungen auf ein "*erträgliches Verhältnis*" hegte. Die Information über die Sonderregelungen stammt allerdings von einem übernommenen Text des Deutschen Dienstes und kann deshalb nicht direkt auf das Blatt bezogen werden. Ohne etwas unterstellen zu wollen, liegt die Vermutung nahe, dass Theodor Venus nur die erste Phase der Berichterstattung nach der Veröffentlichung des Gesetzes am 15. September analysierte und die Berichterstattung über die erste Verordnung des Gesetzes im November unberücksichtigt ließ, in der die "Neue Freie Presse" sehr wohl Kritik an den Gesetzen übte.

Zur Zeit des **Juliabkommens** vom 11. Juli 1936 war das Blatt eindeutig offiziös und nahm - vermutlich aus diesem Grund - eine befürwortende, optimistisch abwartende Position ein, die nur verhalten Kritik zuließ. Die "Neue Freie Presse" untermauert ihre Position mit unzähligen Pressestimmen sowie Stimmen aus der Regierung. Ihre positive Haltung gegenüber dem Abkommen könnte sich auch daraus begründen, dass sich das Blatt immer ein freundschaftliches Auskommen mit dem deutschen Nachbarn gewünscht hatte - nun sah es so aus, als würde dies verwirklicht. Im Vergleich mit dem "Österreichischen Beobachter" wirkt die "Neue Freie Presse" sowohl positiver gegenüber dem Abkommen, als auch gegenüber der österreichischen Regierung. Als nationalsozialistisches Blatt will der "Österreichische Beobachter" die "*unverjährten Rechte*" gewährt wissen, die dem "*deutschen Volk in Österreich*" zustehen, während die "Neue Freie Presse" das Schicksal Österreichs im Blick hat und betont, dass die Nationalsozialisten auch weiterhin keinen Platz in der Legalität haben werden.

Aus der Inhaltsanalyse geht hervor, dass das Blatt immer bemüht war, auch die andere Seite, die andere Meinung zu Wort kommen zu lassen. Außerdem muss betont werden, dass während der Untersuchungen häufig unklar war, wie viele Informationen die "Neue Freie Presse" zu den Ereignissen tatsächlich hatte, wie viele Informationen ihr fehlten bzw. welche sie bewusst weggelassen hat. Die vom Blatt hervorgehobenen Passagen wurden als solche im Analyseteil markiert. Die "Neue Freie Presse" hat häufig "Amtliche Mitteilungen", Texte der "politischen Korrespondenz", Rundfunkreden sowie Berichte von ausländischen Stellen (auch vom Deutschen Nachrichten-Büro) übernommen. Diese hat sie stets gekennzeichnet. Im Vergleich mit der "Neuen Zeitung" fielen mehrmals Artikel auf, die in beiden Blättern im selben Wortlaut gedruckt wurden.

Die Fragen nach dem Umgang der "Neuen Freien Presse" mit Deutschland und dem Nationalsozialismus in ihren Kommentaren sowie nach einer Begründung für eine negative/neutrale/positive Berichterstattung des Blattes wurden in der Analyse im Detail beantwortet. Sehr geringfügig war auch Werbung aus Deutschland im Beobachtungszeitraum zu finden und zwar dreimal das Hotel Schwarzer Bock aus Wiesbaden - aus dieser Feststellung lässt sich keine wirtschaftliche Abhängigkeit ableiten.

Berichte oder Informationen über Verstöße des Blattes gegen das Pressegesetz ("Vorzensur") konnten weder in der Literatur noch während der Analyse gefunden werden. Nur im Deutschen Reich gab es mehrmals Probleme mit der Veröffentlichung des Blattes - die Anforderungen an das Blatt wurden allerdings gelockert als man eine antideutsche Berichterstattung befürchtete, wenn die "Neue Freie Presse" ihr Erscheinen in Deutschland einstellt (vgl. Dt. Gesandtschaft, 5.4.1934[226], zit. nach Steinberger, 1990: 104.). Dies bestärkt die Vermutung, dass sich das Blatt tatsächlich - wie Wandruszka (1958: 146) formulierte - "*Beschränkungen auferlegen*" musste, um ihr Weiterleben zu sichern. Eine andere Möglichkeit der Begründung dafür, dass die "Neue Freie Presse" als einziges österreichisches Blatt während der Zwischenkriegszeit durchgehend im Deutschen Reich erscheinen durfte (vgl. Steinberger, 1990: 106f), wäre die Fürsprache der deutschen Gesandtschaft. Dass dennoch in der Analyse teilweise eine deutsch-kritische Berichterstattung festgestellt werden konnte, lässt sich am ehesten über den Text der Deutschen Gesandtschaft an das Auswärtige Amt aus dem Jahr 1934 verstehen:

> "*Wenn die "Neue Freie Presse" manchmal Meldungen und Berichte bringt, deren Inhalt mit dieser Richtung nicht in Einklang zu bringen ist, so ist dies auf die (...) Pflichtmeldungen, die von allen Blättern (...) gebracht werden müssen, zurückzuführen, um nicht straffällig zu werden. Andererseits bringt aber die "Neue Freie Presse", da sie immerhin weniger unter so scharfer Beobachtung steht, (...) häufig im Gegensatz zu anderen Blättern der Wirklichkeit entsprechende Meldungen aus und über Deutschland (...)*." (Dt. Gesandtschaft, 27.6.1934[227] zit nach Steinberger, 1990: 109).

Das Blatt genoss also den Schutz der Deutschen Gesandtschaft und konnte vermutlich so das weitere Erscheinen im Deutschen Reich sichern.

Versucht man unter Berücksichtigung, dass keine einheitliche Blattlinie der "Neuen Freien Presse" in der Zwischenkriegszeit festgestellt werden konnte, mit allen gesammelten Informationen eine allgemeingültige Aussage zu treffen, kann festgehalten

---

[226] Dt. Gesandtschaft an AA Berlin, 5. April 1934. In AA Bonn, Presseabteilung, Österreich 7, Bd. 2. Abschrift in Besitz von Dr. Klaus Amann; und Gestapo an AA Berlin. In: Bundesarchiv Koblenz R 58/784.
[227] Dt. Gesandtschaft an AA, 27. Juni 1934. In: Bundesarchiv Koblenz, R 58/784 (Hauptsicherheitsamt).

werden: **Die "Neue Freie Presse" berichtet in der Zwischenkriegszeit öfter positiv als negativ über die deutsche Regierung, jedoch großteils kritisch über die österreichischen und deutschen Nationalsozialisten. Der österreichischen Regierung und dem "Deutschtum" steht das Blatt hauptsächlich befürwortend gegenüber**.

9. Literaturverzeichnis

Ackerl, Isabella (1967): Die Großdeutsche Volkspartei 1920 - 1934. Versuch einer Parteigeschichte. Wien: Phil. Diss.

Ackerl, Isabella (1975): Das Kampfbündnis der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mit der Großdeutschen Volkspartei vom 15. Mai 1933. In: Jedlicka, Ludwig (Hrsg.) (1975): Das Jahr 1934: 25. Juli. Protokoll des Symposiums in Wien am 8. Oktober 1974. Wien: Verl. für Geschichte und Politik. S. 21-35.

Ackerl, Isabella (Hrsg.) (1981): Politik und Gesellschaft im Alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag. Wien: Verlag für Geschichte und Politik. München: Oldenbourg.

Becker, Josef u. Ruth (Hrsg.) (1992): Hitlers Machtergreifung. Dokumente vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegelung des Einparteienstaates 14. Juli 1933. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Benedikt, Heinrich (Hrsg.) (1977): Geschichte der Republik Österreich. Unveränd. reprograf. Nachdr. d. Ausg. 1954. München: Oldenbourg. Wien: Verlag für Geschichte und Politik.

Benz, Wolfgang (Hrsg.)/ Dahm, Volker (1993): Die Juden in Deutschland 1933 - 1945. Leben unter Nationalsozialistischer Herrschaft. 3., durchgesehene Auflage. München: Beck.

Benz, Wolfgang (2011): Nürnberger Gesetze. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.) (2011): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 4. Ereignisse, Dekrete, Kontroversen. Berlin/Boston: Walter de Gruyter. S. 257 - 258.

Benz, Wolfgang (Hrsg.) (2011): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 4. Ereignisse, Dekrete, Kontroversen. Berlin/Boston: Walter de Gruyter.

Beutl, Bernd (2001[a]): Zäsuren und Strukturen des Nationalsozialismus in der Ersten Republik. In: Duchkowitsch, Wolfgang (Hrsg.)/ Beutl, Bernd/ Hefner, Claudia/ Monschein, Wolfgang/ Randl, Fritz. (2001): Die österreichische NS-Presse 1918-1933. Bestandsaufnahme und Dokumentation. Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Neuere Österreichische Kommunikationsgeschichte. Band 2. Wien: Literas-Univ. Verl. S. 20-47.

Beutl, Bernd (2001[b]): Die NS-Presse der Ersten Republik - Drei Phasen ihrer Entwicklung und Transformation. In: Duchkowitsch, Wolfgang (Hrsg.)/ Beutl, Bernd/ Hefner, Claudia/ Monschein, Wolfgang/ Randl, Fritz. (2001): Die österreichische NS-Presse 1918-1933. Bestandsaufnahme und Dokumentation. Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Neuere Österreichische Kommunikationsgeschichte Band 2. Wien: Literas-Univ. Verl. S. 48-100.

Beutl, Bernd/ Hefner, Claudia/ Monschein, Wolfgang/ Randl, Fritz (2001): Dokumentation der NS-Presse der Ersten Republik. In: Duchkowitsch, Wolfgang (Hrsg.)/ Beutl, Bernd/ Hefner, Claudia/ Monschein, Wolfgang/ Randl, Fritz. (2001): Die österreichische NS-Presse 1918-1933. Bestandsaufnahme und Dokumentation. Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Neuere Österreichische Kommunikationsgeschichte Band 2. Wien: Literas-Univ. Verl.

Bohrmann, Hans (Hrsg.)/ Toepser-Ziegert, Gabriele (Bearb.) (1987): NS - Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Bd. 3/II: 1935. München/London/New York/Oxford/Paris: K.G. Saur.

Botz, Gerhard (1976): Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934. München: Wilhelm Fink Verlag.

Botz, Gerhard, (1981): Strukturwandlungen des österreichischen Nationalsozialismus (1904 - 1945). In: Ackerl, Isabella (Hrsg.) (1981): Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag. Wien: Verlag für Geschichte und Politik. München: Oldenbourg. S. 163-193.

Botz, Gerhard (1983): Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 - 1938. München: Wilhelm Fink Verlag.

Brandstötter, Rudolf (1969): Dr. Walter Riehl und die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich. Wien: Diss.

Broucek, Peter (1983). Heerwesen. In: Weinzierl, Erika/ Skalnik Kurt (Hrsg.) (1983): Österreich 1918 - 1938: Geschichte der 1. Republik. Band 1. Graz/Wien/Köln: Verlag Styria. S.209-224.

Burkart, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umrisse einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wien/ Köln/ Weimar: Böhlau.

Carsten, Francis L. (1977): Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler. München: Wilhelm Fink Verlag.

Ciller, Alois (1932): Vorläufer des Nationalsozialismus. Geschichte und Entwicklung der nationalen Arbeiterbewegung im deutschen Grenzland. Wien: Ertl Verlag.

Csoklich, Fritz (1983): Presse und Rundfunk. In: Weinzierl, Erika/ Skalnik, Kurt (Hrsg.): Österreich 1918 - 1938: Geschichte der Ersten Republik. Band 2. Graz/Wien/Köln: Verlag Styria. S. 715-730.

Drentwett, Christine (2009): Vom Nachrichtenvermittler zum Nachrichtenthema. Metaberichterstattung bei Medienereignissen. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Diamant, Alfred (1960): Austrian Catholics and the First Austrian Republic: Democracy, Capitalism and the Social Order. 1918 - 1934. Princeton, N.J.: Princeton University Press.

Duchkowitsch, Wolfgang (1995): Das unfreie "Haus der Presse" - Zensur im "Ständestaat". In: Weinzierl, Erika/ Rathkolb, Oliver/ Ardelt, Rudolf G./ Mattl, Siegfried (Hrsg.) (1995): Justiz und Zeitgeschichte. Symposionsbeiträge 1976-1993. Bd. 2. Wien. S. 565-573.

Duchkowitsch, Wolfgang (Hrsg.)/ Beutl, Bernd/ Hefner, Claudia/ Monschein, Wolfgang/ Randl, Fritz. (2001): Die österreichische NS-Presse 1918-1933. Bestandsaufnahme und Dokumentation. Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Neuere Österreichische Kommunikationsgeschichte Band 2. Wien: Literas-Univ. Verl.

Duchkowitsch, Wolfgang (2005): Umgang mit "Schädlingen" und "schädlichen Auswüchsen". Zur Auslöschung der freien Medienstruktur im "Ständestaat". In: Tálos Emmerich/ Neugebauer Wolfgang (Hg.) (2005): Austrofaschismus. Politik - Ökonomie - Kultur. 1933 - 1938. 5., völlig überarbeitete und ergänzte Auflage. Wien: LIT Verlag. S.358-370.

Dusek, Peter/ Pelinka, Anton/ Weinzierl, Erika (1995): Zeitgeschichte im Aufriß. Österreich seit 1918. 50 Jahre Zweite Republik. 4. ergänzte Auflage. Wien: J&V/Edition Wien/Dachs Verlag.

Eichstädt, Ulrich (1955): Von Dollfuß zu Hitler: Geschichte des Anschlusses Österreichs. 1933 - 1938. Wiesbaden: Steiner.

Etz, Franz (1987): Karl Renner und der Anschluss 1918-1919. Diplomarbeit: Wien.

Fellner, Fritz (Hrsg.) (1977): Saint-Germain, im Sommer 1919: die Briefe Franz Kleins aus der Zeit seiner Mitwirkung in der österreichischen Friedensdelegation. Mai - August 1919. Salzburg: Neugebauer.

Fischer, Heinz-Dietrich (1966): Die großen Zeitungen. Portraits der Weltpresse. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Friedländer, Saul (1998): Das Dritte Reich und die Juden. Band 1. Die Jahre der Verfolgung: 1933 - 1939. Aus dem Engl. übers. von Martin Pfeiffer. München: Beck.

Funder, Friedrich (1953): Vom Gestern ins Heute: aus dem Kaiserreich in die Republik. 2. Auflage. Wien: Herold.

Goldinger, Walter (1977): Der Geschichtliche Ablauf der Ereignisse in Österreich von 1918 bis 1945. In: Benedikt, Heinrich (Hrsg.) (1977): Geschichte der Republik Österreich. Unveränd. reprograf. Nachdr. d. Ausg. 1954. München: Oldenbourg. Wien: Verlag für Geschichte und Politik. S. 15-288.

Goldinger, Walter/ Binder, Dieter A. (1992): Geschichte der Republik Österreich 1918-1938. Wien: Verlag für Geschichte und Politik. München: Oldenbourg.

Gulick, Charles A. (1948[2]): Österreich von Habsburg zu Hitler. Band 2. Wien: Danubia Verlag.

Gulick, Charles A. (1948[3]): Österreich von Habsburg zu Hitler. Band 3. Wien: Danubia Verlag.

Gulick, Charles A. (1948[4]): Österreich von Habsburg zu Hitler. Band 4. Wien: Danubia Verlag.

Gulick, Charles A. (1976): Österreich von Habsburg zu Hitler. Wien: Forum Verlag.

Guratzsch, Dankwart (1974): Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums. Düsseldorf: Bertelsmann.

Hamann, Brigitte (1996): Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators. München/Zürich: Piper.

Hartlieb, Wladimir von (1939): Parole: Das Reich: eine historische Darstellung der politischen Entwicklung in Österreich von März 1933 bis März 1938. Wien/Leipzig: Adolf Luser Verlag.

Herrmann, Wilhelm (1938): Die Geschichte der ALA. Eine zeitungswissenschaftiche Studie. Frankfurt am Main: Verlag Moritz Diesterweg.

Heyen, Franz Josef (1967): Nationalsozialismus im Alltag. Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz-Koblenz-Trier. Boppard am Rhein: Harald Boldt Verlag.

Hofmann, Josef (1965): Der Pfrimer-Putsch: Der steirische Heimwehrprozeß des Jahres 1931. Wien/Graz: Stiasny Verlag.

Hübener, Karl-Ludolf (1969): Illegale österreichische Presse von 1933 - 1938. Wien: Diss.

Huebmer, Hans (1949): Österreich 1933 - 1938. Der Abwehrkampf eines Volkes. Wien: Österr.Verl.

Huemer, Peter (1975): Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich. Eine historisch-politische Studie. Wien: Verlag für Geschichte und Politik.

Jagschitz, Gerhard (1976): Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich. Graz/ Wien/ Köln: Verlag Styria.

Jagschitz, Gerhard (1983): Die Presse in Österreich von 1918-1945. In Pürer, Heinz/ Lang, Helmut Walter/ Duchkowitsch, Wolfgang (Hrsg.) (1983): Die Österreichische Tagespresse: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Eine Dokumentation von Vorträgen des Symposions "200 Jahre Tageszeitung in Österreich". Salzburg: Kuratorium für Journalistenausbildung. S. 42-82.

Jagschitz, Gerhard (1990): Die österreichischen Nationalsozialisten. In: Stourzh, Gerald/ Zaar, Brigitta (Hrsg.) (1990): Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des "Anschlusses" vom März 1938. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. S. 229-269.

Jedlicka, Ludwig (Hrsg.) (1975): Das Jahr 1934: 25. Juli. Protokoll des Symposiums in Wien am 8. Oktober 1974. Wien: Verl. für Geschichte und Politik.

Jedlicka, Ludwig (Hrsg.) (1977): Das Juliabkommen von 1936: Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976. Wien: Verl. für Geschichte u. Politik.

Jung, Rudolf (1922): Der Nationale Sozialismus. Seine Grundlagen, sein Werdegang und seine Ziele. Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage. München: Deutscher Volksverlag, Dr. E. Boepple.

Kainz, Julius/ Unterberger, Andreas (Hrsg.) (1998): Ein Stück Österreich. 150 Jahre "Die Presse". Wien: Holzhausen.

Kerekes, Lajos (1979): Von St. Germain bis Genf. Österreich und seine Nachbarn 1918 - 1922. Wien/ Köln/ Graz: Verlag Hermann Böhlaus Nachf.

Koop, Volker (2014): »Wer Jude ist, bestimme ich«. »Ehrenarier« im Nationalsozialismus. Köln/ Weimar/ Wien: Böhlau Verlag.

Königseder, Angelika (2011): Boykott-Tag, 1. April 1933. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 4. Ereignisse, Dekrete, Kontroversen. Berlin/Boston: Walter de Gruyter. S. 61.

Ludwig, Eduard (1937[a]): Der ständische Aufbau der österreichischen Presse. Sonderdruck aus der Wiener Wirtschaftswoche vom 28. April 1937. Wien.

Ludwig, Eduard (1937[b]): Moderne Zeitungswissenschaft. Sonderdruck aus der Wiener Wirtschaftswoche vom 24. Februar 1937. Wien.

Luža, Radomir (1977): Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Engl. Ausgabe: Austro-German Relations in the Anschluss Era. Princeton-London 1975. Wien/ Köln/ Graz: Böhlau.

Meier, Klaus (2007): Journalistik. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Melischek, Gabriele/ Seethaler, Josef (Hrsg.) (1992): Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation. Bd. 3: 1918 - 1938. Frankfurt am Main/ Berlin/ Bern/ New York/ Paris/ Wien: Lang.

Meysels, Theodor F. (1998): Die Redaktion der *Neuen Freien Presse* wird gleichgeschaltet. Tagebuch 13. März 1938. In: Kainz, Julius/ Unterberger, Andreas (Hrsg.) (1998): Ein Stück Österreich. 150 Jahre "Die Presse". Wien: Holzhausen. S. 150-153.

Mikoletzky, Hanns Leo (1962): Österreichische Zeitgeschichte. Vom Ende der Monarchie bis zum Abschluss des Staatsvertrages 1955. Wien/ München: Österreichischer Bundesverlag.

Mitterbauer, Johanna (1992): Das Bild Deutschlands in österreichischen Tageszeitungen zwischen 1933 und 1938. Am Beispiel der Neuen Freien Presse, Arbeiter Zeitung und Roten Fahne. Wien: Dipl. Arb.

Neck, Rudolf (Hrsg.) (1968): Österreich im Jahre 1918. Berichte und Dokumente. Wien: Verlag für Geschichte und Politik.

Pauley, Bruce F. (1972): Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918 - 1934. Wien/ München/ Zürich: Europa Verlag.

Pauley, Bruce F. (1988): Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich. Vom Autor revidierte und ergänzte Ausgabe. Wien: Österreichischer Bundesverlag. Titel der Originalausgabe: Hitler and the Forgotten Nazis: A History of Austrian National Socialism. Chapel Hill: The University of North Carolina Press.

Paupié, Kurt (1960): Handbuch der Österreichischen Pressegeschichte 1848-1959. Band I: Wien. Wien/ Stuttgart: Braumüller.

Paupié, Kurt (1962):Das Pressewesen in Österreich 1918 - 1938. In: Österreich in Geschichte und Literatur Jg.6. Folge 4. April 1962. S. 166-173.

Pätzold, Kurt (Hrsg.) (1984): Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 - 1942. 2. Auflage. Stuttgart: Reclam.

Piper, Ernst (2012): Nationalsozialismus. Seine Geschichte von 1919 bis heute. Münster/ Berlin: Prospero Verlag.

Pürer, Heinz/ Lang, Helmut Walter/ Duchkowitsch, Wolfgang (Hrsg.) (1983): Die Österreichische Tagespresse: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Eine Dokumentation von Vorträgen des Symposions "200 Jahre Tageszeitung in Österreich". Salzburg: Kuratorium für Journalistenausbildung.

Raisp, Egon (1952): Die Wiener Tagespresse. 1848 - 1950. Versuch einer Typologie. Wien: Diss.

Riehl, Walter (1934): Dr. Riehl über Veröffentlichung des "Tiroler Anzeigers". In: Deutsche Arbeiter-Presse. 26. Jahrgang. 28.9.1934. S. 1.

Rintelen, Anton (1941): Erinnerungen an Österreichs Weg: Versailles, Berchtesgaden, Großdeutschland. 2. Auflage. München: Bruckmann.

Saremba, Katharina (2009): ´Wider den undeutschen Geist‘. Bücherverbrennungen im ´Dritten Reich’ und ihre Berichterstattung in den österreichischen Medien. Wien: Dipl. Arb.

Sänger, Fritz (1975): Politik der Täuschungen. Mißbrauch der Presse im Dritten Reich. Weisungen, Informationen, Notizen. 1933 - 1939. Wien: Europaverlag.

Schausberger, Norbert (1979): Der Griff nach Österreich. Der Anschluß. 2. Auflage. Wien/ München: Jugend und Volk.

Schenk, Michael (2007): Medienwirkungsforschung. 3. vollst. überarb. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.

Schirra, Rainer (1961): Die öffentliche Meinung und das Juliabkommen 1936: seine publizistischen und politischen Folgen unter besonderer Brücksichtigung der Rolle Dr. Guido Schmidts. Wien: Diss.

Schnell, Rainer/ Hill, Paul B./ Esser, Elke (2008): Methoden der empirischen Sozialforschung. 8. Auflage. München: Oldenbourg Verlag.

Schilling, Alexander (1933): Dr. Walter Riehl und die Geschichte des Nationalsozialismus. Mit einem Anhang: Hitler in Österreich. Leipzig: Forum Verlag.

Schopper, Hanns (1942): Presse im Kampf. Geschichte der Presse während der Kampfjahre der NSDAP. (1933 - 1938) in Österreich. Brünn/ Wien/ Leipzig: Rudolf M. Rohrer Verlag.

Schuschnigg, Kurt (1969): Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlussidee. 1. Auflage. Wien/ München/ Zürich: Verlag Fritz Molden.

Skalnik, Kurt (1964): Die österreichische Presse. Vorgestern-Gestern-Heute. Wien: Bergland Verlag.

Spann, Gustav (1977): Die illegale Flugschriftenpropaganda der österreichischen NSDAP vom Juliputsch 1934 bis zum Juliabkommen 1936. In: Jedlicka, Ludwig (Hrsg.) (1977): Das Juliabkommen von 1936: Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976. Wien: Verl. für Geschichte u. Politik. S. 188-197.

Spielhofer, Elisabeth (1992): "Der Pressefreiheit würdige Grenzen ziehen ...": Theorie und Praxis der Pressepolitik im österreichischen Ständestaat (1933 - 1938) unter Berücksichtigung der deutsch-österreichischen Presseabkommen. Wien: Dipl.-Arb.

Starhemberg, Ernst Rüdiger (1971): Memoiren. Wien/ München: Amalthea Verlag.

Staudinger, Anton (1983): Christlichsoziale Partei. In: Weinzierl, Erika/ Skalnik Kurt (1983): Österreich 1918 - 1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd.1. Graz/ Wien/ Köln: Verlag Styria.

Stein, Peter (1987): Die NS-Gaupresse 1925-1933. Forschungsbericht - Quellenkritik - neue Bestandsaufnahme. Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung. Bd. 42. München/ New York/ London/ Oxford/ Paris.

Steinberger, Gerda (1990): Vernichtung, Vertreibung, Anpassung und Aufstieg von Journalisten im "Ständestaat" und im "Dritten Reich". Eine Analyse am Beispiel der "Neuen Freien Presse" (1933 - 1939). 2 Bände. Wien: Dipl. Arb.

Stourzh, Gerald/ Zaar, Brigitta (Hrsg.) (1990): Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des "Anschlusses" vom März 1938. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Strigl, Mario (2000): Vom Legitimismus zum Nationalsozialismus. Die Frontkämpfervereinigung in Österreich. Wien: Diplomarbeit.

Stuhlpfarrer, Karl (2005): Austrofaschistische Außenpolitik - ihre Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen. In: Tálos Emmerich/ Neugebauer Wolfgang (Hrsg.): Austrofaschismus. Politik - Ökonomie - Kultur. 1933 - 1938. 5., völlig überarbeitete und ergänzte Auflage. Wien: LIT Verlag. S. 322-337.

Tálos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hrsg.) (2005): Austrofaschismus. Politik - Ökonomie - Kultur. 1933 - 1938. 5., völlig überarbeitete und ergänzte Auflage. Wien: LIT Verlag.

Tálos, Emmerich/ Manoschek, Walter (2005): Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus. In: Tálos, Emmerich/ Neugebauer, Wolfgang (Hrsg.) (2005): Austrofaschismus. Politik - Ökonomie - Kultur. 1933 - 1938. 5., völlig überarbeitete und ergänzte Auflage. Wien: LIT Verlag. S.6-25.

Thamer, Hans-Ulrich (1994): Verführung und Gewalt. Deutschland 1933 - 1945. Sonderausgabe in der Sammlung Siedler. Für die Sammlung Siedler durchgesehene und auf den neuen Stand gebrachte Ausgabe. Berlin: Wolf Jobst Siedler Verlag.

Treß, Werner (2011): Bücherverbrennungen 1933. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.) (2011): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 4. Ereignisse, Dekrete, Kontroversen. Berlin/ Boston: Walter de Gruyter. S. 67-71.

Venus, Theodor (1998): Die dunklen Jahre. Österreichs Ende und das Ende der "Neuen Freien Presse. In: Kainz, Julius/ Unterberger, Andreas (Hrsg.) (1998): Ein Stück Österreich. 150 Jahre "Die Presse". Wien: Holzhausen. S. 136-149.

Verosta, Stephan (1983): Die österreichische Außenpolitik 1918-1938 im europäischen Staatensystem 1914-1955. In: Weinzierl, Erika/ Skalnik Kurt (Hrsg.) (1983): Österreich 1918 - 1938: Geschichte der 1. Republik. Band 1. Graz/Wien/Köln: Verlag Styria. S. 107-146.

Vocelka, Karl (2002): Geschichte Österreichs. Kultur - Gesellschaft - Politik. 7. Auflage. München: Wilhelm Heyne Verlag.

Volsansky, Gabriele (2001): Pakt auf Zeit: das deutsch-österreichische Juli-Abkommen 1936. Wien: Böhlau.

Wandruszka, Adam (1958): Geschichte einer Zeitung. Das Schicksal der "PRESSE" und der "NEUEN FREIEN PRESSE" von 1848 zur Zweiten Republik. Wien: Neue Wiener Presse Druck- und VerlagsgesmbH.

Wandruszka, Adam (1977): Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: Benedikt, Heinrich (Hrsg.) (1977): Geschichte der Republik Österreich. Unveränd. reprograf. Nachdr. d. Ausg. 1954. München: Oldenbourg. Wien: Verlag für Geschichte und Politik. S. 289-485.

Weinzierl, Erika/ Skalnik, Kurt (Hrsg.) (1983): Österreich 1918 - 1938: Geschichte der 1. Republik. 2 Bände. Graz/Wien/Köln: Verlag Styria.

Weinzierl, Erika/ Rathkolb, Oliver/ Ardelt, Rudolf G./ Mattl, Siegfried (Hrsg.) (1995): Justiz und Zeitgeschichte. Symposionsbeiträge 1976-1993. Bd. 2. Wien: Verlag Jugend und Volk.

Weinzierl, Erika (1995): Zeitgeschichte im Überblick. In: Dusek, Peter/ Pelinka, Anton/ Weinzierl, Erika (1995): Zeitgeschichte im Aufriß. Österreich seit 1918. 50 Jahre Zweite Republik. 4. ergänzte Auflage. Wien: J&V/ Edition Wien/ Dachs Verlag.

Weissensteiner, Friedrich (1989): In der Hörlgasse schoß die Polizei scharf. Der Putschversuch des Jahres 1919 in Wien. In: Geschichte, Das Magazin für Kultur und Geschichte. Jg. 15. Nr. 90. September 1989. S. 6-13.

Wendt, Bernd Jürgen (1995): Deutschland 1933 - 1945: Das "Dritte Reich". Handbuch zur Geschichte. Hannover: Fackelträger.

Whiteside, Andrew (1981): Georg Ritter von Schönerer: Alldeutschland und sein Prophet. Originaltitel: The socialism of fools. Graz/ Wien: Styria.

Wisshaupt, Walter (1950): Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch: 1933 - 1945. Wien: Diss.

Wladika, Michael (2005): Hitlers Vätergeneration: Die Ursprünge des Nationalsozialismus der k.u.k. Monarchie. Wien/ Köln/ Weimar: Böhlau.

Zöllner, Erich (1990): Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 8. Auflage. Wien: Verlag für Geschichte und Politik. München: Oldenbourg Verlag.

9.1 Gedruckte Quellen

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 - 1945 (1950): Serie D: 1937 - 1945. Band 1. Baden-Baden: Imprimerie Nationale.

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 - 1945 (1968): Serie B: 1925 - 1933. Band III. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht (1947): Die gerichtlichen Protokolle mit den Zeugenaussagen, unveröffentlichten Dokumenten, sämtlichen Geheimbriefen und Geheimakten. Wien: Verl. der Österr. Staatsdr.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (1949[26]) . 42 Bände. XXVI. Dokument 812-PS. Nürnberg.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (1949[28]) . 42 Bände. XXVIII. Dokument 1760-PS. Nürnberg.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (1949[30]). 42 Bände. XXX. Dokument 2247-PS. Nürnberg.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (1949[34]) . 42 Bände. XXXIV. Dokument 4005-PS. Nürnberg.

9.2 Internetquellen

Austria-Forum (25.3.2016): Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreichs, AEIOU. In: Austria-Forum, das Wissensnetz:

https://austria-forum.org/af/AEIOU/Frontkämpfervereinigung_Deutsch-Österreichs. (6.3.2018).

Brüning, Franziska (22.8.2012, 13.11 Uhr): Symbol für den Terror der Nazis. In: http://www.sueddeutsche.de/muenchen/foto-fuer-ns-dokuzentrum-symbol-fuer-den-terror-der-nazis-1.1441148. (6.3.2018)

Burmeister, Frauke (o.J.): Historie der Oper Frankfurt von 1700 bis heute. In: http://www.oper-frankfurt.de/de/tickets-service/historie/. (6.3.2018)

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) (o.J.): Der Weg zum »Anschluss«: Österreich 1918 - 1938. 1933. http://ausstellung.de.doew.at/m9sm101.html. (5.3.2018).

Marx, Bruni (o.J.): Die Geschichte der Städtischen Bühnen Frankfurt. In: http://www.buehnen-frankfurt.de/das-haus/die-geschichte-der-staedtischen-buehnen-frankfurt/. (6.3.2018).

Opitz, Kathrin/ Sohns, Katrin (2. 2008[a]): Die 12 Thesen "Wider den undeutschen Geist". In: http://www.buecherverbrennung33.de/zwoelfthesen_2.html. (05.3.2018).

Opitz, Kathrin/ Sohns, Katrin (2. 2008[b]): Die Feuersprüche. In: http://www.buecherverbrennung33.de/feuersprueche.html. (5.03.2018).

Schmalz, Eric (o.J.): The Story of Dr. Michael Siegel. In: History Unfolded. US Newspapers and the Holocaust. https://newspapers.ushmm.org/blog/2017/12/19/dr-siegel/. (6.3.2018).

Siwiarchiv (16.1.2012): "AUS!" Wie Fritz Busch am 7. März 1933 aus Dresden vertrieben wurde... In: http://www.siwiarchiv.de/?p=52. (6.3.2018).

Wichmann, Manfred (2013): Samstag, 1. April 1933. Laufzettel für Erich Simenauer mit dem Vermerk »Nicht misshandeln«. Online-Projekt des Jüdischen Museums Berlin »1933. Der Anfang vom Ende des deutschen Judentums«. In: https://www.jmberlin.de/1933/de/04_01_laufzettel-fur-erich-simenauer-mit-dem-vermerk-nicht-misshandeln.php. (6.3.2018).

Österreichische Nationalbibliothek (ONB/DNZ) (o. J.): Neue Zeitung. Details. In: http://data.onb.ac.at/rec/AC02856358. (6.3.2018).

Österreichische Nationalbibliothek (ONB/DAP) (o. J.): Deutsche Arbeiter-Presse. Details. In: http://data.onb.ac.at/rec/AC02880423. (6.3.2018).

9.3 Gesetzesblätter

Bundesgesetzblatt 218, 7.4. 1922

Bundesgesetzblatt 41, 7.3.1933

Bundesgesetzblatt 120, 10.4.1933

Bundesgesetzblatt 155, 26.4.1933

Bundesgesetzblatt 217, 10.6.1933

Bundesgesetzblatt 282, 5.6.1933

Bundesgesetzblatt 240, 20.6.1933

Bundesgesetzblatt 323, 21.7.1933

Bundesgesetzblatt 472, 12.10.1933

Bundesgesetzblatt 50, 26.1.1934

Bundesgesetzblatt 51, 26.1.1934

Bundesgesetzblatt 78, 13.2.1934

Bundesgesetzblatt 239, 30.4.1934

Bundesgesetzblatt 1, 1.5.1934

Bundesgesetzblatt 340, 7.11.1934

Bundesgesetzblatt 11, 14.1.1935

Bundesgesetzblatt 33, 31.1.1935

Bundesgesetzblatt 174, 15.5.1935

Bundesgesetzblatt 51, 26.2.1938

Deutsches Reichsgesetzblatt, 15.9.1935, S. 1146.

Deutsches Reichsgesetzblatt 14.11.1935, S. 1333.

9.4 Zeitungen und Periodika

Arbeiter-Zeitung, 15.7.1927, Jg. 40, Nr. 193

Arbeiter-Zeitung, 14.4.1933, Jg. 46, Nr. 103

Deutsche Arbeiter-Presse, 3.7.1933, Jg. 25, Folge 12

Die Neue Zeitung, 29.3.1933, Jg. 26, Nr. 88

Neue Freie Presse, Morgenblatt, 05.3.1933, Nr. 24597

Neue Freie Presse, Morgenblatt, 08.3.1933, Nr. 24600

Neue Freie Presse, Morgenblatt, 10.3.1933, Nr. 24602

Neue Freie Presse, Morgenblatt, 29.3.1933, Nr. 24621

Neue Freie Presse, Morgenblatt, 30.3.1933, Nr. 24622

Neue Freie Presse, Morgenblatt, 16.9.1935, Nr. 25508

Neue Freie Presse, Morgenblatt, 12.7.1936, Nr. 25803

Reichspost, 28.8.1935, Jg. 42, Nr. 237

Reichspost, 12.7.1936, Jg. 43, Nr. 191

Reichspost, 16.7.1936, Jg. 43, Nr. 195

Wiener Zeitung, 12.7.1936, Jg. 233, Nr. 190

Wiener Zeitung, 13.7.1936, Jg. 233, Nr. 191

10. Anhang

10.1 Abstract

Die vorliegende Magisterarbeit beschäftigt sich mit der als Weltblatt anerkannten Tageszeitung "Neue Freie Presse" in der Zwischenkriegszeit, wo ihre politische Einstellung eventuell durch ihre wirtschaftliche Lage beeinflusst wurde. Dazu wurde die leitende Frage gestellt: Schrieb die als "Judenzeitung" bezeichnete Tageszeitung "Neue Freie Presse" damals tatsächlich neutral oder beeinflusste die finanzielle Abhängigkeit (oder Anderes) die Blattlinie in Richtung Deutschlandfreundlichkeit oder unkritische Berichterstattung über den Nationalsozialismus?

Um diese Frage zu beantworten, wurde, nach der Aufbereitung der Literatur, eine qualitative Inhaltsanalyse der Berichterstattung der "Neuen Freien Presse" zu neun historischen Ereignissen zwischen der Ausschaltung des Parlaments 1933 und dem Juliabkommen 1936 vorgenommen. Neben der Analyse der Veröffentlichungen der "Neuen Freien Presse" über diese Ereignisse soll ein Vergleich mit den nationalsozialistischen Blättern "Österreichischer Beobachter" (Hitlerbewegung), "Deutsche Arbeiter-Presse" (Schulz-Gruppe) sowie "Die Neue Zeitung" (verstecktes NS-Blatt während der Illegalität) Unterschiede und Ähnlichkeiten aufzeigen.

Während der empirischen Untersuchung konnte keine durchgehende Blattlinie der "Neuen Freien Presse" in der Zwischenkriegszeit in Richtung Nichtbeachtung der Neutralität, Deutschlandfreundlichkeit oder mediale Schonung des Nationalsozialismus nachgewiesen werden. Es stellte sich heraus, dass das Blatt mit jedem der untersuchten Ereignisse anders umging und offenbar je nach Thema, vielleicht nach finanzieller Lage oder Abhängigkeit - diese wurden allerdings keiner qualitativen Untersuchung unterzogen -, kritischer, affirmativer oder zurückhaltender berichtete. Fasst man die Ergebnisse im Überblick zusammen, ist es möglich, eine allgemeine Aussage zu treffen: Die "Neue Freie Presse" berichtete in der Zwischenkriegszeit öfter positiv als negativ über die Deutsche Regierung und Deutschland, jedoch kritisch über die österreichischen und deutschen Nationalsozialisten. Der österreichischen Regierung und dem "Deutschtum" steht das Blatt hauptsächlich befürwortend gegenüber.

10.2 Zitiertes Untersuchungsmaterial

NFP - "Neue Freie Presse"

NFP, Morgenblatt, 4.3.1933
NFP, Morgenblatt, 5.3.1933
NFP, Abendblatt, 6.3.1933
NFP, Morgenblatt, 7.3.1933
NFP, Abendblatt, 7.3.1933
NFP, Morgenblatt, 8.3.1933
NFP, Abendblatt, 8.3.1933
NFP, Morgenblatt, 9.3.1933
NFP, Abendblatt, 9.3.1933
NFP, Abendblatt, 28.3.1933:
NFP, Morgenblatt, 29.3.1933
NFP, Abendblatt, 29.3.1933:
NFP, Morgenblatt, 30.3.1933
NFP, Abendblatt, 30.3.1933
NFP, Morgenblatt, 31.3.1933
NFP, Abendblatt, 31.3.1933
NFP, Morgenblatt, 01.04.1933
NFP, Abendblatt, 01.04.1933:
NFP, Morgenblatt, 02.04.1933:
NFP, Abendblatt, 13.4.1933:
NFP, Morgenblatt, 23.4.1933:
NFP, Abendblatt, 25.4.1933
NFP, Morgenblatt, 26.4.1933
NFP, Abendblatt, 27.4.1933
NFP, Abendblatt, 6.5.1933
NFP, Morgenblatt, 7.5.1933:
NFP, Morgenblatt, 9.5.1933
NFP, Abendblatt, 9.5.1933:
NFP, Morgenblatt, 10.5.1933:
NFP, Abendblatt, 11.5.1933
NFP, Morgenblatt, 12.5.1933
NFP, Morgenblatt, 18.6.1933
NFP, Abendblatt, 19.6.1933:
NFP, Morgenblatt, 20.6.1933
NFP, Abendblatt, 20.6.1933
NFP, Morgenblatt, 21.6.1933
NFP, Abendblatt , 21.6.1933
NFP, Montagausgabe, 12.2.1934
NFP, Morgenblatt, 13.2.1934
NFP, Morgenblatt, 14.2.1934
NFP, Morgenblatt, 15.2.1934:
NFP, Abendblatt, 15.2.1934
NFP, Morgenblatt, 26.7.1934
NFP, Abendblatt, 26.7.1934
NFP, Morgenblatt, 27.7.1934:
NFP, Abendblatt, 27.7.1934
NFP, Abendblatt, 15.3.1935
NFP, Morgenblatt, 17.3.1935
NFP, Montagausgabe, 18.3.1935
NFP, Morgenblatt, 19.3.1935
NFP, Abendblatt, 19.3.1935
NFP, Morgenblatt, 20.3.1935
NFP, Montagausgabe, 16.9.1935
NFP, Morgenblatt, 17.9.1935
NFP, Morgenblatt, 18.9.1935
NFP, Morgenblatt, 14.11.1935
NFP, Morgenblatt, 16.11.1935
NFP, Abendblatt, 16.11.1935
NFP, Morgenblatt, 12.7.1936
NFP, Montagausgabe, 13.7.1936
NFP, Morgenblatt, 14.7.1936
NFP, Abendblatt, 14.7.1936

DNZ - "Die Neue Zeitung"

DNZ, 5.3.1933

DNZ, 6.3.1933

DNZ, 8.3.1933

DNZ, 9.3.1933

DNZ, 29.3.1933

DNZ, 30.3.1933

DNZ, 31.3.1933

DNZ, 1.4.1933

DNZ, 2.4.1933

DNZ, 14.4.1933

DNZ, 26.4.1933

DNZ, 9.5.1933

DNZ, 13.5.1933

DNZ, 21.6.1933

DNZ, 20.6.1933

DAP - "Deutsche Arbeiter-Presse"

DAP, 18.3.1933

DAP, 29.4.1933

DAP, 3.7.1933

DAP, 28.2.1934

DAP, 2.8.1934

DAP, 21.3.1935

ÖB - "Österreichischer Beobachter"

ÖB, 13.2.1934

ÖB, 14.2.1934:

ÖB, 15.2.1934

ÖB, 4. 8. 1936

ÖB, F2, Aug.1936